



This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

### **Usage guidelines**

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

- + *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
- + *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

### **About Google Book Search**

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at <http://books.google.com/>



## Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

## Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

- + *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
- + *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

## Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter <http://books.google.com> durchsuchen.

ISBN 265 635

Die deutsche

# Politik der Zukunft

von

Ottomar Schuchardt.

Dritter Band.



Celle.

Verlag der Schulbuchhandlung.

1902.



EX LIBRIS

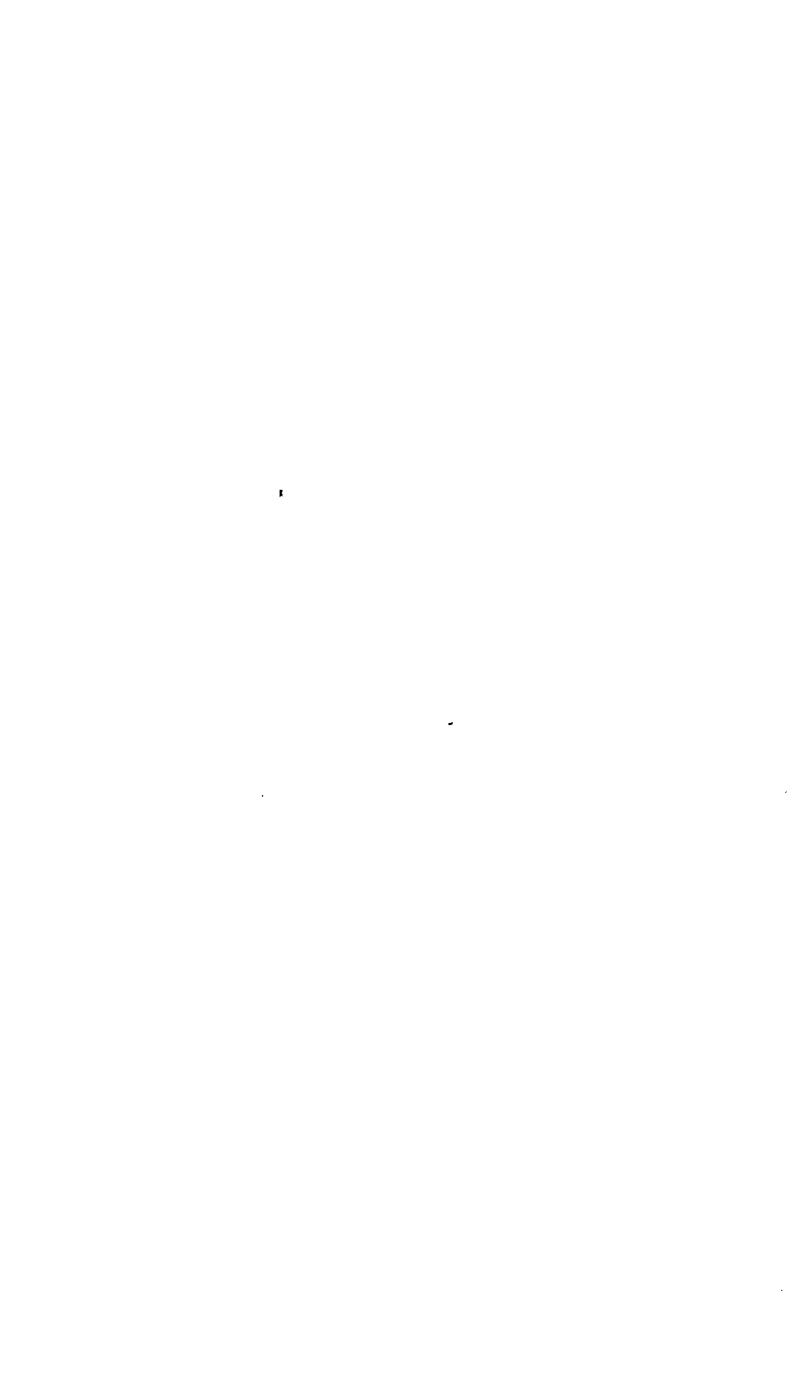








# Die deutsche Politik der Zukunft.



Die deutsche  
Politik der Zukunft

von

*Franky*  
" "  
Ottomar Schuchardt.

Dritter Band.



Celle.

Verlag der Schulbuchhandlung.

1902.



TO THE  
LIBRARY OF

JX 1549

F7

v. 3

## Inhalts-Verzeichniss.

---

|  | <b>Seite</b> |
|--|--------------|
| Vorwort . . . . .                        | VII          |
| Revolution und kein Ende . . . . .       | 1            |
| Vom Boden . . . . .                      | 37           |
| Steuern und Zölle . . . . .              | 100          |
| Handwerk und Mittelstand . . . . .       | 131          |
| Vom demokratischen Socialismus . . . . . | 161          |
| Von den geistigen Gewalten . . . . .     | 190          |
| Parteipolitik und Föderalismus . . . . . | 220          |
| Die Ostmarken . . . . .                  | 267          |
| Der mitteleuropäische Bund . . . . .     | 318          |

---



Hiermit übergeben wir der Oeffentlichkeit den Schlußband unserer Darlegungen und Betrachtungen über die „Deutsche Politik der Zukunft.“

Die Aufgabe der hier vereinigten Aufsätze soll es in erster Reihe sein, Richtungslinien für einen Neuaufbau in politischer und wirtschaftlicher Beziehung zu entwerfen. Das Positive überwiegt, wenn auch das Ablehnend-Kritische — durch die Zerfahrenheit der heutigen Zustände bedingt — immerhin noch mehr zur Geltung kommt, als vielleicht manchem Leser wünschenswert erscheinen mag.

Den Anschauungen und Forderungen der breiten Masse, die sich selbst erst formen läßt durch die Instrumente der Partei- und Tagespolitik, ist auf diesen Blättern so wenig Rechnung getragen wie auf den früheren, und es steht deshalb zu erwarten, daß auch der Beifall von dieser Seite ausbleiben wird. Aber dieser Beifall kommt für den endgültigen Sieg der hier vertretenen Gedanken auch gar nicht in Betracht.

Wir wenden uns an die ernstesten und ehrlichsten, selbst schauenden und urteilenden Zeitgenossen. Und ist ihre Zahl auch gering, so wissen wir doch, daß die großen dauernden und fruchtbringenden Bewegungen immer nur von Wenigen ausgegangen sind.

Finden wir also bei dieser Zustimmung und Mitarbeit, so sind wir reichlich belohnt und können mit Vertrauen der Zukunft entgegen sehen.





## Revolution und kein Ende.

---

**A**ls durch die Erfolge der preußisch-bismarckischen Politik auf den deutschen Schlachtfeldern im Unglücksjahre 1866 das alte Deutschland zertrümmert worden war, brach der würdige Emanuel von Ketteler in die klagenartigen prophetischen Worte aus: Die Revolution von oben wird ausklingen in die Revolution von unten. Und fürwahr, es scheint, als ob die Ereignisse dem weisen Manne Recht geben sollten. Zeigt doch die ganze Entwicklung der letzten Jahrzehende in ihrem Grundzuge nur zu deutlich die Neigung zur Zersetzung und Auflösung.

„Wie verschieden das Urtheil über die politischen Ereignisse und Bestrebungen unseres Zeitalters, je nach dem Standpunkte des Beurtheilers, lauten mag“, ließ sich Const. Franz gerade vor einem Menschenalter im Vorwort zu seiner Naturlehre des States vernehmen, „in zwei Punkten müssen alle unbefangenen Beobachter übereinstimmen. Darin nemlich, daß seit lange schon sich ein allgemeiner Zersetzungsproceß wahrnehmen läßt, wodurch die alte Ordnung der Dinge, in so weit sie überhaupt noch besteht, mit jedem Tage unhaltbarer wird, während andererseits es bis heute noch nirgends gelungen ist, eine neue Ordnung zu begründen, welche Dauer verspräche. Es gilt dieß gleicherweise von dem großen Ganzen des europäischen Staatensystems, wie von den besonderen Verfassungen der einzelnen Staaten und den mannigfaltigen Institutionen der bürgerlichen Gesellschaft. Das Provisorium ist der allgemeine Character heutiger Verhältnisse, indem die überall ver-

nächste neuen Feststellungen nur wie eine Pause in dem Umsturz selbst erscheinen, — einem Waffenstillstande vergleichbar, welchem bald neue Feindseligkeiten folgen, aber kein Friedensschluß, wozu die Basis noch immer vergeblich gesucht wird. Wol war es ein vermessenes Wort der Revolution von 1789, daß sie binnen hundert Jahren die Reise durch Europa machen werde, aber, in der That lag etwas Prophetisches darin, und die Verheißung naht sich ihrer Erfüllung. Denn wenn auch wiederholt zurück gedrängt und zeitweilig wie erstickt, hat die Revolution doch hinterher neue Kraft und neuen Boden gewonnen. Selbst dann endlich durch die Ereignisse von 1866 auch Deutschland und somit ganz Mitteleuropa der revolutionären Entwicklung verfallen ist, — wo wäre jetzt noch ein Damm dagegen zu finden? Die ganze zwanzigjährige Mühsarbeit, wodurch einst die Revolution darnieder gekämpft wurde, ist seitdem fruchtlos geworden, als wäre sie nur ein thörichtes Spiel gewesen. Und wie wunderbar mußte es sich fügen, daß dieselbe Macht, welche damals in der Bekämpfung des revolutionären Systems ihre schönsten und berühmtesten Siege errungen — von der Rhodan bis nach Paris — und dann auf die Niederlage dieses Systems bei der Belle-Alliance gewissermaßen ihr Siegel gedrückt hatte, jetzt selbst dieses Siegel wieder aufbrach, der Revolution ein neues Feld eröffnend!

13. Was aber damals, als Franz diese Worte nieder schrieb, erst in seinem Anfange erkennbar war und der großen gedankenlosen Masse hinter dem Schleier eines „rationalen Aufschwungs“ und „glorreicher Errungenschaften“ versteckt wurde, ist seitdem in der Entwicklung soweit vorangeschritten, daß schon ein sehr hoher Grad von Unfähigkeit oder böser Wille dazu gehört, das Bedenkliche dieses Zustandes noch zu übersehen. Und es wird denn in der That auch nicht mehr übersehen, ja es ist nahezu zum Zeichen unserer Zeit geworden, daß alle diejenigen Kreise, die in der Gegenwart das Regiment führen, sich in Ver-

wegen Verschöpfung, den von unten drohenden Umsturz zu beschwören. Stimm ist ein Versuch misslungen, ein Aufschlag gegen den so wie so nur noch kümmerlichen Rest der Volksfreiheit abgewiesen, so geht man schon mit neuem Planen schwanger, wie den Hydra der Revolution das Haupt abgeschlagen werden könne. — Wie sonderbar doch, daß diese Leute nicht sehen wollen, daß die heranziehende Revolution von unten, deren Vorboten sich bereits in der durch immer breitere Schichten dringenden Unzufriedenheit ankündigen, nur das Endergebnis ist eben jenes Umsturzes von oben, der einst alle Schleißen aufriß, der Anarchie und der Zerstörung freie Bahn schaffte, und mit der die Namen gerade derjenigen Männer so eng verknüpft sind, die man heute im Lande Deutschland als Staatsmänner und Helden über alles feiert. Und dennoch, wenn man die Bedeutung für die Anarchie unserer Zeit ist, wohl bereits zur Genüge gewürdigt worden, versuchen wir es kaum hier auch jenen andern Maane gerecht zu werden, neben Bismarck immer zuerst genannt wird, wenn von der Neugestaltung Mitteleuropas und der „Wiederherstellung Deutschlands“ die Rede ist, Wilhelm I., oder, wie die häßliche Gegenwart verlangt: Wilhelm dem Großen. Er hat zwar in den Kreisen derer, die neben Bismarck keine andere Größe mehr gelten lassen wollen, nicht um Verfluchen gefehlt, aber der Verherrlichung Wilhelms I. den Boden unter den Füßen hinweg zu ziehen, doch man unter schätzte hierbedinganz entschieden den gewaltigen, welt dauernden Einfluß der gerade durch Bismarcks Tätigkeit entworfenen öffentlichen Meinung: Presse, Geschichtsschreibung, Schule und Kirche, Verwaltung, ja selbst das Berufsstand und Unterhaltungsweisen, stehen heute so sehr im Dienste jener Kreise, die den Suprapatriotismus als herrlichste Blüte unserer Kultur betrachten, daß die Masse des Volkes im politischen und geschichtlichen ja selbst im sittlichen Dingen zu keinem selbständigen Sehen und Urteilen kam.

gelangen vermag. — Wir unsererseits setzen uns bei der wahrheitsgemäßen Schilderung Wilhelms I. natürlich nur die Aufgabe, den Zusammenhang zwischen Character und Thätigkeit dieses Fürsten und dem gegenwärtigen Zustande Deutschlands klar zu legen. Denn man mag über die geistigen Eigenschaften Wilhelms I. urtheilen wie man will, so unterliegt es doch keinem Zweifel, daß ohne ihn der gewaltige Umschwung der Dinge in Deutschland undenkbar gewesen wäre. Zugegeben, seine Theilnahme an der Begründung des Deutschen Reiches wäre nur rein passiver Natur gewesen, so wird doch die Bedeutung, die derselben an und für sich innewohnt, dadurch nicht herabgemindert. Bismarck bedurfte eines Herrschers, der ihm die Machtmittel des preussischen States zur unbedingten Verfügung überließ; sich gleich einem Napoleon aus dem Nichts empor zu arbeiten, dazu hätte er gewis nicht das Zeug gehabt, und hätte er es gehabt, so hätte er in dem in sich gefestigten, revolutionären Neigungen so sehr abholden Deutschland des Deutschen Bundes nicht die Vorbedingungen dazu gefunden.

Wilhelm I. trifft die Schuld, Deutschland für revolutionäre Neigungen empfänglich gemacht zu haben. Dieser selbe Fürst zeigte als innerstes Bedürfnis die Stärkung des zerstörend wirkenden, auf übereilte leidenschaftliche Selbsthilfe treibenden falschen Ehrbegriffes, die die fürchterlichste, sinnloseste, gesellschaftliche Unsitte hervorgebracht hat, das Duell. Der Herrscher, von dem so viel abhängt, der bei jeder Gelegenheit das positive Christentum als seinen unerschütterlichen Standpunkt erklärt und bekennt, übte mit rückwärtsloser Schärfe das Gegenteil der Lehre Christi.

Von jedem Fürsten erwartet man billiger Weise Großmuth; diese edelste Eigenschaft aber wohnte Wilhelm I. so wenig inne, daß er im Gegentheil die um Gnade für die badischen Aufständischen bittenden Abgeordneten — erschießen ließ, sowie auch das Wort aus dem Berliner Merzaufstand: „Daß die Canaille zusammenschießen“, als aus seinem Mund zum mindesten gut erfunden ist.

Wie damals unter dem Prinzen Wilhelm in Baden gehaust wurde, das mag man gefälligst in der Schrift Albert Förderers\* nachlesen. Es verbluteten unter preussischen Kugeln in Rastatt 20, in Mannheim 5 und in Freiburg 3 der gefangenen Aufständischen. Und dem gegenüber soll hier einmal aufs Bestimmteste daran erinnert werden, daß in Sachsen, dessen Regierung aus der Revolutionszeit immer als abschreckendes Beispiel hingestellt wird, nicht ein einziges der ausgesprochenen Todesurteile vollzogen wurde.

Und wo blieb denn die vielgerühmte Herzensgüte König Wilhelms, als es galt, diejenigen in Schutz zu nehmen und zu verteidigen, die seinem Herzen am nächsten stehen sollten? Ungestrast, ja ungetadelt durften die Bismarck'schen Pressreptilien die Königin Augusta mit Rot bewerfen, ein Brauch, den alter Gewohnheit gemäß, Hans Blum sogar nach dem Tode der hohen Frau noch übte.\*\* Auch die Kronprinzessin galt den Söldlingen des Welfenfonds gegenüber für vogelfrei; und die gleichfalls ungeführt gebliebenen Beschimpfungen, die sich Prinz Wilhelm aus Anlaß der Waldersee-Affaire (vergl. die Artikel über Sölderei und Morderei) in einer ganzen Reihe jüdischer und sonstiger Reptilienblätter aus der Blütezeit der Bismarck'schen Herrschaft gefallen lassen mußte, hätten eigentlich allein schon genügen sollen, die rasche Beseitigung dieser Herrschaft durch den jetzigen Kaiser zu erklären.

Man könnte nun allerdings gerade in der hier gerügten Characterschwäche eine Entschuldigung für Wilhelm I. finden wollen. Doch meinen wir, daß damit keine Entschuldigung, sondern nur eine Erklärung gegeben ist, eine Erklärung für das unentschuld bare Verhalten dieses Preußenkönigs, welcher seine Krone „vom Tische

---

\* Erinnerungen aus Rastatt 1849.

\*\* Siehe Hans Blum, Das Deutsche Reich zur Zeit Bismarcks.



des Herrn“ genöthigen und welcher noch am 10. Juni 1860 zu Baden-Baden in einer Ansprache an seine Mitfürsten versicherte, daß er es „nicht bloß als die Aufgabe der Deutschen, sondern als die erste Aufgabe der europäischen Politik Preußens“ betrachte, „den Territorialbestand sowohl des Gesamt Vaterlandes als der einzelnen Landesherren zu schützen“, daß er niemals die Absicht hätte, das völkerrechtliche Band, welches die deutschen Staaten umfaßt, zu zerreißen, und welcher trotzdem den 1866er Bruderkrieg vom Zaune brach und die Annexionen guthieß.

Kein Geringerer als Bismarck selbst versichert uns, daß es König Wilhelm war, der vor allem Wert auf Annexionen legte und „lieber abdanken wollte, als ohne bedeutenden Ländererwerb für Preußen aus dem Kriege zurück zu kehren“. Nichtsdestoweniger suchte derselbe König hinterdrein Gott verantwortlich zu machen für sein ungerichtetes Handeln.

Doch wie hatte es seine Regierung vorher verstanden, nach dem Vorbilde Richards III.:

Ich tu' das Böse und schrei' selbst zuerst —  
Das Unheil, das ich heimlich angestiftet,  
Leg' ich den Andern dann zur schweren Last,  
die Wahrheit zu verschleiern, die Schuld von sich ab und  
auf andere zu wälzen! In dem bekannten Kriegsmanifest vom 18. Juni 1866 erklärte der König:

„Ich habe alles getan, Preußen die Lasten und Opfer des Krieges zu ersparen, das weiß mein Volk, weiß unser Gott, der die Herzen prüft. Bis zum letzten Augenblick habe ich gemeinschaftlich mit Frankreich, England und Rußland die Wege gütlicher Ausgleichung gesucht und offen gehalten. Oesterreich wollte nicht, und andere deutsche Staaten stellten sich offen auf seine Seite. So ist es denn nicht meine Schuld, wenn mein Volk einen schweren Kampf und harte Bedrängnis zu erdulden hat. Aber es ist keine Wahl mehr geblieben. Wir müssen fechten um unsere

Existenz, müssen in den Kampf auf Leben und Tod gehen gegen diejenigen, die das Preußen des großen Kurfürsten, des großen Friedrich, das Preußen, wie es aus den Freiheitskriegen hervorgegangen, von der Stufe herabstoßen wollen, worauf seiner Fürsten Geist und Kraft und seines Volkes Tapferkeit, Hingebung und Gesittung es emporgehoben haben. Flehen wir zum Allmächtigen, daß er unsre Waffen segne."

Sehen wir hier ab von allen weiteren Zeugnissen, treten uns im eigenen Sohne des Königs, dem Kronprinzen Friedrich Wilhelm, und im Grafen Moltke zwei, das Gegenteil behauptende einwandfreie Zeugen entgegen. Ersterer bezugte schon im Februar 1866: Seine (Bismarcks) Absicht sei, eine große Verwirrung, eine europäische Umwälzung herbei zu führen. . . . Er wolle den Krieg, um sich den inneren Schwierigkeiten zu entziehen, das sei unmoralisch, heiße mit dem Schicksal Preußens spielen. Auch vor revolutionären Hilfsmitteln werde er im Falle einer Einmischung Frankreichs nicht zurückscheuen. Den Krieg wolle auch der König, aber nicht die Revolution. Der allmächtige Minister jedoch lenke den König, wie es ihm gefalle.\* Und Moltke sagt in seiner Geschichte des deutsch-französischen Krieges (426): „Der Krieg von 1866 ist nicht aus Nothwehr gegen die Bedrohung der eigenen Existenz entsprungen, auch nicht hervorgerufen durch die öffentliche Meinung und die Stimme des Volkes, es war ein im Cabinet als notwendig erkannter, längst beabsichtigter und ruhig vorbereiteter Kampf.“ Desgleichen haben der preußische Minister des Aeußern wie der Minister des Innern bei der Debatte über die Indemnitäts-Vorlage im preußischen Abgeordnetenhause ausdrücklich erklärt, daß sie schon vor Jahren die Durchführung der neuen Heeresorganisation nur in der Absicht unternommen hätten, um sie als Mittel zur Durchführung des eben beendigten Eroberungskrieges zu benutzen.

\* Vergl. R. Gaym: „Das Leben Graf Dunitz's“ S. 373.

Als die Abordnung des hannoverschen Adels an den König von Preußen die Bitte um Erhaltung der Welfendynastie sowie der statlichen Existenz Hannovers richtete, antwortete ihr der König in diesem feierlichen Momente: Seine Pläne seien nie über moralische Eroberungen hinausgegangen, und wenn er jetzt als 70jähriger Mann zu gewalttätigen Eroberungen übergehe, so tue er dieß nur gezwungen durch die Macht der Verhältnisse, durch die unablässigen Anfeindungen seiner angeblichen Bundesgenossen und durch die Pflichten gegen das seiner Führung anvertraute Preußen.

Man rühmt die Biederkeit dieses deutschen Fürsten. Es war aber gewiß weder deutsch noch bieder, daß er sich mit dem Ausland, mit Frankreich, Italien und Rußland, sogar mit den italienischen Revolutionären gegen die deutschen Brüder verbündete, daß er die Rossuth und Klapka und gefangene Soldaten des Kaisers von Oesterreich zu Treubruch und Empörung gegen den eigenen Kriegs- und Landesheerrn veranlaßte\*, daß er in jener heute in der Zeit der böhmischen Nationalwirren viel zu wenig gewürdigten Proclamation an die Bewohner des glorreichen Königreichs Böhmen und in verschiedenen anderen Kundgebungen die Tschechen zum Abfall vom angestammten Hause der Habsburger und zur Unterwerfung oder Vertreibung der Deutschen aufforderte. Bieder war es gewiß nicht von ihm, wenn er noch im Mai und Juni das von ihm am 17. April mit Italien abgeschlossene Schutz- und Trutzbündnis auf Ehrenwort ableugnete\*\*, und weder bieder noch christlich war dann sein Versuch, das eigene Tun dadurch beschönigen zu wollen, daß er sich als das Werkzeug in der Hand eines Höheren hinstellte wie in jener Antwort an die hessische Abordnung, die für die Er-

---

\* W. Hopf, „Die deutsche Krisis des Jahres 1866“, S. 240 u. f.

\*\* A. a. O., S. 177.

haltung ihres Großherzogtums eintrat: „Nachdem der Herr der Heerschaaren, unser aller Herrscher und Richter, einmal so entschieden“, beteuerte er, „wäre es vermeßen von mir, hieran etwas ändern zu wollen.“

In Bezug auf das Großherzogtum Hessen und Nassau haben wir aber aus dem Munde Bismarcks das besondere Zeugnis, daß es vornemlich der Wille Wilhelms I. gewesen, der die Annektionen gefordert habe. Mit Schmerz sprach diesen schweren Versündigungen gegenüber der würdige L. v. Gerlach von der innersten Befleckung des alten Königs. Das Tun Wilhelms I. nicht nach dem Maßstab der reinen Sittlichkeit zu meßen, lassen wir nicht gelten weil wir erstens das Bestehen eines besonderen Sittengesetzes für Fürsten und Statsmänner aufs Entschiedenste leugnen müssen und weil zum andern die 1866er Politik Wilhelms I. die unermesslichsten, d. h. in ihrem Endergebnis unabsehbaren Folgen haben mußte. Durch sie wurde zum ersten Male in der deutschen Geschichte die zu unbestrittenem Rechte bestehende Gesamtverfassung der Nation umgestoßen und die hier verübte Gewalttat hat in der ganzen Vergangenheit nicht ihresgleichen.

Sehen wir zunächst von den Folgen, die diese Politik auf das deutsche Volk als Ganzes haben mußte, ab, so wird uns eine Tatsache von Tag zu Tag offener, nemlich daß jenes Imponderabile, so man monarchisches Gefühl nennt, im ununterbrochenen Schwinden begriffen ist.

Das Sprachrohr jener Partei, die nach der blutigen Entscheidung auf Böhmens Schlachtfeldern mit leichtem Herzen alles dem Bösen Erfolg opferte, was ihr bis dahin heilig und teuer gewesen, die „Kreuzzeitung“, ließ sich nach der Schlacht bei Königgrätz vernehmen: „Die Politik unserer Regierung ist auch für Deutschland von eminent conservativer Bedeutung. Zwar wird in den Preußen einzuberlebenden Staten manches edle Herz bluten, wird mancher von Behmut über die Vergänglichkeit der irdischen Dinge erfüllt sein; aber die Zeit wird diese Schmerzen

Kindern, und man wird denn doch schließlich sich nicht der Ueberzeugung verschließen können, daß durch Preußen die Verwandlung Deutschlands in ein revolutionäres Chaos verhindert worden; daß endlich durch Preußen gleichwohl die der deutschen Bewegung der letzten Decennien zu Grunde liegenden Ideen so weit verwirklicht worden sind, als sie ein Recht auf Verwirklichung haben."

Und ein anderes jener dienstwilligen Organe, die egl. preußische „Provinzial-Correspondenz“ (vom 22. Mai 1874) versicherte natv: „Die tiefe Bedeutung der alten monarchischen Auffassung, nach welcher die Fürsten den Vätern von Gottes Gnaden gesetzt sind — ist von keinem Fürsten jemals ernster festgehalten und sichtbar betätigt worden; als von unserm jetzigen König. Deshalb war es ihm auch vergönnt, gleichen Schrittes mit der wahrhaft freisinnigen Entwicklung, welcher seine Regierung auf allen Gebieten feste Bahnen geebnet hat, zugleich monarchisches Denken und Fühlen im deutschen Volke wieder mächtig zu beleben und auch das neue Deutsche Reich auf festen monarchischen Grundlagen aufzurichten.“

Den Wert oder Unwert dieser Redneret festzustellen, genügt es; wenn auf die einfache Tatsache hingewiesen wird, daß derselbe König vier deutsche Fürstentronen gestürzt hat, und zwar Trone, die zum Teil viel älter waren als der Hohenzollerntron selbst. Man kann ruhig behaupten: ein monarchisches Princip gibt es seit den Annexionen von 1866 nicht mehr in Deutschland, und über das Fortbestehen des deutschen Fürstentums entscheidet nicht mehr das geschichtliche Recht, sondern die Möglichkeit oder der zufällige Umstand; daß der zum Friedensbruch geneigte Nachbar fühlt, daß er noch nicht die Macht besitzt, den Thron seines Standesgenossen zu stürzen. Das ist die niederbrückende Lehre, die der künftige, ehrliche Deutsche aus den Ereignissen des brudermörderischen Jahres 1866 ziehen muß. (1874) und nahm (1874) Welche grenzenlose Bewirtung, zu glauben, man könnte



ganz nach Belieben ein Band zwischen Fürst und Volk knüpfen und abschneiden! Gefühle und Beziehungen, die sich in einer vielhundertjährigen Geschichte gebildet haben, kann man nicht beliebig verpflanzen, und es ist gut, daß dem nicht so ist; die Völker würden sonst zu characterlosen Haufen. In der geschichtlichen Zusammengehörigkeit eines Fürstengeschlechts und eines Volkes liegt die Grundsäule des Königtums. Wilhelm I. aber hat diese Grundsäule gestürzt. Und so ist es denn in der That keine bloße Schrulle der Niedersachsen in Hannover und Braunschweig, der Schatten der vernichteten hessischen Staaten, wenn diese ihre angestammten Fürstengeschlechter zurückfordern.

Fürstenrecht und Volksrecht entstammen einer Wurzel, und wer beide von einander lösen wollte, der würde uns entweder zurück in die Zeit des Sonnenkönigtums, in der es hieß: *L'état c'est moi* — zurück in die Zeit des hebräischen Alterthums, wo es hieß: *Regis voluntas suprema lex est!* — oder er führte uns hinein in die Wirrnisse der Revolution.

Fürstenrecht und Volksrecht sind untrennbar verbunden oder sie sind ein hohler Schein. Wenn also die Hannoveraner ihr welfisches Fürstengeschlecht zurückfordern, so fordern sie das kraft ihres eigenen Rechtes. Ihnen diese Förderung versagen, heißt, ihnen das erste und vornehmste ihrer Volksrechte, das Recht der Selbstbestimmung, nehmen, und es heißt weiter: das Recht der geschichtlichen Weiterentwicklung zerstören.

Nicht unlohnend dürfte es auch sein, in diesem Zusammenhang sich der Worte zu erinnern, die Friedrich II. einst warnend gesagt: „Lassen es die deutschen Fürsten zu, daß einige ihresgleichen zermalmt werden, so wird sicher auch die Reihe an sie kommen, und sie werden nur das Vorrecht der polyphemischen Höhle haben, nemlich — zuletzt verspottet zu werden.“

Eigentümlich mutet es auch an, wenn man Angesichts der so bedrohlichen Zunahme der gesellschaftlichen Ver-

wilderung und gegenüber dem ununterbrochenen Anwachsen des socialen Gespenstes verkündet, daß man nunmehr gewillt sei, Recht und Gesetz zu schützen. Wie klar war es doch, daß diese verspätete Einsicht nicht einem inneren Drange, sondern nur äußerer Not entsprungen. Man konnte sich eben schließlich der Erkenntnis nicht entziehen, daß die grimmigen Worte, die der Großdeutsche und Arbeiterführer Liebknecht einst den Erfolgsanbetern von 1866 zugeschleudert hatte: „Es gibt keine Gewalt, der nicht eine größere Gewalt entgegengesetzt werden könnte“, wol ein Körnchen Wahrheit enthielten, und man wollte vorbeugen, d. h. das Grobarte gegen solche, die auf dieselben Gedanken kommen könnten wie die Hohenzollern und Herr v. Bismarck, auf den „Rechtshoden des Herrn Schulze“ stellen und mit einer neuen Mauer des Rechtes umgeben. Nachdem man durch einen blutigen Bruderkrieg die Herrschaft über den größten Teil Deutschlands errungen, durch Niederwerfung der Franzosen diese Herrschaft befestigt hatte, ließ man in der königl. preussischen „Provinzial-Correspondenz“ erklären, daß es sich nunmehr darum handle, ein „Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte“ zu errichten.

Die oben hervorgehobene Tatsache der Beseitigung von vier protestantischen Monarchengeschlechtern, die in den Kämpfen zur Verteidigung des Protestantismus ehemals eine so bedeutende Rolle gespielt haben, verbreitet auch ein helles Licht über die so viel gerühmte Bedeutung Preußens und des neuen Kaisertums als Hort des Protestantismus.

Zwar versicherte am 13. März 1865 Cultusminister v. Mülller im preussischen Abgeordnetenhaus: „Allein in dem Glauben an den lebendigen Gott, wie er in der Heiligen Schrift Alten und Neuen Testaments geoffenbart ist, und in dem Gehorsam gegen seine Gebote erkennt die Staatsregierung die sichere Bürgschaft für die Wohlfahrt der Nation.“ Und das konnte man in der That ein protestantisches Glaubensbekenntnis nennen, aber was man

hinterdrein getan hat, das war wahrlich das unbedingte Gegenteil davon. Freilich dürfen wir nicht unterlassen, auf den Umstand hinzuweisen, daß sich hier den Regierenden Bundesgenossen aufdrängten, die keinen Anstand nahmen, das, was von oben geschah, als den Ausbund christlicher Gesinnung zu lobpreisen. Doppelt traurig ist es nun, daß diese Bundesgenossen gerade aus den Kreisen der protestantischen Geistlichkeit kamen. Die ganze protestantische Kirche hat bekannter Weise seit 1866 eine durchgreifende Veränderung erlitten. Sie hat mit geringen Ausnahmen das wahre Christentum über Bord geworfen und behilft sich nunmehr mit dem, was Const. Franz preußisches Hofpredigertum nannte; sie ist geradezu heruntergesunken zur Handlangerin des Bismarck'schen Machtultus, und wie wol ihr dabei ist, beweist die Aeußerung jenes württembergischen Prälaten, der der 66er Revolution von oben zustimmte, weil die Kanonen doch protestantisch gebrummt hätten. Diese Leute sind klüger als Luther; sie sagen ihren Fürsten nicht wie dieser: wir müssen im Gegenteil Dich halten, sondern sie fühlen sich bei der materiellen Gewalt zu Hause und halten es für ihre Pflicht, die national-liberalen Gerichte mit einer kirchlich-theologischen Brühre zu übergießen.

Mit dem Protestantismus Luthers haben diese Diener der Kirche nur noch den Namen gemein, mit den Bourgeois aber verbindet sie der gemeinsame Unglaube; und diese letzteren würden daher gegen ihr eigenes Fleisch und Blut wüthen, wollten sie, wie man ihnen wol ab und zu zumutet, gegen Theologen dieses Schlages zu Felde ziehen.

Was es da nun besagen will, wenn die Vertreter einer solchen Kirche sich brüsten, sie wollten der Revolution den Boden abgraben, und prahlerisch verkünden, sie würden nimmer ermatten „im Kampfe gegen Bebel und Babel“, das wissen diejenigen, gegen die diese Bestrebungen sich richten, am allerbesten zu würdigen. Wenn aber die so kampfesmutig gestimmten Kirchenstreiter der Welt weiß

machen wollen, es wäre Haß, was ihnen die zielbewußte Socialdemokratie entgegenbringt, so ist das bloße Wichtig-  
tuerei. Gehaßt wird die katholische Kirche, weil man in  
ihr einen gar bedeutsamen Gegner erblickt; die Gefühle  
aber, die man gegenüber der Mehrzahl der gefennzeich-  
neten protestantischen Geisllichen hegt, sind wahrlich ganz  
anderer Art.

Rein Wunder nun, wenn von einem Herrschaftsgebiete  
aus, welches in der hier geschilderten Weise begründet und  
geleitet wurde, allmählich statt einer Volkswohlfahrt die  
wüßteste Anarchie sich ausbreitete, der Kampf Aller gegen  
Alle sich entwickelte. Wird dabei das Wohl der Gesamt-  
heit untergraben, so nicht minder die Zukunft desjenigen  
States und derjenigen Dynastie, für die diese ganze Politik  
geübt worden ist, Preußens und der Hohenzollern.

Der Bismarck'sche Biograph Hefetel gestattet sich den  
Eckherz, Bismarck als „Deich-Hauptmann gegen die Fluten  
der Revolution“ zu bezeichnen. Richtig wäre es gewesen,  
hätte er gesagt, daß dieser Deich-Hauptmann die Schleusen  
geöffnet habe, durch welche die Revolution hereingebrochen  
und Deutschland überflutete. — Lange schon hat der  
denkende Beurtheiler erkannt, daß der heutige Zustand des  
labilen Gleichgewichts nur in einen allgemeinen Umsturz  
und Zusammenbruch auslaufen kann.

„Wahrlich“, rief voll Entrüstung Trautwein v. Belle,  
amtt der deutschen Frage darf man nicht umspringen, als  
wäre sie ein mathematisches Problem oder eine gute Ge-  
legenheit, Machtpolitik zu treiben. Die deutsche Frage  
ergreift alle Fibern und Söhne des deutschen Volkstums.  
In den Herzen pocht sie, wie sie die Geister bewegt, die  
Seelen reißt: sie hin, wie sie die Phantasie beschwört:  
Es ist unser Selbst, das in der deutschen Frage sich spiegelt.  
Es ist die Frage nach unserm Sein, oder Nichtsein, ein  
ganzes Volk ist hier mit seinem innerstem Ringen und

Kämpfen versammelt, hier fragt es sich aufs Gewissen scharf, ob die Bürgerkriege, die so oft uns zerfleischt haben, ob der Bruderzwist, der jüngst erst blutige Heldenopfer gefordert, vergebens oder fruchtbar für die Nation auf Deutschlands Boden gestürmt und gewüthet haben? Hier tritt die Frage mit gewaltigem Ernst an uns heran, ob die Nation ihre Kraft vergeudet und zersplittert, oder ob sie dieselbe wie ein heiliges Gut verwaltet und die darauf haftende Schuld mit ihrem Herzblut eingelöst hat? Möge die Antwort der Geschichte eine günstige sein! Aber die Geschichte ist nicht nationalliberal.“

Die Liberalität einer Nation, Stücke von ihrem eigenen Fleisch und Blut dahin zu geben an den Zufall, an die Gnade der Nachbarn, an den Glückstern des verlässeneren Bruderstammes, wie er sich herauswinden möge aus den Klauen des Reichsfeindes, besteht wol schwerlich vor dem Richterstuhl der Geschichte. Von rein deutschem Standpunkte aus, der eben ein anderer ist, als der der europäischen Großmachtspolitik, darf auch nicht einen Moment irgend einem deutschen Stamme die Thür des Vaterhauses verschlossen bleiben und am wenigsten, wenn sein einziges Vergehen die Abhängigkeit an das angestammte Herrschergeschlecht war. Wollen wir Deutsche einig sein, so müssen wir uns gegenseitig ertragen lernen. Dazu müssen alle, vom Fürsten bis zum Bettler, die Hand reichen, damit es endlich und endlich Wahrheit werde, was Schiller im „Tell“ so innig gesagt:

„Ein einzig Volk von Brüdern“

„Ja, wir sind Eines Herzens, Eines Bluts.“

Und aus ähnlicher Stimmung heraus urtheilt der Franzose Cherbuliez\*: „Die Deutschen sehnten sich nach einem neuen Deutschland, das stark und zugleich frei wäre. 1848 glaubten sie es zu besitzen, aber es würde ihren Wünschen versagt. Ohne den Mut zu verlieren, zählten

\* Das neue Deutschland. S. 299.

sie auf ihr Glück; wie weit waren sie entfernt, sich eine Verrates zu versehen! Diese Einheit, wonach sie schmachteten erscheint ihnen heute in einer Militärregierung verkörpert die so, wie sie ist, ihnen nichts zu geben hat als die allgemeine Wehrpflicht, ein neues Gewehr und das Geschick es zu gebrauchen.“ — Aber das Volk in Waffen ist auch woran eine preußisch-deutsche Militär-Autorität warnend erinnerte, die Bestie in Waffen!

Das Einklemmen des ganzen deutschen Volkes in das Joch des starren National- und Einheitsstates mit allen seinen Härten und Schärfen konnte nur zu einem unheilvollen Ergebnis führen. Ueberall, wohin man sieht in diesem centralisierten Statengebilde, die gleiche starre Unterdrückung alles Menschlichen, überall die gleiche Ausbeutung und Unterdrückung der wirtschaftlich unselbständigen Schichten, die gleiche Verfolgung aller nichtdeutschen und aller in religiöser Beziehung noch eigene Wege gehenden Bevölkerungskreise: Militarismus, Kulturkampf, Socialisten- und andere Ausnahmegeetze die Leitsterne des statlichen Handelns.

In keinem Lande tritt es nun so augenscheinlich hervor wie in Sachsen, daß das mit dem Industrialismus Hand in Hand gehende Regiment, der Centralismus und der Militarismus, unzufriedene Volksmassen und in letzter Reihe Socialdemokraten schafft, d. h. also breite Schichten des Volkes in jenes Lager drängt, in dem man längst das Todesurteil über die ganze gegenwärtige Stats- und Gesellschaftsform gesprochen hat. Vor dem Bundesbruche des Jahres 1866 gab es nirgends in Deutschland jene unzufriedenen Arbeitermassen, die nur von einem vollständigen Umsturz des Bestehenden das Heil der Zukunft erhoffen, auch in Sachsen nicht. Hier bestand zwar eine lebenskräftige Arbeiterpartei; aber diese Partei, auf die Männer wie Professor Buttke leitenden Einfluß ausübten, war so wenig revolutionär, so wenig vaterlandsfeindlich, daß sie mit ihren Führern offen gegen die revolutionäre, die Ein-

heit Deutschlands bedrohende Politik Bismarcks auftrat. In Leipzig z. B. kämpfte sie auf Seite Buttkes gegen die Landespreisgeberische Gesellschaft der Blum und Consorten. Und als dann die Blutarbeit von Königgrätz getan, deutsche Throne gestürzt waren und Deutschland zerrissen einer traurigen Zukunft entgegen schwankte, da waren es in erster Reihe die Abgeordneten der sächsischen Arbeiter, Rebel und Liebknecht, die im Norddeutschen Reichstage zu Berlin ihre Stimme erhoben gegen die unerhörte Vergewaltigung Deutschlands.

Raum war aber Sachsen ein Glied des Norddeutschen Bundes geworden, so strömte auch schon jener Segen der Einheit von Berlin her über seine Grenzen. Die industrielle Arbeiterschaft, die früher unter der vielgeschmähten Regierung Bausis fast unumschränkte Freiheiten besaß, wurde zum Schweigen gebracht, der nationalliberale Fabrikantenstand aber gehätschelt und zum alleinigen Sprecher für die wirtschaftlichen Interessen des Landes gemacht; und zwar trotz der Erfahrungen, die Sachsens Regierung kurz zuvor im Kriege gemacht hatte. Während nemlich die Arbeiter, wie bemerkt, treu zu König und Vaterland standen, übten die nationalliberalen sächsischen Bourgeois Verrat an ihrer sächsischen Heimat und an ihrem angestammten Königshause.\*

Indem die sächsische Arbeiterpartei also der Bismarck'schen centralistisch-imperialistischen Revolutions- und Eroberungspolitik allen nur denkbaren Widerstand leistete, hatte sie auf's Deutlichste dargetan, daß sie von Haus aus Gegnerin der Revolution war, sonst hätte sie ohne

---

\* Man vergleiche hierüber den Bericht der Dresdener „Const. Zeitung“ Nr. 199 vom Jahre 1866. Unfern nationalen Pächtern der Vaterlandsliebe und Königstreue gegenüber können solche Tathachen, die die ganze Berruchtheit dieser Heuchler zeigen, gar nicht oft genug wieder ans Tageslicht gezogen werden.

weiteres die preußischen Einheitsbestrebungen mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützen müssen, da sie doch gewiss auch einsah, daß es weit leichter sei, eine Regierung zu stürzen, welche nur auf einem einzigen Kopf beruht, als eine Revolution in einem Bundesstat zu vollbringen, welcher aus 34 besonderen Regierungen besteht, und zwar zum größten Teile aus Regierungen, welche auf die Zuneigung der großen Mehrheit des Volkes rechnen konnten. Trotz allen diesen unleugbaren Tatsachen wagt es aber Heinrich v. Treitschke, die heutige revolutionäre Socialdemokratie in Sachsen als die Frucht gerade der von ihm so genannten Misregierung der Wettiner vor 1866 hinzustellen.\*

Eine auch nur flüchtige Betrachtung der geschichtlichen Tatsachen lehrt bekanntlich, daß sich die Arbeiterpartei in ihrer späteren Entwicklung allerdings der oben ausgesprochenen Wahrheit nicht mehr verschloßen hat. Freilich gieng dem erst noch ein Kampf auf Leben und Tod voraus zwischen der alten deutschen so zu sagen conservativen Arbeiterpartei und jener Gruppe, die, von Anfang an unter jüdischer Führung stehend, das gesamte internationale „Proletariat“ aufrief zur Revolution gegen die alte Gesellschaft.

Am 17. Oktober 1867 hatte noch Liebknecht im Norddeutschen Reichstage jene zündende, von tiefster Vaterlandsliebe getragene Rede gehalten gegen die neudeutschen Patrioten, die den Vaterlandsverrat zum leitenden Grundsatz in ihrem Statsprogramm gemacht hatten. „Das stehende Heer“, so heißt es in jener Rede, „hat auch die Aufgabe, die Unabhängigkeit und Ehre des Landes nach außen hin zu schützen, nicht erfüllt. Ich erinnere Sie an Jena. Ich erinnere Sie an Luxemburg (hier verzeichnet der Reichstagsbericht: Große Heiterkeit und Gelächter). Meine Herren, durch Ihr Gelächter kommt Luxemburg nicht zu

---

\* In: Der Socialismus und der Meuchelmord.



Deutschland zurück. Es ist losgetrennt von Deutschland, mit Mäßigung: ‚*suaviter in modo, fortiter in re*‘ losgelöst von Deutschland. Ich erinnere Sie ferner an die schamlose Unterdrückung der deutschen Nationalität in den leider jetzt noch von Russland beherrschten Ostseeprovinzen. Wo ist die gewaltige norddeutsche Kriegsmacht geblieben? Was ist geschehen, um dort die Nationalität unserer Landsleute zu wahren? Sie sind ja so stark; sagen Sie der russischen Regierung: ‚Wir werden unsere 500 000 Mann marschieren lassen, wenn unseren Deutschen Brüdern nicht ihr Recht wird‘; und man wird sie nicht ferner unterdrücken, die Drohung wird hinreichen. Jedenfalls ist es Tatsache, daß gerade jetzt das Ausland mit unserem Vaterlande in einer Weise spielt, wie man früher vor dem Bruch des Bundes, vor der Zerstückung Deutschlands es nicht gewagt hat. Es ist kein Fuß breit deutschen Landes losgelöst worden von Deutschland, so lange der Deutsche Bund bestand, jetzt, seit Ihrer glorreichen Neugestaltung, reißt das Ausland Stück um Stück vom deutschen Leibe los, erst jetzt wagt man, die deutsche Nationalität in Russland niederzutreten, was man bisher nicht gewagt hat. Und das verdankt man Ihrem stehenden Heere, durch welches Sie das preußische Volk an den Haren in den vorjährigen Krieg hineingezerrt haben, denn das Volk hatte einstimmig gegen diesen Bruderkrieg protestiert. Sehr mit Recht.“

Ganz mit Recht ist auch später noch darauf hingewiesen worden, daß das Heer der allgemeinen Wehrpflicht zwar ein Volksheer sein soll, vom Kriegsherrn und den oberen Zehntausend aber immer noch als Söldnerheer behandelt wird, ein Widerspruch, der greller nicht gedacht werden kann, und daß das Vorgehen der preußischen Regierung im Jahre 1866 gerade deshalb so verwerflich war, weil sie damals schon das Volksheer hatte.

Sehr bezeichnend war es für die Gesinnung, die bei den Wortführern des von Bismarck begründeten Bundes herrschte, daß einer der hitzigsten unter den „Patrioten“,

Hans Blum, es wagen durfte, die oben angeführte Rede Diebstahls ein Erzeugnis schamloser Verlogenheit, cynischer frecher Vaterlandslosigkeit und demagogischer Verhezungskunst zu nennen.\*

Wer erkannte hier nicht die vollkommene Verdrehung aller Thatfachen: Eine schamlose Gesellschaft von Erfolgsanbetern schreit in alle Winde hinaus, der von Erfolg gekrönte Umsturz eines in seinen Mitteln so wenig wählerischen Staatsmannes wäre Deutschlands Heil, schimpft den Einen Verbrecher, der für das vergewaltigte Recht in die Schranken zu treten wagt, und wundert sich dann, wenn allmählich hinter und neben jenem gebeugten Rechte eine Bewegung emporkwächst, die nun auch ihrerseits nicht mit durchweg lauterem Mitteln kämpft. Druck erzeugt Gegen- druck, der Umsturz von oben mußte das Streben zum Umsturz von unten zeugen! Und kein Geringerer als Treitschke macht das Zugeständnis, daß dem so sei, daß die Revolution von oben die Revolution von unten geboren habe. Er sagt: „Wie einst der notwendige Rechtsbruch der Reformation die Orgien der Widertäufer erzeugte, so sind aus den furchtbaren Erschütterungen, welche den Anbruch der deutschen Einheit begleiteten, die Greuel der Socialdemokratie hervorgegangen; und wir werden viele Jahre lang unserer ganzen sittlichen Kraft bedürfen, um diesen Auswuchs der deutschen Revolution zu heilen.“\*\*

Wie die Dinge lagen, mußte die Entwicklung den Gang nehmen, den sie genommen hat; es bedurfte dazu gar nicht der an leitender Stelle allerdings vorhanden gewesenen Absicht, sie in diese Bahn zu lenken. Mag auch der Begründer der deutschen Socialdemokratie, Ferdinand Lassalle, unabhängig von Bismarck seine Bewegung eingeleitet haben, mag es erfunden sein, was Bebel am

---

\* H. Blum, Die Lügen unserer Socialdemokratie, S. 224.

\*\* H. a. D.

16. September 1878 im Berliner Reichstag über die Verbindung Bismarcks mit Lassalle vorgebracht hat, — un-  
leugbare Tatsache ist es, daß die Lassalle'sche und die  
Bismarck'sche Politik in einer und derselben Richtung sich  
bewegten, daß sie ein gemeinsames Ziel hatten: die Zer-  
reißung und Unterwerfung Deutschlands unter die preu-  
ßische Herrschaft und die davon untrennbare Centralisierung  
der geistigen und körperlichen Einrichtungen des Volks-  
körpers. Die letztere brauchte Bismarck zur Befestigung  
seiner Herrschaft, der jüdische Socialdemokrat bedurfte ihrer  
zur Vorbereitung des Volkes für seinen Zukunftsstat.  
Einer gedachte dabei natürlich den andern zu überlisten.

„Der raffinierteste Vertreter der durch und durch ver-  
derbten alten Gesellschaft“, so zeichnet Liebknecht das un-  
ehrliche Spiel, „und ein berufener Vertreter des Socialis-  
mus standen sich in Bismarck und Lassalle persönlich gegen-  
über. Beide tauschten sich in einander; beide überschätzten  
ihre Macht, wenn auch in verschiedener Weise. Den Vor-  
teil des Augenblicks hatte Bismarck. Der Socialismus  
gab sich zwar nicht zum Handlanger der Junkerdemagogie  
her, aber er wurde von ihr doch mißbraucht und bei Seite  
geschoben. Nicht auf lange. Die Junkerdemagogie hatte  
das Volk belügen müssen, um es für sich zu gewinnen,  
und die Lügen haben nicht kurze Beine, wie das Sprich-  
wort sagt — sondern im Gegenteil sehr lange Beine, viel  
länger als die der Wahrheit, mit der sie um die Wette  
laufen —, aber die Beine der Lüge werden beim Laufen  
immer kürzer, wie die des Münchhausen'schen Hundes, wo-  
hingegen die Beine der Wahrheit im Laufen immer wachsen,  
so daß schließlich die Lüge von der Wahrheit überholt und  
erwürgt wird. Und so prahlerisch Lassalles stolzes Wort  
von 1863 war: Bismarck ist nur mein Bevollmächtigter!  
heute ist es verwirklicht. Bismarck war der Bevollmächtigte  
der Socialdemokratie — ihr General-Agent, ihr Ober-  
commis — Revolutionär wider Willen und Wissen, wie  
nur je einer gelebt. In seinem junkerlichen Größenwahn

wollte der Affe Bonapartes die Socialdemokratie seinem Karren vorspannen, und er hat den Siegeswagen der Socialdemokratie ziehen müssen — und sein Karren steckt im Sumpf.“\*

Es gehört mit zu den Begriffsverwirrungen unserer Zeit, daß man Lassalle national nennt, weil er von Anfang an für Bismarck, d. h. für die kleindeutsche von Bismarck vertretene Politik, war, während man Bebel, Liebknecht stets international und unpatriotisch gescholten hat. Lassalle forderte, sehr wol wissend, was er damit tat, den straff centralisierten nationalen Einheitsstaat, und in dem Föderalismus sieht er consequenter Weise den Urfeind der deutschen Einheit. Centralisation verflacht und zerstört die Widerstandsfähigkeit des Einzelnen und befördert die Verjudung, wie eben das neue Reich, das man ja spöttisch als das Reich jüdischer Nation bezeichnet hat, zeigt.

Bernhard Becker, der mit Lassalle in naher Verbindung gestanden hat, verweist auf folgende Stellen aus Lassalles Schrift „Der italienische Krieg und die Aufgabe Preußens“ (Berlin, Dunder, 1859): „Indem er (Louis Napoleon) die Italiener zu ihrem Kriege ermunterte und sich in seiner Proclamation verpflichtet hat, denselben nicht zu beenden, ohne die Halbinsel von Oesterreich befreit zu haben, indem er hierdurch den Ungarn die Möglichkeit gewährt, sich ihrerseits in Waffen zu erheben, was sie wol zweifelsohne spätestens während des zweiten italienischen Feldzuges vollbringen werden, vollzieht Napoleon eine wesentlich deutsche Aufgabe, beseitigt er durch die Zerstückelung Oesterreichs die reale Schwierigkeit der deutschen Einheit. Der italienische Krieg ist also nicht nur geheiligt durch alle Principien der Demokratie, er ist auch im höchsten Vorteil der deutschen Nation gelegen. Er ist das Lebensinteresse der

---

\* Der Hochverratsprocess wider Liebknecht, Bebel, Hegner. Berlin 1894. Ein auch sonst zur Charakteristik der Revolution von oben sehr beachtenswertes Buch. S. 48.

deutschen Politik.“ — Zu Folge dieser Auffassung nun muß „Oesterreich zerschlagen, zerfezt, zerstückt, vernichtet, zermalmt, seine Asche muß in alle Winde zerstreut werden“, weil die selbständige Weltstellung desselben die durch kein Palliativmittel zu beseitigende Ursache des deutschen Dualismus und der Unmöglichkeit der deutschen Einheit ist. Mit der Zerstückelung von Oesterreich fällt das besondere Preußen von selbst, wie der Saß mit seinem Gegensatz verschwindet. Auf vorstehende Gründe gestützt, fordert dann Bassalle Preußen zum Handeln auf. Er gebraucht die Worte: „Die einzige würdige und große, ebenso sehr in den Interessen der deutschen Nation als in denen Preußens gelegene Haltung wäre folgende Sprache: ‚Revidiert Napoleon die europäische Karte nach dem Princip der Nationalitäten im Süden, gut, so tun wir dasselbe im Norden. Befreit Napoleon Italien, gut, so nehmen wir Schleswig-Holstein!‘ Und mit dieser Proclamation unsere Heere gegen Dänemark gesendet! . . . Möge die preußische Regierung diesen Nationalkrieg beginnen, schnell, ohne Zaudern, allein und aus sich selbst, ohne Bundes-Intriguen — möge sie erst mit dem fait accompli des erklärten Krieges vor den Bund treten. . . . Und wagten intrigante Cabinetts eine undeutsche Gesinnung an den Tag zu legen, so wäre der Augenblick da, daran zu erinnern, daß schon einmal ein König von Preußen die feierliche Erklärung unterschrieben hat: Jeder deutsche Fürst, der dem Aufruf zur Befreiung des Vaterlandes nicht Folge geben wird in einem fixierten Zeitraum, wird mit dem Verlust seiner Staaten bedroht werden!“

„Die Stimme Bassalles“ — meint Becker — „war nur die Stimme des Gothaismus und der preußischen Suchheier.“

Wie wenig Bassalle allein, trotz seiner hinreißenden Sprache und seiner rastlosen Thätigkeit, zu erreichen vermochte, lehrt sein Erfolg. Er verzweifelte schließlich selbst am Gelingen seines Werkes und setzte seine Hoffnung allein

noch auf Herrn v. Bismarck, von dem er (direct oder durch Vermittelung der Gräfin Casselbt) erfahren hatte, daß er eine große Action vorbereitete, die die im Sande verlaufende socialdemokratische Bewegung zu einem reißenden Strom anschwellen lassen mußte. Und der schlaue Jude hat sich nicht geteuscht! Bismarcks Zerstörung des alten Deutschlands, die Begründung der preußischen Herrschaft und alles, was damit zusammenhängt, haben ihre Schuldigkeit getan. Mag auch im Bismarck'schen Reiche zunächst nur eine Zwischenform geschaffen sein; einen gewaltigen Schritt nach vorwärts bedeutet es zweifelsohne für alle diejenigen, die im socialistischen Zukunftsstate das Heil der Menschheit erblicken oder zu erblicken vorgeben. Es ist, wie Engels 1865 in seiner Schrift „Die preußische Militärfrage und die deutsche Arbeiterpartei“ verlangt und in Aussicht stellt, durch die von der Bourgeoisie durchgeführte Niederreißung aller bisher bestandenen Schranken klar Schiff gemacht zum Gefecht und kann nun der letzte Entscheidungskampf, nemlich der zwischen Bourgeoisie und dem Proletariat, vor sich gehen. „Wir brauchen“ — sagt Engels — „die Scheidung des Volkes in zwei Klassen: wenige Kapitalisten und eine Masse Proletarier, um zum Ziele zu gelangen. Insbesondere der Mittelstand muß zuerst aufgefressen werden. In demselben Maße, wie diese Vereinfachung der gesellschaftlichen Klassengegenstände stattfindet, wächst auch die Macht der Bourgeoisie, aber in noch größerem Maße wächst auch die Macht des Klassenbewußtseins, die Siegesfähigkeit des Proletariats; nur durch diese Machtvergrößerung der Bourgeoisie bringt es das Proletariat allmählich dahin, die Majorität, die überwiegende Majorität im State zu werden, wie es dieß in England bereits ist, aber noch keineswegs in Deutschland, wo Bauern aller Art auf dem Lande und kleine Meister, Kleinrämer usw. in den Städten ihm noch die Stange halten.“

Die nach 1866 wirklich geschaffene großpreußische Einheit fordert Engels mit den Worten: „Die arbeitende Klasse

gebraucht zur vollen Entfaltung ihrer politischen Tätigkeit ein weit größeres Feld, als es die Einzelstaaten des heutigen zersplitterten Deutschlands darbieten. Die Vielstaterie wird für das Proletariat ein Bewegungshindernis sein, aber nie eine berechtigte Existenz, ein Gegenstand des ernsthaften Denkens.“

Die socialdemokratische „Neue Zeit“ (1897, II, S. 267) sagt in einer Entgegnung auf die von Belfort Bar ausgesprochene Behauptung, daß nationale Einigungsbestrebungen für die socialdemokratische Bewegung gleichgültig wären: „Jeder socialistische Rekrut weiß in Deutschland, daß das Gegenteil der Fall, daß die nationale Einheit die unerläßliche Vorbedingung des Gedeihens der socialistischen Bewegung gewesen.“

Nach Lassalles Tod führte sein Nachfolger v. Schweitzer die preußen- und bismarcksfreundliche Politik weiter. In den fünf Aufsätzen, die im Februar 1865 im „Socialdemokrat“ unter der Ueberschrift „Das Ministerium Bismarck“ erschienen, sagte er: Preußen habe sich bisher in Opposition zum Deutschen Reiche entwickelt, mit einem besonders hartnäckigen, aber berechtigten Particularismus seiner royalistischen Bevölkerung; nachdem es sich in revolutionärer Weise so vergrößert habe, müsse es noch weiter um sich greifen, denn es sei noch unfertig; ein wahrhaft preußischer Minister müsse daher die friedericianische Politik wieder aufnehmen mit „Blut und Eisen“. Der Schluß der Artikel lautete: „Der Bundestag und Oesterreich, die Mittel- und Kleinstaaten sind schlechthin ohnmächtig der deutschen Frage gegenüber — im Guten wie im Schlimmen. Actionsfähig in Deutschland sind nur noch zwei Factoren: Preußen und die Nation. Preußische Bayonnette oder deutsche Proletarierfauste — wir sehen kein drittes.“\* Als man dann die Wahlen zum Parlament des neugeeinten Deutschlands betrieb, commandierte Schweitzer seine Ar-

---

\* S.: Eugen Jäger, Der moderne Socialismus. S. 314.

beiter dazu, den Bundeskanzler Grafen Bismarck zu wählen, und so erhielt Bismarck in der Tat ein Reichstagsmandat aus den Händen derjenigen Partei, die er nachmals mit allen Mitteln der List und Gewalt vom Erbhoden zu tilgen bestrebt war. Kein Zweifel nun, daß centralistisch-„nationale“ Auftreten Lassalles und seiner Nachfolger hat die mehr föderalistisch gesinnten Arbeitermassen Mittel- und Süddeutschlands in die Arme der Internationale getrieben. Der Einsichtsvolle erkennt aber, daß es sich hier nur um ein Spiel handelt, bei dem das national-preussische Judentum Lassalles dem internationalen Judentum von Marx bewußt in die Hände arbeitete, und hier ist die Stelle, an der die verhängnisvolle Tätigkeit der centralistisch gesinnten Parteien sowol wie auch der kleinstädtlichen Regierungen eingreift.

Die nationalliberalen Einheitsseiferer und Schleppträger ausländischer Gedanken stürzten selbst nach 1866 und 1870/71 alles bis dahin Bestehende und durch Ueberlieferung Geheiligte um; was Wunder, wenn dann der Geist, den sie gerufen, weiter rastete, und nachdem er in den Socialdemokraten zielbewußtere Vertreter gefunden, sich am Ende selbst gegen die wandte, die ihn gerufen. Es heißt die menschliche Natur und die Natur überhaupt schlecht beurteilen, wenn man meint, Umstürzbewegungen, wie die von der preussischen Krone betriebene und von den Bourgeois hejubelte und unterstützte Revolution von oben, ließen sich einseitig leiten und ausnützen.

Aber man begnügte sich in den leitenden Kreisen nicht einmal damit, durch Zerstörung des Alten der kommenden Revolutionspartei vorzuarbeiten, auch die ganze schaffende Tätigkeit bewegte sich, wie ja schon gezeigt worden ist, in derselben Richtung.

Und wie sehr die socialistischen Führer in der Uniformierung des deutschen Rechts der wirtschaftlichen Gesetzgebung usw. durch die deutsche Reichsverfassung und die ganze Bismarck'sche „Einheitspolitik“ nur notwendige und



nützliche Vorarbeiten für ihren Einheitsstat sehen, das erkennt man aus der Unterstützung, die sie selbst dieser Uniformierung zu Teil werden lassen und u. a. aus der Befriedigung, mit der Engels in seinem Aufsatz: „Gewalt und Oekonomie bei der Herstellung des neuen Deutschen Reiches“\* sie erwähnt und beurteilt.\*\*

Das ist eine Tatsache, auf die von einsichtsvollen und darum föderalistisch gesinnten Beobachtern schon unendliche Male warnend hingewiesen worden ist. — Auch der von uns früher citierte Franzose Demolin<sup>†</sup> kommt zu demselben Ergebnis. „Schon seit langer Zeit“, so urteilt er, „nimmt sich der preußische Staat in Wahrheit die Grundsätze des Socialismus zur Richtschnur. Die große sociale Kaserne, die verwickelte, alles verwüstende Bureaokratie, die seine Ideale sind, gleichen sehr den Begriffen des Regiments, welches die Socialisten zu erreichen streben und welches sie die Verfassung der Zukunft nennen. Man weiß, daß der preußische Staat sich des Menschen von Kindesbeinen an bemächtigt. Anfangs durch die Schule, dann vermittelst der Kaserne, um ihn für seine Bedürfnisse zu drillen. Damit nicht genug, heiligt das preußische Bürgerliche Gesetzbuch schon einen Teil des socialistischen Programms.“ Und auf S. 261 desselben Buches heißt es: „Diese Bewegung dient dazu, den Typus der absoluten Centralgewalt durch den Untergang des örtlichen und provinziellen Lebens zu be-

---

\* „Neue Zeit“, 1896.

\*\* Diese Tatsache wird aufs Neue erhärtet durch die Behandlung, die H. v. Treitschke in der „Neuen Zeit“, S. 83, 95/96, zu Teil wird. Dieser ärgste Verfechter des bismarckisch-hohenzollernschen Imperialismus wird dort geradezu als Bundesgenosse der socialistischen Revolutionspartei gefeiert und wol mit Recht. Es wäre sonst wahrlich schwer verständlich, wie man aus dem Socialistenlager heraus einem Manne, der das unstätigste Pamphlet der Socialdemokratie entgegen geschleudert hat, so — objektiv zu behandeln vermöchte.

† A quoi tient la superiorité des Anglo-saxons.

festigen. — Heute ist Deutschland vollständig in der Hand Preußens und Preußen in der Hand des States.“

Nach alle dem ist es schwer verständlich, wie man sich in den Kreisen unserer „Statserhaltenden“ noch mit der Hoffnung tragen kann, durch die mit dem Anfange der 80er Jahre einsetzende statsocialistische Tätigkeit der Arbeiterversicherung der socialen Demokratie den Boden unter den Füßen wegziehen zu können. Sehen wir, wie schon die großen Statseinrichtungen mit ihrem nivellierenden und centralisierenden Streben das Wachstum der Socialdemokratie mächtig förderten, so wird die Wirkung dieses statlichen Socialismus erst recht in derselben Richtung sich bewegen. — Treffend schrieb einmal die „Germania“: „Die Verflüchtigung der realen Wahrheit in allgemeine Lebensarten und die Verschiebung der Verpflichtungen des Einzelnen auf die Allgemeinheit und den Stat ist das bedenklichste Symptom unsrer Zeit, denn es zerstört die persönliche Verpflichtung, Verantwortlichkeit, Gewissenhaftigkeit und Tatkraft der Person.“ Und so bedeutet denn in der Tat der Statsocialismus den Bankrott des menschlichen Geistes, die Unfähigkeitserklärung des Einzelnen, die ihm der Allgemeinheit gegenüber zugewiesenen Verpflichtungen zu erfüllen, und das Abwälzen dieser Verpflichtungen auf das unfassbare verantwortlichkeitslose Ding Stat, welcher dann aber seinerseits nicht damit zufrieden gestellt ist, sondern sich allmählich des ganzen Menschen mit all seinen Lebensäußerungen zu bemächtigen trachten wird. Ist er endlich zum Ziele gelangt, so bedarf es nur noch einer Namensänderung, und an Stelle der bürgerlichen Monarchie steht der socialdemokratische Zukunftstat.

Wie kommen nun aber, wird man fragen, unsere Unternehmer dazu, für eine Belastung der Betriebe, wie sie ja doch ohne Zweifel aus der Arbeiterversicherung sich ergeben, einzutreten? Denn, so schließt man, je größer der Betrieb, desto größer wird auch die Last sein, die ihm durch

diesen Arbeiterschutz aufgeladen wird. Das aber ist ein großer Irrtum, welcher entsteht durch Außerachtlassung der Wirkungen, die die Kapitalsprämie wie überall im Geschäftsleben, so auch hier, ausübt: Die Arbeiterschutzgesetze haben im Wesentlichen nur für die großen Betriebe Nutzen, da diese die Arbeiter viel rascher verbrauchen und zu Krüppeln machen als die Kleinbetriebe, so daß also die Leistungen der Massen an die Arbeiter der Großbetriebe nicht nur absolut, sondern auch verhältnismäßig viel höher sind und sein müssen als die Leistungen an die Arbeiter der Kleinbetriebe.

Wir meinen also: wenn auch gar nicht zu bezweifeln ist, daß die Sparzwangsgesetze dem Gedanken entsprungen sind, der Weiterverbreitung der socialistischen Weltanschauung Gehalt zu tun, und wenn auch Tausende von denen, die diese Sache gefördert, von dem ernststen Willen getrieben worden sind, das Loß der handarbeitenden Bevölkerung zu verbessern, so steht doch andererseits auch fest, daß auf diesem Wege eine durchgreifende Besserung der socialen Lage nicht erreichbar ist und daß die Hoffnung auf eine antisocialistische Wirkung jener Gesetze gründlich zerstört werden mußte. Der hier beschrittene Weg führt nicht ab vom Socialistenstat, sondern er leitet geradeß Weges zu demselben hin.

Ziehen wir den Schluß aus unseren bisherigen Betrachtungen, so ergibt sich, daß die im Jahre 1866 offen proclamirte Abkehr vom Recht zuerst den monarchischen Gedanken in Deutschland in seinem innersten Wesen vernichtete; z. B. hierdurch wurden sodann die Regierungen in die Arme der industriellen und finanziellen Bourgeoisie geführt und diese wiederum trieben Hand in Hand mit der neu aufkeimenden imperialistischen Neigung zur Centralisation und so fort. Das Eine bedingt das Andere.

Ein Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte hat man errichten wollen, aber ein Reich der Gottlosigkeit und sittlichen Entartung ist es geworden, ein Nährboden für

Anarchie und Umsturz. Des tauben Junkers im Professorenrock, Herrn v. Treitschkes „Revolution im guten Sinne“, die hohenzollersche Revolution von oben frist weiter und von Tag zu Tag rückt der Zeitpunkt näher heran, an dem sie allem Anscheine nach abgelöst werden wird durch die Revolution von unten.

Wir müssen nun allerdings mit ansehen, wie man gerade in den Ausschlag gebenden Kreisen sich darin gefällt, Vogelstraußpolitik zu treiben und die gefährliche sociale Entwicklung kurzer Hand auf das demagogische Gebahren, auf nie erfüllbare Versprechungen und auf die materialistischen Lehren der socialistischen Apostel zurück zu führen. Aus einem solchen Irrwahn heraus konnte dann jene brutale Lehre sich entwickeln, die den Socialismus mit den Verkündigern desselben totschlagen will und welcher Bismarck in den Worten Ausdruck gab: „Die Socialdemokratie kann nicht tot reformiert, sie kann nicht tot discutiert, sie kann bloß tot geschossen werden!“

Wer sich wirklich nach all den Erscheinungen unserer Zeit einbildet, daß die Ursachen für die Entstehung und das gewaltige Anschwellen der Socialdemokratie in den Bühlerien von Marx, Lasalle, Bebel, Liebknecht usw. liegen, der beweist jedesfalls, daß er von den socialen Dingen überhaupt nichts versteht. Man schlage heute nach jener Lehre Bismarcks alle Socialdemokraten — Verführer wie Verführte — tot, laße aber sonst die Verhältnisse bestehen, wie sie sind, und man wird binnen Kurzem wieder Millionen von „Umsürzlern“ derselben Art gegenüberstehen. Die sogenannten Führer haben eben weiter nichts getan, als die vorhandenen Tatsachen registriert, und man kann wol sagen, daß es, seit die Welt besteht, keine größere Sophisterei gegeben hat als das Gebahren der heutigen „Statserhaltenden“ gegenüber der socialistischen Bewegung. Eine unglaubliche Verwirrung und Verfälschung der Begriffe tritt uns hier entgegen.

Wir haben in den Reihen der überzeugten Reichs- und

Bismarcksbewunderer, die ja ohne weiteres auch das Vorrrecht, „monarchisch bis in die Knochen“ zu sein, in Anspruch nehmen, noch nicht einen einzigen wahrhaft königstreuen Mann gefunden, während uns unter den socialdemokratisch wählenden Arbeitern nur höchst selten einer begegnet ist, der eine grundsätzlich fürstenfeindliche Gesinnung einnimmt.\* Allerdings kommt die Königstreue dieser Leute auf ganz andere Weise zum Ausdruck als die jener, die den nationalen Musterschutz genießen. Der einfache Mann hat in unsrer Zeit, in der gerade bei den Gebildeten die Fähigkeit rechtschaffenen klaren Denkens und Urtehlens verloren gegangen zu sein scheint, noch so viel gesundes Empfinden behalten, um zu fühlen, daß man ebenso wenig zur selben Zeit kann zwei Fürsten treu sein, wie man zwei Frauen die Treue zu halten vermag. — In Bezug auf die Religion liegt die Sache nicht anders. Der gemeine Mann verabscheut allerdings eine Geistlichkeit, die sich zum Werkzeug der oberen Zehntausend herabwürdigt, die das Berwerfliche nicht zu fassen vermag, was darin liegt, daß sie von der Kanzel herab die großen Menschenhinschlachtungen lobpreist und denjenigen Männern, durch deren ehrgeiziges Streben diese Schlachten verursacht wurden, geradezu göttliche Ehren erweist.

Der gemeine Mann, sage ich, verabscheut solche „Verkünder des Christentums“; aber liegt denn darin etwa Irreligiosität? Ist es nicht gerade das Festhalten an den unverfälschten Lehren Christi, das ihn zu solchem Verhalten treibt? Aber auch wenn wir die ganze socialistische Partei ins Auge fassen, so müssen wir doch zugeben, daß sich dieselbe von anderen — den sogenannten Ordnungsparteien — noch sehr vorteilhaft durch gewisse Forderungen unter-

---

\* Wer die Wahrheit dieser Behauptung anzweifelt, der gehe an einem zu Ehren des Landesfürsten begangenen Feiertage von der Großstadt hinaus unter die handarbeitende Bevölkerung, und er wird erstaunen über das dort noch vorhandene hohe Maß echter vaterländischer und monarchischer Gesinnung..

scheidet, die allerdings in einer Richtung liegen mit den Forderungen des Christentums.

Jedemfalls weiß derjenige, der Gelegenheit hat, Blick in das innerste Wesen der Arbeiterschaft zu tun, daß die eigentliche Frömmigkeit bei dieser weit eher noch zu finden ist als bei den sogenannten Stützen von Thron und Altar. Dabei soll aber nochmals hervorgehoben werden, daß wir hier das in großen Städten aufgewachsene, hoffnungslos verhetzte Proletariat außer Betrachtung lassen, dieses, heute nach außen lärmend die Socialdemokratie wie die gesamte Arbeiterschaft vertretend, wird unserer Meinung nach viel zu sehr beachtet und hat nur Bedeutung als zersetzendes und zerlegendes Element.

Auf Grund der hier angeführten Tatsachen, die von Politikern, wie Regierungen vollständig übersehen werden, betrachten wir das handarbeitende Volk und die auf dieses sich stützende socialistische Bewegung mit ganz andern Augen. Wir sind davon überzeugt, daß die Abgabe von 2 Millionen socialdemokratischer Stimmen im neuen Deutschland viel weniger eine Kundgebung gegen die heutige Gesellschaftsform, gegen Monarchie und Christentum, als vielmehr ein elementarer Ausbruch tiefster Abneigung gegen die seit 1866 immer brückernde und immer unausstehlicher werdende Staatsallmacht bedeutet, ein offenes Bekenntnis, daß man nicht gewillt ist, der immer weiter schreitenden Verpreußung Deutschlands, der Steigerung des Militarismus, des Imperialismus, der Beschneidung der so schon kümmerlich bemessenen Volksfreiheiten, des Rechtes der Selbstbestimmung und Selbstverwaltung, — daß man nicht gesonnen ist, all diesen volksfeindlichen, undeutschen und auch unchristlichen Bestrebungen einer herrschenden Minderheit ferner mit verschränkten Armen gegenüber zu stehen.

Als man sich in Sachsen, Bayern und den übrigen deutschen Mittelstaaten diesem centralistischen, militaristischen, die Großunternehmung und das Kapital begünstigenden System in die Arme warf, hieß man im Voraus alles das gut, was die Folge dieses Systems war und zur Verschlechterung der Lage der arbeitenden Kreise führen mußte. Und darum dürfte man sich wahrlich nicht wundern, wenn es geschickten Agitatoren schließlich gelänge, ein gut Teil des Hasses, mit welchem unsre Arbeiter heute jenes System verfolgen, auf die Regierungen und Fürsten der Einzelstaaten zu übertragen. Die Entwicklung in dieser Richtung ist heute Dank dem passiven Verhalten jener im besten Gange.

Mit Betrübnis muß der wahrhaft königsstreu Deutsche wahrnehmen, wie gerade jene Männer, die durch die Vorsehung zur Führung der deutschen Stämme berufen worden sind, durch die geflüchtlich zur Schau getragene Gleichgültigkeit bei Verteidigung ihrer — übrigens durch die Reichsverfassung gewährleisteten — Rechte eine immer weiter gehende Verwirrung in den Reihen der sonst gut monarchisch gesinnten Bevölkerung hervorrufen. Hat doch diese Gleichgültigkeit, die es dahin hat kommen lassen, daß man vielfach die deutschen Fürsten nur noch als „Basallen“ des Königs von Preußen betrachtet, schon dahin geführt, daß gewisse Kreise, die nach berühmtem Muster eben nichts als Nützlichkeitspolitik und nur diese treiben, bereits erwägen, ob es unter den obwaltenden Umständen nicht besser wäre, wenn man die letzten Schranken, die uns noch vom vollständigen Einheitsstate trennen, niederriße und statt der Fürsten, die ihrer Meinung nach zu teuer wirtschaften und andererseits doch auch noch einen Damm gegen gewisse imperialistische Gelüste der Bourgeois bilden — einfache preussische Oberpräsidenten anstellte.

Lasse man sich nur ja nicht irreführen durch das, was die gekaufte Zeitungs- und Parteiwelt augenblicklich als öffentliche Meinung ausgibt, und einreden, das Volk

verlange die preußische Einheit und sei beglückt durch die bedingungslose Hingabe der Fürsten an sie. Wer ist denn das „Volk“, welches in den nichtpreußischen Ländern hinter dieser öffentlichen Meinung steht? Doch eben jene Bourgeois, die industriellen und händlerischen Emporkömmlinge mit ihrem geistigen Söldnertum, dieselben Patrioten, denen 1866 die Throne ihrer Fürsten und die Rechte ihrer Länder feil waren für das Einsengericht materieller Vorteile — jene Leute, die nichts zu lernen und nichts zu ver-  
geßen vermögen und sich noch heute in ihrer, nur von ihrem Unverstand übertroffenen Selbstüberhebung auf die Untrüglichkeit des alten Sprüchleins verlassen:

Gegen Demokraten  
Helfen nur Soldaten!

Wie schlimm müßte es doch um eine Sache stehen, deren Zukunft auf die Treue und Hingebung solcher Volkskreise sich stützen möchte! Die Bourgeoisie, die, wie Marlo sehr treffend bemerkt, mit einer Hand nach dem Besitz des Volkes, mit der andern nach der Krone der Fürsten langt, war stets die unzuverlässigste Bundesgenossin, das zeigt uns das letzte Jahrhundert der Geschichte.

Für die Regierungen der deutschen Mittel- und Kleinstaten ergibt sich darum mit zwingender Notwendigkeit die Lehre, unbeirrt durch das Widerstreben und Drohen jener alle Mittel anzuwenden, die ihren Völkern den denkbar höchsten Grad körperlicher und geistiger Wohlfahrt zu sichern und so ihre Herrschaftsgebiete zu Musterstaaten zu machen vermögen.

Der Grundzug des deutschen Volkes ist von Haus aus antrevolutionär, sein Streben ist viel mehr auf Aufbau als auf Umsturz gerichtet. Bismarcks vielgerühmter Statskunst war es vorbehalten, das Gift der Revolution ihm einzuzimpfen. Und darin allein liegt die Bedeutung dieses Mannes, daß er die politischen\*, die gesellschafts-

---

\* Zuerst das preußische Königtum gegen die Volksvertretung



lichen und wirtschaftlichen Kräfte in seine Dienste zwang und damit das Volk der Revolution überantwortete. — Es ist nun wirklich so gekommen, wie es Constantin Franz den Lehrmeistern dieses politischen Systems vorausgesagt hat\*: „Die Begierden sind gereizt, die Köpfe verwirrt. Man steht einer erregten Masse gegenüber, die zu desperaten Entschlüssen bereit ist, denn man hat ihr selbst den Glauben an die Heiligkeit der Institutionen genommen; Befriedigungsmittel hat man nicht, im Gegenteil Schulden und ein erdrückendes Budget. Man hat einen politischen Formalismus in das Volk hinein geworfen, der ein zweischneidiges Schwert ist, aber man hat keine socialen Institutionen. Man hat die Massen zur Autorität berufen, aber man hat ihnen keinen Halt gegeben, man hat ihre Leidenschaften herauf beschworen, und hinterher kann man sie nicht bändigen.“

Mit Goethes „Zauberlehrling“ ruft man heute :

Höre mich, mein Herr und Meister !  
Ach die Not ist groß,  
Die ich rief, die Geister,  
Werd' ich nun nicht los.

Noch ist aber das Uebel nicht so weit fortgeschritten, daß eine jede Aussicht auf erfolgreiche Bekämpfung desselben abgeschnitten wäre; nur muß man sich redlich bemühen, die Krankheit in ihren Grundursachen zu erkennen, — man soll nicht so verblendet sein, jene Patrioten, die den Finger warnend an die eiternde Wunde legen, Vaterlandsfeinde zu schelten, man soll nicht böse nennen, was gut und gut nicht was böse ist; man soll endlich nicht die Initiative zum Heilsamen immer nur vom Andern erwarten.

Das aber sind gerade die vornehmsten Kennzeichen revo-

---

(Conflict), dann das Parlament und die Gesamtheit der deutschen Regierungen.

\* Die Constitutionellen. S. 23.

lutionärer Zustände: rascher Entschluß, wenn es böse That gilt, unentschlohenes Zaudern im Guten; — tollkühnes Vorgehen Angesichts eines winkenden Vortells, ohne Voraussicht dessen, was später sich daraus entwickeln mag, und banges Fürchten, daß edelmütiges Handeln dem eigenen über alles geliebten Ich Opfer auferlegen könnte.



## Vom Boden.

---

Der Kampf zwischen Landwirtschaft auf der einen und Industrie und Handel auf der anderen Seite, wie er sich in den letzten Jahrzehenden in Deutschland herausgebildet hat, ist eine der bedeutungsvollsten Erscheinungen der Zeitgeschichte. Es bedarf keines besonders scharfen Blickes und keines tiefen Eindringens in den Gang der Dinge, um das zu erkennen. Und auch soviel wird ohne weiteres klar, daß dieser Kampf noch lange nicht auf dem Gipfel seiner Entwicklung angelangt ist.

Unterwirft man nun die Ursachen, die zu dieser erbitterten Feindschaft zwischen den beiden wichtigsten Nährständen geführt haben, einer unparteiischen Prüfung, so wird man finden, daß dieselben keineswegs allein auf die besonderen Eigenschaften der Besitzenden, auf Selbstsucht und Misgunst der Bodeneigentümer und der Besitzer des flüchtigen Kapitals hinführen. Die treibenden Kräfte liegen hier tief versteckt in den Dingen selbst. „Denn es ist das Wesen alles Grundbesitzes“, belehrt uns Lorenz v. Stein\*, „daß er ein räumlich für jeden Einzelnen beschränkter, fest an den Ort und seine Lebensverhältnisse gebundener, durch keine Kraft in seiner Quantität wesentlich vermehrbarer ist. Seine Production aber ist von Naturgewalten abhängig, in ihrer Arbeit wesentlich gleichartig, durch die kulturellen Verhältnisse zu strenger Ordnung und fester Regelmäßigkeit gezwungen. Deshalb hat der Grundbesitz

---

\* Die drei Fragen des Grundbesitzes. S. 3.

von jeher dem Leben der Menschen das Maßhalten in allen Dingen, die Ordnung in aller Tätigkeit, das Festhalten an dem Bestehenden und die Ehrfurcht vor den Gewalten eingepflanzt, welche zuletzt den Erfolg seiner Arbeit und damit seine eigene Existenz beherrschen. Der Wertbesitz dagegen ist an und für sich ein maßloser; er hat keine Grenze weder für die Hoffnungen und Berechnungen noch für die wirkliche Arbeit, und was in dieser gewonnen und verloren wird, scheint immer zunächst von der individuellen Kraft und Kühnheit abhängig, während dennoch die Gleichwertigkeit der Erzeugung ihrer Producte durch die Gleichmäßigkeit der Nachfrage nicht gesichert wird, wie beim Grundbesitz. Er ist daher des Neuen und Unbekannten Freund, nach dem Künftigen strebend, der Bewegung in allen Dingen hold und nie mit dem befriedigt, was er hat. Das aber, was wir hier von den Gütern sagen, erscheint wieder in jener positiven Gestalt, welche sie den großen Kategorien des menschlichen Lebens verleihen. Immer wird in Recht, Gesellschaft und Staat der Grundbesitz das Maßvolle und das Erhaltende, der Wertbesitz das Lebendige und Neugestaltende sein; wie immer man sich beide denken mag, stets werden die beiden elementaren Grundgedanken oder Thatfachen alles Lebens, die Ruhe und die Bewegung, das Endliche und das Unendliche sich in der Güterwelt als das Grundkapital und das Wertkapital mit allen ihren Elementen und Factoren vertreten finden.“

Die Bewegung zwischen Grund- und Geldkapital hat, wie Stein gleichfalls feststellt\*, bestimmte große Abschnitte: „In dem ersten sind beide feindlich; in dem zweiten tritt das letztere in das erstere befruchtend hinein und belebt dasselbe, indem es ihm den Character seiner eigenen Production mittheilt und es zu einem industriellen Kapital bildet, in dem dritten aber beginnt es dadurch zu herrschen, daß es das letztere zinspflichtig macht. Mit der absoluten

---

\* U. a. D., S. 7.

Zinspflicht ist dann in der That das Grundkapital eigentlich verschwunden; es ist ihm in der Zinspflichtigkeit die Fähigkeit genommen, seiner eigensten Natur nach zu wirken; es verliert nicht bloß seine wirtschaftliche, sondern auch seine ethische Kraft, und der Zeitpunkt naht heran, in welchem die Frage nach dem Wesen und Werte des Grundkapitals in seinem Unterschiede vom Geldkapitale zum Inhalt des allgemeinen Bewußtseins und zum unbestimmten Gefühl einer Gefahr wird, die man um so tiefer empfindet, je weniger man ihre letzten Grenzen kennt.“

Während nun in den letzten drei Jahrhunderten ein gewisses Gleichgewicht zwischen den beiden Besitzkreisen bestanden hat, stehen wir heute zweifelsohne vor einem Abschnitt, in dem der bewegliche Besitz das Uebergewicht über den Grundbesitz zu erlangen im Begriffe ist. Es scheint heute mehr und mehr dazu zu kommen, daß, wie schon Baader einst ahnte, das Immobilier flüchtig wird, während das Mobilier (Geld) fest wird und sich zu immobilisieren strebt.

Wol nirgends zeigt es sich so deutlich, wie in der hier berührten Frage, daß die mechanische Behandlung der Dinge nicht ausreichend ist und niemals eine dauernde, gesunde Entwicklung zu verbürgen vermag. Kein Zweifel, die Loslösung des Grundbesitzes von der mittelalterlichen Gebundenheit war zur Nothwendigkeit geworden und mußte von den vortätigsten Folgen begleitet sein. „Die Erhebung des Grundbesitzes zum freien Kapital“, sagt der oben citirte Autor\*, „hat zuerst für die Landwirtschaft das persönliche Kapital in Betrieb und Intelligenz entfesselt, seine wertproduzierende Kraft zur Geltung gebracht und damit eine neue Epoche der sachmännischen sowie der höheren national-ökonomischen Auffassung und Theorie hervorgerufen, dann aber hat sie gerade dadurch den Reichtum des Grundbesitzes in einem Grade entwickelt, wie das keine andere Zeit jemals vermochte, und mit dem Reichtum des Grund-

---

\* A. a. O., S. 92.

besitzes auch den der ganzen Nation. In diesem Sinne sagen wir ganz unbedenklich, daß die Kapitalequalität des Grundbesitzes dadurch, daß sie allein das Güterkapital des Grundes und Bodens befähigte, sich befruchtend dem persönlichen Kapital zu verbünden, eine neue Aera in der Landwirtschaft begründet hat.“

Hätte nun der Gesetzgeber bei der Einleitung dieser Entwicklung sich vor Augen gehalten, daß, so wie ein einmal entseelter Strom schwer oder gar nicht zurück zu dämmen ist, auch die durch die Mobilisierung des Grundbesitzes eingeleitete Bewegung, wenn sie ungehemmt bleibt, schließlich einen gefahrdrohenden Character annehmen kann, er hätte sicherlich schon im voraus Schranken gezogen, welche die woltätigen Wirkungen der Bodenfreimachung zwar zuließen, die gefährlichen aber verhinderten.

„Denn wenn es überhaupt wahr ist“, sagt gleichfalls Lorenz v. Stein\*, „daß ein jedes Kapital nur dann bestehen kann, wenn es seine Kapitalbildungskraft behält, so muß in jenem Gegensatz zwischen dem Grundkapital und dem Arbeitskapital, in welchem das erstere durch die Höhe der Pacht oder des Zinses dem letzteren jede Aussicht auf Kapitalbildung nimmt und dieß mit dem unbezweifelten bürgerlichen Rechte schützt, das persönliche Kapital zuletzt untergehen, da es vermöge des absoluten Mangels an Kapitalbildung allmählich wertlos wird. Und da nun die Blüte der Landwirtschaft gerade auf der Entwicklung des persönlichen Kapitals beruhte, so ist mit der aus dem absoluten Eigentumsrecht hervorgehenden Bewältigung des letzteren durch das erstere der Fortschritt der Landwirtschaft überhaupt ernstlich bedroht. Und da endlich der Kapitalbesitzer seine Grundrente in dem Marktpreise der Producte bekommt, diese aber schlechter werden, wenn die Production nicht durch das persönliche Kapital geleitet wird, so wird die weitere Folge die sein, daß nunmehr auch die Grund-

---

\* N. a. D., S. 100 u. f.

rente überhaupt sinkt; und damit ergibt sich der Satz, daß auch in der Landwirtschaft die völlige Unterwerfung des einen Interesses unter das andere auch das herrschende Interesse schädigt, ja zuletzt es zu vernichten vermag. — Die unbegrenzte Freiheit scheidet auf allen Gebieten der Volkswirtschaft Kapital und Arbeit, unterwirft das Interesse der letzteren dem des ersteren und nimmt der letzteren ihre kapitalbildende Kraft, um sie dem ersteren zu geben. Wir werden uns an diesem Orte bei der weiteren Entwicklung dieses Satzes nicht aufhalten, allein jeder wird es verstehen, wenn wir sagen, daß damit die sociale Frage mit ihrem Gegensatze und ihrer Gefahr auch auf den Grundbesitz übertragen ist.

„Und weil das wirklich eine sehr ernste Sache ist, so dürfen wir noch ein par Worte hinzufügen.

„Zuerst ist es klar, daß jene Auflösung der kapitalbildenden Kraft der Arbeit die letztere zu einer Tätigkeit macht, die von dem Werte der Erzeugnisse nur so viel bekommt, als für ihre eigene Tätigkeit erforderlich ist. Die Arbeit ist damit, und nicht etwa bloß für den Pächter, sondern auch unter nur zu häufigen Umständen, auch für den verschuldeten Besitzer der Möglichkeit des Fortschrittes beraubt; da sie kein eigenes Kapital bilden und doch ohne ein Kapital nicht leben kann, so wird sie materiell gezwungen, sich dafür hinzugeben, daß sie für ihre produzierende Kraft überhaupt nur soviel bekommt, als die letztere braucht, um zu existieren. Sie ist damit von dem Interesse des Kapitals abhängig geworden. Dieser Abhängigkeit aber kann sie sich nicht entziehen; sie muß die Bedingungen des Kapitals annehmen. Die Gründe liegen zu nahe, um sie erst zu verfolgen. Muß sie es aber, so ist sie wirtschaftlich unfrei. Die wirtschaftlich unfreie Arbeit aber nennen wir den Dienst. So macht die Gewalt des Kapitals aus dem an sich freien Betriebe des Grundbesitzes die Dienstpflicht des persönlichen Kapitals, gleichviel ob der zum Dienst Verpflichtete Pächter oder ver-

schuldeter Eigentümer ist.“ Und so müssen wir dem von liberaler Seite so viel angefeindeten „agrarischen“ Schriftsteller Rußland ganz Recht geben, wenn dieser behauptet, es handle sich heute nicht um die Frage, ob Gebundenheit oder Teilbarkeit des Grundbesitzes bestehen soll, sondern, juristisch ausgedrückt, um die Eingliederung des privaten landwirtschaftlichen Grundeigentumsrechtes in die vitalen Interessen der Gesamtheit und, nationalökonomisch ausgedrückt, um die Function von Grund und Boden im Leben des Volkes. Es ist gewis eine unerhörte Forderung, zu verlangen, daß einem liberal sich nennenden Princip zu Liebe die wichtigste Säule des Staats- und Volkslebens der Zerstörung anheim gegeben werden soll.

Nun gibt es aber eine Reihe von Thatfachen und Erscheinungen, die, ganz außerhalb des Maschinenwerkes von Gesetzgebung und Verwaltung stehend, durch ihr einfaches Vorhandensein die Schwierigkeiten, in die der freie Bodenbesitz geraten ist, beständig steigern. Eine und vielleicht die bedeutungsvollste dieser Thatfachen tritt uns in der ununterbrochen wirkenden Bevölkerungs-Verschiebung entgegen. So steigert die immer mehr zunehmende Volksdichtigkeit der meisten Staaten von Tag zu Tag den Wert des Bodens, und diese Entwicklung muß allmählich zu einem schreienden Mißverhältnisse führen, insofern schließlich der Kaufwert des Bodens weit über den Nutzwert desselben hinausgetrieben wird. In vielen überbevölkerten Staaten ist diese Stufe längst erreicht. Dort ist der Boden, das wichtigste einem jeden Menschen zustehende Naturgut, bereits so kostbar geworden, daß nur eine kleine auserwählte Zahl in seinen Besitz zu gelangen vermag. Und so muß eben die große Mehrheit einer kleinen Zahl Begünstigter d. h. im Besitze des flüchtigen Kapitals Befindlicher gegenüber in jene drückende Abhängigkeit geraten.

Die durch das Mißverhältnis zwischen Bevölkerungsmenge und Menge des zur freien Verfügung stehenden Naturguts hervorgerufenen Gebrechen im Volks- und



Staatkörper geben sich nach außen durch Erscheinungen kund, die genau dasselbe bedeuten, wie die Schmerzen bei einer körperlichen Krankheit. Leider aber wollen das gerade die berufenen Kreise nicht einsehen. Sie halten vielmehr die Symptome für die Krankheit selbst und wollen mit Pflastern und Mixturen ein Leiden heilen, dessen Sitz zu erforschen sie sich noch gar nicht die Mühe gegeben haben. Und wenn Nagel in seiner sehr lesenswerten politischen Geographie sagt: „Für manche Staatswissenschaftler steht der Staat gerade so in der Luft wie für manche Historiker, und der Boden ist ihnen nur eine größere Art von Grundbesitz“, so ist einzuschalten, daß es statt manche heißen muß: die herrschende — gleichbedeutend mit liberale — Schule der Staatswissenschaftler.

Es ist, wie gesagt, das traurige, aber ebenso natürliche Ergebnis der heute gebräuchlichen mechanischen und materialistischen Auffassung der Dinge, daß man auch diese so unendlich verwickelte und doch andererseits auch wieder so einfache Frage nur vom Standpunkte der leiblichen Bedürfnisse aus zu beantworten versucht; selbst diejenigen, die die gegenwärtige Entwicklung als eine verderbliche zu erkennen glauben und bekämpfen, können sich zum weitaus größten Teil von dieser Auffassung nicht losmachen. — Das Leibliche ist eben nur die eine Seite der Frage und die andere Seite, die die Einflüsse auf das Geistige des Menschen umfaßt, ist kaum von minderer Wichtigkeit. Oder glaubt man wirklich, daß es für unser Geschlecht gleichgültig sei, wenn an Stelle der grünen Wälder ragende Schornsteine treten, wenn die duftenden Matten, die wogenden Felder durch die Steinwüsten unserer Riesensiedte verdrängt werden, wenn die Menschen statt des köstlichen Gottesobens der unentweiheten Natur die ruß- und rauchgeschwängerte Atmosphäre der Städte, den ekeligen Dunst der Fabriken atmen, wenn Mensch an Mensch gedrängt, die häßlichen Laster und Untugenden sich in immer bedrohlicherem Maße entwickeln, wenn schließlich alles das, was ihn zu Gottes Ebenbilde stempelt, geraubt wird?

Es steht das alles freilich in engem Zusammenhange mit den leitenden Grundsätzen in unserer politischen Entwicklung. Das in den Vorbergründungen eines abstracten Einheitsgebankens, dem zu Liebe ein Drittel des historischen deutschen Bodens mit all' dem, was als Kolonialland daran hieng, aufgegeben werden mußte, ließ unserer Staatswissenschaft schließlich den Boden ganz entschwinden und sie ihre Theorie ins Blaue und Nebelhafte hineinbauen. War nur ein „geintes Deutschland“ da, so war auch die deutsche Frage gelöst. Für das deutsche Volk zu sorgen, war nicht die Aufgabe dieser Wissenschaft.

Es ist ja richtig, in unseren Tagen ist endlich eine Rückwirkung eingetreten, doch konnte dieselbe, nachdem Jahrzehende hindurch durch die „Gelehrten“, die Presse und die Regierenden die irrigsten Anschauungen im Volke großgezogen worden waren, auch wieder nur nach einer falschen Richtung hinführen. War durch die eben genannten Kreise es zu einer fast geheiligten Lehre erhoben worden, daß die Ereignisse von 1866 und 70/71 die Wiederherstellung Deutschlands und den Abschluß der ganzen deutschen Entwicklung bedeuteten, so blieb gar nichts anderes übrig, sollte Deutschland nun doch noch eine weitere Entwicklungsstufe erklimmen, als die Südländsfahrt nach dem nebelhaft zerfließenden „größeren Deutschland“ jenseits des Weltmeeres.

\* \* \*

Ein englisches Sprichwort sagt: „Das Land hat Gott gemacht, die Stadt der Mensch“, und wir meinen, besser läßt sich die Luft, die zwischen Gottes freier Natur und der erstickenen Stadtluft gähnt, gar nicht zeichnen.

Hätten wir Einfluß auf die Gestaltung der Schulpläne, so würden wir rücksichtslos alle Partei- und „patriotischen“ Räubergeschichten entfernen, wir würden alles das, was darauf ausgeht, die jungen Menschen zu „correcten Staatsbürgern“ zu erziehen, allen Gesetzes- und Volkswirt-

schäfts-Kram hinauswerfen und die gewonnene Zeit dazu verwenden, dem Schüler die außerordentliche Wichtigkeit des Waldes und der unberührten Natur für das körperliche Wohl der Menschheit begreiflich zu machen. Wir würden ihn lehren, daß es ein Verbrechen ist, wenn Speculanten Bäume niederschlagen lassen, um auf dem gewonnenen Plage Mietskasernen errichten zu lassen, — daß eine jede Verletzung und Beschädigung der Natur, wo und wie sie auch geschehe, eine Versündigung ist an Gott und seinen Geschöpfen; daß das Recht auf Gottes freie Natur das erste und wichtigste aller Menschenrechte ist, wichtiger und wertvoller als alle die neuzeitlichen Rechte in den papierenen Verfassungen aller Länder der Welt.

Gewiss kann das Landleben auch eintönig und verflachend wirken, dann nemlich, wenn es jeder Anregung entbehrt. Aber diese Anregung braucht in der Zeit des Dampfes und der Electricität nicht zu mangeln, während das Großstadtleben, welches unter allen Umständen eintönig wird, trotz seiner in den Himmel ragenden technischen Künste, die erfrischende Natur nicht herbei zu schaffen vermag.

Wir mögen also die Dinge betrachten, wie wir wollen und mögen, immer kommen wir zu dem Schluß: Im Boden liegt die Zukunft, er bedingt das Gesundbleiben und Aufsteigen eines Volkes und das Bodenvegetations-Kapital nimmt unter allen Gütern den ersten Rang ein, da es die Grundlage zur Erzeugung aller sonstigen Güter, der körperlichen wie der geistigen, ist.

Wenn nun der Geograph Kugel\* nachzuweisen versucht, daß das Volk eines States im Laufe seiner Geschichte immer inniger mit dem Boden verwächst, so müssen wir dem einschränkend hinzufügen, daß diese im Allgemeinen günstige Entwickelung ihre sehr bestimmte Grenze hat, daß gerade die Landflucht eine Erscheinung der neuesten Zeit ist, und daß diese geradezu droht, die Lebens Elemente des

---

\* Politische Geographie, S. 40 u. f.

States zu entwurzeln und damit den Staat selbst zu zerstören. Razels Ausspruch gilt fast nur für den Bauernstaat mit seinen urwüchsigem organischen Einrichtungen. Der Industriestaat mit seinen mechanisch-centralistischen Neigungen, mit seiner Sucht, die bestehenden Gesetze immer wieder durch eine Flut neuer hinweg zu schwemmen, mit seinen aus losen Menschenanhäufungen hervorgegangenen Riesenzentren, seinem internationalen Großkapital und seinen ins Krankhafte gesteigerten Verkehrseinrichtungen. Dieser moderne Staat, in den allmählich auch unser Volk hineinwächst, wirkt nicht festigend, sondern mehr und mehr auflösend.

Daß Razels Ausführungen sich nur auf den im Verschwinden begriffenen, in erster Reihe von der Bodenaufbau treibenden Bevölkerung getragenen Staat beziehen können, beweist klar die folgende Stelle\*: „Selbst im alten Lande entdecken die Wirtschaft und die Politik immer neue Vorteile. Man könnte sagen, die Geschichte werde mit jeder Generation geographischer oder territorialer. Wenn Geschlechter wachsen und vergehen und der Boden bleibt bestehen, wie kann es anders sein, als daß jedes folgende Zeitalter seinen Boden höher schätzt? In dem Festhalten am Boden liegt die Gewähr oder Dauer eines Staates: das wird als der wichtigste Grundsatz der praktischen Politik immer klarer. Darum werden nicht bloß die Kriege um Boden-, um Landbesitz geführt, sondern alle geographischen Vorteile müssen ununterbrochen im Werte steigen, denn es gibt immer mehr Nachfrage nach Bodenvorteilen bei zunehmender Volkszahl und steigender Kultur.“ Das zuletzt Gesagte trifft allerdings auch auf das der Verstärkung anheim gefallene Land zu, aber die Städte füllen sich mit besitzlosem, einst zum großen Teile bodenstet gewesenerem Proletariat, das flache Land wird menschenleer, und die als Ersatz eingeführten Russen und sonstigen Ausländer

---

\* N. a. D.

nis herab zu den chinesischen Kultus werden kaum im Stande sein, die gelockerten Klammern zwischen deutschem Boden und deutschem Volke wieder fester zu ziehen. Hier in den Städten gewahren wir eine furchtbare Ueberlastung des Bodens durch neben und übereinander gehäufte Menschenmassen, dort — auf dem Lande — eine vollständige Auflösung und Verflüchtigung des Volkskörpers, und das eben ist unserer festen Ueberzeugung nach das Gefährliche an unserer heutigen Entwicklung, an dem so sehr gepriesenen „Hineinwachsen in den Industriestat“, daß eine erdrückend große Zahl Einzelner so vollständig losgerissen wird vom Boden — sozusagen bodenlos wird —, so daß allmählich das ganze Volk und mit ihm der Stat der Auflösung entgegen gehen muß. Nicht ohne tiefliegenden Grund ist es, daß Revolutionen immer ihren Herd in großen Städten haben.

„Gibt es überhaupt neben dem rein organischen tierischen Element in der Menschheit noch etwas, was wir einen Character der Völker, ausgeprägt in ihrer Geschichte, nennen“, sagt Lorenz v. Stein\*, „so war es der Grundcharacter aller Germanen seit der ersten hellenischen Zeit, das Volksleben wie das Einzelleben an die Mutter Erde zu knüpfen. Dieser Character war es, der zuerst den Gemeinbesitz erzeugte, dann das Einzeleigenthum schuf, dann löst sich im Mittelalter in der größten Unfreiheit noch immer an Bauern, ob auch noch so zinspflichtig, fest auf seiner Pflanzstätte erhielt; er war es, den der neu entstehende Stat der germanischen Nationen richtig verstand, als er im Lehnswesen das höchste Recht des Grundbesitzes dem Königtume behielt, es in der Landeshoheit zur tätigen Kraft des Statates für die Rechtsordnung auch des Grundbesitzes erwarb und in der Entlastung das Eigenthum frei machte. Die unglücklichsten Schicksale und Kämpfe hat jener mittlere Stand des Gemeinbesitzes, der schon dem Aristoteles als sein Ideal vorschwebte,

---

\* A. a. O., S. 102.

erlebt; aber mitten in aller Unfreiheit ist ihm immer eins geblieben, — man konnte den Besitzer töten oder zum Hürigen machen, aber auf dem Besitze selbst erhielt ihn Tradition, Sitte und Recht. Jetzt ist dieser Besitz ein vollkommen freies Kapital und, mit dem persönlichen Kapital befruchtet, die erste Grundlage des Wohlstandes im Volke und aller seiner großen socialen und ethischen Factoren geworden. Da entwickelt sich die innerste Natur des Geldkapitals in der Scheidung der Kapitalformen und ihrer Interessen, der Gegensatz zwischen beiden bricht los, das Recht auf den Ertrag wird dem Rechte auf Pacht und Zins unbedingt unterworfen, und dieses Recht vertreibt den Besitzer von seinem Besitze, den Pächter von der Pacht, den Bauer von der Hufe. Die Elemente des Staatsverbandes, die in dieser innigen Verbindung von Besitz und Persönlichkeit liegen, sind erschüttert, und erschüttert durch das, was der Staat selbst unbedingt aufrecht erhalten muß, das Recht. Ist es möglich, daß ein solcher Standpunkt des Rechtes der letzte, endgültige Abschluß einer vieltausendjährigen Geschichte sein sollte, die doch zuletzt niemals ihren Character verleugnet hat?“

Nichts Verkehrteres und Gefährlicheres konnte es geben, als die in unserer Zeit groß gewordene Meinung, daß der Bauernstand eben ein Stand wäre wie die anderen Stände auch, und daß man ihn schließlich sogar zu Grunde gehen lassen müßte, wenn der Vortell der Mehrzahl der anderen (der städtischen) Stände es verlangt.

Treffend kennzeichnet Kiechelbach\* die Bedeutung des landwirtschaftlichen Berufs und den Unterschied zwischen Städter und Landmann, indem er sagt: „Die Existenz des Städters ist ein Kampf aller gegen alle. Die Existenz des Bauern ist ein Kampf gegen die Natur. Sollte nicht dadurch auch das individuelle Wesen des Städters seine eigentümliche Richtung erhalten? Es ist bekannt, wie dem

---

\* Socialpolitische Studien, S. 319 u. f.

Verkehrsleben unerbittliche, mathematische Gesetze zu Grunde liegen; im offenen Gegensatz zu ihnen geht die Wirtschaft des Einzelnen unter. Alle Willensfreiheit, aller persönliche Stolz hilft zu nichts gegenüber den Geboten des ökonomischen Betriebes. Also wird die Individualität des einen Menschen, der mit seinem Dasein auf das Engste in die Fäden dieses Betriebes verflochten ist, niemals so frei dastehen können, wie der Grundherr dasteht. Der Städter muß unausgesetzt bei der Beschaffung seiner Existenzmittel rechnen. Demnach wird ihm das Rechnen so ziemlich zur zweiten Natur. Die Selbstsucht, welche die treibende Kraft des wirtschaftlichen Nährwertes abgibt, muß für ihn das Hauptprincip seines Erdenwallens werden. Wächst der Grundherr auf die Dauer geistig mit seinem Felbbereich zusammen, so ist das Geschäft schließlich die Seele des Städters geworden. Der Mensch geht hier in dem Geschäftsmann auf. Am deutlichsten belegt diesen Satz die sprichwörtlich gewordene Character-Eigentümlichkeit der Hebräer. Nachdem einmal die Kanaaniter in den großen Welthandel der Phönicier hineingezogen waren, sind sie bis auf unsere Tage fast ausschließlich Kaufleute geblieben. Dadurch hat sich im Laufe der Jahrtausende ihr Denken und Sein vollständig mit den Bedingungen des Geschäfts identifiziert. Sie ordnen ihre Persönlichkeit ohne weiteres den Ansprüchen desselben unter. Läßt es sich nicht anders machen, so nimmt nach der bekannten Anekdote der syrische Verkäufer den vom Käufer getadelten schlechten Geruch der Ware auf den eigenen Körper. Darin spricht sich allerdings ein Extrem der individuellen Hingabe an die Anforderungen des Geschäfts aus. Indessen im Allgemeinen kann man doch behaupten, daß überall im Handel und Wandel der ‚Geschäftsmann‘ dem Menschen vorangeht. Nicht die harmonische Ausbildung der Individualität ist das Ziel des Einzelnebens; die Erwerbung des täglichen Brotes, die doch nur Mittel bleiben sollte, ist der Zweck geworden. Leuschke man sich über diese Sachlage nicht. Bloß Wenigen

gestattet es ein günstiges Geschick, sich geistig frei über die Nahrungswelt zu erheben, wenn sie nicht etwa in dem Lebensloße ihrer Kinder abermals der Erde schwere Ketten fühlen müssen.“

Freilich ist Niebelbach deshalb nicht blind gegen den Nutzen des beweglichen Eigentums, wie gegen die Nachteile eines rein landwirtschaftlichen Zustandes. „Aber“, so fährt er fort, „in diesem Kampfe aller gegen alle“, wie ihn das bewegliche Eigentum hervorbringt, werden auch zugleich mit der Selbstsucht die im Menschen vorhandenen Kräfte in Bewegung gesetzt. Die menschliche Kultur beginnt sich überall erst mit dem Aufkommen des Bürgertums zu entfalten. Kein reines Ackerbauvolk hat eine selbständige Bildung zu Tage gefördert; und so lange die Völker in der ungebrochenen Naturalwirtschaft dahin leben, so lange ist die äußere Gestalt ihres Daseins wie ihre geistige Betätigung unentwickelt, um nicht zu sagen roh. Welch' ein Abstand der Kultur zeigt sich zwischen Sparta und Athen, zwischen Deutschland vor und nach dem Aufblühen des Städtewesens, wie stehen noch heute die ausschließlich agrarischen Gegenden Europas hinter den Vereichen des Handels und der Industrie zurück!

„Ist jedoch der Staat naturgemäß der Ausdruck des in ihm vorhandenen Gesellschaftswesens, dann folgt von selbst, daß das Ackerbauvolk für sich ein ganz anderes politisches Gebäude mit sich bringt als das bewegliche Eigentum für sich, und daß wiederum die Staatsform da sich besonders ausprägt, wo unbewegliches und bewegliches Eigentum zusammen die sociale Gliederung hervorrufen. Böllig in seinen normalen Verhältnissen können wir zwar geschichtlich kein Ackerbaureich verfolgen. Denn entweder wirken, wie bei Sparta, die umliegenden Bürgerstaaten modificierend auf dasselbe zurück; es gehorcht, wie bei den Juden, den Erinnerungen einer Nomadenvergangenheit, oder die Traditionen der römischen Welt greifen störend in seinen sich unmittelbar einsetzenden Organismus hinein. Indessen“



Es ist doch nicht ganz unmöglich, die aus verschiedenen Ackerbauländern zu verschiedenen Zeiten hergeholten Wahrnehmungen zu einem Gesamtbilde zu verbinden. Da nemlich eine Ackerbaubevölkerung in gerader Linie von den Erträgen ihrer Felder lebt, so kann unter ihr eine Arbeitsverteilung bloß auf dem einzelnen Gehöfte Platz greifen. Jede abgeschlossene Hufe ist eine Wirtschaftswelt für sich, die mit keiner andern in Berührung kommt. Auf dem Hofe selber scheiden sich Herr und Knecht, der Eigentümer und der besitzlose Arbeiter; unter einander aber sind die Herren gleich. Wo daher zur Aufrechterhaltung des Rechts, der Criminalpolizei, zu gemeinschaftlicher Verteidigung nach außen, zur Aufführung von schützenden Deichen eine Gruppe solcher bei einander wohnender Grundherren sich verbindet, entsteht eine Bauernrepublik, die Jahrhunderte, Jahrtausende unverändert fortbauert, so bald neue neuen Momente in dieselbe hineintreten. Die alten Dänen und Dithmarschen, ja in gewisser Beziehung noch heute die Norweger, liefern dafür ein Beispiel. Ist dagegen eine solche Bauernrepublik gezwungen, langjährige, wechselvolle Kriege zu führen, so wandelt sich bei ihnen der Feldherr nach und nach in einen König um, die feudale Schichtung mit dem königlichen Obereigentum über das Gelände nimmt ihren Anfang. Damit stellt sich jedoch keine weitere Veränderung in der Teilung der Wirtschaftswelt ein.

„Einzig die Ansprüche der politischen Vergesellschaftung sind es, welche eine Teilung der politischen Arbeit nach sich ziehen. Dienste im Kriege und in der geringen Verwaltung vermag in einem Ackerbaureiche nur derjenige zu leisten, der in Haus und Hof eine selbständige Nährquelle hat. Deswegen werden die Grundherren, mögen sie nun noch Allodialbesitzer oder schon königliche Lehnsträger sein, naturgemäß zur politisch herrschenden Klasse werden. Immer dessen strebt in einem solchen social-politischen Zustande eine republikanisch bäuerliche Wirtschaftswelt der feudalen

monarchischen Gliederung entgegen. Der König und mit ihm die Reichseinheit ist nie in einem Kriege nach außen mächtig, im Frieden zerfällt die kriegerische Organisation stets aufs neue. Dabei sind innere Fehden keineswegs ausgeschlossen; ein Nationalbewußtsein vermag sich nicht auszubilden; feste Landesgrenzen gibt es nicht. Zur Entwicklung einer gemeinschaftlichen Kultur in Sprache, Wissenschaft und Kunst ist keine Veranlassung geboten; und die Wirtschaftsknechte bleiben unverändert durch die Jahrhunderte hin auch politische Knechte. Außer dem Interesse der allgemeinen Sicherheit nach außen, halten nur noch die persönlichen Beziehungen der Einzelnen zum König das Feudalreich nothdürftig zusammen. Die Lehnstreue mit ihrem ethischen Gehalt bildet ein Hauptmoment in ihm; außerdem sind es die kriegerischen Tugenden, welche zur Anerkennung gelangen. Körperkraft gilt mehr als geistige Bildung; das Nebeneinanderliegen der Existenzen ruft in dem Einzelnen Characterstarrheit hervor; der Begriff der persönlichen Ehre beherrscht die Ritterzeit jedes Volkes. Ein allgemeines Vaterland kennt dasselbe noch nicht, ein jeder hat nur eine Sonderheimat; seine persönlichen Beziehungen zu seinem König verbinden ihn einzig mit der übrigen Welt. Das Aderbautum stellt nicht bloß räumlich, sondern auch social die Menschen nebeneinander, das bewegliche Eigentum schiebt sie zu einer Pyramide auf, bei welcher immer ein Stein auf dem andern steht. Wohl ein reines Aderbautum im Laufe der Jahre gelangt, zeigt einigermassen Ungarn und Polen; die individuelle Freiheit trägt über die organische Gebundenheit den Sieg davon. Wohl gelangt denn ein Staat, der ganz auf das bewegliche Eigentum gegründet ist?

Auch zur Beantwortung dieser Frage haben wir in der Geschichte keinen abgerundeten Fall vor uns liegen, da die alten Stadtstaaten ursprünglich vom Aderbautum ausgegangen sind, und die gegründeten Handelskolonialstädte durchweg nach dem Vorbild der Mutterstadt eingerichtet

werden. Indessen lassen sich doch ebenfalls die Grundzüge eines reinbürgerlichen Staatsgebäudes aus der Natur der Sache herleiten. Zunächst aber hat dasselbe seinen Schwerpunkt in der Stadt. Die Arbeit am beweglichen Eigenthume bedingt wegen des notwendigen Ineinandergreifens dieser Thätigkeit ein nahe Zusammenwohnen der Menschen. Eine weitere social-politische Gliederung geht jedoch aus ihr nicht hervor. Das Feudalwesen ist die natürliche unermehliche Staatsform für ein reines Ackerbaugebiet, das die Geldwirtschaft noch nicht weiter kennt; eine Stadt dagegen, die nicht mehr auf der Basis der anfänglichen agrarischen Geschlechter ruht, findet in ihrem Gesellschaftsstande eine maßgebenden Mauern für die Ausführung ihres politischen Gebäudes. Die statliche Zusammenfassung der für sich bestehenden Angehörigen des beweglichen Eigentums erfüllt von vornherein der menschlichen Willkür, nicht der Nothwendigkeit. Allerdings stellt der Stadtstat im Kriegswesen, Verwaltung und Rechtspflege bestimmte Anforderungen; allein diese Ordnung der statlichen Geschäfte ist unabhängig von der Schichtung der städtischen Gesellschaft. Denn an der Hand der städtischen Geldwirtschaft beschränkt sich die Arbeitstellung nicht bloß auf die wirtschaftliche Production, sie schreitet auch auf das Gebiet der geistigen Betätigung hinüber. Und wie auf solche Weise die verschiedenartigsten geistigen Dienste, der Lehrer, der Arzt, der Seelsorger, zu Berufsämtern werden, ebenso wandelt sich der dem Stat geleistete Dienst in eine Berufsarbeit um, die ihren Mann ernährt. Die Träger der politischen Macht in dem reinen Bürgerstate sind nicht, wie im Ackerbaureiche, die Spitzen der ökonomischen Gesellschaft, sondern soldete Angestellte. Dadurch wird also der unmittelbare Zusammenhang zwischen der Gesellschaft und dem Staatsorganismus aufgehoben, das Statswesen ruht in den Händen einer bestimmten, außerhalb der Gesellschaft stehenden Menschenklasse, die politische Function des Einzelnen zu einer Nahrungsquelle geworden. Folgt nun schon

aus diesem eben berührten Umstande unvermeidlich, daß auf die Dauer die producierenden Bevölkerungsschichten den politischen Verhältnissen ihrer Stadt entfremdet werden müssen, d. h. daß die Bureaucratie mit der Kenntnis der politischen Geschäfte zugleich die gesamte politische Macht sich aneignet, dann tritt noch ein anderes Moment hinzu, um allmählich den Städtestat zum Absolutismus hinüber zu führen. Mit dem bezahlten Beamten nemlich verbindet sich der bezahlte Krieger.\* Auch die Leistung der notwendigen Kriegsdienste wird zu einem Nahrungszweige, dem in der allgemeinen Arbeitstellung die Menschen sich als Berufe widmen. Wie aber die Bureaucratie die geistige Macht über die politischen Angelegenheiten den Händen der ökonomischen Gesellschaft entzieht, so bemächtigt sich ein derartiges Prätorianertum bald der physischen Gewalt, das Postament für die Tyrannis ist bereits fertig.“

Unser Bauernstand gleicht heute bereits jenen vom grossenden Meere umtosten Nordsee-Inseln, den Galligen. So wie von diesen ununterbrochen Stück auf Stück losgerissen wird und schon heute der Zeitpunkt sich mit ziemlicher Sicherheit ausrechnen läßt, an dem die letzten Reste jener Bollwerke versunken sein und die nimmersatten Wellen darüber hinrollen werden — so läßt sich auch schon feststellen, wann etwa das Bollwerk unseres Volkes, das

---

\* D. h. so müßte es naturgemäß sein. Es ist aber eine der größten Widersprüche unseres heutigen Statslebens, daß neben einer den Stat regierenden bezahlten Bureaucratie und neben Berufsofficieren ein auf die allgemeine gleiche Wehrpflicht sich stützendes Heer besteht, so daß ein großer Teil der dem Stat, d. h. eben der den Stat heute darstellenden Minderheit des Volkes, zu leistenden Pflichten auf die breite Masse abgewälzt wird. Ganz unhaltbar ist aber dieses Verhältniß wenn es im freien Ermessen einer Dynastie liegt, mit dem durch die allgemeine Wehrpflicht geschaffenen Heere einen lediglich in ihrem Interesse liegenden Krieg gegen den Willen des Volkes zu führen wie 1866.

deutsche Bauernstand, so weit getrieben sein wird, daß er haltlos in sich zusammenbrechen muß.

Am Anfang des 19. Jahrhunderts hatte das heutige Reichsgebiet eine landwirtschaftliche Bevölkerung von rund 80 pCt. 1860 betrug dieselbe nach Viebahn noch 62 pCt. Die deutsche Berufszählung von 1882 gibt nur noch 42,5 pCt.; und 1895 wurden gar nur noch 35,8 pCt. der Bevölkerung des Reiches als der Landwirtschaft angehörig gezählt. Der Zahl nach gieng dieser Bevölkerungsteil zwischen 1882 und 1895 von 19 225 000 auf 18 501 000 zurück, während die auf Industrie und Handel entfallende Bevölkerung in derselben Zeit von 20 589 000 = 45,5 pCt. auf 26 220 000 = 50,6 pCt. gestiegen ist. Gienge die Entwicklung in der Weise weiter, wie in den 13 Jahren zwischen 1882 und 1895, so bröckelte ununterbrochen in 2 Jahren 1 pCt. unseres Bauernstandes ab und in 70 bis 80 Jahren wäre derselbe vollständig verschwunden.

So bedenklich diese Entwicklung ist und so unheilverheißend das Ende derselben erscheint, ebenso bedenklich ist der Trost, den uns die Verteidiger des im selben Maße, wie der Bodenbau schwindet, zur Herrschaft gelangenden Industrialismus spenden. Nach ihm sollen uns Handel und Gewerbe ersetzen, was in der versinkenden Landwirtschaft verloren geht. Mag das auch für den Augenblick und in Bezug auf die finanziellen Leistungen zutreffen, so ist es doch dem einsichtsvollen Beurteiler nur zu klar, daß ein Deutschland, welches die Bahnen der seebeherrschenden Britannia wandelt und, losgerissen von seinem heimatlichen Boden, seine Zukunft auf den Märkten jenseits des Weltmeeres sucht, einem sehr trüben Schicksal entgegen gehen muß.

Wir gewahren ja allerdings, wie Handel und Gewerbe heute bei uns im ununterbrochenen Aufsteigen begriffen sind, und wir sehen auch, wie dieselben den größten Teil des vom Lande verdrängten Volkes aufnehmen und ihm Unterhalt gewähren; aber, wir wissen auch und müssen wieder und wieder warnend darauf hinweisen, daß diese

aufwärtssteigende Bewegung nur eine Phase ist in unsrer wirtschaftlichen Entwicklung; über Nacht kann ein Umschwung eintreten. Erinnern wir uns nur daran, daß wir in den letzten drei Jahrzehenden keinen Krieg gehabt haben und auch sonst unter den großen Ereignissen nicht zu leiden hatten. Nun male man sich aber aus, zu welchem furchtbarem Zusammenbruch es führen muß, wenn ein Krieg, nur von der Ausdehnung des 70er etwa, ausbricht, wenn mit einem Male die Versorgung und Erhaltung des größten Theils der Industriearbeiter auf die Schultern der so zusammen geschrumpften Urrzeugung abgewälzt wird.

Auch auf einen andern und vielleicht den ernstesten Punkt, den das sträflich leichtsinnige und kurzsichtige Kapital bis heute vollständig unbeachtet gelassen, muß hingewiesen werden, nemlich auf die durch die Tätigkeit unsrer Unternehmer groß gezogene Wettbewerbung in denjenigen Ländern, die bisher Abnehmer für unsere Industrieerzeugnisse waren. Der ausbeutende Kaufmann und Unternehmer wird, wenn auch durchaus wider seinen Willen zum Erzieher des von ihm ausgebeuteten Volkes, so daß dieses auf seinem Entwicklungsgang schließlich dahin gelangt, der nur zu oft ungerechten Ausnutzung ein Ende zu machen. Man denke nur an die Hanse, die an dieser Entwicklung zu Grunde gegangen ist. — Gerade in unserer, die jetzige Entwicklung so in den Himmel hebenden nationalen Presse wird so oft lobend verkündet, daß deutsche Intelligenz in aller Herren Ländern zu finden sei, daß deutsche Techniker, Werkführer usw. massenhaft nach Rußland, Amerika, China, Japan zögen. Blutige Tränen sollte man in jenen Kreisen hierüber weinen, denn diese deutschen Intelligenzen sorgen dafür, daß es mit dem deutschen Export nach den Gegenden, in denen sie ihre Fähigkeiten verwerten, um so rascher und gründlicher vorüber sein wird. Es ist nicht ohne tiefe Bedeutung, daß unter den aus Deutschland ausgeführten Erzeugnissen der Anteil, den die Maschinen daran nehmen, in den letzten Jahren procentuell am stärksten gestiegen ist.

Eine andere Zwischenbemerkung sei uns hier gestattet.

Es erweist sich als notwendig, will man sich über die Ursachen eines industriellen Aufschwungs klar werden, zu allererst das vorhandene Bodenvegetationskapital mit dem Bevölkerungsüberschuß zu vergleichen; dann muß man die industriellen Fortschritte zusammen halten nicht mit der Bevölkerungszunahme, sondern mit der Zunahme der Industriearbeiter. Diese wird nemlich um so größer sein, je kleiner die Masse des noch zur freien Verfügung stehenden Naturgutes ist, mit dem der zuwachsende Mensch seine Arbeitskraft bewaffnen könnte. Die eigentlich treibende Kraft für das Wachstum unserer Exportindustrie bildet somit die Uebevölkerung, die sich auf die Bevölkerungszunahme einerseits, auf die Abnahme des Naturgutes andererseits stützt. Dieser einen Triebkraft treten eine Reihe von Nebenumständen nur ergänzend zur Seite. Das wird sofort klar, wenn wir uns vor Augen halten, daß seit Mitte der siebziger Jahre, wo sich zuerst die Einfuhr von Lebensmitteln nötig machte, fast der ganze Bevölkerungszuwachs in die Industrie und zwar vorwiegend die Exportindustrie geleitet wurde.

Die Ergebnisse der beiden letzten Berufszählungen im Deutschen Reiche weisen aus, daß die allein in der Industrie beschäftigten Personen in den dazwischen liegenden 13 Jahren (1882—95) von 5 933 663 auf 8 000 503, d. i. um rund 35 pCt. und heute gewis schon um 40 pCt. gestiegen sind. In England hingegen betrug die Zunahme in den 10 Jahren von 1881—91 noch nicht ganz 13 und in Frankreich noch nicht 2,5 pCt.

Neben der in erster Reihe wirksamen Bevölkerungszunahme bei fehlendem überschüssigem Naturgut kommt nun noch eine ganze Anzahl von weniger wichtigen Umständen in Betracht. Zunächst das schon gewürdigte Wachstum des Land- und Seemilitarismus mit seinen ins Ungemeßene steigenden Anforderungen an die Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie. Alsdann ist als ein weiterer Factor,

ber rein zufällig auftrat, aber doch für den deutschen industriellen Aufschwung nach 1870 sehr ausschlaggebend wurde, die Annectierung des Elsaßes aufzuführen. Das Deutsche Reich schluckte mit diesem Bande zugleich eine Industrie, die auf einzelnen Gebieten die Industrie des alten Zollvereins übertraf. Sehr begreiflich, daß eine solche Industrie, die bisher zum größten Teil die Bedürfnisse der 40 Millionen betragenden französischen Bevölkerung befriedigt hatte, nunmehr in der neuen Heimat einen gewaltigen Druck in der Richtung des Exportbedürfnisses ausübte.

Zu diesem kommt nun noch eine Reihe von Maßnahmen, die sich aber z. T. wiederum auf den nach außen durch Schutzzollmauern abgeschlossenen Stat stützen, z. B. die Gepflogenheit, die exportierten Waren ans Ausland unter dem Selbstkostenpreis abzugeben und sich dafür im zollgeschützten Inland durch höhere Preise schadlos zu halten. So werden Eisenbahnschienen für den Export im Durchschnitt um 26 Mark die Tonne billiger abgegeben als für den Verbrauch im Inland.

Auch die neu-deutsche, unserm Fabrikanten- und Unternehmertum auf den Leib zugeschnittene Gesetzgebung ist noch zu erwähnen, wenn auch derselben wol nur der aller-kleinste Teil des Verdienstes um den industriellen Aufschwung zugeschrieben werden darf.

Und zum Schluß müssen wir hier noch auf eine Tatsache hinweisen, die am allerwenigsten geeignet ist, den deutschen Aufschwung in eine glänzende Beleuchtung zu rücken, darauf nemlich, daß die deutsche Auswanderung der 70er und 80er Jahre so gewaltig answoll und den in ihre Dienste gestellten Handelsschiffen ermöglichen konnte, billige Rückfrachten zu nehmen und die englischen, amerikanischen und französischen Rhedereien zu unterbieten, da bekanntlich aus diesen Ländern, wo man nicht in dem Genuß der glorreichen Errungenschaften von 1866 und 1870/71 stand, die Bewohner nicht zu Hunderttausenden in die Fremde hinaus flohen.



Daß übrigens die deutsche Tüchtigkeit bei allen wirklichen Fortschritten der letzten Jahrzehende gewis nicht in letzter Reihe gestanden hat, werden wir am Allerwenigsten leugnen, aber diese Tüchtigkeit ist wahrlich kein Erzeugnis der Blut- und Eisen-Politik, sondern wird von ihr allmählich zerstört, und Lobredigkeit, Aufgeblasenheit und Chauvinismus treten mehr und mehr an ihre Stelle.

Im Uebrigen möchten wir doch auch hier einer Meinung entgegentreten, die zwar jetzt schon als unumstößlich gilt, aber deshalb nicht minder falsch ist. Es werden bekanntlich namentlich von denjenigen Kreisen aus, wo man die Politik von 1866 und 1870/71 als der Weisheit Schluß preist, die Schaffung des Deutschen Reiches und aller der damit in Zusammenhang stehenden Einrichtungen als die Bedingungen hingestellt, die den industriellen Aufschwung der letzten Jahrzehende überhaupt erst ermöglichten, und es soll damit zugleich diesem Reiche der glänzendste Befähigungsnachweis ausgestellt werden. Der nicht voreingenommene Beurtheiler weiß aber, daß die wirtschaftliche Entwicklung im Gebiete des heutigen Deutschen Reiches sich fast ausschließlich in denjenigen Bahnen bewegte, die schon zur Zeit des Deutschen Bundes eingeschlagen, durch die Zollvereinspolitik vorgeschrieben worden waren. Und wir behaupten darum, wäre die preußisch-deutsche Einheit nicht gekommen und hätten nur jene Bestrebungen gestegt, die die Einbeziehung des Südoftens in den Zollverein verhindern wollten, so wäre die wirtschaftliche Entwicklung des letzteren im großen Ganzen dieselbe gewesen, wie wir sie vor Augen haben. Die deutsche Einheit, die Centralisation der Macht, das verstärkte Landheer, die Kriegsflotte haben nur insoweit befördernd eingegriffen, als sie der Großindustrie reichliche und sichere Aufträge verschafften: ein Umstand, der unsere Großindustriellen darum auch zu den begeistertsten Anhängern der deutschen Einheit, des Land- und Seemilitarismus macht. Das wird auch von anderer Seite bestätigt. So versichert der Hamburger

Großkaufmann May, ein Mann, der gewis nicht daran denkt, die Bismarcksche „Einigungspolitik“ zu unterschätzen: „Die Ursachen unseres wirtschaftlichen Aufschwunges waren nicht die Siege von 1870, wie oft fälschlich angenommen wird, sondern Fortschritte der Technik und mit diesen auch die Verkehrsfortschritte, welche um diese Zeit resp. bald darauf bei allen civilisirten Nationen stattfanden.“

Und dem Vorsitzenden des Vereins deutscher Chemiker, Dr. Dulzberg, der sich nicht entblödete, in einem Kaisertoast den Aufschwung der deutschen chemischen Wissenschaft auf die Erfolge der Blut- und Eisenpolitik von 1870/71 zurück zu führen, leuchtete der Geh. Admiralsratsrat Dr. Neumayer mit den Worten heim: „Wenn ich einen Augenblick in Gegensatz treten muß zu meinem verehrten Nachbar, dem Herrn Vorsitzenden, der den Aufschwung der Chemie, wie sie sich bei uns entwickelt hat, in die Zeit nach 1870 versetzte, so ist dieser Gegensatz nur ein scheinbarer, aber Wahrheit muß Wahrheit bleiben: das deutsche Genie hat sich auch vorher schon unter herben politischen Lagen einen großartigen Standpunkt erkämpft. Denken Sie an Liebig, was würden technische und sonstige Chemie sein ohne seine bahnbrechenden Arbeiten? Und so könnte man noch eine ganze Anzahl nennen, sie gehören unserm Jahrhundert an.“ — In Bezug auf die Entwicklung der deutschen Handelschiffahrt versichert der „Export“ (1898, S. 247), ein auf diesem Gebiete gleichfalls einwandsfreier Zeuge: „Schon vor dem Jahre 1870 war die deutsche Handelsmarine nächst der englischen die bedeutendste; es gab kaum eine fremde Küste, an welcher nicht die deutsche Flagge gezeigt wurde. — Seit dem Jahre 1870 haben sich, schon in Folge unserer außerordentlich starken Volkszunahme, diese Verbindungen mit überseeischen Produktions- und Consumtionsgebieten gesteigert.“ — Es dürfte also wol feststehen, daß nicht 1866 oder 1870/71 den Wendepunkt bildeten in der industriellen Entwicklung Deutschlands, sondern jene Zeitpunkte, in denen der

weiteren Ausdehnung des Zollvereins (d. h. des deutschen Wirtschaftsgebietes) in Folge des preußischen Eingreifens — 1850, 1853 und 1861 — unübersteigliche Schranken gesetzt wurden. 1866 war nur die letzte abschließende Handlung, die allerdings durch die Wucht ihres Auftretens die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf sich zog. Nicht die positiven, sondern die negativen Wirkungen der Schöpfung von 1866 und 1870/71 sind es demnach, die das Eigenartige in der wirtschaftlichen Entwicklung des neuen Deutschlands bedingten.

Diese Entwicklung erhielt nun aber einen neuen mächtigen Anstoß durch die in den letzten Jahren eingeleitete Vereinbeziehung Ostasiens in den Bereich der Weltwirtschaft. Während durch diese Vereinbeziehung einerseits der heimischen Gewerbstätigkeit reichliche Aufträge zuströmen und besonders der Maschinen- und Eisenbahnindustrie einen erneuten Aufschwung gaben, wird dieselbe aber andererseits auch um so rascher zu der großen, nun fast unabänderlichen Katastrophe hindrängen.

Wenn wir die Anwälte des deutschen Industriestates hören, so klingt es freilich, als ob uns nichts Größeres und Schöneres, nichts Verlockenderes winken könnte als die große deutschländische Riesenfabrik. Mit einer Leichtfertigkeit sondergleichen preist man die Loslösung immer größerer Teile des Volkes von der Scholle und die Hineinziehung desselben in die Verstädterung, ohne auch nur die geringste Gewähr dafür geben zu können, daß das Ende dieser Entwicklung ein gutes sei. Sehr mit Recht machte Kieselbach\* schon vor länger als einem Menschenalter darauf aufmerksam, daß die Geschichte bis jetzt noch keinen nationalen Flächenstaat Europas kennt, „der sein Dasein mit der letzten Stufe seiner Entwicklung abgeschlossen hätte, und nun mit den aufgeworfenen Erfahrungen den

---

\* N. a. D., S. 309.

übrigen noch im vollen Leben dastehenden Völkern einen Anhalt für ihre selbstbewußte Politik darzubieten vermöchte. Wohin der schrankenlose Sieg der beweglichen Habe über das unbewegliche Eigentum in politischer und kultureller Hinsicht bei einem Flächenstate führt, dafür haben wir in der Geschichte noch keine fertigen empirischen Belege.“

Das möchten wir auch dem Agrarpolitiker Buchenberger\* zu bedenken geben, wenn derselbe glaubt, uns über das Gefährliche in der heutigen Entwicklung mit den tröstenden Worten hinweghelfen zu können: „So unerwünscht nun auch für die nicht Besitzenden, also auf den Besitzerwerb von Grund und Boden abhebenden Bevölkerungsteile es ist, wenn als Folge der relativen Seltenheit des Produktionsinstrumentes Boden, gewissermaßen naturgesetzlich, Bodenpreise sich ergeben, die den kapitalisierten Betrag des mittleren Reinertrags übersteigen, so mag ein Trost für diese Entwicklung der Dinge in der Betrachtung liegen, daß diese Tendenz zum Steigen der Bodenpreise auf die Dauer kein kulturschädliches, sondern ein kulturförderndes Element in sich schließt.“ Mag das auch für den Stat im Allgemeinen zeitweilig von Wert sein, dem Einzelnen, nach einem Stückchen Land Besizenden ist damit wenig geholfen. Es offenbart sich hier wieder die alte Weisheit unserer von der Staatsucht\*\* befallenen Gelehrten: wenn es nur dem State wol geht, mag auch der Einzelne verderben!

---

\* Buchenberger, Grundzüge der deutschen Agrarpolitik, S. 65.

\*\* L'étatisme nennt der französische Admiral Reboullière diese alles gesunde Volksleben zerstörende, in Frankreich heimische und von dort nach Deutschland eingeschleppte Krankheit. Constantin Frang hat dieselbe schon vor einem halben Jahrhundert unter dem Namen Staatskrankheit beschrieben und warnend auf sie hingewiesen. Der weiten Verbreitung dieser Krankheit im neuen Deutschland ist es in erster Reihe zu verdanken, daß die ins Deutsche Reich eingekleidete deutsche Einheit so volkstümlich geworden ist.

Im Uebrigen ist es ja gerade die Aufgabe dieser Blätter, den Nachweis zu führen, daß auch der Stat keinen dauernden Nutzen aus dieser Entwicklung zu ziehen vermag.

## 2. Großgrundbesitz und Landflucht.

Nicht nur zwischen Boden und Geldkapital kauft ein schier unüberbrückbarer Abgrund, der Bodenbesitz selbst ist wieder innerlich gespalten, und diese Spaltung macht sich um so bemerklicher, je mehr der Boden von seiner Gebundenheit losgelöst und dem gewöhnlichen Güterverkehr überliefert wird.

Es ist offenbar eine der unheilvollsten Wirkungen der von einer kurzfristigen Bodengesetzgebung unterstützten Ansammlung großer Kapitalien in den Händen Einzelner, daß der bäuerliche Kleinbesitzer mehr und mehr zurückgebrängt wird. Auch der Großkapitalist ist bekanntermaßen sehr geneigt, einen Teil seines Geldes in Landbesitz anzulegen, weil diese Anlage einmal die sicherste ist, und weil er es liebt, mit dem Erbabel in Wettbetrieb zu treten und den Grandseigneur zu spielen. Auf den Ertrag des Bodens braucht es ihm sehr oft gar nicht anzukommen, da seine hauptsächlichsten Einkünfte aus anderen Quellen fließen.

Nun unterliegt es aber gar keinem Zweifel, daß zwischen dem Boden, der im Besitz eines ihn selbst bearbeitenden Bauern sich befindet, und zwischen jenen Landflächen, die ein reicher, in der Stadt lebender Besitzer zusammengesauft oder ererbt hat und nanmehr dazu benutzt, durch Verpachten an andere diese von sich abhängig zu machen, — daß zwischen diesen beiden Bodenarten ein himmelweiter Unterschied besteht. Dem Ersteren ist die Scholle seines Bauernhofes Naturgut, mit dem er seine Arbeitskraft bewaffnet, um sich und den Seinen den nötigen Unterhalt zu verschaffen, — mit dem er so eng verwachsen ist, daß es gewissermaßen einen Teil seines eigenen Ichs bildet. Dem Andern, dem Großbesitzer, ist der Boden im

Allgemeinen nur Mittel zur Kapitalanlage. Ist an einer andern Stelle, bei einer Actiengesellschaft, einem Bergwerk, in Schantung oder Südamerika Aussicht zu einer gewinnbringenden Anlage, so trägt er kein Bedenken, dieses Kapital dem Boden wieder zu entziehen, um es an der eine höhere Dividende versprechenden Stelle festzulegen. Dort haben wir das innige liebevolle Verwachsensein des im Schweiß seines Angesichts sich mühenden Arbeiters mit seinen Arbeitsmitteln, hier das nackte Speculantentum, nur auf rohen Gewinn ausgehend.

Wenn wir die eben gekennzeichnete Entwicklung eine Folge der Kapitalanhäufung nannten, so müssen wir ergänzend bemerken, daß dabei nur teilweise an das moderne bewegliche Kapital zu denken ist. Die Bewegung zur Enteignung des kleinen Grundbesitzes ist älter als der mit der Goldwährung emporgewachsene moderne Kapitalismus. Diese Bewegung knüpft in dem ostelbischen Preußen an die Bauernbefreiung an. Zwar wurde der Bauer durch das Gesetz zum Eigentümer von zwei Dritteln des von ihm bebauten Bodens (ein Drittel fiel dem Gutbesitzer zu), aber in Wahrheit wurde bei allen weniger gut Gestellten das Verhältnis einfach umgedreht, und auch das dem Bauern noch Verbliebene wußten die Ritter „auf dem Wege des Rechtes“ nur zu oft noch an sich zu bringen.\*

Wie in Folge der Bauern befreienden hohenzollerschen Gesetzgebung die ostelbischen Junker mit den Bauern umspringen und diese in Masse von Haus und Hof jagen konnten, kann man auch aus einer Darlegung vom Landes-Deconomierat Hering ersehen.\*\*

In Mecklenburg reichen die Anfänge der Latifundienwirtschaft weiter zurück. Dort haben namentlich die Nach-

---

\* Natürlich war das Bauernlegen im ostelbischen Preußen schon lange vor jener Gesetzgebung im Schwunge. Ja, es wurde dasselbe von einzelnen Fürsten direct begünstigt.

\*\* Ueber die agrarische Gesetzgebung in Preußen. Berlin 1837. S. 99.

wirkungen des 30jährigen Krieges zu einer großartigen Bauernlegung geführt. Es gab vor dem Kriege noch rund 2 000 Kleinbesitzer im Gebiete der mecklenburgischen Ritterschaft, um die Mitte des 18. Jahrhunderts jedoch nur noch 4472 und heute noch 1550. Im Dominialland hingegen, wo die Regierung schon seit lange eine rege kolonialisatorische Tätigkeit entwickelte, sind heute etwa 21 000 Kleinstellen vorhanden, und die Tätigkeit der Regierung drängt nun auch die Ritterschaft zur Wettbewerbung. — Anderswo liegen die Dinge in Preußen. Nach Miaszkowski's\* Bericht schreitet dort in den ostelbischen Ländern die Entignung der Bauern durch Bildung bez. Ausdehnung großer Besitze rasch fort. Im brandenburgischen Kreise Prenzlau wurden 75 pCt. der eingegangenen Bauernstellen mit Rittergütern vereinigt, im Kreise Solbin etwa 60 pCt. der vorhandenen Bauerngüter von den benachbarten Großgrundbesitzern aufgekauft. In der Provinz Posen wurden im Jahre 1880 2832 frühere Bauernhöfe mit zusammen 178 233 Morgen Land gezählt, die in die Hände von Rittergutsbesitzern gelangt waren. In Schlesien sind nach einem Berichte des Oberpräsidenten zwischen 1850 und 1880 4923 Bauerngüter mit einem Gebiete von 294 855 Hectar verschwunden, und in Posen sind zwischen 1859 und 1880 8396 ober 17,94 pCt. spannfähiger Bauerngüter verloren gegangen. Der Umfang des Fideicommiss-Besitzes liegt allein in der Zeit von Ende 1897 bis 1898 von 141 271 Hectar auf 2165 369 Hectar, und die Fideicommiss machten 6,21 pCt. der Gesamtfläche des States aus. Dabei ist es von ganz besonderem Interesse, daß mehr als die Hälfte dieses Besitzes gerade in den von ständiger Einwanderung bedrohten östlichen Provinzen liegt, und daß er in Posen allein in einem Jahre um 6603 Hectar zugenommen hat.

„Wo aber Großbesitz herrscht, ist“, wie die „Conserv.

\* Agrarpolitische Zeit- und Streitfragen, S. 63.

Zeitschrift" (1896, Heft 6) sehr richtig ausführt, „die Masse der ländlichen Bevölkerung unendlich beweglicher, sie folgt dem Lode des Kapitals viel leichter und viel massenhafter als in Bauernstaaten, wo die Bevölkerung zäh an der Scholle haftet. Insofern sind Großgrundbesitz und schneller Fortschritt der Industrie Correlate.“ Trotzdem wäre es aber falsch, wenn man für diese Bewegung die Industrie schlechtweg verantwortlich machen wollte, denn für die Millionen kräftiger Menschen, die aus dem Gebiete des Großgrundbesitzes allein nach Amerika und — in früheren Zeiten — nach Russland ausgewandert sind, waren doch offenbar ganz andere treibende Kräfte vorhanden. Für den Kenner der Verhältnisse liegen dieselben auch offen zu Tage und gipfeln in der Aussichtslosigkeit der Lage: niedrige Löhne, Einschränkung der Freiheit, traurige Wohnungs- und sonstige Lebens-Verhältnisse bei dem landwirtschaftlichen Arbeiter, Verteuerung der ganzen Lebenshaltung bei dem Kleinbauern.

Auch der Rübenbau führt da, wo er Platz greift, vielfach zu einer Enteignung der Bauern und zur Bildung industrieller Großbetriebe, dem größten Feinde des ansässigen Bauern, wie mit seltener Einmütigkeit aus Norderditmarschen und aus dem Regierungsbezirk Kassel, aus den Provinzen Hannover, Sachsen und Schlesien berichtet wird. Ja, es scheint fast, als ob die unter besonderer staatlicher Protection (versteckte Ausfuhrprämie) stehende Rübenzucker-Industrie für die Enteignung des deutschen Bauernstandes im 19. Jahrhundert dieselbe Bedeutung haben wird, wie sie die ebenfalls staatlich begünstigte Wollindustrie mit ihren hohen Wollpreisen für die Verwandlung der bäuerlichen Acker in gutsherrschaftliche Wiesen und Weiden seit dem 15. Jahrhundert in England gehabt hat. (Miaszkowski.)

An anderer Stelle wurde bereits gezeigt, wie mit der Enteignung der deutschen Bauern und mit der Landflucht zugleich die andere große Gefahr, die Entdeutschung des Ostens, herannahet. Die Riesensflächen der Großgrundbesitzer



erlangen fleißige Hände zu ihrer Bearbeitung; da nun aber der deutsche Arbeiter in den Städten und jenseits des Meeres lohnenderer Beschäftigung nachgeht, so bleibt keine andere Wahl als das Hereinrufen anspruchslöser polnischer und russischer Arbeiter.

Diese schlimme Alternative preßte einem Mitarbeiter der „Grenzboten“ den Verzweiflungsschrei aus: „Lassen wir den Dingen weiter ihren Lauf, so schreitet die Slavierung der Rittergutsgegenden unaufhaltsam fort, beschränken wir die Einwanderung, so ist der Rittergutsbetrieb unaltbar“. Und an einer andern Stelle desselben ehemaligen ismarckischen Reptilienblattes (1898, 2, S. 248) lesen wir das für uns wertvolle Eingeständnis: „Es ist nicht zu bezweifeln, daß die deutsche und vor allem die ostpreussische Landwirtschaft zur Zeit schwer unter der Landflucht der einheimischen Arbeiter zu leiden hat und sich in dieser augenblicklichen Notlage nicht selbst zu helfen weiß. Der Wagen ist in den Sumpf gefahren durch die alten Sünden, und die neuen verschärfen die verhängnisvollen Wirkungen der alten.“

Die ganze Hilflosigkeit, aber auch die ganze Einsichtslosigkeit, mit der die leitenden Kreise diesen Zuständen gegenüberstehen, offenbart sich uns darin, daß der Staatssecretär Graf von Posadowsky in seiner Programmrede vom 9. März 1900 nichts Besseres anzupreisen weiß, als der Landflucht durch höhere landwirtschaftliche Bille vorzubeugen.

Man braucht sich durchaus noch nicht auf den Standpunkt Proudhons zu stellen, welcher zu beweisen sucht, daß der Bodenbesitz überhaupt Diebstahl sei, und kann doch davon durchdrungen sein, daß die heute zu Recht bestehende Bodenverteilung gegenüber der großen Mehrheit des Volkes ein schweres Unrecht einschließt: auf der einen Seite eine kleine Anzahl von Leuten, die über Hunderte von Geviertellen Landes verfügen, auf der andern Seite aber ungezählte Proletarier, die in unsern Riesenstädten zwischen

lahlen Mauern in einem Dachlammern oder in einem dumpfen Keller zur Miete wohnen müssen.

Mit dem, was wir hier ausgeführt haben, soll aber gewiss nicht gesagt sein, daß der große Bodenbesitz überhaupt zu verwerfen sei. Wir können uns recht wol einen solchen Besitz denken, der, obgleich von einem Einzelnen verwaltet, doch der Allgemeinheit nützt. Insbesondere läßt sich gegen jenen Großbesitz nichts einwenden, welcher nur eine Entschädigung darstellt für Leistungen an die Gesamtheit. Aber wenn sich die Ausübung öffentlicher Functionen von dem Besitz löst und ihren vollen Entgelt in einem geldwirtschaftlichen Goldsystem findet, wenn auch die großen Grundbesitzer in den in die Volksvertretungen hineingetragenen Interessenkampf hinabsteigen und hier ihre spezifischen Klasseninteressen aufs Rücksichtsloseste vertreten, wenn endlich die Besitzlosigkeit der ländlichen Arbeiter immer deutlicher als der tiefere Grund der socialen Frage auf dem Lande erkannt wird, dann tritt dem positiven Recht in dem Bewußtsein des Volkes ein höheres Recht gegenüber, das zur idealen Leuchte für die Umbildung der bestehenden Zustände wird.\* Und da gebietet die Gerechtigkeit anzuerkennen, daß vom englischen Großgrundbesitzer die höhere Recht anerkannt wird; der germanische Begriff des Eigentums ist ihm in Fleisch und Blut übergegangen. „Auf der Grundlage seines Besitzes“, bemerkt Adolf Held sehr treffend, „trug er schwere politische Lasten — er sorgte unentgeltlich die locale Verwaltung und die Arbeit im Parlament. Es bleibt ein großartiges Verdienst dieses Standes, daß er sich der höheren Pflichten der höheren Stellung immer bewußt blieb, daß die Selbstverwaltung eine wahrhaft statliche war und nicht einmal bis zur Centralisation der Gesetzgebung, zur Autonomie der einzelnen Teile des States, geschweige denn zur Staatsauflösung

\* Miaskowski, Das Problem der Grundbesitzverteilung S. 2.

\*\* Zwei Bücher zur socialen Geschichte Englands. S. 8.

führte. Der herrschende Landadel hatte auch frühzeitig erlernt, den reichlichen Genuß gewerblicher Producte un-  
tätiger Beherrschung untätiger Unfreier vorzuziehen. Er  
sah die Mitwirkung bei der Regierung eines großen Landes  
er selbständigen Tyrannei in einem kleinen Bauernreiche  
vor, — er bedrohte auch die Freiheiten des Volkes im  
ganzen nicht; er schützte sie vielmehr und beförderte den  
Aufschwung des Wohlstandes im ganzen Reiche durch eifrige  
Beförderung aller wirtschaftlichen Interessen.“

In früheren Zeiten mag das in den altpreussischen  
Ländern ähnlich gewesen sein. Doch wenn auch der Staat  
Preußen den ostelbischen Rittern noch so viel zu verdanken  
hatte, das verpflichtete die deutsche Gesamtheit nicht, sich einer  
solchen Minderheit zu Liebe dauernde Opfer aufzuerlegen.  
Daher hat es doch die in der That unbegrenzte Selbstsucht jener  
Latifundienbesitzer fertig gebracht, daß heute alle — auch  
die gesündesten und berechtigtesten Bestrebungen des land-  
wirtschaftlichen Theils der Bevölkerung als „agrarisches“  
Unmaßnahmen“ verschrieen werden dürfen.

Das wäre freilich nicht möglich geworden, wäre es  
nicht einer geschickten Agitation der Großgrundbesitzer  
(Bund der Landwirthe) gelungen, im Gedankenkreis der  
Masse die sehr bestimmten Grenzen zu verwischen, die tat-  
sächlich zwischen dem Latifundienbesitz und dem Kleinbesitz  
bzw. dem mittleren Großbesitz\* bestehen. — Wenn heute  
von einer Noth des kleinen Besitzers gesprochen werden  
kann, so liegen die Ursachen zu ihr durchaus nicht in einer

---

\* Um eine falsche Deutung dieser Darlegung abzuschneiden,  
sich hier nochmals aufs Bestimmteste versichert, daß die von uns  
erörterten Wirkungen unserer Ueberzeugung nach nur von dem  
Latifundien- und Spekulationsbesitz ausgehen, der bäuerliche mitt-  
lere Großbesitz wird namentlich dann, wenn er sich seiner oben  
erwähnten Pflicht bewußt bleibt, und insbesondere auch da-  
durch, daß er technischen und kulturellen Fortschritten zur Ein-  
führung verhilft, fördernd auf den Kleinbesitz einwirken.

Richtung mit denen, die die Not des Großbesitzes hervorgerufen, sondern sie sind diesen entgegengesetzt!

Die Entwicklung der kritischen Lage des Großgrundbesitzes läßt sich so skizzieren: Durch Vermittelung der vielfach erst im Interesse der Latifundien-Besitzer gebauten Eisenbahnen und Kanäle flutet das überseeische Getreide ins Land und drückt die Preise; um die Preise wieder zu erhöhen, führt man Schutzzölle ein, treibt aber durch die hiermit bewirkte Verteuerung der Lebenshaltung die deutschen Landarbeiter und Kleinbauern fort, ohne die an eine vorteilhafte Bewirtschaftung der großen Güter nicht zu denken ist; außerdem stärken die auswandernden Landarbeiter die überseeische Concurrrenz, sie helfen immer größere Getreidemassen erzeugen, und diese drücken wiederum die Getreidepreise auf dem Weltmarkt, so daß eine neue Erhöhung der Brotzölle nötig wird. Und so geht es immer weiter; es gibt kein Herauskommen aus diesem verhängnisvollen Kreislauf und kein Wiederaufkommen.

Die Notlage, in die so das ostelbische Junkertum geraten ist, kann uns um so mehr kalt lassen, als sie, wie eben ausgesprochen wurde, zum guten Teil selbst verschuldet worden ist, — nicht gleichgültig können wir aber der Tatsache gegenüberstehen, daß die Junkerpolitik direct die Bevölkerung des deutschen Ostens betreibt und slavisches Gesindel, das bei niedrigster Lebenshaltung mit dem gebotenen Lohn vorlieb nimmt, ins Land zieht. Die Tatsache lehrt es, daß, wo der an ein menschenwürdiges Dasein gewöhnte deutsche Landarbeiter nicht mehr zu bestehen vermochte, der mit Kartoffeln und Fusel zufriedene Pole sich noch recht wol zu fühlen und auszubreiten vermag. Man wird uns um so mehr erlassen, dieses Schwinden des Deutschtums durch Zahlenbeispiele zu belegen, als seit Jahren die ganze nationale Presse — eine in diesem Falle zuverlässige Zeugin — widerhallt von Klagen über das unheimliche Vorrücken des Polentums. Nur darauf mag an dieser Stelle noch hingewiesen werden, daß gerade diese Presse bewußt oder

unbewußt dem Deutschtum den allerschlechtesten Dienst erweist, wenn sie die Verflavung des Ostens als eine Folge der Schlawheit der nachbismarck'schen Regierung hinstellt und verlangt, daß zum forschenden Bismarck'schen Regiment zurückgegriffen werde. Abgesehen davon, daß es gerade die Hauptstützen des alten Kurzes, die ostelbischen Junker, sind, die die Polen ins Land rufen, weil sie sonst die Früchte auf ihren Feldern verfaulen lassen müßten, ist doch wol soviel klar geworden, daß das Wachstum des Polentums in der Zeit der polnischen Ausnahmegeetze zum mindesten nicht geringer war als unter Caprivi und Hohenlohe. — Die Verschleierung der wahren Tatsachen, die in den Darstellungen und in den Forderungen unserer nationalen Bismarck'skianbeter liegt, kann das Uebel nur immer mehr verschlimmern. Es ist sicher eine grausame Ironie, daß einmal die Politik der ostelbischen Agrarier die eigenen Arbeiter von ihren Gütern weg und in die Fabriken ihrer Todfeinde, der Großindustriellen, treibt, und daß beide zusammen, Agrarier wie Fabrikanten, an der Entvölkerung und Verödung des Landes und der Zusammenhäufung der Menschen in den Städten arbeiten.

Wir können diesen Gegenstand nicht verlassen, ohne noch auf die im engsten Zusammenhang mit dem Vattfundien-Betrieb stehende Exportprämien-Wirtschaft hingewiesen zu haben. Um Spiritus und Zucker, diese Erzeugnisse des „maschinellen landwirtschaftlichen Großbetriebs“, exportfähig zu erhalten und um insbesondere den Zucker Engländern und Amerikanern unter dem wahren Wert zu liefern, muß das deutsche Volk alljährlich 60 bis 70 Mill. Mark für die landwirtschaftlichen Großgrundbesitzer aufbringen; dabei zeigt, wie oben erörtert wurde, gerade diese Art der Industrie, wie die Exportwut zerstörend auf das ganze Volksleben wirkt.

Die Betrachtung über den ostelbischen Großbesitz wurde hier eingeschoben, weil sie unerläßlich war zum Verständnis der heutigen allgemeinen Lage. Für die endgültige Lösung

der großen uns hier beschäftigenden Frage ist sie ziemlich belanglos. Wenn wir auch im Zerfall des östlichen Großbesitzes eine Notwendigkeit sehen und wenn wir es mit Genugthuung begrüßen würden, träte an seine Stelle Kleinbesitz und Bauernwirtschaft, so sind wir doch weit entfernt, hierauf unser ganzes System zur Rettung des deutschen Bauernstandes und zur Erlösung aus den Nöten des Industrialismus und der Verstädterung aufzubauen. Dieses bedarf zu seiner Verwirklichung weiterer Räume und höherer Gedanken.

### 3. Bauerntum und Professorenweisheit.

Das Bild, welches wir hier zu entwerfen unternommen haben, wäre nicht vollständig, wenn wir es unterließen, die Stellung einiger besonderer Gruppen von Gelehrten in demselben zu zeichnen.

Wir beginnen mit Brentano, einem Forscher, welcher zwar seine Theorien schon längst fertig hat, aber doch in der Gegenwart wie gerufen erschien, der Lehre vom deutschen Export-Industrieetat mit seiner auf die schwankenden Meereswellen aufgebauten Zukunft einen inneren Halt zu geben.

Brentanos Verteidigung der neudeutschen Politik des Industrialismus — die als solche zugleich eine Bekämpfung der auf das Bodeneigentum sich stützenden Bevölkerung in sich schließt — geht von dem Standpunkt aus, daß es für ein Volk, welches seine Stellung gegenüber den anderen größeren Völkern aufrecht erhalten will, vor allen Dingen darauf ankomme, daß sich seine Zahl zum mindesten in demselben Maße vergrößere wie die Zahl der anderen unter Umständen feindlich auftretenden Völker. Und gegen diese Auffassung läßt sich an und für sich auch nichts einwenden. Bedenklicher wird es aber schon, wenn der genannte Gelehrte meint, die Wehrfähigkeit eines Landes hänge nicht ab von dem Verhältnis der Zahl der Tauglichen zur Zahl der Pflichtigen, oder gar zur Zahl der Bevölkerung, sondern

zur Fläche des Landes, welche die Bevölkerung zu vertheidigen hat.\*

Dieser Satz steht sozusagen im Mittelpunkt aller Brentano'schen Erörterungen, ist aber in seiner allgemeiner Fassung unbrauchbar, weder selbst bewiesen noch beweiskräftig. Wir setzen der Behauptung Brentano's vorerst eine andere Behauptung entgegen, nemlich die, daß die Bevölkerungsfrage tatsächlich aufs Engste mit der Land- oder Bauernfrage zusammenhängt. Mag auch die Erfahrung, daß die Proletarierfamilien der Städte den größten Kindersegen aufweisen, scheinbar dagegen sprechen. In den kinderreichen Proletariern wirkt eben das Bauernblut noch nach. Man möge nur bei den Untersuchungen dieses Gegenstandes darauf achten, welcher Grundlage die Eltern entstammen, ob sie dem Lande entsprossen oder bereits als Säuglinge den Dunst und Qualm der Großstadt geatmet haben.

Wir meinen also, wollten Brentano und seine Gesinnungsgeossen aus dem von ihnen benutzten Material wirklich Brauchbares herauslesen, so müßten sie ihre Untersuchungen in fünfzig Jahren wiederholen oder sie müßten heute eine Auslese halten und unter Stadt- und Industriebevölkerung nur den Teil der Bevölkerung begreifen, dessen Eltern und Großeltern bereits in größeren Städten gelebt haben, denn, nochmals sei das betont, nicht darum handelt es sich, wie die Verhältnisse jetzt oder in nächster Zukunft sich gestalten, wobei eben immer die alte landwirtschaftliche Grundlage der Bevölkerung als sehr bestimmender Factor auftritt, sondern um die spätere Entwicklung, um jene Zeit, in der die Stadt- und Industriebevölkerung

---

\* Brentano und Kuczynski, Die heutigen Grundlagen der deutschen Wehrkraft, und Kuczynski, Der Zug nach der Stadt. In: Münchener Volkswirtschaftl. Studien, 24. und 35. Stück — In diesen beiden immerhin wertvollen Schriften findet sich auch eine erschöpfende Litteraturangabe.

die hauptsächlichliche Grundlage der Bevölkerung überhaupt bilden wird.

Mit einer solchen Aufgabe würden wir aber wol andere Gelehrte beauftragen müssen. Brentano wenigstens scheint uns hierzu nicht die nötige — Zuverlässigkeit zu besitzen, wie das seine Behandlung dieses Gegenstandes auf Seite XII des angezogenen Buches dartut. Dort will nemlich Brentano den Beweis erbringen, daß die Stadt- und Industriebevölkerung im Deutschen Reich eine stärkere Vermehrung zeige als die Landbevölkerung. Dazu gibt er die Zunahme auf je 1000 der Bevölkerung in der Zeit von 1851 bis 1895 an und erhält so allerdings eine im Allgemeinen steigende Zahl. Dieses Verfahren ist aber durchaus irreführend, denn es beweist nur das immer mehr sich verlangsamende Absterben. Für die Frage, ob die Bevölkerung fortschreitet oder zurückgeht, kann nur die Geburtenzahl bestimmend sein, und diese ist in den letzten Jahrzehenden eine beständig zurückgehende. — Wäre wirklich die Verlangsamung des Absterbens das Ausschlaggebende, so stünde Frankreich an der Spitze der aufwärtstrebenden Völker, während wir ja wissen, daß dieses in Wahrheit an der Spitze steht der niedergehenden Völker.

Mit welcher unheimlicher Sicherheit die Geburtenziffer auch bei uns abwärts schreitet, erfahren wir, wenn wir uns vergegenwärtigen, daß 1877 aufs Tausend der Bevölkerung noch 41,64 Geburten zu verzeichnen waren, 1897 aber nur noch 37,21. Die Sterbeziffer hingegen fiel in derselben Zeit von 28,05 auf 22,55.

In Berlin ist nach Arthur Dir\* die Zahl der Geburten aufs Tausend der Bevölkerung zwischen 1876 und 1894 von 47 auf 30 zurückgegangen. Diese Tatsache erhält aber erst dann ihre volle Bedeutung, wenn man sich vergegenwärtigt, daß in Folge des Zuzuges von außen

---

\* Die Völkerwanderung von 1900.



Berlin einen relativ viel größeren Teil von im fortpflanzungsfähigen Alter befindlichen Bewohnern hat als die anderen fruchtbareren Gebiete.\*

Auch auf den andern sehr wichtigen Umstand muß hier noch hingewiesen werden, daß die Stadt die männliche Bevölkerung der weiblichen gegenüber in den Rückstand bringt, weil, wie neuerdings Ballod\*\* wieder bestätigt hat, einmal in den Städten die Zahl der männlichen Geburten zurückgeht und dann auch die männliche Bevölkerung dort rascher aufgerieben wird als die weibliche. Ballod berechnet, daß die Gesamtsterblichkeit in der Stadt für das männliche Geschlecht um etwa 16 pCt. intensiver als auf dem Lande sei, die des weiblichen Geschlechts jedoch nur um 6 pCt.

Der bereits hervorgehobene Umstand, daß nahezu gleichlaufend mit dem Rückgang der Geburten eine durch Verbekkerung der Lebensverhältnisse erzielte Verminderung der Todesfälle sich bemerkbar macht, kann an dem Gesamtergebnis kaum etwas ändern. Denn einmal hat diese Verminderung ihre Grenzen, die Verminderung der Geburten aber nicht, wie Frankreich ja sehr anschaulich zeigt; dann steht ihr gegenüber die immer weiter um sich greifende allgemeine leibliche Verschlechterung als die Folge der unauß-

---

\* „Teilt man die Bevölkerung in Altersgruppen von je einem Jahrzehnt, so umfaßt im allgemeinen Durchschnitt die erste (0—5 Jahre) mehr als 13 v. H. der Gesamtbevölkerung — in Berlin kaum 10, dagegen entfallen auf das Alter von 20 bis 25 Jahren naturgemäß nur 6,8 — in Berlin aber nahezu 11 v. H. Dafür kommen im Durchschnitt im Alter von 55 bis 60 Jahren noch 35 auf 1000 Personen — in Berlin erst auf 1671. Kurz, Berlin bezieht nahezu vier Zehntel seiner im leistungsfähigsten Alter stehenden Arbeitskräfte aus dem Reich, vom Lande und aus den kleinen Städten und verbraucht diese Kräfte außerordentlich schnell, um sich dann wieder neues Menschenmaterial, neues Futter zuströmen zu lassen.“ (A. a. O. S. 36.)

\*\* Die mittlere Lebensdauer in Stadt und Land S. 57.

haltbaren Verstärkung, und schließlich ist der durch die Verminderung der Todesfälle erzielte Nutzen überhaupt ein fraglicher, da es sich natürlich in erster Linie um die Erhaltung von schwächlichen, oft zu einer erwerbenden Tätigkeit untauglichen Menschen handelt, die sonst rasch zu Grunde gegangen und der Allgemeinheit nicht so lange zur Last gefallen sein würden.

Es steht nach alledem also für uns fest, daß auf jeden Fall und auch dann, wenn wir die Frage so stellen, wie Brentano es tut: Gefährdet die Entwicklung Deutschlands vom überwiegenden Agrarstat zum überwiegenden Industriestat die Wehrfähigkeit des Deutschen Reiches, — daß auch dann die Antwort sein wird: sie gefährdet nicht nur dieses Reich, sondern sie muß es ohne Zweifel in wenigen Jahrzehenden von Grund aus zerstören; und es bliebe schließlich nur der Ausweg, gleich den Engländern zum Söldnerheer überzugehen, was freilich bei unseren Riesen-Landheeren wieder an der Unmöglichkeit scheitern würde, so gewaltigen Bedarf durch Werbung zu decken, abgesehen davon, daß dann für unsere großkapitalistischen Kreise der unnennbare Gewinn verloren gehen würde, der eben gerade darin liegt, daß die Verteidigung heute im Wesentlichen von den Schultern der Unbemittelten getragen wird. Wir sehen also auch hier die herrschenden Kreise in Schwierigkeiten geraten, aus denen trotz der Gefälligkeit Brentanos und seiner Schule kein Ausweg heraus zu führen scheint.

Das Heranziehen Englands als Beweisstück dafür, daß der Industriestat in körperlicher Beziehung nicht schwächer sei als der Agrarstat, ist ganz und gar verfehlt, weil England durch seine außergewöhnliche natürliche Stellung sich mit Staaten wie das Deutsche Reich gar nicht vergleichen läßt, weil es ferner gar nicht wahr ist, daß das englische Volk in seiner Gesamtheit Industrievolk geworden sei, — die agrarischen Teile sind nun den natürlichen Verhältnissen gemäß nach Uebersee gerückt. England hat Abzweigungen seines Volkskörpers nach anderen Teilen der

Welt entsendet, so daß heute in Amerika, Südafrika und Australien allein angelsächsische Völker leben an Zahl doppelt so groß wie das Volk des Mutterlandes.

Ebenso wenig aber können die Zustände Frankreichs als Beweis dafür ins Feld geführt werden, daß in vorwiegend agrarischen Staaten eine Stockung im Bevölkerungszuwachs eintreten müsse. Der Stillstand in der französischen Bevölkerungszunahme ist nicht eine Folge des vorwiegend landwirtschaftlichen Gepräges jenes Landes, sondern umgekehrt: dieses landwirtschaftliche Gepräge ist eine Folge des Bevölkerungsstillstandes. Wenn auch Frankreich heute eine in der Mehrzahl Landwirtschaft treibende Bevölkerung besitzt, so fehlt doch viel, daß es einen Bauernstand beäße, wie wir ihn verstehen. In Frankreich ist alles atomisiert, alles dem städtischen Wesen und Gesetz angepaßt, und der Code civil kennt so wenig wie das Corpus juris Justinians einen Unterschied zwischen Grundeigentum und beweglichem Besitz.\*

Wir müssen übrigens gestehen, daß uns bei all den Erwägungen über die Gefahren des Industrialismus die Frage, ob der Industriestat im Stande sei, die für die Verteidigung notwendige Zahl von Soldaten hervor zu bringen, durchaus nicht im Vordergrund steht; wenn auch ihr gewis eine weniger leichtfertige Behandlung gebührt, als Brentano und Genossen derselben zu Teil werden lassen. Der von diesen Forschern erbrachte Nachweis, daß heute mehr als zwei Drittel der Heeresergänzung aus überwiegend industriellen und nicht mehr ganz ein Drittel aus überwiegend landwirtschaftlichen Landestellen kommt, ist bei der Lösung der uns gestellten Aufgabe ziemlich belanglos. Und durchaus irreführend ist die Schlußfolgerung: „Die Wehrfähigkeit eines Landes hängt aber nicht ab von dem Verhältnis der Zahl der Tauglichen zur Zahl der Pflichtigen

---

\* Ueber den Bevölkerungsstillstand selbst und über die Begleiterscheinungen haben wir früher ausführlich berichtet.

oder gar zur Zahl der Bevölkerung, sondern zur Fläche des Landes, welches die Bevölkerung zu verteidigen hat.\*

Wenn sich Brentano schließlich als Stütze für seine Theorie die Anschauungen der preussischen Soldatenkönige herbeiholt, so ist das für einen Professor der Stats- und Volkswirtschaft nicht gerade imposant, aber am Ende haben diese Fürsten doch noch mehr Einsicht gehabt, als Herr Brentano. War doch der Zweck ihrer auf die Hebung der Bevölkerungszunahme hinzzielenden Magnahmen der, „mehr Kerle“ zu bekommen. Unter Kerlen aber verstanden sie Bauernbursche, keine Stadtproletarier.

Durch sein Hinausdrängen auf das Weltmeer und durch die Schaffung einer Weltflotte schiebt sich der preussische Militarismus, der in Folge der eigenartigen Stellung des ihm als Grundlage dienenden Landes nur in einem Landheer wurzeln kann, selbst den Boden unter den Füßen hinweg. Je mehr die gegenwärtigen Beherrscher Deutschlands ihre Macht auf dem Meere verstärken, d. h. sich gegen die Seemächte wappnen, um so mehr wird die Spannung auf dem Festlande nachlassen müssen, man wird gezwungen sein, die *entente cordiale* mit Aus-land immer weiter zu treiben, bis man endlich auch in leitenden Kreisen zu der heute schon von manchem politisierenden Kannegießer ausgesprochenen Ueberzeugung gelangt, daß sich gegen Aus-land mit Gewalt doch nichts mehr ausrichten lässe; und dann fällt der Hauptgrund für die Erhaltung unserer Riesen-Landheere hinweg.

Freilich, so viel ist auch klar, daß die Stellung derjenigen, die heute bei uns vornehmlich den Kampf gegen den Industrialismus und die Brentano'sche Theorie führen, nemlich der Agrarier, durch das, was wir hier ausgeführt haben und noch mehr zu sagen gedenken, nicht gefestigt werden wird. Ja, jenen Leuten gegenüber ist Brentano ganz im Rechte, wenn er behauptet, „daß in Folge der

---

\* N. a. D., S. 88.

industriellen Entwicklung Deutschlands eine viel größere Zahl von auf dem Lande Geborenen Nahrungsspielraum findet als zuvor". Und es muß ohne weiteres zugegeben werden, daß ohne die großen Städte und die in ihnen blühende Exportindustrie unter den heutigen Verhältnissen ein großer Teil des ländlichen Bevölkerungszuwachses zur Auswanderung getrieben werden würde oder verhungern müßte. Darum aber kann uns auch die hier sogleich noch zu würdigende Theorie eines andern deutschen Professors, nemlich Oldenbergs, nicht Rettung bringen aus der schweren Not, in die wir geraten.

Oldenberg hatte bekanntlich seine Auffassung von der Bedeutung der Umbildung Deutschlands in einen Export-Industriestaat auf einer Versammlung des evangelisch-socialen Congresses in ziemlich rücksichtsloser Weise kundgegeben. Dieselbe gipfelt in den Sätzen: Im Deutschen Reiche gelangt mehr und mehr das bewegliche Kapital zur Herrschaft; dieses aber drängt zu immer größerer Entwicklung der Export-Industrie und hierdurch zur Einführung immer größerer Mengen von Nahrungs- und Rohstoffen, so daß die deutsche Wirtschaft und damit das ganze deutsche Volk von Tag zu Tag immer abhängiger werden vom Auslande. Indem nun auf diese Weise das bewegliche Kapital allmählich die Landwirtschaft zerreiht und damit die vornehmste Grundlage des ganzen Volks- und Wirtschaftslebens zerstört, erbringt es den Beweis, daß ihm die Zukunft der Nation vollständig gleichgültig ist. — Der jetzigen, im einseitigen Interesse der kapitalistischen Großbesitzer gelegenen Entwicklung gegenüber befürwortet Oldenberg eine Politik, welche mehr die Interessen der Landwirtschaft wahrnähme. Aber schon auf dem Congresse selbst fand er mehr Widerspruch als Zustimmung, und wir selbst müssen Herrn Oldenberg erklären, daß erstens seine Diagnose ungenau ist und zweitens die Darstellung da abbricht, wo sie das Hauptsächlichste zu enthillen hätte.

Nur ein einziger hervorragender Gelehrter, Ad. Wagner, wagte sich auf die Seite Oldenbergs zu stellen. Doch auch dieser mußte keine andere Lehre aus dem, was Oldenberg entwickelt, zu ziehen als die, daß wir Kolonien, und um diese zu erlangen, — Kriegsschiffe brauchten.\*

Wie nahe war doch Professor Wagner hier der Lösung, die selbst er aber nicht fand — nicht finden durfte, weil sie gelautet hätte: Rückgängigmachung der genialen Tat Bismarck'scher Staatskunst, der Vorkreuzung Oesterreichs von Deutschland und Wiederhineinleitung in die Bahn der glorreichen mittelalterlichen Kolonisation. — Einer der Vertreter der historischen Schule gab sich lieber vor der ganzen Welt die Blöße, einen die ganze deutsche und insbesondere auch die preußische Geschichte ins Gesicht schlagenden Unsinn nachzusagen, als daß er es gewagt hätte, den einzig richtigen, aus der geschichtlichen Entwicklung herauspringenden und von einem Schuljungen zu findenden Schluß zu ziehen, weil dieser Schluß die heutige preußische Reichstheorie über den Haufen werfen würde.

Andererseits hat auch der in Folge der Oldenbergischen Kundgebung entbrannte Kampf wieder gezeigt, wie wenig man auch in den Kreisen der übrigen Gelehrtenwelt den Dingen auf den Grund zu sehen vermag. Wie hätte man sonst darauf verfallen können, die wahren, wohlverstandenen Interessen des deutschen Bodenbaues zusammen zu werfen mit den agrarischen Interessen der Ostelbier! Gerade der Vorwurf, der gegen den Industrialismus erhoben wird, daß er das gesunde Volksleben zerstöre, trifft, wie ja zur Genüge erwiesen, im selben Maße den ost-

---

\* Ein Fach- und Gesinnungsgenosse Wagners, Gustav Schmoller, drückt sich einige Jahre später so aus: „Die Gespenster, die Oldenbergs Rede über ‚Deutschland als Industriestat‘ heraufbeschworen hat, verschwinden oder ziehen sich zurück, wenn unsere jetzige Ohnmacht zur See aufhört.“ Handels- und Machtpolitik, I., S. 16. Stuttgart 1900.

elbischen Junker, weil dieser durch seinen kapitalistischen Großbetrieb, durch seine Schutzzölle und Polizeimaßregeln die Entvölkerung des Landes und die Zusammenhäufung der Menschen in der Stadt betreibt, also genau in derselben verhängnisvollen Richtung tätig ist, in der sich der Industrialismus bewegt. Gerade Professor Max Weber, der Herr Oldenberg so bestimmt entgegentrat und es für notwendig hielt, eine Lanze für das Händler- und Unternehmertum zu brechen, hat dieß unlängst in einem Vortrag schlagend nachgewiesen.\*

Die gleiche Wirkung des Industrialismus und ostelbischen Agrarierthums verhindert aber natürlich nicht, daß beide Richtungen sich gegenseitig aufs Erbittertste bekämpfen: es ist das vielmehr eine Naturnotwendigkeit: das Unternehmertum braucht billige Löhne, also auch billiges Brot und bekämpft darum den Brotzoll, der eben für den Großgrundbesitzer eine Lebensfrage ist. Fallen heute die Brotzölle, so fallen 99 pCt. der überschuldeten Großbesitzer. Mit dem Agrarierthum der Ostelbier hat die Vorsorge für Bodenbau und Bauerntum nur insofern zu tun, als das wichtigste Mittel zur Befestigung des letzteren die ersteren, d. h. die ostelbischen Großbesitzer, im Nu hinweg fegen wird.

Wenn aber Herr Weber Oldenberg gegenüber ausruft: „Nur die Nation hat eine Zukunft, die ihre Zukunft einsetzt im Kampfe mit den Nationen“, so können wir den Herrn Professor versichern, daß es sich in diesem Kampfe der Nationen nicht handelt um den Concurrrenzkampf der deutschen Commerzienräte gegen die englischen Pfefferfäcke, nicht darum, daß eine Nation die andere betrüge mit Pöfel- und Schöfelware, sondern daß dieser Kampf auf anderen Gebieten ausgefochten werden wird, für die freilich ein liberales Professorengemüt kein Verständnis haben kann.

---

\* Nationalstat und Volkswirtschaftspolitik.

Wenn wir also auch Oldenberg darin voll und ganz zustimmen müssen, daß die Entwicklung Deutschlands zum Export-Industriestaat für dasselbe die schwersten Gefahren in sich birgt und dem deutschen Volke in kurz bemessener Zeit den Untergang bereiten muß, so müssen wir doch auch den Gegnern Oldenbergs Recht geben, die ihm sagen, daß das heutige Deutsche Reich kein Agrarstaat mehr zu sein vermag, daß das Land heute schon nicht mehr im Stande ist, die notwendigen Nahrungsmittel für die Bevölkerung aufzubringen, und daß das bei der wachsenden Bevölkerung in späteren Zeiten erst recht nicht mehr möglich sein würde. Darans ziehen wir aber nicht, wie die Anwälte des deutschen Industriestaates, den Schluß, daß man auf dem nun einmal beschrittenen Wege weitergehen müsse, mag es schließlich enden wie es wolle, — daß wir „eine kurze glänzende Epoche“ einem „langen ruhmlosen Hinschleichen“ vorzuziehen hätten. Nur krasseste Selbstsucht und Gewissenlosigkeit der Zukunft des eignen Volkes gegenüber vermag so etwas zu tun. Wir verweisen vielmehr auf den klar und deutlich durch die ganze deutsche Vergangenheit vorgeschriebenen dritten Weg, der in der Wiederaufnahme der deutschen Kolonisation gegen Südoften vor uns liegt.

#### 4. Die „Not der Landwirtschaft“.

Hat der Bauer Geld

So hat's die ganze Welt.

Dieses Wort hat heute seinen Inhalt verloren. — Wenn die Anklagen, die der Grundbesitz gegen das mobile Kapital erhebt, berechtigt sind, so geht es den Kapitalbesitzern gerade darum so gut, weil die meisten Bauern kein bares Geld besitzen und genötigt sind, Schulden zu machen. Ferner sehen wir die Millionen von Arbeitern, die für die Exportindustrie tätig sind, ganz unabhängig vom heimischen Landbau den Unterhalt suchen und die gesamte Unternehmerschaft hat gar ein Interesse daran, daß es dem Bauer und Grundbesitzer recht mißerabel gehe, damit das Land die



Proletarierscolonnen sende, deren sie bedarf, um ihre Fabriken zu füllen. Eine behäbige, satte Landbevölkerung würde sich für die Sklavenarbeit in den dunstigen Fabrikjalen bestens bedanken.

Und die Not weiter Bodenbau treibender Kreise ist denn auch eine nicht mehr hinweg zu leugnende Tatsache.

Selber ist es z. B. unmöglich, genaue Zahlen über die wirkliche Höhe der auf unserem Grund und Boden lastenden Schulden zu ermitteln. Unter der Bismarck'schen Regierung sind derartige Erhebungen in Preußen stets hintertrieben worden. Eine vielleicht der Wahrheit nahe kommende Schätzung nennt als Gesamtsumme 75 Milliarden Mark, wovon etwa die Hälfte auf den bäuerlichen Grund und Boden kommt. Die Zinsen, die für diese Schuld zu zahlen sind, fließen zum großen Teil ins Ausland und zum größten Teil in die Geldschränke der Finanzgewaltigen. Daraus kann man auch sogleich sehen, was die Rednerlei bedeutet, die Verschuldung beweise zunächst nur, daß auch der nicht Boden besitzende Teil des Volkes durch Darlehen von Vermögen am Bodenbesitz Teil nehme. Im großen Ganzen ist es nicht das eigentliche Volk, welches an diesem Besitzteil nimmt, sondern nur das mobile Kapital der oberen Zehntausend und dieses auch nur in der Weise, daß es sich für alle Fälle den größten Gewinnanteil sichert. Die mechanische Last des Bodenbesitzes bleibt dem Bebauer; dieser übernimmt dem Rentenbesitzer gegenüber alles Ungemach, welches sich aus der Innehabung und Verwaltung des Bodens ergibt.

Noch hinfälliger als der eben zurückgewiesene Einwand ist die Behauptung, daß die Besitzwerte noch bedeutend höher gestiegen seien als die Grundschulden, und daß demnach keine Verarmung, sondern ein Reichwerden des Volkes nachgewiesen wäre. Die Statistiker beweisen uns freilich, daß der Nationalreichtum ins Maßlose gestiegen, die Gesamtheit demnach um Vieles reicher geworden sei, sie verschweigen aber, daß diese Zunahme des Reichtums

vielfach etwas in der Luft hängendes und Eingebildetes ist, weil sie zu Stande gekommen einmal durch ein völlig unberechtigtes Emporschnellen der Bodenpreise — unberechtigt deshalb, weil der Gebrauchswert nicht, oder wenigstens nicht in gleichem Maße steigt — zum Andern dadurch, daß das im Laufe der Jahrhunderte angesammelte, durch Urbarmachung gewonnene Bodenvegetations-Vermögen mit einem Schläge in Bewegung gesetzt und in Hypotheken und papieruen Werten aufgelöst worden ist. Nicht der Reichtum ist tatsächlich gestiegen, sondern das aufgespeicherte Vegetationskapital von Grund und Boden ermöglichte, Milliarden von Schulden zu machen und Milliarden von Papierwerten zu erzeugen, wodurch die Grundlagen unserer Volkswirtschaft erschüttert wurden und wodurch auch die Industrie und der Handel der Ausbeutung anheimfielen.\* — Rußland schätzt die wucherische (also zu Unrecht bestehende) Belastung des deutschen landwirtschaftlichen Grundbesitzes auf 16 Milliarden.

Hierbei müssen wir allerdings zugeben, daß die oben drein gewöhnlich nur schätzungsweise festgestellten Zahlen der Verschuldungsstatistik oft zu schwarz malen, da es sicher ist, daß von den verschuldeten Landwirten ein guter Teil sich im Besitz von barem Kapital befindet und nur deshalb Hypotheken auf sein Gut aufnimmt, weil er diese trotz eingeschlossener Schulden tilgung zu 4 pCt. erhält, während er für sein eigenes in Industriepapieren angelegtes Geld wol das Doppelte erhalten kann.

Es hieße nun, die Dinge sehr oberflächlich betrachten, wollte man dort, wo eine Not der Bodenbesitzer vorhanden ist, diese schlechtweg dem flüssigen Kapital zuschieben. Ist doch gar zu leicht zu erkennen, daß noch andere schwerwiegende Gründe vorliegen, vor allem die Entwicklung des Weltverkehrs. Zwar ist diese auch der Landwirtschaft selbst zu Gute gekommen, aber die Eisenbahnen, die Kanäle, die

---

\* Histor.-polit. Blätter, Bd. 111, S. 112.

die Erzeugungskosten verringern, den Absatz erleichtern, bringen auch die Erzeugnisse der amerikanischen, russischen, australischen Concurrenten ins Land, und diese arbeiten eben unter so günstigen Verhältnissen, daß sie die immer geringer werdende Verteuerung durch die Beförderung mit Leichtigkeit zu überwinden und gleich gute oder bessere Ware zu einem niedrigeren Preis zu liefern vermögen.

Wirth hat berechnet, daß Nordamerika das Getreide durchschnittlich um ein Drittel billiger erzeugt als Europa, daß in Rußland im Gebiet der schwarzen Erde die Erzeugungskosten um 12 pCt. niedriger sind als in den Ver. Staaten, und daß Indien um 15—18 pCt. billiger erzeugt als Rußland. — Fügt man dem noch hinzu, daß in den angeführten Ländern, ferner in Kanada, Südamerika, am Nil, in Sibirien noch ungemessene, zum Getreidebau geeignete Landflächen des Pfluges harren, so läßt sich leicht erkennen, wie wenig der oft gehörte Trost zu bedeuten hat, daß der heutigen Weltconcurrentz gegenüber die deutsche und westeuropäische Landwirtschaft dereinst wieder leistungsfähig zu werden vermöchte. Die Weltconcurrentz entwickelte sich, wie wir bereits hervorhoben, mit der großartigen Entwicklung der Verkehrsmittel, und da vorläufig an einen Stillstand oder gar Rückgang dieser Entwicklung nicht zu denken ist, so sind wol auch alle Hoffnungen auf den Rückgang der Wettbewerbung der überseeischen Vändereien vergeblich. Welche Steigerung wird uns allein die Erschließung Sibiriens durch die große Bahn nach dem Stillen Ocean herbei führen!

Trotz alledem behaupten wir aber, und jeder tiefer sehende Beurteiler wird dem zustimmen, daß die fremde Concurrentz nur sehr bedingt als treibende Kraft in der Entwicklung unserer Bodenbesitzverhältnisse zu gelten hat. Wobei wir allerdings von dem ostelbischen Großbesitz absehen, der eben heute unter ganz besonderen Umständen sein Dasein fristet und in seiner jetzigen Form überhaupt nicht mehr lebensfähig ist.

Die Hauptgefahr für unsern Landbesitz liegt in den zu hohen Bodenpreisen, oder, wenn man will, im Mangel an Land.

Es ist eine jener unbewiesenen und unhaltbaren Behauptungen unserer Agrarier, daß die Getreidezufuhr nach Mitteleuropa nur der Profitsucht der Händler zu verdanken sei. Das Gebiet des heutigen Deutschen Reiches bedurfte nach Drill\* an Körnerfrüchten in der Zeit zwischen 1889 bis 1893 jährlich 17—18 Millionen Tonnen; seine eigene Erzeugung betrug aber nur 15,2 Millionen Tonnen. Daß heute diese 2 Millionen Tonnen Mehrbedarf im Deutschen Reich durch Intensivvermehrung des Bodenbaus noch erzeugt werden könnten, wollen wir gerne zugeben, daß das aber in 50 oder 100 Jahren noch der Fall sein würde, wenn die deutsche Bevölkerung sich verdoppelt und der anbaufähige Boden sich um eine Bedeutendes verringert haben wird, das wird wol auch der größte Optimist unter unsern Agrariern nicht zu behaupten wagen.

Gewiß läßt sich der Bodenertrag im Allgemeinen erhöhen, aber möchte man diese Erhöhung selbst bis ins Unmögliche treiben können, (was nicht zutrifft und weshalb auch Malthus mit seiner arithmetischen Vermehrung Unrecht hat) der Menschheit wäre damit wenig genutzt, denn sie braucht eben die Natur nicht nur als Broterzeuger. Und noch ein anderer wichtiger Punkt: Da wir die Natur nicht beherrschen, so würden unter Umständen, wenn auf einer kleineren Fläche Land so unendlich viel Frucht stünde, durch Naturereignisse die Lebensmittel von Millionen zerstört, während heute nur die von Hunderttausenden getroffen werden. Man denke nur an die so häufig auftretenden Hungersnöthe in China und Indien.

Rudolf Meyer, dem man doch eine gewisse Sachkenntnis nicht absprechen wird, behauptete übrigens\*\*, daß

---

\* Soll Deutschland seinen ganzen Getreidebedarf selbst producieren?

\*\* Das Sinken der Grundrente, S. 88.

man in den besseren Wirtſchaften ſchon beim Maximum der Ertragsſteigerung angelangt ſei, und daß in den meiſten anderen Wirtſchaften ſchon deſhalb nicht an eine weitere erhebliche Ertragsſteigerung zu denken ſei, weil ſich das intenſivere Wirtſchaften dort nicht lohne.

Bekanntermaßen heißt nun das hauptſächlichſte Mittel, welches zu einer Erhöhung der Getreideerzeugung führen ſoll: Schutzoll, und hier möchten wir ſogleich auf einen jener im Gedankenreiche unſerer Agrarier ſo zahlreichen Widerſprüche hinweiſen. Man behauptet nemlich denjenigen Kreißen gegenüber, die den Brotzoll als eine ungerechtfertigte Belaftung der Brotverbraucher brandmarken, daß von einer ſolchen Belaftung gar nicht die Rede ſein könne, da der Zoll vom Getreide liefernden Auslande gezahlt werde. Trotz alledem aber ſoll derſelbe Zoll den notleidenden deutſchen Landwirten helfen. Wie iſt das nun möglich, wenn das Getreide nicht teurer wird? — In Wahrheit wird das Getreide allerdings nahezu um die Summe des Zolles verteuert. Und wenn Conrad behauptet\*, daß ein dauernd auferlegter Getreidezoll die Preiſe des Inlands im großen Durchſchnitt entſprechend erhöhe, ſo iſt damit eben etwas Selbſtverſtändliches ausgeſprochen, wenn er aber weiter ſagt, daß die Landwirte einen entſprechenden Vorteil hätten, ſo muß doch feſtgeſtellt werden, daß es ſich hier keineswegs um alle Landwirte handelt, ſondern nur um die kleine Minderheit der Großbeſitzer. Es iſt nemlich feſtgeſtellt worden, daß vom Verkauf von Getreide erſt bei einem Gute von über 5 Hectaren die Rede ſein kann, daß Dreiviertel aller deutſchen Landwirtſchaftsbetriebe dieſe Größe nicht überſchreiten und über die Hälfte derſelben noch auf Zukauf angewieſen ſind\*\*,

---

\* Handwörterbuch der Statswiſſenſchaften. Artikel: Getreidezölle.

\*\* Nach einer in der „Nation“ (1890, Nr. 15) veröffentlichten Berechnung haben durch den Zoll auf Brotfrucht

und daß einen wirklichen und dauernden Gewinn nur etwa 2000 Groß- (und Fideicommiss-)Besitzer haben.

Als diese Ostelbier uns den Getreidezoll bescherten, wußten sie sehr wol, daß davon nur sie, als Besitzer sehr großer Güter, einen Nutzen haben konnten, denn da durch den Zoll natürlich auch alle anderen Lebensbedürfnisse verteuert werden müssen, so kann derjenige, der nur wenig Getreide zum Verkauf übrig hat, also auch nur wenige Male den auf den Centner gewährten Schutzzoll von 3 Mk. 50 Pfg. einstecken darf, unmöglich so viel gewinnen, um jene Verteuerung der Lebenshaltung dadurch zu bedecken. — Anders beim Großbesitzer, dessen Lebenshaltung zwar auch verteuert wird, der aber so viel Getreide verkauft, daß ihm am Ende doch ein gewaltiger Nutzen erwächst. Wir wollen das durch eine einfache Rechnung klar machen: Ein westdeutscher Kleinbesitzer, der 100 Ctr. Roggen verkauft, gewinnt durch den Zoll 350 Mk., eine Summe, die durch die erhöhten Ausgaben für Kleidung, Böhne, Werkzeug, Zinsen usw. reichlich verschlungen wird. Ein Großbesitzer aber, der nur 10 000 Ctr. Roggen verkauft, gewinnt 35 000 Mk., und schlagen wir hier die Erhöhung der Ausgaben selbst auf 15 000 Mk. an, so bleibt doch noch ein Ueberschuß von 20 000 Mk.

Würde der Verkaufswert des Getreides um den vollen Betrag des Zolles erhöht, so würde dieß im Durchschnitt der Jahre 1883—94 rund 300 Millionen Mk. ausmachen.

|           |                              |                                     |
|-----------|------------------------------|-------------------------------------|
| 1 268 288 | landwirtschaftliche Betriebe | Verlust,                            |
| 1 805 494 | "                            | Gewinn;                             |
|           | von letzteren                |                                     |
| 605 947   | durchschnittl. Mk.           | 26.80 die Betriebe mit 5—10 Hectar, |
| 892 954   | "                            | " " " 10—20 "                       |
| 289 617   | "                            | 198.40 " " " 20—50 "                |

Auch diese Betriebe müssen, da sie sich vorwiegend mit Viehzucht und Molkerei beschäftigen, noch Futtergetreide hinanzukaufen. Rechnet man dazu die durch den Brotzoll herbeigeführte Verteuerung der übrigen Gebrauchsgegenstände, so ergibt sich auch hier höchst wahrscheinlich ein durch den Zoll veranlaßter Ausfall.

In Wirklichkeit ist die Erhöhung eine geringere, denn ist  $\frac{1}{4}$  des Ertrags zur Aussaat abzuziehen, ferner der eigene Verbrauch, sodaß nur etwa 250 Millionen als Gewinn für die Erzeuger bleiben. — Das wäre also für jeden der 2000 Großbesitzer, die einen Gewinn vom Zoll haben sollen, 125 000 M.

„Der Getreidepreis“, so erklärt in seiner knappen, schlagenden Weise Karl Jentsch, „steigert den Reinertrag, der Reinertrag wird zum gerade geltenden Zinsfuß kapitalisiert; nach dieser Kapitalberechnung kauft oder übernimmt der Nachfolger, nach ihr belastet er seinen Besitz mit Hypotheken, und ist er nicht ein Mann von ganz außerordentlicher Tüchtigkeit, so bricht ihm der nächste Preisfall den Hals. Damit sind alle Bestrebungen gerichtet, die auf künstliche Erhöhung des Getreidepreises abzielen, insbesondere auch die Schutzzollpolitik.“\* Und in den dem eben citierten Schriftsteller nahe stehenden „Grenzboten“ (1900, Heft 24) heißt es in nicht minder zutreffender Weise: „Wir sind jetzt, Dank dem unverständigen Eifer, die Bodenpreise auf einer übertriebenen Höhe zu halten und dem landwirtschaftlichen Unternehmer die unumgänglich notwendigen Abschreibungen zu ersparen, in die geradezu ungeheuerliche Lage gekommen, daß unsere Landwirtschaft am teuersten produziert und unsere Nichtlandwirte das teuerste Brot essen in der ganzen Welt. Trotzdem rentiert unser Landwirtschaftsbetrieb nahezu am kläglichsten, trotz des Rückganges des Zinsfußes und der fortgeschrittenen, über alles gepriesenen Intensität. Viele Milliarden des Nationalkapitals sind dadurch künstlich festgelegt und tatsächlich vergeudet worden. Man muß freilich darauf rechnen, als Feind der Landwirtschaft verschrien zu werden, wenn man auf diese verkehrte Politik hinweist, aber gerade als ehrlicher Freund einer gesunden, konservativ wirtschaftenden Landbevölkerung hat man die

---

\* Jentsch, Die Agrarkrise, S. 122.

Pflicht dazu. Diese Politik ruiniert das Land, weil gerade sie das kapitalistische Interesse einseitig übertreibt und dabei kurzfristig ist und nicht rechnen kann."

Wir erkennen also, daß die „Not der Landwirtschaft“ hervorgerufen wurde nicht durch die niedrigen Getreidepreise an sich, sondern durch die hohen Bodenpreise, die ihrerseits ihre Entstehung verdanken der dichten Bevölkerung bezw. der Abgeschlossenheit des gegenwärtigen deutschen Wirtschaftsgebietes.

### 5. Die Lösung der „Agrarfrage“.

Das „große Mittel“, welches unsere Agrarier gegen die Not des bäuerischen Grundbesitzes bereit haben, der Brotzoll, hat sich bei unseren Untersuchungen als ein zwar nicht ganz wirkungsloses, aber doch nur höchst einseitig wirkendes Mittel entpuppt; als ein Mittel, welches gerade für den kleinen und mittleren Besitz mehr nachteilige als gute Folgen hat.

Unter den sogen. „kleinen Mitteln“ steht obenan die Einführung einer Verschuldungsgrenze, und der Wert auch dieser Maßnahme scheint uns äußerst zweifelhaft; denn es ist schwer zu begreifen, wie auch nur einem Bauern damit geholfen werden könnte, daß man eine Verschuldungsgrenze feststellt oder die freie Teilbarkeit verhindert. Steht soviel fest, daß in unserem heutigen Wirtschaftsgebiet ein großer Teil der Landwirte in Folge von Restschulden, Erbteilung usw. gezwungen ist, Geld zu leihen, so wird ihm aus der „Verschuldungsgrenze“ höchstens eine weitere Schwierigkeit erwachsen. Wir meinen, soll verschuldeten Bauern Hilfe gewährt werden (soweit hier überhaupt davon die Rede sein kann), so könnte das nur durch die Erteilung eines genossenschaftlichen Darlehens geschehen, dem aber gesetzlich keine Grenze gezogen werden dürfte. Die Darlehen müßten unkündbar und in einem nicht zu kurz bemessenen Zeitraum zu tilgen sein. Ob sich eine gleitende Skala einrichten ließe, so daß in Zeiten steigender Rente



ine schnellere, in Zeiten fallender Rente eine langsamere Zülgung zu erfolgen hätte, — dieses fest zu stellen, ist Sache der Practiker. Theoretisch ließe sich eine solche Einrichtung nur empfehlen.

Daß bei der Schaffung neuer bäuerischer Anwesen und bei der Wiederüberführung verganteter Güter in bürgerlichen Besitz das Rentengut ganz allgemein als die geeignetste Einrichtung bezeichnet werden muß, wird wol kaum noch bestritten werden\*. In dieser Beziehung muß es als ein in unserem heutigen Soldatenstat sehr beachtenswerther Vorschlag angesehen werden, wenn Hauptmann Schweder verlangt, es solle den Capitulanten die Wahl zwischen einer bürgerlichen Anstellung oder der freien Uebernahme eines Rentengutes anheim gegeben werden. Nach Einführung dieser Gepflogenheit würde es jedesfalls nicht mehr notwendig sein, lediglich deshalb massenhafte neue Begründungen von Gensdarmen-, Schutzmanns- usw. Posten zu schaffen, weil sonst keine Möglichkeit der Unterbringung derselben zu Beamtenstellen berechtigten Militäranwärter vorhanden wäre.

Um den schlimmsten Folgen der Ueberschuldung selbst vorzubeugen, schlägt Hansen\*\* vor, man solle die Verreibung des Bauern aus seinem Besitze dem Gläubiger nur dann gestatten, wenn schlechte Wirtschaft nachgewiesen werden kann. Ferner empfiehlt er die Einführung eines Sequesters unter Aufsicht der übrigen Gemeindeglieder, Mitwirkung und solidarische Haftung der Gemeindeglieder bei Uebertragungen, Erbregulierungen und der Aufnahme neuer Schulden. Als eine weitere naturgemäße Ausgestaltung unseres Agrarrechtes ergäbe sich dann die Forde-

---

\* Der Vorschlag von Robbertus („Zur Erklärung und Abhilfe der heutigen Kreditnot des Grundbesitzes“) gipfelte in der Forderung: Der landwirtschaftliche Grundbesitz muß in allen ihn betreffenden Rechtsgeschäften nur als ein immerwährender Rentenfond behandelt werden.

\*\* Die drei Bevölkerungsstufen. S. 339.

zung Rußlands und anderer Agrarreformer, daß statt der heutigen freien Marktpreisbildung der wahre Wert in den Grundverkehr eingefügt werde. Doch muß man sich hier sogleich darüber klar werden, daß diese Einfügung des wahren Wertes des Bodens nicht möglich ist allein auf dem Wege gesetzlicher Maßnahmen, sondern daß es hierzu grundlegender, auf weiten Räumen sich vollziehender politischer und agrarischer Maßnahmen bedarf, welche zum Endziel nicht lediglich eine andere Verteilung des uns zur Verfügung stehenden Bodenvegetations-Kapitals, sondern eine Vermehrung desselben hat. Freilich soll hiermit nicht gesagt sein, daß neben diesen großen Maßnahmen die Klein-Arbeit einer verständigen Gesetzgebung überflüssig sei.

Sind also u. G. gegenüber dem landwirtschaftlichen Besitz einschneidende staatliche, den privaten Charakter des Bodens in Frage stellende Eingriffe abzuweisen, so liegen die Dinge doch anders mit demjenigen Bodenbesitz, der im Wesentlichen seine Bedeutung als Erzeugungsgrundlage verloren hat und als Träger von Gebäuden usw. Verwendung findet oder finden soll. Hier ist ein staatliches oder, wol richtiger, gemeindliches Eingreifen nicht nur angebracht, sondern sogar unerlässlich.

Während nun unser ganzes Streben dahin gehen muß, im Großen, namentlich im Staatsleben, im Gewerbsleben unserer Großstädte usw. zu decentralisieren, den Einzelnen wieder mehr auf sich selbst zu stellen, so haben wir doch andererseits in den Landgemeinden zu centralisieren. Hier ist durch Bildung von Genossenschaften auf allen Gebieten des hier allerdings von Haus aus schon in beschränktere Grenzen gewiesenen Erwerbslebens eine Zusammenfassung aller sich sonst verzetteln den Einzelkräfte auf's Entschiedenste anzustreben. Sodann steht der Wohlfahrts-, insbesondere der Gesundheitspflege auf dem Lande ein sehr weites Feld offen. Viel wäre schon gewonnen, wenn man unseren Landleuten begreiflich machen könnte,

daß gesunde Luft im Hause ebenso notwendig ist wie auf  
im Felde, daß alle faulenden Stoffe und üblen Gerüche  
der Wohnung fern zu halten sind, daß bei anstrengender  
Arbeit nichts so schädlich ist wie Schnaps und Bier,  
daß ein naturgemäßes Leben auch auf dem Lande ein sehr  
dringendes Bedürfnis ist.

\* \* \*

„Deutschland muß aus dem Agrarstaat heraus- und  
in den Industriestaat hineinwachsen.“ — „Entweder wir  
exportieren Waren oder Menschen!“ Mit diesen oder  
ähnlichen Redereien suchen unfähige oder gewissenlose  
Männer unser Volk hinweg zu täuschen über die auf diesen  
Blättern beschriebene furchtbare Tatsache, daß in Klein-  
deutschland alles Bodenvegetations-Vermögen längst ver-  
braucht ist und dem nachwachsenden bestzlosen Teile nur die  
drei Möglichkeiten bleiben: entweder sich zum Lohnsklaven-  
tum zu erniedrigen oder — den Boden der Heimat von  
den Füßen zu schütteln und auszuwandern!

Daß es noch eine dritte Möglichkeit geben könnte  
und worin diese bestehe, das zu erörtern ist offenbar bei  
den Staatsmännern ausgeschlossen, die an die Spitze eines  
Staatswesens gestellt sind, das eben nur in seiner derzeitigen  
Gestalt, d. h. als centralisiertes Großpreußen, bestehen  
muss und welches sich im Wesentlichen auf Unternehmertum  
und Großbesitz stützt, einmal diesem Ginen und dann wieder  
dem Andern zu Diensten zu stehen hat. Von uns aber,  
die wir die Pflicht übernommen haben, für das Wohl der  
Gesamtheit zu sorgen, werden die Interessen jener nur nach  
dem ihnen zukommenden Werte geschätzt. Uns sind jene  
im politischen und wirtschaftlichen Leben heute allerdings  
übermächtigen Kreise eben nur ein Teil des Volkes und  
war ein sehr kleiner Teil, der nur Berechtigung hat, in-  
sofern er die ihm von der Gesamtheit angewiesenen Auf-  
gaben zu lösen befähigt und gewillt ist. Das gilt für  
den König Stumm und Gefolgschaft genau so gut, wie für

Rantz und Genossen. Der großkapitalistische Fabrikherr, der das Bol und Wehe von Tausenden von Familien in der Hand hält, und der großkapitalistische Landbaron, der uns heute den Osten entvölkert und slavisches Proletariat ins Land zieht; beide sind gleich wenig geeignet, eine gesunde Weiterentwicklung des deutschen Volkslebens herbei zu führen oder auch nur zu unterstützen oder zu gestatten; über Beide muß somit die Bewegung hinweggehen, die jener notwendigen Entwicklung zur Gesundung unseres Volkes freie Bahn schaffen will. Darüber werden wir uns vor allen Dingen klar und auch darüber, daß die Rednerei von den gemeinsamen Interessen von Industrie und Landwirtschaft bei den herrschenden Klassen heute nichts mehr bedeutet als daß einmal für die industriellen Unternehmer und dann wieder für die Großgrundbesitzer zu sorgen sei, daß aber in beiden Fällen natürlich alle diejenigen, die weder das Eine noch das Andere sind, also die erdrückende Mehrheit des Volkes, die Zehne zu bezahlen haben.

Für jeden nur halbwegs Urteilsfähigen, der nicht in der Sorge für die oberen Zehntausend und in einem Wirtschaften von heute auf morgen das Ideal einer guten Wirtschaft erkennt, sondern, seine Blicke auf die Zukunft lenkend, Maßnahmen verlangen muß, die den Bestand des deutschen Volkes für alle Zeiten sichern, — für jeden solchen, meinen wir, haben Gewerbe und Bodenbau noch eine ganz andere Bedeutung als nur die, daß sie Mittel zum Geldverdienen sind. Und indem er ihre Erhaltung fordert, tut er das als sorgendes Glied der ganzen statischen und Volksgesellschaft.

Wir wissen und haben es deutlich genug hervorgehoben, daß das wirtschaftliche Gepräge des heutigen Deutschen Reiches ein anderes ist als es vor wenigen Jahrzehenden noch war, und wir denken wahrlich nicht daran, Deutschland wieder auf die Stufe eines reinen Agrarstaates herab zu brücken, wir wissen, daß das weder möglich noch auch

wünschenswert ist. Und wenn Brentano den Nachweis gibt, daß heute das industrielle Deutschland 512 000, das landwirtschaftliche aber nur 248 000 Rekruten lieferte, so sind seine Gegner damit zwar nicht unbedingt geschlagen — denn damit, daß die Landwirtschaft dauernd besseres Material liefere als die Industrie, behalten sie Recht —, aber doch aus einer sehr wichtigen Stellung gedrängt. Freilich müssen auch Brentano und seine Schüler sehr bald ins Gebränge geraten.

Wer das Betätigungs- und politische Herrschaftsgebiet der Deutschen auf die 10 000 Geviertmeilen des heutigen Deutschen Reiches einschränkt, und unsere Agrarier um das ebenso gut wie die Industriellen, der hat kein Recht, sich über die Schlußfolgerungen Brentanos, Kuzynskis u. a. zu beschweren, denn das ist doch über allen Zweifel erhaben, daß dieses Reich nur dann im Wachstum einer Bevölkerung mit anderen Völkern Schritt zu halten und seinen Bevölkerungsüberschuß zu ernähren vermag, wenn es seine Exportindustrie immer mehr erweitert, wovon sich als naturgemäße Folge eben eine immer raschere Zunahme der Stadt- bez. Industrie-Bevölkerung ergeben muß. Zumal ja diese Agrarier nicht einmal von dem kleinsten, nur für kurze Zeit wirkenden Auskunftsmittele der Aufteilung des Großgrundbesitzes etwas wissen wollen. Nicht verhehlen wollen wir übrigens, daß selbst das letztere Mittel, so lange die Grenzen der deutschen Wirtschaft so eng gesteckt sind wie heute, höchst wahrscheinlich nur dazu führen könnte, daß die Schwierigkeiten, mit denen die kleinen Besitzer heute zu kämpfen haben, auf den Osten übertragen würden, denn diese Aufteilung müßte als nächste Folge ein Emporschnellen des Bodenpreises zeitigen.

Für den verständigen Beurteiler unterliegt es also gar keiner Frage, daß die Zunahme der Bevölkerung, so lange ihr eine Zunahme des Bodenvegetations-Kapitals nicht gegenübersteht, zu einer Zunahme der Exportindustrie führen muß, daß also die von der Socialdemokratie und

von einigen jüdischen Volkswirten vertretene Theorie, durch Erhöhung der Löhne eine Erhöhung der Kaufkraft und dadurch eine Erweiterung des inneren Marktes herbei zu führen, bei uns vollständig in der Luft schwebt. Und insofern kommt es der Wahrheit nahe, wenn Oppenheimer sagt: Die industrielle Frage ist nur vom Lande her zu lösen. Aber auch Oppenheimer versteht (soweit bei ihm Deutschland in Betracht kommt) unter Land nur den deutschen d. h. ostelbischen Großgrundbesitz und bedenkt nicht, daß dieser vom deutschen Geburten-Überschuß in wenigen Jahrzehenden aufgezehrt sein würde.

An den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnissen des heutigen Deutschen Reiches sehen wir, wohin es führt, wenn statt einer großen und gerechten Volkspolitik Parteipolitik getrieben wird. Auch dem heißesten Bemühen unserer neudeutschen Staatskünstler wird es nicht gelingen, zwischen den sich wild befehdenden Interessengruppen Eintracht und holden Frieden zu stiften. Man mag reden, so viel man will: ein friedliches Zusammengehen von Industrie und Landwirtschaft ist heute undenkbar; die „mittlere Linie“ Miquels ist nicht vorhanden und nicht zu schaffen im Lande der großen Exporteure und der Agrarier, denn die ersteren verlangten niedrige Löhne und darum billige Lebensmittel, die letzteren aber behaupteten, nur dann noch lebensfähig zu sein, wenn man ihnen Schutzzölle d. h. höhere Lebensmittelpreise gewährleistet. Dazu kommt noch, daß, wenn die Exportindustrie niedere Löhne verlangt, die Agrarier in Folge der gegenwärtigen Lage der Landwirtschaft noch niedrigere Löhne heischen müssen; das aber führt dahin, daß die Arbeiter dem platten Lande entfliehen und in die Stadt drängen, und so kommt für den Agrarier zu den ungenügenden Kornpreisen eben noch die Deutenot als Erschwernis hinzu. Grund genug, auf die „mittlere Linie“ zu pfeifen und sich nach Rettungsmitteln umzusehen, die eben nur aus der Haut der Großindustriellen geschnitten werden könnten.

Stehen wir nun noch einmal zur Brentano'schen Theorie zurück, so ist unumwunden zuzugeben, daß, insoweit die Frage der Landesverteidigung eine reine Finanzfrage ist, Industrie und Handel den weitaus größten Beitrag leisten. Erklärt sich ja doch die durch die Agrarier vertretene Landwirtschaft selbst ausdrücklich nur dann für weiter lebensfähig, wenn ihr die anderen Bevölkerungskreise noch einen besonderen Zuschuß zahlen. Wie aber diese in Gestalt von Schutzzöllen zum guten Teil eben durch die industrielle und Handelsbevölkerung zu leistenden Zuschüsse das Verhältnis zwischen dem deutschen und dem außerdeutschen wirtschaftlichen Wettbewerb verschieben, erkennen wir daraus, daß in Preußen (alten Bestandes) die Tonne Weizen 1871/75 noch um 11,20 Mark billiger als in England, 1898 aber um 25 Mark teurer war.

So könnte es wirklich im Laufe der Zeit in Folge dieses eigenartigen „Schutzes der nationalen Production“ dahin kommen, daß auch Industrie und Handel dem unter viel günstigeren Verhältnissen arbeitenden fremden Wettbewerb gegenüber sich nicht mehr aufrecht zu erhalten vermöchten.

Nochmals sei es gesagt: Der Getreideschutz Zoll nützt nur dem großen Besitzer und schadet dem Kleinen. „Er begünstigt“, meint H. Meyer, „also jenen gegen diesen — erhöht sociale Berge, vertieft sociale Täler, befördert die Latifundien-Bildung auf Kosten der Bauern, ist eminent antisocial d. h. in seiner letzten Wirkung revolutionär.“ Diese Erkenntnis zeigt uns aber auch zugleich den Weg zur teilweisen Lösung der Agrarfrage. Sie zeigt uns, daß es darauf ankommt, möglichst viele kleinere Besitzer zu schaffen, die in erster Reihe Getreide zum eigenen Gebrauche bauen und somit von den sinkenden Getreidepreisen wenig oder gar nicht getroffen werden. Freilich, unseren Millionenstädten würde damit kein Dienst geleistet, diese fordern vielmehr große Güter mit überschüssigem Ertrag. „Großstadt oder Industriebezirk und reine Agrarprovinz

oder reines Agrarland fordern einander gegenseitig. Und zwar muß in einem solchen Agrarlande der Großgrundbesitz vorherrschen, denn Bauernwirtschaften liefern nicht so viel Ueberschuß, daß sie Millionenstädte füttern könnten; wie Bauer und kleinstädtischer Handwerker, so gehören Großstadt oder Industriebezirk und Latifundien-Wirtschaft zusammen. Entstehen Großstädte oder Industriebezirke, so müssen dafür entweder Provinzen desselben Landes oder ganze Länder zu Gunsten der Latifundien-Wirtschaft entvölkert werden.“ (Jentsch.) Das also wäre die „mittlere Linie“, die Latifundienbesitz und Großindustrie schließlich doch noch mit einander verbände, wenn auch zu keines Menschen Heil.

Welches sind nun aber die Mittel, die nicht nur die Gesamtheit unserer Bodenbau treibenden Bevölkerung in ihrem Bestande zu sichern vermöchten, sondern auch zugleich neue Quellen der Volkswohlfahrt eröffnen würden und dem in Zukunft schwer bedrohten deutschen Volke die Möglichkeit böten, die seiner wartenden Pflichten sich und der Welt gegenüber zu erfüllen?

Die Antwort lautet hier kurz und blündig: Eine Wiederaufnahme jener einzigartigen Kolonisation, die vor einem Jahrtausend begann, der wir die größere Hälfte des heutigen Deutschlands und die mächtigsten Hilfsmittel verdanken, und die erst zum Stillstand und Rückgang gebracht worden ist durch die Tat der Zerstückung Deutschlands im Jahre 1866!

In dem früher Gesagten haben wir bereits zur Genüge angedeutet, in welchen Ländern diese Kolonisation durchzuführen sei. Klar ist nun, daß die Einbeziehung jener Kolonialländer eine tief eingreifende Veränderung in den überbevölkerten Gebieten des Westens zur Folge haben würde. Das Erste wäre ein Sinken der Bodenpreise, wodurch die heute langsam vor sich gehende Vergantung unserer überschuldeten Groß- und Kleinbesitzer beschleunigt würde.



Diese Leute auf ihren Gütern zu halten, stellen wir uns also nicht zur Aufgabe, — das wäre überhaupt eine unlösliche Aufgabe, sofern man nicht daran denkt, einen fortwährend steigenden Schutzzoll einzuführen, — aber wir kennen Mittel und Wege, zu verhindern, daß die von Haus und Hof Vertriebenen zum Lohnsklaventum hinabsinken oder ins Ausland wandern, um Waffen gegen jenes undankbare Vaterland zu schmieden, das sie gefühllos von sich gestoßen hat, — wir wollen allen diesen in Deutschland Geschickerten, ebenso den Hunderttausenden, die Jahr für Jahr der landbauenden und gewerbetreibenden Bevölkerung zuwachsen und die, weil sie alle nährenden Plätze bereits besetzt finden, dazu verurteilt sind, in die Fabriken der für den Weltmarkt arbeitenden Unternehmer zu ziehen, — wir wollen ihnen allen eine neue Heimat bereiten, indem wir ihnen Grund und Boden und somit die Gelegenheit zu lohnender, gesunder Beschäftigung bieten.

Eine solche einheitlich geleitete, zielbewußte Kolonisation würde in kurzer Zeit in dem durch seine Ueberbevölkerung totkrank gewordenen Westen Gesundheit schaffen, sie würde alle überschüssige Volkskraft nach Gegenden hingleiten, die am entgegengesetzten Uebel, an der Untervölkering, kranken und durch das Herantwachsen mächtiger deutscher Siedelungen würde dann zugleich jener gewaltigen von Osten her drohenden Gefahr der Ueberflutung Deutschlands durch die Mongolen-Stämme ein unüberschreitbarer Damm gesetzt.

## Steuern und Bölle.

---

Wenn man nur ernstlich das Gebiet der Socialreform betritt, so wird es einem sofort klar, daß ohne ein genügendes selbständiges Wirtschaftsgebiet überhaupt nicht vorwärts zu kommen ist. An allen Ecken und Enden sieht man an in unserm unter den heutigen Verhältnissen so unzulänglichen Staatswesen, und die Neuordnung der Steuerverhältnisse ist nun gar undurchführbar ohne den von uns verlangten Zusammenschluß Mitteleuropas. Die fortschreitende Einkommensteuer als die Grundlage eines wirklich gerechten Staatswesens würde sofort einen großen Teil der Vermögen außer Land jagen; unser Staatenbund hingegen könnte ohne Sorge zur Einführung dieser Steuer schreiten, da die außerhalb des Bundes bleibenden Staaten durch das Vorgehen des Bundes geradezu gezwungen würden, ihr Steuerwesen dem unsern anzupassen.

„Der Gedanke einer internationalen Finanzpolitik“ sagt Hertner, „ist mindestens ebenso berechtigt, wie der einer internationalen Arbeiterschutzgesetzgebung.“ Und wir möchten dem ergänzend hinzu fügen, daß eine gesunde Finanzpolitik heute nur gedacht werden kann im Zusammenhang mit der Politik überhaupt. — Unter Internationalität ist in unserm Falle die Verbindung aller jener Völker oder Völkergruppen zu verstehen, die sich zu einem wirtschaftlichen Sichselbstgenügen zu ergänzen vermögen. Damit soll aber nicht gesagt sein, daß für dieses ganze Wirtschaftsgebiet eine einheitliche, über einen Leisten geschlagene Gesetzgebung geschaffen wäre. Im Gegenteil, gerade das Steuerwesen

verlangt die innere Selbständigkeit der einzelnen Länder, und wir finden heute die vergleichsweise beste Besteuerung in den kleinen Cantonen der Eidgenossenschaft und den deutschen Kleinstaten, die schlechteste und ungerechteste aber in den centralisirten Großstaaten, z. B. Oesterreich, Frankreich. — Preußen hat bekanntlich erst vor Kurzem den Anfang zu einer Besserung genommen.

Was wir zu verlangen haben und wozu wir die Mitwirkung der Gesamtheit unbedingt brauchen, das ist die Feststellung gerechter Grundgesetze, deren Anwendung dann in Einzelnen sehr verschieden ausfallen kann. So wird beispielsweise die Summe, für welche Steuerbefreiung eintreten hat, im Osten viel niedriger anzunehmen sein als im Westen, weil hier alle Lebensbedürfnisse kostspieliger sind.

Wir beginnen mit der Erklärung, daß die Einzelstaaten mit der Einführung einer neuen Besteuerung in erster Reihe den Zweck verfolgen müssen, die heute auf ihnen lastenden, vorwiegend von der arbeitenden Bevölkerung getragenen Staatsschulden abzustößen. Es würde dadurch der Anfang gemacht werden zu einer Gesundung aller Verhältnisse des öffentlichen Lebens; es würde der doppelte Zweck erreicht, daß erstens der unheilvollen, alle gesunde Weiterentwicklung unmöglich machenden Ansammlung des Vermögens in den Händen Einzelner in Etwas vorgebeugt wäre und andererseits im gleichen Maße eine Stärkung des Mittelstandes und der ärmeren Volksschichten eintreten müßte. Wer nun, wie manche Kathedergelehrten, in dieser wohlthätigen Ausgleichung eine socialistische Enteignung sehen will, dem sei entgegen, daß die großen Vermögen der Millionäre und Milliarden aller Gerechtigkeit Hohn sprechen, daß dieselben, wenigstens soweit es sich um die großen Vermögen der Börsenmänner handelt, doch im Wesentlichen durch unredlichen Erwerb, d. h. ohne Arbeit und durch eine tatsächliche Enteignung des Volkes errungen worden sind.

„In unsern Tagen“, schrieb anno 1866 der Demokrat Gustav Strube, „wird mehr von Schulden als von Schuld

gesprochen. Doch die Zerrüttung der Finanzen ist meistens nichts anderes als die Folge einer tiefer liegenden sittlichen oder politischen Zerrüttung.“ Und wir meinen, haben frühere Geschlechter es für gerecht befunden, durch Staatsanleihen das arbeitende Volk von heute zu Gunsten des nichtarbeitenden zu belasten, so ist wol kaum ein Unrecht darin zu sehen, wenn dieses arbeitende und erzeugende Volk einen Teil des überschüssigen Vermögens des nicht arbeitenden Volkes verlangt, um jene zu Unrecht bestehenden Lasten abzutragen; dieses Streben ein socialistisches zu nennen, steht jedem frei, der die Wahrheit nicht hören will auf Ansichten und Wortgeklänge geben wir nichts. Wir wissen, daß die wahre und erfolgreiche Bekämpfung des revolutionären Socialismus nur möglich ist, wenn wir die berechtigten Forderungen der Armen erfüllen, wenn wir uns zum Wortführer einer wirtschaftlichen Gerechtigkeit machen, während man heute leider so ziemlich das Gegenteil tut: alle Forderungen, und seien sie die berechtigtesten, abweist, weil sie angeblich socialistisch sind, und welche Forderung, die das Volk der Allgemeinheit im Auge hat, kann man hier hinein nicht klemmen — während man dann andererseits statt mit Mitteln, die schöpferischem Geist entsprungen sind, mit Polizeimaßregeln kämpft. Muß hieraus nicht selbstverständlich statt der erhofften Verbesserung immer größere Verbitterung und Zwietracht entstehen?

Der Kern der socialen Frage liegt eben in der so unheimlich wachsenden Vermögensungleichheit, und wie man dieser Schranken zu setzen vermag durch die Kranken- und Altersversicherungs- und ähnliche Sparzwangsgesetze, das soll man erst beweisen. Diese Schranken können nur entstehen, wenn der Staat endlich aufhört, sich als die Polizeianstalt der oberen Zehntausend anzusehen, und wenn er sich seiner Pflicht erinnert, die ausgleichende Gerechtigkeit zu sein! Hat er erst einmal diese seine hohe, wahrhaft sittliche Aufgabe erfaßt, so wird er unwillkürlich dazu geführt

werden, dem Anwachsen der Plutokratie sowol als des Proletariats zu steuern, und hierzu wird er vorerst des mechanischen Mittels der Besteuerung sich bedienen müssen.

Es wird nur zu oft vergeßen, daß die Steuern eine doppelte Aufgabe haben, nemlich neben der mechanisch-statlichen (finanziellen) noch eine organisch-gesellschaftliche (sociale). Nach der ersten Aufgabe handelt es sich lediglich darum, die für die statliche (bezw. gemeindliche) Wirtschaft notwendigen Mittel aufzubringen, nach der andern aber um den socialen Ausgleich.

Schon im Worte Steuern kündigt sich die Aufgabe des Einschränkens, des Ausgleichens an. — Wie wenig aber entsprechen die heutigen Einrichtungen der meisten Staten dieser Forderung! So auffallend und ins Auge springend ist der Unterschied zwischen den Forderungen der Billigkeit und zwischen den tatsächlich bestehenden Verhältnissen, daß selbst die Machthaber nicht umhin können, ihn anzuerkennen und nach Mitteln und Wegen suchen, nicht zwar zu einer durchgreifenden Besserung, aber doch zu einer die schlimmsten, äußerlich hervortretenden Mißstände beseitigenden Aenderung.

Unsere Aufgabe kann natürlich nur darin bestehen, für eine gerechte und brauchbare Besteuerung eine Reihe von Gedanken und Wahrheiten zu entwickeln, deren Wert gerade darin liegt, daß sie allgemein brauchbar sind als Grundlage, auf der dann in den einzelnen Ländern und Gebieten das eigentliche Steuergebäude, im Anschluß an die örtlichen Eigentümlichkeiten und Verhältnisse errichtet werden kann. Denn die Wahrung der Unabhängigkeit der einzelnen Länder ist, wie nochmals betont werden soll, nirgends von so großer Wichtigkeit als gerade in der Steuergesetzgebung, wie das schon Tocqueville in seinen lehrreichen Untersuchungen über die Ursachen der französischen Revolution nachweist, und es sei deshalb auch sogleich das härteste Verdammungs-urteil gesprochen über die Bestrebungen jener Politiker, die darauf hinarbeiten, das Steuerwesen ganz Deutschlands zu

centralisiren, und in Berlin ein Hauptsteueramt für das ganze Deutsche Reich errichten möchten.

Da unser Verlangen auf eine wahrhaft gerechte und fruchtbringende Besteuerung hinzielt, so halten wir es für entschieden, daß eine vornehmlich directe Besteuerung zu fordern ist, und weiter, daß diese einen mit der Größe des Einkommens, d. h. progressiv steigenden Teil desselben auszumachen hat.

Inwieweit steht nun dieses Verlangen mit der heutigen Gepflogenheit, Steuern zu erheben, und mit der Weisheit unserer Statsmänner im Einklang ?

Es ist leider ganz offenkundig, daß die Verschlechterung der staatlichen und wirtschaftlichen \* Verhältnisse, die seit den letzten 35 Jahren zum Ausdruck gekommen ist, auch auf das Steuerwesen einen unheilvollen Einfluß ausgeübt hat. Vor Beginn der Bismarck'schen Regierung waren in Preußen und noch mehr in den deutschen Mittelstaaten die Steuern mäßig, die Finanzen fanden sich fast durchweg in glänzendem Zustande, so daß man allenthalben an eine weitere Herabminderung der Steuern denken konnte. Der Mittelstand und die handarbeitende Bevölkerung hatten noch nicht zu klagen, und es herrschte Wohlstand und Zufriedenheit. Das wurde aber mit einem Schläge anders als die Kanonen von Königgrätz die herannahende „Einheit“ verkündeten, und als dieser Einheit zu Liebe das ganze deutsche Vaterland zu einem Exercierplatz umgestaltet wurde. Waren früher die Steuern zum Teil zwar ungerecht, doch nur sehr niedrig, so steigerte sich nunmehr die

---

\* Wir verkennen nicht, daß gewisse Schichten der Bevölkerung in wirtschaftlicher Beziehung Fortschritte gemacht haben, allein hält man diese Kreise zusammen mit jenen Schichten, die in Folge der wirtschaftlichen Revolution unserer Zeit in die ärgste Bedrängnis geraten sind, so erkennt man doch eine ganz allgemeine Verschlechterung, die um so bemerkbarer wird, als gleichzeitig die Ansprüche, die an die Lebenshaltung gestellt werden, ganz allgemein außerordentlich gestiegen sind.

Ungerechtigkeit bis ins Unendliche, denn die Höhe der Steuern wuchs ins Schwindelhafte und drückte auf alles, selbst auf die notwendigsten Nahrungsmittel und Gebrauchsgegenstände.

So gelangten wir endlich auf den gegenwärtigen Standpunkt, von dem aus sich eine so traurige Aussicht bietet, daß der mutige Wille eines Miquel, auf dem eingeschlagenen Pfade beharrlich weiter zu schreiten, alle Anerkennung verdient. Man weiß in den leitenden Kreisen in diesem Falle eine Sache bis an's Ende durchzuführen, und zwar mit einer Beharrlichkeit, die nur noch übertroffen wird von der Beharrlichkeit, immer neue Soldaten, neue Gewehre, neue Kanonen und neue Kriegsschiffe zu verlangen und schließlich auch zu erzwingen. Daß die so vertretene Sache keine gute ist, beweist nur, daß wir von den leitenden Kreisen auch heute noch nichts zu erwarten haben, trotzdem daß der unheilvolle Einfluß des Säkularmenschen Bismarck gebrochen ist. Die Steuerpolitik des neuen und neuesten Kurses ist um kein Haar besser als jene des alten. Allerdings müssen wir Miquel Recht geben, wenn er sagt: „Die bestehende Misstimmung wird viel größer werden, wenn die directen Steuern in den Einzelstaaten erhöht werden müssen.“ Dann wird sich eben allmählich das ganze Volk klar darüber, daß es durch den Militarismus und den Einheitschwindel zu Grunde gerichtet wird, und es wird seine Maßnahmen danach treffen, wie das ja der socialdemokratische Teil der Bevölkerung schon heute tut.

Bismarck's Standpunkt war der: der Staat braucht Geld, und zwar viel Geld; er nimmt dieß, wie und wo er es findet, auf sittliche und unsittliche Weise! Wo bleibt da, fragen wir, die Würde des States? von dem christlichen State gar nicht zu reden; und wo bleibt diese Würde nun erst, wenn der Staat sich zum Krämer erniedrigen soll, der im Tabaks- und Brantweinmonopol darauf auszugehen hat, das Volk zu betrügen, denn darauf

läuft es hier hinaus; anderes Falles könnte man doch einfach offen und ehrlich eine gewisse Abgabe von den betreffenden Waren erheben.

Der ganze Aufwand an Geist und Findigkeit wurde gemacht, lediglich um gewisse Summen heraus zu pressen, ohne daß es das Volk merken und beaufsichtigen konnte. Und da gibt es Leute, die dieses Verfahren „die großartige Steuerpolitik des Altreichskanzlers“ zu nennen wagen. Erfunden hat Bismarck diese Politik nicht einmal; sie ist nichts als die Nachahmung eines französischen Vorbildes; denn die Franzosen haben die Sache schon lange zuvor aber freilich zu ihrem großen Nachtheile betrieben: wahnsinnige Schuldenmacherei, höchste Anspannung der Centralisation und Verarmung der unteren Klassen waren die traurigen Folgen. Und dahin hat jene Politik auch bei uns geführt.

Die Anspannung der Centralisation war sogar beabsichtigt. Bismarck sah sehr wol ein, daß die finanzielle Abhängigkeit des Reiches von den Einzelstaaten dem Reichsgedanken nicht förderlich war, und er wollte nun umgekehrt die Einzelstaaten unter die Abhängigkeit des Reiches bringen. Am 20. November 1875 sprach er es im Reichstag offen aus, daß er eine Befestigung des Reiches erstrebe durch eine Befreiung der Einzelstaaten von einer uneträglichen Last und der Möglichkeit, die direkten Steuern herabzusetzen, natürlich durch eine Erhöhung der indirekten Reichssteuern. „Das Ideal, nach dem ich strebe“ — sagte der große Staatsmann — „ist, möglichst ausschließlich durch indirekte Steuern den Staatsbedarf aufzubringen.“

In seinem Schreiben vom 15. Dezember 1878 an den Bundesrat hebt Bismarck sodann weiter hervor: „In erster Linie steht für mich das Interesse der finanziellen Reform: Verminderung der direkten Steuerlast durch Vermehrung der auf indirekten Abgaben beruhenden Einnahmen des Reichs. — — Soll die Steuerreform, wie ich es



ir erforderlich halte, in ihren Erleichterungen bis zu diesen Grenzen reichen, so muß sie bei der Revision des Zolltarifs auf einer möglichst breiten Grundlage beginnen.“ Und sophistisch fügte der schlaue Diplomat hinzu: „Je giebiger man das Zollsystem in finanzieller Hinsicht gestaltet, um so größer werden die Erleichterungen auf dem Gebiete der direkten Steuern sein können und sein müssen.

„Denn es versteht sich von selbst, daß mit der Vermehrung der indirekten Einnahmen des Reichs nicht eine Erhöhung der Gesamtsteuerlast bezweckt werden kann. — Das Maß der Gesamtsteuerlast ist nicht durch die Höhe der Einnahmen, sondern durch die Höhe des Bedarfs bedingt, durch die Höhe der Ausgaben, welche im Einverständnis zwischen Regierung und Volksvertretung als dem Bedürfnis des Reichs oder Stats entsprechend festgestellt wird. Höhere Einnahmen zu erzielen, als zur Bestreitung dieses Bedürfnisses unbedingt erforderlich sind, kann niemals in der Absicht der Regierungen liegen. Dieselben haben nur dahin zu streben, daß das Erforderliche auf die relativ leichteste und erfahrungsmäßig minder drückende Weise aufgebracht werde. Jede Steigerung der indirekten Einnahmen des Reichs muß deshalb die notwendige Folge haben, daß von den direkten Steuern oder von solchen indirekten Steuern, deren Erhebung von Statswegen etwa aus besonderen Gründen nicht mehr wünschenswert erscheint, so viel erlassen oder an Kommunalverbände überwiesen wird, als für die Deckung der im Einverständnis mit der Volksvertretung festgesetzten Statsausgaben erforderlich wird. Nicht in Vermehrung der für die Zwecke des Reichs und der Staten notwendigen Lasten, sondern in der Uebertragung eines größeren Theiles der unvermeidlichen Lasten auf die weniger drückenden indirekten Steuern besteht das Wesen der Finanzreform, zu deren Verwirklichung auch die Zolltarif-Revision dienen soll.“

Was damals unter dem Fürsten Bismarck mißlungen ist, die Entelgnung der Einzelstaten und die Vermehrung

der so schon unausstehlichen Reichsallmacht, wurde dann von dem „Großmeister der modernen Finanzkunst“ von neuem als Rettung geboten. Nach den Plänen Miquels sollten bekanntlich die Reichssteuern ein Mehr von 100 Millionen aufbringen: 55 Mill. zur Deckung der Heeresvorlage, 5 Mill. zur Schuldentilgung, und 40 Mill. sollen als feste, keinen Schwankungen unterworfenen Rente den Bundesstaaten überwiesen werden. Dabei soll es sich angeblich vornemlich darum handeln, „daß die Minderbemittelten und die Produktivstände unserer Nation möglichst geschont werden.“

Welchen Nutzen man sich heute noch von solchen Medereien versprechen mag, ist schwer zu verstehen. Durch eine so gewaltige Erweiterung der Gebrauchssteuern, die, wenn auch zunächst nicht immer den Verbraucher, so doch den Erzeuger trifft, sollen Minderbemittelte und Produktivstände entlastet werden? Man denke da z. B. an den westdeutschen Weinbauer, der heute schon vielfach nicht mehr der Eigentümer seiner Ernte ist. Meint man denn, der jüdische Kapitalist, der den Ertrag des Weinberges übernimmt, werde die höheren Steuern auf seine Schultern laden und dem Weinbauer für seine Erzeugnisse den alten Preis zahlen? Wenn man aber so etwas nicht glaubt — und es wird wol niemand so naiv sein, es zu glauben — so soll man doch endlich aufhören mit dem Geschwätz von Schonung der Produktivstände: so wie heute die Verhältnisse liegen, wird die geplante Besteuerung fast ausschließlich die minder bemittelte und die Werte schaffende Bevölkerung treffen. Daran können alle wolmeinenden Reden und Tröstungen nichts ändern. Deshalb entgegen wir den Reichsfreunden, die da meinen, es sei ein unhaltbarer und für das Reich unwürdiger Zustand, daß Jahr für Jahr von den Einzelstaaten größere Summen für das Reich gefordert werden müssen: wir meinen auch unsererseits, daß dieser Zustand unhaltbar sei, und verlangen Abhilfe nicht dadurch, daß dem Reiche neue Steuerquellen

eröffnet werden, sondern durch Herabminderung der Reichs-  
lasten d. h. durch Brechung des Militarismus und Cen-  
tralismus.

Ein Schlagwort, welches ab und zu eine gewisse  
Rolle gespielt hat, verlangt die Millionen, welche durch  
die ununterbrochene Heeres- und Marineverstärkung ge-  
fordert werden, von der Börse. — Wir wollen ganz davon  
absehen, daß dieser Gedanke nichts Schöpferisches bringt,  
und daß es doch ein eigenes Ding ist, wenn christlich  
sein wollende Staten die Mittel zu ihrer Verteidigung  
aus der Besteuerung der sündhaften Börsenspiele ziehen;  
wir wollen nur das Eine bemerken: Derjenige versteht  
wahrlich wenig von der Kunst und dem Treiben der hier  
in Betracht kommenden Kreise, von der Gewissenlosigkeit der  
Plutokratie, der da glaubt, daß Lasten, die man diesen  
aufgebürdet hat, schließlich nicht doch auf die Schultern  
des arbeitenden Volkes abgewälzt werden. Bewilligt man  
heute 100 Millionen für Soldaten und Kriegsschiffe, so  
bewilligt man sie aus den Taschen des arbeitenden Mittel-  
standes und der handarbeitenden Bevölkerung, gleichgültig,  
ob man Bier- und Brotsteuer, oder Börsen- und Kapital-  
steuer als Deckung nimmt. Hieraus ergibt sich, daß eben  
die Besteuerung allein überhaupt nicht im Stande ist, eine  
wirtschaftliche Gerechtigkeit herbeizuführen, daß vielmehr  
noch eine ganze Reihe anderer Maßnahmen nötig ist, daß  
es sich um eine völlige Neugestaltung unseres Wirtschafts-  
lebens auf bundestümlicher Grundlage handelt. Die erste  
und wichtigste dieser Maßnahmen ist, wie wir schon er-  
örtert haben, die Schaffung eines Wirtschaftsgebietes; mit  
Ihr steht und fällt alles andere, steht und fällt Deutsch-  
land, ja Europa!

Vorläufig ist eine statsmännische und gerechte Lösung  
der Steuerfrage nur möglich, wenn man die Mehrbedürf-  
nisse des Reiches auf die Einzelstaten verteilt und in diesen  
einen Zuschlag zur Einkommensteuer erhebt. — Karl Marx,  
der bedeutendste Sozialpolitiker des zur Rüste gehenden

Jahrhunderts, der natürlich gleich List und Franz der meisten Deutschen unbekannt ist, sagt:\* Bei der Tragung der Militärlasten sind die Angehörigen eines States verpflichtet, nach Maßgabe ihrer Kräfte zu wirken, d. h. die notwendige Summe muß sofort und durch direkte fortschreitende Steuern aufgebracht werden. Die Bestreitung der Heereskosten durch indirekte Steuern ist unzulässig, weil die indirekten Steuern die Armen und den Mittelstand viel zu stark belasten. Am aller verwerflichsten ist die Aufbringung durch Anleihen, weil durch dieselben die Lasten von den Schultern der Reichen, die sie zu tragen sowol befähigt als auch verpflichtet sind, auf die Schultern der Minderbemittelten abgewälzt werden und diesen, weil sie nicht sogleich zahlen können, ferner auch noch die Verzinsung der bei den Reichen gemachten Anleihe aufgebürdet wird. Diese Art der Lösung paßt allerdings gewissen Leuten durchaus nicht, weil sie erstens die Reichsallmacht schädigt, und zweitens einem jeden Steuerzahler verflucht deutlich macht, welche Opfer der Militarismus, oder wie man es auch nennt, „die Sicherheit des Reiches“ von ihm fordert. Am allerliebsten triebe man eben die ganze — nun nahezu auf eine Milliarde jährlich sich belaufende — Summe, in der Weise ein, die sehr sinnig von einem Centrumsmann mit dem Luftdruck verglichen wurde, der auf jedem Einzelnen laste, ohne daß es ihm zum Bewußtsein komme. Bei demjenigen, der ein gutes Einkommen hat, wo also ein gehöriger Gegendruck da ist, läßt sich ja gegen den Vergleich und seine Anwendung nichts sagen; man soll uns aber erst beweisen, daß ein Familienvater mit einem Einkommen von 1000 Mark es nicht empfindet, wenn ihm von dieser Summe rund 100 Mark an indirekten Steuern ohne weiteres entzogen werden. Er und

---

\* Vgl. Marlos (Pseudonym für Winkelblech) Werk: Untersuchungen über die Organisation der Arbeit. 2. Auflage. Tübingen 1884—86.

eine Familie werden diese indirecten Steuern als einen ihr directen Druck empfinden!

Für den Staat freilich und die Finanzbehörden sind die indirecten Steuern ohne Zweifel die bequemsten und — wenn man so geschickt ist, die richtigen, zugleich unentbehrlichen und in großen Massen gebrauchten Gegenstände zu erfassen — auch die ergibigsten. Man hat bei der indirecten Steuer mit einem verhältnismäßig kleinen Kreis von Zahlern zu tun und meistens den zu versteuernden Gegenstand als Faustpfand in Händen, so daß man diese Steuern einfach vorweg zu nehmen vermag.

In diesem Bannkreis aber bewegen sich die Gedanken der modernen Finanzkünstler, und das deutsche Volk steht mit achtungsvoller Scheu dabei und sieht in solchen Leuten Staatsmänner, nicht bedenkend, daß, hätte Deutschland heute wirkliche Staatsmänner, es überhaupt nicht der Erörterungen bedürfte über neue Soldaten und neue Steuern. Conft. Franz hat einmal sehr richtig gesagt: „Jeder Ladjüngling kann solche Artikel ausfindig machen, durch deren Besteuerung etwas zu lucrieren wäre, und kann auch ungefähr herausrechnen, welche Summen die neuen Zoll- und Steuererhöhungen einbringen möchten.“ Und wir wollen diesen Worten nichts mehr hinzufügen.

Für den Einsichtsvollen sind diese Erörterungen: ob directe, ob indirecte Steuern mehr zu empfehlen seien, längst abgeschlossen. Indirecte Steuern, soweit sie nicht dazu dienen, die notwendigsten Nahrungsmittel und Gebrauchsgegenstände zu belasten, haben ihre Berechtigung. Die erste Bedingung ist aber, sie so einzurichten, daß Arme und Reiche verhältnismäßig getroffen werden.

Gegen den Hinweis, daß die indirecten Steuern auf Gebrauchsgegenstände unerlässlich seien, um die nicht ständige Arbeiterschaft und die Fremden zu den allgemeinen Lasten heranziehen zu können, ist zu bemerken, daß wir unser Steuerwesen nicht der Fremden wegen verderben dürfen. Will man diese Letzteren in der Besteuerung

treffen, so mag man eine Fremdensteuer und für die nichtständigen Arbeiter kleine Lohnabzüge von Seiten des Arbeitgebers einführen.

Die in die Form des Schutzzolles gekleidete indirecte Besteuerung wirkt aber nicht nur dadurch verderblich, daß sie den armen Klassen ungebührliche Lasten aufbürdet. Es gibt noch eine andere schlimme Wirkung, die gleichfalls der weniger vermögende Teil der Bevölkerung zu fühlen bekommt. Wird auf irgend welches Erzeugnis ein Schutzzoll eingeführt, so hat der kleine, wenig kapitalkräftige Erzeuger kaum einen Nutzen davon, wol aber nicht dieser Schutzzoll dem Großerzeuger. Dieser hat zunächst den Vorteil, daß im geschützten Land die fremden Concurrenten fern gehalten werden, ferner wird es ihm nun auch leicht, den schwächeren heimischen Wettbewerb zu erdrücken. Die ungünstigen Folgen des Zollschutzes aber, d. h. die Abschließung der fremden Länder für seine Waren weiß er dadurch zu umgehen, daß er Fabriken jenseits der fremden Zollgrenzen errichtet.

Die Besteuerung der notwendigsten Gebrauchsgegenstände wirkt geradezu wie eine umgekehrte Progressivsteuer, da durch dieselbe ein Familienvater mit großer Familie genötigt wird, um so mehr indirecte Steuern zu zahlen, je größer die Zahl der Familienglieder ist, während er um so weniger übrig behalten kann. Eine schreiende Ungerechtigkeit ist es auch, daß in den meisten Staaten das politische Wahlrecht von der Zahlung directer Steuern abhängig gemacht wird, wozu die Berechtigung nur dann vorhanden wäre, wenn der ganze Staatsbedarf durch directe Steuern aufgebracht würde. Nach den gegenwärtig herrschenden Gesetzen sind Hunderttausende vom Wahlrecht ausgeschlossen, weil sie keine oder nur wenig directe Steuern zahlen, während sie doch in Wirklichkeit durch die indirecten Abgaben einen wesentlichen Teil der Staatskosten tragen. Ein Familienvater, der ein Einkommen von 1000 Mark besitzt, zahlt reichlich 100 Mark indirecter Steuern, d. i. ein

Zehntel seines ganzen Einkommens. Ein Mann mit einem Einkommen von 300 000 Mark aber zahlt nur etwa den reifigsten Teil an directen und indirecten Steuern.

Ein weiterer, ganz erheblicher Nachteil der indirecten Besteuerung ist die durch dieselbe verursachte unnütze Arbeit, durch welche ein ganzes Heer von Beamten nötig wird, zu dessen Unterhalt schon ein großer Teil der Steuereingänge aufgebraucht wird. Wir greifen gewis nicht zu hoch, wenn wir die Summe, die im Deutschen Reich auf diese Weise nutzlos verausgabt wird, auf 200 Millionen veranschlagen. Diese Summe wirft also das deutsche Volk ins Meer: sie ist unwiederbringlich verloren.

Oberflächlich urteilende Menschen sind allerdings der Ansicht, daß diese Summen so wenig, wie die für den Militarismus verausgabten 1000 Millionen verloren seien, da sie ja doch im Lande und unter dem Volke bleiben. Ihnen müssen wir erwidern, daß es für den wahren Volkswohlstand gleichgültig ist, ob jene Summen im Lande bleiben oder ob sie im Auslande verausgabt werden. Wesentlich ist nur, daß sie unnütz ausgegeben werden und daß das Volk dadurch in denselben Fall gebracht wird, wie der Verschwender, daß es also gleich diesem allmählich verarmen muß. Sollen die Millionen nicht verloren gehen, so muß man sie fruchtbringend anlegen: man erzeuge mit ihrer Hilfe Gebrauchsgegenstände, die man im Auslande gegen Nahrungsmittel und Rohstoffe umtauschen kann, oder man erwerbe Ländereien und begründe auf denselben Bauernrentengüter für das deutsche Proletariat. Leider ist aber das gegenwärtige Geschlecht so stumpfsinnig geworden, daß es die eindringliche Wahrheit dieser Sätze schon nicht mehr versteht und andererseits das sinnloseste Geschwätz — wie die Behauptung, die Summen, die für das Heer ausgegeben werden, verblieben dem Volke — für bare Münze nimmt.

Ein anderer schwerer Nachteil der hohen Besteuerung der Gebrauchsgegenstände ist es, daß die Waren um so mehr der Verfälschung ausgesetzt werden. Wir erinnern

hier an den Kunstwein, an das durch Schwefelspat und Gyps verfälschte Mehl, an den nachgemachten Kaffee und auch an die Birchow'sche „Magenschmiere“, die Kunstbutter, die heute für arme Leute die einzige erreichbare „Butter“ ist.

Nun hat aber diese ganze Schutzollwirtschaft noch eine andere und gleichfalls sehr bedenkliche Seite! Je mehr das System der indirecten Gebrauchssteuern ausgebildet wird, um so hinfälliger wird das Recht des Volkes, die Geldgebarung der Regierung zu überwachen. Das indirecte Steuersystem mit seinem Heer von königlichen und kaiserlichen Zollbeamten ist überhaupt ein Hohn auf parlamentarische Volksregierung. Und das sollte doch, wenn sonst nichts dazu im Stande ist, unsere liberalen Verteidiger der Volksrechte schließlich aufrütteln und zwingen, endlich einmal dieser Entwicklung nachdrücklich entgegen zu treten.

So meinen wir denn, das ganze System indirecter Steuern ist unehrllich, hinterlistig und ungerecht, es entflieht, weil es zur List, zum Betrug reizt, es verdirbt das ganze Finanzwesen, wo hingegen die directen Steuern einen entschieden sittigenden Einfluß ausüben, denn sie sagen offen und ehrlich, was sie wollen, und wer hier betrügt, ist sich des Betruges wol bewußt. Darum steht für uns fest, daß eine wahre Staatskunst die heute zu Recht bestehende indirecte Besteuerung als verwerflich betrachten muß und daß das von ihr zu erstrebende Ziel den gegenwärtigen Gepflogenheiten der Steuerkünstler schnurstracks entgegen läuft.

Als oberster Grundsatz aller Steuergesetzgebung muß gelten, daß der Einzelne von den Steuern im Verhältnis seiner Steuerfähigkeit getroffen werde. Hiernach müssen wir es bedauern, wenn die Regierungen das heute beliebte Schlagwort „Schonung der Steuerkraft“ auch fernerhin zur Richtschnur nehmen sollten. Nicht zu schonen, sondern möglichst auszunutzen, haben



ir die Steuerkraft, während wir dort, wo die Kraft, Steuern zu zahlen, nur gering oder gar nicht vorhanden ist, allerdings schonend verfahren müssen.

Das Verlangen, die Steuern nach Leistungsfähigkeit zu bemessen, hat man als „Opfertheorie“ bezeichnet. Ihr gegenüber steht die „Genußtheorie“, d. i. die Steuerentrichtung nach dem Interesse bezw. nach Leistung und Gegenleistung.

Die Opfertheorie wird gewöhnlich auch den Forderungen der Genußtheorie entsprechen. Daraus folgt aber nicht, daß man umgekehrt auch die Genußtheorie zu Grunde legen könnte, um zu einer vom Standpunkte socialer Gerechtigkeit aus brauchbaren Bestimmung zu gelangen.

„Der Gedanke, die Staatsangehörigen nicht nach ihrer Leistungsfähigkeit, sondern nach dem Verhältnis ihrer Leistung und Gegenleistung zur Besteuerung heran zu ziehen“, meint Umpfenbach\*, „verwechselt entweder von vornherein das Fiskalprincip bezw. das Gebührenprincip mit dem Steuerprincip oder kommt auf die genannten Abwege dadurch, daß zwischen Auflegung und Umlegung der Steuerlast nicht genügend unterschieden wird.“

In wie weit man sich nun in Preußen und andern deutschen Staaten bisher nach der von uns vertretenen Theorie gerichtet hat, ergibt sich aus folgenden Tatsachen. Durch die Selbsteinschätzung ergab sich für das Königreich Preußen ein Mehr an Einkommen von 1500 Millionen Mark, und zwar fand sich dieses höhere Einkommen bei den reichsten Leuten.\*\* Ihnen hatte man also seither die Steuern für diese 1500 Millionen Mark geschenkt. Der Bochumer Steuerprocess hat ja in dieser Beziehung sehr

\* N. a. D., S. 144.

\*\* Die Zahl der eine Million jährliches Einkommen Besitzenden ist mit einem Schläge von 18 auf 85 gestiegen. Davon haben 28 ein Jahreseinkommen bis  $1\frac{1}{2}$  Mill., 8 ein solches zwischen  $1\frac{1}{2}$ —3 Mill. und 4 beziehen jährlich gar 8—7 Mill. Die Zahl der Millionäre in Preußen beträgt jetzt 8445.

lehrreiche Einblide gestattet! Wie gewissenlos oft gerade die schwer Reichen sind, das bewies auch der Fall eines Großgrundbesizers aus der Reifer Gegend. Dieser Herr hatte sich nemlich mit 4000 Mark eingeschätzt, während die Commission der Ansicht war, daß das Einkommen 50000 Mark betrage und eine genaue Untersuchung schließlich gar ein Einkommen von 60 000 Mark nachwies.

Aus all' dem kann man jedesfalls deutlich sehen, daß die Plutokratie aus eigenem Antriebe nicht zu einer durchgreifenden Besserung der Verhältnisse schreiten wird, daß sie insbesondere nicht daran denkt, der ersten Forderung der Billigkeit gerecht zu werden und die niederen Einkommen zu entlasten oder ganz zu befreien. Diese Entlastung muß aber ganz gebieterisch verlangt werden, da auf den Armen schon eine ganz geringe Steuer eines fast unerträglichen Druck ausübt und dieser immer schon durch die indirecten Steuern zu hoch belastet wird. Auch Verwaltungsrückichten sprechen für die Steuerbefreiung der niederen Einkommen, da gewöhnlich bei den niedrigen Steuerfügen die Unkosten nicht gedeckt werden.

„Der Steueranspruch“, hören wir gleichfalls von Umpfenbach\*, „darf nicht in dasjenige hineingreifen, was zur Existenzfristung der vorhandenen menschlichen Sonderpersönlichkeiten unumgänglich erfordert wird. Mit Nichtbeachtung dessen hört die begriffliche Existenzfähigkeit des States und alles kulturmäßigen menschlichen Fortbestehens auf. Die Staatsgewalt zerbricht sich selbst, wenn sie das antasten will, dessen wirtschaftlich-persönliche Verwendung in den Händen der menschlichen Sonderpersönlichkeiten das Menschthum eben noch über der Grenze des Thierthums festhält.

„Verfolgt man diese Antastung nach Art und Ereignis, so unterscheidet sie sich der Art nach von dem positiven Communismus mit seinen kulturwidrigen Con-

---

\* N. a. D., S. 141.

scationen des reichen Sondervermögens, drängt aber  
irerseits zum gleichen statszerstörenden Ergebnis hin.“

Hier hält man uns nun gern entgegen, diese Steuer-  
erfreitung führe zu einer Abstumpfung des Gemeingefühls,  
eine directe Steuer, und mag sie auch noch so gering sein,  
ist schon deshalb unvermeidlich; auch werde nur zu oft  
von solchen Leuten, die Steuern angeblich nicht zahlen  
können, viel Geld für unnütze Dinge verausgabt, so daß  
es immer noch besser sei, wenn ein Teil davon in den  
Statsfädel gelange, von wo aus es doch dem Einzelnen  
wieder zu Gute komme. Darauf sei bemerkt: bei einem  
Manne, der oft nicht genug hat, um Brot für sich und  
eine Familie zu beschaffen, überhaupt noch nach Gemein-  
gefühl suchen zu wollen, das bezeichnet den kindlichen Stand-  
punkt unserer „Statsmänner“. Will man wirklich ein  
solches Gefühl wecken, so mag man vor allen Dingen  
Verhältnisse schaffen, die einem jeden es ermöglichen, mit  
einer Familie ein menschenwürdiges Dasein zu führen und  
sich ihm tatsächlich den vollen Lohn seiner Arbeit sichern. Dann  
wird derselbe herzlich gern Statssteuern zahlen und sich der  
Allgemeinheit gegenüber verpflichtet fühlen. Betreffs der  
andern Einwände können wir vorläufig nur darauf hin-  
weisen, daß wir allerdings auch vom Geringsten verlangen,  
einen Teil seines Verdienstes zurück zu legen. Dazu würde  
es dann der Einführung eines eigenartigen Volksbanks-\*  
und Versicherungswesens bedürfen.

Durch die größere Gelegenheit zum Sparen und durch  
eine Reihe anderer noch zu besprechender Einrichtungen  
würde dann der Verschwendungssucht der Unbemittelten  
wirksam entgegen gearbeitet. Und nur auf diese Weise  
wäre es möglich, aus der Masse der Habenichtse und  
Läßigen sich weitermühende Wohlhabende zu machen, die

---

\* Die jetzt bestehenden Sparkassen können schon deshalb  
nicht als vollwertiger Ersatz dienen, weil sie die Ueberschüsse  
nicht den Einzahlern zukommen lassen.

dann recht wol auch der Allgemeinheit dienen und directe Steuern zahlen können.

Die neue Steuergesetzgebung einiger deutscher Staaten kommt unserm Verlangen insoweit entgegen, als sie die Einkommen unter 900 bezw. 800 Mark steuerfrei läßt. Doch ist die Bestimmung für Preußen insofern mangelhaft, als die Lebensbedingungen im Osten und Westen gar sehr verschieden sind und ein Einkommen von 1000 Mark im Osten einem Einkommen von 1200—1500 Mark im Westen entspricht. Hier treten eben wieder einmal die Nachteile der Centralisation offen hervor. Uebrigens will diese „Steuerfreiheit“ bis zu 900 Mark gar wenig besagen, so lange die indirecten Steuern von heute fortbestehen oder gar noch vermehrt werden — wozu ja der ernstliche Wille vorhanden ist; siehe Wein-, Bier-, Tabak- und Stempelsteuer — und der arme Mann dadurch 50—100 Mark jährlich zu zahlen hat. Wer 10 000 Mark bezieht oder 100 000, der raucht gewis nicht zehn oder hundert Mal mehr als jener, der 1000 Mark Einkommen hat. Und wenn eine Quittungssteuer auch nur für höhere Summen erhoben wird, so ist es doch klar, daß diese Steuer von dem Betroffenen dadurch abgewälzt wird, daß er sie auf die Waren schlägt und dem Verbraucher derselben aufbürdet. Wenn man nun aber meint, daß die Arbeiter und andere Minderbemittelte sich dafür ihre Arbeit teurer bezahlen lassen können, so vergißt man ganz die Herrschaft des eisernen Lohngesetzes und das Heer der kleinen Beamten, dem nicht einmal das so schon sehr zweifelhafte Mittel der ArbeitsEinstellung zur Verfügung steht.

Sind nun die indirecten Steuern auf das zulässige Maß zurückgeführt, so mag man, je nach den örtlichen Verhältnissen, eine Steuerbefreiung bis zu 3—400 Thaler eintreten lassen. Die Einkommen bis zu 10 000 Mark sollen einfach und höchstens bis zu 2 pCt. besteuert werden, weil sie den Mittelstand ausmachen und unser Bestreben dahin gehen muß, den Mittelstand zu schützen. Von 10 000

Mark an beginnt die fortschreitende Steuer: doch so, daß nur das über 10 000 Mark hinausliegende Einkommen fortschreitend besteuert wird. Das Ziel dieser fortschreitenden Steuer soll sein, durch die Steigerung der Steuerfüge den Inhabern größerer oder geringerer Einkommen ein im großen Durchschnitt annähernd etwa gleich großes, gleich stark empfundenes Opfer aufzuerlegen, daß also keineswegs ganz freie Wahl zwischen allen möglichen Zahlenreihen stattfindet, sondern daß man bestrebt sein muß, die für die in Betracht kommenden Umstände, insbesondere die Vermögens- und Bedürfnisverschiedenheiten der jeweilig in Betracht kommenden Bevölkerung passenden Steigerungen zu finden. . . . (Neumann.) Die herrschende Schule ist allerdings der Meinung, die Steuern sollen nicht empfunden werden, und meint damit, sie sollen für den Armen vorwiegend in Gebrauchssteuern bestehen; und bei dem Reichen sollen sie, insofern sie als directe Steuern nicht zu vermeiden sind, doch so bemessen sein, daß er sie eben nicht gewahr wird.

Gemäß unserer oben gestellten Forderung können die zu Grunde zu legenden Zahlen nicht starr und unbeweglich sein; sie müssen sich vielmehr je nach den Verhältnissen nach unten oder auch nach oben verschieben lassen. — In einigen Cantonen der Schweiz (Bern, Freiburg) war und ist zum Theil noch der schon von Rau gestellten Forderung Rechnung getragen, daß der Haushaltungsaufwand vom Einkommen abzuziehen sei. Natürlich kann es sich hier nur um einen bestimmten Aufwand handeln, der die Höhe des auch sonst steuerfreien Einkommens nicht überschreitet. In dieser Weise durchgeführt, ist die Maßregel sehr weise zu nennen, denn es ist doch ein offener Widerfynn, von einer Summe, die angeblich für den Haushalt ganz aufgebraucht wird, noch so und so viele Mark für den Stat vorweg zu nehmen. Man mutet da doch dem Zahlenden offenbar zu, die Steuer sich und seiner Familie abzarben. Verschiedenartige Lebensstellungen können jedoch bei der

Besteuerung keine Berücksichtigung finden. Denn, bemerkt wiederum Umpfenbach\* sehr richtig, „wie weit das Einkommen eines Menschen zum Auskommen für entbehrlicheren Genußzwecke reiche, ist lediglich seine subjective Angelegenheit. Die Finanz läßt durch die Besteuerung von jeder gleichen Genußhöhe gleichviel wegnehmen, aber sie ist nicht dazu da, um mit Hilfe und auf Kosten der Besteuerung der Subjectivität dieser oder jener einzelnen zu einer spärlicheren Genußhöhe des Auskommens zu verhelfen, als deren Einkommen entspricht.“ Daraus folgt also, daß das Verbrauchsminimum für alle zu Besteuernden gleich zu bemessen ist. Ein anderes freilich wäre es, wenn ein Familienvater mit vielen Kindern anders besteuert würde als ein Junggeselle mit dem gleichen Einkommen.

Ein Hagestolz ist entschieden anders zu behandeln als ein Mann mit zahlreicher Familie und gleichem Einkommen. Jedoch darf man mit den Hagestolzen nicht verwechseln die immer zahlreicher werdende Klasse derer, die recht gerne eine Familie gründen möchten, aber verhindert werden, weil es ihnen nicht gelingt, eine Lebensstellung zu erringen. Diese armen Opfer der Uebersättigung — die wiederum nur ein Ergebnis der seit dem Krimkrieg befolgten selbstmörderischen deutschen Enteignungspolitik ist — sind vielmehr zu bebauern.

Franz, den wir bei der Ausarbeitung dieses Abschnittes auch sonst benutzten, schlägt vor, daß nur der unverheiratete Mann das volle Einkommen versteuern soll, der verheiratete aber nur neun Zehntel. Sind versorgungsbedürftige Kinder vorhanden, so soll der Steuerbetrag etwa für zwei Kinder auf acht Zehntel, für vier auf sieben Zehntel, für sechs auf sechs Zehntel sinken. Eine solche Herabminderung der Steuern müßte auch eintreten, wenn Eltern oder Geschwister zu versorgen sind. — Diese Begünstigung soll gehen bis zu 10 000 Mark, für höhere

---

\* A. a. O.

Einkommen soll sie dann sinken, und zwar für die weiteren 4000 Mark auf ein Halb für den verheirateten Mann, dann auf ein Viertel, auf ein Achtel usw., bis sie überhaupt nicht mehr beachtet zu werden braucht.

Ferner wird bei der Bemessung der Steuer zu berücksichtigen sein die geringere Leistungsfähigkeit von Alter und Geschlecht, ferner in Folge von Krankheit, außerordentlichen Unglücksfällen usw. Auf alle diese Sachen kann eben nur die directe Steuer Rücksicht nehmen, nur wird hierzu ein jenossenschaftlicher Aneinanderschluß der Familien nötig, weil innerhalb der einzelnen Kreise durch das gegenseitige Bekanntsein die gerechte Abschätzung der Verhältnisse des Einzelnen möglich ist. Begreiflich ist es deshalb, daß unsere liberalen Herren für indirecte Steuern sind\*, da diese die Auflösung der Gesellschaft befördern, während es eben mit den directen sich umgekehrt verhält.

Als ein drückendes Unrecht ist es jedesfalls zu bezeichnen, wenn bei der Schätzung des Einkommens auch der Verdienst der Frau und der Kinder berücksichtigt wird. Man bedenke nur, daß bei den oberen Klassen auch nur das Einkommen des Mannes besteuert wird, und wenn die Tätigkeit der Frau auch eine andere ist, in der Besorgung des Hauses, in der Kindererziehung usw. besteht, so bringt dieselbe doch immerhin einen Ertrag, mag sich derselbe auch nicht ohne weiteres in Zahlen ausdrücken lassen. Die Frau sollte darum nur besteuert werden, wenn sie ein eigenes Geschäft besitzt.

Läßt es sich im Allgemeinen nicht leugnen, daß größerer Güter, sofern sie nur nicht das Gepräge von Latifundien annehmen, weit eher einen günstigen als ungünstigen Einfluß auf die umliegenden Kleinbetriebe ausüben, während

---

\* In der Oeffentlichkeit schimpfen sie zwar, um sich die Volksgunst zu sichern, gewaltig auf die indirecten Steuern, trotzdem aber verdanken wir das ganze heutige indirecte Steuersystem diesen sogenannten Liberalen.

bei Fabrik- bezw. Gewerbebetrieben das Gegenteil der Fall ist (die Großbetriebe die kleinen auffangen), so wird man auch zugeben müssen, daß bei der Besteuerung beide Arten verschieden zu behandeln sind. Es werden also die Einkommen aus dem landwirtschaftlichen Grundbesitz, der oben drein die wichtigste Grundlage der allgemeinen Wohlfahrt ist, nicht in gleich hoher Weise zu besteuern sein, wie die Einkommen aus Handels- und Fabrikgeschäften oder gar jene aus Börsenjobbereien und verliehenen Kapitalien.

Hansen verlangt in seinem schätzenswerten Buch über die drei Bevölkerungslufen mit Recht auch eine höhere Besteuerung derjenigen Güter, die nicht vom Besitzer selbst bewirtschaftet werden. „Denn jedes Gut ist als eine Quelle zu betrachten, welche den Bevölkerungsstrom speist. Durch den Uebergang von Gütern in den Besitz städtischer Familien, die den Ankauf lediglich als eine sichere Kapitalanlage betrachten, wird also jedesmal eine Quelle verstopft.“

Auch die Einkommen der Staatsbeamten lassen sich, soweit es sich um den Gehalt handelt, nicht fortschreitend besteuern, denn es wäre doch ein offener Widerfynn, wenn der Staat heute einem Beamten 50 000 Mark zahlt und da etwa 10 000 Mark als Progressivsteuer wieder wegnehmen wollte. Andererseits meinen wir aber auch, daß mit hohen Beamtengehälten entschieden Mißbrauch getrieben wird zu Ungunsten des Werte schaffenden Volkes. Hier soll man uns aber nicht mißverstehen; wir wollen die Bismarcksche Phrase von den „Mäten, welche nicht säen und doch ernten,“ keineswegs nachsprechen; wir sind durchaus nicht der Ansicht, daß ein Beamter, an der richtigen Stelle und entsprechend gelohnt, weniger nutzbringend sei als ein Werte erzeugender Arbeiter; wir meinen vielmehr, daß ein Minister, der seinen Dienst wirklich verrichtet, auch entsprechend gelohnt werden muß, doch einem solchen ohne weiteres den Gehalt von 24 000 Mark auf 33 000 Mark zu erhöhen, wie es kürzlich in einem deutschen Mittelstate geschehen ist, das ist entschieden zu weit gegangen und trägt



ußerordentlich dazu bei, die Verbitterung der niederen Reife zu schüren.

Um nun einen Maßstab für die Besteuerung der verschiedenen Einkommen zu erhalten, mag das landwirtschaftliche Einkommen die Grundlage bilden und einfach vereuert werden. Die Beamten- und Ruhegehälter wären darnach zu drei Viertel in Anschlag zu bringen, während die Einkommen aus gewerblichen Unternehmungen auf fünf Viertel, für kaufmännische auf drei Zweitel, für Börseneinkommen auf das Zwei- bis Dreifache zu erhöhen sind. Das Renten- oder fundierte Einkommen muß mindestens dem kaufmännischen gleichgestellt werden. Dadurch wird die Einführung einer besonderen Vermögenssteuer überflüssig gemacht.

Recht und Notwendigkeit der verschiedenen Besteuerung von Zins und Rente einerseits und Lohn auf der andern Seite ist offenbar, da ja zwischen fundiertem und nicht-fundiertem Eigentum ein ins Auge fallender Unterschied besteht. Das erstere gibt seinem Besitzer einen Ertrag, ohne daß die persönliche Tätigkeit dabei notwendig wäre, das letztere aber ist lediglich das Ergebnis verrichteter Arbeit. Ersteres überdauert den Besitzer und kann Kindern und Kindeskindern noch dienstbar sein, das letztere aber verschwindet mit dem Tode des Erwerbers.\*

Daß wir Beamten-, Ruhe- und Gehaltengehälte in der Besteuerung unter den einfachen Satz herabsetzen, findet seine Begründung darin, daß sich dieselben von den Empfängern aus freien Stücken nicht erhöhen lassen und weiter in dem Umstande, daß sie gewöhnlich bis zum letzten Pfennig zur Steuer herangezogen werden. Die höhere Besteuerung der gewerblichen und kaufmännischen Einkommen wird den Andrang zu diesen Erwerbszweigen mäßigen, den zur Landwirtschaft anfeuern. Das hat aber wieder nur dann Wert, wenn wir zugleich eine innere und äußere Kolonisation

---

\* Hier greift freilich vielfach das System des Ruhegehalts ein und verschiebt das Wesen des nichtfundierten Einkommens.

durchführen und hierin könnte man dann ein wahres Mittel zur Rettung der Landwirtschaft sehen, während die Schutzpolitik von heute nicht einmal als ein kindischer Nothbehelf betrachtet werden kann.

Wenn mit dieser fortschreitenden Einkommensteuer zugleich eine Reihe anderer von uns noch zu erörternder Wirtschaftsgeetze ins Leben gerufen werden, so kann der betroffene Rittergutsbesitzer, Großgewerbetreibende oder Rentner die Verluste nicht auf andere abwälzen, wie das heute allerdings geschehen würde, insbesondere mit der vorgeschlagenen Börsen- und Vermögenssteuer. Der Gutsbesitzer kann seine Feldfrüchte, der Großgewerbetreibende seine Erzeugnisse nicht teurer verkaufen als der Kleinbauer, der Handwerker, und auch durch eine Herabminderung der Arbeitslöhne vermögen sie den Verlust nicht wieder einzuholen, da sie nicht weniger Lohn zahlen dürfen, als in den Kleinbetrieben bezahlt wird. Kurz, die Herren Großkapitalisten werden sich mit der Tatsache befreunden müssen, daß die schönen Zeiten dahin sind, in denen jährlich Hunderttausende oder gar Millionen zum Stammvermögen geschlagen werden konnten; sie werden anerkennen müssen, daß sich der Staat nicht ferner mehr gefällt in der Rolle eines allzeit getreuen Dieners der oberen Zehntausend, daß es ihm vielmehr klar geworden ist, daß seine weit wichtigere und höhere Rolle die ist: als ausgleichende Gerechtigkeit über der Allgemeinheit zu tronen.

Es wird nun wol eingewendet, daß bei der fortschreitenden Steigerung doch sehr oft eine ungerechte Behandlung unvermeidlich sein werde. Darauf sei erwidert, daß hingegen das Nichtfortschreiten, besonders bei hoher Steuerlast und großer Vermögensverschiedenheit der Bevölkerung, die schreiendste, gewalttätigste Ungerechtigkeit in sich schließt, indem es trotz des Gebotes tunlichster Opfergleichheit den Armeren zu Boden drückt, während es den Reichen kaum belästigt. Und doch dient ein Einkommen, je höher es ist, in seinen höheren Beträgen um so mehr

ntbehrlichen, leichter einzuschränkenden Ausgaben, so daß eine Inanspruchnahme durch höhere Steuern niemals das Gefühl der ungerechten Belastung wecken kann. — Die öchsische Steuervorlage von 1871—72 sagt sehr richtig: „Soviel ist jedenfalls klar, daß, wenn unter gleichen socialen Verhältnissen, in welchen die Erhaltung einer diesen Verhältnissen entsprechenden Existenz z. B. einen Aufwand von 000 Tlr. jährlich erfordert, der eine ein Einkommen von 500 Tlr., der andere ein doppelt so hohes, also 3000 Tlr. at, dem ersteren, um sich über das Notwendige hinaus och gewisse Annehmlichkeiten des Lebens zu verschaffen, 00 Tlr., dem anderen 2000 Tlr., also nicht das Doppelte, ondernern das Vierfache übrig bleiben, und daß hiernach eine öhere Beziehung des letzteren zur Steuer bis zu einem ewissen Grade als wol gerechtfertigt erscheint.“ Auch die ußerordentliche Steuerdeputation der zweiten Kammer gibt er Ansicht von der Notwendigkeit des Fortschreitens der Steuer Raum durch die Bemerkung, daß sie darin das inzige Mittel erkenne, um die Wohlhabenden ihrer höheren Steuerfähigkeit gemäß, die keineswegs im arithmetischen Verhältnis zur Höhe des Einkommens wächst, — zur Er- üllung ihrer statlichen und socialen Pflichten heran zu iehen. Dazu kommt erstens, daß größere Vermögen und Einkommen an sich eine nicht nur ganz proportional größere wirtschaftliche Macht geben\*, und deshalb auch eine mehr

\* Die Wirkung der bekannten, von der liberalen Wirt- schaftsschule allerdings geleugneten Kapitalprämie, welche das awinnenartige Anschwellen der großen Vermögen bedingt.

Die folgende, aus Hirths Annalen entnommene Zusammen- stellung zeigt für die acht alten Provinzen Preußens recht deut- lich das Anwachsen der größten Vermögen gegenüber den mitt- leren und Kleinen.

Es stiegen in der Zeit von 1858—90:

|                     |              |           |         |
|---------------------|--------------|-----------|---------|
| Die Einkommen unter | 3 000 M.     | um . . .  | 42 pCt. |
| " "                 | von 3—36 000 | " " . . . | 333 "   |
| " "                 | " 36—60 000  | " " . . . | 500 "   |

als proportional höhere Besteuerung derselben gerechtfertigt ist; zweitens, daß sich größere Einkommen unter den heutigen Verhältnissen erfahrungsgemäß viel mehr der Beanspruchung und Erfassung durch die Steuer entziehen als kleinere. — Trotzdem aber wurde in dem sächsischen Steuergesetz das Fortschreiten der Steuer nur für die niederen Einkommen — bis 7200 Mark — festgesetzt; über 7200 Mk. gab es ein Fortschreiten nicht mehr. Wie soll man sich das erklären, wenn bei Einkommen, bei denen das Fortschreiten erst einen Sinn hat, weil sie sich vom Mittelstand nach oben zur Plutokratie entfernen, wenn bei diesen Einkommen plötzlich Halt gemacht wird?! Da lag dem doch in dem oben schon erwähnten alten kursächsischen Steuergesetz noch eine ganz andere Gerechtigkeit! — Es ist überhaupt eine beachtenswerte Tatsache, daß mit dem Anfang der großen Vermögensbildungen — während des napoleonischen Kriege — auch das deutlich erkennbare Streben hervortritt, die Staatskosten auf die „breiten“ Schultern des minderbemittelten Volkes abzuwälzen, ein Streben, das in der Bismarck'schen „nationalen Wirtschaftsgesetzgebung“ in Großpreußen seinen Höhepunkt erreichte.

Ein gleichfalls sehr oft gegen die fortschreitende Steuer gemachter Einwand ist der, daß man sagt, durch sie werde schließlich einmal das ganze Einkommen aufgezehrt. Hier

---

|  |                          |       |
|--|--------------------------|-------|
| Die Einkommen von                                    | 60—120 000 Mk. um . . .  | 835 „ |
| „  | „ über 120 000 „ „ . . . | 942 „ |
| Die Zahlen 42 und 942 = Bohnflave und Börsenmatador. |                          |       |

Es ist jedesfalls bezeichnend für die Ehrlichkeit und Zuverlässigkeit der liberalen Statistik, daß sie uns, um die „Fabel“ vom Rückgang des Mittelstandes recht deutlich zu machen, immer zeigt, wie tatsächlich die Einkommen von 8—36 000 stärker gewachsen sind als die niederen Einkommen (833 gegen 42 pCt.), während sie uns das Wachstum der höchsten Einkommen von 942 pCt. verschweigt.

gegen Iteße sich nichts erwidern, wenn ununterbrochen vortgeschritten würde: es müßte dann ohne Zweifel einmal eine Stelle erreicht werden, an der die Steuer gleich ist dem Einkommen. Ein Beweis gegen die Anwendbarkeit der fortschreitenden Steuer wäre aber damit durchaus noch nicht erbracht. Zunächst verlangen wir nicht, daß die ganze Einkommenssumme progressiv besteuert wird, sondern nur der Zuwachs, so daß die ersten 10 000 Mk. als nicht progressiv besteuert, immer noch übrig bleiben. Würden nun andererseits die Zahl, bei der das Einkommen über 10 000 Mk. vollständig aufgezehrt werden müßte, genügend hoch gelegt, so ließe sich gar nichts mehr dagegen sagen. Zu hohe Einkommen (8—15 Mill.) sind eben etwas Unnatürliches; sie unmöglich zu machen ist gewis kein Unrecht, sondern weit eher ein Verdienst des States. Der Höchreiche wird eben dann genötigt, sein Einkommen auf andere Weise zu verringern; sei es, indem er sein Geschäft einschränkt, oder, indem er Schenkungen, milde Stiftungen usw. macht.

Im Uebrigen gilt das für die Beurteilung der Einkommensteuer Gesagte auch für die Erbschaftsteuer. Bei ihr ist gleichfalls die Erwerbform des Vermögens in Anschlag zu bringen, insbesondere müssen landwirtschaftliche Vermögen im Allgemeinen in der mildesten Form besteuert werden. Es ist ferner unbedingt darauf Rücksicht zu nehmen, ob der Erblasser seine Wirtschaft durch Verbesserungen — Rodungen, Aufforstungen, Entwässerungen usw. — die ihm oft vielleicht große persönliche Opfer auferlegt haben, wertvoller gemacht hat. In solchen Fällen wurde im wahrsten Sinne des Wortes das Volksvermögen vermehrt, und ein solcher Landwirt soll noch nach seinem Tode durch die schonende Behandlung seiner Erben geehrt werden.

Bei der Vererbung kleinerer Vermögen muß unbedingt das schon vorhandene Vermögen oder Einkommen des Erben berücksichtigt werden; denn es ist doch eine sehr verschiebene Sache, ob z. B. eine Familie mit einem bisherigen

Einkommen von 800 M., ein Vermögen von 10 000 M. erbt, oder ob ein solches Vermögen einer Familie zufällt, die bereits Tausende zu verzehren hat. Der letzteren kann man, ohne ungerecht zu sein, leicht 50 pCt. Erbschaftsteuer abverlangen, während erstere wenige Mark schon als Drud empfunden wird. — So meinen wir, daß nicht sehr der Verwandtschaftsgrad bei der Bemessung der Steuer entscheiden soll, als vielmehr der Grad der Bedürftigkeit des Erben, und erst in zweiter Reihe dann die Höhe des Vermögens.\*

Erbschaftsteuer und Einkommensteuer sollen also zur gegenseitigen Beaufsichtigung dienen. Zu einer weiteren Ergänzung müßte noch eine besondere Schenkungssteuer eingeführt werden; denn nur zu häufig werden Menschen, die des Gemeingeistes bar sind, es versuchen, durch Schenkungen an die Erben die spätere Steuer zu umgehen. Damit nun aber Schenkungen nicht im Verborgenen gemacht werden können, müßten gewisse gesetzliche Bestimmungen getroffen werden; Bestimmungen, die allerdings nach Einführung eines volkstümlichen, später noch zu beschreibenden Bankwesens überflüssig wären, da dieses Bankwesen alle Besitzer baren Geldes zwänge, dasselbe in den Volksbanken niederzulegen, woselbst eine Beaufsichtigung dann sehr leicht durchführbar wäre.

Auch hier sei ausdrücklich bemerkt: Je mehr wir durch eine lebendige Gestaltung der Arbeit den unfruchtbaren Erwerb verhindern und je mehr wir den Einzelnen in die Lage versetzen, die Früchte seiner Arbeit selbst einzuheimsen, desto weniger brauchen wir uns auf das immerhin mißliche

---

\* Selbstverständlich geht es bei einer so eingerichteten Steuer nicht ohne gewisse Hilfsmittel ab, will sagen: wissenschaftlich ausgearbeitete Steuertabellen, die nur ein Mathematiker fertigen könnte. Das wäre aber ein Kleines, wenn man bedenkt, welche Masse unnötiger hochgelehrter Arbeit heute in unseren statistischen Aemtern und auch sonst durch die Bureaucratie geleistet wird.

Verfahren einer hohen Besteuerung, welcher Art sie sonst auch sei, zu verlassen.

Die Aufgabe der Luxussteuer soll nicht in erster Reihe die sein, Geld zu machen, sondern ihre vornehmste Wirkung soll darin liegen, daß sie der Vergeudung von Genußmitteln und der Entfittlichung vorbeugt. Man soll also durch die Luxussteuer verhindern, daß ein Schwerkreicher seine Schlösser unbewohnt stehen läßt, daß er, wie das z. B. heute in den Alpenländern und in Schottland im ausgedehnten Maße geschieht, seine Roggen- und Weizenfelder in Jagdgründe und Parkanlagen verwandelt usw.

Zum Schluß müssen wir uns noch mit einem Einwande abfinden, der, und bis zu einem gewissen Grade mit Recht, gegen die hohe, eine Vermögensausgleichung herbeiführende Einkommen- und Luxussteuer gemacht wird. Man sagt nemlich: Diese Besteuerung werde einen merkbaren Einfluß auf die Lebensführung der Reichen ausüben. Die Reichen würden sich in Zukunft weit mehr einschränken müssen, und dadurch würden in letzter Reihe die Verfertiger der Luxuswaren, ja die Handwerker und Arbeiter getroffen. — Zunächst erwidern wir hierauf, daß doch jene Summen, die den Schwerkreichen (denn um diese handelt es sich ja in erster Reihe) entzogen werden, in der Hauptsache den Minderreichen und Besitzlosen zu Gute kommen. Es werden dann in Zukunft statt der prächtigen Paläste, die wir heute in den reichen Vierteln der Großstädte sehen, vielleicht mehr einfache und gesunde Wohnungen für Arme gebaut und dafür so und so viele Keller- und Dachwohnungen leer. Statt unnütze Luxusgeräte für jene Paläste zu erzeugen, stättet man die Wohnungen, die heute kahl und unfreundlich sind, besser aus und macht auf diese Weise sicher Millionen glücklicher und zufriedener, während deshalb die Hochreichen, die die Mittel dazu geben, nicht unzufriedener zu werden brauchen. Werden sie es doch, so beweisen sie nur, daß sie mit einem großen sittlichen Mangel

behaftet sind, und dann mögen sie das, was die Allgemeinheit von ihnen fordert, als eine gerechte Strafe ansehen.

Der geistvolle Schilderer des deutschen „politischen Gründertums“, Rudolf Meyer, tut den sehr bezeichnenden Ausspruch: Weil man in Frankreich unter der Kaiserin Eugenie zuviel Krinolinen und zu wenig Brot erzeugt habe, wäre der Zusammenbruch von 1870/71 erfolgt. Und so meinen wir: Wenn auf der von uns gezeichneten Weise dem Luxus in auffallendem Maße gesteuert wird, wenn die Plutokratie wieder daran denkt, daß es noch andere Ideale gibt, als die, Besitz auf Besitz zu häufen, wenn sie wieder zu den einfachen Sitten und Gebräuchen der Mittelstandskreise zurückkehrt — wer wollte das wol für eine bedauerenswerte Erscheinung halten? Tut es doch wahrlich heute sehr not, daß sich jene Kreise wieder auf ihre Menschenrechte und Pflichten besinnen und nicht ferner glauben, der allgütige Gott habe ihnen das Leben und die Glücksgüter geschenkt, damit sie prassen und schlemmen und ihren Nächsten mehr ein Gegenstand des Mergers statt der Förderung seien.

---



## Handwerk und Mittelstand.

---

Die Gruppe jener Zustände, die man schlechtweg als „socialle Frage“ zusammenfaßt, läßt sich, wenn man von für uns nicht in Betracht kommenden communistischen Schauung absteht, auf zweierlei Weise betrachten, nemlich von Standpunkte des Liberalismus und vom Standpunkte des Bundesstums oder Föderalismus.

Es liegt nun in der Natur der Sache, daß der liberale Standpunkt eine nur sehr beschränkte Behandlung der socialen Angelegenheiten gestattet. Die Ganzliberalen sehen geradezu das Vorhandensein socialer Misstände, durch gesetzliches Einschreiten des States beseitigt werden können, leugnen. Denn nach ihrem Wahlspruch geht sich alles im Wirtschafts- und Gesellschaftsleben von selbst. „Le monde va de lui même“, wie Mirais de la Rivière verkündete, und derjenige Zustand, der sich ohne Eingreifen des States ergibt, ist der Bestmögliche.

Wie sehr sich die Schöpfer dieser Theorie geteuschet haben, ist heute aber offenkundig: die liberale Erwerbsordnung, die allmählich die alte Lehns- und Zunftordnung verdrängt hat, hatte sich zwar angeblich zur Aufgabe gestellt, die Arbeit von den ihr aufliegenden Fehlern zu befreien, sie wollte alle Monopole und Vorrechte zerstören und schuf das größte und verderblichste von allen Monopolen, nemlich das des Kapitals, — sie wollte die Gesellen gegen die Bedrückungen der Meister schützen und hat sie samt der Mehrzahl der Meister selbst zu Lohn-

sklaven der kapitalistischen Unternehmer gemacht. (Marlo — Diesem einen gewaltigen Monopol der Kapitalisten gegenüber wollen die früheren Vorrechte der Handwerker und des Erbhobels gar wenig besagen.

Durch diese Gegenüberstellung soll nun aber keineswegs die alte Wirtschaftsordnung verteidigt und eine Wiederherstellung derselben empfohlen werden. Wir wissen sehr gut, daß die Zeit jener Ordnung längst vorüber ist und daß Einrichtungen, die in ihrer Entwicklung aus den alten Formen herausgewachsen sind, nicht aufs Neue dieselben hineingepreßt werden können.

Bei Beurteilung der Wandlung im wirtschaftlichen Recht unserer Zeit darf man, wie Tröltzsch betont\*, nicht übersehen:

1. daß alles Recht nur der äußere Ausdruck längst vorhandener Entwicklungstendenzen ist, daß das Recht diese nicht heraufbeschwört, sondern sie nur in juristischer Form kleidet, sie von Staats wegen sanctioniert;

2. daß die gesetzgeberische Anerkennung jener Entwicklungstendenzen schon aus politischen Gründen nicht abgelehnt werden konnte, aber auch im ganzen einer gesunden Volkswirtschaftspolitik entsprach; endlich

3. daß es bei allen großen Reformen unvermeidlich ist, daß sie in Einzelheiten über das Ziel hinausschießen.

Dem Liberalismus aber müssen wir zugestehen, daß er sich mit Niederreißung und Zerstörung der alten, überlebten Formen ein Verdienst erworben hat. Freilich ist damit auch erschöpft, was Lobendes über ihn zu sagen ist. Die Fähigkeit, an die Stelle des Zerstörten etwas Gespriechliches und Lebensfähiges zu setzen, hat er nie besessen.

Dieses harte und vernichtende Urteil zu begründen kann uns wahrlich nicht schwer fallen; wir brauchen eben bloß auf die unter der preussischen Herrschaft so rasch und

---

\* Die neuesten Veränderungen im Wirtschaftsleben. S. 14

stiftig sich vollziehende liberale Entwicklung Deutschlands anzuzeigen. Sie hat trotz allen von ihr hervorgerufenen mechanischen Fortschritten den untrüglichen Beweis erbracht dafür, daß der in seinen Grundgesetzen nur verkündete Liberalismus nicht im Stande war, schöpferische Kräfte zu erzeugen und daß er — das ist das Trübselige in der Sache —, je länger und je ungestörter er zu wirken vermag, um so mehr seine Unfähigkeit und innere Schwäche enthüllen muß. So hat er, trotz einer dreißigjährigen Herrschaft, kaum ein einziges heilsames Gesetz oder eine dauernde Einrichtung zu schaffen vermocht. Und die Erkenntnis dieser Unzulänglichkeit des reinen Liberalismus bewog dann endlich auch den einen Flügel unserer Liberalen, eine kühne Schwentung nach rechts zu machen, indem er, im Widerspruch mit ihren Grundanschauungen, die Hilfe des States anzurufen und in Gemeinschaft mit diesem eine neue Ära der socialen und wirtschaftlichen Politik zu begründen.

Man könnte diese Leute, die seit Ende der sechziger Jahre mehr und mehr die Zügel im Reiche an sich gefaßt haben\*, passend mit Marlo die Halbliberalen nennen. Die hauptsächlichsten ihrer Errungenschaften sind die Schutzoll- und die sogenannte Arbeiterschutz-Gesetzgebung. In der letzteren erkennt der tiefer sehende Beobachter nichts weiter als eine Reihe von Polizeimaßregeln, die nicht das geringste mit einer lebendigen Neugestaltung der Arbeit zu tun haben, sondern nur, wie das in der Natur von solchen Polizeimaßregeln liegt, die schlimmsten Auswüchse

---

\* Das unter der glorreichen Leitung der Windthorst, Ballinckrodt und Reichensperger föderalistisch gesinnte Centrum hatte leider Gefolgschaft und die in jener Zeit noch schwache Partei der Socialdemokratie erkannte mit scharfem Instinct in dem statsocialistischen Zuschnitt des neuen politischen Systems eine sehr förderliche Vorarbeit für das eigene Bestreben, denn jede Stärkung der Statsallmacht führt einen Schritt weiter auf dem Wege zum socialistischen Zukunftsstat.

der bestehenden Wirtschaftsordnung zu entfernen trachten und zwar nicht etwa deshalb, weil man sich des zu Grunde gehenden Handwerkerstandes und der Lohnslaven erbarmt — dergleichen liegt den Herren Großindustriellen im großen Ganzen fern —, sondern weil man einsah, daß die offenkundigen schlimmsten Misstände sehr bald einen Zusammenbruch des ganzen liberalen Systems herbeiführen müßten. Dem Einsichtsvollen ist aber klar, daß dieses auf heidnische Grundsätze aufgebaute System fallen wird trotz aller dieser Mittel und trotz aller Anstrengungen eines Stumm und Genossen, Fürsten und Völker, Kaiser und Reich in ihren Dienst zu stellen. Hoffen wir, daß sein Erbe der auf dem Boden eines geläuterten Christentums erwachsene Sozialismus sei! — Das Eine ist jedenfalls sicher, daß auch durch eine sociale Revolution der Communismus — das Gleichthum — zeitweise sich die Herrschaft erringen am Ende wird und muß das Bundesstium siegen.

So kann man dann schließlich auch das Schlimmste, das uns der Liberalismus erwirtschaftet, einen Erfolg nennen, insofern es nemlich gezeigt hat, daß es nur zum Unglück der Völker führt und namentlich den Beweis dafür erbracht hat, daß die rein mechanische Behandlung der lebendigen menschlichen Gesellschaft zur Anarchie oder zur Erstarrung führen muß.

Das Späsigste ist nun, daß man heute bei uns die Anarchie, in die uns der Liberalismus mitten hinein geführt hat, Ordnung nennt und die Parteien, die dieselbe erhalten wollen, als „statserhaltende“ und als „Ordnungsparteien“ bezeichnet.

Die oberen Zehntausend, d. h. vornehmlich der Geldadel, die diesen Unsinn vorsagen, haben ja alles Interesse daran, daß er auch fernerhin geglaubt werde, dient er doch

---

\* Darum beseitigt auch, wie Karl Jentsch sehr richtig sagt, diese Socialreform das Elend nicht, sondern jagt es nur aus einer Gestalt in die andere.

dazu, die Herrschaft der kapitalistischen Ausbeuterei noch auf einige Zeit zu sichern, und am Ende gelingt es ihnen, in dieser Zeit die Völker, die ihrer Herrschaft verfallen, vollends so weit zu Grunde zu richten, daß sie auch in späteren Zeiten nicht mehr an einen ernstlichen Widerstand denken können.

„Unsere ritterlichen Ahnen“ — sagt Marlo\* — „waren nicht im Stande, ihre Verheerungen über den kleinen Kreis auszudehnen, den ihre Burgen beherrschten, während der zerstörende Wirkungskreis der Kapitalisten sich über ganze Länder, ja über ganze Welttheile erstreckt. Bei dem directen Faustrecht standen die Kämpfenden Mann gegen Mann, und ohne Mut und Tapferkeit war keine Beute zu erjagen. Das indirecte kennt nur die feige Hinterlist. Es führt seine Schläge, ohne selbst zu wissen, wohin sie treffen; es vernichtet seine Opfer, ohne sie zu kennen, und zwar nicht plötzlich, sondern es läßt sie langsam dahinsiechen, indem es, gleich einem schleichenden Gifte, ihre Kräfte lähmt; es macht den Bedrängten um so unglücklicher, je weniger er die Urheber seiner Noth zu sehen und sich ihnen gegenüber zu stellen vermag. Wehe der sittlichen Kraft eines Landes, welches von seinem Pesthauche angeweht wird! In ihm sinkt der redliche Handwerker zum Betrüger, der Kaufmann zum Gauner und der Fabrikant zum Glücksspieler herab; in ihm verkümmern die Arbeitskräfte, die natürlichen Hilfsmittel bleiben unerschöpft, die Kapitalien, zur Befruchtung der Arbeit bestimmt, gestalten sich zu Instrumenten des Wuchers, und weder Fleiß noch Talent, sondern das Laster feiert seine Triumphe!“

Das liberale System reißt die Menschen auseinander, in der Vereinzelung verfallen sie dann um so leichter der Ausbeutung, und wenn es Einheit gibt, so ist diese dann doch nur mechanisch und weit mehr Leben zerstörend als

---

\* Untersuchungen über die Organisation der Arbeit. 2. Abdruck. Tübingen. 1884—86.

Leben fördernd. Die ganze Gesellschaft leidet unter diesem System. Die Familie wird durch die unbedingte Freiheit, zu heiraten und von einander zu laufen, zerstückt. Die Gemeinde wird aus einander getrieben durch die schrankenlose Freizügigkeit, die Staaten und Völker selbst werden morsch und widerstandslos; der ununterbrochene Einfluß des Internationalismus, der Gesinnungs- und der Religionslosigkeit erhält keineswegs den Frieden zwischen den Völkern, sondern stürzt umgekehrt die Länder aus einem Krieg in den andern.

Bol hatte einst ein Biß das gewichtige Wort gesprochen: die Regierung muß an Einsicht höher stehen als die Volksvertretung, sonst ist es um ihre Macht geschehen. Für die Statsmänner unserer Zeit galt solche Weisheit nichts; glaubte man doch da, wo die Einsicht in die Brücke gieng, mit „Blut und Eisen“ zum Ziele zu gelangen. Und diese Politik der „realen Factoren“ war es eben, die uns die Herrschaft des Geldsacks mit samt den sog. Freiheiten und dem, was daraus folgte, verschaffte.

Die kapitalistische Gewerbefreiheit im Besondern führte zur Spiel- und Ausbeutungsfreiheit, dann zur Bankrottfreiheit und schließlich zur Verbrechensfreiheit, und als man das eine gab, mußte man sich darüber klar sein, daß man damit auch das andere gewährte. Die Unordnung und Rechtslosigkeit, die dadurch auf dem wirtschaftlichen Gebiete einriß, gestattet keine gedeihliche Entwicklung mehr. Die Geschäfte werden zum Glücksspiel, wenn der Eine gewinnt muß der Andere verlieren; auf eine Blüte folgt immer ein Niedergang — ein Krach! — Es wird nicht mehr billig ver- und gekauft, sondern wolfeil oder teuer, je nachdem der Eine zu betrügen versteht oder sich betrügen läßt. Dieser wirtschaftliche Umsturz hat dann im Weiteren zum gesellschaftlichen Umsturz geführt; er hat es dahin gebracht, daß die sittlichen und christlichen Gebote als alter Blunder bei Seite geschoben wurden und diejenigen für verschroben galten, die sich noch nach jenen Geboten richteten und für

eselben noch einen Einfluß verlangen auf das Staats- und Wirtschaftsleben, denn heute heißt es: „Macht geht vor Recht!“\*

Und jetzt, nachdem man es nur zu bewußt hat dahin kommen lassen, nachdem man in den leitenden Kreisen die Erstörung aller natürlichen Grundlagen ruhig hat gesehen lassen, fängt man plötzlich in denselben Kreisen an, zu organisieren. — Du lieber Himmel, was will denn im Munde einer Bureaucratie das Wort „Organisation“ beugen?

Organisation heißt lebendig oder lebensfähig gestalten, der Bureaucratismus aber läuft dem schnurstracks entgegen, ist gewöhnt, von der Schreibstube aus geist- und willenslose Massen zu drillen und zu leiten. Was lebendig ist, läßt sich nicht bureaucratifizieren und umgekehrt. Hiernach ist der Wert der Bemühungen zu ermessen, die in neuerer Zeit von Berlin aus gemacht werden und die nach den zufälligen Darstellungen der Reptilien und nach der Meinung der biederen deutschen Kanngießler die Hebung und Wiederbelebung des Handwerks erstreben. Die Wahrheit ist: es wird endlich auch den Regierenden Angst um den Bestand der gegenwärtigen Ordnungsanarchie, und sie beginnen nun gleichfalls, in Nachahmung der Stummchen „Socialgesetzgebung“, nach Mitteln zu suchen, die geeignet erscheinen, den Zustand von heute noch auf einige Zeit zu erhalten. Es ist das jene naive Auffassung der Dinge, die nach Langwerth von Simmern das „Glend der Welt mit preußischen Kammerreden kurieren will“ — ein Ergebniß jenes abstrakten Denkens, welches nicht zu bereifen vermag, „daß dasjenige, was Gesetz werden soll,

---

\* Damit steht im Zusammenhang die Klage: daß die Schule noch viel zu wenig auf das praktische Leben Rücksicht nähme, und das Verlangen, daß die Lehren und Paragraphen der verschiedenen Gesetzbücher schon dem kindlichen Schüler beigebracht werden müßten.

nicht den Köpfen genialer Staatsmänner entspringt oder von den Parlamenten a priori construiert werden kann, sondern in den concretesten Verhältnissen des öffentlichen Lebens selbst erst gefunden werden kann.“\*

Wir unsererseits müssen demgegenüber wieder betonen, daß eine durchgreifende Neugestaltung nur denkbar ist im Zusammenhange mit einer urwüchsigem, gesunden, aus den Tiefen hervorquellenden Volksbewegung. Nur eine solche kann den Plunder der Ordnungsparteien hinwegfegen, Platz schaffen für eine neue Entwicklung und diese selbst zur Entfaltung bringen.

Steht nun nach dem oben Gesagten fest, daß eine Neugestaltung des Handwerkslebens unabweisbar war, so ist doch ebenso feststehend, daß das liberale System diese Neugestaltung wie überhaupt Besserung nicht gebracht hat. Freilich gibt es auch heute noch Leute, die gar nicht an eine wirkliche Noth und an das Schwinden des Mittelstandes glauben wollen, die mit Hilfe mechanischer Rechnungen und Ausklaubungen womöglich gar nachweisen möchten, daß es diesem Teile unserer Gesellschaft im Grunde genommen ganz wol gehe, daß er es nur nicht wisse. Das geistige Unwägbare und darum mit Zahlen nicht Faßbare wird von diesen Männern, neudeutscher Wissenschaft einfach als unbrauchbar bei Seite geschoben.

Aus solchem Geiste heraus scheint jener Gedankengang sich entwickelt zu haben, den Gustav Schmoller vor dem Forum einer evangelisch-socialen Zuhörerschaft im Sommer 1896 entwickelte. Welch Schärferdenkende und Weltversehende aber vermöchte sich solch oberflächlicher Auffassung der Dinge anzuschließen, nach der es nur auf eine gewisse Summe Geldes ankäme, um die Staffel des Mittelstandes

---

\* Rümelin, Die Selbstverwaltung, Stuttgart 1891, S. 16. Wir möchten auf dieses Schriftchen als eine sehr brauchbare Ergänzung unseres Abschnittes über die Mittelstandsreform ganz besonders hinweisen.



zu erkennen. Weiß doch jeder wirkliche Kenner des Volkskörpers, daß hier ganz Anderes in Betracht kommt. Unverdorbenheit des Körpers und der Seele, das Beharren, das Festhalten und Weiterpflegen der guten bürgerlichen Ueberlieferungen nach den Worten des Dichters:

Was Du ererbt von Deinen Vätern hast,

Erwirb es, um es zu besitzen,

bilden die Kennzeichen jenes Gesellschaftsteiles, welcher den Mittelstand, auf den es ankommt, ausmacht.

Wie wenig die mechanische Unterlage des Besitzes oder gar des Einkommens an sich für die Abgrenzung des besprochenen Standes brauchbar ist, mag durch folgende Nebeneinanderstellung gezeigt werden: Der jüdische Großkapitalist, welcher den socialistischen Agitator spielt, steht jedesfalls noch tief unter der Stufe des wahren Mittelstandes, während andererseits der proletarische Gelehrte, der im Dachstuhl seinen Idealen nachhängt, wengleich er oft nicht weiß, wovon er morgen leben soll, der kleine bedrängte Handwerker, der nur mit knapper Not seine kümmerliche Wirtschaft vor dem Gerichtsvollzieher zu schützen vermag, kräftige Stützen dieses Mittelstandes sein können. Damit soll freilich nicht gesagt sein, daß die Schwerkraft eines mittleren sicheren Besitzes nicht im Allgemeinen zur Unterstützung der geistigen Eigenschaften notwendig sei.

Das Vorhandensein eines Notstandes steht also wol außer Zweifel; die Frage ist nur, wie zu helfen sei? — Dabei soll hier noch ganz ausdrücklich hervorgehoben werden, daß das Handwerk, welches die liberale Gesetzgebung vorgefunden und zum guten Teile zerstört hat, keineswegs mehr jene Bedeutung und Gesundheit gehabt hat, die man ihm heute uur zu oft andichtet: „Im Allgemeinen, so bemerkt Bücher\* sehr richtig, wird man die Vorstellung aufgeben müssen, als ob unsere moderne Entwicklung im Gewerbe ausgegangen sei von einem Zustande allgemeiner

---

\* Entstehung der Volkswirtschaft 2. Aufl. S. 171.

**Behändigkeit des Handwerks.** Das Beste, was die alte Zeiten den Handwerkern bieten konnte, war eine bescheiden auskömmliche Existenz, Sicherung gegen Erwerbslosigkeit und gegen das Unterdrücktwerden durch Ihtesgleichen. Sie verkehrten direct mit der Kundschaft, arbeiten in stiller Zeit auf Vorrat und beziehen damit die Märkte, stehen in der Zunft zusammen, wenn es gilt, eine neue Bewerbung umd Meisterrecht scheitern zu machen, einen Störner zu verfolgen, oder einen Uebergriiff von Seiten eines Nachbarhandwerks abzuwehren, sind aber gegen einander vom Kleinlichsten Handwerksneide erfüllt und machen Gerichten und Verwaltungsbehörden weidlich zu schaffen. Das war das alte Handwerk.“

So läßt es sich wol begreifen, daß die Handwerker selbst zu einer Neugestaltung drängten und darauf hinarbeiteten, aus dem alten, in der Form erstarrten Zunft- und Innungswesen herauszukommen. Die Gewerbefreiheit freilich, die später der Norddeutsche Bund hot und die ganz auf den Grundsatz des *laissez faire* aufgebaut war, lehnten sie von Anfang an ab, wie die einmüttige Erklärung der Innungsmeister nach der Veröffentlichung des Gesetzeswurfs beweist.

Die Aufgaben einer solchen lebendigen Gestaltung der Arbeit sind von Marlo, dem wir hier in wesentlichen Punkten folgen, in dem 1850 erschienenen Werke über die Organisation der Arbeit zur Genüge erörtert und in klare Fassung gebracht worden. Nach ihm handelt es sich darum, eine tatsächliche Freiheit der Arbeit zu begründen. Diese Freiheit kann aber nicht in einer bloßen Erlaubnis zur Arbeit bestehen, sondern es muß einem jeden, soweit es die Naturgesetze erlauben, die wirkliche Macht verliehen werden, seine Kräfte auszubilden, sie anzuwenden und die Früchte seiner Arbeit zu genießen. Es handelt sich hierbei nicht etwa darum, die Privatindustrie aufzuheben oder einem jeden durch Regierungsbefehl seine Rolle bei derselben anzuweisen — es wird heute bei uns schon so wie

o zu viel schablonirt und regiert —, sondern vielmehr nur darum, so viele und verschiedene Sphären des Erwerbs gesetzlich zu bestimmen, daß alle Erzeuger einen ihren Kräften entsprechenden Wirkungskreis finden und daß zugleich die natürlichen Hilfsmittel auf das Vollkommenste genutzt werden. Es muß jedem freistehen, nach eigener Wahl die seiner Persönlichkeit am besten entsprechende Erwerbssphäre aufzusuchen und sich darin zu behaupten; alle gesetzlichen Bestimmungen müssen so getroffen sein, daß der ganze Wettbewerb sich auf den redlichen und nuchtbringenden Erwerb beschränkt, und daß der Unredliche, in welcher Form er sich auch zeigen mag, zurückgewiesen wird.

Die mittelalterliche Gebundenheit hatte sich ausgelebt und mußte einer Gesellschaftsordnung Platz machen, in welcher der Einzelne zu seinem Rechte gelangen konnte. Soll nun aber diese individuelle Freiheit nicht zu einem Kriege aller gegen alle führen, so muß eine neue Bindung der Gesellschaft herbeigeführt werden, eine Bindung, die zwar in gewisser Beziehung demselben Ziele entgegenstrebt wie der Feudalismus in seiner guten Zeit, die aber doch in ihren Grundgesetzen nichts mehr mit jenem gemein hat. Ihre Aufgabe ist es, an Stelle dieser wirtschaftlichen Unordnung von heute eine Ordnung zu stellen, eine wahrhaft christlich-germanische Zunftverfassung, und diese Verfassung muß frei sein von allen zwecklosen Beschränkungen der alten Zünfte, sie wird sich nicht nur auf die Gewerbe, sondern auch auf den Ackerbau und alle anderen Zweige der Erzeugung erstrecken. Ihr oberster Grundsatz ist das christliche Gesetz der Gleichberechtigung, aus dem der Föderalismus entsprungen ist.

Schon Fr. List klagte einst: „Es herrscht bis jetzt eine große Lücke in der Staatswissenschaft, darum, daß sie der Natur der Genossenschaften oder Innungssysteme nichts abgesehen hat, denn durch dieses allein kann wahre Freiheit und vollkommene Ordnung erhalten werden. Eine große

unteilbare Nation ohne engere Verkettung ist ein französisches Hirngespinnst, entweder eine Freiheitsfäule, oder ein Attentat, morgenländischen Despotismus einzuführen, nach dem Sage: *divido et impera!*“

„Wir sollen“, meint Marlo, „durch viele und bittere Erfahrungen zu der Einsicht gedrängt werden, daß der germanische Rechtsgrundsatz, alle Erwerbssphären gesetzlich zu ordnen, eine unabweihsbare Forderung der Wirtschaft ist, und daß derselbe in Verbindung mit dem christlichen Gedanken der gleichen Berechtigung die Grundlage der richtigen Gestaltung der Arbeit werden muß. — Dieser christliche Gedanke im Föderalismus stempelt dessen Kampf um die sociale Neugestaltung zu einem Kampfe für diejenigen, die durch die Aufhebung des unehrlichen Erwerbes zu gewinnen haben, gegen jene, die dadurch zu verlieren haben, oder zu einem Kampfe der redlichen und arbeitsamen Bürger gegen die Müßiggänger, Wucherer, Spieler und Betrüger, oder zu einem Kampfe des Volkes gegen den Geldbadel.“

Das den Kern der föderalen Wirtschaftsordnung bildende Eigentumsrecht unterscheidet sich gänzlich sowohl von dem liberalen als dem communistischen. Es beruht nicht auf unhaltbaren Einbildungen, sondern auf den unwandelbaren Gesetzen der natürlichen Weltordnung. Dieses Sachenrecht wurzelt im germanischen Recht, und nur durch die Ausschreibung aller Monopole und durch die Heranziehung einiger fremder Sachen, z. B. des Pfandrechts, unterscheidet es sich von demselben. Das liberale Sachenrecht hingegen stimmt überein mit dem römischen, und das communistische lehnt sich an das griechische, insbesondere an das spartanische, an. Es ist darum klar, wie der Sprung vom Germanisch-mittelalterlichen zum Liberalheutischen in die Irre führen mußte, wo doch vielmehr der ein Jahrtausend hindurch begangene Weg klar und

tlich vorschrieb, wie man weiter zu gehen hatte. Es bedelte sich nur darum, das Neue im Anschluß an das lebende Alte zu schaffen, und eine der ersten Forderungen gerade die Ausschcheidung der noch vorhandenen heidnischen Elemente, durch welche die — im Kapitalmonopolite auf die Spitze getriebene — ungleiche Berechtigung Einzelnen bedingt wurde. Es gibt nur ein einziges Recht, das Recht auf die vollkommenste Entfaltung unserer Persönlichkeit, und die unerläßlichste Bedingung für diese Entfaltung ist das Recht auf die ihr zu Grunde liegende Naturkraft.

Das Ungerechte der Gegenwart liegt nun eben darin, daß die Naturkraft, die unbedingte Grundlage aller Arbeit und somit alles Erwerbs, zu ungleich verteilt ist. Während Einzelne sie zu riesigen Vermögen aufstapeln und dadurch die halbe Welt von sich abhängig machen\*, leiden auf der andern Seite große Massen nackten Mangel. Denn es kann niemand den ihm zukommenden Teil an Naturkraft beliebig erweitern, ohne den eines andern in entsprechender Weise zu beschränken. So ist denn, entgegen dem Satz der Liberalen, daß sich im Wirtschaftsleben alles von selbst ordne, eine wirtschaftliche lebendige Durchbildung ein bedingtes Erfordernis, und der oberste Leitsatz derselben ist:

einem jeden den vollen und ungekürzten Ertrag seiner Arbeit zu gewährleisten!

Die Erfüllung dieser Forderung bricht das Monopol des Geldsacks, sie beseitigt das Bucher- und das ungesunde Unternehmertum, macht die Ansammlung von Riesenvermögen und das weitere Wachstum eines heillosen Prole-

---

\* Man denke nur an das Haus Rothschild, dem heute der reichste Grubenarbeiter, der Kohlen- und Petroleumverbraucher in Europa so gut wie der persische und arabische Kleinrentner und der Kaffeebauer im glücklichen Arabien (Mokka) verpflichtet ist.

tariats unmöglich. Letzteres freilich nur dann, wenn anderen von uns gestellten Bedingungen — genügende Beschaffung von Bodenvegetations-Vermögen u. a. — gleichzeitig erfüllt werden. Es würde dann eben unmöglich gemacht sein, daß Einzelne sich beliebige Mengen von Naturgut aneignen und die darum Betroffenen, die an und für sich gleichberechtigt wären, von sich abhängig machen, indem sie dieselben für sich arbeiten lassen. Die Ungleichheit der Lebenslagen verliert teils durch Beseitigung der unverschuldeten Armut, teils durch gleichmäßigere Verteilung der Genüsse die sie jetzt beherrschende Gehäßigkeit. Nicht auf Uebervorteilung, sondern auf Vermehrung des Wohlstandes gerichtete Wettbewerbung hört auf, verkehrt zu sein, kurz — der ganze verderbliche Einfluß des Kapitalismus ist durch die Unterdrückung des unrechtlichen Erwerbs zerstört.

Um nun aber dieses Ziel zu erreichen, müssen wir uns auch in dem Weiteren der Leitung Marlos anvertrauen, denn dieser hat uns in seiner „Organisation der Arbeit“ die gangbaren Wege klar erkennbar vorgezeichnet. Das Wichtigste ist nach ihm die neue Verkörperung der Gesellschaft zum Bunde, der sich zum State verhalten soll wie das Herz zum Gehirn.

Der Bund hat seine sociale Kammer und beteiligt sich durch sie bei der socialen Gesetzgebung. Aus dieser Kammer geht ein sociales Ministerium hervor, das in ein Gefittungs- und ein Gewerbe-Ministerium zerfällt.

Das Gewerbeministerium hat im Namen der Gesellschaft diejenigen gewerblichen socialen Geschäfte zu verrichten, welche mehr geeignet sind, auf Kosten der ganzen Gesellschaft als durch Privatpersonen betrieben zu werden, z. B. Bergbau, Eisenbahnen, Forstwesen.

Zu den Privatgeschäften gehören der Ackerbau, die Werkstätten (Groß- und Kleinbetrieb), der Handel, Hüttenwesen usw.

Man muß demnach bei den Bündlern zwischen Staat

nd Bundesbeamten unterscheiden. Das Staatsministerium nennt alle Stats-, das Bundesministerium alle Bundes-  
ämtern. Die ersteren üben Herrschaft, verrichten politische  
eschäfte, den letzteren liegt die Besorgung der öffentlichen  
rbeiten ob.

Alles Eigentum muß die gemeinnützigste Form an-  
ehmen. Dieß geschieht, wenn sowol die Genuß- als die  
Berkmittel mit wenigen Ausnahmen besonderes Eigentum  
nd, die andern Berkmittel, nemlich die beim Großbetrieb  
ngewandten, Eigentum von Genossenschaften, und die Ge-  
ußmittel bis auf wenige, die, wie Brunnen, öffentliche  
läße oder Anlagen, gemeinschaftlich benutzt werden,  
leiniges Eigentum sind. Hiernach hat jeder Eigentümer  
on Urvermögen: Land, Wald, Bodenschätze u. a., das er  
nicht selbst zu den gemeinnützigsten Zwecken gebrauchen  
ann oder will, dasselbe an diejenigen, welche hierzu bereit  
nd, gegen volle Entschädigung abzutreten. Und damit ist  
reilich den Latifundien, den großen Jagden in Salzburg,  
Tiro, Schottland, dem Pachtssystem in England, Böhmen  
fw. das Urtheil gesprochen.

Durch die von uns geforderte Aufhebung des Pacht-  
systems, die uns freilich von den Betroffenen „ordnungs“-  
arteiliche Acht und Bann zuziehen wird, werden nicht  
ur die schädlichen Einflüsse desselben auf die Ertrags-  
thigkeit des Bodens verhindert, sondern es verteilt sich  
ann auch die Bodenrente auf die tatsächlichen Bodenbauer,  
nd es ist die ungesunde Ansammlung der Güter in den  
änden der großen Grundherren ohne weiteres unmöglich  
emacht. — Insbesondere wäre dann auch jener gefährlichen  
Entbeutung und der damit Hand in Hand gehenden  
virtschaftlichen Verlotterung der preussischen Ostländer ein  
ir allemal ein Niegel vorgeschoben. Heute herrscht im  
Osten (auch in Mecklenburg, Böhmen usw.) Arbeitermangel;  
die Großgrundbesitzer können ihre Güter nicht ausnützen,  
und doch findet von allen diesen Ländern eine ständige,  
außerordentlich starke Auswanderung statt. Durch die

neudeutsche Wirtschaftspolitik wurde dieses einzig dastehende Misverhältnis auf die Spitze getrieben, und nur ein organisches, tiefgreifendes Vorgehen kann es aus der Welt schaffen.

Nur komme man nicht mit dem Einwande, daß das für die Gesellschaft verlangte Recht zur Enteignung von Urvermögen eine socialdemokratische Forderung sei. Ein solcher Einwand dürfte nur dann als stichhaltig gelten, wenn der germanische und christliche Gedanke von der ursprünglichen Gleichberechtigung der Menschen ein von der Socialdemokratie gefundener wäre. Die Socialdemokratie, die diesen Gedanken allerdings zum Leitsatz erhoben hat, ist aber, wie männiglich bekannt, jünger wie Germanentum und Christentum. — Wir glauben sogar, daß der Satz von der ursprünglichen Gleichberechtigung Aller öffentlich nicht einmal von unsern Ordnungsparteilern geleugnet wird, und wenn dem so ist, so wird man unserer Forderung unbedingt beistimmen müssen. Im übrigen ist auch ohne weiteres klar, daß diese geradezu im Gegensatz zum socialdemokratischen Programm steht, indem sie verlangt, daß der Einzelne Eigentümer der von ihm gebrauchten Werkmittel sei, während das Wesen der socialistischen Wirtschaft auf dem gemeinschaftlichen (staatlichen) Besitz aller Werkmittel beruht.

Wir werden vielmehr, indem wir Alle zu Eigentümern machen, eine unüberschreitbare Schranke gegen die Socialdemokratie errichten. Ist heute schon der deutsche Bauernstand (noch mehr vielleicht der französische, der den Großgrundbesitz aufgesogen hat) für die Socialdemokratie eine Macht, mit der zu allererst zu rechnen, da er auch die meisten und besten Soldaten liefert, um wie viel mehr wird das der Fall sein, wenn er sich durch unsre Maßnahmen verzweifacht und verdreifacht hat?

Leute, die nicht gern den Dingen auf den Grund gehen, werden uns vielleicht entgegen halten, es sei schwer, bei einem solchen Verfahren Grenzen zu ziehen, und indem



vir die Natur zum Gemeingut erklärten, müßten wir endlich doch dahin kommen, den besonderen Besitz überhaupt zu bekämpfen, insbesondere müßten wir uns gegen jene Selbstfürsten wenden, von denen ein Einziger oft mehr in einem Selbstschrank liegen habe, als der Besitz von zehn Grundherren wert sei. — Wir entgegen hierauf: Da bei der hündischen Gestaltung der Wirtschaft das bare Vermögen des Einzelnen nicht mehr schaden kann, wäre es eine ganz unnötige Härte, eine Unklugheit sondergleichen, die Hand nach diesen Barvermögen auszustrecken. Da, wie sie wirklich gemeingefährlich sind, greift die fortschreitende Steuer bereits ausgleichend ein, und im Uebrigen werden sie durch die Gestaltung unseres Bankwesens der Allgemeinheit dienstbar gemacht, indem sie gezwungen sind, den mittellosen, nur mit seiner Arbeitskraft und seinem Können ausgestatteten Einzelnen mit Wertmitteln zu bewaffnen.

Die hündische Wirtschaftsordnung gestattet jedem, einen beliebigen Erwerb zu ergreifen, doch muß sich der Einzelne auf ein Geschäft beschränken und darf auch dieses nur mit einer gewissen Gehilfenzahl betreiben. Auf diese Weise sichern wir einer größeren Zahl von Gehilfen die Möglichkeit, einmal selbständig zu werden. — Ohne diese Beschränkung der Gehilfenzahl würde die Bestimmung, daß Einer nur ein Geschäft haben darf, nutzlos sein, da die Kapitalisten dann die einzelnen Geschäfte in die Breite ausbehnen würden. Das Fabrikunwesen von heute würde fortbauern und der Handwerker zu Grunde gehen.\* Unser Stat hat aber die Pflicht, einem jeden Einzelnen Gelegen-

---

\* Das soll man nicht missverstehen: wir denken nicht daran, den Großbetrieb dort einzuschränken, wo er nutzbringender arbeitet als der Kleinbetrieb. Gibt es doch sehr viele Arbeiten, z. B. der Bau von Lokomotiven, Schiffen usw. die im Klein- und Handbetrieb überhaupt nicht hergestellt werden können. Wohingegen Schneider- und Schuster- und ähnliche Arbeiten am besten und dauerhaftesten gerade im Klein- und Handbetrieb zu machen sind.

heit zu geben, sich und seiner Familie ein gutes Auskommen zu sichern, und das ist — für den Handwerkerstand — unmöglich bei Einrichtung der Geschäftsgrenze.

„Das Kapital, bemerkt Tröltzsch sehr richtig,\* fragt nicht nach dem tatsächlichen Bedürfnis seiner Anwendung. Es schreckt also auch nicht vor einer Ueberspannung der Production und Concurrenz zurück, denn der Stern, dem es folgt, ist nicht Befriedigung von Bedürfnissen der Allgemeinheit, sondern Gewinn.

„Und weiter: Das Kapital hat einen Zug zum Tyrantischen. Dieß zeigt sich in doppelter Beziehung: Einmal opfert es rücksichtslos alle schwächeren Betriebsformen, soweit sie nicht durch ihre Leistungen, wie der kleinere Landwirtschaftsbetrieb, oder durch sonstige Vorteile, vor dem kapitalistischen Betrieb, wie manche Handwerke, widerstandsfähig sind, oder soweit sie nicht in der Form der Hausindustrie oder des Detailhandels seinen Zwecken dienlich zu machen sind.

„Und noch nach einer anderen Richtung bewährt es diesen seinen Charakter. Das Kapital erhebt, soweit ihm keine Hindernisse im Wege stehen, auch innerhalb des einzelnen Betriebs den Anspruch nicht nur Richtung und Ausdehnung der ganzen Geschäftsführung, sondern auch die Verteilung des Gewinns einseitig zu bestimmen.“

Die Bestimmung der Geschäftsgrenze bietet ferner den Vorteil, daß die jetzt üblichen und mitunter sehr gefährlichen Schwankungen unmöglich gemacht werden. Es wird allerdings auf diese Weise auch der sprungweise rasche Erwerb unmöglich gemacht, das ist aber nur ein Vorteil, da andererseits auch die hieraus sich nur zu oft ergebende Zerrüttung der wirtschaftlichen und sittlichen Verhältnisse hinten gehalten wird. — Wer heute mehr als gewöhnlich einnimmt, der ist leicht geneigt, mehr als gut ist auszugeben, Leidenschaften und Lastern zu verfallen. Tritt dann

---

\* a. a. O. S. 14.

eine Verringerung der Einnahmen ein, so unterliegt er gar bald der Versuchung, zu unredlichen Mitteln zu greifen, und so geht es dann weiter auf der abschüssigen Bahn. — Wenn sowol die Größe der Geschäfte als die Arbeitszeit und der Lohn für die rohe Arbeit gleich ist, dann entscheidet nur noch Fleiß und Geschicklichkeit, das ungesunde Schwanken hört auf, und allenthalben greift eine wolkende Stetigkeit um sich. Zu dieser Stetigkeit sollen auch die ständigen Erhebungen über Ab- und Zunahme der Geschäfte verhelfen, die jeden in den Stand setzen werden, selbst zu ermitteln, welcher Art von Tätigkeit er sich mit dem besten Erfolge zuzuwenden hat. Im Weiteren wird durch die Geschäftsgrenze eine gerechte und zweckmäßigere Ausbreitung der neuen Erfindungen eingeführt und der Erfinder verhindert, andere zu Grunde zu richten, denn er soll gehalten sein, seine Erfindung gegen eine mäßige, d. h. billige Vergütung allen Geschäftstreibenden zu überlassen. Der Gewinn wird sich dann gleichmäßig zwischen dem Erfinder, den Mitbewerbern und — weil die Waren wolfeiler werden — den Käufern verteilen.

Daß diese Geschäftsgrenzen nicht für alle Gewerbe die gleichen sein und für manche gar nicht eingeführt werden können, ist klar. Es muß, nach Marlo, für jede sociale Einrichtung untersucht werden, ob sie sich am besten für einen Verein der Staatsangehörigen, einen Verein von Fachgenossen, einen Verein von Geschäftsgenossen, oder für gar keinen Verein, sondern für einzelne eignet, und je nachdem das eine oder das andere der Fall ist, sowol die rechtliche Verpflichtung der Erzeuger zur Bildung der genannten Vereine und Einzelnen zur Ausübung jener Einrichtungen gestattet werden.

Eine der wesentlichsten Aufgaben unserer Ordnung ist die Ausscheidung der Kapitalprämie, d. h. des Einflusses, welchen die Größe des Vermögens auf die Gestaltung der Preise, insbesondere des Lohnes, ausübt. Die hauptsächlichsten Mittel hierzu sind: genossenschaftlicher Betrieb, be-

sonders auch beim Ein- und Verkauf, und eine ehrliche Borgwirtschaft. Der Verkauf der Erwerbserzeugnisse findet in den gemeinschaftlichen Hallen statt, während die Ramsch- und Kiefenbazare von heute zu unterdrücken sind. Die Erzeugung von Ramschware wird so wie so schon durch ein strenges Vorgehen der einzelnen Innungen unmöglich gemacht, und die unehrlichen Preistreibereien werden durch den genossenschaftlichen Verkauf der Waren verhindert.

Bei unsern Vorfahren war jedes gewerbliche Geschäft der Beruf eines besonderen Standes, welcher sich, wie alle anderen Glieder der Gesellschaft, im organischen Verband mit dem Ganzen befand. Jeder einzelne Stand sollte nemlich ebenso wie ein Glied des menschlichen Körpers zur Erhaltung des Ganzen mitwirken, aber umgekehrt auch selbst von dem Ganzen erhalten werden.

Bei einer solchen Durchbildung der Arbeit konnte freilich nur in den seltensten Fällen der eine sich über die andern erheben, aber es fehlte dafür auch die Kluft zwischen dem Besitzenden und den Massen Besitzloser, die heute gähnt und bei der Fortdauer der heutigen Wirtschaftsanarchie auch unüberbrückbar wäre.

Die Erwerbssphären (Innungen, Zünfte) werden von uns nur deshalb gezogen, weil sie das Mittel zur vollständigen Verbindung zwischen Natur und Arbeitskraft geben. Sie bewirken nicht eine Lähmung, sondern vielmehr die möglichste Förderung der Erzeugung.

Eine weitere Forderung der bündischen Ordnung ist, wie schon oben bemerkt wurde, die genaue Abgrenzung der öffentlichen und privaten Thätigkeit. Zu den öffentlichen Geschäften gehören: der größte Teil des inländischen Verkehrs, Bergbau, Forstbau, Jagd und Fischerei; die beiden letzteren werden aber verpachtet, ebenso die Hüttenwerke. Die Forstwirtschaft, als ein für die Zukunft der Länder äußerst wichtiger Zweig, unterliegt der Oberaufsicht des Bundes. Dieser hat für eine möglichst gleichmäßige Verteilung des Waldes, wie auch des Wassers, der Straßen

nd Bahnen zu sorgen, da alle die hierbei nötigen Arbeiten enügende Winterbeschäftigung geben und der so ermöglichte gleichmäßige Verkehr auch zugleich eine gleichmäßige Verteilung der Gewerbe bedingt.

Die föderale Wirtschaftsordnung verlangt die Prüfung der Unternehmer aller Werkzeuge und das Verbot des gemischten Betriebs für eine größere Anzahl von Werkzeugen. Beamte dürfen sich nicht an gewerblichen Unternehmungen beteiligen.

Es ist ein sozialistischer Unsinn, das Gesetz von Angebot und Nachfrage und den Wettbewerb überhaupt aus der Welt schaffen zu wollen und der Menschheit ein Paradies auf der Erde zu versprechen. Der wahre Staatsmann, der nie den Zusammenhang mit den gegebenen Dingen und Verhältnissen aus den Augen verliert, erkennt als seine Aufgabe nur dieses: daß aller unfruchtbarer, unehrlicher Erwerb verhindert und daß einem jeden Arbeiter sein voller ungekürzter Lohn zu Teil werde. Das aber ist nur erreichbar bei der von uns vertretenen bündnerischen Gestaltung; eine Wahrheit, der sich kein tiefer blickender Beurteiler verschließen kann.

Die bündnerische Gesellschaft bildet mit ihren Zünften, Gemeinden, Geschäftsgesellschaften und Familien eine große Kette in eine Reihe von kleinen abtufelnde Genossenschaft, in welcher das Interesse aller ihrer Glieder mit dem der Gesamtheit übereinstimmt.

Seien wir uns also darüber klar, daß es sich heute nur um großherzige, weittragende Maßregeln handeln kann, soll das so gründlich zerstörte Gleichgewicht im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben wieder hergestellt werden. Vor allem kommt es an auf die Neuabwägung von Recht und Pflicht, denn in Folge der jetzt herrschenden Zustände gibt es auf der einen Seite Menschen, die fast nur Rechte, und auf der andern Seite solche, die fast nur Pflichten, aber keine Rechte besitzen.

Und noch ein Anderes. Es mag rückwärtlerisch, ja geradezu unwissenschaftlich klingen, und doch sprechen wir es gegenüber der heutigen Exportwut als unsere Uebersetzung aus, daß es die Aufgabe einer gesunden deutschen Volkswirtschaft sein muß, dahin zu leiten, daß die Production wieder mehr und mehr darauf sich beschränkt, für den Eigenbedarf zu arbeiten. Natürlich ist das sehr *oam grano salis* zu verstehen; es ist nicht gemeint, wir sollen zur alten Eigenwirtschaft zurückkehren, woran eben gar nicht zu denken wäre. Unsere Meinung ist nur, unsere Unternehmer sollen in Zukunft die Erzeugung der Massen theils schlechter, theils ganz überflüssiger Waren aufgeben, mit denen sie heute ausländische Völker lediglich deshalb überschwemmen, weil sie nach einem kleineren oder größeren Profite lästern sind. Ferner sollte man auch die Herstellung der im eigenen Lande verbreiteten Schöfelwaren unterlassen und sich wieder mehr der Erzeugung von haltbaren, guten Waren widmen\*. Wenn das insbesondere unsere Handwerker beherzigen wollten, so würden sie sich einer wertvollen Waffe zum Kampfe gegen das Fabrikantentum verschern. Wie viele kaufen doch heute Fabrikwaren nur deshalb, weil sie wissen, daß der Handwerker, bei dem sie sonst bestellten, sie ja doch mit derselben wenig dauerhaften Marktware bedient, und daß der einzige Unterschied vielleicht der ist, daß die vom Handwerker gelieferte Ware ein weniger elegantes Aussehen besitzt. Also auch hier muß die bestimmteste Forderung erhoben werden, zurück zu kehren zu alten gebiegenen Verhältnissen, nicht aber zu meinen, daß es sich vor allen Dingen nur um neue Formen handle, in die der Inhalt sich dann von selbst ergieße werde. Ja, hier müssen wir ganz entschieden den Worten

---

\* Wir erinnern nur daran, daß z. B. die Wiedererzeugung des heute gebräuchlichen Baumwollfadens durch den früher angewandten Hanfwirnen ein ganz gewaltiger Fortschritt in dieser Richtung sein würde.

Schmollers\* beipflichten: „Die letzte Entscheidung haben weder diese Conjunctionen, noch die technischen und Betriebsänderungen. Sie steht bei den sittlichen Kräften der Nation. Je höher irgendwo Moral und Religion, Sitte und Recht steht, je vollendeter Kirche und Schule organisiert sind und wirken, je mehr alle sociale Zucht, der ganze geistig-moralische Hebung- und Erziehungsprocess bis in die untersten Kreise reicht, je mehr die verschiedenen Klassen sich verstehen und berühren, die höheren Klassen ihre Stellung als eine höhere Pflicht, nicht als eine Anweisung auf größeren Genuß, auf Machtbetätigung und Vermögenserwerb auffassen; desto leichter wird die immer wieder einsetzende Differenzierung sich immer auch wieder umsetzen in eine Hebung der unteren Klassen und eine Mittelstandsbildung.“

An diese Mahnung anschließend, möchten wir jetzt noch Eines und das Andere darlegen, was zur Ergänzung der im ersten Teil gemachten Vorschläge dienen soll.

Adam Smith weist auf die Sparsamkeit als den einzigen Grundquell aller Kapitalbildung hin. Dem gegenüber möchte man fast glauben, daß er seine liberale Wirtschaftsordnung selbst nicht recht verstanden hat, denn betrachtet man die Zustände, wie sie sich in den letzten Jahrzehenden bei uns unter der Herrschaft eben jener Wirtschaftsordnung herausgebildet haben, so gewahrt man nur zu oft, wie unter der Herrschaft des eisernen Lohngesetzes das Sparen zur Unmöglichkeit wird und wie andererseits gerade die großen Reichthümer nicht durch Fleiß und Sparsamkeit, sondern in unehrlicher Speculation gewonnen werden. Und je mehr diese Anhäufung der Reichthümer — des Kapitals, wie man sagt — fortschreitet, desto mehr reißen sie die Herrschaft über die gesamte Erzeugung an sich und desto weniger werden Arbeit und geistige Tätigkeit ausschlaggebend. Darin in erster Reihe

---

\* A. a. O.

liegt das Ungesunde des heutigen Zustandes. — Aufgabe einer verständigen und zielbewußten Wirtschaftspolitik muß es deshalb sein, das verloren gegangene Gleichgewicht wieder herzustellen und dem Gelde wieder die ihm gebührende Stelle, Mittel, nicht aber Selbstzweck zu sein, anzuweisen. Dadurch würde weiten Kreisen, die heute von der Hand in den Mund leben, die Möglichkeit zum Sparen gegeben, und diese Möglichkeit würde dann wiederum für Viele den Anreiz zur Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit in sich bergen. — Daraus folgern wir noch weiter, daß unser ganzes Sparkassen- und Banksystem sowol wie auch die Borgwirtschaft nach neuen (sozialistischen) Grundsätzen zu ordnen seien.

Die heutigen Gemeindeparkassen erfüllen den Zweck als Sparkassen nur sehr unvollkommen, den der Volksbanken gar nicht. Man bedenke nur, daß der Reingewinn der bestehenden Sparkassen niemals den Sparern zu Gute kommt, sondern immer für andere Zwecke der die Sparkassen haltenden Gemeinden Verwendung findet. Die Aufgaben von Volksbanken können die Sparkassen schon deshalb nicht erfüllen, weil sie gemäß der liberalen Wirtschaftsform rein kapitalistisch verwaltet werden müssen, d. h. weil es nicht auf die zweckmäßigste Verwendung der eingelegten Gelder, sondern auf die höchstmögliche Verzinsung derselben ankommt.

„Es wird allseitig anerkannt,“ sagt Oskar Stunze\*, „daß das Sparen im rechten Sinne und am rechten Orte, d. h. dasjenige Sparen, welches gleich weit entfernt ist von dem Gegensatze der Verschwendung wie von engherzigem Geize und Eigennutz und von Habsucht, eines der mächtigsten Mittel ist zur Förderung der wirtschaftlichen Wohlfahrt der Einzelnen, der Familien und Völker, und daß es, namentlich wo es sich zum Fleiße gesellt, zur

---

\* Sparkassen und Gemeindefinanzen. S. 1.



Ausschüttung vieler wirtschaftlicher Uebelstände, an welchen insbesondere die unteren Volksklassen kränken, Vieles beitragen vermag. Ebenso kann es — außer für diejenigen welche den inneren Zusammenhang der wirtschaftlichen Uebelstände und Fragen mit den sittlichen und Kulturfragen überhaupt leugnen — wol für keinen Einsichtigen zweifelhaft sein, daß das ‚Sparen‘, die ‚Sparfamkeit‘, der ‚Sparfynn‘, der ‚Spartrieb‘ und dessen Betätigung nicht bloß eine wirtschaftlich segensbringende, sondern überhaupt eine ‚Tugend‘ ist, welche als solche sowol an und für sich einen hohen inneren sittlichen Wert hat, als auch — wie einem Aufsätze über Schulsparcassen in der ‚Sächsischen Schulzeitung‘ sehr richtig gesagt ist — ihren Wert besitzt nicht bloß durch das, was sie positiv leistet, als vielmehr auch durch das, was sie verhindert, denn sie ist nicht nur die Mutter und Amme mancher anderen Tugend, sondern sie ist zugleich der Todesengel vieler Laster, als da sind: Trunksucht, Genußsucht, Unordentlichkeit, unwiderstehlicher Trieb nach Befriedigung jedes, wenn auch unvernünftigen Verlangens u. s. w., sie eröffnet die Quelle vieler reiner Freuden und verstopft die so manches Ungemachs, so manches Uebel.

„Fügen wir hinzu, daß der Sparfynn vor allem auch die Arbeitsamkeit fördert und die Genügsamkeit, daß er den Blick von dem vorübergehenden Genuß des Tages auf die Zukunft lenkt, daß er das beste Mittel ist, dem vermittelsten, dem Tagearbeiter, einen selbständigen Boden unter die Füße zu schaffen, von dem aus er ruhiger in die Zukunft blicken kann, so daß er auch in der Gegenwart ruhiger und zufriedener leben und sich woler befinden wird. Die hieraus sich ergebenden Folgen für das Gemeinwohl in wirtschaftlicher wie in sittlicher Beziehung liegen auf der Hand.“

Hierzu bedarf es aber, wie schon gesagt, einer Umgestaltung des Sparcassenwesens, und bei dieser Neugestaltung wäre dann auch der zweiten von uns gestellten

Forderung, daß die Sparkassen zugleich Volksbanken sein sollen, gerecht zu werden.

Wenn man einen Blick auf unser heutiges Creditwesen wirft, so wird einem klar, daß da nur allzu viel Unnützlich-längliches und Ungefundes vorhanden, daß eine Reform also den zwei Hauptforderungen gegenüber steht: Anhebung des Credits und Heilung bestehender Schäden.

Es muß ja zugegeben werden: Aller Credit, soweit er nicht die Verleihung eines gleichwertigen Gegenstandes darstellt, ist gewagt, und muß es darum die Aufgabe einer guten Volkswirtschaft sein, derartig gesunde Verhältnisse im Wirtschaftsleben herbei zu führen, daß das Wagnis hier auf ein Unbedeutendes herabgedrückt wird. An sich für sich wird ja dem allen befähigten, fleißigen und sparsamen Leuten erteilten Personal-Credit immerhin eine gewisse Sicherheit innewohnen. Kommen dazu noch gewisse Schutzmaßregeln und die Stetigkeit der Gewerbe, so daß vom Mislingen eines Unternehmens kaum mehr die Rede sein kann, so darf man wol annehmen, daß sich hier eine Sicherheit erzielen läßt, die der Sicherheit in unserem heutigen Real-Credit zum Mindesten gleichkommt. „Jetzt wo kaum ein Bruder dem andern Credit gibt,“ sagt Schirges sehr richtig, „ist natürlich diese Einrichtung un-durchführbar; sie kann nur im föderalistischen Staat im Leben treten, in welchem die Geschäfte stetig und die Wahrscheinlichkeit des Gelingens eines Unternehmens im Voraus bestimmbar ist.“

So sehr wir sonst die Centralisation bekämpfen, so verlangen wir doch gerade für unsere föderalistisch geordneten Staaten die Centralisation des Credits bezw. der Banken. Durch diese Zusammenziehung würde zunächst eine großartige Erleichterung des Verkehrs herbeigeführt, die Verwaltung wird einfacher, die Leistungsfähigkeit und Sicherheit andererseits größer. Uebrigens sollen bei diesen reformierten Banken nur die Verwaltungskosten gedeckt

rden und der ganze Gewinn der Einlage leistenden Be-  
ferung zu Gute kommen.\*

In einer jeden Gemeinde muß es Sparlassen oder  
nigstens Sparstellen geben, und andererseits ist auch mit  
n Mitteln dahin zu arbeiten, daß das Recht der Ge-  
nde auf die Sparbank ihrer Glieder gewahrt bleibe.  
e von uns geforderte Centralisation beschränkt sich also  
f den inneren Zusammenhang der Spar- und Bank-  
halten.

Nur die Gemeinde vermag es, das Geld in die Hände  
: Unbemittelten zu bringen und die nützlichste Verwendung  
b die Rückzahlung billig und genau zu überwachen. Es  
k deshalb das Bankwesen bei der Gemeinde beginnen  
b von ihr zu Kreis- und Länberanstalten aufsteigen.\*\*

---

\* Nach Marlo bestehen die Vorteile, die der auf genoßen-  
aftlicher Grundlage organisierte Credit gewährt, in folgendem:  
kann ein jeder seine Ersparnisse sofort verwerten. 2. Beförde-  
ng der zweckmäßigsten Benutzung der Güter, d. h. der Credit  
ingt den Ueberfluß des Einen, der ihn nicht bedarf, in die  
hände des Andern, der ihn braucht. 3. Beförderung der ge-  
nden Verteilung des Vermögens, so daß ein jeder die zur  
Mständigen Bewaffung seiner Arbeitskraft mit Naturgütern  
tigen Kapitalien erhält. 4. Beschränkung des unredlichen Er-  
erbs, da durch die Möglichkeit des Credits die Ausbeutung  
zw. Auswucherung des Einzelnen hintangehalten ist.

Die Wunderkraft der Banken besteht, wie Hartort sehr  
essend bemerkt, nicht im Kapitale, sondern darin, daß sie,  
eich wie das Herz das Blut, alle müßigen Geldkräfte schleunigst  
mmeln und mit bewunderungswürdiger Schnelligkeit nach allen  
dürftigen Punkten wieder verteilen.

\*\* In England fließen die erlegten Steuern sofort in die  
nglische Bank und von da nach Bedarf in die kleinen örtlichen  
anken, von denen dann der kleine Mann das Geld ohne  
bucherzinsen leihen kann. — In Frankreich ist der Steuer-  
nehmer zugleich der Gelddarleher des Kreises und seiner  
einen Unternehmer. — Durch solche Einrichtungen hat man

Durch die Nothwendigkeit der pünktlichen Ratenzahlungen und die Aufsicht der Bürger wird der Leihende angespornt zu sparen. Der persönliche Wert des Menschen dem Kapitale gegenüber kann nur durch Einrichtungen, wie wir hier fordern, wieder zu Ehren gebracht werden. Um die Sicherheitsleistung durch die Gemeinde finden hier kleine Vermögen eine rasche nützliche Verwendung. Der Entleiher wird durch diese Stütze befähigt, selbst Ersparnisse sammeln zu können, und es wird das Volk in seiner Gesamtheit für Geldgeschäfte erzogen, eine Sache, die man ja nicht unterschätzen soll.

In einem State bloß durch gesetzliche Vorschriften einen billigen gleichen Zinsfuß herbei zu führen und dadurch allen Wucher zu verhindern, ist unmöglich; Gewisheit aber ist's, daß sich dieß durch ein auf aufrichtige Grundsätze und Tatsachen berechnetes Volksbanksystem erreichen läßt. Nur auf diesem Wege, nicht aber durch rein mechanische Einrichtungen, wie Wuchergesetze, mögen dieselben auch noch so streng sein, kann dem unlaunteren auf Uebervorteilung des Bedrängten sich stützenden Erwerb ein Ende gemacht werden. Gleichzeitig würde eine Entlastung der Gerichte und eine ganz beachtenswerte Vereinfachung des Verkehrs herbeigeführt.

Nach Einrichtung des hier verlangten Volksbankwesens kann man daran denken, die Barzahlung einzuführen, so daß die Entnahme von Waren auf Borg aufhören würde.

---

in beiden Ländern den Dorfwucher, der, je weiter man nach Osten kommt, um so schlimmer wird, unmöglich gemacht.

Die Getreidebank auf der Insel Desel leiht im Frühjahr unter angemessener Aufsicht Getreide dar und nimmt dieß im Herbst mit  $\frac{1}{22}$  Uebermaß zurück. — In Baden bestehen Gemeindebanken zum Ankauf von Vieh, wenn solches durch Seuchen usw. verloren gegangen ist. Das Geld wird an Eingesehene dargeliehen, und das Vieh bleibt Eigentum der Bank, bis die Zurückzahlung erfolgt ist, wird deshalb auch von der Bank versichert.

Wir wissen wol, daß man heute in weiten Kreisen in dieser Forderung eine Ungeheuerlichkeit erkennen wird. Nun, dem Manchesterthum gegenüber, das die allgemeine Beschäftigung und andere schöne Dinge zur Erleichterung des Schuldenmachens erfunden hat, verlieren wir kein Wort der Begründung. Der Geldadel und seine Dienstlöhner werden sich immer um so besser stehen, je mehr Schulden gemacht werden; umgekehrt: der schuldenfreie Mann ist auch sonst frei und unabhängig, tut, was ihm beliebt, und schert sich nichts um jene, die auf dem Geldsack sitzen. Das Geld hat für ihn einen großen Theil seines Wertes verloren. Und dahin sollte doch vor allem das Bestreben der Gutgesinnten gerichtet sein, denn in der übermäßigen Hochschätzung des Mammons liegt ja ohne Zweifel der schlimmste Grund der heutigen Entfittlichung. Außer dieser vornehmsten gesittenden Wirkung des Barzahlungszwanges gibt es aber noch eine ganze Reihe anderer Wirkungen zum Theil sittlicher, zum Theil wirtschaftlicher Art. Wir verweisen hier nur auf folgende: 1. Die Wirtschaft des kleinen Mannes wird billiger durch Zinsersparnisse und die Möglichkeit, die Waren beliebig wählen zu können, was bekanntlich bei der Borgwirtschaft ausgeschlossen ist. 2. Zwang zur Sparsamkeit: Der Verbraucher wird immer mehr verbrauchen, wenn er die Güter borgt, als wenn er sie sogleich bar bezahlen muß, denn es liegt in der geistigen Beschaffenheit der Menschen, die zukünftig zu leistenden Zahlungen immer geringer anzuschlagen als die gegenwärtigen. Sicherlich wird man weislich überlegen, ehe man eine unnütze Sache kauft, wenn man dieselbe sogleich bar bezahlen muß; man wird das Geld lieber aufsparen für unbedingt nötige Sachen. Und so hätten wir auf eine sehr einfache und gerechte Weise den Sparzwang, den man auf andere und ungerechte Weise herbeiführen wollte. 3. Hintanhaltung des ganzen aus der heutigen Borgwirtschaft hervorgehenden gerichtlichen Gebahrens. 4. Schutz des Einzelnen gegen Verluste durch böswillige

Schuldner und gegen alle anderen durch das Borgwesen verursachten Unannehmlichkeiten.

Was nun die Möglichkeit der Durchführung anlangt, so verweisen wir zunächst darauf, daß durch unsere Neuordnung des Bankwesens es einem jeden ordentlichen Menschen möglich gemacht ist, nach Bedarf bares Geld zu leihen, und im Uebrigen meinen wir, daß doch auch unter den heutigen Verhältnissen alles Geborgte und zwar gewöhnlich viel teurer bezahlt werden muß, daß also von einem Vorteil oder gar Gewinn des zeitweilig vom Borg Lebenden gar nicht die Rede sein kann. — Es wird sicher-lich nur einer ganz geringen Uebergangszeit bedürfen, um die so überaus heilsame von uns verlangte Maßregel einzuführen und beliebt zu machen.

Als ein weiteres Glied in der Reihe unserer Einrichtungen zu Gunsten des Mittelstandes und im unmittelbaren Zusammenhang mit der soeben erörterten Bank- und Sparkassenfrage ist die allgemeine Versicherungsanstalt zu nennen. Auf diese Anstalt würden alle diejenigen Geschäfte übergehen, welche heute durch die verschiedenartigsten Gesellschaften, durch eine ganze Reihe von Privat- und Statseinrichtungen besorgt werden. Der Nutzen einer solchen — jedoch immer nur innerlich gedachten — Centralisation ist so in die Augen fallend, daß wir darüber kein Wort zu verlieren brauchen.

Wir glauben nun, zwar kurz und skizzenhaft, aber doch kräftig und bestimmt das hervorgehoben zu haben, was für eine schöpferische Mittelstandspolitik in Betracht zu kommen hat, und schließen mit den Worten des Dichters:

Je nach dem Standpunkt, von dem wir sie sehen,  
Sind die Dinge verschieden auf Erden,  
Der Eine sieht werden und vergehen,  
Der Andere vergehen und werden.

---

## Vom demokratischen Socialismus.

---

**W**ir können und wollen uns hier nicht die Aufgabe stellen, die Arbeiterfrage und das ganze socialistische Lehrgebäude\* in der Breite und Tiefe zu erörtern. Auch kann es sich in einer so zusammen gedrängten Darstellung nicht handeln um die erschöpfende Beurteilung der bestehenden Zustände und um die Ausarbeitung eines vollständigen socialpolitischen Systems. Was wir in dieser Beziehung bieten, soll nur zur Beleuchtung und Unterstützung der grundsätzlichen Erörterungen dienen. — Im Uebrigen müssen wir uns an dieser Stelle darauf beschränken, eben unsere grundsätzlichen Anschauungen in Bezug auf die sogenannte Arbeiterfrage vorzutragen und dieser Frage in unserem politischen und wirtschaftlichen System die ihr gebührende Stellung anzuweisen. Indem wir dieß klar und bestimmt durchführen, werden wir bewahrt sowol vor einseitiger Ueberschätzung der in Betracht kommenden Dinge, wie auch vor der unentschuldbaren Vernachlässigung derselben.

Wenn in einer freilich nicht erschöpfenden Weise die Diagnose kurz so gestellt worden ist: Die sociale Frage ist der Hunger, so läßt sich gewis nicht

---

\* Wir verweisen hier auf die, wie wir glauben, erschöpfende Darlegung, die Const. Franz in seinem wertvollen Buche: der Föderalismus von dem von uns eingenommenen Standpunkte aus gibt. — Das genannte Werk ist auch im Uebrigen als eine Ergänzung des hier Vorgetragenen zu betrachten.

leugnen, daß damit allerdings die hauptsächlichste Seite der modernen Arbeiterfrage getroffen ist. Es ist die bittere Not, die einem großen Teile unserer unbemittelten Mitmenschen ständig entgegen grinst. Denn, ausgerüstet lediglich mit der Arbeitskraft seiner Hände, gerät sofort seine ganze Wirtschaft und Lebenshaltung ins Schwanken, wenn diese Kraft versagt, oder wenn sich niemand findet, der diese Kraft mieten und bezahlen will. Summe nur so viel verdienend, daß der eigene Körper und der der Angehörigen notdürftig erhalten werden kann, ist das Leben dieser Menschen ein ständiges Mühen und Sorgen, das nie zur Ruhe, nie zu behaglichem Genuße kommen läßt. — Mag man noch so viele Beweise gegen das Vorhandensein des „eisernen Lohngesetzes“ erbringen, jene Tatsache wird man nicht aus der Welt schaffen. Mag dieses Lohngesetz für Hunderttausende zeitweilig nicht gelten — gleichsam latent sein — andere Hunderttausende sind eben doch gezwungen, so zu leben, als wenn es vorhanden wäre. — Nichts ist unverständiger und verderblicher, als wenn man den lebendigen Erscheinungen in der menschlichen Gesellschaft mit mechanischen Erhebungen und Berechnungen gegenüber treten will. Not hat es gewiß immer gegeben auf der Welt, und sie wird auch niemals ganz aus ihr verschwinden, aber die moderne, durch den Industrialismus geschaffene Not ist etwas Unnatürliches, Ungerechtes und darum auch etwas Unmenschliches, und die dringende Aufgabe aller gerecht und menschlich Denkenden ist es, hier Wandel zu schaffen.

Keinem Zweifel unterliegt es nun, daß wie Erdötsch meint,\* die Entwicklung des großkapitalistischen Betriebs und die wachsende Vermögens- und Einkommens-Ungleichheit, verbunden mit einer immer weiter schreitenden Zer-

---

\* Ueber die neuesten Veränderungen im deutschen Wirtschaftsleben. S. 8.



Abnung der Selbständigkeit des Einzelnen,\* diejenigen Factoren sind, die in erster Reihe die moderne Arbeiterfrage geschaffen haben. Und fügen wir zu den eben genannten Ursachen noch die früher ungeahnte Entwicklung der Technik\*\* und des Verkehrswezens, so haben wir in der That schon einen guten Teil der treibenden Kräfte kennen gelernt.

Als eine der hauptsächlichsten Folgen des Fortschritts auf dem Gebiete der Technik und des Verkehrs ergab sich die vielfach schon auf die Spitze getriebene Arbeitsteilung.\*\*\* hat nun dieselbe auch zu einer gewaltigen Zunahme und stellenweise zu einer Verfeinerung der Erzeugung geführt, so ist es doch immerhin sehr fraglich, ob die Nachteile dieser Entwicklung nicht viel größer sind.

\* Die Zahl der in den Kleinbetrieben beschäftigten Personen ist in der Zeit von 1882 bis 1895 von 61 auf 49 % gesunken, während diese Zahl in den Mittelbetrieben von 13 auf 17 % und in den Großbetrieben von 26 auf 36 % gestiegen ist.

\*\* Nach Herkner brauchte ein Handspinner des vorigen Jahrhunderts 11 Stunden, um eine Strähne Garn herzustellen; der Spinner am Selfactor erzeugt, unterstützt von 2 Hülfsurschen, 1000 Strähnen in einer einzigen Stunde. Der Handwerker webte 8 Ellen im Tage; der Maschinenweber 50 Ellen. Um 5 Tonnen Roheisen in schmiedbares Eisen zu verwandeln, bedurfte man mittels des Herdfrischens 1½ Wochen, mittels des Puddeles 1½ Tag, heute mittels des Bessemer Processes 20 Minuten.

\*\*\* Die Baumwolle, die der Neger der Südstaten Nordamerikas baut, wird in Werbau oder Chemnitz gesponnen, gewebt und dann für denselben Neger, der den Rohstoff erbaute, zu Hemden verarbeitet. Australische und südafrikanische Rohwolle geht zum Spinnen nach England; Kottbus stellt Tuch daraus her, und Berlin verarbeitet dasselbe, um dem Züchter der Wolle in Neu-Süd-Wales und am Kap Rade, Hosen und Mäntel zu fertigen.

„Die Arbeitsteilung, sagt Troeltsch sehr richtig,\* hat Schatten auf unser heutiges Wirtschaftsleben geworfen, die der Vergangenheit mindestens nicht in dem Maße bekannt waren. Zunächst: Die Arbeitsteilung entspricht durchaus nicht immer den subjectiven Gaben und oft noch weniger dem objectiven Bedürfnisse. Und das schafft Missetimmung und Erfolglosigkeit.

„Ferner: Die Arbeitsteilung hat Personen dem gewerblichen Leben zugeführt, die vorher durch ihr Geschlecht und Alter vor Inanspruchnahme geschützt waren. Sie hat in ihnen Bedürfnisse nach Arbeit geweckt, die nur auf Kosten der Erziehung und Ausbildung, der Gesundheit und des Familienlebens zu befriedigen sind.

„Sodann: Die Arbeitsteilung hat in wachsendem Maße die Menschen in Abhängigkeit verstrickt. Auch der Betriebsleiter, der selbständig sich sein engeres Arbeitsgebiet gewählt hat, empfindet sie. Sein Absatz wird schwankender, unübersehbarer; das Schicksal seiner Lieferanten trifft ihn mit. Und wieviel drückender ist die Abhängigkeit des Arbeiters, der im arbeitsteiligen Betrieb sein Brot suchen muß! Wie unentrinnbar fest ist er durch die Einseitigkeit seiner Ausbildung an bestimmte Industrien und Orte gefesselt!

„Endlich noch eins: Wie stark macht sich Spezialisierung der Tätigkeit in den Anschauungen aller Kreise geltend! Im engen Kreise verengert sich der Sinn. Je enger das Arbeitsgebiet, um so enger wird in der Regel für Herrn und Knecht der Blick. Die moderne Schärfe der Interessengegensätze zwischen Arbeiter und Unternehmer, zwischen Handel und Landwirtschaft, zwischen Städter und Nichtstädter beruht nicht zum wenigsten auf unserer vorgeschrittenen Arbeitsteilung.“

Hierzu kommt noch, daß es, je mehr wir durch das Fabrikwesen und die Arbeitsteilung von der geschlossenen

\* U. a. D. S. 8.

Eigenwirtschaft abgedrängt werden, um so schlimmer, mit dem leiblichen und geistigen Wohl des Menschen bestellt ist.

Es besteht eben leider bei uns schon lange jene Spannung, in der nach Schäffle „die ringenden Kräfte, ohne die Möglichkeit erheblicheren Fortschrittes auf dem Wege der Arbeitsteilung und Arbeitsvereinigung zu erzielen, einander festhalten, ermatten und aufreiben und so nur ein mühseliges Fortschreiten selbst erreichen oder stehen bleiben, um schließlich rückwärts zu schreiten.“

Diese durch die Uebervölkerung erzeugte und immer weiter getriebene Spannung im ganzen Volksleben ist es, die zum guten Teile die Arbeiterfrage im deutschen Reiche zu einer so brennenden und die organisierte deutsche Arbeiterschaft zu einer so drohenden Macht gestaltete. Sie gibt aber andererseits auch — und das macht es verständlich, daß man diese Entwicklung weiter ihren Gang gehen läßt oder sie gar noch beschleunigt — gewissen Streifen die Möglichkeit, auf bequeme Weise Reichthümer zu sammeln. Reicht die natürliche Grundlage eines Volkes nicht mehr aus, so werden mehr Gewerbswaren erzeugt, als das Volk gebrauchen kann, und es findet darum ein natürlicher Abfluß nach außen statt; dieses aber wird für die Unternehmer um so lohnender sein, je reichlicher das Angebot von Arbeitskräften ist und eine billige Erzeugung ermöglicht. Freilich führt dieser Umstand auch wieder zu einer Uebererzeugung und zu Krisen, die hiervon untrennbar sind, und das Land, das auf diese Art der Ausfuhr angewiesen ist und eine billige Erzeugung ermöglicht, befindet sich in der Lage des Spielers; heute schwelgt man im Ueberfluß, morgen hungert man, und in Zeiten besonderen Unglücks geht man auch wol an einer solchen Entwicklung ganz zu Grunde.

Daß bei einer solchen Wirtschaft aber immer derjenige Teil den ärgsten Schaden zu tragen hat, der außer seiner Hände Arbeit nichts zu bieten hat und darum den geringsten Widerstand zu leisten vermag, ist leicht zu verstehen.

Können wir nun auch nicht leugnen, daß unser Unternehmertum in den letzten Jahrzehenden auf dem Gebiete industrieller Machtentfaltung ganz achtenswerte Erfolge errungen hat, so wird doch ein jeder gerecht und billig Denkende rückhaltslos zugeben, daß diese Erfolge durch die Unterdrückung und Zerreibung eines großen Teiles des arbeitenden Volkes zu teuer bezahlt sind. Aber das ist ja eben das brandmarkende Kennzeichen des Industrialismus: das kalte Geld ist der einzige Maßstab, möglichst große Gesamtproduction und Anhäufung der großen Gesamtwerte der letzte Zweck, der absolute Reichtum des unpersonlichen Ganzen, nicht das relative Bestitztum oder gar das Wohlbefinden des Einzelnen; die Erzeugung, nicht aber die Verteilung, sind die Triebfedern unseres von diesem Industrialismus beherrschten Lebens.\* Der Reichtum steigt in ihm bis zu schwindelhafter Höhe, und der Einzelne sinkt tiefer und tiefer. Die Träger dieses Systems aber glauben, indem sie die wenigen glänzenden Seiten desselben aufs lebhafteste schildern und alles verhüllen, was wolmeinende Beobachter stuzig machen könnte, trotz alledem die Entwicklung in ihrem Sinne weiter leiten zu können. Und sie dürfen dieß mit um so größerer Zuversicht hoffen, je mehr sie sehen, daß selbst die Männer der Wissenschaft sich auf ihre Seite stellen.

Daß die deutsche Bevölkerung heute nicht mehr ernährt werden kann ohne die Arbeitsgelegenheit, die die großindustriellen Unternehmer schaffen, ist ja richtig, und wir wissen das so gut wie ein Stumm oder Borster, ein Schulze-Gävernitz und Schmoller. Traurig genug, daß es dahin gekommen ist und noch trauriger, daß derjenige Statsmann, der uns in diese furchtbare Lage gebracht, als Messias der Deutschen gepriesen werden darf, und zwar, was ja verständlich ist, in ganz besonderem Maße gerade aus den Kreisen jener großen Unternehmer und Millionemacher heraus.

---

\* Schweiz. Bl. f. Socialpolitik. 1895. S. 573.

Bismarck selbst hat ja allerdings bis zu seinem letzten Atemzuge sich als Anwalt dieser Leute gefühlt, und er war es, der in Gemeinschaft mit ihnen aus der deutschen Arbeiterpartei die staatsfeindliche internationale Socialdemokratie gemacht hat.

„Es besteht eine Geistesverwandtschaft“, so ließ sich kurz nach dem 66er Kriege eine süddeutsche Stimme vernehmen, „zwischen der Revolution von Oben und der Revolution von Unten. Ihr Gemeinsames liegt in der Rücksichtslosigkeit gegen göttliche und menschliche Gesetze, wenn es gilt, übermütige Pläne durchzuführen. Die französische Geschichte ist die Erläuterung hierzu. Napoleon I. wiewol Anfangs von den Republikanern verabscheut, wurde der Abgott für viele durchaus revolutionäre Männer. Sie bewunderten an ihm die in großartigem Maßstabe durchgeführte Gesetzmäßigkeit, die sie selbst nur in kleinem Kreise auszuüben vermochten. Die Sympathien, die sich bei uns für den preussischen Premierminister regen, sind derselben Art.“

Man macht uns, die wir die bismarckisch-preussische Umsturzpolitik verurteilen, gar oft den Vorwurf, daß wir dem allgemeinen Fortschritte blind und taub gegenüber ständen, daß wir nicht begreifen wollten, wie im Grunde genommen die Gewaltspolitik von 1866 eine durch den notwendigen Fortschritt der statischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland bedingte gewesen wäre. Darauf erwidern wir, daß wir allerdings noch nicht vermocht haben, uns auf den Standpunkt jener Nützlichkeitspolitik aufzuschwingen, welche vergißt, daß alle wahrhaft nutzbringende Politik nur mit den Mitteln der Ehrlichkeit und Gerechtigkeit arbeiten darf, und die eines augenblicklichen Vorteiles wegen die ganze Zukunft aufs Spiel setzt.

Revolution ist immer verwerflich, sowol vom sittlichen, wie auch vom reinen Nützlichkeitsstandpunkte. Vom sittlichen Standpunkte aus deshalb, weil sie das geschriebene sowol, wie das ungeschriebene, in der Brust des Menschen wohnende Recht verlegt, vom Standpunkt der reinen Nützlichkeits aus

deshalb, weil der Ausgang einer jeden Revolution schließlich immer gegen den Urheber sich wendet. Und so sehen wir denn, wie in dem durch die Revolution von Oben geschaffenen deutschen Einheitsstaate die Socialdemokratie immer weiter anschwillt und sich in Bereitschaft setzt, die Früchte zu pflücken, die ihre Gegner zur Reife gebracht. Gar nicht auffällig ist es, daß gerade in denjenigen Städten und Gegenden, wo der „Reichsgedanke“ am kräftigsten entwickelt ist, heute, trotz der rücksichtslos angewandten Machtmittel der „Ordnungsparteien“ und des Staates, gewöhnlich mit erdrückender Mehrheit Socialdemokraten gewählt werden. — Kein Zweifel also, daß zwischen diesem Reiche und der Socialdemokratie eine innere Verwandtschaft besteht. Eine Verwandtschaft, die freilich von Einsichtsvollen schon bei der Geburt des Reiches erkannt wurde, und welche der weise Bischof von Ketteler mit den Worten kennzeichnete: die Revolution von Oben wird anklingen in die Revolution von Unten.

Die Männer, die nach den Tagen von Königgrätz rücksichts- und characterlos sich vor dem ersten Erfolg in den Staub warfen, waren gegenüber der Gefolgschaft eines Singer nur im Grad, nicht im Wesen verschieden.

Das allgemeine gleiche Wahlrecht, welches Bismarck eingestandener Maßen herbei holte, um sich in den Arbeiter-Bataillonen Bundesgenossen gegen die widerspänstigen Liberalen Bourgeois zu schaffen, — dieses, allgemeine und gleiche, den Franzosen abgequackte Wahlrecht also gab nur den Elementen, die dereinst die Erbschaft der gekrönten Revolution anzutreten alle Aussicht haben, die Gelegenheit, sich unter dem Schutze der Gesetze allmählich einzurichten.\*

---

\* Der erste Beobachter und genaue Kenner der socialen Entwicklung im neuen Deutschland, Jörg, sagt: „Das allgemeine und direkte Wahlrecht fordern, heißt nichts Anderes, als diese Massen zur Empörung aufrufen gegen das alleinherrschende Bürgertum, und in diesem Sinne wurde auch die Forderung Lassalles verstanden.“ Und der Vorwärts vom 4. Januar 1893

— So zeigt sich denn auch diese vielgerühmte Tat, gerade vom Standpunkte Bismarcks und seiner Bewunderer gemessen, als eine so in die Augen springende Kurzsichtigkeit, daß man es sehr wol begreift, wenn hinterdrein alles versucht worden ist, die Wirkung derselben abzuschwächen.

Auch sonst war es das denkbar Unehrlächste nicht nur, sondern auch das Unklügste, politische Rechte zu erteilen und die socialen Rechte vorzuenthalten. — Treffend hatte Const. Franz schon in jener Zeit, in der die constitutionellen Staatskünstler das später durch Bismarck Verwirklichte theoretisch herausarbeiteten, dieses nichtswürdige Gebahren gekennzeichnet: „Ehemals, so sagte er,\* hatte man privilegierte Stände, die eine drückende Herrschaft ausübten, aber es war doch kein Völgensystem, denn diese Stände sprachen keineswegs von Freiheit und Gleichheit, sondern sie sprachen eben von ihren Privilegien. Und wurden die Massen in Dienstbarkeit gehalten, so bewies man wenigstens die Klugheit, auch keine Ansprüche in ihnen zu erregen, die über ihre Lage hinaus giengen. Man hat dem Selbigen nicht eingeredet, er sei ein Staatsbürger und ein Partikelfchen von der souveränen Nation, sondern man hat ihm gesagt, daß er zum Dienen geboren, und die Kirche verhieß ihm die ewige Seligkeit dafür. Ein Drucksystem, aber doch Logik darin, und darum konnten die Feudalverfassungen lange Zeit in Kraft bestehen. Jetzt wird von Freiheit und Gleichheit gesprochen, und in der Wirklichkeit kann man sie suchen, denn man mag an den Constitutionen flicken, so viel man will, den Censur erhöhen oder erniedrigen, das Geheimnis dieser Staatsform

---

gesteht ganz offen: Die Socialdemokratie verstehe es, alle Waffen, die der Klassenstat bietet, namentlich das Wahlrecht, gegen den Klassenstat und zur Erlämpfung der socialistischen Gesellschaftsorganisation zu gebrauchen.

\* Die Constitutionellen. S. 15.

ist die Bourgeoisie-Herrschaft, also keineswegs die allgemeine Freiheit, sondern ein tatsächliches Privilegium. Und wenn Kieselbach in derselben Zeit\* mit Bezug auf die Bestrebungen der französischen Socialisten meinte: „Nicht freilich ist der Socialismus und Communismus ein Unsinn. In Zusammenhang gebracht mit den gesellschaftlichen Zuständen Frankreichs wird das System der neuen Weltbeglückter jedoch zu dem naturgemäßen geistigen Producte der vorhandenen Wirklichkeit. Sie übersetzten nur in ihre Theorien, was sie tatsächlich vorfanden, ein Arbeiterbevölkerung, der die Sonderart des Eigentums abhandeln gekommen war, und welcher nun folgerichtig auch schließlich die Eigenart des Individuums abhandeln kommen mußte,“ — so liegt es klar zu Tage, daß sich ganz dasselbe vom neuen Deutschland sagen läßt.

Als dann das riesige Fabriksproletariat herangewachsen war und immer drohender mit seinen Forderungen den Unternehmern und der gesamten Bourgeoisie gegenüber trat — da zeigte sich die geistige Inferiorität dieser Kreise in ihrem vollsten Glanze: mit dem reichsdeutschen Socialistengesetze, mit Büttel und Knüppel glaubte man nun der freventlich hervorgerufenen Bewegung Herr werden zu können. Und trotzdem daß der Schöpfer dieser Theorie Gelegenheit gehabt hat, die Wirkungslosigkeit und Gefährlichkeit derselben zu erproben,\*\* blieb er doch unentwegt bei ihr; und noch im Jahre 1894 äußerte er sich dem Engländers Smallen gegenüber: „Der Umstand, daß die Regierung die Socialisten als eine politische Partei behandelt, als eine Macht im Lande, die man ernsthaft behandeln und mit der man rechnen muß, statt als Räuber und Diebe, die zer-malmt werden müssen — das hat ihre Kraft und Bedeu-

---

\* Socialpolitische Studien. S. 887.

\*\* Die Zahl der socialdemokratischen Stimmen stieg unter der Herrschaft des Socialistengesetzes (1881 bis 1890) von 811 961 auf 1 427 296.



lung in hohem Grade gesteigert, ebenso wie die Beachtung, die man ihnen schenkt. Ich hätte das nie gestattet. Sie sind die Ratten im Lande und sollten vertilgt werden.“\*

Daß diese einer Gemütsroheit sondergleichen entprungene Meinung im Grunde genommen auch die Meinung der großen Mehrzahl der Träger des heute in Deutschland herrschenden Systems ist, braucht ja nicht erst bewiesen zu werden. Es genügt ein Blick in die Blätter der Bourgeoispresse. Dort lesen wir tagtäglich, daß nur die Rückkehr zur „bewährten Bismarckischen Taktik“ das sociale Gespenst zu bannen vermöchte. Wir aber sagen diesen Lobpreisern rohester Gewaltspolitik, die der Welt weiß machen wollen, solch eine elementare Bewegung ließe sich mit Säbel und Flinte niederschlagen, daß die Stärke der Socialdemokratie gerade wurzelt in den Sünden ihrer sie auf Leben und Tod bekämpfenden Gegner. Mag man heute alle „Heßer“ — wie man die socialistischen Führer samt und sonders so unparteiisch nennt — standrechtlich erschießen lassen, so wird man bei Fortdauer der heutigen Verhältnisse morgen doch wieder die alte mächtige Socialdemokratie sich gegenüber stehen haben.\*\* Und noch eins: Wurde und wird noch auf der einen Seite die Socialisierung von Staat und Ge-

---

\* Vergl.: Rud. Meyer, Der Socialismus im 19. und 20. Jahrh., S. 478.

\*\* Weit von uns weisen müssen wir darum auch den Gedanken, als ob eine „Belehrung der Jugend“ in diesem Sinne der Bismarckischen Beurteilung auch nur das Geringste zur Einschränkung der Socialdemokratie zu leisten vermöchte. Wenn die Schule in ihren Schülern die sittlichen Keime zur denkbar größten Entwicklung bringt und wenn sie den Schüler zur Urteilsfähigkeit heranzieht, im Uebrigen aber nicht einmal das Wort Socialdemokratie nennen läßt, so hat sie tausendmal mehr getan im Kampfe gegen die Socialdemokratie, als wenn sie allwöchentlich eine Stunde lang gegen die socialistischen Irrtümer predigen läßt.

ellschaft gerade von denjenigen Leuten, die sich als starken Säulen heiber ausspielen, mächtig betrieben, mußte andererseits durch die abscheuliche Gewaltpolitik die deutsche Arbeiterschaft geradezu in die Arme der jüdischen „Internationale“, die als solche allerdings mit Recht vaterlandslos genannt wird, gedrängt werden. — Welche Rolle hierbei übrigens Lasalle, der „nationale“ Begründer der deutschen Socialdemokratie, gespielt hat, wurde früh schon klar gestellt.

Wenn wir uns das Urwüchfige, Gefunde und Volkstümliche der alten deutschen Arbeiterpartei vergegenwärtigen und damit vergleichen, was unter dem Einfluß der Lassalle, Marx und Singer aus ihr geworden ist, so empört sich alles deutsche Gefühl in uns. Und gerade darum muß es laut gesagt und immer aufs Neue wiederholt werden, daß an der Verjudung der Arbeiterpartei und an der Entwicklung der deutschen Socialdemokratie gerade jene Kreise die ärgste Schuld tragen, welche heute diese Socialdemokratie mit Feuer und Schwert vernichten möchten.\*

Wurde also durch die von Bismarck und den herrschenden Parteien getriebene praktische Politik dem internationalen Socialismus in die Hände gearbeitet, so nicht minder durch die deutsche Wissenschaft der socialistischen Theorie.

Wenn bei den Aufklärern des 18. Jahrhunderts die Gesetzgeber alles, die tatsächlichen Verhältnisse nichts bedeuten, so treten uns die Marxisten als die umgekehrten Aufklärer entgegen. Bei ihnen sind die materiellen Dinge das allein Bestimmende, das jede Entwicklung be-

---

\* „Daß eine Socialdemokratie besteht und was sie heute ist — sagt der Reichsfreiherr von Fechenbach — hat sie nicht zum wenigsten Teile der Unkenntnis und der Dummheit, dem bösen Willen und dem sträflichen Egoismus der modernen liberalen Bourgeoisie, der bekannten Kreise von Bildung und Besitz, der vornehmen Umsturzpartei zu danken.“

ngende. Das liberale Dekonomieſyſtem aber und die Philoſophie der Hegelſchen Schule hatten bereits die Grundlage für das ſpättere Marx-Engelſche Lehrgebäude geſchaffen. „Die religiös-philoſophiſche Weltanſchauung der Socialdemokraten iſt“, wie Schöffle ſich ausdrückt, „die Fortſetzung des religiöſen Liberalismus, der äußerſte Ausläufer des Individualismus, des ſogenannten Rationalismus, Subjectivismus und Criticismus.“\*

Hertner entwickelt uns das Verhältnis zwischen Hegel und ſeinem Schüler Marx, zu dem übrigens der Junghegelianer Feuerbach hinüberleitet,\*\* in folgenden klaren Sätzen:

„Für Hegel war der Denkproceß, den er, wie Marx erklärt, unter dem Namen Idee in ein ſelbſtändiges Subjekt verwandelte, der Demiurg des Wirklichen, das nur

---

\* Die Marxisten können und wollen freilich nicht zugeben, daß ſie auch auf den Schultern der Bourgeois-Philosophen ſtehen, und Marx ſelbſt verſichert in ſeinem Kapital: „Meine dialektiſche Methode iſt der Grundlage nach von der Hegelſchen nicht nur verſchieden, ſondern ihr direktes Gegenteil. Für Hegel iſt der Denkproceß, den er ſogar unter dem Namen Idee in ein ſelbſtändiges Subjekt verwandelt, der Demiurg des Wirklichen, das nur ſeine äußere Erſcheinung bildet. Bei mir iſt umgekehrt das Ideelle nichts Anderes als das im Menſchenkopfe umgeſetzte und überſetzte Materielle.“ Wir wiſſen aber, daß dieß von Marx auf eine mangelhafte Erkenntnis oder vielleicht auch auf ein abſichtliches Mißverſtehen der Lehre Hegels zurückzuführen iſt: Marx hat in der That in ſeiner Art an einem beſtimmten Beiſpiel — der menſchlichen Wiſtſchaft — nur weiter ausgeführt, was Hegel dem Univerſum gegenüber ausdrückt.

\*\* Der Menſch iſt, was er iſt, ſagt Feuerbach und man wird uns zugeben, daß ſich dieſer Satz dem Sinn nach in Nichts unterſcheidet von der von Sombart zugegebenen Quinteſſenz der Marxſchen Anſchauung, die da lautet: „Es iſt die Menſchheitsgeſchichte entweder ein Kampf um den Futteranteil oder ein Kampf um den Futterplatz auf unſrer Erde.“

seine äußere Erscheinung bildet. Bei Marx und Engels wird das Ideale nichts anderes als das im Menschenkopfe umgesetzte und übergesetzte Materielle. Die stofflich sinnlich wahrnehmbare Welt, zu der wir selbst gehören, gilt ihnen als das einzig Wirkliche, und unser Bewusstsein und Denken wird als das Erzeugnis eines stofflichen körperlichen Organes, des Gehirnes, aufgefaßt. Die Einwirkungen der Außenwelt auf den Menschen drücken sich in seinem Kopfe aus, spiegeln sich darin ab als Gefühle, Gedanken, Triebe, Willensbestimmungen, kurz, als ‚ideale Strömungen‘, und werden in dieser Gestalt zu ‚idealen Mächten‘. Der sociale Materialismus der communistischen Doktrinen leugnet also nicht das Vorhandensein ideeller Triebkräfte. Aber sie nehmen die ideellen Triebkräfte nicht als letzte Ursachen hin, sondern untersuchen, was hinter ihnen steht, welches die Triebkräfte dieser Triebkräfte sind. Diese letzteren treibenden Ursachen glauben sie auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Lebens, der Productionsweise, zu finden und entwickeln die sogenannte materialistische Geschichtsauffassung. Diese geht nach Engels vom Sage aus, daß die Production und nächst der Production der Austausch ihrer Producte die Grundlage aller Gesellschaftsordnung ist; daß in jeder geschichtlich auftretenden Gesellschaft die Verteilung der Producte und mit ihr die sociale Gliederung in Klassen und Stände sich danach richtet, was und wie producirt und wie das Producirte ausgetauscht wird. Hiernach sind die letzten Ursachen aller gesellschaftlichen Veränderungen und politischen Umwälzungen zu suchen nicht in den Köpfen der Menschen, in ihrer zunehmenden Einsicht in die ewige Wahrheit und Gerechtigkeit, sondern in Veränderungen der Productions- und Austauschweise; sie sind zu suchen nicht in der Philosophie, sondern in der Oekonomie der betreffenden Epoche. Die erwachende Einsicht, daß die bestehenden gesellschaftlichen Einrichtungen unvernünftig und ungerecht sind, daß Vernunft Unsinn, Wohlthat Plage ge-

worben, ist nur ein Anzeichen davon, daß in den Produktionsmethoden und Austauschformen in aller Stille Veränderungen vor sich gegangen sind, zu denen die auf höhere ökonomische Bedingungen zugeschnittene gesellschaftliche Ordnung nicht mehr stimmt. Damit ist zugleich gesagt, daß die Mittel zur Beseitigung der entdeckten Mängel ebenfalls in den veränderten Produktionsverhältnissen selbst — mehr oder minder entwickelt — vorhanden sein müssen. Die Mittel sind nicht etwa aus dem Kopfe zu erfinden, sondern vermittelt des Kopfes in den vorliegenden materiellen Tatsachen zu entdecken.“\*

So bestimmt und nachdrücklich wir unsererseits nun diese Auffassung der Dinge und insbesondere diese Misachtung des selbständigen menschlichen Geistes ablehnen müssen, eben so bestimmt müssen wir andererseits diese Auffassung als die natürliche Folge von Ursachen bezeichnen, die im Schoße unserer heutigen Bourgeois-Herrschaft liegen. Man kann sagen: Die materialistische Weltanschauung war ebenso ein notwendiges Uebel wie der Socialismus selbst; ist es ihr doch in erster Reihe zu verdanken, daß an Stelle der Salbereien eine ernste wissenschaftliche Beurteilung und Würdigung der socialen Angelegenheiten getreten: weil die materiellen Dinge mit Bezug auf die große Masse der arbeitenden Bevölkerung bisher in einer so sträflichen Weise vernachlässigt worden sind, darum verfielen eben die Anwälte dieser Arbeiter in das andere Extrem und stellten die ganze Entwicklung des Menschengeschlechtes auf einen rein materialistischen Boden. Und so weit giengen dieselben, daß sie nicht nur den Schwerpunkt, sondern das Ganze der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und statlichen Weiterentwicklung in das unter dem Schlachtruf der materiellen Interessen sich zusammen ballende Proletariat verlegten.

Sehr zutreffend urteilt die „Ethische Kultur“ (Nr. 26,

---

\* Vergl. Hertner, Die Arbeiterfrage. 2. Aufl. S. 288.

8. Jahrg.) über das hohle Gletsnerische und Verwirrend der durch die Margistische Lehre unter weiten Schichten der handarbeitenden Bevölkerung gezüchteten Anschauung. „Er bringt ihm (dem Arbeiter) ein Gefühl von Gehobenheit und Siegesgewißheit, da mit zu gehen im Tacte der Arbeiterbataillone, im klingenden Spiel rythmischer Parteiprogramme. Kennte er das Leben, so würde er wissen wie wenig diese lauten Dinge mit der großen Erneuerung zu tun haben, wie wenig Liebe von ihnen ausgeht, wie wenig tiefere Genossenschaft. Wie überhaupt aus dem Willen zur Macht nie und nirgends Menschlichkeit geboren wird, und wie das Zusammenballen getretener und zurückgesetzter Menschen nur eine vorübergehende und scheinbare Solidarität hervorbringt, nur ein Zerrbild der großen Bejahung menschlicher Lebenseinheit mit allen Kräften des Gefühls und der Vernunft. Und wie das große Manth immer lauter übertäubt wird durch den Lärm der Paraden und der Action, je mehr es einzelnen Beteiligten zum Bewußtsein kommt.“

Mary hat, wie Sombart gleichfalls feststellt, „das Proletariat zum vollen Bewußtsein seiner selbst gebracht, daß es sich in seiner geschichtlichen Bedingtheit erkennen lernt“. Und das ist, wenn wir gerecht sein wollen, immerhin etwas, denn seitdem dürfen die herrschenden Kreise doch nicht mehr über die Interessen, über die Forderungen und Drohungen der Arbeiterschaft hinweg gehen als wären sie gar nicht da.

Freilich wird man andererseits auch nicht leugnen können, daß die Mary'sche Theorie — sowie die materialistische Geschichtsauffassung überhaupt — der socialistischen Bewegung alles Idealistische entzieht. Ist alles nur Mechanik und kommt alles schließlich doch von allein, kraft der in Bewegung gesetzten mechanischen Kräfte, so fällt jeglicher Antrieb zur Anspannung des menschlichen Geistes hinweg. Diejenigen aber, die doch noch in die Welt hinausfahren, die Socialisten wären die einzige Partei mit idealen

Zielen, sind eben keine Idealisten mehr, sondern Phantasten oder richtiger Narren. Und ihre Narrheit wäre gewiss auch schon lange der großen Masse des proletarischen Heerbannes offenkundig geworden, wenn nicht die heutige sogenannte bürgerliche Gesellschaft — oder richtiger: die herrschenden Kreise in derselben — alles daran setzten, durch noch größere Dummheiten und heuchlerisches Gebahren die Wortführer des Socialismus fortwährend zu übertrumpfen. Nirgends aber nimmt diese Heuchelei eine so abstoßende Form an als auf dem Gebiete des religiösen Lebens, und nirgends wird darum auch dem jüdisch-atheistischen Socialismus sein Wirken leichter gemacht als hier. Ist es doch eine ganz natürliche Sache, daß, je mehr die heutigen Parteien von Gott und dem Christentum reden und dasselbe als Schild vorhalten, hinter dem sie und ihr System geborgen sein sollen, um so mehr die Proletarier, gegen welche dieses ganze „göttliche und christliche System“ sich kehrt, dasselbe als etwas ihnen feindlich Gesinntes betrachten müssen und sich veranlaßt fühlen werden, dasselbe zu bekämpfen.

So falsch und verwerflich es nun aber auch ist, wenn die heute herrschenden Parteien ihr System als ein christliches, ja als das einzige mit den Forderungen des Christentums verträgliche hinstellen, so ist es doch nicht minder verkehrt und anmaßend, wenn die Socialisten verkünden, daß ihre Lehre dazu bestimmt sei, das Christentum zu ersetzen. Der Socialismus ist in seinen Grundzügen ebenso einseitig wie der Liberalismus, von dem er ausgegangen ist, und würde sich, wenn er zur Herrschaft gelangte, als eine ebenso unzulängliche vorübergehende Erscheinung erweisen wie jener; das Christentum hingegen ist — richtig verstanden und erfaßt — das eine universelle geistige Princip, welches aus der Ewigkeit war und in Ewigkeit ist.

Nicht minder falsch und verwerflich ist das von der Socialdemokratie vertretene Dogma der „Internationalität“; nach welchem die von Natur und Geschichte gezogenen

Grenzen für Nichts geachtet und die besondern Eigentümlichkeiten der Völker verwischt werden sollen und das gesamte Kulturleben derselben eine unermessliche gleichförmige und bde Ebene darzustellen hat.

„Der radikale Socialismus — meint Bollnys sehr richtig — setzt sich leichtem Herzens über die Rücksichten der Nationalität hinweg, indem er von einer internationalen Vereinigung der Völker träumt, welche mit der gesunden Entwicklung menschlicher Natur unvereinbar ist. Er setzt sich aber auch eben so leichtem Herzens über alle Rücksichten auf die individuelle Freiheit des Menschen und auf dasjenige, was mit ihr im engsten Zusammenhange steht und ohne was sie nicht denkbar ist, nemlich die Sicherheit des Familienlebens hinweg, da alle von ihm in communistischem Interesse in Anwendung gebrachten Gewaltthaten gerade diese zum Gegenstand ihrer Angriffe haben, wie er denn auch in den damit im Zusammenhang stehenden öffentlichen Kundgebungen sich nicht gescheut hat, alles das, was zur Ehrbarkeit des bürgerlichen Lebens gehört, anzutasten und als eine Sache von geringem Werte hinzustellen. Wenn irgend etwas als ein greifbares und wirkliches Ziel der Gesellschaft und der politischen Vereinigung unter den Menschen gelten kann, so kann dieß nichts anderes als die freie und ungestörte Entfaltung der Individualität innerhalb der Grenzen aller derjenigen sein, worauf der Einzelne als auf sein natürliches Recht in möglichster Uebereinstimmung mit der historischen Entwicklung, die bis zu der Zeit, darin er lebt, sich abgesponnen, einen Anspruch erheben darf. Um zur Realisirung ihrer communistischen Pläne zu gelangen, geht die verzweifelte Propaganda des socialistischen Radikalismus darauf aus, alles dieß über den Haufen zu werfen.“

Daß die von den demokratischen Socialisten angestrebte Nivellirung aller Besonderheiten selbst bis auf die beiden Geschlechter ausgebehnt wird, ist ja nur zielbewußt,

---

\* Kritik des Socialismus. S. 16.



aber es tritt darin auch der Größenwahn dieser Leute in seiner ganzen Höhe und Blöße zu Tage. Und die Verkündung der freien Ehe, durch welche ein vollständiger Umsturz unserer sittlichen und gesellschaftlichen Anschauungen erzwungen werden soll, macht die Blöße nur noch offenkundiger. Wie falsch das Bebel'sche Dogma von der freien Ehe ist und wie dasselbe geradezu vergiftend auf weite Kreise des Volkes wirkt, das wird heute glücklicher Weise selbst im socialistischen Lager erkannt; geradezu vernichtend aber ist die Kritik, die die Bebel'sche Theorie in den Bernerstorfer'schen „Deutschen Worten“ (1900, S. 240) erfährt: „Die Aufstachelung von Trieben“, so heißt es dort, „die vielleicht in einer socialistischen Ordnung unschädlich sein könnten, vermag in einer anders gearteten, auf Ehe und Familie beruhenden Gesellschaft nur den allmählichen Verderb dieses Volkes zu bewirken, sichert aber keineswegs den Uebergang zu einem socialistischen Gemeinwesen. Das ist einer der vielen Irrtümer der socialistischen Geschichtsphilosophie, die Meinung nemlich, daß die Corruption einer Kultur notwendiger Weise den Uebergang zu einer andern, höheren bilde. Indem diese Lehre einen schrankenlosen geschlechtlichen Egoismus proclamiert, untergräbt sie alle Keime altruistischen Empfindens, auf deren Entwicklung allein die Möglichkeit eines socialistischen Gemeinwesens beruht; sie schafft so recht das Hurenmaterial, während sie sittenrichterlich über unserem Zeitalter zu Gericht sitzt. Und daß derselbe Mann, welcher so rücksichtslos die Geschlechtsfreiheit predigt, sich nicht enthalten kann, einen höhnischen Blick auf tief decolletierte Hofdamen zu werfen, beweist, daß sich der Kleinbürgerliche Tugendstolz noch zuweilen in der Brust des genußverlangenden Socialisten regt. Noch stärker als dieser Widerspruch ist das Nebeneinanderstehen der Behauptung, daß der Geschlechtstrieb der stärkste menschliche Trieb sei, und der anderen, daß das Proletariat in dem tiefsten Elend dahinstecht. Niemand, der auch nur einmal drei Tage Hunger gelitten hat, wird

sich darüber unklar sein, welcher Trieb der stärkste aller Triebe ist. Offenbar haben Bebel und seine Anhänger derartige Erfahrungen nie zu machen Gelegenheit gehabt. Und endlich die Entstehungsursache der Prostitution, welche diese Männer allein in der wirtschaftlichen Lage und in den Verführungskünsten der *Jouissance dorée* zu erblicken vermögen. Die materialistische „Theorie“ beweist genügend, daß sie der Psychologie, der Geschichte der Prostitution wie dem Seelenleben des Volkes gleich ferne stehen und nicht ahnen, wie bedenklich gerade sie alle geschlechtliche Sittlichkeit untergraben und damit das psychologisch-ethische Fundament der Prostitution stärken. In der That, wenn die Gebildeten sich stärker von den socialistischen Idealen abwenden, dann liegt es daran, daß die Wahrheiten des Socialismus immer mehr von den Irrthümern der Socialdemokratie überwuchert werden.“

Es ist wahr, die socialdemokratischen Lehren, wie sie sich unter dem Einfluß von Lassalle und Marx entwickelt haben, wirken nur zersetzend. Und so, wie diese Lehren selbst sich in fortwährendem Fluße befinden, ist auch nicht an irgend welchen greifbaren festen Kern zu einer weiteren organischen Entwicklung zu denken. Und eine große Vermessenheit war es, zu glauben, in der materialistischen Anschauung das innerste Wesen organischer Entwicklung gefunden zu haben; sehen wir doch, wie schon heute der prahlerische Bau der materialistischen Geschichts-Construction, welcher untrennbar mit dem Marx'schen Socialismus verbunden ist, in allen Fugen kracht und wie nun wiederum in den Kreißen der Socialisten selbst „Revisionen“ und „Modificationen“ der materialistisch-socialistischen Ideen gefordert werden.

„Die materialistischen Theorien“, urteilt Schmoller\* sehr richtig, „haben alle eine mehr utopistische Farbe, einen

---

\* Ueber einige Grundfragen der Socialpolitik. Leipzig 1898, S. 327.

mehr pamphletartigen agitatorischen Character. Sie haben das Verdienst, auf eine große, von der individualistischen Theorie übersehene Seite unserer wirtschaftlichen Entwicklung, auf die Lage der unteren Klassen, auf die Klassen-  
gegensätze und Klassenkämpfe, auf die praktische Wirksamkeit einer zielbewußten Organisation der einzelnen Klassen, auf die furchtbaren Mißstände und Mißbräuche innerhalb der modernen Volkswirtschaft aufmerksam gemacht zu haben; sie haben auch redlich mitgearbeitet an der empirischen Erkenntnis dieser Erscheinungen, hauptsächlich der Nachtseiten des socialen Lebens, wengleich das Zuverlässigste in dieser Richtung von anderen Kreisen geschaffen wurde. Die Socialisten haben im Anschluß an die Geschichtsphtosophie der Zeit den großen Gedanken der Entwicklung in die Socialwissenschaften eingeführt und haben damit begonnen, das historische Verständnis der wirtschaftsgeschichtlichen Epochen und ihrer Unterschiede zu begründen, aber sie haben bei der Darstellung dieser Unterschiede der Phantasie und der Leidenschaft so die Zügel schießen lassen, daß ihre Schriften nach dieser Seite vielfach den Boden der ernsten Wissenschaft überhaupt verlassen. Sie haben im Gegensatz zu einer überspannt idealistischen Geschichtsschreibung die wirtschaftlichen und technischen Ursachen der historischen Entwicklung mit Recht betont, sind aber in Ermangelung genügender psychologischer und historischer Vorstudien mit dieser Tendenz, der sogenannten materialistischen Geschichtstheorie, zu so maßlosen Uebertreibungen und Paricaturen gelangt, daß heute nur noch Parteifanatiker oder der Geschichtskennntnis bare Schwärmer der Theorie in der Form zustimmen können, wie sie Engels, Mehring und andere Epigonen von Marx formuliert haben.“

Trifft Schmoller hier in der That die schwachen Seiten der socialistischen Agitation, so sollte er selbst aber auch zugeben, daß die von ihm und seinen Gefinnungsgenossen verkündete social-politische Wissenschaft nicht minder mangelhaft ist. Der Statsocialismus mit seinem centralistischen,

die Staatsallmacht so gewaltig stärkenden Wesen wird, wie er einerseits weit davon entfernt ist, die sociale Frage der Lösung näher zu bringen, andererseits dem so erbittert bekämpften socialdemokratischen Staat nur in die Hände zu helfen. Ist es doch wahrlich nicht einzusehen, wie es sich verhindern lassen sollte, daß der viertels- und halb-socialistische Staat der Schmöller und Wagner sich zum ganz-socialistischen Staat der Singer und Bebel umwandelt!

Als man mit der vielgerühmten socialpolitischen Gesetzgebung begann, die uns nach Delbrück an die Spitze der Nationen gebracht haben soll, stellte man sich grundsätzlich auf den Boden des demokratischen Socialismus. Daran ändert gar nichts die Tatsache, daß diese Gesetzgebung auch vom socialistischen Standpunkt aus so außerordentlich mangelhaft erscheint. War sie von Bismarck selbst als praktisches Christentum bezeichnet worden, so darf man doch nicht vergessen, daß sie von jenen Leuten gemacht worden ist, die zwar „mit Worten der Liebe helfen, aber von den Werken der Ungerechtigkeit nicht lassen wollen“, d. h. von Leuten, die wol ein Interesse daran hatten, die vollständige Zermürselung der industriellen Arbeiterschaft zu verhindern, die aber andererseits auch nicht im Entferntesten daran dachten, auf den übermäßigen Gewinn zu verzichten. Als die Großindustriellen das erreicht hatten, was sie brauchten, aber gleichwol einsahen, daß das arbeitende Volk nicht damit zufrieden sein konnte geboten sie Einhalt und brachten dann die öffentliche Meinung dadurch zum Schweigen, daß sie verkünden ließen, es müsse eine Pause gemacht werden: Vorläufige Ruhe und keine Ueberhastung.

Sehr treffend sagte ein Centrumsblatt schon bei Beginn der socialen Aera: „Ihr Zweck scheint nicht die Hebung der Leiden, sondern weit eher eine Organisation derselben zu sein“. Sehen wir nun aber, wie trotz alledem gerade diejenige Partei, die sich als die berufene Vertreterin der handarbeitenden Bevölkerung aufspielt, diesem

Beseßeswerk die allergrößte Förderung zu Teil werden läßt, so läßt sich das nur verstehen, wenn man bedenkt, daß die Grundrichtung des betreffenden Werkes sich nicht von jener unterscheidet, die zu dem von den Socialistern selbst angestrebten Baue führt. Das Sehen mit eigenen Augen mußte doch sofort dazu führen, daß sich der Betrachtende fragt: Wie soll eine herrschende Minderheit, die unter dem Feldgeschrei: Schutzzoll — Export läßt, und deren Bestand in der gesicherten ferneren Ausbeutung der Massen beruht, der socialen Frage gerecht werden, deren Lösung ja gerade in der Befreiung der Arbeit aus der Sklaverei des Kapitals, in der Verhinderung jeglicher Volksausbeutung und in der Beseitigung der heutigen Klassenwirtschaft besteht.

Herkner, dem wir, nebenbei bemerkt, die beste zusammenfassende Darstellung der modernen Arbeiterfrage verdanken, bestätigt, wenn auch mit etwas mehr Zurückhaltung und wenigen liberalen „Wenn“ und „Aber“ verbrämt, im großen Ganzen das von uns Vorgetragene, wenn er sagt\*: „Die Stellung zu der Arbeiterversicherungsfrage ist abhängig von der Auffassung der Arbeiterfrage überhaupt. Wer in der Arbeiterfrage das Problem erblickt, eine neue gesellschaftliche Klasse auf eine höhere Stufe des Daseins in allen menschlichen Beziehungen empor zu heben, die gesamte Erwerbs- und Produktionsordnung zu verbessern, die Arbeiter zu freieren, unabhängigeren und selbständigeren Staatsbürgern zu entwickeln und eine höhere Auffassung des Verhältnisses der Menschen zu einander anzubahnen, den kann die enge bureaukratisch-technische Lösung, welche unter dem Einflusse der socialistischen Gedankentriebe in Deutschland versucht wird, nicht zufrieden stellen. Er wird überall der Selbstbetätigung der Arbeiter in freien Organisationen den Vorzug geben, mag deren Wirksamkeit auch, nach verwaltungs-

---

\* N. a. D., S. 136.

technischen Gesichtspunkten beurteilt, heute der Function statlich organisirter Rassen zuweilen nachstehen. Nicht darauf, daß eine solche Einrichtung eine mechanisch vollkommene Leistung aufweist, sondern darauf, daß sie aus den sittlichen und ordnenden Kräften gerade jener Klasse hervorgeht, deren Lebensverhältnisse zu organisieren und zu verbessern das Ziel der ganzen Reform ist, wird dann der Hauptton zu legen sein.

„Von diesem Standpunkte aus kann man eine statliche Versicherungsorganisation, abgesehen von der Unfall-Versicherung, nur so weit befürworten, als sie einen subsidiären Character behält als sie die Selbstbetätigung der arbeitenden Klassen nicht einschränkt, sondern nur denjenigen, die zur Selbstbetätigung noch nicht im Stande sind, hilft, sich selbst zu helfen.“

Bekanntlich ist heute eine Bewegung im Gange, welche darauf hinausgeht, den bestehenden Reichsversicherungen noch eine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit hinzu zu fügen. Wir können uns auch einer solchen Einrichtung gegenüber nur ablehnend verhalten. Dieselbe würde übrigens schon daran scheitern, daß die Arbeitslosigkeit kein Zustand ist, der so wie etwa eine Krankheit nachgewiesen oder verneint werden kann. Vielfach wird die Arbeitslosigkeit vom persönlichen Wollen oder Nichtwollen abhängen.

Die als zweckentsprechend bezeichnete Baseler Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, auf die man oft hinweist, soll durchaus kein Schritt sein zur Hebung der Volksnot. Diese Einrichtung bezweckt nur, die verhältnismäßig gesunden Verhältnisse unter der Baseler Bevölkerung gesund zu erhalten durch das Fernhalten eines zersetzenden Unternehmertums und des durch ein solches hervorgerufenen Proletariats.

Daß gewisse Socialpolitiker sich der Meinung hingeben, diese Arbeiterversicherung könne zu einer heilbringenden Welt Einrichtung werden, das beweist nur, wie wenig

iese Leute von den Grundursachen der Volksnot, insbesondere bei uns im Reiche, wissen, wo Volksnot fast gleichbedeutend mit Landnot ist. Auch die Meinung, durch einen gut ausgebildeten Arbeitsnachweis den beschäftigungslosen Arbeitern einen wirklichen und dauernden Nutzen erweisen zu können, ist eine vage. So lange die Grundverhältnisse dieselben bleiben wie heute, wird man nur erreichen, daß der Arbeitgeber mehr auswählt, immer nur die besten Arbeiter zu erlangen sucht und die weniger brauchbaren auf die Straße setzt.

Im Uebrigen wollen wir es, all' diesen einseitigen Bestrebungen gegenüber, bestimmt und deutlich aussprechen: so lange unsere Statsmänner, wie auch alle anderen durch Beruf oder Neigung mit der praktischen Politikeute Verflochtenen, die eine grundlegende Wahrheit nicht erkennen, daß es sich in der socialen Frage nicht bloß um Bol und Wehe der handarbeitenden Bevölkerung, sondern um die ganze Gesellschaft handelt, so lange wird man sich auch nutzlos an verfehlten Projecten zerarbeiten. Nicht zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden, Unternehmern und Arbeitern, Geburtsadel und Nichtgeburtsadel soll der Kampf geführt werden, sondern zwischen allem heilichem Erwerb einerseits und unredlicher Plutokratie und Statsausbeutung) andererseits.“ (Marlo.)

Das marxistisch-socialistische zur vielumstrittenen Theorie vom „Mehrwert“ führende Dogma, daß lediglich die Arbeit das Bestimmende in der Erzeugung sei\*, enthält ohne Zweifel eine große Wahrheit insofern, als das ursprüngliche gleiche Recht aller am Naturgut nicht zu leugnen ist; nur verzerren leider die Folgerungen, die der materialistische Socialismus zieht, das Bild so sehr, daß es den Verteidigern der heutigen Wirtschaft-Anarchie nur zu leicht wird, die unliebsamen

---

\* Die Socialisten haben diesen Gedanken, wie bekannt, Ab. Smith entnommen.

Kritiker dieser Anarchie als Hansnarren an den Pranger zu stellen. Güten wir selbst uns darum vor Uebertreibungen und beginnen wir mit dem Geständnis, daß es unsere Ueberzeugung nach eine erschöpfende Antwort auf die sociale Frage nicht gibt und nie geben wird, und daß derjenige, welcher sich vermißt, eine solche in Aussicht zu stellen, nur beweist, daß er nicht das Zeug hat, um in dieser Sache mitzureden.

Nach Marlo handelt es sich in dem Rätsel der Neuzeit, d. h. in der socialen Frage, um die verhältnismäßige individuelle Selbstentfaltung aller zu höchstem sittlichem Lebensglück. Die Hindernisse, zu diesem Ziele zu gelangen, liegen außerhalb des Einzelnen in den Gesamtverfassungen und Zuständen der Gesellschaften und Staten und können nur durch eine Neuordnung oder richtiger durch eine Organisation der Gesellschafts- und Staatskörper entfernt werden. Die sociale Frage ist demnach ebenso sehr eine Angelegenheit der inneren wie der äußeren Politik, und hieraus ergibt sich zugleich, daß die verhältnismäßige Lösung der socialen Frage nur auf dem Wege der föderalistischen Organisation — wirtschaftlich gesprochen: der Genossenschaft oder Association — liegt. Wir werden also vor allem einen offenen und rücksichtslosen Kampf zu führen haben gegen die mechanische Auffassung politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Dinge, gegen statliche Bevormundung und Niederhaltung, und hierdurch werden wir zugleich den Beweis erbringen, daß es uns keinesfalls zu tun ist um eine künstliche Hemmung unserer industriellen Entwicklung, und wir werden ferner das Unsere dazu tun, den nationalen Productionsapparat — nach dem Verlangen Robbertus' — wieder in Verbindung mit den Haushaltungen des Volkes und deren tatsächlichen Bedürfnissen zu setzen.

„Worin“, fragt F. F. Noßbach\*, „liegt die große

---

\* Die sociale Frage, S. 8.



Bedeutung des Wortes Association? Unter der Herrschaft des Industrialismus kann der Einzelne mit seinem Großkapital die Kapitalien von Hunderten und Tausenden verhehlen; hier kann also das Individuum die Gesellschaft ausbeuten. In der communistischen Gesellschaft ist es umgekehrt, da soll der Einzelne denken, arbeiten, wie die communistische Gesellschaft will; hier also beutet die Gesellschaft das Individuum aus. Beide Extreme vermeidet die Association, denn sie ruht auf dem freien Vertrag, sie ist zusammengehalten durch den Geist der Ehre und der Gemeinschaft. Darum hält auch die Association die beiden Extreme der tiefsten Armut wie des luxuriösen überschwellenden Reichthums ab, sie führt notwendig zur Bildung von mittleren Vermögen, bei welchen die Arbeit mit dem Kapitale verbunden ist, und in dieser Verbindung allein erhält sich am besten die Frische der Kraft und des Lebens. Die Association vernichtet aber auch den socialen Krieg, in dem sich alle auf Tod und Leben bekämpfen. Dieser Kampf findet in der genossenschaftlichen Verbindung sein Ende.“ Und weiter läßt sich derselbe Gelehrte vernehmen: „Was also muß der vierte Stand tun, wenn er sich zu größerer socialer Selbständigkeit erheben will? Drei Factoren gehören hierzu: Besitz, Bildung, Character, d. h. Religiosität und Gesittung. Es scheint, als habe unsere Zeit die richtige Würdigung dieser Momente verloren: vor dem Mammon beugt man sich, die Talente vergöttert man, die Charactere aber — die tritt man in den Staub. Darum ist die Characterlosigkeit die klaffendste Wunde der Zeit! Und doch hat es in der Geschichte nichts wahrhaft Großes und Dauerndes gegeben, das nicht von sittlicher Weihe umflossen war; wo diese Grundlage fehlte, haben alle Schöpfungen bald wieder Schiffbruch gelitten und sind untergegangen.“

Wir wissen freilich, daß unsere nationalliberalen Gelehrten, dieselben Leute, welche sich nicht genug über den Geschichts-Materialismus der Marxisten erbozen können,

unsere Darlegung wie überhaupt unsere föderalistische Weltanschauung auf's Heftigste bekämpfen. Sie sagen und Ihr irrt, wenn Ihr glaubt, die Unvollkommenheiten eines Zustandes, eines States, einer Gesellschaft entspränge immer der mangelhaften Einsicht der leitenden Personen und Ihr irrt darum auch, wenn Ihr glaubt, ein Universalmittel gegen die bestehenden Schäden zu besitzen. Das was Euch vorschwebt, sind Utopien! Wir aber erwidern hierauf, daß wir nicht sowol mit Utopien die Menschheit betrügen wollen, als vielmehr bestrebt sind, die utopistischen Vorgaukelungen gewissenloser Führer zu zerstören. Wir wollen — insoweit es sich um die handarbeitende Bevölkerung handelt — endlich einmal die Frage lösen, wie der Mensch aus einem Sklaven der Maschine zum Herrn derselben gemacht werden könne.

In England ist diese Frage heute als gelöst zu betrachten. Wir wissen wol, daß es ein undankbares, ja fast aussichtsloses Unternehmen ist, in einer Zeit, in der die öffentliche Meinung selbst in Kreisen der Wohl- und Ehrlichgesinnten krampfhafte Anstrengungen macht, England als ein Staatswesen hinzustellen, in dem eine Sippschaft von großen Kapitalbesitzern und Ausbeutern herrscht und immer und überall nur sein eigenes Interesse verfolgt, — in einer solchen Zeit davon zu reden, daß in Bezug auf die Arbeiterfrage und auf die socialen Dinge überhaupt das englische Volk und das von ihm Geschaffene als unerreichte Vorbilder dastehen. Die Engländer haben für denjenigen, welcher sich nicht seine Sinne durch eine unerhörte, noch nie dagewesene Preßmacht verwirren läßt, gerade auf dem Gebiete der Socialpolitik den Beweis erbracht, daß es auch einen Egoismus innerhalb sittlicher Schranken gibt. Wer hierfür die überzeugenden Belege bis ins Einzelne aus- und durchgeführt kennen lernen will, der nehme das Buch des sächsischen Legationsrates v. Mostiz über „Das Aufsteigen des englischen Arbeiterstandes“ in die Hand. Aus dieser ausgezeichneten Dar-

ellung heraus wird es sich ihm mit einer zwingenden Notwendigkeit aufdrängen, daß, nicht veranlaßt durch eine ach Millionen zählende Socialdemokratie oder durch abentheuerliche Mordanschläge auf das Statsoberhaupt, sondern geführt lediglich durch den geistigen Zwang, den das Gefühl der Pflicht ausübt, ein Emporheben und Gleichstellen der einst elend und unterdrückt gewesenen Industriebevölkerung vollzogen worden ist. Und so folgenreich ist dieses Aufsteigen geworden, daß in der großen Krise, welche der südafrikanische Krieg heraufbeschworen, die Arbeiterschaft einmütig zur Regierung und den herrschenden Kreisen gestanden hat.

Wie steht es in dieser Beziehung im Deutschen Reiche? Nun, wir glauben: Noch können wir, trotz so wenig betriebiger socialer Zustände, im Falle äußerer Verwickelungen darauf rechnen, daß die Masse der deutschen Arbeiterschaft treu zum Vaterlande stehen wird; aber noch in Jahrzehend jener Tätigkeit, die nach Bismarck als einziges wirksames Mittel gegen die Socialdemokratie das „Lotschießen“ kennt und anpreist, und die Zeiten des verfallenden Griechenlands, welches eine Beute der Macedonier wurde, und des niedergehenden, den anstürmenden Barbaren verfallenden Roms lehren auch für uns wieder. Auch in der antiken Welt gieng jener breite und tiefe Spalt durch die menschliche Gesellschaft: besitzende Bürger und besitzlose Proletarier standen sich in tödlicher Feindschaft gegenüber.

---

## Don den geistigen Gewalten.

---

**A**lle die Lobrednereien, welche wir seit Jahrzehenden über die preußisch-bismarcksche Reichsgründung zu hören bekommen, erschöpfen sich in der Aufzählung materieller Erfolge, und selbst der unbedingteste und urtheilsloseste Bewunderer dieses Reiches wagt es heute kaum noch, von Fortschritten geistiger Art als eine Folge der neudeutschen Einheit zu reden. Um so mehr allerdings glaubt man, die materiellen Erfolge als eine Sache hinstellen zu können, die anders als auf dem Wege der Reichsgründung nicht zu erzielen gewesen sei. Hierauf möchten wir im Voraus Eines bemerken: Wir sind der festen Ueberzeugung — und können es durch Thatfachen reichlich belegen — daß ein anderer Ausgang der Krisis von 1866, daß die Niederwerfung Preußens auch nicht im Entferntesten die Hemmung des wirtschaftlichen Fortschritts in Deutschland bedeutet hätte. Die wirtschaftliche Entwicklung würde ja einen andern Gang genommen haben, das ist gewiß; aber es wäre sicherlich kein Unheil gewesen, wenn wir nicht mit so krankhafter Hast in den Export-Industriestrat hineingejagt wären und statt dessen unsere, der Gesundheit des ganzen Volkes förderliche landwirtschaftliche Grundlage verbrettert hätten. Daß damit auch zugleich der geistig-sittlichen Entwicklung Vorschub geleistet worden wäre, liegt auf der Hand, während wir jetzt umgekehrt unter dem Einfluß des Industrialismus einen ebenso offenkundigen Niedergang gewahren, eine geistige Verflachung um sich greifen sehen,

ie dem denkenden Beobachter wahrhaft beängstigend zu  
Nut werden läßt. — Zwar hat Wilhelm I. nach Abschluß  
er „Einigungs“-Kriege versichern lassen, es solle nunmehr  
„ein Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte“ geschaffen  
werden, aber es ist wol kaum anzunehmen, daß diese Worte  
nirgends gemeint gewesen, und daß man sich in leitenden  
Kreisen in Wahrheit dem Glauben hingegeben habe, aus  
einer blutigen Saat könne „fromme Sitte“ und vollends  
der Friede auf Erden entstehen — wem fielen hierbei nicht  
Kussprüche ein wie: Wer Wind säet, wird Sturm ernten,  
und: Wenn ihr gleichviel betet, so höre ich euch doch nicht,  
enn eure Hände sind voll Bluts — und sollte man wirk-  
lich sich solchem Irrwahn hingegeben haben, so kann man  
sich doch hinterdrein nicht damit entschuldigen, daß niemand  
es unternommen hätte, diesen Wahn in sein Nichts aufzu-  
heben. Wir erinnern an die von einem Feuer hoher Be-  
geistigung durchglühnten Mahnschriften der B. A. Huber,  
Ketteler, Frank, Buttke, Gerlach, Trautwein von Belle,  
Schriften von z. T. so zwingender Logik, daß man sich in  
den leitenden Kreisen nur dadurch mit ihnen abzufinden  
konnte, daß man sie vollständig totschwieg.

„Kein Deutscher, der des Namens Deutscher noch wert  
ist“, sagte nach der Begründung des Nordbundes Traut-  
wein von Belle\*, „wird das Streben nach Einigung  
Deutschlands an und für sich verdammen wollen. Im  
Begentheil, es ist das höchstberechtigte der Neuzeit. Aber  
was kann, darf und muß verlangt werden, daß dieses  
Streben sich befinde im Einklange mit der Entwicklung des  
deutschen Volksgeistes, mit den Blüten deutscher Geschichte  
und deutscher Kultur. Soll dieses Streben rein, lauter  
und unanfechtbar bleiben, so muß es sich immerdar in den  
Bahnen geistiger Freiheit bewegen, es darf keinem Bestand-  
teile des Deutschtums einen Schatten von äußerem Zwang  
auferlegen, sondern es muß sein Ergebnis aus dem Gesamt-

---

\* Deutsche Vierteljahrs-Schrift, 1869, III, S. 144.

willen und dem freien Entschlusse der Nation selbständig und selbsttätig hervorgehen! Denn Deutschland ist eine individuell gestaltete Welt, die nie einem unbeschränkten Machtgebot sich willenlos beugte. Absolutismus und Deutschtum sind entgegengesetzte Größen. Wider alle flachenden Einflüsse hat der deutsche Volksgeist sich mannhaft gewehrt, wider alles über einen Stamm Scherren hat er derb und geradeaus protestiert, gegen den Protestantismus selbst hat er sogar dereinst Protest erhoben, als die Lehre Luthers und Calvins zu toten Formeln versteinert und der Buchstabenglaube in die Herzen der Evangelischen einzog. Es gibt kein rein protestantisches Deutschland, es gibt kein rein katholisches, weder das eine noch das andere ist auf der Landkarte zu finden. Ueberall durchkreuzen sich die Elemente. Nirgends in Deutschland trifft man ein Gebiet, in welchem ständisches Wesen als Einschränkung des Fürstentums immerdar gefehlt hätte, nirgends aber auch wird man bei uns eine Gegend ausfindig machen, in welcher die ständischen Rechte das Fürstentum völlig verdunkelt oder zur Parlamentsregierung herabgedrückt hätten. Ganz freie Stadtgemeinden, wahrhaftige Republiken hat es in Deutschland sechs Jahrhunderte lang viele gegeben, am 1. Januar 1792 waren ihrer noch einundfünfzig, aber auch diese standen unter der höchsten schirmenden Obhut des monarchischen Reichsoberhauptes, ihre Freiheit war eine kaiserliche, im Ursprung eine königliche, ihre Unabhängigkeit war mit dem leitenden Gedanken der Reichsregierung innig verbunden. Wo eine Reichsstadt sich als vollkommen souverain geberdete, wie z. B. Straßburg im dreißigjährigen und im bourbonischen Einverleibungskriege, da hat sie es bitter, Straßburg mit der Fremdherrschaft, bezahlen müssen. Nie und nach keiner Seite steuerten die deutschen Dinge ins Unbegrenzte, Schrankenlose hinaus, es war überall dafür gesorgt, daß die Bäume nicht in den Himmel wuchsen. Wer die deutsche Einheit erkämpfen will, muß diesen Lebensbedingungen sich fügen. Nicht wie über ein nieder-

stumpfes Saatfeld darf derjenige über das deutsche Pflanzgut einherfahren, der dem Vaterlande den Vollgenuß der Einheit und der lebendigen Kraft auswirken will. Drei Dinge wird er heilig zu schonen haben: Das deutsche Geschlecht, das deutsche Fürstentum und, im Sinne der Zeit eher am meisten, das deutsche Volkstum.

„Es ist mit dem deutschen Gewissen besser bestellt, als die oberflächliche Alltagsmeinung es gemeinhin vermuten läßt. Denn diese Alltagsmeinung, welche unter dem hochklingenden Namen ‚öffentliche Meinung‘ die Herrschaft des bloßen Erdreichs beansprucht, ist bei allen Völkern gleichmäßig, übermäßig und inhaltsleer. Der Liberalismus unserer Tage hat ihr alle Tore und alle Häfen Europas und Amerikas aufgetan und sie wie einen breiten, reißenden Strom über die Länder ergossen. Dennoch gibt es in diesem wilden Getümmel Ruhepunkte, und so lange der deutsche Mensch ebenso sehr innerlich als äußerlich lebt, wird er immer ein stilles Bläschen und einen ungestörten Augenblick finden, in welchem er über die Dinge dieser und jener Welt nachdenkt, das Recht und Unrecht der Streitigkeiten abwägt und ein sittliches Urtheil über das Geschehene fällt. Mögen Tausende und Abertausende vor dem materiellen Erfolge in den Staub sinken, anbetend die Größe der freisinnigen Volksbeglückter bejubelnd die Niedrigkeiten des historischen Rechtes oder gar die der eigenen Partei: andere ernstere tiefere Charaktere wird man auf deutschem Boden jederzeit hinter der gleichgültigen Menge, und nicht wenige, heraus erkennen, die niemals der Losung folgen mögen: *ubi bene, ibi patria!* In Deutschland handelt es sich allertwegen nicht bloß um das „ob“, sondern auch um das „wie“! Scheinen Zweck und Ziel noch so läuzend und lockend verheißungsvoll, der deutsche Mensch ist sich die Frage nach den Mitteln des also erstrebten Zweckes nie ganz in den Hintergrund rücken. Er will die Thaten der Geschichte mit reinen Händen vollbracht sehen, und er hat Recht daran, weil solche Thaten der edel-

sten Anstrengung würdig und des heiligsten Aufschwunges der Gemüter bedürftig sind.“

Die glänzenden, wenngleich rein äußerlichen wirtschaftlichen Erfolge, die sich an die kriegerischen Ereignisse nach 1866 und 1870/71 angeschlossen, konnten Hand in Hand mit einer bestochenen Presse das Volk so umnebeln, daß wir schließlich auf einem Punkte anlangten, auf dem auch ein Euwien bedenklich gestimmt und zu dem bekümmerten Gesamtstandnis hingerissen werden konnte: „Augenscheinlich befinden wir alle uns heute in dringender Gefahr, daß die unermesslich anschwellende und immer leidenschaftlicher vorbringende Arbeit das Individuum völlig absorbiert, alles selbständige Seelenleben unterdrückt und zu bloßen Werkzeugen eines seelenlosen Kulturprocesses herabsetzt.“ Und auch ein Vertreter der jetzigen Reichsregierung, Graf Posadowsky, hat sich im Reichstag durch die gegenwärtige Entwicklung der Dinge den Wunsch abpreffen lassen: das deutsche Volk möge sich wieder etwas mehr als das Volk der Denker und Idealisten fühlen. Aber so etwas ist heute leicht gesagt, nachdem der Volksgeist durch eine gewissenlose, nur auf materielle Erfolge ausgehende Realpolitik bis in das Innerste hinein vergiftet worden ist und Hoch wie Niedrig nun miteinander wetteifern in der Anbetung des bösen Materialismus. Das englische „to make money“ — beim einzelnen Engländer immer gemildert durch ein nationales Pflichtgefühl, so daß man in der That von einem gesunden englischen Egoismus sprechen kann, — ist bei den Deutschen in die rohste, durch keine sittliche Schranke eingeeengte Sucht Geld zu verdienen ausgeartet.

Es war nicht bloß ein großer Irrtum, es war ein Verbrechen, als man daran gieng, die politischen Gebrechen des alten Deutschlands mit „Blut und Eisen“ zu heilen, als man Bundesbruch und Bruderkrieg aus Gründen der Staatsraison guthieß und doch von der Moralität und geistigen Beschaffenheit der Einzelnen erwartete, daß sie intakt bleiben sollten. Daran ändert gar nichts, was die auf



an Gelehrtenstühlen des neuen Deutschlands sitzenden geizigen Schildknappen, das „wissenschaftliche Leibregiment der Hohenzollern“ — wie Du Bois-Reymond sich so klassisch ausdrückte — vor allem ein Treitschke zur Verteidigung jener Politik vorgebracht haben.

Gerade Treitschke, dieser undeutscheste aller deutsch sich erberbenden Chauvinisten, hat durch seine gewaltsame Verkennung von Moral und Geschichte, durch die oft bajazzoartigen Sprünge auf dem ernstesten Gebiete wissenschaftlicher Forschung der von ihm verteidigten Sache vielleicht mehr geschadet als genützt, wenn auch gar nicht zu leugnen ist, daß seine mit dem Feuer einer aus dem Innersten kommenden Begeisterung vorgetragenen Phantasien in den Köpfen einer jugendlichen urteilslosen Hörer eine grauenhafte Verwüstung angerichtet haben.

Hier nur ein Beispiel der Heuchelei und bewußten Verzerrung:\* „Da springt zunächst in die Augen“, so wird uns an der einen Stelle mit sittlichem Pathos versichert, „daß der Stat als eine große Anstalt zur Erziehung des Menschengeschlechts notwendig unter dem Sittengesetz stehen muß. Es ist gedankenlos, wenn man so unbedingt davon redet, Dankbarkeit und Großmut seien keine politischen Tugenden. Denke man nur an jenen frechen und frivolen Landsknecht Felix Schwarzenberg. . . . So ist es, im Großen gesehen, überhaupt nicht richtig, daß die Mittel der Verschlagenheit im diplomatischen Verkehr entscheiden. Eine loyale und rechtliche Politik gewinnt sich vielmehr den Kredit, der eine wirkliche Macht ist. Wenn die Nachbarstaaten wissen: auf diese Regierung können wir uns verlassen, so liegt darin eine gewisse moralische Kraft für den Stat.“ Und gleich darauf heißt es: „Großmut und Dankbarkeit sehen wir, sind sicherlich auch politische Tugenden, aber nur, wenn sie dem Hauptzweck der Politik, der Erhal-

---

\* Festgehalten in der nach Treitschke's Tod herausgegebenen Vortragsammlung: „Politik“, I, S. 86.

„Macht,\* nicht widersprechen.“ Das ist im Großen und Ganzen die politische „Moral“, wie Friedrich II. in folgenden Sätzen niederlegte: „Es folgt weiter aus dem Wesen des States als souveräner Macht, daß er einen Schiedsrichter über sich nicht anerkennen kann und mithin rechtliche Verpflichtungen in letzter Instanz seiner eigenen Entscheidung unterliegen. Das muß man im Auge haben, um bei großen Krisen nicht philisterhaft vom Standpunkt des Advocaten zu urteilen.“ Nur schade für die Moralphilosophen vom Schläge eines Treitschke und Friedrich, daß gerade die großen Krisen zum Schluß immer gegen den entscheiden, der sich nicht auf den „philisterrächtlichen“ Standpunkt gestellt. Viel doch die letzte Entscheidung jener Krisis, die Friedrich II. über Preußen herauf beschworen hatte, bei — Jena!

Die grenzenlos leichtfertige Art, mit der bei Schaffung des neuen Deutschlands alle geschichtliche Ueberlieferung bei Seite geschlagen — aus dem Blauen heraus und ins Blaue hinein gebaut wurde, weiß Treitschke in seiner blumenreichen Sprache nicht nur zu entschuldigen, sondern geradezu als etwas ganz besonders verdienstliches hinzustellen. — „Die oft gewaltsame Lösung der Fäden unserer Entwicklung“, so läßt er sich vernehmen, „und der verworrene Gang unserer Geschichte haben wenigstens den Vorteil gehabt, uns vor politischen Traditionen und Vorurteilen zu bewahren, durch die andere Völker leicht die Klarheit des politischen Denkens und Urteilens verlieren.“

Ein Zeichen geistigen Niederganges ist es immer, wenn im Volke das Gefühl für Menschenwürde erstirbt, wenn die führenden Geister in byzantinischer Unterwürfigkeit den Massen ein schlimmes Beispiel geben und die Dinge vorbereiten für Cäsarismus und statlichen Verfall. Bedarf es

---

\* Das heißt natürlich im Sinne Treitschke's gedacht und auf Preußen angewendet: der weiteren Ausdehnung dieser Macht.

och eines Beweises, daß die Entwicklung im Deutschen Reich heute auf diesem Punkte angelangt ist, so denke man nur an den Götzendienst, der mit dem Namen eines Bismarck getrieben wird, man sehe hin auf den Wald von Denkmälern, der im letzten Jahrzehend in Deutschland empor geschossen ist, und welcher keineswegs Deutschlands große Geister ehrt, sondern einen Bismarck und Wilhelm I.\*

Es ist wahrlich eine traurige Sache, daß es geradezu ein Stück der sogenannten deutschen Bildung geworden ist, leienigen Persönlichkeiten zu preisen, deren Streben im tiefsten und unversöhnlichsten Gegensatz stand zu dem inneren Wesen des deutschen Volkes. Nichts ist dem Deutschen mehr zuwider, als ein soldatisch centralisierter selbsterrlicher Einheitsstaat, dessen Zweck die Eroberung ist, und in dem die Menschen einen Wert nur haben als Material, am Aufbau und zur Erhaltung dieses Staates, und doch hören wir heute, daß wir eben denjenigen Männern die uns in ein solches Staatswesen hinein gezwungen haben, die Wiedergeburt unseres Volkes verdanken sollen.

Im Vorwort zum Busch'schen dreibändigen Bismarck-Berke wird von Bismarck behauptet, daß er, der immer die Pose gehaßt und eifrig bemüht gewesen, Legenden um eine Person zu zerstören, niemals seine Gestalt nur von einer Seite zeigen wollte, „weder in seinen Gedanken

---

\* Der alte Demokrat Ischolle tat einst den Ausspruch: Derjenige, der ein Denkmal verdient, braucht keins, und derjenige, der eins braucht, verdient keins.“ Ihm war bekanntlich schon das alte Deutschland, das Deutschland der Befreiungskriege, zu byzantinisch, und er wandte ihm deshalb den Rücken. Was würde er nun wol sagen zur — Anpassungsfähigkeit seines Volkes, das man noch immer das Volk der Denker nennt, wenn er das neue Deutschland sähe mit seinen Siegesdenkmälern, Victorien, Imperatoren, Bismarcken und anderen ehernen Zeichen deutscher „Dankbarkeit“ ?

und Erinnerungen, noch in dem, was er andere von sich veröffentlichen ließ, ohne seine Verantwortung, aber meist auch ohne Widerspruch.“ Darauf paßt nun sehr schlecht, was die breite Oeffentlichkeit von Belsenfond und Bismard'scher Reptilienpresse heute schon weiß; und daß Bismard es nicht ohne Widerspruch hinnahm, wenn jemand etwas ihm nicht Genehmes über seine Person veröffentlichte, davon zeugt die schier unendliche Reihe von Bismard's-beleidigungs-Processen, davon zeugen die Gefängnis- und Zuchthausstrafen, die in diesen Processen erkannt werden. War doch auch der berühmte Arnim'sche Hochverratsproceß in letzter Reihe weiter nichts als ein Proceß wegen Bismard'sbeleidigung.

Daß aber ein Mann wie Bismard Jahrzehende das deutsche Volk beherrschen und in einer bis dahin unerhörten Weise ausnützen konnte, daran trägt vor allem die Schuld jene Partei, die sich prahlerisch nationalliberal nannte, obgleich sie Nation wie Freiheit zu verraten bereit war zu jeglicher Stunde. Die allerschlimmste Wirkung, die in der Weltanschauung dieses Nationalliberalismus liegt, ist die, daß sie das Leben aller Ideale entkleidet und sich doch wiederum in der Oeffentlichkeit als die vornehmste, ja einzige Vertreterin dieser Ideale stempelt und (durch eine bestochene Presse) stempeln läßt.\* Die Begriffe Vaterland, Patriotismus, Nationalgefühl usw. werden dadurch, daß sie in den Dienst des Nationalliberalismus gestellt werden, ihres sittlichen Inhalts entkleidet; sie sinken, dem Gemüthsleben des Menschen entrückt, zu bloßen Werkzeugen herab und dienen lediglich noch materiellen Interessen. Und so erlebten wir denn

---

\* Man denke daran, daß in der Presse die der national-liberalen Weltanschauung huldigenden Parteien allein als die nationalen, die vaterländische Parteien bezeichnet werden, während man die anderen Parteien, also auch die Bismard's-Partei des verjudenten Rickert'schen Freisinn und die jetzige Regierungspartei des Centrums, einfach als vaterlandsfeindlich bezeichnet.

sch, daß die nationalliberale Partei zugleich die Geschäfts-  
partei par excellence war, daß die nationalliberale Gesetz-  
gebungsära die Aera der Gründer und Schwindler war,  
und daß die nationalliberalen Führer auch zugleich Führer  
waren in jenem großen und leider nur zu erfolgreichen  
Kaubzug, der in den ersten Jahren des neuen Reiches  
gegen das Vermögen des arbeitenden Volkes unternommen  
worden ist.

August Reichensperger, eine der würdigsten, zuver-  
lässigsten und feinfühligsten der aus jener Zeit hervor-  
ragenden Gestalten, kennzeichnete den nationalen Liberalis-  
mus bereits in einer Zeit, in der er noch weit von seiner  
Herrschaft entfernt war, folgendermaßen: „Die deutschen  
Labourianer wollen den centralisierenden, alles Recht, die  
Religion und die deutsche Sitte nivellierenden Beamtenstat  
die französische Kopfzahlvertretung statt des englischen, ger-  
manischen Selbstgovernmentes der Corporationen, Stände und  
Genossenschaften, den französischen Statsabsolutismus, den  
'modernen' Polizeistat. Das deutsche Sardinien soll die  
Rolle des italienischen spielen, und ohne Rücksicht auf die  
germanische Selbstständigkeit der deutschen Hauptstämme  
soll ganz Klein-Deutschland von Berlin aus centralisierend,  
wie Frankreich von Paris, Jung-Italien von Rom aus,  
beherrscht werden. Diese Gothaer können nichts Neues  
schaffen; sie kehren immer wieder in den falschen Zirkel  
ihres Statsabsolutismus zurück, mit den aus ihnen be-  
stehenden Kammermajoritäten, mit der sich unter ihren  
Händen vermehrenden Bureaukratie, mit der Monopolisie-  
rung des Rechtes und den hebormundenden, welschen Ein-  
heitsstaten, mit der stetigen Vermehrung des Statsbudgets,  
mit dem Statskirchentum.“ \*

Der Nationalliberalismus verbietet es, über die Dinge  
nachzudenken; er fordert von seinen Anhängern, daß sie

---

\* August Reichensperger 1808—1895. Von Ludw. Pastor.  
1. Band, S. 419.

rücksichtslos einer starren, auf Nützlichkeitsgründe aufgebauten Parteidoctrin sich beugen, und er bildet in Folge dessen einen Anechtssinn heraus, wie er abstoßender und widerlicher uns wol niemals in der Geschichte entgegen tritt. Sehr begreiflich ist, daß seit der Herrschaft dieser Geistesrichtung die Misachtung der Freiheit wie überhaupt der Rechte des Einzelnen als etwas Selbstverständliches angesehen wird. Man erinnere sich nur an die Verfolgung der katholischen Geistlichen in der Zeit des Kulturkampfes, der glaubenstreuen protestantischen Pfarrer in Hessen, der bismarcks- und preußenfeindlichen Schriftsteller und der Welfen, an die Majestätsbeleidigungs-Processe, an das Verbot mißliebiger Schriften von Berlin aus auch in den nichtpreußischen Ländern! Wahrlich, eine Verkümmernng der menschlichen Freiheit, die an die Zeiten der finsternsten Reaction in den nichtpreußischen Ländern auch nicht im Entferntesten heran reicht. — Die verhältnismäßig kleine Zahl von Fällen, in denen damals willkürliche Freiheitsberaubungen gegenüber politisch anders Denkenden vorgekommen ist, ist allgemein bekannt geworden, und jeder einzelne Fall hat in der Gesamtheit des Volkes einen Entrüstungsturm hervorgerufen. Wie steht es dagegen im neuen Deutschland? Hier erfolgen allein wegen der Kaiser-Beleidigungen in einem einzigen Jahre 500 bis 600 Verurteilungen, und die Zahl derjenigen Deutschen, die sich über diese Ungeheuerlichkeit aufregen, ist jedesfalls nur klein. So sehr hat sich der freiheitsstolze Germane unter dem Regiment Bismarcks und der Nationalliberalen an diese Dinge gewöhnt; ja, man schreit womöglich noch selbst nach dem Staatsanwalt, wenn dieser einmal nicht gleich zur Stelle ist.

Am 5. März 1901 sagte jammernd der Leipziger Professor Haffe im Berliner Reichstage: „Ein großer Teil dessen, was der gewaltige Kanzler an Reichsgesinnung und an monarchischer Gesinnung in einem gigantischen Lebenswerke aufgebaut hatte, das ist jetzt in den letzten

ehn Jahren Stein für Stein abgebröckelt, und einer unserer Kollegen auf der rechten Seite dieses hohen Hauses hatte Recht, wenn er mir jüngst sagte, daß eigentlich nichts mehr u verderben, nichts mehr niederzureißen übrig bleibe.

„Wie es scheint, hielt man in den maßgebenden Kreisen eine derartige Auffassung für die von Mörglern, die den Staub der deutschen Heimat sobald als möglich von den Schuhen schütteln sollten, weil man bei den zahllosen Festreisen durch das Land eben niemals die Werktagsgesichter sieht und die verdrossenen Stimmen hört. Bei Denkmalsenthüllungen, Paraden, Jubiläen, ja selbst bei Jagden fliegen die Menschen in einer Festtagsstimmung zu erscheinen und freundliche Gesichter zu zeigen. Und dabei will ich noch gar nicht jemanden der bewußten Täuschung bezichtigen.

„Aber wir hier im deutschen Reichstage tagen nicht in Byzanz, sondern in der Hauptstadt des Deutschen Reiches, und unsere Pflicht und Schuldigkeit ist es, der Stimmung unseres Volkes einen unverfälschten und rückhaltslosen Ausdruck zu geben, wenn wir uns nicht an dem mit schuldig machen wollen, was da kommen wird und kommen muß.

„Noch ist es Zeit zur Umkehr, aber es ist die höchste Zeit!“

Wir kennen Haffe als einen warmen und ehrlichen Patrioten, so daß wir uns nicht entschließen können, diese Worte für Heuchelei zu nehmen. Und doch: Professor Haffe gehört der nationalliberalen Partei an, er ist ferner Vorsitzender des Alldeutschen Verbandes, jener Gesellschaft von Leuten, die in Byzantinismus wol geleistet haben, was menschenmöglich! So viel ist nun sicher, daß durch Rednerien wie die oben wiedergegebene die Verwirrung, die so wie so schon in den Köpfen des jungen Deutschlands groß genug ist, immer ärger gemacht wird. Wir können und wollen es darum nicht unterlassen, den Versuch, die Schuld von den allein Schuldigen abzuwecken, nach Gebühr zu kennzeichnen. Dabei soll zugleich

daran erinnert werden, daß es auch nicht an Versuchen fehlt, die Fähigkeit des modernen Deutschen, sich unter- und einzuordnen, als eine nützliche und lobenswerte Eigenschaft zu rühmen und dadurch gegen die Gefahr, die in dieser Entwicklung liegt, abzustumpfen. Wenn wirklich dieses Unterordnungsvermögen, welches schließlich immer ausartet in Herdengeist und Byzantinismus nach unten, in Ueberhebung und Imperialismus nach oben, wenn, sagen wir, diese Unterordnung wirklich ein Zeichen des Auf- und Vorwärtsschreitens ist, dann müssen die Chinesen wahrlich ein sehr vorgeschrittenes und hochstehendes Volk sein. Aber gerade bei den Chinesen sieht man heute deutlich, in welchen Abgrund es führt, wenn das Verantwortlichkeitsgefühl mehr und mehr von dem Einzelnen hinweggenommen und der Allgemeinheit aufgebürdet wird. Doch wir brauchen noch nicht einmal so weit zu gehen, um die unheilvollen Folgen der Statsucht kennen zu lernen. In der romanischen Welt sehen wir, wie sonst hochbegabte Völker durch diese Sucht vollständig zu Grunde gerichtet werden, und es ist sicherlich ein sehr verständliches Zeichen der Zeit, daß man sogar in Frankreich heute allenthalben nach Erlösung von der alles umklammernden Centralisation schreit, daß das niedergetretene Volk Oberitaliens während des letzten Aufstandes, daß die Catalanier in Spanien in der Gegenwart laut und vernehmlich Selbstbestimmung und Selbstverwaltung als erste Bedingung zu einer Wiedergesundung des schwer erkrankten Volkskörpers fordern.

Nein, derjenige ist wahrlich nicht unser Freund, der uns weiß macht, daß die Centralisation das Princip des Lebens und des Fortschrittes sei, wo es doch so offenkundig zum Niedergang und zum Verfall der Völker führt.

Unsere Nationalen haben uns zum Ueberdruß die Polizeiwillkür des alten Bundes vorgeführt und ausgemalt, um uns auf diesem schwarzen Hintergrund das Bild des herrlichen neuen Reiches um so glänzender zu zeigen. Wir aber meinen, daß keine Zeit, auch nicht die der finsternsten



Reaction, eine solche Knebelung des freien Menschengewisses, eine solche Vergewaltigung der öffentlichen Meinung, eine solche Misachtung verbriefteter Rechte kennt, wie die Zeit des neuen Deutschlands.\* Von der „Demagogen“-Verfolgung aber, die nach dem Befreiungskriege in Deutschland ihr Wesen trieb, sollten die Preußenfreunde lieber schweigen, denn sie gieng nicht von Frankfurt, sondern von Berlin und Wien aus.

Auf ein neues Römertum läuft das System von 1866 hinaus. So kennzeichnet Constantin Franz scharf und knapp die Selbsterichtung des im neuen Deutschland verkörperten Bismardianismus. „Seltsamer Widerspruch“, so ruft derselbe Schriftsteller dann den nationalliberalen Kulturkämpfern zu, „Angesichts dessen sich um so mehr über den Ultramontanismus ereifern zu wollen! Denn das eben nenne ich hingegen die allerschlimmste Art von Ultramontanismus. Und wahrlich, ein sonderbares Mittel zur Wiederherstellung deutscher Nationalität, wenn man unser deutsches Rechts- und Ehrgefühl ersticken will, um uns dafür die Grundsätze jener von Mars erzeugten und von der Wölfin gefängten Eiberbrut einzupfropfen, welche einst Gottes Zorn zur Geißel aller Völker werden ließ, damit die Lüge der heidnischen Welt zu ihrer Selbstoffenbarung gelange, bis er dann in seiner Barmherzigkeit die alten Germanen aus ihren Wäldern hervorbrehen ließ, um das Sündenreich jener Eiberbrut wieder zu zertrümmern und eine neue bessere Weltordnung zu begründen. Jetzt aber will man die seitdem emporgekommene christlich-germanische Denkweise

---

\* Hier nur ein par beweiskräftige Beispiele für diese schwere Anklage: Bundesbruch, Bruderkrieg, Umsturz von Thronen und Verfassungen im Jahre 1866, der Fall Twesten und der Fall Arnim, der Kulturkampf, die mit dem Socialistengesetz eingeleitete Socialistenverfolgung, und, um wenigstens ein Beispiel aus der neuesten Zeit anzugeben, die Brausewetterkammer.

wieder zu der altrömischen zurückschrauben. Das heiße ich unumwunden Ultramontanismus!

Und auch in anderer Beziehung erweist sich die vielgepriesene neudeutsche Entwicklung nur als die reine Nachahmung romanischer Vorbilder: Mit dem Bismarck'schen Statsstreich — einer Kopie des napoleonischen — begann die ruhmreiche Aera, dann kamen das Kopfzahl-Wahlssystem, die mechanische Gewerbefreiheit, die Freizügigkeit, die neuen Münzen, Maße und Gewichte, alles Nachäffungen französischer Vorbilder, und gekrönt wurde schließlich das Werk durch Civilehe und Civilstandsregister.

„Welcher Dämon“, so urteilt wiederum Const. Franz, „treibt denn nun das Volk der Denker dazu, nachdem es sich 1870 so hoch erhoben haben soll, daß es noch bis heute nichts Besseres zu tun weiß, als Schritt für Schritt alle diejenigen Maximen und Einrichtungen anzunehmen, die das verkommene Frankreich aufgestellt? Ist dieses Frankreich wirklich verkommen, so scheint es wol ein nahe- liegender Gedanke, daß solche Vorkommnisse in einigem Zusammenhang mit den Grundsätzen von 1789 stehen dürften. Warum also desselben Weges gehen, wie doch jetzt wieder durch Nachahmung der großen französischen Erfindung der Civilehe und des Civilstandsregisters geschieht? Soll aber um des Fortschritts willen geschehen, um neue Waffen für den großen Kulturkampf zu gewinnen.“

Daß es in einem Reiche, in welchem Kreiße, wie die eben geschilderten, Jahrzehende hindurch ausschlaggebenden Einfluß hatten, auch um die Schule nicht zum Besten steht, ist leicht verständlich. Und wenn Eucken sehr richtig es als ein Hauptverdienst der Reformation bezeichnet\*, „daß

---

\* „Die Zeit“ Nr. 259. — Wir wollen gern zugeben, daß Eucken selbst sehr genau erkennt, welchen Gefahren die Bildung und das ganze Geisteswesen im jetzigen Deutschland entgegen- treiben, aber es geht diesen Gelehrten eben wie einer großen Anzahl anderer sonst ehrenwerter Leute: Der nationalliberale

ie Deutschland zum klassischen Lande des modernen Schulwesens gemacht, indem sie alle Dressur für äußere Zwecke ablehnte und eine Bildung des Individuums von innen heraus verlangte“, so müssen wir uns leider gestehen, daß die deutsche Schule von heute von der Höhe dieser Classicität tief herabgesunken ist und daß der deutsche Schullehrer sehr viel von jener idealen Bedeutung verloren hat, seitdem die Deutschen sich vom Volke der „Träumer“ zu ein Volk der Rechner und Geschäftsmacher verwandelt haben. Dazu kommt noch eine andere bedenkliche Sache. Mit der Herausbildung des modernen States hat sich die Schule immer mehr aus einer allgemeinen Bildungsanstalt zu einer Drillanstalt für staatliche Gefinnung umgewandelt. Beht doch die Inanspruchnahme der Schule für einseitige Partezwecke heute schon so weit, daß man verlangt, sie solle die ihr anvertraute Jugend durch nachdrückliche Schilderung der socialdemokratischen Irrlehren gegen die Einflüsse der Socialdemokraten gefeit machen.\*

---

Geist hält sie so fest umklammert, daß sie, obgleich sie die Folgen der bismarckisch-preussischen Politik erkennen und vor ihnen zurückschrecken, doch diese Politik selbst lobpreisen und um alle in der Welt nicht von ihr lassen möchten.

\* Wir wissen wol, daß der correcte Staatsbürger erschrecken wird, wenn wir ein solches Verlangen als ein parteipolitisch hinstellen. Seiner Meinung nach ist dasselbe ein durchaus gerechtes und wahrhaft patriotisches. Doch ganz abgesehen davon, daß das verlangte Verfahren ganz aussichtslos ein würde, wäre dasselbe in der That ein ganz einseitig parteipolitisch insofern, als es darauf ausginge, die Jugend für die nationalliberal-conservative Weltanschauung, die leider die herrschende ist, einzufangen. Daß diese Bestrebungen übrigens hier und da ganz nette Erfolge zeitigen, beweist uns eine Zeitungsnotiz, nach welcher bei der letzten Reichstagswahl die Prima eines rheinischen Gymnasiums dem nationalliberalen Abgeordneten Müller, der unterdes Minister geworden ist, einstimmig gratulierte und dafür von diesem Herrn wegen ihres

Einer solchen Staatspädagogik gegenüber, die, wie das in der Natur der Dinge liegt, in Preußen am kräftigsten ausgebildet ist und auch dort ihren Ursprung hat, ist es am Platze, einen Blick auf die allgemeinen Bildungszustände in jenem Lande zu werfen.

„Einige Daten der traurigen und ariden Wissenschaft der Zahlen werden zeigen, wie es mit dem Volksschulwesen im State Friedrichs des Großen, im Volke der Denker, bestellt ist. In Preußen besaßen 1882 23396 Ortschaften überhaupt keine Schule, und das ist die Hälfte sämtlicher Ortschaften. Es wird dann aus mehreren Ortschaften, selbst zehn an der Zahl, ein Schulbezirk gebildet. Die Schulkinder haben nicht selten 1 bis 2 Stunden zur Schule zurückzulegen. Sie kommen also durchaus ermüdet und unfähig zur geistigen Arbeit an. Nahezu 20000 preussische Landschulen, oder 66 pCt. ihrer gesamten Anzahl, besitzen nur einen einzigen Lehrer oder eine einzige Klasse. In der Regel sollen nach amtlicher Vorschrift nicht mehr als 80 Kinder auf einen Lehrer entfallen. Tatsächlich wird diese an und für sich schon ungeheuerliche Zahl noch überschritten, insbesondere in den östlichen Theilen der Monarchie. Man hat berechnet, daß noch 25—30 000 Lehrer erforderlich wären, wenn allen Schulkindern ein ordentlicher Unterricht zu Theil werden sollte.

„Dabei sind auch die Besoldungsverhältnisse der Volksschullehrer überaus kläglich. Auf dem Lande bezieht die überwiegende Mehrheit der Lehrer einen Gehalt, der zwischen 600—1050 Mark schwankt, nahezu ein Fünftel bezieht nur 300—600 Mark. In den Städten haben beinahe die Hälfte 600—1050 Mark, ein Drittel 1050—1500 Mark.“\*

---

„patriotischen“ Verhaltens belobt worden ist. Ob Director und Lehrer dieses Gymnasiums wol noch das Recht haben, sich Pädagogen zu nennen?

\* Hertner, „Wahrheit“, Band 4, S. 88.

Das mag sich in den letzten Jahren ein wenig gebessert haben; viel jedenfalls nicht.

Um wieder auf die einseitige Ausnutzung der Schule für die herrschenden Kreise zurück zu kommen, so müssen wir ja zugeben, daß es unter der Herrschaft der bürgerlichen oder socialen Demokratie aller Boraussicht nach nicht besser stehen würde. Die Bildungsfrage, die bei den Rednern dieser Parteien immer eine so große Rolle spielt, ist in Wirklichkeit mit der eigentlichen Bildung gar nichts gemein. Insofern nemlich, als jene unter Bildung nichts weiter verstehen als Advocatengewandtheit und fachliches und darwinistisches Aferwischen: die Fähigkeit, in der Öffentlichkeit das große Wort zu führen und den finsternen Rückschrittlern aus Gründen der Logik und Naturgeschichte zu beweisen, daß der Glaube an Gott und Christus nichts sei als ein verwerflicher Irrglaube.

Mit großem Rechte meint Hilky solchen Bestrebungen, wie überhaupt der Sucht, aus der Schule eine Anstalt für fachliches und Vielwissen zu machen, gegenüber: „Wir arbeiten beständig an einer Verbreitung der Bildung und hätten jetzt vielmehr eine Vertiefung derselben dringend nötig!“ „Das Vielwissen macht keineswegs tüchtige und noch viel weniger gute Menschen mit einer einheitlichen gediegenen Weltanschauung.“ „Homer bleibt mit seiner kindischen Geographie doch immer größer als alle unsere Postbeamten, die eine so schwierige Prüfung in diesem Gegenstand zu bestehen haben. Und zweitens wird auch der Mann der Wissenschaft durch die Wissenschaft allein höchstens ein lebendiges Conversationslexikon.“ (Fentich.)

Unsere pädagogischen Künste werden immer großartiger und die endgültigen Erfolge immer jämmerlicher. Sehen wir auf das allgemeine Ergebnis\*, so haben wir

---

\* Um auf etwas Besonderes hinzuweisen, wollen wir nur erinnern an den großartigen Aufschwung, den der Zeichen-

den besten Maßstab in dem, was das Volk sich heute in der Tagespresse bieten läßt und in der von dieser Tagespresse erzeugten „öffentlichen Meinung“.

Die Mehrzahl unserer heutigen Zeitungen sollte überhaupt nur von solchen Leuten gelesen werden, die ein selbständiges Urtheil über die Sachen besitzen und für die es sich im großen Ganzen nur um die unbestreitbaren Thatfachen handelt. Alle nicht selbständig Denkenden werden durch Zeitungsgewäsch weniger unterrichtet als verwirrt. Sie wissen am Ende gar nichts; das, was sie zu wissen glauben, ist Aferwischen. Es sind die ihnen von den Zeitungen vorgekauften und dadurch aufgedrängten Meinungen, die verdrehten und entstellten Ereignisse alles, nur kein wirkliches Wissen.

---

Wird überall im Deutschen Reiche nur statliche Real- und Nützlichkeitspolitik getrieben, so darf man sich nicht wundern, wenn auch Religion und Kirche zu einer Dienerin der herrschenden Kreiße herabgedrückt werden.

„Gatte“, sagt Const. Franz\*, „gegenüber der antiheldnischen Denkart seit zwei Menschenaltern allmählich wieder eine Rückkehr zur christlichen Weltanschauung begonnen, so war dann die Politik von 1866 vielmehr ein Rückschlag

---

unterricht im letzten Vierteljahrhundert genommen hat und an — den Niedergang der Kunst in demselben Zeitabschnitt.

\* Da wir in der Wiedergabe Franz'scher Gedanken nicht über ein gewisses Maß hinausgehen dürfen, wenn die Originalität unserer eigenen Darstellung nicht leiden soll, so können wir nicht unterlassen, an dieser Stelle auf diejenigen Schriften des Altmeisters föderalistischer Wissenschaft hinzuweisen, in denen das nationalliberale Geistesstüm mit einer seltenen Schärfe und in packender Darstellung kritisiert wird. Vor allem kämen hier in Betracht: Die Religion des Nationalliberalismus, Abfertigung der nationalliberalen Presse, Blätter für deutsche Politik und deutsches Recht.

in diesem Fortschritte des christlichen Geistes. Beginn diese Politik zunächst mit dem Absehen von aller Religion, so konnte kaum etwas anderes dahinter verborgen liegen als Gleichgültigkeit gegen das Christentum. Nichts natürlicher aber, als daß sich aus der Gleichgültigkeit je mehr und mehr die Abwendung vom Christentum entwickelt und aus dem Unchristlichen zuletzt das Widerchristliche.

„So erscheinen die großen Erfolge der letzten Jahre vom christlichen Standpunkte aus betrachtet. Nicht aber, wie sie der Berliner Generalsuperintendent und Oberhofprediger Hoffmann darstellen will, indem er uns den Nationalliberalismus mit einer theologischen Brille auftrifft. Das heiße ich erst rechte Vollenbung der Begriffsverwirrung, wenn gar in den Veränderungen seit 1866 ein Fortschritt des christlichen Geistes erblickt werden soll! Der babylonische Turmbau ist es vielmehr, der, wie er vorher an der Seine unternommen worden war, jetzt an der Spree unternommen wird. Alles läuft dabei auf Centralisation und Machtpolitik hinaus, damit wir uns einen Namen in der Welt machen, der bis in die Wolken reicht. Aber so fährt auch der Herr hernieder, daß er die Sprache der Menschenkinder verwirre, welche an dem Werke arbeiten. Denn Sprache ist der Ausdruck des Innern, und was bedeutet das anders, wo sich die Begriffe, die Ueberzeugungen und Bestrebungen verwirren? Drückt die Centralisation dem neuen Reiche ihren Einheitsstempel auf, so beginnt im Innern vielmehr die Zersetzung, und wir haben gesehen, wie mannigfach sie schon hervortritt. Zerfall der alten Parteien in immer haltungslosere Gruppen. Auflösung der gesellschaftlichen Bande durch die zunehmenden Arbeiterbewegungen; Spannung in dem ganzen östlichen Grenzgebiete zwischen der deutschen und nichtdeutschen Bevölkerung; Zwiespalt zwischen Staat und Kirche und Zwiespalt zwischen den kirchlichen Confessionen; endlich Zerrüttung des öffentlichen Rechtes in Deutschland wie des europäischen Völkerrechtes; das sind die Folgen des babylonischen Turm-

baues, wie es andererseits zugleich die Grundlagen für worauf das Bauwerk selbst ruht. Je schneller und höher es emporsteigt, um so gewisser muß es in sich selbst zusammenbrechen. — — So gewis die deutsche Nation was sie geworden, nur auf der Grundlage des Christentums geworden ist, kann sie auch ihren deutschen Character nur behaupten, wenn und insofern sie ihren christlichen Character behauptet oder denselben beziehungsweise wieder herstellt. Wird hingegen dieser Eckstein unserer Nationalentwicklung verworfen, so soll man auch wissen welche Folgen damit in Aussicht stehen.

„Bis jetzt tröstet man sich freilich mit den äußeren materiellen Erfolgen, die den inneren Verfall verdecken doch das macht eine Nation noch lange nicht groß, daß sie eine große Armee schafft und ihre Nachbarn nieder schlägt, sondern wahrhaft groß macht sie erst, daß sie sich hohe — eben durch das Christentum bedingte — Ziele setzt, und nur was aus dem Streben danach entspringt sind die wahrhaft großen Taten.“

Daß nun der religiöse Standpunkt, den ein Mensch einnimmt, zugleich ausschlaggebend ist für die Stellung zu jener Frage, die man ungeschickter Weise die Frauenfrage nennt, während sie doch das Wohl und Wehe der Familie und damit des ganzen Volkes umfaßt — daß also die eine Stellung die andere mit bedingt, brauchen wir nicht erst ausführlich zu begründen. Zeiten religiöser Innlichkeit haben sich immer zugleich auch ausgezeichnet durch ein gesundes, inniges, reines Familienleben, während die Zeiten irreligiöser „Aufklärung“ stets auch begleitet waren von einem Schwinden der häuslichen Zucht, von einer Auflösung der Familienbände, kurz, von der Herrschaft jenes anarchisirenden Geistes, welcher, von der Familie angefangen bis zu Gesellschaft und Staat hinauf alles verwirrt und auflöst.

Wie innig aber die jetzigen Bestrebungen der Frauenemanzipation zusammenhängen mit der heute herrschenden



tatspolitik und mit unseren politischen Zuständen, zeigt jeder treffend Const. Franz: „Das natürliche Gefühl ist der gesunde Verstand“ — so urtheilt dieser feinfaltete und zielbewusste Anwalt eines organischen Staats- und Gesellschaftsaufbaues\* — „sträuben sich überall gegen jede Emancipation, allein das natürliche Gefühl ist im Voraus zum Schweigen verurtheilt, wenn einmal im Prinzip feststeht, daß der Staat selbst keine natürliche Grundlage habe und darum auch natürliche Verhältnisse im Staat nicht entscheidend sein dürfen. Und eben durch solche Theorie, in deren Rezen sich das politische Denken verarmt hat, ist der Verstand selbst krank geworden.

„Man hat die Staatslehre nicht mit der Untersuchung des lebendigen Menschen begonnen, der Mann oder Weib und nur als Mann oder Weib existiert, sondern man hat reine Rechtssubjecte fingiert, die dann im Staat als bloße Staatsbürger auftreten, hermaphroditische Wesen und nichts als die Hypothese des Begriffs der Persönlichkeit. Als reine Personen sind alle Menschen gleich, indem sie alle ein Bewußtsein ihrer selbst haben und „Ich“ sagen. Jedes Geschlecht ist weder männlich noch weiblich. Wenn nun aber die öffentliche Ordnung nach derselben Theorie nichts weiter ist als der Ausdruck des Collectivwillens der Bevölkerung, so folgt von selbst das allgemeine Stimmrecht. Soll denn das allgemeine Stimmrecht bloß ein masculinum und nicht auch ein femininum sein? Es muß ein commune oder ein neutrum sein, hermaphroditisch, gerade wie der reine Staatsbürger gedacht war. Ein solcher Widerspruch und schamlose Ungerechtigkeit: in jedem Atem das allgemeine Stimmrecht zu proclamieren und dabei die Hälfte der Bevölkerung zum Schweigen und zur Untertänigkeit zu verurtheilen! Oder sind etwa die Frauen keine Personen, und haben sie nicht auch einen Willen, den sie ganz eben so gut erklären können als die

---

\* Die Naturlehre des States.

Männer? Und wenn es doch im State bloß auf den Willen der Menschen ankommen soll, so ist der eine Willen so viel wert als der andere. Hier ist kein Ausweg, die Frauen müssen auf die Wahlliste kommen, oder es gibt keine Gerechtigkeit in der Welt. Auch hilft es zu nichts, daß man etwa den bloßen Willen als entscheidendes Princip verwirft und statt dessen Vernunft und Sittlichkeit zu Princip machen will, denn beides ist den Frauen auch nicht abzusprechen. Es gibt Frauen genug, die vernünftig und noch häufiger sittlicher sind als manche Männer. Es hat sogar große Königinnen gegeben, die ruhmvoll regierten. Und wenn selbst heute in England eine Frau regiert, so müssen doch die englischen Frauen wenigstens zum Stimmrecht befähigt sein.

„In dieser Weise argumentiert Stuart Mill, der selbst vor einigen Jahren das weibliche Stimmrecht im Parlament beantragte. Und was ist ihm entgegen zu setzen, lange man seine Prämissen zugibt? Diese aber sind nicht anderes als die vorstehenden Grundgedanken, die sich in verschiedenen Wendungen in allen rationalen Theorien des sogenannten Rechtsstates wiederholen, der doch auch bei uns im großen Publicum noch fast wie eine unantastbare Wahrheit gilt und selbst in wissenschaftlichen Kreisen noch viele Vertreter findet, wie namentlich auch Mohl.“

Es würde demnach wenig nützen, wenn man recht äußerlich gegen die Emancipationsucht zu Felde zöge, sich über die Emancipierten lustig machte oder ihnen das paulinische Wort entgegen hielte: Die Frau schweige in der Gemeinde! „Die Schwierigkeit ist groß, denn wegen der allgemeinen Gleichheit, welche der Rechtsstat in the proclamiert, spricht die Präsumtion für die Gleichstellung der Geschlechter. Die besondere Stellung der Frauen erscheint dann folglich als eine Ausnahme, welche motiviert werden muß, so daß nicht etwa die Frauen ihr Anrecht auf Gleichstellung zu beweisen hätten, sondern umgekehrt zu beweisen wäre, daß dieses Anrecht wegen besondere

Umstände nicht zur Geltung gelangen könne. Und wie wäre solcher Beweis zu führen? Auf religiöse Lehren, wonach freilich zwischen Mann und Frau ein großer Unterschied besteht, darf sich der Rechtsstat nicht berufen, sie haben gar keine Autorität für ihn, und die Lehren der Geschichte auch nicht. Was kümmert überhaupt den Rechtsstat die Geschichte, die, wie wir früher sahen, gar nicht zu einer Definition gehört! Nun wolan, was bleibt dann aber noch übrig? Nichts anderes, als daß man sich zu-  
erst doch auf die Natur berufen muß, die man ursprüng-  
lich nicht als Basis der öffentlichen Ordnung anerkennen wollte und auch nicht darf, wenn nicht die ganze Theorie sich selbst widersprechen soll. Man wird also eine Ausrede suchen und etwa sagen, die Natur sei zwar keine Grundlage des States, aber allerdings eine *force majeure*, welche die im Princip nicht zu leugnende Rechtsgleichheit der beiden Geschlechter dennoch in praxi unmöglich mache. In welcher verzerrten Gestalt erscheint dadurch die Frage! Gerade als ob der Unterschied der Geschlechter an und für sich nicht sein sollte, sondern nur unglücklicher Weise nicht zu beseitigen wäre. Und doch bleibt noch immer die große Schwierigkeit, daß man nun nachweisen muß, inwiefern denn diese *force majeure* die Gleichheit unmöglich mache. Man wird in eine unabsehbare Kasuistik geraten, indem es Fälle genug gibt, wo gar kein Hindernis zu sein scheint.

„Ganz anders auf physischem Standpunkt, wo eben die Natur selbst als der Ausgangspunkt der Betrachtung gilt und das Recht erst in zweiter Stelle erscheint, nicht als das Princip der öffentlichen Ordnung, sondern nur als die ausdrückliche Form derselben. Und die Form muß doch zu dem Inhalt passen. Der Unterschied der Geschlechter spricht sich aber nicht bloß in der leiblichen Organisation und den dadurch bedingten Functionen aus, sondern noch viel mehr in der geistigen Entwicklung, die wiederum damit zusammenhängt. Er durchzieht in beider Hinsicht das ganze menschliche Leben. Wie augen-

fällig, daß er eben selbst das Grundprincip aller Lebendigkeit ist! Von der Familie an bis zum State und der Völkerverkehr wirkt überall neben der männlichen Arbeit und That ein weiblicher Einfluß, selbst in der Kunst und Wissenschaft, und wie auffallend in der Kirche! Ueberall wirkt aber das weibliche Princip in ganz anderer Weise als das männliche, so daß es nur offen in der Familie hervortritt, in anderen Sphären des Lebens mehr oder weniger verhüllt bleibt. Wer tiefer eindringt, der findet es überall und erkennt zugleich, wie wesentlich es war. Und eben aus dieser Verschiedenheit des männlichen und weiblichen Wirkens, wodurch das eine das andere ergänzt, beruht alle Schönheit wie alle Gesundheit des menschlichen Daseins. Das natürliche Gefühl fordert, daß der Mann männlich, das Weib weiblich sei. Der weibische Mann und das Mannweib erscheinen ihm widerlich.

„Welche Frage wäre es, wenn das Weib, das sogar in der Ehe nicht der wählende Teil ist, sondern sich freiläßt, im State als Wähler aufträte oder gar sich als Candidat präsentierte.“

Wir stehen also unzweifelhaft der doppelten Thatsache gegenüber, daß das Familienleben schwer erkrankt ist — woran vorwiegend unsere wirtschaftliche Entwicklung die Schuld trägt — und daß andererseits in Folge unserer verkehrten staatlichen Politik das Streben besteht, die Banden, die heute noch die Familie notdürftig zusammenhalten, auf gesetzlichem Wege vollständig zu lösen. Denn daß es eine vollständige Auflösung der Familie bedeuten würde, wenn die Forderungen der Frauenrechtler auf dem Wege der Gesetzgebung Erfüllung fänden, ist offensichtlich, darüber vermögen alle sophistischen Redereien nicht hinweg zu täuschen.

Indem wir nun also erkannt haben, daß diese Thatsachen im engsten Zusammenhang stehen mit den herrschenden politischen Zuständen, wird uns auch sofort klar, daß es unmöglich ist, die uns hier beschäftigende Frage endgültig

zu lösen im Rahmen jener Politik, die bei uns seit Jahrzehenden das Alpha und Omega aller Staatskunst ausmacht, jener Politik, die wir kurzweg als deutsche Reichspolitik bezeichnen können, weil sie in der That nicht eine Politik des deutschen Volkes, sondern nur eine solche der herrschenden Kreise im heutigen Reiche ist. Und insofern kann man von einer Internationalität in dieser Frage reden. — Freilich aber hat diese Internationalität nichts gemein mit der Auffassung und den Bestrebungen jener Leute, die sich heute auf den internationalen Frauenkongressen zusammenfinden, und deren Verbindendes lediglich in der Bekämpfung der christlichen und volklichen Grundlagen unserer Gesellschaft liegt; was sich wiederum sehr leicht erklären läßt, wenn man erwägt, daß die Hauptführerinnen dieser Bewegung zum größten Theile jenem Volke internationaler Händler entstammen, welches weder zu dem Christentum noch zu dem deutschen Volkstum Beziehungen hat.

So müssen wir es denn auch als ganz verfehlt bezeichnen, wenn der geschlechtlichen Unsitlichkeit und der Gefahr einer vollständigen Zerrüttung der Familie mit Besetzungsvorschlägen gegen die Prostitution, mit Sittlichkeitsvereinen ufw. gegenüber getreten wird. Hier wie überall heißt es: Zurück zu natürlichen Verhältnissen in den großen Fragen staatlicher und wirtschaftlicher Politik, dann wird die Gesundung ganz von selbst kommen.

Wenn jene schlimmen Dinge, wie sie leider heute im Gesellschafts- und Familienleben wahr zu nehmen sind, erst vor die breiteste Öffentlichkeit gezerrt werden müssen, um nur überhaupt die Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen, dann ist es zu einer Heilung des Leidens meist zu spät. Man schaue zurück auf die Völker des classischen Alterthums, man sehe hin auf das heutige Frankreich!

---

Wer wollte sich nun wundern, wenn in einer Zeit,

in welcher Irreligiosität und Anarchismus zu Grund-  
 gesetzen der staatlichen und gesellschaftlichen Politik erhoben  
 werden, jene Fremdlinge zur Herrschaft gelangten, deren  
 eigentliches Element Zerstörung und Auflösung sind.  
 Allein, es läßt sich nicht leugnen, daß die Anfänge  
 dieser Entwicklung weiter zurückliegen, und wir geben  
 Thiersch unumwunden Recht, welcher schon vor dreißig  
 Jahren schrieb\*: „Den größten Teil an dem gewaltigen  
 Umschwung, welcher in der Behandlung der Juden statt-  
 gefunden, hatte nicht die christliche Gesinnung, sondern die  
 unchristliche. So traurig das Geständnis ist, darf man  
 es doch nicht zurückhalten. Weniger durch die Zunahme  
 wahrer Erleuchtung, mehr durch den Einfluß einer falschen  
 Aufklärung sind ihre Fesseln zerbrochen worden. Die zu-  
 nehmende Gleichgültigkeit der Christen gegen ihren Glauben,  
 die Entfremdung der Gebildeten gegen Christus, endlich  
 das Trugbild einer Humanität ohne Christentum haben  
 in dieser Sache das Meiste ausgerichtet, und eben dadurch  
 hat die veränderte Behandlung des Judentums eine  
 falsche, ja eine gefährliche Richtung genommen.“

Es ist allgemein bekannt, daß das Emporkommen des  
 Judentums in Preußen und auch im übrigen Deutschland  
 sich an den Namen Friedrichs II. knüpft. Friedrich nahm  
 seine Zuflucht zu den Juden, weil er, der große Kriegs-  
 mann, doch nicht genug Geschick besaß, aus seinen Unter-  
 tanen das zum Kriegführen nötige Geld heraus zu pressen.  
 Mit Hilfe der Juden brachte Friedrich die nötigen  
 Millionen zusammen und brachte er außerdem sein —  
 d. h. unter ihm mit fremden Wappen geprägtes — Geld  
 an den Mann. Und ganz selbstverständlich ist dann, daß  
 Friedrichs Freigeisterei den besten Nährboden abgab für  
 die — dem Christentum gegenüber — gleich gerichteten  
 Bestrebungen der Juden. „Was nur irgendwie für auf-  
 geklärt galt, floß seitdem in eine Brille zusammen, in

\* Thiersch, Ueber den christlichen Staat, S. 70.

welcher sehr bald der Judenverstand und Judenesprit als Fetttaugen oben auf schwammen. Von da an also die geistreichen Juden und Jüdinnen, die dann in der Berliner Gesellschaft eine so hervorragende Rolle spielten.“ (Const. Franz.)

War in den ersten beiden Dritteln des 19. Jahrhunderts in Folge des Wiedererwachens des christlichen Sinnes im Volke und z. T. gerade in Folge des Einflusses der vom Juden Stahl geschaffenen Lehre vom „christlichen Staat“ eine Zurückdrängung des jüdischen Einflusses bemerkbar, so hat hingegen das neue Reich mit seiner christentumfeindlichen Grundlage, seinen centralistischen und imperialistischen Einrichtungen ein rasches Emporwachsen jenes Einflusses veranlaßt. Die Juden sind denn auch die besten „Reichsfreunde“ geworden, und ein jeder Versuch, die Verfassung dieses Reiches in föderalistischer oder religiöser Beziehung umzugestalten — d. h. dieselbe zu verbessern — würde bei ihnen und ihrem Anhang auf den äußersten Widerstand stoßen. Gerade hieraus aber können wir entnehmen, welcher Weg einzuschlagen ist, wollen wir zu einer Brechung ihres übermächtigen Einflusses gelangen.

Die große Bedeutung, die das Judentum im Deutschen Reiche erlangt hatte, wurde naturgemäß zunächst dazu benutzt, die Gesetzgebung im eigenen Interesse umzugestalten. So brach denn mit der Errichtung des Norddeutschen Bundes und der Erweiterung desselben zum Reiche eine Gesetzesflut über unser Volk herein, die alles das hinweg zu schwemmen drohte, was sich bis dahin noch von volkstümlichem Rechte erhalten hatte. Hatte Savigny in seiner berühmten Schrift den Beruf unsrer Zeit zur Gesetzgebung schlanke weg geleugnet und auf den Weg allmählicher Reformen verwiesen, so durfte nun der jüdische Abgeordnete Lasker im deutschen Reichstage verkünden: Wir sind die Quelle des Rechtes! Das Recht wurde von nun an gemacht.

Wollte man aber selbst voraussetzen, daß die Urheber

der neuen Gesetze von den besten Absichten geleitet gewesen wären, so muß man doch bedenken, daß es schließlich eben nicht auf diese Gesetze und Einrichtungen ankommt, sondern auf die Gesinnung, auf die geistige Verfassung der Menschen. Der dem Dünkel der Volkshoheit entsprungene Irrglaube, als ob man nur gut ausgedachte Gesetze zu erlassen brauche und die erwünschten Zustände sich dann von allein einfinden, wird sich gewiß noch bitter rächen. Gesetze werden eben nicht erdacht, sie sind vielmehr nur ein greifbarer und weiter verwertbarer Niederschlag des Lebens und Webens der Völker, welcher gleichsam die Marksteine darstellt und den schwankenden Menschen Halt und Festigkeit gibt. Ein Gesetz muß also immer aus den dringendsten Bedürfnissen des Volkes heraus geboren werden. Wehe aber, wenn die Gesetze, die gemacht werden, auch noch schlecht und parteilich sind!

---

So tief gehende geistige Wandlungen, wie wir sie in diesen Jahrzehenden bei uns erlebt haben, vollziehen sich allerdings nicht von heute auf morgen. Die Entwicklung hatte lange schon eingesetzt, bevor die neudeutsche Einheitsbewegung begonnen, und nicht leugnen wollen wir, daß die alten Zustände gewiß auch ihren Teil daran haben, daß es so gekommen ist; und darum bekennen wir auch frei und öffentlich, daß unserer Ueberzeugung nach nicht darin die Hauptschuld Bismarcks liegt, daß er mit völliger Misachtung der eigentlichen statlichen wie wirtschaftlichen Forderungen des deutschen Volkes und mit roher Vergewaltigung des geschichtlich Gewordenen Deutschland umgestaltete, sondern daß wir darin das große Verbrechen dieses Mannes sehen, daß er durch käufliche Kreaturen das von ihm geschaffene Chaos als ein deutsches Ideal-Gebilde preisen ließ, daß er als ein Sügner und Gleisner in unser Volk das Gift der Unwahrheit, der Untreue, des geistigen Meuchelmordes träufelte, daß er Kunst und Wissenschaft,



Schule und Kirche zur verwerflichsten, götzendienertischen Tätigkeit zwang.

Ein Glück nur und tröstlich für alle Gutgebliebenen in unserem Volke, daß die Macht der Lügenphrasen allmählich zusammenbricht unter der Macht der Tatsachen, daß mit jedem Tage, den die Geschichte weiter schreitet, neue und dem hier gekennzeichneten Regime feindliche Gewalten emporkommen, die im Laufe der Zeit einen gründlichen Umschwung herbeiführen und mit dem Wust des Falschen, Unehrllichen, Erlogenen endlich aufräumen werden. Dann aber wird die Bahn frei sein für eine gesunde Neu- und Weiterentwicklung auch auf dem Gebiete geistiger Tätigkeit.



## Parteipolitik und Föderalismus.

---

Die Begriffe Frankreich, England, Italien stehen seit Jahrhunderten fest und werden aller Voraussicht nach noch nach Jahrhunderten ihre heutige Bedeutung besitzen. Anders steht es mit dem Begriff Deutschland. Dieser befindet sich in einer beständigen Wandlung und ohne Zweifel gerade deshalb, weil die Deutschen nach dem Zusammenbruch der antiken Welt die eigentlichen Staatenbildner in Europa gewesen sind.

So viel ist nun über allem Zweifel erhaben, daß der Begriff Deutschland weder geographisch noch ethnographisch, sondern nur geschichtlich gefunden werden kann.\*

Unsere Staatsgelehrten aber haben überhaupt keine der von den Tatsachen vorgezeichneten Wege betreten, sie haben sich vielmehr von dem Boden des Tatsächlichen emporgeschwungen ins Reich der Fiktion und haben geglaubt, aus

---

\* Einem Besucher der *tre dici comuni* in Oberitalien erzählte ein dortiger deutsch sprechender Bewohner: Ich bin aus Deutschland — aus Pest — hierher gekommen; und ein aus der Bukowina stammender rumänischer Ackernecht bezeichnete sich auf die Frage nach seiner Landsmannschaft als *Nemaz* — Deutschen. Die Schiffe des österreichischen Lloyd werden von den arabisch redenden Anwohnern des Roten Meeres noch heute deutsche Schiffe genannt. Dem gegenüber steht die officielle Gepflogenheit, Wien, Innsbruck, Graz als nichtdeutsche Städte, Länder wie Tirol, Steiermark, Oesterreich als nichtdeutsche Länder zu bezeichnen.

reinen Gedanken-Abstractionen heraus ein deutsches Volk und einen deutschen Staat konstruieren zu können. Und nicht nur bei den Staatskünstlern unserer Tage hat sich dieser Irrwahn eingefressen, er bildet vielmehr eine deutsche Erbkrankheit, die schon seit Jahrhunderten wütet. — „Je weniger das Bürgertum im 17. und 18. Jahrhunderte praktische Politik treiben kann“, meint Piessebach\*, „um so mehr treibt es abstracte Politik. An den Traditionen des römischen Rechtes, diesem reinen Rechte des beweglichen Eigentums, wächst die Bureaukratie empor, die nun unter der Krone das Land regiert. Sie faßt den abstracten Menschen und den abstracten Staat ins Auge; sie weiß nichts von den wirtschaftlich-gesellschaftlichen Gebilden, wie das *corpus juris* des byzantinischen Hofes nichts davon weiß. Die geraden Linien des juristisch gebildeten Beamtentums fahren mitten durch den ökonomischen Organismus hin, dessen Körperformen dem absoluten Rechtsstate im Wege stehen. Daß es der Bureaukratie nicht ganz gelingt, den gesamten Gesellschaftsbau in lauter Atome aufzulösen, ist fürwahr nicht ihrem Willen, sondern der Fähigkeit zuzuschreiben, mit welcher dieser den rücksichtslosen Maßregelungen Widerstand leistet.“

Es scheint zwar ein in die Augen springender Widerspruch, wenn man behauptet, daß die liberale Staatsphilosophie diese Nährmutter der statlichen alles gleichmachenden Bureaukratie wäre; aber die Tatsache ist trotzdem nicht hinweg zu leugnen. Muß man auch zugestehen, daß der Liberalismus es als das ihm gebührende Verdienst in Anspruch nehmen darf, die mittelalterliche Feudalherrschaft, so weit sie nicht von selbst zerfallen war, zerstört zu haben, so ist es doch ebenso unbestritten, daß sein Verdienst lediglich in der Auflösung vorhandener Zustände bestand, und daß er zu lebensfähigen Neuschöpfungen unfähig war. Wo er auch immer sich dran versucht hat, ist er in seinen Unter-

---

\* Socialpolitische Studien, S. 330.

nehmungen gescheitert und mußte scheitern, denn die zersetzenden und aufbauenden Elemente wohnen im Staatsleben nicht beisammen. Und so war es denn eine ganz natürliche Entwicklung der Dinge, daß nach der Beseitigung des mittelalterlichen Ständewesens die Bureaucratie die vom Liberalismus frei gefegte Bahn in Besitz nahm.

Es wäre aber weit gefehlt, wenn man meinte, daß dieser Liberalismus sich nun bescheiden zurückgezogen und seine Aufgabe als erfüllt betrachtet hätte. So mark- und knochenlos war er noch nicht geworden. Ja, das Jahr 1848 zeigte, daß er sogar unter Umständen zu Säbel und Flinte greifen und auf die Barrikade zu steigen vermochte, um für vorenthaltene Volksrechte zu kämpfen und selbst — zu bluten.

Freilich war es nur ein Aufladern: von Frankfurt zog man nach Eisenach und Gotha, und der rote Republikaner wurde zum Constitutionellen. Der kalte mörderische Stahl wurde in die Scheide gesteckt, und man focht fürder nur noch mit Worten; mankehrte zurück zur wesenlosen Phrase und vollendete die Theorie vom constitutionellen State. Nach der Meinung dieser politischen Gelehrten bestand die Aufgabe, zu deren Lösung sie berufen waren, darin, einen deutschen Musterstat zu schaffen, ~~den~~ Stat, der ihrer Theorie nach ganz gut hätte im Monde liegen können, der aber zufälliger Weise einen Teil von Deutschland bildete und im Herzen von Europa lag. Und kaum hatte man das papierne Werk vollbracht und durch dasselbe den „deutschen Nationalstat“ geschaffen\*, so trat auch schon die Macht der Tatsachen auf und zeitigte allen Phrasen zum Troste Schwierigkeiten über Schwierigkeiten. Zunächst freilich ließen sich unsere „Statsgelehrten“

---

\* Es war allerdings so nebenher durch ein ganz unconstitutionelles und unrechtliches Verfahren „mit Eisen und Blut“ die deutsche statliche Grundlage ein wenig zerkümmert und durch einander geworfen worden.

hierdurch nicht stören, denn an der Spitze des so rasch unter Dach und Fach gebrachten neuen Reiches stand ja ein Mann, der es mit allen diesen Schwierigkeiten, die sich unächst von außen her geltend machten, aufnahm. Die auswärtigen Angelegenheiten waren Sachen, die das deutsche Volk überhaupt nichts angingen, die er also ganz allein erlebte; und so gewahren wir denn in der Zeit, in der das deutsche Volk angeblich sich selbst wiedergegeben worden sein soll, die erstaunliche Tatsache, daß demselben Volke das Recht streitig gemacht wurde, über die wichtigsten ein Wol und Wehe betreffenden Dinge mit zu reden und mit zu bestimmen.

Sybel berichtet\*, daß der Textentwurf der Verfassung des Norddeutschen Bundes — und damit des Deutschen Reiches — von Bismarck, Bucher und Delbrück in wenigen Stunden fertiggestellt worden sei. Doch — das Werk war auch danach. Von den würdigen Vorbildern Englands und der Vereinigten Staaten angefangen bis hinab zum Ländchen der „Musterconstitution“ Belgien waren Flecken und Flecken entlehnt und mit nicht allzu großem Geschick zu einem Ganzen zusammengeschnelbert worden. Deutsches Leben, deutscher Geist und deutsche Wissenschaft haben keinen Teil an diesem Werke constitutionell-national-liberaler Mache, und wir wollen gerne glauben, daß Bismarck dictiert, Bucher nur nachgeschrieben hat. Siehe es doch, einen Geist wie Bucher allzu tief herabsetzen, wollte man ihn auch nur zum Teil verantwortlich machen für die in jenem Werke liegende Vergewaltigung des deutschen Volkes und seiner Geschichte.

Bekanntlich ist nun über die Frage, wie man denn eigentlich das nach dieser Richtung zurechtgestutzte neue Statengebilde nennen soll, ein erbitterter Streit unter den Staatsrechtsgelehrten ausgebrochen. Wir unsererseits denken nicht daran, hier auf dieses Gezänke einzu-

---

\* Die Begründung des Deutschen Reiches, Band VI, S. 23.

gehen; nur darauf wollen wir hinweisen, daß der Tüchtige Professor des Staatsrechts Anschluß sich aus dem Zwiespalt ob das Deutsche Reich ein Stat, ein Staatenbund oder sonst etwas sei, einfach dadurch rettet, daß er die Ansicht Bismarcks über diesen Gegenstand austramt.\* Für einen nationalliberalen Bismarcksbewunderer ist das ohne Zweifel das Einfachste und Natürlichsste, für einen Professor des Staatsrechts aber doch wol ein starkes Stück und nur denkbar, weil dieser deutsche Professor ganz genau weiß, daß man sich heute im Lande der Denker noch so sehr blamieren kann, wenn man nur vorsichtig genug ist, sich hinter der Autorität des Nationalheros zu verkriechen.

Daraus, daß der Träger der Exekutivgewalt des Reiches zugleich der Monarch des größten Einzelstates, d. h. König von Preußen, und daß der verantwortliche Minister im Reiche und in Preußen ein und dieselbe Person ist, folgert Anschütz, daß Bismarck die Reichsverfassung nicht grundsätzlich unitarisch, sondern grundsätzlich föderalistisch angelegt habe. Daß da doch noch ein anderer Schluß, nemlich der, daß diese ganze Reichsverfassung darauf zugeschnitten wurde, das ganze Deutschland so ganz allmählich — man denke nur an das Bismarck'sche Wort vom „Rauen“ — zu einer preußischen Satrapie zu machen, nicht nur möglich, sondern unabweisbar ist, liegt doch wol auf der Hand.

Es ist ja allerdings eine bekannte Sache, daß in der Reptilien-Litteratur die unsinnige liignerische Behauptung, Bismarck allein wäre es zu verdanken, daß das Deutsche Reich kein Einheitsstat geworden wäre, eine immer größere Bedeutung erlangt hat. Solche Behauptungen lassen sich ja hinterdrein leicht machen, und zwar um so leichter, weil Bismarck in der Zeit seiner greisenhaften Geschwätzigkeit oft von der Notwendigkeit der Erhaltung des föderativen Characters Deutschlands gesprochen hat. Wer aber ver-

---

\* Bismarck und die Reichsverfassung. Berlin 1899.

würde wol uns gegenüber den vielen gen Himmel schreienden entgegen gesetzten Handlungen eine einzige aus der freien Entschliessung Bismarcks hervorgegangene That dieses Mannes zu nennen, die dieser Nothwendigkeit Rechnung getragen hätte? Wo wäre wol heute der föderative Character Deutschlands, wenn wir uns nur aus dem Jahre 1866 Napoleon III. und die unter den preussischen Truppen tausende Cholera und für später die von den Reichs- und Einheitsfanatikern so viel geschmähte hemmende Tätigkeit eines Windthorst und der übrigen Centrumsführer hinwegwachten? So viel auch Bismarck in seinen „Gedanken und Erinnerungen“ über seine dem Drängen des Königs, Roggenbachs u. a. gegenüber erworbenen Verdienste in Bezug auf die Erhaltung der Selbständigkeit der deutschen Mittelstaaten Ruhmendes sagen mag, im Hintergrunde steht immer das eigene Zugeständnis: Wir konnten nicht anders, denn im Westen stand drohend Frankreich und in unseren eigenen Reihen die Cholera, die uns dasselbe Schicksal zu bereiten drohte, wie 1792 den Preußen in der Champagne!

Für denjenigen Beobachter, dessen Blick tiefer in das Wesen der Dinge einzudringen vermag, ist es unschwer zu erkennen, daß das, was in der neuen deutschen Verfassung eigentlich wirksam ist, nichts ist als eine besondere Art von Particularismus, eines Particularismus, welcher sich des Centralismus als Hilfsmittel bedient, so daß nun eine Verbindung der schlechten Eigenschaften des Particularismus und der schlimmen Wirkungen des Centralismus entsteht.

Der Umstand, daß wir in der That noch heute dem Auslande gegenüber kein einiges Deutschland, sondern nur ein um eine Anzahl deutscher Klein- und Mittelstaaten vergrößertes Preußen besitzen, ein Staatsgebilde, welches in Folge seiner Kleinheit und ungünstigen Lage nach allen Richtungen hin Rücksichten nehmen muß, — dieser Umstand, sagen wir, läßt uns dem Auslande gegenüber nicht

zu einer wahren Unabhängigkeit kommen. Diese Sa-  
 wird nur dadurch verschleiert, daß heute die nicht  
preußischen Staaten — trotz Bundesrat und anderem schöne  
Aufspuß — nichts mehr zu sagen haben, so daß das gan-  
 unter preußischer Herrschaft stehende Deutschland imm-  
 gleich in Bausch und Bogen dem Ausland zu Willen sei-  
 muß. So lange Deutschland nach der Darstellung unsere  
 Kleindeutschen Phantasten in außerdeutschen Angelegenheiten  
 nicht mitzusprechen hatte,\* d. h. so lange die gegenwärtig  
 Einheit nicht bestand, wäre es undenkbar gewesen, daß all-  
 oder auch nur der größere Teil der heute in ihr vereinigte  
 deutschen Staaten einer fremden Macht zu Willen gewesen  
 wären, wie sie es z. B. 1877/78 notgedrungen Rußland  
 gegenüber waren.

Spaßhaft ist es bei alledem, daß diejenige Partei in  
 neuen Reiche, die das Menschenmögliche dazu getan hat  
 Deutschland in diese Lage zu bringen — die also den  
 Ruhm für sich in Anspruch nehmen darf, die particularistisch  
 Partei sans phrase zu sein — sich nationalliberal nennt. Di-  
 Anhänger dieser Partei erkannten von Anfang an überhaupt  
 nur die Berechtigung eines einzigen Preußen an. In diesem  
 einen Teil hatten nach den Behrungen jener anmaßenden  
 Leute die übrigen partes aufzugehen. Solchergestalt konnte  
 nun zwar ein Großpreußen entstehen, Deutschland aber  
 mußte zu Grunde gehen. Im Jargon der nationalen  
 Reptilien nennt man aber gleichwol dieses Endergebnis die  
 Erfüllung des deutschen Berufs Preußens. „Welch' eine  
 Verarmung des Geistes müßte daraus entstehen,“ klagt  
 Const. Franz, „wenn alle anderen Traditionen durch die  
 preußischen verdrängt würden, die erst mit dem großen

---

\* Tatsächlich war es ja immer noch durch die beiden  
 Großmächte Oesterreich und Preußen vertreten. Daß diese  
 beiden deutschen Mächte in ihren Wirkungen gewöhnlich sich  
 gegenseitig aufhoben, lag fast immer im Verhalten der gegen-  
 wärtigen deutschen Vormacht Preußen.



Kurfürsten beginnen, von wo an dann die deutsche Geschichte anfiange!“

Ziehen wir aber den Schluß aus unseren Betrachtungen und tatsächlichen Erörterungen, so ergibt sich, daß wir es in dem heutigen Deutschen Reiche zu tun haben mit einem Gebilde, welches sich auf dem Wege der Entwicklung vom Staatenbund zum Einheitsstat befindet. Wie der Ausgangspunkt, der Deutsche Bund, ein reiner Staatenbund war, so wird das Ende, Großpreußen, ein reiner Einheitsstat sein; freilich immer noch nicht die deutsche Einheit. Diese wird erst verwirklicht sein im Singer-Bebel-Liebknicht'schen Socialistenstat, den vorbereitet zu haben die ganze preußisch-deutsche Einheitsbewegung als ihr vornehmstes Verdienst in Anspruch nehmen darf. Die unter der jetzigen Herrschaft immer mehr sich ausbreitende Centralisation hat eben zur Bedingung die Zerstörung der lebendigen Zwischenglieder, die Auflösung der Gesellschaft in lauter frei im State schwebende Einzelwesen, und das Ende einer solchen Entwicklung kann nur die große socialdemokratische Einerleiheit sein.

Statt den Gemeingeist zu pflegen, der ganz von selbst dann zum staatsbehaltenden Geist auswachsen würde, geht die Centralisation mit ihrem Ziel der Staatsallmacht darauf aus, den Einzelnen zum Staatsbürger zu erziehen. Ein Streben, das dann ganz naturgemäß die Ueberzeugung aufzwingen muß, daß die Menschen des States wegen da sind, wodurch dann das richtige Verhältnis zwischen Stat und Mensch geradezu umgekehrt wird. — Je mehr innerhalb größerer Bereiche die Mittelglieder zwischen der obersten Gewalt und dem Einzelnen zerstört werden, desto unnatürlicher und ungesunder wird das zwischen beiden bestehende Verhältnis. An Stelle der verschwindenden organischen Bindung tritt die rohe Mechanik. Nach der einen Seite bildet sich allmählich despotische Ueberhebung, nach der anderen knechtische Unterwürfigkeit. Diese Spal-

tung aber führt, wenn sie erst einmal unwiderruflich sich vollzogen hat, in Kulturstaten zum unaufhaltbaren Untergang.

Daß nun aber die Schuld zu dieser absteigenden Entwicklung keineswegs allein in der von oben her getriebenen Politik, sondern ebenso sehr im Verhalten der breiten Volksmasse liegt, hat der unparteiische Beobachter längst erkannt. Lange vor Beginn der eigentlichen imperialistischen Aera in Deutschland sagte Trautwein von Belle\*: „Nicht ein sinnloser Zufall hat uns in das Zeitalter des Cäsarismus geschleubert. Nie wird ein Imperator das ‚scrophulöse Gefindel der materiellen Interessen‘ zu Boden schmettern, wenn die geistigen Interessen einer großen Nation gesunde, mannhafte, auf das Notwendige und auf das Erreichbare gerichtete Pflege empfangen haben. An der Hohlheit unseres Freiheitsstaumels krankt das Zeitalter fort und fort. Zwar singt Anastasius Grün:

„Krank ist die ganze Menschheit,  
An Königen leidet sie —“,

aber wenn dieß das Hauptleiden des gegenwärtigen Geschlechts wäre, so muß doch der Unbefangene einräumen, daß mit der Zahl der Könige die Krankheit stark im Abnehmen begriffen ist. Ein recht geistreicher Vers, der den Betfall unzähliger Halbköpfe, die mit Freisinnigkeit prahlen, erlangt hat! Als wenn Volksgunst und Volksschmeichelei etwas Besseres wären als Fürstengunst und Fürstenschmeichelei! Ein Knechtsfuss ist würdig des andern. Gemeine Naturen, die sich an irgend welche Uebermacht wegwerfen, gibt es unter jeder Regierungsform; wenn alle legitimen Könige ausgestorben sein werden, wird der Despotismus erst recht seine Triumphe feiern, denn auf den Sturz der geregelten, mindestens durch Ueberlieferungen eingeschränkten menschlichen Ordnung folgt die ungeregelte,

---

\* „Deutsche Vierteljahrsschrift“ 1869, 4, S. 67.

aller traditionellen Schranken entbehrende, sich über alles und jedes hinwegsetzende, eben der Cäsarismus!

„Die republikanische Ader unserer Zeit fließt in sehr dünnen Tropfen. Darüber möge doch endlich die Einbildung schwinden! Kaum jemals in der Geschichte der Menschheit sind die Umwälzungen der Gesellschaft so das unsterbliche Eigentum Einzelner gewesen als im 19. Jahrhundert! Ein Einzelner, kühn bis zur Berwegenheit, wagt einen großen, gewaltigen Streich und — er gewinnt! So Napoleon I., so Napoleon III., so Cavour, so Garibaldi! Wer wußte im Frühling 1866, welchen Ausgang die Dinge in Deutschland nehmen würden? Niemand, alles war in der grenzenlosesten Verwirrung! Wo euer Schatz ist, da ist auch euer Herz, sagt Christus im Evangelium. Der Schatz der materiellen Interessen, das Geld, das heilige Metall, war in Lebensgefahr, aber die materiellen Interessen schlugen sich nicht, sie zittern bloß, wenn es ‚losgeht‘. Das Chaos hatte sich geöffnet, und der das Chaos besiegt zu haben schien, das war der Graf Bismarck! Und auf die Knie vor ihm stürzte die liberale Gesellschaft, ihm für den rettenden Sieg zu danken; wie wurde sie ‚national‘, ja sogar ‚national-liberal‘! Die ‚rettenden Taten‘, das ist die Signatur unserer Zeit. Selbstgovernment, Selbstregierung, Selbstverwaltung, Gemeindefreiheit und tausend ähnliche schöne Redensarten führte man bei jedem Zweddeßen und Festschießen im Munde, aber kam es darauf an, Hand anzulegen an die gegebenen Zustände, an die praktische Wirklichkeit der Nation, so flüchtete man in den idealen Einheitsstaat Deutschland, in das gepriesene Wolkenkuckucksheim, wo alle gebratenen Tauben in Gestalten von Grundrechten und Nationalfreiheiten von selbst in den Mund flogen, so schnell just, wie die Phrasen aus diesem heraus. Daß die deutsche Frage nie und nimmermehr aus ihren eigenen gegebenen Factoren entwickelt werden sollte, darüber war alle Welt einig; nur das machte Kopfzerbrechen, ob man lieber England oder

Amerika, oder die Schweiz, oder Belgien, oder Italien, wenn nicht gar Frankreich nachahmen sollte: nachahmen aber mußte man jedesfalls. Am Ende blieb man bei Italien stehen, dem allerneuesten und darum lehrreichsten Beispiel der Weltgeschichte.\*

„Man muß sich immer gegenwärtig halten“, ergänzt Winter diesen Gedankengang\*, „daß der Einheitsstat, weil er mit seiner bürokratisch-militärischen Centralisation alles in die Spitze legt und deshalb des festen Untergrundes des Statslebens entbehrt, dem jähesten Wechsel der Geschichte unterworfen ist. Welch eine Macht stellte der dritte Napoleon 1860 dar! Aus einem wahnwitzigen Abenteuerer war der erste Potentat Europas geworden. Von den drei andern Großmächten des Festlandes hatte er zwei in gewaltigen Kriegen niedergeworfen, bei Solferino selbst die französischen Divisionen gelenkt. Mit der dritten Großmacht, Preußen, hatte er nicht gekriegt; im Gegenteil, er hatte ihr die drohende Ausschließung von den wichtigen Pariser Conferenzen zur Regelung der orientalischen Frage beim Schluß des Krimkriegs abgewandt. Friedrich Wilhelm IV., als ihm die Neuenburger sein Fürstentum genommen, hatte zum Schutz seiner Interessen in der Schweiz sich an den französischen Imperator gewandt und wiederum ein williges Ohr gefunden. Zwei Provinzen, größtenteils französischer Zunge, lange der Gegenstand französischer Wünsche, hatte Napoleon wieder an Frankreich gebracht. Im Innern schien alles Ruhe, Bewunderung, Verehrung, Untertänigkeit gegen den Feldherrn und Statsmann. Und zehn Jahre später ist er flüchtig auf britischem Eiland, das schon so viele Flüchtlinge gesehen, des Reiches verlustig, wiederum als wahnwitziger Abenteuerer verschrien, still und in sich gelehrt; nur eins bleibt ihm noch zu vollbringen: sich vorzubereiten für den Abschied vom Leben und für

---

\* Der Bundesrat und die Reichsoberhausfrage, S. 132.

die Rechenschaft, die er dem höheren Richter zu geben über  
des, was er gegen die göttlichen Gebote getan.“

Edilon Barrot\* entwickelt folgende drei Gründe, um  
zu zeigen, daß die Centralisation notwendig zur Auf-  
hebung und zum Zerfall im Gesellschafts- und Staatsleben  
führen müsse: 1. sie belastet die Regierung mit einer un-  
erträglichen Verantwortlichkeit, während sie alle anderen  
von jeder Verantwortlichkeit entbindet, woraus dann der  
Geist der Anschwärzung und der Feindschaft im Volke ent-  
stehe; 2. das Misverhältnis, das sich durch die Centrali-  
sation zwischen der Hauptstadt und den Provinzen bildet;  
3. die Schwierigkeit, welche sich jeder wahren Reform ent-  
gegenstellt.\*\*

„Aber“, warnte das ehemalige Mitglied der deutschen  
Nationalversammlung, Gritzner, „weit schlimmer noch als  
für Frankreich würden sich die Folgen der Centralisation  
für Deutschland zeigen. In Deutschland mangelt uns das  
kraftvolle, impulsive Element der romanischen Völker; wir  
haben hier keine Bevölkerung, bei der sich spontane, massen-  
hafte Erhebungen mit Leichtigkeit und oft hervor rufen  
lassen. Einmal von der drohenden Centralisation fest um-

---

\* De la centralisation et de ses effets.

\*\* „Die Tätigkeit der französischen Regierung wurde um so  
fiebrichter, je mehr man sich der Revolution näherte. Schließ-  
lich war jeder Zweig des königlichen Dienstes ohne Ausnahme  
einer gründlichen Umformung unterzogen worden, und bei den  
staatlichen Einrichtungen war kein Stein an seiner Stelle ge-  
blieben. Der conseil du roi erließ fast täglich Reglements  
über alle möglichen Gegenstände. Die Zahl der Verordnungen  
war Legion, so daß die Angestellten aus dem Studium der  
neuen und ewig wechselnden Vorschriften gar nicht herauskamen,  
die Bevölkerung aber unmöglich wissen konnte, was sie zu tun  
und zu lassen habe, um nicht in die Schlinge irgend einer polt-  
zeilichen Bestimmung zu geraten. Im Augenblick der Kata-  
strophe war die Verwirrung im ganzen Bereiche der Staatsver-  
waltung hodenlos.“ („Grenzbote“, 94, S. 93.)

strickt, wird es Jahrzehende, ja vielleicht Generationen lang geduldig harren und immer tiefer in Knechtschaft versinken, bevor es (unter begünstigenden Umständen außerhalb Deutschlands) sich wieder einmal aufrafft. — Sehen wir doch auf Preußen selbst. Sind dort vielleicht die Wirkungen des centralisirenden Absolutismus nicht fühlbar genug? Hat die Rheinprovinz, hat Schlessen, hat irgend eine der Provinzen noch irgend einen maßgebenden Einfluß auf die Landesregierung? oder wird etwa nicht der Gang der Dinge lediglich von Berlin bestimmt? Hat das Volk vielleicht als Ganzes noch eine Stimme gegenüber der in Berlin centralisirten Militär- und Steuerkraft des ganzen Landes? Ist das Volk von einer Bureaucratie, die von Berlin aus ihre Zweige bis in die fernsten Landeskümpfe breitet, nicht etwa bis in die kleinsten Details seines Tun und Lassens bevormundet? Ist die sogenannte Volksvertretung etwa nicht im selben Maße, als sich die Centralisation vollzog, rasch zu einer Schattenkomödie herab gesunken? Ist nicht das Volk selbst unter dem Gifthauche der Centralisation völlig demoralisirt?\*

Und ob dieser warmfühlende Patriot Recht behalten hat? Die Entwicklung, die in Frankreich Jahrhunderte brauchte, um ein Volk ganz zu bezwingen, hat bei uns in ebenso viel Jahrzehenden nahezu dasselbe erreicht. Gegen die Dinge doch heute bei uns nicht viel anders als im alten Rom, wo es schließlich hieß: „Das Wohlgefallen des Kaisers ist das Gesetz der Welt!“, oder wie im Frankreich Ludwigs XIV., wo der König ausrufen durfte: „L'état c'est moi!“, und wo man als der Weisheit Schluß verkündigte: „Wir haben eine vollkommene Religion, die katholische, einen vollkommenen Gott, den des Descartischen Systems, eine vollkommene Regierungsform, die erbliche absolute Monarchie, einen vollkommenen König, Ludwig XIV.“\*

---

\* Im neuen Deutschland heißt es: „Der Wille des Königs

Nun wollen wir aber, um einem Mißverständnis vorbeugen, schon jetzt hervorheben, daß wir weit davon entfernt sind, die Berechtigung einer starken Centralkraft zuzugunnen. Wir wissen sehr gut, daß der Staat einer solchen Centralgewalt bedarf, um nach außen hin eine machtvolle Politik treiben zu können, und wir wissen auch, daß diese Centralkraft unter Umständen notwendig ist zur Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung einer Gesittung im weitesten Sinne, weil dieselbe — wenn sie ihre Aufgabe recht versteht — nicht bloß an die Gegenwart denken darf, sondern auch an die Zukunft und an die Menschen, die nach uns kommen. Aber es kann sich hier nur um eine historisch gewordenene, nicht aber um eine aus Eroberung und Zusammenballung hervorgegangene centrale Gewalt handeln; die letztere wird ihre vornehmste Aufgabe immer nur in der Verteidigung des Eroberten erblicken und wird darauf ihre Maßnahmen in erster Reihe zuschneiden: die Kasernen, nicht die Schulen genießen hier die Aufmerksamkeit der Regierenden.

Je mehr sich ein Volk von der Centralisation fern zu halten versteht, desto mehr und dauernder wird wahre Freiheit bei ihm heimisch sein. Da die Freiheit nun aber die erste und wichtigste Grundlage aller gesunden Völkerentwicklung ist, so lernen wir hieraus, daß ein Staatenverband, in welchem die innere Selbständigkeit der Gliedstaaten nicht ungetastet wird, immer lebensfähiger und stärker sein wird als ein Einheitsstaat. Dabei ist dieser Staat allerdings nicht als Angreifer gedacht. Hier wird vielmehr der centralisierte Einheitsstaat immer im Vorteil sein; und darin eben liegt sein relativer Wert. Andererseits wird ein jeder Berechtigende zugeben, daß gerade in der deutschen Vielgestaltigkeit und in der Selbständigkeit der einzelnen deut-

---

ist das oberste Gesetz“ und „Ein Reich, ein Volk, ein Gott.“ — Es fehlt bloß noch eine preussisch-deutsche Nationalkirche, und die klassischen und modernen Vorbilder sind erreicht.

schen Staten die hauptsächlichsten Ursachen unserer bisherigen Fortschritte auf den verschiedenen Gebieten des geistigen Lebens gelegen haben, und in ihrer Rückwirkung auf die Geistesstätigkeit der übrigen Völker der Erde dürfen wir diese Vielstätigkeit als eine einflußreiche Ursache der heutigen Gestalt der Gesittung der ganzen gebildeten Welt ansehen; also eine Sache, über die man durchaus nicht so hochmüthig zur Tagesordnung übergehen darf, wie das unsere constitutionellen Staatskünstler und unsere großen politischen Parteien leider Gottes tun.

Dieses Verhalten steht nun freilich im engsten Zusammenhang mit dem einen jeden Menschen von Gemüth abstoßenden unhistorischen Sinn, welcher sich heute überall breit macht. Und man kann wol sagen, daß sich ein großer Teil des Volkes gerade deshalb so unglücklich fühlt im neuen Deutschland, weil hier alle Verhältnisse viel mehr das gewaltsam Gemachte als das natürlich Gewordene an sich tragen. — Man beginnt mehr und mehr zu erkennen, daß jenes gewißenlose Treiben, nach welchem es vor allem und ausschließlich auf die äußere Form, den preussisch-constitutionellen Einheitsstat, ankommen sollte, nichts anderes ist als Schlingenlegerei für die Masse jener harmlosen politischen Stimpel, an denen es ja leider Gottes in Deutschland nie gefehlt hat.

Ein Glück nur, daß es auch diesen Schlingenlegern schließlich gehen wird wie allen pfliffigen Leuten, daß auch sie früher oder später zu Falle kommen werden. Als sie durch ihre neuen Gesetzesconstructions den Faden einer organischen Weiterentwicklung jäh abgerißen, öffneten sie nicht nur einer auf deutschem Boden noch nicht dagewesenen Anarchie Thür und Thor, sondern sie versetzten auch sogleich dem zu schaffenden Werk den Todesstoß. Alle Bemühungen, nachträglich in den groben Mechanismus organisches Leben zu bringen, scheiterten und mußten scheitern, so lange die notwendigste Grundlage, ein gesunder Körper, fehlte.



Gewisse unentwegte und unentwegt urteilslose Be-  
wunderer Bismarck'scher Größe wissen allerdings auch heute  
im Angesichts des Glendes unserer Zeit nichts Besseres  
zu tun, als sehnsuchtsvoll zurück zu blicken auf jene Zeit,  
in der man von „unerreichter großartiger Statskunst“  
reden durfte, wo rohe Kräfte sinnlos walteten.

„Gerade jetzt“, ruft der Vorsitzende des Alldeutschen  
Verbandes klagend aus\*, „gerade jetzt könnten wir frei-  
lich einen Bismarck oder wenigstens einen Cromwell  
wünschen.“

Wer die Alldeutschen kennt, wundert sich hierüber frei-  
lich nicht, — der wundert sich überhaupt über nichts, was  
in diesen Leuten ausgeht, die als Glieder eines „Herren-  
rates“ über fremde Rechte rücksichtslos hinwegschreiten  
und doch andererseits ihres Gleichen suchen im Byzantinis-  
mus und alles zukünftige Heil des deutschen Volkes ab-  
hängig machen von der Einsicht und dem guten Willen  
des einzelnen Menschen.

Der nationale Götzendienst, von den nationalliberalen  
Vereinsgründern einst importiert, wurde von den Alldeutschen  
auf die Spitze getrieben. Nationale Ausschließlichkeit läßt  
keinen Gedanken an eine internationale Gemeinschaft  
aufkommen, aber wenn man je einmal einen freund-  
lichen Blick auf ein fremdes Volk wirft, so geschieht es  
nie nur, weil man ein anderes Volk noch mehr  
achtet als dieses. Beispiel: Das Auspielen der Russen  
gegenüber den Franzosen gegenüber den Engländern.

„Ist denn Nationalentwicklung“, so sagt Constantin  
Kanté\*\*, „wirklich das höchste Ziel für die moderne Mensch-  
heit, daß sie zum Maßstab aller politischen Ordnung dienen  
sollte oder wol gar für heilig gelten dürfte? Ein Kossuth  
ist ja selbst von einem magyarischen Gott gesprochen, von  
dem Gott Arpads, — wie eine Parodie auf den Gott

\* „Alld. Bl.“, 1897, S. 182.

\*\* Naturlehre des States, S. 426.

Abrahams, von welchem die alten Juden sprachen. Er denkt sich Mazzini einen italienischen Gott, und daher sein Wahlspruch „Iddio e popolo“. Auch von einem germanischen Christentum hat man gefabelt, und man hat die Phrase gehört, Frankreich ist eine Religion. Also kurz gesagt: wieder ein neues Heidentum.“

So ist es, die Deutschen sinken durch Nachahmung dieses Nationalitätenkultus auf die Stufe jener Völkchen herab, die sie wegen der bei ihnen herrschenden nationalen Ueberhebung früher mit gutem Rechte bespöttelt haben. Dabei wird man leider nicht einmal behaupten können, daß unser Volkstum, verglichen mit den Zuständen der früheren Zeit, ein besseres geworden wäre. „Ei, das wäre ja was!“ sagt der eben citierte Autor,\*\* „hätte unsere Nationalität seitdem an innerem Wert gewonnen, nur bliebe das es nachzuweisen. Liebenswürdiger sind wir gewiss nicht geworden, geschmackvoller auch nicht, solider und gründlicher noch weniger, sittlicher und frommer erst recht nicht, in Schwindelthum und Prahlerei hingegen haben wir erstauuliche Fortschritte gemacht. Was ist es also, um deswillen wir uns rühmen könnten, auf einmal die Musternation geworden zu sein, wenn nicht, daß wir zur Zeit die formidabelste Armee besitzen und in keinem Lande der Welt die ganze Nationalentwicklung so in Militärwesen aufgeht als bei uns? Sonderbarer Ruhm für das Land der Deuts-

---

\* Friedrich Nagel, ein gewiss unverdächtiger Zeuge, sagt in seiner „Polit. Geographie“, S. 81: „In der großen Bewegung auf immer festere territoriale Begründung der Politik ist die Nationalitätenpolitik unserer Zeit ohne Zweifel ein Rückschritt. Sie erklärt als das Princip des States das Volk eine Rassen-Gemeinschaft ohne Rücksicht auf seinen Boden. Sie wird sich dauernd der geographischen Politik gegenüber nicht behaupten können, die den Boden ins Auge faßt, ohne den Stamm und die Art der Bewohner zu berücksichtigen.“

\*\* Const. Frank, Deutsche Antwort auf die orientalische Frage, S. 64.

Was ist es gar mit unserer Nationalitätsschwärmerei, wenn das neue Deutsche Reich doch selbst nur durch Nachahmung napoleonischer Vorgänge zu Stande kam? Des napoleonischen coup d'état nemlich, wie der Cavour'schen Annexionspolitik.“

Wie wenig übrigens die rücksichtslose Hervorkehrung der deutschen Nationalität und die damit im Zusammenhang stehende Centralisationsucht auch vom Standpunkt der reinen Nützlichkeitspolitik aus sich rechtfertigen lassen, so wenig sie insbesondere zur Ausbreitung des Reichthums oder auch nur zur Erhaltung desselben außerhalb der Grenzen des heutigen Reiches beizutragen vermögen, das haben wir auf diesen Blättern bereits zur Genüge gesagt. Der Deutsche besitzt eben glücklicher Weise in seiner erdrückenden Mehrheit auch heute noch nicht jenes erbeugende Gefühl, welches ihn als höchsten Genuß empfinden sollte, wenn er überall, in welchem Winkel der Welt er sich auch befinden mag, am Leitseil einer Berliner Regierung andeln darf. Ganz im Gegentheil, er sucht, wenn er hinauskommt, das ihn beengende militärisch-bureaucratische Reichthum so rasch wie möglich abzustreifen, und wolle er, wenn es ihm noch gelingt. Kann er doch deshalb ein sehr guter Patriot und Deutscher bleiben. Denn nicht das Heerdengefühl ist Nationalbewußtsein. Wahres Nationalgefühl bekundet sich vielmehr beim echten Deutschen durch das stete Hochhalten deutschen Geistes, durch das Durchdrungensein von jenem Menschheitsideal, wie es die Christuslehre uns zeichnet, und wie es die größten deutschen Geister verfochten. Und darum sei es wieder und wieder gesagt, daß diejenige deutsche Machtpolitik, der die Macht ausschließlich oder vorwiegend Selbstzweck ist, im Voraus verurtheilt ist, und daß nur jene Bestrebungen zur Erweiterung der deutschen Macht als zulässig und berechtigt gelten können und dann auch Aussicht auf Erfolg haben werden, wenn das hehre Ziel vorschwebt, daß „am deutschen Wesen reinfest die Welt genesen“ soll.

Hatte man zwar an der Wiege des jungen Reichs das Lied gesungen: „Die Tage der Einmischung in das Leben anderer Völker unter den alten Kaisern nicht wieder aufleben zu lassen“, und hatte man versichert, daß die neuen Kaiser der wiederhergestellten Nation nur Mehrer des Reiches sein sollten in den Gütern des Friedens und der inneren Wohlfahrt, so waren das eben nationalliberale Grundsätze und Versprechungen, deren man sich zu erledigen hatte in dem Augenblicke, in dem es vorteilhaft erschien, sich andere Ziele zu setzen. War von Anfang an von einem wiederhergestellten Deutschland gesprochen worden, so lag es trotz aller gegenteiliger Versicherungen nahe genug, die Bahnen eben jenes Deutschlands, welches man wiederhergestellt hatte, einzuschlagen. Aber wie sehr befaß man sich schon mit der Voraussetzung im Irrtum! Welche Verkennung der Tatsachen, das alte Kaisertum wäre eine Sache, die sich, nachdem ihr Welttag längst abgelaufen, nun ohne weiteres wieder aufrichten ließe und zu deren Erneuerung man keiner anderen Mittel bedürfe, als die preußische Heeresreform, den Zollverein, eine nach fremden Vorbildern gearbeitete Verfassung und dergleichen mehr. Eine solche Mißachtung der elementarsten Lehren der Geschichte liegt hierin, daß man nur den Kopf schütteln konnte, wenn man sehen mußte, wie ernste Leute mit ausgereiftem Geiste keinen Anstand nahmen, sich zu Verfechtern dieser Theorie aufzuwerfen.

Um wie viel besser würde es doch stehen in der Welt, wenn die Menschheit sich bei ihren Handlungen statt von dürftigen Gedankenabstraktionen, vielmehr von jenen Gesetzen leiten ließe, die aus der Natur der Dinge wie von selbst herauspringen. So scheint es aber leider, als ob sie erst durch die harte Schule jenes mechanischen Suchens und Tastens hindurch geführt werden müßte, wie sie durch die zum Teil falsch verstandene, zum Teil von Einzelnen und ganzen Cliquen selbstüchtig angewandte und ausgenutzte Lehre von der unbedingten Berechtigung der

Rationalitätsprincips geschaffen worden ist, ehe sie sich zur Erkenntnis hindurch zu ringen vermochte, daß der mittelalterliche Gedanke von der Gemeinsamkeit der Kulturinteressen allein ein gedeihliches Vorwärtsschreiten des Menschengeschlechts ermöglicht. Es ist ja wahr: in der Form und Fassung, in der dieser Gedanke im römischen Reiche deutscher Nation herrschte, vermochte er die große Katastrophe nicht zu überdauern. Er zerbrach mit der Glaubenseinheit, die die notwendige Bedingung seines Bestehens war. Begreiflich auch, da es nicht gelang, neue einigende Formen zu finden oder zu erhalten, daß seitdem der Träger jenes mittelalterlichen Gemeinschaftsgedankens, das deutsche Volk, genau so wie die Religion, in mehr und mehr auseinanderstrebende Teile zerfiel, und verständlich endlich für den historisch Denkenden und den organisch aufbauenden Beurteiler, daß das Surrogat, die versuchte mechanische Einigung, die im Grunde genommen vielmehr eine vollständige Zerreißung ist, den erhofften Erfolg nicht zu bieten vermochte.

Schon in der unter dem Namen Renaissance zusammengefaßten Geistesrichtung war die Bahn historischer organischer Entwicklung verlassen worden. Die Aufnahme des altheidnischen Geistes in das spätere Kulturleben hat die germanisch-christliche Entwicklung durchbrochen, und so sehr man auch die woltätigen Folgen, die diese Entwicklung auf dem Gebiete von Kunst und Wissenschaft gehabt hat, anerkennen muß, so sehr muß man sie vom allgemein geistigen Standpunkt aus verurteilen; hat doch die ganze spätere Entwicklung der germanischen, namentlich aber der deutschen Welt daran zu tragen.

„Niemals ist es gleichgültig, wie etwas geschieht“, belehrte mit würdigem Ernst Trautwein von Belle\* die Bewunderer des Bismarckschen Statsreiches, „das sich einzubilden, gehört auch zu den Grundirrtümern der Epoche.

---

\* Deutsche Viertelj.-Schrift 1869, IV, S. 70 u. f.

Das Wie modelt das Was. Nur aus der freien Ueberkunft der Fürsten und Völker Deutschlands kann dauernder Segen für die Heimat entspringen. Aber, damit alle selbsttätig handeln, dazu ist nötig, daß auch alle selbstständig gedacht haben und daß sie die eiserne Notwendigkeit der historischen Voraussetzungen unseres Daseins erkannten. Hier ist der Punkt, in welchem die Tragik der deutschen Frage mit dem philosophischen Idealismus der Deutschen zusammenhängt. Die Welt in uns und um uns ist kein Product unseres subjectiven Beliebens. Nehme ich das Gegentheil an, so vollziehe ich den Bruch mit der Geschichte sowol als mit der Wirklichkeit des Lebendigen Gottes, und ich schraube mich zu einer Höhe hinauf, an der meine eigenen Pläne und Hoffnungen scheitern. Wol vermag der Mensch viel, ja Gewaltiges und zuweilen so Großes, daß es wie übermenschlich aussteht. Doch gelang ihm solches, dann ist es im innigsten Anschluß, in gehorsamer Unterwerfung unter die gotterschaffene Ordnung der Dinge geschehen, indem er den Gesetzen des geistigen, wie des natürlichen Lebens folgte, indem er ein bescheidener Aehrenleser auf dem göttlichen Fruchtfelde der Jahrhunderte war. Durch zahllose Menschenalter, durch ein Heer von Erdengeschlechtern vor uns ist all unser Wissen und Können vermittelt. Dann allein sind wir im höchsten Sinne selbstschöpferisch, wenn wir in die heilige Harmonie des Weltalls als ein dienendes Glied eintreten, dessen uns vollbewußt, daß der Bau und das Ziel der gegebenen Ordnung von dem Meinen, Bedenken und Wollen des einzelnen Ich vollkommen unabhängig! Man redet heutzutage so unendlich viel von Fortschritt. Man schreitet aber nur fort im Zusammenhange mit der vorangegangenen Entwicklung und mit genauer Kenntnis der Lebensbedingungen, an welche jedes gedehliche Wachstum geknüpft ist. Schritt vor Schritt und nicht anders geht es vorwärts.“ — „Und warum waren alle Neugestaltungspläne so fruchtlos geblieben? Einfach deshalb, weil man die

deutsche Frage nicht als die große Daseins-, die Lebens- und Sterbensfrage der deutschen Nation, sondern als eine gute Gelegenheit zu konstitutionellen Experimenten betrachtet hatte. Fröhlich und sorglos gieng man im lieblichen 'Völkerfrühling' an die Gründung des neuen 'Reiches', die Oberhauptfrage, die Ordnung des Gebäudes, wie billig bei rein idealen Entwürfen, für die zwölfte Stunde aufsparend. Also, wer in Deutschland nunmehr regieren sollte, das war in der neuen Regierungsform eine Angelegenheit zweiten Ranges. Das wurde so beiläufig abgemacht, vor der Hand war man 'erkaiserlich' auch ohne Kaiser, und eine 'Centralgewalt' schien überhaupt nicht fehlen zu können, solange ein Parlament in gesetzgeberischer Thätigkeit war, das alle Tage eine frische Centralgewalt ernennen konnte. Ja, vorausgesetzt, daß die Herren Fürsten und freien Städte, die wirklichen Staten Deutschlands, sie anerkannten! Immer der gleiche circulus vitiosus. Und warum auch nicht? Hat doch die allein seligmachende Doktrin längst entschieden, daß die 'gesetzgebende Gewalt' über der 'vollziehenden' steht und nötigenfalls die letztere aus sich heraus erzeugt! Wie schön solch ein Geburtsact von Statton geht, ward im Jahre des Heils 1869 in Spaniens 'constituirenden Cortes' dem staunenden Europa kundgetan. Aber das junge Deutschland von 1848 mußte sich ganz mit der 'provisorischen Centralgewalt' zufrieden geben, der constitutionelle Geburtsact der 'definitiven' lief in einen totalen Abortus aus, und vor Allem, was einem Doktrinar wunderbar ist, wurde das Wunderbarste zur Tatsache, nemlich, daß gar nichts Neues zu Stande kommt, wenn keine neue Regierung zu Stande kommt."

Derjenige Beobachter, welcher mit Ehrlichkeit und Freimut an die Dinge herantritt, wird zugeben, daß die Entwicklung der neuesten, an Statsentwürfen und sonstigen Gesetzeswerken so reichen Zeit unumstößlich erwiesen, daß eine auf rein mechanischer Grundlage stehende Statskunst

aufser Stande ist, lebendigen Völkern das Gefäß zu brechen. Nirgends, wo auch sie sich versucht haben mag, haben sie vermocht, eine stetige gesunde Entwicklung hervorzurufen.

„Welch ein Zustand“, ruft Const. Franz aus,\*) „die Verfassungen und Gesetze, welche dem menschlichen Leben Geltung geben sollen, vielmehr selbst das Allerhinffälligste und Wandelbarste geworden sind. Kein Gedanke daran, daß sie mit Ehrfurcht betrachtet würden, denn wer könnte das, der es weiß, wie sie zu Stande kamen? Und weil ihnen also die moralische Autorität fehlt, erhalten sie sich theils nur durch Corruption, welche sie doch selbst um sich verächtlicher macht, theils nur durch materielle Zwangsmittel, welche noch durch den Druck, der dadurch auf den Völkern lastet, selbst wieder die Reizung zu neuen Umsturzprojecten befördern, wovon man Erleichterung erwartet, indessen hinterher jedesmal die Lasten wachsen. Welch ein Zustand ferner, wenn wir den Blick von den einzelnen Ländern auf das Ganze des europäischen Staatensystems richten! Eine allgemein anerkannte Ordnung besteht da überhaupt nicht mehr, noch weniger ein gemeinsames Gefühl der Verpflichtung, zum Schutze derselben einzutreten. Sondern was besteht, gilt nur noch als tatsächlich bestehend, weil und in so weit es die Macht hat, sich geltend zu machen. In seiner Widerstandskraft liegt die einzige Garantie seiner Fortexistenz. Darum muß jeder Staat rüsten, und weil man womöglich dem Nachbar überlegen sein will, immer mehr rüsten, bis zuletzt der ganze Continent zu einem stehenden Lager wird.“

„Das wäre also das Resultat aller der Anstrengungen, die in den letzten Menschenaltern zur Verbeßerung der öffentlichen Zustände gemacht wurden, und die soviel Opfer gefordert, soviel Blut gekostet haben. Nichts ist in Wahrheit damit erreicht, als die Beseitigung des früher Bestehenden, die neuen Schöpfungen hingegen erwiesen sich

---

\*) Aufruf zur Begründung einer föderativen Partei S. 25.



überall als unzulänglich, in der Hauptsache misslungen, oft selbst zu dem Gegenteil dessen führend, was dabei erstrebt wurde. Und wie, fragen wir nun, konnte das alles so geschehen? Bloß äußere Umstände oder Mißgriffe, die etwa bei der Ausführung der Entwürfe begangen wären, können die Sache nicht erklären. Nein, der Fehler muß wol in den dabei zu Grunde gelegenen Principien stecken, welche eben durch die schlechten Früchte, die daraus entsprangen, ihre innere Unwahrheit beweisen.“ Denen aber, die bei uns in Deutschland diese Principien zur Einführung brachten, nachdem sie in so vielen anderen Ländern bereits bankrott geworden waren, stellt das das allerschlechtesten Zeugnis aus.

Wenn heute ein Arndt, ein Uhland, und wie sie alle heißen, die Dichter und begeisterten Lobpreisler des deutschen Einheitsgedankens, wieder auferstünden aus ihren Gräbern und das Werk Wilhelms des „Großen“ und seiner Paladine sähen, und dann von den Kostgängern des Welfenfonds und der Berliner Centralbureau erführen, daß das die glänzende Verwirklichung ihrer herrlichen Gedanken, ihrer kühnsten Wünsche sei, sie würden verständnislos dastehen und kopfschüttelnd wieder hinabsteigen in die modernsten Grüfte, die ihnen wahrscheinlich noch anheimelnder erscheinen würden, als diese „glänzende Wirklichkeit“ mit ihrem Wust und Graus, weil sie dort wenigstens nichts merken von der Fälschung ihrer Ideale.

Wenn nur wenigstens die durch das Zusammenkuppeln so vieler Sonderkräfte entstandene Mechanik den einen Zweck erfüllt hätte: dauernden Frieden bei geringerer Anstrengung des Einzelnen zu verbürgen. Wovon aber leider, wie schon Franz in den oben citirten Sätzen betont, heute weniger die Rede sein kann, als je zuvor. Die schärfste, einst mit so großer Wucht gebrauchte Waffe der Unitarier, die Verheißung, daß ein „unter preussischer Spitze geeintes Deutschland“ zur allgemeinen Zufriedenheit führen, und

sich als ein Hort des Friedens erweisen würde, \*) diese Waffe, sagen wir, ist jenen einst so stolz und anmaßend auftretenden Leuten aus der Hand gefallen und heute so stumpf und vom Rost zerfressen, daß sie kaum noch auf dem Fechtboden des parteipolitischen Phrasentums zu brauchen ist — Andererseits hat das, was wir in den früheren Abschnitten über die körperliche und geistige Verschlechterung des Volks im neuen Reiche — als eine Folge des dieses Reich beherrschenden Systems — kennen gelernt haben, so viel bewiesen, daß es auf der eingeschlagenen Bahn überhaupt kein Vorwärtskommen für die deutsche Gesamtheit gibt.

Somit fällt auch der Einwand gewisser Nützlichkeitspolitiker, daß die Bismarck'sche Reichsschöpfung immerhin annehmbar oder gar notwendig sei als Vorstufe zu einem Späteren, Vollkommeneren. Der Weg zum Leben führt nimmermehr über den Kirchhof!

Wir betonten schon, daß sich heute bereits in immer mehr sich ausdehnenden Kreisen ein gewisses Widerstreben gegen die herrschende, einst rüchhaltslos gutgeheißene und gepriesene Politik bemerklich macht. Es hat dieses Widerstreben ohne Zweifel seine Ursache in dem allmählich durch die Macht der Tatsachen hervorgerufenen Gefühl, daß an dem neuen Einheitsbau nicht alles so sei, wie es Jahrzehende lang gerühmt worden ist. Freilich fehlt viel, daß dieses Gefühl von der Unzulänglichkeit, ja selbst Verderblichkeit der Einheitserschöpfung, das vielfach nur als einfaches Unbefriedigtsein empfunden wird, sich zu einem bestimmten einheitlichen Erkennen und Vorwärtstreben verdichte. Bei der großen Masse äußert sich dasselbe nur im Unzufriedensein mit dem Bestehenden und wird von gewissenlosen Parteiführern in die Form der Socialisten-

---

\*) „Nach der vollzogenen Umwandlung“, sagte einst Treitschke, wird dann, wie immer, wenn das Notwendige vollbracht ist, die Welt sich bekennen zu der großen segensreichen Wahrheit: Die Interessen der Völker sind harmonisch.“

Christen- oder Judenhege, des Agrarismus oder des Socialismus gepreßt. Nur wenige sind es, die das Uebel erkennen und die bestimmt und freimütig bekennen, daß nur an eine Besserung zu denken ist, wenn man sich rücksichtslos von den alten Systemen abwendet, wenn man den Statengebilden des deutschen Volkes wieder ihre natürliche Grundlage zurückgibt, wenn man sie aus der unnatürlichen, ungerechten, undeutschen, preussisch-centralistischen Umarmung erlöst, kurz, wenn man der ihnen gebührenden Freiheit und Selbständigkeit — oder mit andern Worten: wenn man dem Grundgesetze germanischen und deutschen Zusammenlebens, dem Föderalismus — wieder zur Herrschaft verhilft. — Wir unsererseits bestätigen dieß mit dem Hinweife, daß ein deutscher Staatsmann, welcher Staatskunst im wahren Sinne des Wortes treiben will, dieß nur vermag, wenn er jenes Grundgesetz sich zur Richtschnur nimmt, andernfalls wird sich seine Tätigkeit hinterdrein immer als eine lebenslose Parteilpolitik erweisen.

Wollen wir uns nun aber die Elemente des Föderalismus klar vor Augen stellen, so müssen wir uns an den Schöpfer der deutschen Volkswirtschaft und der wirtschaftlichen Einigung Deutschlands, Friedrich List, wenden; wir müssen ferner eindringen in die Gedankenwelt der beiden großen deutschen Föderalisten Karl Marlo und Constantin Franz.\*

---

\* Wir erinnern hier an Lists „Gesammelte Schriften“ von Häuser, Stuttgart 1850—51, und an „Untersuchungen über die Organisation der Arbeit“ von Marlo; Neuer Abdruck, Tübingen 1884—86. Ferner sind als Förderer des wirtschaftlichen Föderalismus zu nennen: W. A. Huber und Robbertus, der letztere allerdings ein etwas schwerfälliger Schriftsteller.

Zur weiteren Belehrung aber über den Föderalismus und seine Bedeutung für die deutsche und mitteleuropäische Staatenwelt verweisen wir auf folgende Schriften von Const. Franz: „Untersuchungen über das europäische Gleichgewicht“, „Die Wiederherstellung Deutschlands“ 1865 (in diesem Buche ist jenen

Friedrich List, den Unverstand und böser Wille zum gewöhnlichen Schutzhölner hat machen wollen, und den deshalb die Wirtschaftspolitiker des neuen Deutschlands unerhörter Weise als den geistigen Vater unserer sogenannten nationalen Wirtschaftspolitik hinzustellen wagten, hat neben anderm klar ausgeführt, daß zu einer nationalen Wirtschaftspolitik vor allem ein in den wesentlichen Dingen sich selbst genügendes, auf föderalistischer Grundlage aufzubauendes Wirtschaftsgebiet gehört. Das heutige Deutsche Reich würde nach seiner Theorie überhaupt keine erfolgreiche nationale Politik, insbesondere keine solche nationale Wirtschaftspolitik treiben können. Hierzu forderte er schon vor fünfzig Jahren ein Deutschland von der Mündung des Rheins bis an die Adria und das Schwarze Meer. Der heutige Weltverkehr, der die Räume verkleinert, Entfernungen schwinden macht, bedingt, daß dieses Gebiet nun noch viel ausgedehnter sein müßte.

Hat Friedrich List so gleichsam den Rahmen geschaffen, innerhalb welchem sich eine im wahren Sinne des Wortes nationale Politik zu bewegen vermöchte, so haben Marlo und Franz in geradezu meisterhafter Weise die innere Ausgestaltung besorgt.

Wir nannten den Föderalismus das deutsche Lebensprincip, und ein Blick rückwärts lehrt uns, wie in der Tat die ganze deutsche Geschichte nicht die Geschichte einer ungeteilten deutschen Nation, sondern eine solche der deutschen Stämme und Länder darstellt. Auch in der Gegenwart ist es nicht anders, wo trotz „wiederhergestellter Nation“

---

naheweisen Leuten, die immer fragen: wie es denn anders hätte gemacht werden sollen, als Bismarck es 1866 gemacht hat, eine deutliche und erschöpfende Antwort gegeben, und das Buch hat deshalb auch noch heute einen mehr als geschichtlichen Wert), „Die Naturlehre des States“, 1870, „Der Untergang der alten Parteien und die Parteien der Zukunft“, 1879, „Der Föderalismus“, 1879, „Die Weltpolitik“, 1880—81.

Die deutsche Gesamtgeschichte sich in drei Großstaten und fünf mittleren und kleinen souverainen Ländern\* abspielt. Der deutsche Reichs-Spießbürger, dem innerhalb seiner Zeitungsmauern diese Tatsachen verborgen bleiben, erkundige ich nur bei den „alldeutschen“ Bismarcks-Bewunderern, diese werden bereitwilligst zugeben, daß wir die Wahrheit reden.

Die Alldeutschen werden also diese Tatsache bestätigen, aber auch sogleich als ihrer Weisheit Schluß verkündigen, daß eine große deutsche Politik vor allem darauf gerichtet ein müsse, eben diesen Zuständen ein Ende zu machen; ihr Kampfruf lautet: ein Volk, ein Kaiser, ein Gott! — die beiden letzteren natürlich in Berlin! Wir aber wissen, daß gerade eine wahrhaft große deutsche Politik nicht die Beseitigung dieser Zustände, sondern die organische Gestaltung derselben anzustreben hat.

War es denn wirklich nur jämmerliche Schwäche und nicht vielmehr eben jenes lebendige Princip, welches verhinderte, daß in Deutschland alles in einer Centralmacht aufging, welches den Bayern und Sachsen, den Allemannen und Schwaben, den Oesterreichern und Preußen ein Sonderleben und dadurch ihr Fortbestehen gestattete? Wol möglich, daß ohne dieses Sonderleben die Schweiz und die Niederlande sich nicht vom Reiche getrennt hätten, ja es ist sogar wahrscheinlich, daß dann Deutschland die Rolle Frankreichs gespielt und Jahrhunderte hindurch die umwohnenden Völker in Gefahr und Aufregung versetzt hätte; aber — es durfte dann auch sicher sein, daß es dann, seiner Rolle getreu, auch das Frankreich unserer Tage, das Frankreich des Niederganges kopiert haben würde, jenes Frankreich, welches gerade die deutschen Chauvinisten seit 1870 nicht verlottert und verkommen genug zeichnen können, und welches allerdings auch vor dem Auge des nicht vor-

---

\* Deutsches Reich, Oesterreich und Ungarn, Rußland, die Schweiz, Holland, Belgien, Litzelburg und Siehtenstein.

eingenommenen Beobachters seinen raschen Niedergang nicht zu verbergen vermag.

Es ist nun eine unentschuldbare Irreführung, wenn man immer und immer wieder den Menschen sagt, daß nur Preußen und die von diesem erzwungene Centralisation die Vereinheitlichung in notwendigen Dingen gewollt und ermöglicht haben. Von wem giengen denn — um nur ein Beispiel zu geben — die Anträge an den Bundestag aus auf Schaffung eines Handelsgesetzbuches, Heimatrechtes, auf Herbeiführung der Einheit der Münze, Maße und Gewichte, auf Regelung der Auswanderung usw.? Etwa von diesem für deutsche Einheit sich begeisternden Großstat Preußen? Mit nichten! Der particularistischste der deutschen Mittelstaaten, Bayern, hat sie gestellt — so wie vorher und nachher Hannover, Sachsen, Hessen, Baden sich in ähnlicher Weise bemüht haben — Preußen aber mit seinem „deutschen Beruf“ hat das Menschenmöglichste getan, ihre Ausführung zu verhindern. So wie hier der Anstoß zum Fortschritt vom Kleinen gekommen, so in unzähligen anderen Fällen, und es liegt das, wie gesagt, in der Natur der Dinge begründet.

„Der Individualismus gehört nun einmal“, wie wiederum Trautwein von Belle\* ausführt, „zum Wesen des Deutschen. Die freie Selbstbestimmung ist ein Ausfluß seiner eigensten Natur, die folgenreichsten Kämpfe der deutschen Geschichte, ja alle epochemachenden derselben, hatten das Recht der freien Selbstbestimmung zum Gegenstande: unter den Hohenstaufen gegen das Papsttum, auf Seiten der Welfen gegenüber dem kaiserlichen Cäsarentum, in der Reformationszeit zeigt sich die freie Selbstbestimmung als der sittliche Antrieb des Protestantismus, der ihn in der ersten Frische und Freudigkeit des Gedankenschwunges über die Schwäche und Mangelhaftigkeit seiner Dogmatik hinaushebt und mit dem Humanismus im Bunde die ge-

\* A. a. O. II, S. 5 u. f.

valtigsten Geistesstaten vollbringen läßt; im dreißigjährigen Kriege ist es wieder das Selbstbestimmungsrecht der Fürsten und Stände, die Religionsfachen von kaiserlicher Autorität unbeeinflusst zu regeln, der Streit um die Glaubensfreiheit der geordneten Gewalten und zugleich um die politische Selbständigkeit der Fürsten, die der römischen Einheitsidee des habsburgischen Cäsarenstuhles die Idee der germanischen Freiheit, leider nur nicht ohne ausländische Einmischung, entgegensetzten.“ — — „Innerhalb der Schranken einer engeren Heimat ist der Particularismus ganz sicher vollauf berechtigt. Er beginnt erst verderblich zu wirken, so bald er sich mit den Ansprüchen der Gesamtheit in bewußten Widerstreit setzt oder gar das Gesamtvaterland seinen Bürgern überflüssig machen will. Auch das glänzendste Aufgebot der Einzelkraft leistet das aber nicht, in der Stunde der ‚echten Noth‘ sind Preußen und Oesterreich, das eine wie das andere, auf den Beistand Gesamtdeutschlands angewiesen! Man leugnet dieß an den beiden großen Ostpolen unseres nationalen Lebens, obschon man es immer zum schwersten eigenen Verderben geleugnet hat. Preußen wie Oesterreich sind als Marken, als vorgestoßene Grenzwälle aus dem deutschen Reichskörper herausgewachsen; der Character der Mark, d. h. des kriegerisch zu verteidigenden Vorpostens („Vorlands“) der deutschen Kultur, lastet ihnen seit ihrer Gründung an und erklärt besser ihr heutiges Wesen und ihr Streben nach Selbstgenügsamkeit und internationaler Bedeutung als alle schönen Doctrinen es um Theoreme nie verlegenen Doctrinarismus. Mag derselbe nun auch den Mantel der Romantik erborgten und die Manen Friedrich Barbarossas bald nach Wien, bald nach Berlin hinüberzerren. Der Kern eines Landes, eines Reiches, eines Volkes tront nie an den äußersten Grenzpunkten, sondern stets mehr nach der geographischen Mitte zu, Deutschland aber hat nie eine eigentliche Hauptstadt gehabt und kann schon deshalb nicht auf Grund einer Frankreich oder Rußland im Auge haltenden Doctrin mit

einem physischen Mittelpunkt, am letzten jedoch mit einem peripherischen (was für ein colossaler Selbstwiderspruch!) begabt oder abgefunden werden. O wenn man doch bei politischen Dingen ein wenig nachdenken wollte!"

Eine publicistische Stimme aus Süddeutschland, die sich in der früher gut geleiteten Berliner „Kritik“ vernehmen ließ, zeichnete treffend den Grund der Misstimmung, die in Süddeutschland gegenüber der centralistischen Berliner Wirtschaft herrscht, kam aber dann am Schluß zu dem Ergebnis, daß sich beide Elemente entgegentommen müßten, die Süddeutschen sollten den Föderalismus fallen lassen, Preußen aber müsse in Deutschland aufgehen. Der Verfasser jener Aufsätze hieß Engel, und es ist wol möglich, daß das Ganze nur ein jüdisches Kuckucksei war; im anderen Falle wäre es aber der deutliche Ausdruck der Verworrenheit in den Anschauungen gewisser, sonst selbständig denkender Kreise; einer Verworrenheit, die leider auch bei den süddeutschen Föderalisten selbst herrscht.\*

Der Föderalismus ist eben das eigentlich Deutsche und Lebensfähige an dem Programm der süddeutschen Demokraten. Es ist dasjenige, was trotz seiner mangelhaften Ausbildung die Weltanschauung dieser Kreise so hoch emporhebt über die nationalliberal-conservativ-freisinnige Geistesrichtung.

Wer das nicht einfieht, der hat u. G. von den deutschen Dingen überhaupt nichts begriffen. Gerade darin daß die erste Grundlage des Föderalismus — gleiche Be-

---

\* Der Verfasser dieses Aufsatzes richtete vor einer Reihe von Jahren an einen Führer der schwäbischen Volkspartei die Aufforderung, sich doch mit den norddeutschen Föderalisten — den Angehörigen der Rechtspartei — in Verbindung zu setzen, und erhielt zur Antwort, daß die Mitglieder der Volkspartei unmöglich mit den Rechtsparteilern zusammengehen könnten. Der Föderalismus böte ja allerdings eine gedeihliche Grundlage, doch errichteten die religiösen Anschauungen eine unüberbrückbare Schranke.



rechtiung und Selbstbestimmungsrecht der Einzelnen — unter der preußischen Herrschaft verkümmern muß, liegt der Hauptvorwurf, den die Süddeutschen dem Preußentum machen. Oder versteht Engels vielleicht unter Föderalismus den Particularismus? Dann wendet er sich an die falsche Adresse. Der Particularismus hat heute in Deutschland, wenn wir von der Schweiz und Holland absehen, seine einzigen Vertreter in Preußen. Daß er dort unter der Flagge der deutschen Einheit segelt, dieß ändert an seinem Character durchaus nichts, sondern drückt demselben nur noch den Stempel der Lüge auf. Und dann: das Wort „Preußen muß in Deutschland aufgehen“ ist ein schönes Schlagwort, nichts weiter. Wer da glaubt, daß dieser von Friedrich Wilhelm IV. zuerst in die Welt geworfene Gedanke ernst genommen werden könnte, der beweist nur, daß er sich nicht die Mühe genommen hat, das Grundgepräge Deutschlands und des Preußentums zu studieren.

Wenn der jetzige deutsche Reichskanzler noch vor kurzem im Berliner Reichstage verkündete, die Zeit der Cabinetspolitik sei vorüber, man müsse heute mit der Volksbewegung rechnen, so meinen wir, daß das zutreffend ist, insoweit nichtdeutsche Staten in Betracht kommen, nicht aber im Deutschen Reiche, von dem aus erst in den letztvergangenen Monaten ein blutiger, kostspieliger, überseeischer Krieg geführt werden konnte, ohne daß das Volk und die von diesem bestellte Vertretung auch nur gefragt worden wäre. Und doch hat man auch wieder ein gewisses Recht, jenes Wort Bülow's nachzusprechen: Eine Cabinetspolitik im alten Sinne ist in Deutschland schon deshalb nicht mehr möglich, weil die Cabinette mit Ausnahme des preußischen überhaupt keine Politik mehr treiben. Wie sich das freilich mit der Souverainetät der deutschen Fürsten und mit der föderalen Verfassung des Deutschen Reiches verträgt, ist eine andere und wahrlich nicht unwichtige Frage. Und gerade daran, daß man trotz der herrschenden

Zustände in der Öffentlichkeit noch immer mit einer großen Naivität von den föderativen Grundlagen des Deutschen Reiches spricht und andererseits doch wieder über particularistische Velleitäten zeteret, wenn einmal eine berufene Stimme an die zu Recht bestehenden föderativen Grundgesetze erinnert, — daran, sagen wir, erkennt man, wie wenig der Föderalismus von unseren Zeitgenossen verstanden wird.\* Daß hieran freilich gerade die sogenannten Föderalisten einen guten Teil der Schuld selbst tragen, muß ebenso offen wie rücksichtslos zugestanden werden.

„Was sich bei uns als Föderalismus ausgibt“, sagt Franz sehr treffend\*\*, „hat allermeist gar keinen eigenen positiven Sinn, sondern bedeutet nur das Widerstreben gegen den Centralismus, wovon der Föderalismus dann nur das Gegenteil wäre. Solches Gegenteil ist aber vielmehr der Particularismus. Föderalismus ist etwas sehr anderes. Es liegt unmittelbar zweierlei darin: nemlich ebenso die Selbständigkeit der Elemente, wie andererseits ihr Zusammenwirken, weil ohne beides eben kein Föderus wäre. Unselbständige Elemente können sich nicht conföderieren, aber wozu conföderierten sie sich wol, wenn nicht zu irgend welchem Zusammenwirken? Demnach ist der Föderalismus weder das Gegenteil des Particularismus noch des Centralismus, sondern zu beiden das höhere Dritte. Wird er nicht so begriffen, so wird er überhaupt nicht begriffen.

„Und er ist auch wirklich nicht begriffen, sondern was bisher als Föderalismus bei uns auftrat, war nichts weiter als die Selbstgenügsamkeit und Selbstgefälligkeit des Particularismus, somit ein rein passives Wesen, wel-

---

\* Wenn Stegm. Niegler in München in einer Festrede ausruft: „König Maximilians II. Wort: Wir wollen Deutsche sein und Bayern bleiben! ist erfüllt“, so beweist das nur, daß auch dieser nationalliberale bayerische Gelehrte in Sachen der stammestümlichen Selbständigkeit mehr als bescheiden ist.

\*\* Aufruf zur Begründung einer föderativen Partei, S. 2.

ches sich erst rührt, wenn ihm die Centralisation auf den Leib rückt und seine Fortexistenz gefährdet. Sein Widerstreben hilft dann aber nichts, sondern die Niederlage ist unvermeidlich, weil der Centralismus mächtiger ist. Und fügen wir hinzu, der Centralismus hat auch dem Particularismus gegenüber das bessere Recht, weil er doch allerdings ein höheres Ganzes anstrebt, nur freilich von falscher Art, statt dessen der Particularismus überhaupt keinen Trieb und Sinn für ein höheres Ganzes hat. Er will nur sein Fürsichsein, und bleibt ihm das unangetastet, so mag das Uebrige der liebe Gott besorgen oder allesfalls auch der Teufel holen.“

Alle diese Leute, die fälschlich den Föderalismus für sich in Anspruch Nehmenden sowol wie auch ihre Gegner, die offen den Centralismus vertreten, haben gemeinsam die Verständnislosigkeit für organische Entwicklung. Die Ersteren wollen überhaupt kein Weiterschreiten oder verlangen gar den Rückschritt; die anderen aber denken nur daran, einen Fortschritt im Sinne ihrer nationalliberalen, freisinnigen und anderen Parteidoctrinen zu erzwingen; auch für sie ist die Geschichte ohne alle Bedeutung.

„In Beziehung auf den Föderalismus aber“, hören wir wiederum von Frank,\* „haben wir über diesen Punkt ein Mehreres zu sagen, weil man über den geschichtlichen Character desselben noch nicht zum Bewußtsein gekommen zu sein scheint, statt dessen man ihn vielfach als ein bloß rationales Princip ansieht. Als solches würde er dann mit dem Liberalismus und Demokratismus wie andererseits mit dem Socialismus auf gleichem Boden stehen, welchen allen die Geschichtslosigkeit gemeinsam ist. Insbesondere gilt dieß auch von den in letzter Zeit in Frankreich aufgetauchten föderalistischen Projecten, wozu Proudhon die Bahn brach, wie desgleichen von der sogenannten europäischen Friedensliga, welche die internationale Föderation

---

\* Aufruf zur Begründung einer föderativen Partei, S. 19.

begründen will. Diese Leute bewegen sich durchaus in der Richtung der abstracten Ideen von 1789, wovon ihre Tendenzen nur die Fortentwicklung bilden. Daher dieselbe grundsätzliche Misachtung aller geschichtlichen Formationen dieselbe Losfagung von Christentum wie überhaupt von aller Religion, an deren Stelle höchstens schwächliche Humanitäts-Ideen treten würden. Und damit gebent man gleichwol die Völker vereinigen und den ewigen Frieden begründen zu können, wo doch gerade mit der Religion das Band aller Völker verschwindet! Also der ganze flache Utopismus von 1789, und der sich auch wieder in durchaus revolutionärer Weise in Scene setzen will, indem zunächst das ganze europäische Staatensystem nach Nationalitäts-Principien umgestaltet und mit republikanischen Verfassungen beglückt werden soll, worauf dann die souverainen Völker sofort die allgemeine Harmonie decretieren werden — wenn auch freilich zunächst nur Krieg und Brand daraus entstehen sollte.

„Es ist eben die Caricatur des wahren Föderalismus, welcher mit dieser Friedensliga, die in der That nur eine europäische Revolutionsgesellschaft ist, nichts gemein hat. Der Föderalismus ist kein Revolutionsprincip, sondern er soll uns vielmehr aus der revolutionären Aera hinausführen, indem er an die Stelle der Revolution die Evolution setzt, d. h. die Entwicklung aus dem Bestehenden heraus. Mit schematischen Entwürfen irgend welcher Art aufzutreten, würde sogar dem Wesen des Föderalismus direct widersprechen, so gewis als er auf freie Vereinigung selbständiger Elemente ausgeht. Was aber auf einem losen Schema beruht, ist nichts Selbständiges, sondern etwas bloß Gemachtes, wie es desgleichen die Verbindung selbst wäre, worin die verbundenen Elemente — trotz aller freiheitlichen Formen, womit man das Ganze aufspitzen möchte — sich doch innerlich nicht frei fühlen könnten.

„Und müssen nicht alle rationalistischen Systeme hinterher zur Centralisation führen, trotzdem man das Gegen-

teil beabsichtigte? Die Thatfachen reden. In demselben Maße als die rationellen Theorien zur Herrschaft kamen, wuchs überall die Centralisation, und wo man auf einmal das ganze Staatswesen aus reiner Vernunft zu construieren unternahm, da entsprang auch die allervollendetste Centralisation daraus. Es geschah dieß unvermeidlich, weil alles nur aus einem Grundbegriffe abgeleitet werden und hinfort nur in Kraft dieses Grundbegriffes gelten sollte. So verschwand mit einem Schläge der ganze geschichtliche Bau, welcher das innere Gefüge des States gebildet, und damit verschwanden alle selbständigen Existenzen. Aus der Vernunft ließen sie sich eben nicht ableiten, sie beruhten auf positiven Vorgängen. Und was ließe sich überhaupt wol aus der Vernunft ableiten, als das überall Gleiche und ewige Einerlei? Darum müßten auch die Vernunftverfassungen, wenn sie ihrem eigenen Vorgeben entsprächen, selbst ewig unveränderlich sein, während sie in Wirklichkeit vielmehr die allerveränderlichsten und hinfälligsten sind. Und auch dieß ist wieder ganz unvermeidlich, weil sie, aller Wurzeln in dem alten Bestande entbehrend, nur Stattenhäusern gleichen, welche der erste Windstoß umwirft. Erhalten sie sich zeitweilig, so kann es nur durch einen künstlichen Apparat geschehen, der immer ebenso kostspielig als die Freiheit beschränkend sein wird. Darum erweist sich der politische Rationalismus in der Praxis zugleich ebenso als revolutionär wie als absolutistisch und führt zuletzt immer zum allgemeinen Ruin.

„Dem Föderalismus entspricht die aprioristische Construction so wenig, daß ihm vielmehr eine gegebene Mannigfaltigkeit der Elemente die Voraussetzung ist, ohne welche er sein Werk gar nicht beginnen könnte. Denn seine Aufgabe ist eben die Verbindung dieser Elemente, deren Eigenartigkeit dadurch nicht aufgehoben, sondern durch die Verbindung selbst geschützt werden soll. So verschieden nun die gegebenen Elemente sein können, so verschieden auch die Formen der Verbindung, wonach hier an eine allgemeine

Musterverfassung gar nicht zu denken ist. Wie wenig also verstehen diejenigen von dem Wesen des Föderalismus, welche eine solche Musterverfassung in der nordamerikanischen erblicken! Möchte diese Verfassung (trotz ihrer handgreiflichen Mängel) auch wirklich vortrefflich sein — sie wäre es doch gerade nur durch ihre Angemessenheit zu den dortigen Verhältnissen, und, dieses zugegeben, folgt daraus zugleich ihre totale Unanwendbarkeit für das alte Europa.“

Mit dem angelsächsischen Selbstgovernment, der Grundlage des statlichen und politischen Lebens in England und Nordamerika, wurde seit Langem ein förmlicher Kultus bei uns getrieben. Aber gerade der Umstand, daß trotz alledem nichts Rechtes daraus geworden ist, beweist, daß es mit dem Import einer fremden Einrichtung noch lange nicht getan ist.\*

Gewiß erkennen auch wir die hohe Bedeutung der Selbstverwaltung an; ja, wir behaupten sogar, daß die Selbstverwaltung bezw. Selbstbestimmung innerhalb des Landes, des Kreises und der Gemeinde die Grundlage einer jeden föderalistischen Organisation sei. Aber diese

---

\* „Seit Philipp de Commines England als das Land gefeiert hat, wo das Volk am wenigsten unter dem Druck der Gewalt steht, ist die von ihm eingeleitete Schule der politischen Anglomanen nicht müde geworden, aus den bunten Tatsachen der historischen Entwicklung Englands Systeme zu zimmern, in denen das Zufällige als bewusst geschaffen und das Eigenartig-Englische als das rein Menschliche auftrat. So erschien ihnen England leicht als Versuchsfeld, wo, wie im luftleeren Raume, allerlei politische Experimente gemacht wurden, an denen die übrige Welt bequem politische Weisheit lernen konnte. Es war ein England ohne Engländer, das so entstand, ein Land, über dessen Rechte und Einrichtungen man vortreffliche Monographien schrieb, in denen die fast systematische Systemlosigkeit alles Englischen so erfolgreich verdeckt war, daß sie wenigstens beim Lernen nicht mehr viel Schwierigkeiten bereitete.“ M. J. Bonn, „Nation“ 1901, Nr. 39.

Selbstverwaltung muß in einem natürlichen innigen Verhältnis stehen zu allen übrigen Einrichtungen und Zuständen. Möchte man auch noch so viele und von Haus aus noch so gute Formen einführen, der Geist bleibt draußen, denn:

Es ist der Geist, der sich den Körper baut; nicht umgekehrt.

„Kunsweg“, so urteilt Franz\*, „verwirft daher der Föderalismus die aus dem Nationalismus stammende und jetzt so beliebte Lehre von dem sogenannten Rechtsstat. Will sagen, ein Staatswesen, das von aller Religion abstrahiert, wie es andererseits auch von den Naturbedingungen des Volkslebens abstrahiert und angeblich auf bloßen Rechtsverhältnissen beruhen soll. Was kann wol unter solcher Voraussetzung das Recht selbst anders sein als bloßer Formalismus? Und was ist ein solcher Rechtsstat anders als einseelenloses hölzernes Wesen, welches sich nur durch äußere künstliche Mittel zu erhalten vermag? Vor allem dann durch Kanonen wie andererseits durch Geld. Und so liegt es tatsächlich vor, daß in demselben Maße, als die Rechtsstats-Theorie sich verbreitete, nur immer mehr der Militarismus und die Geldherrschaft emporkamen, indessen das öffentliche Recht wirklich immer zweifelhafter und schwankender und der angebliche Rechtsstat in der Praxis vielmehr zum Gewaltstat wurde, der sich des Rechtes nur zur Vermäntelung seines inneren Wesens bedient.

„Nicht minder liegt es tatsächlich vor, wie mit dem Rechtsstat das Judentum emporkam, welches durch die Börse und die Presse, die es beide unter seine Leitung zu bringen gewußt, schon heute fast in indirecter Weise die Herrschaft besitzt. Und das war die unvermeidliche Folge davon. Wird das Christentum für das gesellschaftliche und statliche Leben als gleichgültig erklärt, so ist das nichts anderes als ein tatsächlicher Abfall vom Christentum, auf

---

\* Aufruf zur Begründung einer föderativen Partei, S. 17.

welchem doch die ganze Entwicklung der neueren Welt beruhte, in Folge dessen das Völkerverleben immer haltloser wird. Denn, wie wir zuvor gesagt, daß es das Band des Menschen mit Gott ist, welches auch die menschliche Gemeinschaft zusammenhält und welches Band dann durch den neuen Bund seine neue Bekräftigung empfängt, so entsteht durch die Losfügung von diesem neuen Bunde ganz buchstäblich eine unverbundene Masse, in welcher mehr und mehr alle Verhältnisse schwankend werden. Dieser Masse steht dann das Judentum, das hingegen an seinem alten Bunde festhält, um so mehr als eine einheitliche Macht gegenüber, welche darin nur ein Material für ihre Ausbeutungstendenzen erblickt, wozu das Judentum, durch seinen Glauben, das auserwählte Volk zu sein, sich immer getrieben fühlen wird. Es ist die einleuchtendste Sache vor der Welt, so bald man nur sehen will, was vor Augen liegt. Aber freilich muß man erst glauben, um hier sehen zu können, und eben der Glaube ist entschwunden, daher die Verblendung. So wird die Juden Herrschaft noch immer weiter fortschreiten und nichts dagegen auszurichten sein, so lange man ihre letzten Ursachen nicht erkennt.

„Rundweg verwirft ferner der Föderalismus das Nationalitätsprincip, dessen Emporkommen ebenfalls auf dem Abfall vom Christentum beruht. Dieses richtet sich schlechtweg an den Menschen und an die Menschheit, es legt keiner Nationalität einen besonderen Wert bei, sondern alle Nationalitäten sollen in gleicher Weise Gott dienen. Statt dessen will man jetzt die Nationalität selbst zu einem Gegenstand des Kultus machen, und insbesondere soll der Staat gerade in der Beförderung der nationalen Macht und Herrlichkeit seinen Hauptzweck erblicken, wogegen alle anderen Zwecke zurück zu treten hätten. Wie unvermeidlich ist dann der permanente Streit zwischen den großen Nationalitäten um die Präponderanz, der die Welt zum Schlachtfelde macht! Ja, was noch mehr, man hat mit dem Nationalitätsprincip den Fortbestand des ganzen



europäischen Staatensystems in Frage gestellt, weil dasselbe wirklich nicht nach Nationalitätsideen entwickelt hat, daß vielmehr eine allgemeine Durchführung des Nationalitäts-Princips einen allgemeinen Umsturz herbeiführen würde. Gar nicht zu gedenken, daß eine nationale Abrenzung an vielen Stellen immer eine Unmöglichkeit ließe.“

Ganz natürlich ist es nun, daß die Folgen einer so unsinnigen Politik nicht auf die statlichen Dinge allein beschränkt blieben und daß sich dieselben im Besonderen auch auf das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben hinüberzielen. Wir haben hierüber schon ausführlich berichtet, können uns aber nicht versagen, auch über diesen Gegenstand Const. Franz sprechen zu lassen:

„Was schreiet man da über die excentrischen Projecte der Socialisten“, meint dieser\*, „wo doch die wirklichen Zustände schon so sind, daß schwer etwas Widersinnigeres zu erdenken wäre! Der Socialismus aber ist durchaus eine bloße Ausgeburt der Berrücktheit, sondern die ganz natürliche Reaction gegen das dormalen herrschende Oekonomie-System. Nur daß er dabei, wie es mit jeder Reaction zu geschehen pflegt, in das entgegengesetzte Extrem verfällt, indem er gegenüber dem rein individualistischen Eigenthum nur Gesamteigenthum gelten lassen will, wie er gegenüber der schrankenlosen Erwerbsfreiheit eine allgemeine Reglementierung fordert, wonach jedermann sein Quantum von Arbeit und Genußmitteln zugemessen werden soll. Und wie nun der Constitutionalismus nur den einen Staatsbürger kennt, von der wirtschaftlichen Basis des Volkslebens principiell abstrahierend, so will hingegen der Socialismus den ganzen Staat kurzweg zu einer volkswirtschaftlichen Anstalt machen. Alle höheren Angelegenheiten werden dann in diese niedere Sphäre hinabgezogen, die ethische Seite des States verschwindet überhaupt, das

---

\* Aufruf zur Begründung einer föderativen Partei, S. 12.

ist die unvermeidliche Folge. Die Constitutionellen aber sind wenig berechtigt, darüber ihre Entrüstung zu äußern denn innerhalb des constitutionellen Systems, welches tatsächlich ohne Corruption gar nicht bestehen kann, ist es mit der Moralität auch nicht sonderlich bestellt, und es ist tatsächlich der Geldsack regiert, fallen die höheren geistigen Interessen auch in die Brüche. Sind ferner die schreienden Uebelstände, zu welchen das herrschende Oekonomiesystem geführt hat, jedesfalls nicht abzuleugnen, so liegt es wieder in dem Wesen des Constitutionalismus, daß er zu einer wirksamen Verbesserung gar nicht befähigt sein kann, weil er eben von vornherein von der ökonomischen Basis des Volkslebens abstrahierte und alle seine Einrichtungen nur für die Ausübung der sogenannten staatsbürgerlichen Rechte zugeschnitten sind. Wo die Leute nach Brot schreien, kann er ihnen nur einen Wahlzettel in die Hand geben, und das Wählen zur Kammer kann zu nichts helfen, weil sich die Elemente da lediglich nach politischen Parteirücksichten gruppieren, welche mit der wirtschaftlichen Organisation nichts zu schaffen haben. Die wirtschaftliche Gesellschaft besteht ja nicht aus Konservativen, Liberalen, Demokraten usw., sondern aus Aderbauern, Gewerksleuten, Kaufleuten usw., und was ist also von Kammern zu erwarten in welchen die wirtschaftlichen Berufsstände als solche gar nicht vertreten sind?

„Daß man heute von socialen Fragen spricht als etwas von den politischen Fragen ganz Verschiedenem und Unabhängigem, ist wirklich erst in Folge des Constitutionalismus und des liberalen Oekonomiesystems geschehen. Früherhin wußte man davon nichts, weil die alten ständischen Verfassungen selbst mit der damaligen wirtschaftlichen Organisation verwachsen waren. Diese alte Organisation mußte freilich im Fortschritt der Zeit verschwinden, weil sie zum guten Teil auf Unfreiheit beruhte und ein ungeordnetes Bevorrechtigungssystem einschloß, daß aber die staatliche Ordnung mit der wirtschaftlichen zusammenhängen

auß, dieser Grundsatz war die bleibende Wahrheit darin. Der Föderalismus wird diese Wahrheit wieder zur Geltung bringen, indem er jedem Elemente der Gesellschaft seine eigentümliche Wirksamkeit und Erwerbssphäre zuweist und sie Repräsentation teils auf die örtlichen, teils auf die berufsmäßigen Lebenskreise bastiert.“

Faßt man nun also den Föderalismus im Französischen d. h. in seinem wahren und einzigen Sinn, so vermag man sich sehr wol eine Entwicklung der Dinge zu denken, die an Stelle der heutigen Anarchie nicht zwar in Weltfriedensreich, aber doch innerhalb engerer Grenzen einen Zustand des friedlichen Neben- und Zwischeneinanderlebens setzt. Der politische Föderalismus wird vor allem die Aufgabe lösen, durch einen gerechten Ausgleich innerhalb der Interessen der verschiedenen Völker Mitteleuropas eine große Völkervereinigung, den „Mitteluropäischen Bund“, zu schaffen. Erst, wenn es uns gelungen, diese Grundlage herzustellen, wenn die unermesslichen, heute durch Militarismus und andere Krankheitszustände des Volkskörpers gebundenen Kräfte frei geworden sein werden zu fruchtbarer Tätigkeit, wenn das Mißtrauen geschwunden ist, das heute zwischen Volk und Volk, zwischen Klasse und Klasse, zwischen Mensch und Mensch dahin schleicht und jede freundige Tätigkeit, jede gedeihliche Weiterentwicklung unmöglich macht, erst dann wird es möglich sein, an die Lösung aller derjenigen Fragen heran zu treten, die man heute kurzweg als die eine sociale Frage bezeichnet.

Wir sehen also, wie gar sehr die großen Fragen der inneren Politik im Zusammenhang stehen mit der äußeren Politik, und welche Irreführung es war, wenn jene vielgefeierte Realpolitik, die drei Jahrzehende hindurch Mitteleuropa beherrschte, die Weisheit verkündete: äußere und innere Politik haben nichts mit einander zu tun. Ist doch die Anarchie von heute, diese Tagesordnung des gegenseitigen Mißtrauens und der Verhegung der Volks- und

Berufsklassen, nur möglich geworden, weil man jenen unwahren Satz zur Richtschnur genommen.

Wenn wir nun also behaupten und zu beweisen versuchen, daß der Föderalismus das Bildungsgesetz der Zukunft sei und daß alle Um- und Neugestaltungen innerhalb unseres Stats-, Wirtschafts- und Gesellschaftslebens sich auf seinem Boden bewegen müssen, sollen sie Erfolg und Dauer versprechen, — so sprechen wir damit zugleich das Urtheil über jene Politik, die die letzten Jahrzehende hindurch in Deutschland herrschte und die bis zur Stunde daselbst noch ihre begeisterten Anhänger findet: die Politik einer halb liberalen, halb communistischen zum Einheitsstat und Cäsarismus drängenden Gewaltsherrschaft.

Es war seit je einer der lügenhaftesten Sätze der Nationalvereiner, daß im deutschen Volke ein unüberstehlicher Einheitsdrang lebe. Genau das Gegentheil ist zutreffend! Es lebt aber in unserm Volke das Gefühl ewiger Zusammengehörigkeit aller seiner Glieder und das Streben, dieser Zusammengehörigkeit eine dauernde und sichere Grundlage zu geben durch eine gemeinsame Verfassung und Vertretung nach außen, durch gemeinschaftliche Anstalten der Sittigung nach innen. Jedoch einzig und allein mit Vorbedingung der Selbständigkeit der einzelnen deutschen Stämme.

„Einheit — sagt Const. Franz —, ist nichts weiter als ein äußerlicher Begriff, dem an und für sich überhaupt kein Wert zukommt. Einheit kann sogar in einer Räuberbande bestehen.“ Dieser rein äußerlichen mechanischen Einheit nun bedurften unsere Liberalen für ihre Geschäftsoperationen, darum mußte sie zum unüberstehlichen Drang des ganzen Volkes gestempelt werden. Man erinnere sich hier daran, daß die eifrigsten Verfechter der Einheit sammt und sonderß unter der Gesellschaft der Gründer und Schwindler erschienen und auch hier in erster Reihe standen. H. Meyer trifft unbedingt das Richtige, wenn er sagt: Die deutsche Einheit wurde zur geschäftlichen Not-

ndigkeit. — Warum haben diese Einheitszeiferer denn im Innern die bestehenden Einheiten, die Zünfte und Körperschaften so gründlich und rasch zerstört? — Wenn ihnen um Einheit und nicht etwa um selbstsüchtige Zwecke zu tun war, so mußten sie sich doch offenbar der stehenden Gemeinwesen freuen und sie fördern! So wird eben ohne Weiteres klar, daß die Einheit für jene Gesellschaft nur Mittel zum Zweck war, und darum mußte man im Innern das Volk auseinandergerißen und zu einzelnen Zahlen oder Staatsbürgern gemacht werden. Die Genossenschaften hätten den Selbgtwaltigen jedesfalls einen ganz anderen Widerstand entgegen gesetzt als die zusammenhangslosen aller einheitlichen Leitung und Kraft entbehrenden Glieder.

War es also die Herrschaft des Liberalismus und des merklich gleichartigen Einheitsstates, durch die das kapitalistische Unternehmertum empor kam und die ehrliche wertzeugende Arbeit zum Sklaven des Jobbers und Ausbeuters herabgedrückt wurde, so wird es auch nur einer bundestümlichen Gliederung und anderseits genossenschaftlicher Zusammenfassung gelingen, eine durchgreifende Besserung herbeizuführen. Selbstverständlich handelt es sich hier nur insoweit um eine Rückkehr zum Alten, als dieses Alte eben das wirklich bessere ist. Im Uebrigen verlangen wir den Fortschritt gleich unsern fortgeschrittensten Parteien.

„Die bürgerliche Ordnung unserer Vorfahren — sagt der große Baumeister des Föderalismus, Karl Marlo\* — stammte teils aus den heidnischen Grundsätzen der Ausschließung und Unterdrückung, teils aus den christlichen der genossenschaftlichen Verbindung und wechselseitigen Berücksichtigung hervor. Die föderale Gesellschaft verwirft alle heidnischen Grundsätze und gründet sich ganz auf die christlichen. Sie besitzt alle sittlichen Einrichtungen des Mittelalters und zwar in weit höherer Vollendung; sie

---

\* A. a. O.

hat seine Reize ohne die Gehäufigkeiten, seinen Glanz ohne die Schattenseiten, seine Romantik ohne die Barbarei. Sie bildet mit ihren Zünften, Gemeinden, Geschäftsverbindungen und Familien eine große, sich in einer Reihe von kleineren abstufoende Genossenschaft, in welcher das Interesse aller ihrer Glieder mit dem der Gesamtheit übereinstimmt."

Die Liberalen und die Communisten verfallen je in die entgegen gesetzten Uebertreibungen: erstere leugnen den Einfluß, den die äußeren Verhältnisse auf den sittlichen Zustand des Menschen ausüben. Die Gesellschaft verliert ihr Recht und muß sich in lauter in sich bewegte Einzelwesen auflösen. Letztere überschätzen diesen Einfluß in der lächerlichsten Weise. Bei ihnen wird alles Bewegende in den Stat verlegt, und das Einzelwesen verliert sein Recht der Selbstbestimmung. Ohne diesen äußeren Zwang wäre die Gleichheit, die erste Eigenschaft der communistischen Gesellschaft, undenkbar. — Beide, die Liberalen sowohl als auch die Communisten beschränken sich auf äußere rein mechanisch wirkende Mittel.

Nur der föderative Standpunkt — sagt Const. Franz — gestattet eine unbefangene Beurteilung der Verhältnisse. Denn der Föderalismus bewegt sich nicht in Antithesen, sondern ist selbst ein synthetisches Princip. Er steht also nicht im Gegensatz zum Liberalismus, sondern er anerkennt das Freiheitsstreben und bekämpft nur die Einseitigkeit desselben. In demselben Verhältnis steht er zum Socialismus, er anerkennt das Streben nach Gemeinschaft und bekämpft auch hier nur die Einseitigkeit desselben. Endlich steht er auch nicht im Gegensatz zum Feudalismus, sondern er anerkennt den synthetischen Charakter desselben, aber er bekämpft die unfreien Formen des Synthetis, welche den mittelalterlichen Zuständen entsprechend zu einer allgemeinen Gebundenheit und Dienstbarkeit führten, deren Auflösung eben das große Werk des Liberalismus war. Der Föderalismus hat das Mittelalter wie die neuere Zeit hinter sich und ist das Product dieser beiden Zeitalter. Do

zum geht er auf das Positive und ist synthetisch wie das Mittelalter, aber seine Positionen ruhen auf dem Boden der Gegenwart, und wenn die feudale Synthese ein Verhältnis schuf, wie zwischen Herr und Knecht, so begründet hingegen die föderale Synthese ein Verhältnis freier Genossen.

Ist es erst einmal gelungen, den Trieb zur Selbstbestimmung und Selbstverwaltung im Volke wieder lebendig zu machen, so werden diesem Volke gar bald auch die Augen aufgehen über den Betrug, den man heute an ihm verübt, indem man überall den Stat bezw. das Reich in den Vordergrund rückt und tut, als ob die Hilfe immer nur von dort kommen könnte. So, um an ein besonders drastisches Beispiel zu erinnern, in der Angelegenheit der Finanzreform. Hier wird immer und überall eine Entlastung der Einzelstaaten durch das Reich verlangt, und zwar soll diese Entlastung nicht etwa dadurch geschehen, daß das Reich weniger Aufwendungen macht — woran ja in der Zeit des Imperialismus und des „größeren Deutschlands“ gar nicht zu denken, — sondern durch die Eröffnung neuer Reichssteuerquellen. Ob man wol einen größeren Unsinn zu finden vermöchte? Man tut ganz so, als ob das Reich etwas für sich bestehendes wäre, oder als ob dasselbe die Steuerquellen im Mond oder sonstwo außerhalb Deutschlands aufzuschließen vermöchte und nicht vielmehr immer wieder sich an die Taschen der Bewohner der einzelnen deutschen Länder wenden müßte!\*

---

\* Hierher gehört auch die in neuerer Zeit besonders oft gehörte unsinnige Rederei, daß die Auflösung der heute noch bestehenden selbständigen Staatseisenbahnverwaltungen und die Bildung eines centralisirten Reichseisenbahnnetzes zu einer Steigerung des Ertrages der Bahnen in den Mittelstaaten führen würde. — Die Centralisation arbeitet bekanntermaßen immer leurer als die Decentralisation; Ersparungen in der Verwaltung werden sich also wol kaum machen lassen. Wo dann aber die höhere Rente herkommen soll, vermögen wir nicht einzusehen.

Es heißt das, wie Franz sehr richtig sagt, die Dinge geradezu auf den Kopf stellen. „Nun, der Föderalismus hat in diesem Falle nichts weiter zu tun, als sie wieder auf die Beine zu stellen. Darum fordert er für die verschiedenen Glieder des Staatskörpers ein eigenes Recht, worüber der Centralgewalt gar keine Verfügung zusteht und welches eben die Repräsentation zu schützen hat, die folglich nur von organisierten Körperschaften ausgehen kann, nicht aber von Wählerhaufen.

„Selbstverständlich, wie dieser Grundsatz bald zu einem ganz anderen Verfassungsbau führen muß, als sich in dem Constitutionalismus darstellt. Die Centralisation verwandelt sich dadurch zur Concentration d. h. zu einem System in sich selbst beruhender Lebenskreise. Ein radicaler Unterschied, den man von vornherein fest ins Auge fassen muß. Denn obgleich der Uebergang von dem bermalen herrschenden Constitutionalismus zum Föderalismus praktisch nur im Einzelnen und schrittweise zu bewirken ist, so kann dieß doch nur mit sicherem Erfolg geschehen, wenn das Ziel klar erkannt ist.“\*

---

— Die Verfechter des Reichsbahngedankens werden es wol ebenso wenig sagen können; aber gerade deshalb wird ruhig weiter phantasiert.

\* Franz, Aufruf zur Begründung einer föderativen Partei S. 9.





## Die deutsche Ostmark.

---

„Sei mir gesegnet, heilig' Doppelzeichen,  
Das ich, trotz diesem Wirbelsturm der Jahre,  
In heiterm Stolz und leuchtender gewahre!“

Körner.

Es galt als des „größten Staatsmannes“ größte Tat, daß er jenem Zustande, den man als deutschen Dualismus annte, „mit Blut und Eisen“ ein Ende gemacht, daß er mit kräftiger Hand den Versuch gewagt, den Staat der Deutschen nach romanischem Vorbild als einen centralistisch-nationalen zu gestalten. Der Anfang und das Ende dieser weltbewegenden Tat aber war die Hinausstoßung des österreichischen Kaiserstaates aus Deutschland. Dieser Kaiserstaat sollte ja seit je im deutschen Dualismus das fremde un-  
eutsche, ja geradezu deutschfeindliche Element gewesen sein, ohne dessen Beseitigung an eine Lösung der deutschen Frage gar nicht zu denken wäre. Und waren diese Voraussetzungen richtig, so darf in der Tat der pommerische Junker Otto von Bismarck den ersten Platz fordern nicht nur in der königlich bayerischen „Walhalla“, sondern auch im Herzen eines jeden guten Deutschen. Freilich, aber kein Verständiger wird zugeben, daß diese Voraussetzungen in der Tat richtig sind, und so fallen auch die Folgerungen an sich zusammen.

Ganz in die Augen springend und jedem Sehenden wahrnehmbar ist vor allem der Umstand, daß sich Deutschland überhaupt nicht zu einem national abgeschlossenen

Statistik ausgestalten läßt. Das Deutschtum ragt tief in die Sprachgebiete anderer Völker hinein, bis zu Asiens entlegenen Grenzen hin finden wir deutsche Sprachinseln; und fremdes Volkstum wiederum bringt bis nahe an das Herz Deutschlands heran; denken wir nur an die tschechische Halbinsel, die beinahe das Fichtelgebirge, den Mittelpunkt Deutschlands streift. — „Wer ein klein wenig von Geographie und Geschichte versteht, wird gleich zu sagen wissen, daß Deutschland kein abgeschlossenes Ländergebiet bildet und auch niemals ein solches gebildet hat. Ueberall umgeben unseres Vaterlandes Grenzen Gebietsstrecken, die man als ‚Übergangsgebiete‘ bezeichnen muß, weil sie in mancher Beziehung zu Deutschland, in mancher wiederum nicht zu Deutschland gehören. Das Elsaß ist jetzt eine französische Provinz, es war sieben Jahrhunderte eine deutsche; Holland und Belgien nebst Luxemburg machten ehemals den burgundischen Kreis des Deutschen Reiches aus. Die Schweiz ist bis 1498 ein deutsches Reichsland gewesen, in Sprache, Sitte, Rechtsverfassung und Lebenswürdigung der Mehrzahl seiner Bewohner ist sie noch heute eng mit Deutschland verschwistert. Die baltischen Provinzen Russlands sind von deutscher Kultur beherrscht. Die slavischen und magharischen Kronländer Oesterreichs wenigstens stark von derselben beeinflusst; Preußens polnischer Anteil hat von jeher viel deutsches Element in sich gefaßt, und ebenso ist in die von König Heinrich I. gestiftete, später dem Reiche ganz verloren gegangene Mark Schleswig, trotz der Stärke des entgegenstehenden Dänentums deutsches Blut schon im Mittelalter tief eingebracht.“ \* Wahrlich, wer durch solch handgreifliche Tatsachen nicht davon überzeugt wird, daß die nationalliberale Theorie vom nationalen, abgeschlossenen Deutschland ein hirnverbrannter Unsinn ist, dem gegenüber sind Tatsachen überhaupt machtlos. Und

---

\* Trautwein von Belle, Deutsche Vierteljahrs-Schrift 1869, 4., S. 78.

bliden wir nun gar auf die Geschichte der Vergangenheit. Was uns da entgegentritt, ist zugleich die Geschichte Mitteleuropas. Man löse doch nur beispielsweise den Teil der Geschichte ab, der Oesterreich oder auch nur Böhmen betrifft, und sehe zu, was für ein Torso dann entsteht. Was dort unnatürlich erscheint, kann in der Gegenwart nicht natürlich sein, mag man es uns auch als den Gipfel aller Staatsweisheit preisen.

Ist doch Böhmen eine geraume Zeit hindurch — unter den Luxemburgern — sogar der Brennpunkt des deutschen Lebens gewesen. Und dann vergegenwärtige man sich nur, um hier von allem andern abzusehen, die hohe Bedeutung, die das Wien des 18. und 19. Jahrhunderts für die deutsche Kultur gehabt hat, und vergleiche damit die mehr als dürftigen Leistungen der norddeutschen Metropole. Was aber der habsburgische Kaiserstat in seiner Gesamtheit und gerade vom politischen Gesichtspunkt aus in Wirklichkeit für Deutschland zu bedeuten hatte, darüber gibt uns eine viele Jahrhunderte alte Geschichte Aufschluß, das Lehren uns die schier unzählbaren Kriege, die dieses Reich für Deutschland gekämpft, die gewaltigsten Anstrengungen, die es gemacht zur Erhaltung des bestehenden bezw. zur Wiedererwerbung des verloren gegangenen Deutschlands. Von den Religions- und den Türkenkriegen bis zu den Kämpfen gegen die napoleonische Weltherrschaft tritt uns eine lange Kette z. T. geradezu heldenhafter Kämpfe entgegen, die von Oesterreich im Interesse Deutschlands geführt worden sind.

Die Stellung, welche sich der Kaiserstat hierdurch erwarb, kam vielleicht am besten zum Ausdruck im Verhalten des Auslandes und der nichtdeutschen Völker Oesterreichs selbst eben diesem Kaiserstat gegenüber: Deutschland und Oesterreich galten als Eines. „Die nichtdeutschen Oesterreicher fühlten sich, wenn auch widerstrebend, als zum deutschen Kaiserreich gehörig, und ihre Abneigung wurde durch die Wahrnehmung in Schranken gehalten,

daß sie es mit der ganzen großen deutschen Nation zu tun hatten. Die fremden Völker, zumal die östlichen, wagten es nicht, auf die Zerrissenheit Oesterreichs zu bauen, weil dieselbe durch den deutschen Kaisermantel verhüllt war. — Dieses war die mächtige innere Bedeutung der deutschen Kaiserwürde für Oesterreich.“ (Schuselka.) Die Auflösung des Reiches — die tatsächlich durch Preußen im Baseler Frieden 1795 vollzogen wurde — änderte an diesen Verhältnissen wenig: der Kaiser in Wien galt noch immer als der erste Fürst in Deutschland und war es rechtlich auch bis zum Jahre 1866. Dann siegte die Phrase vom deutschen Beruf Preußens, und der Glanz des deutschen Kaisertums wurde nach Berlin importiert. Der Mahnung aller Besonnenen, aller wahrhaft deutsch Gesinnten zum Troß, suchte Deutschland sein Heil in einer „Realpolitik“, die mit allem rechnete, nur nicht mit den realen Factoren des europäischen Völkerlebens. Das bewies vor allem die diese Politik beherrschende Wahnidee, daß Oesterreich, auf sich selbst gestellt, nicht nur weiter zu leben, sondern nun erst seinen wahren Beruf zu finden vermöchte.

„Es ist wahr“, meint Const. Franz, „daß Oesterreich schon seit drei Jahrhunderten für eine große europäische Macht gegolten hat und in der That als eine solche aufgetreten ist. Aber wie wesentlich war dieß durch die deutsche Kaiserkrone bedingt, deren Wichtigkeit für Oesterreich schon nach den Anstrengungen zu ermessen sein dürfte, welche das Haus Habsburg vier Jahrhunderte lang gemacht hat, um sich im Besitze derselben zu behaupten. Zwar waren die materiellen Machtmittel, welche diese Krone gewährte, nur sehr gering und verringerten sich immer mehr; dennoch war sie ein unschätzbares Kleinod, durch den Zauber großer Erinnerungen geweiht, und das Symbol der ganzen feudalen Ordnung des alten Europas. So wirkte sie mit der Macht eines Principes, so lange diese alte Ordnung selbst noch bestand, d. h. bis zur französischen Revolution, welche durch die Zerstörung dieser feudalen Ordnung Europas der öst-

reichischen Macht eine unheilbare Wunde schlug. Man konnte seitdem ein österreichisches Kaisertum errichten, aber dieses repräsentiert kein europäisches Princip und ist keineswegs vermögend, der österreichischen Monarchie die Bedeutung einer in sich selbst ruhenden und sich selbst genügenden Macht zu verleihen. Vielmehr haben die Ereignisse bereits bewiesen, daß diese Macht ohne Deutschland nicht bestehen kann.“\*

Man ist nur zu leicht geneigt, auf die Bestrebungen der Habsburger, ihre Hausmacht durch Angliederung rein deutscher Länder zu stärken, zu schmähen, aber man bedenkt nicht, daß diesen Bestrebungen eine innere Nothwendigkeit zu Grunde lag. So lange das Habsburgerreich den Character der alten Ostmark besaß und gegen die ständige Türkengefahr zu schützen hatte, so lange galt dasselbe für Deutschland und ganz Mitteleuropa als eine Nothwendigkeit; doch mit dem Versinken der Osmanenmacht, die in der That, so lange sie wahrhaft gefährlich gewesen, in Habsburgs Kaisermacht ihren vornehmsten Gegner gefunden, war diese Aufgabe gelöst, und „mit diesem rühmlichen Abschluß seiner Sendung“, sagt Dumreicher,\*\* „verliert das deutsche Kaisertum der Habsburger eine seiner Wurzeln, diejenige, welche aus allgemeinen Weltverhältnissen sprießt. Nur die kleinere Wurzel bleibt zurück, die deutsche Hausmacht. Diese zu kräftigen, muß jetzt ein ernstes Ziel österreichischer innerer Politik werden.

Wie dringend die Aufgabe ist, tritt bald hervor. Kurz nachdem Prinz Eugen, der letzte und größte der Türkenbesieger, die Augen geschlossen, entbrennen die deutschen Hegemonienkriege, in welchen Anfangs scheinbar Schlessen den Kampfpreis bildet, in Wahrheit aber um die künftige Führung der Nation gestritten wird. Solche Entwicklung

---

\* Franz, Untersuchungen über das europäische Gleichgewicht, S. 66.

\*\* Südostdeutsche Betrachtungen, S. 83.

der Dinge erklärt den starken germanisatorischen Zug in den Staatsreformen Maria Theresias und Josephs II. Diese Monarchen empfinden es deutlich, daß der vielgestaltige politische Bau, dessen Hüter ihr Fürstengeschlecht ist, eine breitere deutsche Basis braucht. Daher ihr tatkräftigstes Streben nach einheitlicher, das ist deutscher Bildung in Verwaltung, Rechtspflege, Schule und Heer. Ihre Einrichtungen, die Ueberlieferung ihrer Staatsauffassung dauern noch lange, wiewol abgeschwächt, fort, auch dann noch, nachdem der Deutsche Bund an die Stelle des alten Reiches getreten ist. Durch ein halbes Jahrhundert nimmt Oesterreich die auszeichnende Stellung der Bundespräsidialmacht ein, der die Erinnerung an die deutsche Kaiserzeit einen wiewol verblassten, doch nie ganz verlöschenden Zauber verleiht. Der österreichische Stat hatte jetzt um so mehr Grund, seine deutschen Kraftelemente zu entwickeln, als in Deutschland dieser Stellung immer zahlreichere Gegner erstehen, welche, um der öffentlichen Meinung den preussischen Primat wirksamer anzuempfehlen, den allzu undeutschen Character des Donaureiches betonen.“

Es ist eine Gepflogenheit des neuen Deutschlands, mit Selbstgefälligkeit auf die Errungenschaften der letzten Jahrzehende zu blicken und andererseits mit einer gewissen Verachtung von jenen Zeiten zu reden, in denen man den Deutschen noch den Vorwurf machen durfte, daß sie sich nicht auf Realpolitik verstünden. Aber, wenn wir die Behandlung Oesterreichs und im Weiteren die der ganzen orientalischen Frage betrachten, so macht es den Eindruck, als ob wir alle Ursache hätten, nicht so hochmüthig auf vergangene Zeiten herab zu sehen. Oder sollte es wirklich heißen, mit realen Factoren rechnen, wenn man dem deutschen Volke die Bahnen seiner natürlichen Entwicklung verschüttet, wenn man dem wahren und eigentlichen deutschen Erbfeind im Osten die Wege bis ins Herz von Deutschland hinein ebnet und Gewehr bei Fuß steht, während ein wichtiger deutscher Außenposten nach dem andern unter

en Streichen eines rohen, übermächtigen Feindes dahin  
läßt?

Wir wissen wol, daß auch diese Politik nicht neu und  
daß Bismarck nicht der Schöpfer derselben ist. Schon vor  
mehr denn einem Jahrhundert, als Oesterreich auf dem  
besten Wege war, die nördliche Hälfte der europäischen  
Türkei sich anzuketten, „kündete sich in unheilvollen blut-  
roten Streifen das Grauen eines Morgens an, aus welchem  
sich später der sengende Tag von Königgrätz entwickelte“.   
Friedrich Wilhelm II. zwang damals den Kaiser von  
Oesterreich zu Reichenbach (1790) auf alle Eroberungen  
an der Donau Verzicht zu leisten. Aber was die Mis-  
gunst und das kleinliche undeutsche Verhalten der nord-  
deutschen Vormacht damals verhinderte, war deshalb nicht  
aufgegeben, und man darf wol behaupten, daß bis zum  
Jahre 1866 der deutsche Gedanke auf der ganzen Linie  
südostwärts — namentlich auch in den österreichischen  
Staten selbst — im Vorschreiten begriffen war. Es hätte  
nur um 1850 oder 1861/62, als von Oesterreich aus alle  
Anstrengungen hlerzu gemacht wurden, der offenen und  
rückhaltslosen Unterstützung der übrigen deutschen Länder,  
vor allem Preußens bedurft, um den Südosten für das  
Deutschtum zu gewinnen bis an die Mündung der Donau.

Man soll doch ja nicht meinen, daß die kaiserlichen  
Heere im blutigen Ringen bei Königgrätz und Custoza für  
eine Schrulle gekämpft haben. Das Verständnis für das,  
was Deutschland und der europäischen Geseftung frommt,  
ist in der Wiener Hofburg eben doch noch ein ganz anderes  
gewesen als an der Spree, wo man mit Hilfe der Fran-  
zosen, der Russen und Italiener einer ganz besonderen Art  
von deutschem Perus nachjagte. Hatte der große deutsche  
Strategie Moltke einst gefordert: Wir hoffen, daß Oester-  
reich die Rechte und die Zukunft der Donauländer wahren  
und Deutschland endlich dahin gelangen werde, die Münd-  
ungen seiner großen Ströme zu befreien, so muß der ge-  
recht Urteillende zugestehen, daß Oesterreich gehandelt hat

so weit es in seinen Kräften stand. Der von Bruck mit der Türkei (in deutscher Sprache) abgeschlossene Vertrag von 1853 brachte die Donaumündungsländer in die Hände Oesterreichs und Deutschlands. Schmachvoll genug, daß der Kaiserstat jene Länder nicht dauernd festhalten konnte, weil das eifersüchtige Preußen mit seiner Theorie eines ihm allein zukommenden deutschen Berufs in Frankfurt Himmel und Hölle in Bewegung setzte, um das übrige Deutschland zu verhindern, seinerseits für die österreichische Orientpolitik einzutreten!

Bekanntlich war das gerade jene Episode, in welcher Herr von Bismarck zum ersten Male Ausschlag gebend in die deutsche Politik eingegriffen hat. Wie dieser damals verhindert hat, daß Deutschland sich zum Herrn der orientalischen Frage machte, so erwarb er sich im weiteren Verlaufe seiner Diplomantentätigkeit das zweifelhafte Verdienst, das Gebiet der orientalischen Frage bis in das Herz Deutschlands hinein, bis an den Böhmerwald und das Erzgebirge vorgerückt zu haben. Denn so gewis bis zum Jahre 1866 niemand ernstlich gewagt hätte, die rechtliche Stellung Oesterreichs im deutschen Staatenverband anzuzweifeln, so sicher hat sich seitdem die österreichisch-ungarische Monarchie zu einem Staatswesen entwickelt, dem die Eigenschaft eines deutschen mehr und mehr zu entschwinden droht, und welches die Gellüste fremder, eroberungssüchtiger Völker auf sich gezogen hat, genau so wie das Gebiet der innerlich zerfallenden Türkei. Aber nochmals sei hier betont, was wir schon früher aufs Nachdrücklichste ausgesprochen haben: daß der Prager Frieden nur das Siegel gewesen auf ein Werk, das lange zuvor eingeleitet worden. Die allgemeinen Verhältnisse begannen bereits in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts für das österreichische Deutschtum schwierig zu werden. Das Aufsteigen Amerikas lenkte den deutschen Auswandererstrom gen Westen, Preußens selbstsüchtige Politik verhinderte die Ausdehnung des Zollvereins auf Oesterreich und war sogar ununterbrochen an



der Arbeit, gerade mit Hilfe des Zollvereins, die Schranken zwischen Oesterreich und dem übrigen Deutschland zu erhöhen. So war denn die Entwicklung bereits auf einen Punkt gebracht, daß Bismarcks Eingreifen zu Anfang der fünfziger Jahre entscheidend werden konnte und mußte.

Die Entwicklung gieng von jetzt an den gerade umgekehrten Weg: der Zuzug Deutscher aus den reichsdeutschen Ländern kam ins Stocken und dafür trat eine rückläufige Bewegung ein, d. h. die Deutsch-Oesterreicher wanderten in das deutsche Zollvereinsgebiet.

Die statlichen Gewalten in Oesterreich wußten diese Bewegung zwar zu paralyfieren, so lange ihr Interesse in der Richtung einer deutschen Entwicklung lag, und selbst noch nach 1866 unter dem Bürgerministerium und zur Zeit der verfassungstreuen Regierung hatte es den Anschein, als ob wenigstens in „Eisleithanien“ — schon war der alte historische Name Oesterreich gefallen und hatte der schauerhaften Bezeichnung: die im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder weichen müssen — der deutsche Gedanke noch Leben besäße. Aber es schien eben nur so. Es war ein Uebergangszustand, in dem das Alte langsam dahinsank, das Neue zunächst noch weniger in die Augen fallend emporstieg. Die Aera hatte damit begonnen, daß Ungarn vom Kaiserstat losgetrennt und die zwei Millionen Deutsch-Ungarn den Magyaren geopfert wurden. Ein schlimmes Zeichen bereits für das Deutsch-Oesterreich! Dann kam Galizien an die Reihe, und das vielgerühmte Bürgerministerium übte die Pentersdienste gegenüber der rasch wieder aufgeblühten deutschen Kultur jenes Kronlandes. Die deutsche Verwaltung, die deutschen Schulen, Theater usw. wurden mit einem Schlage vernichtet.

Man könnte vielleicht geneigt sein, die germanisatorische Lätigkeit der österreichischen Regierung in Galizien überhaupt als eine unnatürliche und ungerechte zu betrachten, würde hierin aber sehr irren, da in Wahrheit Oesterreich nur wieder gut gemacht hat, was die polnische Verwaltung

durch Jahrhunderte an dem einst blühenden deutschen Bürgerthum jenes Kronlandes verbrochen.

Das unter dem Bürgerministerium an die Herrschaft gekommene Schlachzenregiment also zerstörte den Gedanken eines deutschen Oesterreichs auch in den polnischen Provinzen des Reiches. Ganz natürlich, daß in der Folge dann dieser Gedanke selbst im Herzen der ehemaligen deutschen Bundesländer Oesterreichs schwinden mußte und daß an seine Stelle allmählich die Idee von einem polyglotten Staatswesen trat, innerhalb dessen die stärkeren nicht-deutschen Völker sich besondere Machtbereiche zu schaffen angewiesen waren. So vor allem in den Ländern der „böhmischen Krone“, wo ja in Folge der oben schon flüchtig gekennzeichneten Umstände die Entwicklung so wie so schon eine Bahn eingeschlagen hatte, die zu einem Vordringen des Szechentums und zu einer Schwächung des deutschen Elementes führen mußte.

Gerade jene Umstände scheinen nun denjenigen Recht zu geben, die da sagen, daß Vordringen des Slaventums liege heute im Gange der natürlichen Entwicklung, und es wäre darum auch keine Aussicht zu einer Uenderung der Entwicklung, zu einer Rückdämmung des fremden Volkstums und zum Wiedervordringen des Deutschtums. Doch wer diesen Ansichten hulldigt, der beweist nur, daß ihm die notwendige Kenntnis der einschlagenden Verhältnisse und die Fähigkeit, die inneren Zusammenhänge der Dinge in der gegenwärtigen Entwicklung zu erkennen, fehlt. Sind denn die slavischen Völkerschaften wirklich die ursprünglicheren, die kräftigeren und gesünderen? Und andererseits, ist denn das deutsche Volk wirklich in seiner Masse so entartet, daß es den Entscheidungskampf den es bedrängenden slavischen Völkern gegenüber gar nicht mehr mit Aussicht auf Erfolg aufzunehmen vermöchte? Die Tatsachen berechtigen uns, trotz allen entgegenstehenden Erscheinungen, dieß zu verneinen.

„Wer auf dem Boden der modernen Weltanschauung

teht und somit das Verhältnis von Ursache und Wirkung nicht bloß in der Natur, sondern auch im Leben der Gesellschaft voraussetzt“ — so urteilt ein durchaus zuverlässiger Kenner der österreichischen Frage\* — „pflegt bei jedweder Erscheinung nach der Ursache derselben zu forschen, und so werden auch wir darnach fragen müssen, wie dieses Vordringen des czechischen Volksstammes zu erklären sei. Der Durchschnittspublizist, der seine politischen Meinungen nur seinem Leibblatte verdankt, wird nun auf diese Frage sofort eine Antwort wissen und die Politik des Grafen Taaffe, der die alte Verfassungspartei gestürzt und die Ansprüche der nichtdeutschen Elemente geweckt habe, zur Verantwortung ziehen. Nun ist nicht zu leugnen, daß die Politik der ‚Versöhnungs-Ära‘ den Deutschen mancherlei Nachteile zufügte und sich in Orten mit gemischter Bevölkerung sehr peinlich fühlbar machte. Wenn z. B. in eine kleine Stadt, in welcher dem deutschen Altbürgertume ein czechisches Kleingewerbe und Proletariat gegenüber stehen, systematisch nur czechische Beamte und Lehrer geschickt werden, so ist es klar,

---

\* Hainisch, Die Zukunft der Deutsch-Oesterreicher. Wien 1892. S. 7 u. f.

Vor Jahrzehenden studierten wir mit Eifer jedes neu erscheinende Buch über die österreichische Frage; ja kaum einen Zeitungsaufsatz über diesen Gegenstand ließen wir unbeachtet; doch seit lange schon schieben wir diese Litteratur mit geringen Ausnahmen ungelesen bei Seite. Von der Wichtigkeit und Bedeutung der österreichischen Frage sind wir heute mehr denn je überzeugt; aber ebenso sehr auch davon, daß die bis heute versuchte und vorgeschlagene Art der Lösung die denkbar falscheste ist und daß die davon handelnde in unseren Tagen erschienene Litteratur fast wertlos ist. Eine sehr rühmliche Ausnahme aber macht das oben genannte Buch von Hainisch, und ihm gleichwertig ist die bereits citierte Schrift von Dumreicher. Wir können es uns nicht versagen, aus beiden Büchern die uns besonders wichtig erscheinenden Stellen diesem Abschnitt einzufügen.

daß das Uebergewicht, welches das deutsche Bürgertum, Kraft Bildung und Besitzes bisher besaß, ins Wanken gebracht wird. Wenn die Errichtung einer deutschen Schule in Orten mit slavischer Gemeindevertretung stets einen Kampf durch alle Instanzen bedeutet, so muß notgedrungen eine solche Schulgründung dort unterbleiben, wo es auf deutscher Seite an dem nötigen Maß von Unerbrotlichkeit und Opfermut fehlt. In den Schriften von Gehre und Meindahl ist die Leidensgeschichte mancher deutschen Schule zu lesen, und es kann der Regierung der Vorwurf nicht erspart bleiben, daß sie in ihrer Connivenz gegen derartige slavische Opposition zu weit gieng.

„Indes läßt sich die Annahme, daß selbst eine energische Regierung eine Nation in kürzerer Zeit wesentlich entnationalisieren könne, überhaupt bestreiten. Die Geschichte kennt kein derartiges Beispiel, denn die Elsäßer sind, trotz der längeren Zugehörigkeit zu Frankreich und trotz des ideellen und materiellen Gewinnes, den ihnen diese Zugehörigkeit brachte, Deutsche geblieben. Die Germanisierungsbestrebungen des österreichischen Absolutismus haben keine besonderen Erfolge aufzuweisen, und ob ähnliche Experimente, die heute in Rußland und Ungarn mit gleicher Energie, wenn auch in anderer Form gemacht werden, zu dem von den betreffenden Regierungen gewünschten Ergebnisse führen, das wird erst die Geschichte lehren, wenn kritische Zeiten für diese Länder anbrechen. Ich kann deshalb auch Steinwender nicht beistimmen, wenn er die Ansicht vertritt, daß Veränderungen in dem Geltungsgebiete der Sprachen meist eine Folge der Machtveränderungen seien. Soweit die Küsten des Mittelmeeres hellenisiert wurden, geschah es nicht in Folge der griechischen Macht, denn eine solche Centralmacht gab es nicht, sondern es war die starke griechische Auswanderung, welche hellenisches Volkstum auf den fremden Boden verpflanzte. Aber auch Rom hätte den Proceß der Romanisierung Italiens und der ganzen heutigen romanischen Welt nicht vermöge der

Macht seiner Legionen durchführen können, wenn es dieselbe nicht durch eine planmäßige Auswanderung unterstützt hätte, damit den doppelten Zweck verfolgend, einerseits überall der einheimischen Bevölkerung einen Herrn auf den Nacken zu setzen, und andererseits stets die Reihe jener unzufriedenen Elemente zu lichten, deren Anwachsen in der Hauptstadt der herrschenden Aristokratie gefährlich werden konnte. Auch die Geschichte der neuen und neuesten Zeit bestätigt, daß nicht schon die politische Macht an sich, sondern erst in Verbindung mit einer starken Auswanderung einen überseeischen Besitz der Nationalität des herrschenden Volkes zuführen kann. So ist Nordamerika binnen wenigen Menschenaltern ein englischer Großstaat geworden, während Indien, trotz unumschränkter Herrschaft der Engländer, national das geblieben ist, was es zur Zeit der Eroberung durch die ostindische Compagnie war.

„Wie dem eben auch sei, ob die Machtfülle einer Regierung ausreicht, um eine Nation ihrer angestammten Sprache zu berauben oder nicht: den Rückgang des deutschen Elementes in Oesterreich hat die Regierung des Grafen Taaffe gewis nur zum geringsten Teile verschuldet, was schon daraus zu ersehen ist, daß die Verluste, auf die man z. B. aus den Ergebnissen der Volkszählung von 1880 geschlossen hat, schon vor der Regierung des gegenwärtigen Ministerpräsidenten für das Deutschtum in Oesterreich eingetreten sein müssen. Die Umwandlung der Verhältnisse in Böhmen und Mähren fällt zum großen Teile der Zeit nach unter das Bürgerministerium und das Ministerium Auersperg-Deffer.“

Und weiter unten sagt Hainisch\* über denselben Gegenstand: „Das rasche Anwachsen der nichtdeutschen Stämme Oesterreichs und die Bedrohung des deutschen Sprachgebietes durch fremde Einwanderer ist auf wirtschaftliche Ursachen zurück zu führen, ganz so wie der Zug der Aus-

---

\* H. a. O., S. 157.

wanderer, welcher sich während des ganzen Mittelalters bis gegen das Ende des vorigen Jahrhunderts aus Deutschland gegen die Länder des europäischen Ostens in Bewegung setzte. Nicht bloß die erobernden deutschen Fürstenthümer, sondern auch böhmische, polnische und ungarische Könige riefen diese deutschen Einwanderer herbei, weil dieselben an technischer Bildung der einheimischen slavischen und magyrischen Bevölkerung weit überlegen waren. Der Bergbau Böhmens, Ungarns, aber auch Südtirols war in deutschen Händen, und der deutsche Handwerker, welcher mit den Zunftgenossen im Deutschen Reiche in innigster Fühlung stand, bildete in den Städten jenseits der Reichsgrenze den wertvollsten Bestandteil der Bevölkerung und oft eine Achtung gebietende Minorität. Die technische Ueberlegenheit beschränkte sich aber nicht auf das Gewerbe, auch der deutsche Bauer war durch sein Können ausgezeichnet. Er führte den schweren Räderpflug und konnte somit den schwersten Boden bebauen, während sich die slavische Bevölkerung mit Hackpflug und Hack vorwiegend auf dem leichteren Sandboden niedergelassen hatte.

„Die Zeit, in welcher die bessere technische Ausbildung dem Arbeiter durchweg ein Uebergewicht gab, ist vorüber. Zwar kennen wir noch heute den Unterschied zwischen qualifizierter und nicht qualifizierter Arbeit, aber der Wert der ersteren ist in dem Maße in beständigem Sinken begriffen, als es den technischen Wissenschaften gelingt, schwierigere Verfahrensarten der Maschine zu übertragen. Je geringer aber die Anforderungen sind, welche an die Auffassung und die technische Ausbildung des Arbeiters gestellt werden, je mechanischer die Arbeit wird, desto mehr wird jenen Völkern, die im Stande sind, einen Bevölkerungsüberschuß abzugeben, welcher an intensive Arbeit gewöhnt ist und sich zugleich auf einem niedrigen Lebensfuße befindet, der Vorteil nationaler Offensive zu Teil. Dieser Vorteil kommt den Engländern gegenüber den Franzosen in Kanada zu, den Irländern gegenüber den Engländern

in Großbritannien, den Belgiern, Italienern und Deutschen gegenüber den Franzosen, den Chinesen gegenüber den Angehörigen der weißen Rasse in Amerika und Australien. Nicht der Mann mit der besseren Bildung und Lebenshaltung, sondern der Kuli wird zum Pionier seiner Nationalität. Wird deshalb innerhalb unserer heutigen Gesellschaftsordnung der Zuwachs der Bevölkerung verhindert, sei es durch irgend welche gesetzliche Bestimmungen, sei es durch Einbürgerung der französischen Praxis, so wird dadurch zugleich die nationale Widerstandskraft geschwächt, ohne daß für diesen Nachteil mehr als vorübergehende wirtschaftliche Vorteile eingetauscht werden. Denn so lange die Beschränkung der Volksvermehrung keine allgemeine ist, wird man immer Gefahr laufen, daß eine starke Einwanderung fremder Elemente den Mangel an heimischer Bevölkerung ausgleicht oder daß die Concurrenzfähigkeit der nationalen Industrie unter den höheren Löhnen leidet, denn daß hoher Lohn durchweg zu größerer Arbeitsleistung und damit zu billigerer Arbeit führe, dieser Ansicht kann ich mich trotz der Unterstützung, welche dieselbe durch wissenschaftliche Autoritäten erfährt, nicht anschließen.“

Nur auf dem hier eingeschlagenen Wege können wir zum wahren Verständnis der treibenden Kräfte in der österreichischen Frage gelangen und lernen wir auch verstehen, wie oft nach außen hin bedeutungslos und kleinlich erscheinende Dinge eine sehr große Bedeutung besitzen. Wir erinnern hier nur an den Kampf um das Cillier Gymnasium, welcher einen solchen Umfang annahm, daß sogar ein österreichisches Ministerium darüber zu Falle kam.

Wie töricht! wird damals mancher Außenstehende gesagt haben — und wir haben das sogar in den „Histor. politischen Blättern“ — gelesen die Errichtung eines windischen Gymnasiums zu einer Haupt- und Statsaction zu machen. Steht denn das österreichische Deutschtum wirklich auf so schwachen Füßen, daß ihm eine slovenische Mittelschule in

einer deutsch-slovenischen Stadt\* schon bedrohlich wird. Wir aber meinen, wenn es sich wirklich nur darum handelt, daß die Slovenen ohne Hintergedanken und mit ihrem Gelde eine ihrem Bedürfnisse entsprechende Lehranstalt errichten und erhalten wollten, so würde wol kaum ein Deutscher ein Wort dagegen sagen. Aber das windische Gymnasium wäre eben nur ein Glied in der langen Kette von deutschfeindlichen Handlungen, die mit dem hofschneidenden untertänigen Verlangen nach einer verhältnismäßigen Gleichberechtigung beginnt und mit rücksichtslofester, brutalster Vergewaltigung aller deutschen Regungen schließt. Wer diese Kette an seinem Auge vorüberziehen lassen will, der schaue hin auf Prag, Pilsen, Laibach! Dort war auch das Deutschtum vor wenigen Jahrzehenden noch herrschend, und heute ist jedes deutsche Wort verfehmt.

Der Leser dieser Blätter weiß, daß wir abgezagte Feinde aller einseitigen nationalen und insbesondere aller Unterdrückungspolitik sind, aber er weiß auch, daß wir nicht daran denken, erworbene deutsche Rechte aufzuopfern aus Furcht vor einem anmaßenden Gegner. — Sollten wirklich einmal die Verhältnisse so liegen, daß Einer den Platz räumen muß, so soll dieser Eine, so lange wir selbst mit zu reden und mit zu bestimmen haben, wahrlich der Deutsche nicht sein!

Gewis, wir halten unentwegt fest an einer föderalistischen Entwicklung, die einem jeden das ihm gebührende Recht verschafft; aber wir denken andererseits keinen Augenblick daran, eine föderalistische Form, die unter bestimmten Umständen von heilsamster Wirkung sein kann, auch dann zur Anwendung zu bringen, wenn der offenbare Erfolg derselben slavische Centralisation und Entdeutschung ist.

---

\* Gili liegt allerdings in Südsteiermark und ist von slovenischem Sprachgebiet umgeben, ist aber eine in kultureller Beziehung rein deutsche Stadt.



rade das Wesen des Föderalismus verlangt, daß die politischen Maßnahmen entsprechend den örtlichen Verhältnissen abgewogen und getroffen werden. Was zwischen Bayern, Sachsen, Schwaben und Hessen ein gesundes Verhältnis zu schaffen vermag, braucht deshalb noch lange Zeit das geeignete Mittel zu sein, dieses Verhältnis nun zwischen Deutschen und Slaven zu begründen. Eben dadurch, daß er organisiert und mechanische Wirkungen unter Umständen neutralisiert, unterscheidet sich der Föderalismus von anderen unvollkommenen politischen Systemen.

„Wir sehen“, sagt Hainisch\*, „Jahr aus Jahr ein gießt sich eine Flut czechischer Arbeiter und Dienstboten auf deutsches Gebiet, um dort Erwerb und Unterkommen zu finden. Diese Einwanderer sind allerdings ungebildet, arm und auch nicht besonders von Nationalgefühl beseelt, sind politische Nullen und erhalten wie Nullen nur eine Bedeutung, wenn sie hinter andere Zahlen geschrieben werden. Daß es an diesen Zahlen nicht fehle, dafür sorgen, wenn es schon an einem Ansätze zu einem czechischen Mittelstande fehlt, Feudaladel und Geistlichkeit. Gibt nun aber noch die Regierung ihren Segen dazu und kommt mit ihren Machtmitteln den czechischen Einwanderern zu Hilfe, so ist es leicht erklärlich, daß deutsche Orte, in welchen ein langsames Anwachsen der Bevölkerung durch Aufblühen der Industrie ermöglicht wird, im Handumdrehen sich in geistliche verwandeln. Der Bedrohung des dritten Wahlkörpers durch die Kleingewerbetreibenden folgt bald die Bedrohung des zweiten durch die Beamten, und fehlt es nicht bei den Deutschen nur im geringsten Maße an Einigkeit, so wird die Mehrheit der Gemeindevertretung des einst deutschen Ortes eine czechische. Wir sehen also die Entwickelung des czechischen Nationalbewußtseins und die Begünstigung, welche die czechischen Ansprüche Seitens einzelner österreichischer Regierungen erfuhren, konnten nur deshalb

---

\* N. a. D., S. 12.

dem deutsch-österreichischen Volke Abbruch tun, weil dieselben zeitlich mit einer sehr raschen Vermehrung des czechischen Volksstammes zusammenfielen. Ohne diese hätten sie zwar die Germanisierung der Sudetenländer verhindern können, vermuthlich wäre aber kein einziger Ort durch sie dem Czechentum erobert worden.\*

Die wirtschaftlichen und andere damit im Zusammenhang stehende Zustände also sind es in erster Reihe, welche Hand in Hand mit der größeren Behäbigkeit, der höheren Lebensführung der Deutschen diese den Slaven gegenüber ins Hintertreffen bringen; und „das gilt nicht nur von den deutsch-slavischen Gebieten, sondern, seit Eisenbahnen die rhätischen Alpen durchziehen, auch von der deutsch-italienischen Sprachgrenze. Auch an dieser sind es wirtschaftliche Bedingungen, welche ein Vordringen des romanischen Elements begünstigen. Wie dem Deutschen dem Slaven gegenüber seine ältere Kultur keinen Schutz gewährt, so auch nicht seine jüngere Kultur dem Italiener gegenüber. In beiden Fällen entscheidet der höhere oder tiefere Lebensfuß, auf welchen die Massen eingewöhnt sind. Wenn der Wälschtiroler als Arbeiter den Deutschen unterbietet und sich nach Norden ausbreitet, unterwirft nicht seine Kultur die deutsche, sondern seine karge sparsame Art besiegt den anspruchsvolleren Brauch des deutschen Nachbarn. Der Slave besitzt als bedürfnisloser Halbbarbar, der Italiener als genügsamer, nüchternen Südländer überlegene Eigenschaften für den wirtschaftlichen Wettbewerb einer unteren Menge. Dadurch erklären sich des einen wie des anderen nationale Fortschritte in einem demokratischen Zeitalter.“\*

Sollte man uns nun aber sagen: So scheint es doch, als ob das deutsche Volk und die deutsche Kultur nicht die Kraft besäßen, aus sich heraus dem Andrang der Gegner erfolgreich zu widerstehen, so muß erwidert werden, daß, da eben lediglich mechanische Tatsachen gegen die Deutschen

---

\* Dumreicher, a. a. O., S. 62.

sind, dem nicht rein materialistisch denkenden Beurteiler diese Erklärung gerade die tröstliche Möglichkeit eröffnet, daß es einer verständigen und patriotischen Politik gelingen werde, den Gang der Dinge so zu lenken, daß ohne Verletzung der Rechte der fremden Nationalitäten der Bestands der Deutschen voll gewahrt werden kann.

Zwei Schlagworte sind es namentlich, die in der Behandlung der österreichischen Frage bei unseren nationalen Politikern eine Rolle spielen: die undeutsche Haltung der Habsburger — und der österreichischen Regierung im weiteren Sinne — und der Jesuitismus.

Was den ersten Punkt anlangt, so wird es ja keinem Menschen, welcher die Verhältnisse Neuösterreichs auch nur oberflächlich kennt, einfallen, die gegenwärtige österreichische Regierung von der Schuld freisprechen zu wollen, gesliskentlich das deutsche Volkstum benachteiligt, das Slaventum aber begünstigt zu haben. Es mag hier nur an die klassische That des Ministeriums Taaffe erinnert werden, welche es fertig brachte, um der urdeutschen Stadt Magensfurt das Gepräge einer sprachlich gemischten aufzubrüden, die windisch sprechenden Zuchthäusler mit in die Zahl der ständigen Bewohner der Stadt aufzunehmen.

So kann man in der That der Regierung den Vorwurf nicht ersparen, daß sie hier eine durchaus ungerechtfertigte Politik getrieben habe.

Es ist das aber nur ein Glied in der langen Reihe von Ereignissen und statlichen Maßnahmen, welche mit dem Zusammenbruch bei Königgrätz beginnt.

Während man von Bismarck sagen kann, daß er im Kriege 1866 auf der Höhe der Situation stand, muß man von seinen Gegnern und ganz besonders von den leitenden Kreisen Oesterreichs das unbedingte Gegenteil behaupten. — Wären diese Gegner nicht sämtlich so furchtbar kopflos gewesen, so hätte es Bismarck bei all' seinen Siegen angst und bange werden können. Die Südstaten, Oesterreich und selbst Sachsen hätten den preukischen Statsmann bei

nur ein wenig mehr Ueberlegung und Umsicht dahin bringen können, daß er von dem, was er gefordert und fast durchweg auch erreicht hat, drei Viertel hätte streichen müssen denn wenn Preußen auch die Kraft besessen hätte, die Gegner auf den ersten Anlauf niederzurennen, so reicht diese Kraft doch auch nicht im Entferntesten aus, einen weiteren geschickt durchgeführten passiven Widerstand gegenüber. Und die im Augenblick allerdings durch die überraschenden Erfolge der preussischen Waffen erschreckten Diplomaten an der Seine würden im Bunde mit der in den Reihen des preussischen Heeres hausenden Cholera auch das Ihre getan haben, das Selbstbewußtsein der preussischen Sieger herab zu stimmen. Dazu kam, daß die österreichische Südarmerie, die bei Custozza den anmaßenden Bundesgenossen Preußens zerschmettert hatte, bereits vor Wien stand und, unterstützt von der selbst bei Königgrätz nicht besiegten sächsischen Armee, nur darauf warteten, auf Neue den Kampf aufzunehmen.

Doch kehren wir zur Gegenwart zurück.

„Je stärker im Allgemeinen die Rolle der Massen im politischen Leben des Abendlandes hervortritt,“ meint Dumreicher\*, „je mehr die Gesellschaft sich atomisiert, desto leichter verdunkelt sich bei den herrschenden Kreisen wie bei der öffentlichen Meinung Oesterreichs das Bewußtsein von dem eigenartigen Werte der im Reiche zwischen den andern Nationalitäten verteilten deutschen Einwohnerschaften. Wenn es nur mehr auf die großen Ziffern ankommt, muß die besondere Würdigung weitverzweigter Minderheiten schwinden, welche mit ihrer völkerverbindenden Sprache die gemeinsame Staatstradition, den Zusammenhang des Reiches mit der westlichen Kultur pflegen. Man gewöhnt sich dann wol, dieses bedeutende Element, welchem, gemäß den sozialen und Bildungszuständen Oesterreichs, noch immer in Heerwesen, Verwaltung, Wissenschaft, Kunst, Handel, In-

---

\* A. a. O., S. 50 u. f.

ustrie die vornehmsten Aufgaben zu besorgen obliegt, sowie es auch die Höchstbesteuerten in sich schließt, gerade so er bloßen Kopfszahl nach abzuschätzen wie die slavischen Mehrheiten.“

Diese mechanische Auffassung der statlichen und gesellschaftlichen Fragen, welche auch in Oesterreich immer mehr zur Geltung kam, konnte für das Deutschtum in seiner eigenartigen und einzigartigen Stellung nur die unheilvollsten Folgen haben. „In Folge dessen“, führt Dumreicher weiter aus, „wird insbesondere das Unterrichts- und Verwaltungswesen, dieser über die Zukunft der Bevölkerungen so sehr entscheidende Verwaltungsbereich, so einseitig auf den Boden offenermässiger Ausrechnung der Nationalitäten gestellt, daß die öffentlichen Einrichtungen fortan den Sprachgrenzen wie den zerstreuten Pflanzstätten der Deutschen den nötigen Schutz versagen. Wollte man nemlich solchen Schutz gewähren, so durfte man nicht übersehen, daß in Folge des ganzen bisherigen Kultur-Processes nahezu nirgends in Oesterreich der Fall vorkommt, wo eine Bürgerschaft gebildeter wohlhabender Slaven mit einer niederen deutschen Volksmenge in einem Gemeindeverbande zusammenlebt, daß dagegen der umgekehrte Fall der typische ist. Ebenso mußte man sich klar darüber sein, daß eine Aenderung dieser Verhältnisse auch fernerhin nicht zu erwarten stand, weil bei den Verschiebungen der Bevölkerung, wie sie das Eisenbahnwesen und die industrielle Entwicklung herbeiführen, es sich nur selten ereignen kann, daß die kultivierteren anspruchsvolleren Deutschen in Menge als Handwerker, Arbeiter, Dienstboten in ein slavisches Gebiet einströmen, während die Erscheinung eine tägliche ist, daß die billige slavische Arbeitskraft die deutsche unterbietet und deutsche Städte und Landstriche mit Einwanderung überzieht. Wenn im czechischen Innern Böhmens Tagelöhne von 30, ja mitunter von 20 Kreuzern bezahlt werden, im deutschen industriellen Nordböhmen dagegen solche von 80 Kreuzern bis 1½ Gulden, so kann ein deutscher Zuzug in das

slavische Gebiet kaum erfolgen, während umgekehrt ein starker slavischer Zuzug in das deutsche Gebiet sich notwendig herausbilden muß. Es gab somit für die Deutschen niemals ein Interesse, die Einwurzelung neu entstehender deutscher Minderheiten im slavischen Sprachbereiche gesetzlich zu schützen, weil aus wirtschaftlichen Gründen solche Minderheiten nur in verschwindend wenigen Ausnahmefällen entstehen können; wol aber gab es für sie ein ganz gewaltiges Interesse, sich vor der Einwurzelung neu entstehender slavischer Minderheiten im deutschen Sprachbereiche gesetzlich zu schützen, weil diese aus wirtschaftlichen Gründen immer wieder entstehen müssen.“

Dumreicher folgert nun hieraus — und wie wir glauben: mit vollem Recht — daß einer solchen Entwicklung gegenüber nur Schutz zu finden gewesen wäre in dem Grundsatz: „Daß, wer zur Verbesserung seiner materiellen Stellung in ein fremdes Sprachgebiet einwandert, seine Nachkommenschaft auch in der dort von den Einheimischen im Verkehr überwiegend gebrauchten Sprache erziehen lassen soll. Ein auf dieser historischen statt einer statistischen Grundlage aufgebautes Unterrichtswesen würde die deutschen Bürgerschaften in die Lage gebracht haben, sich die fremden Zuwanderer wenigstens in der nächsten Generation anzugleichen. So aber müssen sie es über sich ergehen lassen, daß ein wirtschaftliches Unternehmen, eine Fabriksgründung, die Eröffnung eines Bergbaues, welche Zuzug slavischer Arbeiterfamilien veranlassen, ihren seit Jahrhunderten rein deutschen Heimatsort für alle Zeiten zu einem national gemischten, ja vielleicht dereinst zu einem rein slavischen machen. Und sie müssen überdies, wie zum Hohne, diese Wandlung zunächst aus eigener Tasche bezahlen. Denn die neu angesiedelte besitzlose Menge entrichtet keine Abgaben. Die deutschen Steuerträger sind es, die für die Kinder jener slavische Schulen zu errichten und zu erhalten gezwungen werden: ihren eigenen Kindern müssen sie mit ihrem eigenen Gelbe nationale Widersacher heranerziehen.“

Das nachgewachsene Geschlecht im Orte lebt dann ein riebloses Dasein, bis die proletarische Volksvermehrung der Ausheimischen, ihr allmähliches Emporsteigen in den Mittelstand schließlich in der Gemeinde das Slaventum in die Herrschaft bringt. Die Familien der allansässigen Deutschen aber sind zu kaum geduldeten Fremdlingen geworden im eigenen Vaterhause. So sehen in Wirklichkeit die Ergebnisse einer scheinbaren Gleichberechtigung aus. Für die Deutschen in Oesterreich wird durch sie *Summum us summa injuria*\*.

Trieb dieser Vernichtungskrieg gegen deutsches Wesen aber endlich einen Teil der Deutschen zur offenen Auflehnung gegen den österreichischen Staatsgedanken und zum Kampfruf: „Los von Oesterreich!“, so war man doch andererseits weit davon entfernt, die Slaven für den österreichischen Staatsgedanken zu gewinnen, man mußte vielmehr erleben, daß die panslawistischen Bestrebungen immer weitere Kreise zogen. Das beweisen neben anderen Erscheinungen die immer wieder hervortretenden Versuche, die russische Sprache zum obligaten Lehrgegenstand in österreichischen Schulen zu machen.\*

Was will es denn besagen, wenn die slavischen Gegner der Deutschösterreicher von „gleichem Recht und gleicher

---

\* Graf Heinrich Coudenhove schlägt in seiner „Politischen Studie über Oesterreich-Ungarn“ vor, den Panslawisten dadurch den Wind aus den Segeln zu nehmen, daß man die russische Sprache in ganz Oesterreich als obligaten Lehrgegenstand einführt und sie zur eigentlichen Staatssprache macht. Dieser in der That ernsthaft gemeinte Vorschlag würde gewiß seinen Zweck erreichen, nur möchte der edle Graf noch den kleinen Schritt weiter tun und an Stelle des österreichischen Kaisers in Wien einen russischen Gouverneur fordern. Denn was soll die russische Sprache in Oesterreich — da die Verkehrssprache ja mit und ohne statliches Privilegium auch in Zukunft die deutsche sein wird —, wenn nicht die Absicht besteht, sie zur Vorstufe der russischen Herrschaft zu machen.

Geltung der Völker Oesterreichs" sprechen. Binden wollen sie sich an diesen Satz jedesfalls nur dort, wo sie zur Zeit, wie in den deutschen Gebieten, nicht die gleiche Geltung besitzen wie die Deutschen. Und dann auch nur so lange, als für sie nicht die Aussicht besteht, das Uebergewicht zu erlangen.

Schon im October 1891 haben, wie Dunreicher auf Seite 34 seines Buches mittheilt, fünf jungczechische Reichsraths-Abgeordnete vor einer Versammlung in Wien einen Plan zur Eroberung Wiens durch die Tschechen entwickelt.

„Man muß es sonach den Tschechen lassen“, führt derselbe Verfasser sehr richtig aus\*, „an Beweglichkeit der politischen Grundsätze fehlt es ihnen nicht. Einmal geht ihnen eine sogenannte historisch-politische Individualität über alles, ein anderes Mal gilt sie ihnen gar nichts. Das erste ist der Fall, wenn es sich um die ‚Länder der böhmischen Krone‘ handelt; fragt es sich aber um Niederösterreich und Wien, dann verhält es sich gerade umgekehrt. Für Böhmen soll ein den Deutschen abträglicher, historischer Zustand maßgebend sein, dessen Continuität schon seit dem 30jährigen Kriege unterbrochen ist. Der rein deutsche historische Character Wiens und Niederösterreichs dagegen, welcher eine nie gehemmte Stetigkeit von neun Jahrhunderten für sich hat, der braucht nicht gewahrt zu werden. Ein böhmischer Slavenstaat soll im Namen des historischen Rechtes wieder erstehen, um den Tschechen ein geschlossenes Herrschaftsgebiet und in demselben die Gewalt über die Deutschen auszuliefern; in Niederösterreich aber dürfen die Deutschen nicht im Namen des historischen Rechtes Herren im eigenen Hause bleiben; hier sollen sie sich öffentliche Einrichtungen aufdrängen lassen, mittels deren czechische Einwanderer empor zu kommen und ihnen auf den Nacken zu steigen gedenken. Ihnen mutet man zu, darauf zu verzichten, die Nachkommenschaft der Zu-

---

\* A. a. O., S. 34 u. f.



gler dem alten Grundstock ihrer Einwohnerschaft, der schichtlichen Eigenart der Stadt und des Landes zu assimilieren. Im Gegentheil, sie sollen mit ihrem Steuergelbe tschechische Schulen bezahlen, damit sich eine zweite Nationalität mitten unter ihnen dauernd herausbilden, seinerzeit ihre Kinder und Enkel bedrängen und auch in diesem Herzogthume dieselben Wirrsale einbürgern könne, wie sie in andere Kronländer zerrütten. Und gleichzeitig mit solchen Bestrebungen vertreten die tschechischen Politiker die Lehre, die heute in Böhmen noch deutsch verbliebenen Städte und Landstriche seien ‚ein unechter Besitz‘, ‚ein nicht rechtmäßiger Besitz der Deutschen‘, und daher müßten Einrichtungen getroffen werden, welche das Slaventum in den Stand setzen, sich sein Eigenthum zurück zu erobern! Könnte man nicht mit demselben historischen Rechte auf die Zeit zurückgreifen, wo die Markomannen Böhmen bewohnten, und deshalb das ganze Land als germanischen Grund und Boden in Anspruch nehmen? Denn wenn eine ferne Vergangenheit maßgebender sein soll als der geschichtliche Zustand der folgenden Zeiten, dann geht ja die ältere Vergangenheit der jüngeren vor und fällt also die Epoche, wo das Land ein markomannisch war, mehr ins Gewicht als die spätere, wo es eine Weile rein slavisch war. Daher wären die Zeichen eines unechten Besitzes zu zeichnen, wenn man solches überhaupt ernst nehmen dürfte.“

„So zieht der Kampf aus dem Kampfe selbst seine Lehren“, hören wir gleichfalls von Dumreicher\*. „Der wachsende Haß aber streift mehr und mehr jede Bedenklichkeit ab, und nach einer gewissen Zeit ist man dahin gelangt, planmäßig statliche Palladien hinzuopfern, vor deren Preisgebung man am Beginne der Entwicklungreihe zurück geschauert wäre. Für Entschlüsse solcher Art glätten sich die Wege nun um so besser, je öfter man bereits sich mit dem Troste beschwichtigt hat, daß man viel und lange

\* N. a. D., S. 89.

sündigen könne, bis ein großes Reich am Lebensnerv getroffen ist. Schließlich tritt ein Zustand ein, in dem keine That der Leichtfertigkeit mehr jenseits des Möglichen zu liegen scheint. Dieß alles wäre unbegreiflich, wenn man nicht den Verlauf der Zeit berücksichtigte. Die Entwicklung erstreckt sich eben über eine hinlängliche Anzahl Jahre um die Machthaber, indem sie fortwährend mit immerhin zahlreichen Gegnern ringen, eine allmähliche Verschiebung ihrer Anschauungs- und Empfindungswelt erleben zu lassen. Denn ihr stets neu erregter Wunsch, die Widerstrebenden zu beugen, neutralisirt nach und nach die statsmännlichen Erwägungen. So büßen sie die conservativen Grundlagen einer verständigen Regierungspolitik ein und geraten unter die Vormäßigkeit der Geister, welche sie riefen. Dester und öfter pflegt sich ihr politisches Schachspiel zu verwirren, und immer banger stellt sich der aufmerksame Beobachter die Frage, wer wol seiner Zeit der Aufgabe gewachsen sein möchte, die so zerrüttete Partie zu übernehmen." So sieht derjenige, welcher die Ereignisse genau beobachtet, im Hintergrund dieser mit dem Prager Friedensschluß eingeleiteten Entwicklung ein schwarzes Gespenst lauern, nicht nur für das österreichische Deutschtum, sondern für den ganzen österreichischen Kaiserstat. Nicht ohne Berechtigung und durchaus nicht lediglich aus selbstsüchtigen Gründen fördern darum die Deutschen die Erhaltung ihrer Sprache als Statsprache; denn das Deutschtum einzig und allein ist es gewesen, welches den Stat Desterreich geschaffen, und während man recht gut eine oder mehrere der nichtdeutschen Völker des Kaiserstats sich hinweg denken könnte, ohne daß die Einheit und das Hauptgepräge des Ganzen wesentlich darunter litte, kann man sich die Deutschen nicht hinweg denken oder Desterreich hörte auf, Desterreich zu sein. Das Deutschtum ist also auch jetzt noch der eigentliche Träger des österreichischen Statsgedankens.

Da erkennen wir aber sogleich, was es bedeuten will, wenn die heute so sich nennenden Föderalisten in Dester-

wird den Föderalismus vorschlagen, um hinter ihm slavisch-centralistische Pläne vorzubereiten, deren Verwirklichung nichts weniger bedeuten würde als Vernichtung des österreichischen Deutschtums. Die Deutschen Oesterreichs werden hierseits dann dem deutschen Centralismus in die Arme getrieben, und suchen die Tschechen und Winden Anlehnung in Rußland, so die „Altdeutschen“ an das preußisch-deutsche Reich, und kein Zweifel, daß diese den Slaven gegenüber in großem Vorteil sind, schon mit Rücksicht auf die geographische Lage und geschichtliche Vergangenheit. — So sehr es einen jeden anständigen Deutschen abstoßen muß, wenn er sieht, wie immer größere Teile der Deutschösterreicher dem widerlichen Bismarckskultus huldbigen und anbetend vor der österreich- und deutsch-feindlichen Politik liegen, so gebietet doch die Gerechtigkeit, zuzugeben, daß die österreichischen Slaven das Ihre dazu getan haben, die Deutschen zu einer solchen Stellungnahme zu drängen, und der slavische Föderalismus konnte auf diese Weise zu nichts weiter führen als zu einer Stärkung centralistischer Bestrebungen.

Der genaue Beobachter erkennt das Eine deutlich, daß diese österreichischen Slaven, indem sie auf den großen Bismarck'schen Rechenfehler, daß mit 1866 die deutsche Frage gelöst und Oesterreich endgültig aus Deutschland hinausgestoßen wäre, sich stützen und weiter rechnen, in Oesterreich nur noch das Material erkennen für ihr slavisches Zukunftsreich.

So in die Augen springend nun auch die Gefahren sein mögen, die sich für den Staat Oesterreich aus der Nationalitätenpolitik ergeben, so gering ist doch die Macht, die der Regierung eines polyglotten Oesterreichs zur Verfügung steht, ihr Einhalt zu tun. Wäre selbst die Machtfülle, die der Regierung im engeren Sinne — den Ministerien — zusteht, weit größer, als sie in einem parlamentarisch regierten State sein kann, so kann man sich doch diese Regierung nicht als etwas vom Reich und

Volk losgelöstes denken: machen hier nationale Bestrebungen sich geltend, so werden dieselben auch von den Ministern, ja selbst aus der Heeresleitung nicht fern zu halten sein.

„Es durchzieht seit 1866 eine Schwäche, eine Halbheit das politische Leben unseres Volksstammes“, so klagte vor Jahrzehenden ein in unseren Tagen sehr berühmt gewordener österreichischer Schriftsteller\*. „Wir fühlen instinctiv, daß wir, losgetrennt von dem Mutterland, nur ein halbes Leben führen. Vergebens wollen wir jede Erinnerung an unsere Geschichte in den Rath versenken; wir müssen doch zugestehen, daß nicht wir die Geschicke des österreichischen Stammes zu entscheiden im Stande sind, sondern daß auf dem Schlachtfelde und in dem Versammlungshause, wo Alldeutschlands Würfel fallen und Geschicke entschieden werden, auch unser Wohl und Wehe zum Austrage kommt.“

Jene Deutschösterreicher, welchen nach 1866 die Leitung Cisleithaniens zufiel, haben leider nicht so gedacht. Sie waren trotz der Niederlage von Königgrätz sehr siegesbewußt; hatte doch der Prager Friede gerade ihnen die Bahn eröffnet, auf welcher ihrem Ehrgeiz Befriedigung winkte. Die Leute nannten sich zwar deutsch und liberal, waren aber ebenso undeutsch wie unliberal. Ihre Laufbahn begann damit, daß sie willig der Zerreißung der Monarchie zustimmten, die zwei Millionen Deutschungarn und die andern Volksstämme den Magyaren opferten in der Hoffnung, im verkleinerten dießseitigen Oesterreich ihrerseits herrschen zu können, so wie die Magyaren jenseits der Theiß zu herrschen begannen.

Ihre Kraft und ihr Können hielt nicht im mindesten Schritt mit ihrer aufgeblasenen Begeisterung und ihren großartigen Versprechungen, und der Magyar, von ihnen erhoben, führte nun die Peitsche des Unterjochers nicht bloß in Ungarn, sondern er beherrschte das ganze Reich, und

---

\* Heinr. Friedjung, Der Ausgleich mit Ungarn, S. 27.

hüben und drüben mußte man nach seiner Pfeife tanzen, und als die so schlecht, weil auf ungerechter Uebervoreilung gegründete Herrschaft dieser Gesellschaft auch dießseits der Leitha in die Brüche gieng, da war es nur natürlich, daß derjenige Volksstamm, der am schwersten das Joch dieser Herrschaft gefühlt hatte, die Czechen, nun auch am wildesten und ungezügeltsten sich geberdete und „die mit Scorpionen züchtigte, die sie einst mit Ruten gepeitscht hatten“.

In den andern Ausbund sind sodann — wenigstens in Bezug auf die innerhalb Oesterreichs zu tretende Politik — die Erben der alten Verfassungspartei verfallen. Waren jene zufrieden mit einem verkleinerten Oesterreich, so lange man sie nur nach Gutdünken darin schalten ließ, so wollen diese insbesondere in ihrer schärfsten Schattirung, den „alldeutschen“ Schönnererianern, überhaupt nichts mehr von Oesterreich wissen und verlangen Anschluß an das Deutsche Reich. Daß sie das heutige Oesterreich mit seinem deutschfeindlichen Gepräge nicht lieben, ist ihnen ja nicht zu verdenken; unbegreiflich aber und einfach unentschuldbar ist, daß sie nun zu einer Verhimmelung des undeutschesten aller Staatsmänner, nemlich Bismarcks, gelangen. Eine Erklärung hierfür kann man wol nur finden in der Tatsache, daß ihnen die Geschichte der letzten Jahrzehende unbekannt ist, daß sie einfach gar nicht wissen, daß es gerade das Lebenswerk Bismarcks war, die deutsche Stellung und den deutschen Verfall Oesterreichs zu vernichten und daß sie gar keine Ahnung davon besitzen, daß auf den böhmischen Schlachtfeldern Oesterreich für seine deutsche Bedeutung kämpfte, während Bismarck durch den blutigen, ruchlosen Bruderkrieg nur selbstische und preussische Zwecke verfolgte und auch in späterer Zeit der Allerletzte gewesen wäre, der dem österreichischen Deutschtum Hilfe hätte bringen wollen. Wir können darum unser Urteil über diese Sorte von Deutschösterreichern gar nicht scharf genug fassen, und wenn z. B. ein deutschnationaler Verein in Eger sein an

anderen Orten so notwendiges Geld vergeudet, indem er ein Grundstück ankauft, um darauf das auf öffentlichem Grund und Boden verbotene Bismarck-Denkmal zu errichten, so beweist das in ihm vertretene Deutschtum einfach, daß es in Angelegenheiten der deutschen Frage nicht mehr mitzureden hat, ja, es muß, so traurig diese Erkenntnis auch für jeden wahrhaft deutsch Gesinnten ist, laut und deutlich ausgesprochen werden, daß diese gedankenlosen, „zielbewußten“ Nachbeter der Bismarck'schen Reptilien-Weisheit für die Entwicklung der deutschen Sache weit gefährlicher sind als alle Jungzechen, Laaffe, Babeni und Thun.

Die hier besprochene, den einen Teil so bloßstellende Freundschaft zwischen dem Zwingerer Oesterreichs und den Anhängern Schönerrers erhielt bekanntlich ihre Weihe in den 1892er Junitagen während Bismarck's Aufenthalt in Oesterreich\* ; und doch hätten gerade die Einzelheiten dieses Aufenthaltes den antisemitischen Bismarck'sfreunden die Augen öffnen können. Eben hatten sie sich für ihren Helden auf den Straßen Wiens blutig hauen lassen, so empfing dieser in seinen Räumen auf's Freundschaftlichste den jüdischen Redacteur der „Neuen Fr. Presse“, desselben Blattes, das als vornehmstes Organ der Allians israelitis gilt und das kurz vorher den deutschen Kaiser und seine Minister mit Schmutz beworfen hatte. — Gräßliche Ironie: die gemeinsten Judenblätter in Oesterreich und Ungarn gelten den judenfeindlichen Bismarck'sfreunden auf einmal als Ausbund deutscher patriotischer Tugend, weil sie ober trotzdem sie den Judenfreund Bismarck verherrlichten.

---

\* Es dürfte für den guten Deutschen eine lehrreiche Arbeit sein, diese österreichische Triumphreise des Fürsten Bismarck, das Probestück eines ehrgeizigen, aber gestürzten Diplomaten, zu vergleichen mit der ernstesten, mühevollen, in den Dienst des deutschen Vaterlandes gestellten Reise Friedrich Wits nach Wien und Pest im Jahre 1844.

---

In einem Supplements-Best zu seinem Statslegikon sagt der bekannte statswissenschaftliche Gehülfe Bismarcks, Wagener: „Der geistige Kampf zur Niederwerfung des Hauses Oesterreich geht dem mit dem Schwerte voran, und die Erfolge der Gewalt reichen so weit, als die Vorbereitungen des geistigen Kampfes gediehen sind; dieß heißt, auf den letzten Krieg angewandt: die Erfolge des letzten Kampfes haben deshalb an der Zusammenfassung Norddeutschlands bis zur Mainlinie stehen bleiben müssen, weil das Vorschreiten der modernen Ideen, welche Preußen vertritt, noch nicht weiter nach Süddeutschland und Deutsch-Oesterreich zu gediehen ist.“

Au einer anderen Stelle spricht H. Wagener noch deutlicher von der Zeit, in der alle Stämme Deutschlands unter dem glorreichen Banner der Hohenzollern vereint sein werden.

In seiner Antwort auf die Toaste der Deutsch-Oesterreicher (auf dem Commerz zu Bismarcks Geburtstag 1885 zu Berlin) läßt derselbe Wagener sich sodann vernehmen: „Kein Deutscher wird nicht mit Behmut und Schmerz auf die Deutsch-Oesterreicher sehen, aber ebenso wenig wird ein Deutscher sein, der nicht einsieht, daß jener große Kaiserschnitt wol hat vorgenommen werden müssen, zum Heile der Deutschen hüben und drüben. Ob kommende Zeiten über die jetzige Entwicklung hinausgehen werden, das mag die Zukunft entscheiden; was kommenden Zeiten zweckmäßig ist, für die heutige Zeit kann kein guter Deutscher daran denken.“

Wie Bismarck selbst dem Münchener Sepp gegenüber sich über diesen Gegenstand geäußert, haben wir früher schon berichtet; hier soll nur noch erinnert werden an den famoson Brief Mommsens an die Deutschen in Oesterreich und an den bekannten lärmenden Aufsatz der „Rheinisch-Westf. Zeitung“ vom October 1898 über die letzten Tage Alt-Oesterreichs, in welchem zum Schluß drohend darauf:

hingewiesen wird, „daß die Zeiten des verlotterten Deutschen Bundes, in denen das Deutschtum ungestraft vergewaltigt werden konnte“, vorüber seien.

Wir bezweifeln ja nicht, daß die nationalliberalen Leser einer solchen Zeitung bei diesem blöden Ausfall auf den alten Bund verständnisinnig lächeln, denn selbst das bescheidenste Maß geschichtlichen und politischen Wissens geht schon weit über den Horizont dieser Koryphäen neu-deutscher Wissenschaft. Der gewöhnliche Durchschnittsdeutsche freilich weiß, daß sich das deutsche Volk zu den Zeiten des vielgeschmähten Bundes gegen eine solche Vergewaltigung gar nicht zu verteidigen brauchte, weil damals im ganzen österreichischen Kaiserstaat bis hinunter an's Eisene Tor und den Notenturm-Pass das Deutsche die herrschende Sprache war.

Auf seiner oben schon erwähnten österreichischen Reise verkündete Bismarck bei der Durchfahrt durch Teschen: „Von je her war es mein Bestreben, Oesterreich mit Preußen zu befreunden.“ Und auch später noch hat er kaum eine Gelegenheit vorübergehen lassen, ohne zu versichern, daß er der wärmste Freund des österreichischen Kaiserstaats und insbesondere der Deutschösterreicher sei.

Müßten wir nicht mit einer unbegreiflichen Urteils- und Gedankenlosigkeit unserer Volksgenossen rechnen, so könnten wir ja über solche liignerische Redereien einfach hinweggehen, so aber sind wir gezwungen, sie durch die Tatsachen wieder und wieder zu widerlegen.

Aus den Berichten Bismarcks, die dieser als preussischer Bundestagsgesandter verfaßt hat, geht hervor, daß er damals schon den Gedanken hatte, Oesterreich aus Deutschland hinaus zu drängen. Dazu paßte ganz sein schon gekennzeichnetes Verhalten während der Zeit des Krimkrieges, welches darauf hinauslief, Oesterreich und das übrige nichtpreussische Deutschland an einer fruchtbringenden Politik zu hindern: die deutsche Frage mußte



in der gewünschten Weise offen bleiben, damit Preußen und nur dieses allein sie zur gelegenen Zeit kraft seines deutschen Berufes d. h. im eigenen Interesse lösen konnte. Deshalb ergriff man auch 1859 im italienischen Krieg die Partei Frankreichs, trotzdem man damals hätte Frankreich niederwerfen und Elsaß-Lothringen fast ohne Schwertstreich erobern können. Dann schloß man — und Bismarck stand hier überall im Hintergrunde — den deutsch-französischen Handelsvertrag, den man nicht mit Unrecht das wirtschaftliche Sadowa Oesterreichs nennt, welcher wiederum die damals brennend gewordene und vom ganzen nichtpreußischen Deutschland betriebene Lösung der deutschen Frage verhinderte, indem er Oesterreich endgültig aus der deutschen Wirtschaftsgemeinschaft ausschloß, ja sogar die bereits bestehende Gemeinschaft — den Zollverein — gesprengt haben würde, wenn sich die deutschen Mittel- und Kleinstaten den anmaßenden Forderungen Preußens nicht bedingungslos gefügt hätten.\*

Hatte bis zum deutsch-französischen Handelsvertrag Bismarck immer nur geschoben, so erhielt er nun Gelegenheit, seine großpreußische, Oesterreich-feindliche Gesinnung als verantwortlicher Minister zu betätigen, und begann damit, daß er die denkwürdige Note vom 24. Januar 1863 erließ, in welcher er Oesterreich aufforderte, seinen Schwerpunkt aus Deutschland nach Ofen zu verlegen und für den Fall, daß Oesterreich auch fernerhin sich den preußischen Plänen in Deutschland entgegenstellen sollte, ein Bündnis

---

\* Preußen hatte damals genau so wie ein Jahrzehend zuvor bei den Verhandlungen über den Anschluß Oesterreichs gebrüht, durch seinen Austritt den Zollverein zu sprengen, wenn die anderen Staten auf dem Anschluß Oesterreichs beharren sollten. Wie weit Oesterreich seinerseits entgegenkam und wie sehr es selbst bereit war, wirtschaftliche Opfer des politischen Gewinnes wegen zu bringen, kann man daraus ermessen, daß es sich verpflichtete, in einen Verteilungsplan von  $\frac{2}{3}$  zu 1 zu willigen.

Preußens mit dem Auslande ankündigte. Wie diese Gesinnung dann im Weiteren zum Kriege von 1866 und zur gänzlichen Hinausstößung Oesterreichs führte, ist so bekannt, daß nur daran erinnert zu werden braucht, um das Bild der wahren Gesinnung Bismarcks Oesterreich gegenüber vollständig zu machen.

Selbst die letzte und klüglichsie Entschuldigung, die nemlich, daß Bismarck trotz alledem im guten Glauben gehandelt habe, sinkt in sich zusammen, wenn man ihr entgegenhält, daß Bismarck sehr wol die späteren Folgen seines unstatsmännischen, vaterlandsverräterischen Tuns gekannt hat und daß er in Bezug auf unser Verhältnis zu Oesterreich diese Folgen sogar noch zu beschleunigen versuchte, wie seine Stoß-ins-Herz-Depesche, seine „Proclamation an die Bewohner des glorreichen Königreichs Böhmen“, sein ungarischer Freibeutzerzug u. a. beweisen. Und so fügen wir denn noch hinzu, daß unserer heiligen Ueberzeugung nach das, was heute die deutschfeindliche und panslavistische Bewegung in Oesterreich und in der ganzen Welt so stark macht, und was ein Wiederemporkommen des Deutschtums nachdrücklich hindert, eben dieser Bismarck'sche Geist ist, welcher in der Politik von 1866 zum völligen Ausdruck gekommen ist und seitdem aus allen Handlungen der hohen und niederen Politik herauschant.

Was hilft dem gegenüber das sogen. deutsch-österreichische Blindnis, auf welches Bismarck eingegangen ist zu einer Zeit, in der Rußland sich endgültig von ihm abgewandt zu haben schien, und was helfen nun erst Worte, wie jene, die Bismarck am 11. Januar 1887 im Berliner Reichstage sprach: „Unsere Beziehungen zu Oesterreich beruhen auf dem Bewußtsein eines jeden von uns, daß die volle großmächtliche Existenz des Einen eine Notwendigkeit für den Andern ist im Interesse des europäischen Gleichgewichts.“

So spricht man denn auch heute von dem deutsch-

österreichischen Bunde fast nur noch, wenn es gilt, zu zeigen, daß er nicht mehr besteht oder daß er „einem ab-  
gespielten Klavier“ vergleichbar sei. Sehr lehrreich waren  
nach dieser Richtung hin die Erörterungen, welche die  
„gutgesinnte“ reichsdeutsche Presse an die bekannte Ver-  
wahrung des Grafen Thun knüpfte.\*

Ein wirklicher Bund hat zwischen den beiden Kaiser-  
reichen überhaupt nie bestehen können. Dazu fehlte schon  
die gegenseitige Aufrichtigkeit und auch die gleichmäßige  
Abwägung von Rechten und Pflichten. Mag auch heute  
in den Kreisen der Berliner Diplomaten eine gerechte  
Auffassung nicht ganz von der Hand gewiesen werden, z. B.  
des alten Kurses und gemäß den Anschauungen des Be-  
gründers desselben bestand sie nicht. Wenn das heutige  
Oesterreich überhaupt noch Lebensinteressen hat, so gipfeln  
sie im Fernhalten des Panславismus von den Grenzen  
der Monarchie und in der Offenhaltung des näheren  
Orients (der Donau- und Balkanstaaten) für Oesterreich.  
Wie wenig aber die Bismarck'sche und deutsche Politik in  
dieser Beziehung für Oesterreich eingetreten ist, hat wol  
in den letzten Jahren der vielgenannte und mit Recht ver-  
urteilte Rückversicherungsvertrag bewiesen.

In seinen „Gedanken und Erinnerungen“ sagt Bis-  
marck (Band II, S. 267): „Mein ideales Ziel, nachdem  
wir unsere Einheit innerhalb der erreichbaren Grenzen zu  
Stande gebracht hatten, ist stets gewesen, das Vertrauen  
nicht nur der mindermächtigen europäischen Staaten, sondern  
auch der großen Mächte zu erwerben, daß die deutsche  
Politik, nachdem sie die *injuria temporum*, die Zersplitte-  
rung der Nation, gut gemacht hat, friedliebend und gerecht  
sein will. Um dieses Vertrauen zu erzeugen, ist vor allen

---

\* Derselbe drohte gegenüber der preußischen Ausweisung  
slawischer Oesterreicher am 29. November 1898 im österreichischen  
Reichsrath mit Gegenmaßregeln, wozu er ohne Zweifel nicht  
nur berechtigt, sondern sogar verpflichtet war.

Dingen Ehrlichkeit, Offenheit und Versöhnlichkeit im Falle von Reibungen oder von untoward events nötig.“ Aber, ist für ihn der Hauptgrund seiner Russenfreundschaft die Furcht vor einer Verständigung Russlands mit Oesterreich die zur Brechung des übermächtigen preussischen Einflusses in Deutschland hätte führen können, — gewesen, so geht auch hieraus zugleich hervor, daß seine Politik Oesterreich gegenüber sich niemals vom Standpunkt des misstrauischen unehrlichen Diplomaten entfernen konnte. Wie aber immer die unehrliche Politik am Ende gegen den Urheber derselben ausschlägt, so ist auch hier das Ergebnis dieses gewesen, daß die gefürchtete und mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpfte Verständigung zwischen Russland und Oesterreich schließlich zu Stande kam. — Wenn es wirklich wahr und nicht etwa nur ein frommer Wunsch der russischen Statslenker ist, was Zar Nikolaus am 28. April 1897 der Welt verkündete, daß „vollständige Solidarität“ zwischen Russland und Oesterreich besteht, so ist der zweite Schritt auf jener Bahn zurückgelegt, die Bismarck 1866/70 so sauber für Russland setzte, und durch diesen Schritt wäre zugleich die Partie gegen Deutschland und Europa entschieden, denn der Dreibund Russland-Oesterreich-Frankreich ließe dem Deutschtum keine Zukunft mehr.

---

Wir würden das hier gezeichnete wahre Bild der Bismarck'schen Tätigkeit immer wieder unseren Volksgenossen vor Augen rücken, auch wenn uns die Geschöpfe desselben durch ihre lügenerischen Entstellungen und Verzerrungen nicht dazu zwingen. Handelt es sich doch hier nicht um einen einzelnen Menschen oder nur um ein Stück deutscher politischer Geschichte, sondern um eine Weltanschauung — um die Weltanschauung der politischen Sittenlosigkeit, einer Lehre, nach welcher es dem im öffentlichen Leben Stehenden nicht nur gestattet sein soll, zur Durchführung seiner Pläne die verwerflichsten Mittel anzuwenden, sondern nach der er

ogar für seine so vollführten Thaten Ruhm und Dankbarkeit von der Nachwelt zu fordern berechtigt sein soll.

Man nennt die Deutschen das Volk der Denker — und in der That, sie haben allein mehr Denker und Philosophen hervorgebracht, als alle übrigen modernen Völker zusammengenommen. Was aber ist all' ihr Denken, ihre ganze Philosophie wert, wenn der erste beste vom launischen Glück begünstigte Abenteuerer\* sie im Handumdrehen dahin bringen kann, sich vor ihm und seinem Erfolge in dem Staube zu wälzen? Was dieser Erfolgskultus, dieser Alles Edle und Hohe im Menschen ertötende Götzendienst\*\* noch mit philosophischem Denken gemein haben soll, das vermögen wir wahrlich nicht zu begreifen. Und gerade die Entschuldigung, die der gemeine Mann für sich ins Feld führen kann, daß er durch die Macher der öffentlichen Meinung irreführt worden sei, wird zu einer furchtbaren Anklage für die „Denker“ der Nation.

Const. Frank meint, daß das Ursprüngliche in Bismarcks Wirksamkeit zusammenschrumpfe auf die autographierten Strafanträge und den Reptilienfonds; doch die Bestechung der Presse und die Beeinflussung der öffentlichen Meinung war schon eine alte preussische Staats-Einrichtung, die Bismarck nur übernommen und weiter aus-

---

\* Wäre bei Königgrätz der preussische Kronprinz eine halbe Stunde später gekommen oder hätten die Oesterreicher ihre Reserve vorgehen lassen, so wären die Preußen vernichtet worden und Bismarck wäre dann nicht der größte deutsche Staatsmann geworden, sondern die Berliner Marktweiber hätten ihn mit Besenstielen totgeschlagen.

\*\* Für ein frommes Gemüt ist vielleicht das Niederbrüdenbste der Umstand, daß selbst die Verkündiger der Lehre Christi ihre Stellung benutzt haben, nicht etwa um für den Sünder Bismarck zu bitten, sondern um ihn der Welt als ein Rüstzeug Gottes vorzuführen; sie haben die Kanzel entweiht, indem sie von ihr herab nicht nur das Tun eines Bismarck entschuldigten, sondern es geradezu als das von Gott Gewollte priesen.

gebaut hat. Schon der „große“ Friedrich hatte es für zweckmäßig gehalten, dem Urtheil über seine Thaten aufzuhelfen durch eine entsprechende Bearbeitung der Zeitgenossen, und er zeigte sich auch darin groß, daß er als Werkzeuge geistige Größen erster Ordnung wählte.

Es sind durch die unter Bismarck durchgeführte Centralisirung und Bergewaltigung der öffentlichen Meinung leider auch im Auslande und nicht zum Geringsten in Oesterreich so verkehrte und geradezu falsche Ansichten und Beurteilungen über die eigentliche Bedeutung Bismarcks für Deutschland hervorgerufen worden, daß es ein sehr verdienstliches Werk der unabhängigen Geister dieses Auslandes — nachdem die des Inlandes versagt haben — sein würde, wenn sie einmal daran giengen, die Bismarck-Legende zu zerstreuen.

Immer und immer merkt man aus Bismarcks „Gedanken“, dem hinterlassenen geistigen Testament, daß er wol Aufgaben des Diplomaten, nicht aber solche des Staatsmannes kennt. Sagt der österreichische Staatsmann Freiherr v. Brud: „Weise regieren, heißt feststellen, wohin die Entwicklung drängt“, so kennt Bismarck eine Entwicklung überhaupt nicht; alles ist das Werk abgefeimter Diplomaten. Alliancen suchen, feindliche Coalitionen zerstreuen, darin geht ihm die ganze äußere und hohe Politik auf. Und so war eben auch sein Bund mit Oesterreich bei Leibe nicht eine Vereinigung, welche sich aus der Natur der Dinge heraus dem um die Zukunft seines Volkes besorgten deutschen Staatsmann aufdrängte, sondern lediglich ein Mittel, dem undankbaren Rußland, das ihm den Stuhl vor die Thür gesetzt hatte, eins auszuwischen und sich selbst und seine Politik auf eine kurze Frist wieder vor völliger Isolation zu schützen.

Nirgendß auch nur der geringste Versuch, durch eine staatsmännische Auffassung der Dinge Eindruck zu machen; immer und überall Diplomatenkniffe, Abgefeimtheiten, „europäische Minen und Gegenminen.“ — Das Deutsche

Reich, von den Gold-Schreibern so hoch erhoben, ist bei Bismarck nirgends und niemals eine ruhige, feste, durch und aus sich heraus mächtige Masse, sondern sein Bestand ist nur so lange gesichert, als ein geschickter Diplomat, der alle anderen Diplomaten zu übertrumpfen vermag, an seiner Spitze steht und alle europäischen Staaten wie Schachfiguren so durcheinander zu werfen versteht, daß schließlich für Deutschland die günstigste Stellung herauskommt.

Schon ganz auf Bismarck zugeschnitten war, was Const. Franz einst den „Constitutionellen“ (S. 51) in's Stammbuch geschrieben: „Wir sagen, es muß als eine Elementarregel der Politik gelten, daß man bei allen Entwürfen von vornherein die nie ausbleibende Gegenwirkung mit in Rechnung ziehe, und unterscheidet sich eben dadurch der Politiker von dem Burschenschafter und Kannegießer. Eine genaue Untersuchung der tatsächlichen Zustände, der realen Kräfte und ihrer gegenseitigen Stellung muß daher jedem Unternehmen vorhergehen.“

„Die politische Welt hat wie die physische Welt ihre Statik und Dynamik, und was am Ende durchbringt, das ist die aus allen vorhandenen Kräften entstehende Resultante; diese Kräfte sind moralische und materielle, die man beide gehörig abschätzen muß, überhaupt alle Kräfte, gleichviel, ob sie in der Action oder Reaction erscheinen — Worte, mit denen nur Schwärzer wichtig tun. Denn der Politiker findet es ganz natürlich, daß vorhandene Kräfte auch wirken, und wird danach seine Unternehmungen einrichten. Scheitern sie, so wird er resignieren, nicht aber über Reaction wimmern, was seiner unwürdig wäre.“

Der Staatsmann baut von Innen heraus, er weiß den lebendigen Gestaltungstrieb im Völkerleben so zu leiten, daß der sich bildende Organismus durch die ihm innewohnenden und immer wieder sich ergänzenden Kräfte befähigt wird, feindlichen, von außen her wirkenden Einflüssen zu widerstehen. — (Der gesunde Baum hält das

Blüten eines Orkans aus, der kernsaule aber zersplittert am säuselnden Wind.)

Von alledem aber mußten wir bei Bismarck das Gegentheil sehen, trotzdem daß man ihn den unerreichten Meister einer Politik mit realen Factoren nannte. Wenn man freilich unter Realpolitik versteht: das Recht des Stärkeren zur Geltung bringen, die rohe Macht, den plumpen Erfolg, das rücksichtslose Dreinschlagen verherrlichen, — dann allerdings war das Zeitalter Bismarcks das Zeitalter der Realpolitik; denn nie zuvor hat man in Deutschland mit einer gleichen Frivolität dem Starren eben wegen seiner Stärke gegenüber dem Schwächeren Recht gegeben; nie zuvor hat man so sehr den vom plumpen Zufall bedingten glücklichen Ausgang einer Sache verherrlicht und als die unerreichte großartige Staatskunst gepriesen.

An dieser Stelle können wir nicht umhin, noch auf eine andere und nicht minder beachtenswerte Reihseite der Bismarck'schen Politik hinzuweisen. Bismarck war ein Preuße, dem deutsches Wesen bis zu seinem Tode ein Buch mit sieben Siegeln geblieben ist und seine Politik nahm ihren Ausgang vom unverfälschtesten Preußentum. Um das zu begreifen, brauchen wir nicht Bismarcks eigene dahingzielende Aussprüche. Die Sache spricht für sich selbst. Aber gerade hier sehen wir wieder, wie wenig groß dieser Mann gewesen, und wie wenig statsmännische Vorausicht er besaßen. Hätte er nur eine Faser vom wirklichen Realpolitiker an sich gehabt, so hätte er seine preußische Politik unbeirrt durchgeführt und sich nicht durch die großen Erfolge über-rumpeln und von der zu Anfang eingeschlagenen Bahn ablenken und auf den ihm fremden und gefährlichen Weg zum Kleindeutschen Kaisertum drängen lassen. Dem statsmännischen Schwächling schmeichelte es aber, als der Einziger Deutschlands und als der Schöpfer eines deutschen Kaiserreiches in der Geschichte neben einem Karl, Heinrich und Otto zu glänzen, und er brachte durch die



Aufnahme Süddeutschlands das zeretzende Ferment in die altpreußische centralistisch-bureaucratische, auf den Militarismus zugeschnittene Schöpfung der Askaniern und Hohenzollern, während andererseits die ganze von Haus aus eben preußische und darum dem eigentlich Deutschen schnurstracks zuwiderlaufende Politik Bismarcks, insbesondere die Annexionen, die Hinausstoßung Oesterreichs und die ununterbrochene Vergewaltigung der deutschen Mittel- und Kleinstaten, eine deutsche Einigung des deutschen Volkes und die Wiederherstellung des deutschen Reiches unmöglich macht. So ist — und hier gibt es keinen Ausweg — das Charakteristicum des Bismarck'schen Lebenswerkes: auf der einen Seite die Vernichtung des alten Preußens und auf der anderen ein unfertiges, mit dem Todeskeim behaftetes Zwitterreich, das bei seinem Sturze unausweichlich Preußen mit hinabziehen muß; und was das Schlimmste ist: aus diesem Sturze gibt es kein Wiederemorkommen, wie nach Jena.

Zur Vervollständigung desjenigen Theiles dieser Skizze, welcher Bismarck's Ostmark's-Politik in seiner wahren Gestalt zeigen soll, gehört noch die Charakterisierung der Zustände Transleithaniens, jenes Bereiches des österreichischen Kaiserstaates, welcher in Folge der Entscheidung von 1866 der Botmäßigkeit einer vor Jahrhunderten in Europa eingedrungenen asiatischen Nomadenhorde überantwortet worden ist.

So sehr auch die österreichische Verwaltung sich bemüht hatte, die ungarischen Völker zufrieden zu stellen und aus Ungarn ein gut regiertes Land zu machen, die Magyaren segten doch, kaum, daß sie sich im Besitze der Herrschaft sahen, alles von den Deutschen Geschaffene hinweg. Vor allem aber wandte sich der nationale Fanatismus gegen das Deutschtum selbst. Die reichlich 2 Millionen Deutsch-Ungarn wurden ihres Volkstums beraubt oder wenigstens rechtlos gemacht.

Daß der Schöpfer der Politik, die zu diesem Ergebnis

führte, solches nicht gewollt und vorausgesehen habe, kann ihn nicht entschuldigen, und zwar um so weniger, da er auch später, als die Folgen auch für den Blindesten offen zu Tage lagen, nicht das Geringste getan hat, sie in Bezug auf unser Volkstum zu mildern.

Er hat 1879 mit den Magyaren — der ungarische Graf Andrássy leitete Oesterreichs auswärtige Politik — den Zweibund geschlossen, aber eine Verbesserung der Lage der Deutsch-Ungarn damit nicht herbeigeführt. Im Gegenteil, diese hat sich von Jahr zu Jahr verschlimmert. Die allerneueste Heldentat magyarischer Brutalität ist bekanntlich die Vernichtung der deutschen Orts-, Flur- und Flußnamen. Und diese in der Jahrtausende alten deutschen Geschichte unerhörte Bergewaltigung und Niedertretung deutschen Volkstums geschah und geschieht vor der Türe des Deutschen Reiches, es geschieht im innigsten Bündnis mit diesem Reiche, und es geschieht just in derselben Zeit, in welcher das Deutschtum das erste der Welt geworden sein soll.

Die Bergewaltigung geschieht im innigen Bündnis mit dem Deutschen Reiche! Was aber ist dann ein solches Bündnis wert, wenn so wenig innere Uebereinstimmung vorhanden? Die Antwort auf diese Frage konnte derjenige, der ihrer überhaupt noch bedurfte, entnehmen aus dem, was in unseren Tagen über die Bestrebungen des ungarischen Politikers Ugron an den Tag gekommen ist.

Unentwegte Katholiken- und Jesuitenhezer konnten es sich allerdings nicht versagen, für die Ugron-Affaire die „schwarze Internationale“ verantwortlich zu machen.\* Doch

---

\* Vergl. z. B. „Nation“ 1901, Nr. 89. Es ist der untrügliche Ausdruck der unser ganzes Parteileben beherrschenden Unehrllichkeit innerhalb der leitenden, der Urteilslosigkeit innerhalb der geleiteten Kreise, daß jedes die Allgemeinheit unangenehm berührende Ereignis je nach dem Parteistandpunkt des Beurteilers zurückgeführt wird auf die Jesuiten, die Juden oder Antisemiten, die Engländer, die Industriellen, die Agrarier usw.

das Hereinziehen Roms in diese Angelegenheit beweist nur, daß man von den tatsächlichen Verhältnissen und Zuständen gar nichts weiß und lieber über diese ganze Sache schweigen sollte.

Es ist eine längst bekannte Sache, daß im Grunde genommen jeder Magyar ein Franzosenfreund ist, und zwar der unbedingteste Anhänger des Dreibundes genau ebenso sehr wie Ugron und Genossen — aber ebenso bekannt ist es auch, daß diese Franzosenfreundschaft wurzelt im Haße gegen die überlegene deutsche Kultur. Man hat sich die preußischen Siege anno 66 zu Nutzen gemacht und die deutsche Verwaltung und Ordnung der Oesterreicher aus dem Lande gedrängt, und man läßt sich den Dreibund gefallen, weil man unter seinem Schutze die nicht-magyarischen Völkerschaften Ungarns erwürgen kann, steht aber andererseits doch viel zu sehr auf dem Standpunkt des ungarischen Globus, um in dem Bunde mit Preußen-Deutschland etwas anderes als einen augenblicklichen Nothelfer zu sehen. Das enfant terrible Ugron hat nur vorzeitig und höchst ungeschickt die wahre Gesinnung des gesamten Magyarentums enthüllt. Ungeschickt deshalb, weil sich in der That der Deutschenhaß der Magyaren, trotz der 1896 erfolgten Rückgabe des Rebellenjäbels wol niemals in einem Bündnis mit Rußland Luft machen wird. Dazu hat der Magyar die Fuchtel des Zaren doch schon zu sehr gefühlt. Und darum steht schließlich auch der im Jahre 1897 geschaffene russisch-österreichische Ausgleich auf sehr schwachen Füßen, fintemalen die auswärtige Politik Oesterreichs von den Magyaren gemacht wird.\*

Das Verhältnis zu Rußland ist überhaupt die Achilles-Ferse des durch den Dreibund gestützten Ungarns. Gibt dieser Bund den Magyaren die Möglichkeit, eine einheits-

---

\* Ganz abgesehen davon, daß am Balkan früher oder später sich zeigen muß, daß dort Rußland und Oesterreich unmöglich neben einander zu leben vermögen.

liche ungarische Nation zu schaffen von der Taya bis zum Notenturm-Pass, so muß andererseits gerade diese Entwicklung die russischen Brüder der internationalisierten ungarländischen Slaven immer mehr gegen den Magyarenstaat aufbringen, und dieser dürfte vielleicht einst, noch bevor er mit der „Consolidierung“ fertig, erleben, daß der Nachbar im Osten mit wuchtigem Stoß das Tor des Ungarreiches zersplittert und mit grollender Stimme den Söhnen Arpads zuruft: „Du hast meine Brüder zertreten, hast Kroat' und Slovat' ausgetilgt in Deinem Bereiche, also soll Dir geschehen: Auge um Auge, Zahn um Zahn!“

Und die magyarische Gewaltspolitik hat auch noch eine andere uns schließlich gleichfalls berührende Seite. Den ungarischen Mächtschaften gegenüber den Völkern der Balkanstaaten verdankt es Oesterreich in erster Reihe, daß sein Einfluß und besonders auch sein Handel auf der Balkanhalbinsel im letzten Jahrzehend so gewaltige Einbuße erlitten hat. Die durch die großmäuligen, sich so grenzenlos überhebenden Magyaren der Monarchie aufgezwungene unglückselige Handelspolitik und die rücksichtslose rohe Verfolgung der rumänischen und slavischen Nationalitäten in Ungarn haben einen grenzenlosen Haß gegen Oesterreich hervorgerufen. „Die Balkanstaaten werden von dem natürlichen Anschluß, den sie im Norden und Westen finden sollten, geradezu gewaltsam abgedrängt. Daher das Bestreben Bulgariens, mit neuen Verkehrs-Linien das Schwarze Meer zu gewinnen, daher die Begierde Serbiens und Bulgariens nach Makedonien und Salonichi. Jene Handelspolitik, die den Donaureichen die Grenzen der Monarchie verschließt und sie zwingt, ihren Exportweg über das Schwarze Meer zu suchen, treibt diese Staaten geradezu dem russischen Einfluß in die Arme. Jene Handelspolitik, welche den Serben und Bulgaren die Grenzen der Monarchie verschließt, zwingt beide Staaten, ihre Zukunftspläne nach dem Ägäischen Meere und nach Salonichi zu richten, und schafft so ein latentes Streit-

Object, um welches jeden Moment der Kampf auf der Balkanhalbinsel entbrennen kann.“\*

Wir haben in diesen Blättern ganz nachdrücklich an gewisse, mit der österreichischen Frage in engstem Zusammenhang stehende Tatsachen erinnert, — an Tatsachen, von denen man, wie wir sehr wol wissen, im neuen Deutschland nicht gern hört. Wir hoben diese Tatsachen hervor, weil wir die innere Beschaffenheit der Frage und die ganze aus ihr hervorstachsende Gefahr enthüllen wollten, und weil wir wissen, daß ohne eine genaue Erkenntnis des Uebels an keine Heilung zu denken ist. Wir haben uns nicht darum Jahrzehende hindurch abgemüht und mit diesem für uns so wichtigen Gegenstand beschäftigt, um dann hinterdrein die landläufigen Redereien darüber vorzubringen, nach denen im System Laaffe, in der Pflichtvergeßlichkeit der österreichischen Regierungen und Regenten oder im „Jesuitismus“\*\* die Ursache jener tiefgreifenden unheilvollen Entwicklung in unserer Ostmark zu suchen sein soll. — Sind nun aber auch auf der einen Seite die Ergebnisse unserer Untersuchungen wenig erfreulich und mögen sie auch in mancher Beziehung eine verzweifelte

---

\* „Export“ 1898, S. 364.

\*\* In unseren Tagen wird die Anklage, daß die katholische Kirche entdeutsche, lauter und lauter erhoben, und läßt es sich ja leider nicht leugnen, daß Gründe zu dieser Anklage vorhanden sind. Wie in deutsch-slavischen Gebieten durch die oberen Kirchenbehörden systematisch slavisiert wird, kann man bei Dumreicher (a. a. O., S. 74 u. a.) nachlesen. Deshalb ist aber noch lange nicht gesagt, daß die heute sich allenthalben breit machende Sosvon-Rom-Bewegung der rechte Weg wäre, hier Wandel zu schaffen. Das Streben derjenigen, die diese Bewegung betreiben, geht bei Weitem nicht darauf hinaus, der Kirche die vom unverfälschten Protestantismus gewollte Freiheit zu verschaffen, sondern sie wollen nur die eine Bande lösen, um die Kirche dann um so fester in die Fesseln eines deutsch-nationalen Staatskirchentums zu schmieden.

Aussicht eröffnen, so ist die Möglichkeit, ja, fast möchten wir sagen, die Wahrscheinlichkeit einer Wendung zum Bessern doch noch vorhanden.

Der Eintagspolitiker wird diese Wendung allerdings nicht herbei zu führen vermögen. Dazu gehört vielmehr ein statsmännlicher Ein- und Weitblick, wie er sich heute weder in den regierenden Kreisen Oesterreichs noch bei uns im Deutschen Reiche findet. Handelt es sich doch hier nicht nur um böhmische, windische, ungarische oder überhaupt bloß österreichische Verhältnisse, sondern um die Lage des ganzen Deutschlands und Mitteleuropas. Wie könnte man auch nur daran denken, daß eine Lösung selbst der böhmischen Frage allein mit Außerachtlassung der übrigen deutschen Welt — der Kulturwelt Mitteleuropas! — von Dauer zu sein vermöchte?

Dieses gilt den politischen Strähwinklern! Jenen anderen Leuten aber, welche, unter der Flagge des Alldeuthtums segelnd, scheinbar allerdings sich über den engen Horizont des deutschen Reichs- und Preussbürgers erheben, müssen wir sagen, daß die von ihnen vertretene Politik die deutsche bezw. österreichische Entwicklung nur in immer gefährlichere Bahnen drängen würde. Und beiden Gruppen zusammen, den allzusammen und den nimmerfassen Deutschen, sagen wir: Hätte die preussisch-deutsche Politik seit einem halben Jahrhundert den ihr durch die Thatfachen vorgezeichneten Weg verfolgt, so gäbe es heute nicht nur keine deutsche Frage in Oesterreich mehr, sondern es würde ohne Zweifel die ganze Lage Mitteleuropas eine gesunde und gesicherte sein.

Mit der Erkenntnis also, daß die von Preußen bezw. von Bismarck ausgegangene sogenannte deutsche Einigungspolitik es war, die Oesterreich dem Untergange entgegengetrieben, sollte der reichsdeutsche Politiker, der Deutschland retten möchte, beginnen, nicht aber damit, daß er, über die realsten Thatfachen hinwegschauend, die gegenwärtige österreichische Regierung und die österreichischen

Slaven mit Schmähungen überhäuft und mit einer neuen Schlacht am Weißen Berge droht, die dann mit einem Schlage dem ganzen böhmischen Staatsrechte und den Ansprüchen der Tschechen und andern nichtdeutschen Oesterreicher ein Ende machen soll.

Wir weisen also einerseits den Gedanken zurück, als ob der Zeitpunkt des Handelns in der österreichischen Frage für den Reichsdeutschen noch lange nicht gekommen wäre, und als ob ein ruhiges Zuwarten unsererseits die Umstände günstiger zu gestalten vermöchte, wo doch die ganze Entwicklung der letzten drei Jahrzehende gezeigt hat, daß die Verhältnisse sich ständig verschlechterten und aller Voraussicht nach auch in Zukunft sich weiter verschlechtern werden. Um sich das zu bestätigen, braucht man ja nur einen Blick auf die Zustände zu werfen, wie sie vor Abschluß des preussisch-französischen Handelsvertrags bestanden haben, und damit den Zustand von heute zu vergleichen. Damals kannte die österreichische Regierung kein begehrenswerteres Ziel als die vollständige wirtschaftliche Vereinigung der Monarchie mit dem Zollverein und war bereit, die größten Opfer zu bringen; heute aber steht man einem solchen Anschluß gleichgültig oder gar feindlich gegenüber. Das politische Interesse, welches früher für Oesterreich im Vordergrunde stand, ist vollständig verschwunden, und wirtschaftlich verspricht man sich weit eher Nachteile als Vorteile. Der immer mächtiger emporlodernde Nationalitätenhaß aber und das rohe rücksichtslose Gebahren der deutsch-österreichischen Irredentisten macht einen Ausgleich und eine Einigung von Tag zu Tag schwieriger.

Wir weisen aber andererseits ebenso nachdrücklich den Gedanken weit von uns, als ob eine Lösung der österreichischen Frage möglich wäre „mit Eisen und Blut“ — in Weiterführung jener Politik der Gewalt und des Unrechts —, welche im Jahre 1866 durch den gewissenlosesten, undeutschesten und unfähigsten aller deutschen Staatsmänner ihre erste Anwendung auf die gesamtdeutschen Verhältnisse

erfuhr und in der Gegenwart eben durch jene politischen Rannegießer vertreten wird, die sich zwar alldeutsch nennen, die aber womöglich noch gewissenloser, undeutscher und unfähiger sind als der Urheber ihres ganzen Systems. Nicht minder ist aber den österreichischen Slaven gegenüber klar zu stellen, daß auch ein großer Teil von ihnen die tatsächlichen Verhältnisse vollständig verkennt: Der geschichtliche und geographische Zusammenhang der Deutschösterreicher mit den übrigen 60 Millionen Deutschen ist, dem Prager Frieden zum Troste, vorhanden, und nichts bürgt dafür, daß nicht einst an der Spitze des Deutschen Reiches die Meinung zum Siege gelange, die schon heute bei einem nur zu großen Teile des Volkes herrscht und von den Alldeutschen nur offen und in rohester, rücksichtslosester Weise vertreten wird. Dann käme es zu einem Kampf auf Leben und Tod; ganz abgesehen aber von dem Unglück, welches aus diesem Verzweiflungskampf für die europäische Gesittung hervorgehen müßte, wären die Aussichten, die derselbe der kleinen slavischen Minderheit eröffnete, die denkbar schlechtesten; auch wenn sie meinen sollte, den furor teutonicus durch russische Bundesgenossenschaft bezwingen zu können. Denn das russische Partum ist nicht die Macht, die gleichberechtigte Bundesgenossen neben sich dulden kann, und so würden die Westslaven, wenn sie wirklich mit Rußland vereint das Deutsche Reich niedergeworfen hätten, doch nur das Schicksal der Polen, der Ostseeprovinzen und Finnlands teilen.

Ist also auf der einen Seite jene Politik unbedingt zu verwerfen, die die deutsche und mitteleuropäische Frage über die Köpfe der österreichischen Slaven hinweg zu lösen gedenkt, weil dieselbe ungerecht und undurchführbar ist, so ist aber doch andererseits noch viel weniger daran zu denken, daß die verworrene Lage in Oesterreich und der Umstand, daß die Nichtdeutschen dort den Deutschen gegenüber in der Mehrheit sind, zu einer dauernden Unterdrückung der



Deutschösterreich und zu einer Schädigung der deutschen Interessen überhaupt ausgenützt werden.

Es mochte ja für die Tschechen etwas Bestechendes haben, durch die Badeni'sche Sprachenverordnung mit einem Schlage den größten Teil ihrer Wünsche verwirklicht und ganz Deutschböhmen zu ihrer Domäne gemacht zu sehen, aber dabei übersehen sie ganz und gar, daß die Widerstandskraft und Selbstachtung der Deutschösterreicher hier denn doch noch ein unüberwindliches Hindernis waren. Badeni ist gegangen, die Deutschen sind geblieben, und die Sprachenverordnung ist gefallen trotz der — Prager Schreckenstage.

So stellen wir also fest, daß nur ein auf bundestümlicher Grundlage ruhender gerechter Ausgleich, der allen Völkern das Ihre zugesteht, ohne das große Gemeinsame zu schädigen, uns aus dem Wust und Graus von heute heraus zu führen vermag. Als Endziel dieses Ausgleiches winkt der mitteleuropäische Völkerbund, und der erste und wichtigste Schritt dazu ist eben die Wiedervereinigung Oesterreichs mit dem Deutschen Reiche.

Mag dieser Schritt auch heute als ein noch so schwerer empfunden werden, von ihm wird es doch einzig und allein abhängen, ob eine gedeihliche Weiterentwicklung Mitteleuropas möglich ist. Wird demnach diese Entwicklung zum nicht geringen Teile durch den guten Willen der österreichischen Slaven bedingt, so soll andererseits doch nochmals hervorgehoben werden, daß, sollten alle gut und ehrlich gemeinten Bemühungen auf Seiten der Deutschen umsonst sein, und sollte es, entgegen den Wünschen und Hoffnungen aller Wohlmeinenden, nicht zu einem gerechten Ausgleich, sondern zur Entscheidung durch die Waffen kommen — daß dann gar nicht daran zu zweifeln sein würde, daß alle guten Deutschen den Kampf einmütig aufnehmen. Es wird dann einen Vernichtungskampf geben wie den in Südafrika, und das Ende würde für das tschechische Volk furchtbarer sein wie die Folgen der Schlacht

am Weißen Berge. Denn so sehr wir aller zwangsweisen Germanisierung abgeneigt sind und so sehr wir insbesondere jene rohe Art der Germanisierungspolitik verurteilen, wie sie von den „alldeutschen“ Chauvinisten tagtäglich gepredigt wird — ebenso bestimmt müssen wir die Meinung vertreten, daß es fürwahr nicht dasselbe ist, wenn eine der kleinen österreichischen Nationalitäten im Interesse des größeren Ganzen zur Aufgabe ihres Volkstums gezwungen wird, als wenn das österreichische Deutschtum durch ein Hauswerk kleiner Nationalitäten aufgesogen wird.

Wir sprechen nun, am Ende dieser Betrachtung über Deutschlands Ostmark angekommen, die zuversichtliche Hoffnung aus, die erdrückende Mehrheit unserer deutschen Volksgenossen werde sich, der hohen Bedeutung der Entwicklung in jenen Gebieten für Gesamtdeutschland eingedenk, weder die „abgeklärte Weisheit“ und den „himmelanlohnenden Idealismus“ jenes Berliner Professors zu Eigen machen, der in seinem Brief an die „N. Fr. Presse“ meinte, daß wir nicht mit zu tun, sondern nur mit zu leiden im Stande seien, noch werde sie die cynische Ueberheit der „Hamb. Nachr.“ gut heißen, nach der die deutsche Frage in Oesterreich keine Herzens-, sondern nur eine Verstandesfrage sein soll, oder nach welcher, mit anderen Worten, wir wol bebauern könnten, daß die Deutschösterreicher zu Grunde gehen, es aus Nützlichkeitsgründen aber nicht hindern dürften. Uns ist diese Frage zugleich Herzens- und Verstandesfrage. Wir können und wollen weder das Gefühl unterdrücken, das uns innerlich verbindet mit den 11 Millionen Deutschösterreichern, noch vermögen wir uns der reinen Verstandeserwägung zu verschließen, daß mit dem Untergang der deutschen Ostmark ein Teil Deutschlands, ein Teil des durch Deutsche aus der Barbarei herausgearbeiteten mitteleuropäischen Kulturlandes und zugleich eine mächtige unerseglische Schutzwehr fällt.

Freilich wissen wir, daß es heute im Lande Deutsch-  
land genug Laue und Schwachmütige gibt, die da meinen,

sich der nationalen Pflichten entziehen und hinter papiernen Gesetzen und Statsverträgen verschanzen zu können; ihnen halten wir das lebendige, das heilige und unverjährende Recht unseres Volkes entgegen. Wol hat der Prager Frieden, dieser traurige Abschluß des unglücklichsten Abschnitts in der deutschen Geschichte, mit einem Schein des Rechtes Oesterreich hinausgestoßen aus Deutschland, uns der herrlichen Ostmark mit ihren Kolonien und des Zugangs zum Adriatischen und Schwarzen Meere beraubt, die Millionen Deutschösterreicher den Slaven und Magyaren überantwortet, aber — mit Flammenschrift sehen wir an den Himmel geschrieben das tausendjährige, unauslöschbare Recht des deutschen Volks und der deutschen Kultur, welche man bei dem Abschluß jenes Friedens nicht befragt hat.

Sollte denn wirklich ein Volk, das einst die römischen Weltbezwinger zermalmte, das zu Anfang dieses Jahrhunderts den neuen römischen Imperator und Völkerbezwinger niederrang, heute zu Grunde gehen am papiernen Mechanismus roher neurömischer Einrichtungen?! Wir hoffen es nicht und denken, daß auch dieses Mal noch das deutsche Volk die Kraft seines sieghaften Geistes erweisen werde.

---

## Der mitteleuropäische Bund.

---

„So gnädig hat es Gott gefügt, daß wir, unser eigenes Haus bauend, an dem Bau der europäischen Zukunft arbeiten. Denn das föderale Deutschland wird so Vorbild als Mittelpunkt der allgemeinen Föderation, welche allmählich die ganze gesittete Welt umfassen soll.“

Constantin Franz.

**W**ir haben diese Betrachtungen eröffnet mit der Kennzeichnung der gegenwärtigen Lage als einer aus revolutionären Taten und Bestrebungen hervorgegangenen. Wir sahen, daß der Grundsatz des Umsturzes, welcher leitend gewesen war bei der Entstehung unserer neuzeitlichen politischen Gebilde, nichts lebensfähiges zu gebären vermochte. Wir suchten dann im weiteren Verlaufe den durch eine maßlos unverständige, eigennützig und gewissenlose Politik verschütteten lebendigen Gestaltungstrieb, den wir in dem eine verhältnismäßige Gleichberechtigung der Einzelnen erstrebenden Föderalismus erkannten, wieder heraus zu arbeiten aus dem Wust und Graus, welcher uns heute umgibt.

Das Zeitalter Bismarcks — gekennzeichnet durch eine sonst nie gesehene und gar nicht für möglich gehaltene Entwicklung mechanischer Künste, der Kriegstätigkeit und Kriegswissenschaft, der wirtschaftlichen, wie überhaupt aller materiellen Güter — ist doch auch zugleich das Zeitalter

der Schwäche und Halbheit auf allen denjenigen Gebieten, welche für das Fortbestehen und Vorwärtstommen der Menschheit wirkliche Bedeutung besitzen. Gerade der alle Maßnahmen der hohen wie der niederen Politik bestimmende und heute fast allein die Beziehungen der Völker zu einander beherrschende Militarismus liefert hierfür den deutlichsten Beweis. Dieser Zustand zeigt aber auch zugleich, was es mit dem uns seit 1866 gewährleisteten „Recht zu existieren und zu atmen“ auf sich hat. Die Verfassung, in welcher ein Volk ein großes stehendes Heer braucht, lediglich um sich zu verteidigen, und in welchem alle seine statlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen zum guten Teil auf die Ansprüche dieses Heeres gestimmt sind — eine solche Verfassung, sagen wir, ist so unnatürlich, daß alle Bestrebungen der Statsmänner darauf hinausgehen müßten, sie zu beseitigen. Statt dessen sehen wir aber, wie sich die Kunst dieser Statsmänner erschöpft gerade in der Erhaltung dieses Zustandes.

Wir hören zwar immer wieder zum Ruhm desselben verkünden, daß es ihm gelungen sei, drei Jahrzehende hindurch den Frieden aufrecht zu erhalten. Was aber hat es mit dieser Rednerei in Wahrheit auf sich? Ist der Frieden wirklich erhalten worden, weil Deutschland ihn wünschte und weil es die Kraft hatte, ihn zu dictieren, und nicht vielmehr deshalb, weil Rußland ihn brauchte und deshalb verhinderte, daß er von irgend einer Seite gebrochen wurde? War doch schon 1875 der „Krieg in Sicht“ und wurde er doch damals nur verhindert nicht durch die Stärke Neudeutschlands, sondern lediglich in Folge der Schwäche desselben. Der Zar gebot einfach den Frieden, und Deutschland, d. h. Bismarck, fügte sich. — Ist doch das neue „Reich“ seiner ganzen inneren Beschaffenheit nach zu allem eher berufen als zur Einleitung einer Aera des Friedens. Denn gerade darin, daß der preußische Diplomat von Bismarck es fertig gebracht hat, alle die in der angeedeuteten Richtung liegenden, dem positiven Aufbau

abholden Kräfte in seinen Dienst zu zwingen und Deutschland gleichsam zum Ausstrahlungspunkt derselben zu machen, darin, sagen wir, liegt die Bedeutung dieses Mannes.

Friedrich List, welcher so hoch über Bismarck steht, wie der große Statsmann über dem pfiffigen Diplomaten, sagte einst: „In mancherlei Beziehung, besonders aber in wirtschaftlicher, sind Länder, Staten und Völker mit den Einzelwesen zu vergleichen. Es gibt Menschen, die, wie z. B. Wilde und Berliner Eckensteher, nur für den Augenblick, andere, die nur für kommende Wochen und Monate, viele, die für ihre ganze Lebenszeit, ja sogar für das Schicksal ihrer nächsten Angehörigen nach ihrem Tode, und mehrere, die für eine Reihe von Geschlechtern sorgen.“ Und so wie bei dem Einzelnen die Zeitverhältnisse, Gunst oder Misgunst der Umstände sehr bestimmend einwirken, so ist es auch bei Völkern und Staten.

Jahrzehende, ja Jahrhunderte hindurch vermögen sich Völker lebensfähig und unabhängig zu erhalten, ohne daß es außergewöhnlicher Anstrengungen ihrerseits bedarf, ohne daß ihre Geschichte einen hervorragenden Statsmann oder Feldherrn kennt. Wir erinnern hier nur an Spanien, dem eben die Gunst der Verhältnisse noch seine Selbständigkeit sichert. Doch es gibt Völker, die dieser Gunst sich weniger erfreuen und die in wild bewegten Zeiten wie heute, wo das Kommende auf lange hinaus bestimmt und entschieden wird, alle ihre geistige und körperliche Kraft anspannen müssen, wollen sie sich eine Zukunft sichern. „In solchen Zeiten“, sagt gleichfalls List, „laufen die Statsmänner, die ausschließlich die gegenwärtigen Bedürfnisse und Vortheile ihres Volkes ins Auge fassen, Gefahr, ihr allzu beschränktes Streben nach dem Beifall ihrer Zeitgenossen und ihres Landes mit dem Vorwurf künftiger Geschlechter, daß sie die Zukunft verschert hätten, büßen zu müssen, und die Nachwelt wird sie deshalb um so strenger richten, je größer der Einfluß ist, den ihr Volk

auf die Weltangelegenheiten übt, also am strengsten, wenn sie an der Spitze derjenigen Völker stehen, von deren Politik für eine Reihe von künftigen Jahrhunderten das Glück oder Unglück der gesamten Menschheit abhängt.“

Vorausschauend hat Bist in den citirten Sätzen ein naturgetreues Bild des vielgerühmten neudeutschen Staatsmannes gezeichnet, während umgekehrt jene Menschheit, welche in einem Bismarck das großartigste statsmännische Genie zu feiern nicht müde wird, Bists Verdienste schmälerte und schließlich diesen großen Mann gar noch dadurch herabdrückte, daß sie ihn mit verantwortlich macht für das, was Bismarck geschaffen.

Auch in anderer Beziehung hat man Bists Ruhm verdunkelt. Man hat Jahrzehende hindurch — es war das freilich die Glanzzeit der napoleonischen öffentlichen Meinung — Napoleon III. den Schöpfer des Nationalitätsprincips genannt; während doch der wahre und fruchtbringende Gedanke, welcher in diesem Princip liegt, von Friedrich Bist stammt, denn dieser, nicht aber Napoleon ist der Schöpfer des Lehrsatzes, daß die Stämme eines und desselben Volkes sich zu politisch und wirtschaftlich Ganzen zusammen schließen müssen. Und zwar hat Bist diesen Satz nicht etwa nur in Form eines Schlagwortes den Völkern übermittelt, sondern er hat daraus sein stolzes Gebäude der „nationalen Oekonomie“ gestaltet und dieses Bauwerk fertig zum Gebrauch der Menschheit überlassen. Wie sehr hierbei aber Bist von allen chauvinistischen Uebertreibungen frei war, geht aus allem, was wir bisher von ihm gesagt haben, ja zur Genüge hervor.

Napoleon III., ein guter Kenner der deutschen Sprache und Süddeutschlands, hat ohne Zweifel nicht verständnislos, wie die meisten Landsleute dieses großen Mannes, vor der Erscheinung eines Bist gestanden; die Bedeutung desselben war ihm klar, und er suchte die außergewöhnlichen Lehren Bists für sich und Frankreich auszunutzen. Eine ganze Reihe von napoleonischen Plänen atmet den Geist

Istis, so der italienische Krieg, das lateinische Münzbündnis, die Bestrebungen im Orient, die Eroberung Mexikos. Das Allumfassende, fast an die Größe eines Luther Gemahnende der Irtischen Gedanken, schien dieselben ohne Weiteres auch zur Uebertragung auf Frankreich geeignet zu machen; und das war kein Irrtum, nur mußte man den Geist der Lehren, nicht die starre Form beachten. In diesem Sinn aber hat ohne Zweifel Napoleon grobe Fehler gemacht, und der Zug nach Mexiko trug von Anfang an den Fluch des Mislingens in sich.

Die wirtschaftliche Eroberung Süd- und Mittelamerikas durch Deutschland war einer der großartigsten und fruchtversprechendsten Pläne Irtis. Deutschland konnte diese Eroberung durchführen zum eigenen Heile und zum Heile Amerikas. Frankreich fehlte vor allem eines: die Volkskraft, die Deutschland in so reichem Ueberfluß besaß. Und dann sollte die Eroberung nicht mit Pulver und Blei, sondern mit den Waffen des Geistes durchgeführt werden.

Ist war ein genialer Staatsmann, den nur leider das Schicksal verhinderte, seinen großartigen, weit hinaussehenden Plänen Wirklichkeit zu verleihen. Bismarck, den blinder Zufall mit allen statlichen Machtmitteln ausgestattet hatte, dachte nur daran, diese Machtmittel im eigenen Interesse zu verwerten, und der Nachfolger dieses gewissenlosesten aller deutschen Staatsmänner, Caprivi, war einerseits zwar viel zu ehrlich und bieder, die ihm verliehene Kraft zu mißbrauchen, schadete aber doch andererseits gar sehr durch seinen Fatalismus, dem er in den klassischen Worten Ausdruck gab: „Wir haben es mit Naturgesetzen in großen, weiten Verhältnissen zu tun, die sich unserer Einwirkung zum großen Teil entziehen.“

Wir wissen ja leider, daß diese Worte vielen Neu-Deutschen aus der Seele gesprochen sind und daß diese mit um so größerer Selbstzufriedenheit die Dinge, die sie



ich diesem Ausspruch ja doch nicht ändern können, ruhiger gehen lassen.

Auch Urteilsfähigere nehmen solche Worte ohne Prüfung und ohne Untersuchung willig an, wie sie einst auch ein Ausspruch: „Deutschland hat kein Interesse im Orient“ annahmen, ohne sich um seine große Unwahrheit und die daraus entspringenden furchtbaren Folgen zu kümmern.

Für den Ausländer und die kleine Zahl jenerländer, die sich Klarheit des Denkens und Urteilens selbst zu einer Zeit allgemeiner geistiger Zersahrenheit und Anarchie gewahrt haben, dürfte es wol kaum ein beachtenswerthes Schauspiel geben, als die Beobachtung der deutschen öffentlichen Meinung innerhalb der letzten drei Jahrzehende.

Bis zum Jahre 1866 war diese öffentliche Meinung in ganz Deutschland einmütig in der Beurteilung der hohen Gewaltspolitik Bismarcks und seines Königs; dann wurde diese selbe Politik als glorreiche Einigungspolitik gefeiert und ihre Träger als „größter deutscher Staatsmann“ und „königlicher Held“ in die Annalen der Geschichte eingegraben. Nach 1870/71 kannte der Jubel keine Grenzen mehr, die herrlichsten Träume waren zur Wirklichkeit geworden und die kühnsten Wünsche, die seit Jahrhunderten in der deutschen Volke geschlummert, waren übertroffen, nichts mehr für unsere Kinder und Enkel zu tun. Die Geschichte konnte, nachdem sie alles, alles erfüllt, nun still stehen.

Heute aber hängt nach derselben öffentlichen Meinung unser Sein und Nichtsein davon ab, daß es uns gelingt, diesen „Blas au der Sonne“ zu erlöscheln, d. h. den Weltmächten, welche natürlich nicht über Nacht entstanden sind, sondern zur Zeit Bismarcks so gut schon vorhanden waren wie heute, hinter der papiernen Wand der Bismarck'schen Press-Reptilien nur nicht wahrgenommen wurden, — diesen Weltmächten einen Teil ihres eigenen Besitzes zu entreißen.

Die glorreichen Errungenschaften, zu denen uns die

unsterblichen Taten jener beiden Männer verhelfen, und uns so unendlich hoch über alle anderen Völker gehoben haben und die wir zu erhalten und zu schützen hatte mochte es kosten, was es wollte und mochte auch der letzte Groschen darauf gehen — diese glorreichen Errungenschaften haben gerade ausgereicht, uns von der Stellung eines geachteten, innerlich gesunden und darum trotz politischer Mängel mächtigen Volkes hinweg an den Rand eines gähnenden Abgrundes zu bringen. Sie haben fertig gebracht, das in der ganzen Welt mit Ehrfurcht genannte Volk der Denker zu einem Volke der Spectanten und Ausbeuter zu machen, dessen ganzes Denken und Dichten sich heute in dem Streben vereinigt, den Gell'sack zu füllen.

Zu dieser Erkenntnis des Negativen der Einheitsschöpfung sind nicht etwa nur wir „professionellen Bekleinerer und Anfeinder des Reiches“ gekommen. Und nicht diese Erkenntnis drängt sich heute bewußt oder unbewußt allen auf, die unter dem schwarz-weiß-roten Banner atmen; selbst der unbedingteste Bismarck-Berehrer, der urteilslose Hurrhatriot kann sich ihr, so gern er möchte nicht mehr entziehen. Freilich hätte der auch nur oberflächlich Denkende zu dieser Erkenntnis schon auf rein theoretischem Wege gelangen können: Deutschland hatte bis zu der durch Bismarck herbeigeführten Zertrümmerung im Jahre 1866, einschließlich der preussischen Ostseeprovinzen und Schleswigs, einen Umfang von 13 400 Qu.-Meilen, das Bismarck'sche Deutsche Reich hat trotz der neu hinzugekommenen Länder Elsaß-Lothringen nur einen Umfang von 9 818 Qu.-Meilen, und das nannte man im neuen deutschen Jargon die glorreiche Wiederherstellung Deutschlands! 3 700 Qu.-Meilen, ein volles Drittel deutschen Landes, mit samt der alten Reichshauptstadt Wien, mit den herrlichsten urdeutschen Völkerstämmen und mit dem Zugang zur Adria und dem Orient war losgerissen vom deutschen Vaterland und seine deutsche Bevölkerung dem

ntergang überantwortet worden! Und doch ist vielleicht is Ausschlaggebendste, daß das der Bismarck'schen „Eini-ang“ zu Siebe losgerißene Gebiet die einzige brauchbare erbindung herstellte zwischen dem überbevölkerten Nord-esten Deutschlands — dem sogenannten Deutschen Reich - und jenen Ländern, welche einzig und allein für uns s Kolonisationsgebiete in Betracht kommen können.

Was das aber zu bedeuten hat, wird man erst richtig rstehen, wenn man bedenkt, daß es gerade die in un-terbrochener Zunahme begriffene Ueberbevölkerung ist, elche die gegenwärtige Entwicklung für uns zu einer so hwierigen macht. Denn soviel dürfte unschwer zu be-reifen sein, daß die geeigneten Mittel zur nachhaltigen bekämpfung und zugleich statsmännischen Ausnützung der eutschen Ueberbevölkerung weder von denjenigen geboten erden, welche uns auf den Weg nach Frankreich, d. h. uf die Einschränkung der Geburten, verweisen, noch auch on jenen, welche den überschießenden Volkszuwachs in die ransoceanische Welt leiten wollen und unserem Volke eine ertliche Zukunft verheißen im siegreichen Weltkampfe mit en gegenwärtigen Beherrschern des Weltmeeres. Was en ersten Vorschlag betrifft, so genügt es, auf Frankreich elbst zu verweisen und daran zu erinnern, daß dieses Land n Folge seiner schwachen Bevölkerungszunahme soeben im Begriffe ist, aus der Reihe der Völker erster Ordnung uszuscheiden. Erinnern wir uns aber gar noch daran, daß uns im Osten oder Südosten Völker begrenzen, die eine außerordentlich starke Volkszunahme aufweisen und welche überdieß in der Niederwerfung der germanischen Welt ihre vornehmste Aufgabe erkennen, so bedarf es keiner großen Ueberlegung, um in allen sich in dieser Richtung bewegendem Vorschlägen nur den Ausfluß des verwerflich-sten Leichtsinns zu erkennen. Mag also das Deutsche Reich hundert mal ein überbevölkertes Statengebiet sein, und mag diese Ueberbevölkerung un ter de n gegen w ä r t i g e n B e r h ä l t n i s s e n selbst sehr schlimme Begleiterscheinungen

haben, so schlimm sind sie alle noch nicht, wie die Folge des Bevölkerungsrückganges. Denn dieser bedeutet für ein Volk, welches zwischen physisch aufstrebenden Völkern wohnt, den Untergang. Gegenüber den Gefahren, die uns heute umlauern, gibt es für uns nur das Eine: „Selbst zu wachsen, zu wachsen an innerer Stärke, aber auch an äußerer Ausdehnung.“ Nochmals also: Es sind die schlimmsten Feinde unseres Volkes, die ihm raten, seinen Bevölkerungszuwachs einzuschränken; weil uns dieser Zuwachs unentbehrlich ist, wollen wir aus den herausziehenden gewaltigen Fährnissen unversehrt hervorgehen.

Daß diese Uebersiedelung heute zeitweilig große Volksmassen zur Auswanderung drängt und auch sonst noch eine ganze Reihe der häßlichsten Begleiterscheinungen (Industrialismus und alles, was daran hängt, Exportwut usw.) zeitigt, ist gewiß tieftraurig; um so trauriger, als unter den gegenwärtigen Verhältnissen leider keine Verbesserung, sondern nur eine Verschlimmerung dieses Zustandes in Aussicht steht. Und so deutlich erkennbar ist das, daß man heute selbst schon jenseits der Reichsgrenzen die Entwicklung fühlt und mit der größten Sorge betrachtet, wie das z. B. die bekannte 1897er Delegationsrede des österreichischen Ministers des Aeußeren Grafen Goluchowski beweist. Eine Erscheinung, in welcher wir unsererseits nur einen neuen gewichtigen Beweis für die Richtigkeit unserer Auffassung der gegenwärtigen Lage zu erkennen vermögen.

„Die großen, immer gebieterischer sich aufdrängenden Probleme der materiellen Wohlfahrt“, so hieß es in dieser Rede, „liegen nicht mehr in utopischer Ferne, sie sind tatsächlich vorhanden und dürfen nicht übersehen werden. Der vernichtende Konkurrenzkampf, den wir auf Schritt und Tritt auf allen Gebieten mit überseeischen Ländern teils schon bestehen sehen, teils nächstens gewärtigen müssen, erheischt rasche, durchgreifende Gegenwehr, sollen nicht die Völker Europas in ihren vitalsten Interessen die empfindlichste Schädigung erfahren und dem allmählichen Siechtum ent-

gegen gehen. Schulter an Schulter müssen sie kämpfen gegen die gemeinschaftliche Gefahr, und zu diesem Kampfe müssen sie sich rüsten mit dem Aufgebote aller verfügbaren Hilfsquellen. Groß und schwer ist die Aufgabe, die ihr charakteristisches Merkmal, wenn nicht alle Anzeichen trügen, der nächsten Zeitperode ausdrücken dürfte. Wie das 18. und 19. Jahrhundert durch die Nationalitätenfrage charakterisiert erscheint, so sagt sich das 20. Jahrhundert für Europa als ein Jahrhundert des Ringens um's Dasein auf handelspolitischem Gebiete an, und vereint sollten sich dessen Völker zusammenfinden, um in der Verteidigung ihrer Existenzbedingungen erfolgreich wirken zu können."

Wir können uns nur freuen über diese aus dem Munde eines Regierenden kommende Bestätigung unserer eigenen Anschauungen. Eine Bestätigung, die um so wertvoller ist, als die regierenden Kreise sonst die schwere Gefahr, die daraus hervorgeht, daß gewisse europäische Industriestaten von Tag zu Tage immer mehr in die Abhängigkeit der Länder mit vorwiegender Urerzeugung geraten, nicht nur unterschätzen, sondern sogar mit einem gewissen Behagen zusehen, wie diese Entwicklung immer rascher vor sich geht.

Das Wort des russischen Admirals Baranow: „Im Lande liegt die Zukunft!“ hat eine nur zu ernste Bedeutung. Denn nur dasjenige Volk hat sein Geschick fest in der eigenen Hand, welches über eine genügende Menge von Bodenvegetationskapital verfügt und in der Lage ist, die notwendigsten Nahrungs- und Gebrauchsmittel selbst zu erzeugen, während die Exportindustrie-Völker in ihrem Fortbestand mehr oder weniger auf die Gunst des Auslandes angewiesen sind. Weigert dieses die Annahme der überschüssigen Industrie-Erzeugnisse der in Rede stehenden Völker und verzehrt es seine Brotfrüchte selbst, so ist ein Teil jener dem Hungertode preisgegeben. Das ist eine Tatsache, die sich durch alle Sophisterei nicht hinwegdisputieren läßt. Und mag auch der Eintritt der

Natastrophe in absehbarer Zeit nicht in Aussicht stehen, so entbindet das doch die Staatsmänner der hier in Frage kommenden Länder nicht von der Pflicht, schon heute auf Mittel und Wege zu sinnen, die aus dem Wirrsal heraus zu führen vermöchten.

Wenn wir nun von dem bisher entwickelten Gesichtspunkte aus — und es ist der einzige hier zulässige — weiter forschen, so vermögen wir überhaupt nur zwei Mächte zu erkennen, deren Zukunft als eine vollständig gesicherte gelten kann: Rußland und die Vereinigten Staaten. Nur bedingungsweise dürfen wir noch England nennen. Diese drei Reiche stellen zugleich die heutigen Weltmächte dar.

Gefällige Schriftsteller rechnen zwar auch das Deutsche Reich und Frankreich zu den Weltmächten; das beweist aber nur die Unehrllichkeit oder die Einsichtslosigkeit dieser Leute. Im bloß nominellen Besitze eines großen Ländergebietes oder in umfangreichen auswärtigen Handels- und sonstigen Geschäfts-Beziehungen ist noch keineswegs der Weltmächtscharacter gegeben. Dazu gehören vielmehr zwei unerläßliche Bedingungen, die den überseeischen Besitzungen Deutschlands und Frankreichs vollständig abgehen: die Länder, auf die die Weltmacht sich stützt, müssen im Stande sein, neue Pflanzstätten für die mutterländische Bevölkerung abzugeben, und ferner müssen sie als ein vollständig sicherer Besitz gelten können. Denn sonst würden sie sich nur als Mächte im Sinne des alten Karthago erweisen, und ihr Bestand würde um so mehr gefährdet sein, als es heute nicht nur ein Rom in der Welt gibt, sondern Nebenbuhler und Widersacher an allen Enden lauern.

Nach dem eben Gesagten ist es nicht zufällig, daß die Bewohner der drei als Weltmächte genannten Reiche zugleich die eigentlichen Kolonialvölker der Gegenwart sind.

Man wird nun ohne Zweifel einen großen Widerspruch darin finden, wenn England nur bedingungsweise zu denjenigen Mächten gezählt wird, welche auf eine gesicherte

Zukunft blicken können, während man andererseits wieder, wie das ganz allgemein geschieht, dasselbe England als diejenige Macht hinstellt, von welcher die halbe Welt, insbesondere aber die europäischen Festlandsstaaten, am allermeisten zu fürchten haben. Der Widerspruch besteht denn in der That, und gerade jene Leute, welche so sehr mit ihren „realpolitischen“ Anschauungen prahlen, bemühen sich redlich, ihn aufrecht zu erhalten. Wir wollen versuchen, durch folgende Zwischenbemerkung Klarheit über diesen Punkt zu schaffen.

Die viel kritisierte und viel geschmähte „Isolierungs-politik“, die England seit dem Kongress von Verona, noch mehr aber seit dem Krimkrieg getrieben, und welche diese geradezu von Europa loslöste, wird von dem zuverlässigen Beurteiler der einschlagenden Verhältnisse als der natürliche Ausfluß der englischen Stellung und englischen Entwicklung überhaupt bezeichnet werden müssen. „England“, sagt ein sehr guter Kenner englischer Zustände und englischer Politik\*, „hatte auf dem Gebiete des Kolonialwesens und der Großindustrie dem übrigen Europa gegenüber einen halbhundertjährigen Vorsprung und fand deshalb nach dem Frieden von 1856 kein einziges Land, das es wegen wirklicher Interessengemeinschaft oder wegen unmittelbar drohenden Wettbewerbs für wert erachtete, seinen Freund zu nennen oder zum Verbündeten zu machen. England stand damals isoliert als der zuerst fertige Kolonialstat von modernem Schlage, und seine Politik gestaltete sich notwendiger Weise als einzig in ihrer Art — doch weder mehr noch weniger ‚egoistisch‘ als die jedes andern States.“

Durch die Entwicklung nun, die in den letzten Jahrzehenden die europäischen Festlandsstaaten genommen haben, wurde gewissermaßen die Grundlage jener Isolierungspolitik zerstört. Staaten wie das Deutsche Reich und Italien wurden durch ihre Uebervölkerung, Frankreich durch seine

---

\* Steffen, England als Weltmacht und Kulturstat.

Sucht nach „gloire“ dazu getrieben, als Wettbewerber der britischen Export- und Kolonialmacht aufzutreten. Und so durchbrachen die europäischen Festlandsstaaten dadurch, daß sie England jenseits der Weltmeere immer näher auf den Leib rückten, die englische Isolation. Und dann kam noch ein Anderes: Der Weltmächtsstat Rußland schien durch seine Ausdehnungspolitik, die er Jahrzehende hindurch in Innerasien und in neuerer Zeit im Osten getrieben hatte, geradezu darauf auszugehen, Englands Vormachtsstellung in Asien und dadurch dessen Weltstellung überhaupt zu untergraben. Das brachte ausschlaggebende Kreiße in England zur Ueberzeugung, daß es unter Umständen doch vorteilhafter sein könne, mit den westeuropäischen Festlandsstaaten freundschaftliche Fühlung zu nehmen.

In ihren Wirkungen wenigstens ähnliche Verhältnisse und Bestrebungen bildeten sich auf der Nordhälfte des amerikanischen Festlandes heraus, sodaß auch diesem gegenüber die Haltung Englands eine andere werden mußte.

Die erste nach außen hin bemerkbare und von Vielen als feindselige Kundgebung gekennzeichnete Erscheinung in der veränderten Politik Englands war die Bestrebung zur Schaffung einer Reichsföderation, oder, wie man gewöhnlich sagt: eines Greater Britain.

Diese Föderationsbestrebungen sind namentlich in Folge des Vorgehens von Kanada in den letzten Jahren viel besprochen worden; trotzdem scheint es aber, als ob man nur in sehr beschränkten Kreißen sich einen richtigen Begriff davon zu machen verstünde. Im Allgemeinen stellt man sich die Sache so vor, als ob England beabsichtige, um seine sämtlichen Kolonien eine undurchbrechbare Schutzollmauer zu ziehen und so gewissermaßen einen englischen Reichszollverein zu schaffen.

Dieser rohen Auffassung kann nicht kräftig genug entgegengetreten werden. Handelt es sich doch in erster Reihe darum, nicht Zollgrenzen zu errichten, sondern bestehende Zollgrenzen nieder zu reißen, wenn auch zunächst



von Seiten der Kolonien gegenüber dem Mutterlande; doch ist nicht ausgeschlossen, daß dieser Vergünstigung auch andere Länder teilhaftig werden. Für einen Schutzoll schlechtweg wäre England nun und nimmer zu haben. Und so geht auch die eigentliche Agitation für greater Britain viel mehr von den Kolonien als vom englischen Mutterlande aus. Eine bemerkenswerte Tatsache, die nicht kräftig genug hervorgehoben werden kann. Waren doch die Männer, welche die ersten greifbaren Vorschläge zur Herbeiführung einer größeren Einheit gemacht haben, der südafrikanische Holländer Hofmayer und der französische Kanadier Laurier. Durch diese Haltung der Afrikaner in der Kapkolonie wird zugleich indirect bestätigt, daß die Gefahr der Unterdrückung des holländischen Elements durch England nicht besteht. Hierbei wollen wir sogleich hervorheben, daß die britischen Föderationsbestrebungen, trotz aller Zeitungsdeclamationen, mit dem, was wir unter Imperialismus verstehen, nichts zu tun haben. Man läßt sich nur zu sehr durch das Wort „imperialistisch“ irre führen und unterschätzt andererseits die bindende Kraft, die im eigentlichen Föderalismus liegt und die gewis die englischen Kolonien, wie Kanada, Australien, Südafrika, immer dem englischen Mutterlande geneigt machen wird. Gerade die gegenwärtige Krisis in Südafrika wird das auf's Neue beweisen. So haben sich die Hoffnungen derer, welche glaubten, die ganze Afrikanerbevolkerung werde Hals über Kopf in's Lager der Buren übergehen, nicht erfüllt. Ein und der andere jugendliche Brausekopf hat sich ja wol aufreizen lassen und gegen England gewandt; die Masse des holländischen Volkes aber dachte gar nicht daran, denn diese weiß, daß eine Aenderung der Verhältnisse ihre Lage nur verschlechtern könnte. Und wir möchten jenen Nationaldeutschen, die bei uns heute von Burenfreundschaft und Engländerfeindschaft triefen, nur das Eine entgegenhalten: die im Osten des Deutschen Reiches lebenden Polen und die Dänen im Norden

würden Gott danken, wenn sie auch nur einen Teil der Rechte besäßen, die die Holländer der Kapkolonie als etwas Selbstverständliches genießen. Und so wird auch in Zukunft die englische Regierung nicht die Hand dazu erheben, das südafrikanische Holländertum in seinen Volksrechten zu beeinträchtigen.

Es handelt sich also in der Tat für die Engländer nicht um einen Kampf, in dem die beiden feindlichen Parteien durch die Zugehörigkeit zu einem bestimmten Volke — Engländern oder Buren — bestimmt werden, nicht um eine Annektionspolitik, sondern — und das wird derjenige, welcher die Verhältnisse in den englischen Kolonien und die englische Kolonialpolitik auch nur oberflächlich kennt, ohne weiteres zugeben — um eine Föderationspolitik, und der englische „Imperialismus“, von dem heute die Welt redet, kennzeichnet nur jene politische Richtung, die an Stelle des britischen *laissez faire* der früheren Jahrzehende positive Bestrebungen zur Schaffung eines großen britischen Länderbundes setzt. G. Wendt\* spricht ganz unsere Ueberzeugung aus, wenn er sagt, daß England „in internationaler Beziehung der Träger der Kultur auf Grund der Duldsamkeit und Selbstverwaltung“ sei.

Es seien uns nun noch einige allgemeine Betrachtungen und Nutzenwendungen gestattet. Es ist zweifelsohne eine ganz merkwürdige Erscheinung, daß in Deutschland, wo das Urteil über England und englische Zustände in den ersten drei Vierteln des vergangenen Jahrhunderts so überaus günstig und lobend lautete, dieses Urteil sich in den letzten Jahrzehenden ins unbedingte Gegenteil umgewandelt hat. Von den Geschichts-Materialisten könnte diese Erscheinung leicht als Beweis für die Richtigkeit ihrer Lehren in Anspruch genommen werden, weil man aus derselben zu folgern vermöchte, daß in dem Augenblick, da materielle Fragen sich zwischen die Deutschen und Engländer zu

---

\* England. 2. Aufl. Leipzig, 1898

schleichen und das Verhalten derselben zu beeinflussen begannen, auch sofort das Urtheil und das geistige Verhalten hierdurch bestimmt wurden.

In Wahrheit aber liegt die Sache so, daß die ganze öffentliche Meinung von heute auch nicht im Entferntesten der im Volke vorhandenen Grundstimmung entspricht, sondern lediglich das Erzeugniß einer materiell beeinflussten und dadurch verderbten Presse ist. Wie das Volk in Wirklichkeit denkt, weiß dieses heute selbst nicht mehr, weil es immer nur das wiedergibt, was ihm auf Schritt und Tritt eingeredet und künstlich eingeffßt wird.

Wer sich die Mühe nimmt, die Haltung unserer Presse gegenüber den gleichen oder gleichwertigen Gegenständen zu verschiedenen Zeiten zu prüfen, der wird zu denselben Schlußfolgerungen kommen, wie sie sich für uns in den vorhergegangenen Betrachtungen ergaben.

Wir erinnern hier nur an die so verschiedenartige Beurteilung des Verbrechens gegen Alexander von Bulgarien und des Räuberzuges eines Jameson gegen Transvaal. Bei dem Ersten hieß es: *Ö rühre nicht daran!* denn Rußland stand dahinter. Gegen Jameson und Genossen aber konnte man ungestraft alle Register sittlicher Entrüstung ziehen. Andere uns Deutschen viel näher liegende Beispiele wollen wir hier gar nicht anziehen, aber doch noch einmal betonen, daß es nichts mit sittlichen Trieben zu thun hat, wenn uns heute auf einmal in allen Zeitungen in flammender Schrift gesagt wird, daß für die Beziehungen der Völker unter einander nicht mehr die Macht, sondern das blanke Recht ausschlaggebend sein solle.

Um nun aber zum Schluß auf eine allgemeine Richtungslinie hinzuweisen, sei es gesagt, daß es sich für unser Verhältnis zu England und zur englischen Nation nicht handelt um Sympathien oder Antipathien, nicht um persönliche Stimmungen oder Meinungen, sondern um die unparteiische Beurteilung von Thaten und Entwicklungserscheinungen. Wenn nun diese zu dem Ergebnis führt,

daß in den heraufziehenden Gefahren Deutsche und Engländer auf einander angewiesen und verpflichtet sind, Seite an Seite zu stehen, so entspringt daraus für den ehrlichen, denkenden Menschen die unabweißbare Pflicht, sein Tun und Lassen darnach einzurichten. Er hat vor allem das Seine dazu zu tun, daß parteipolitische Phrasen, so laut und anmaßend sie auch auftreten mögen, in ihrer Hohlheit und Nichtigkeit bloß gestellt werden.

Rehren wir nach dieser längeren, aber notwendigen Abschweifung zu dem Gegenstand zurück, von dem wir ausgegangen sind, der Uebersvölkerung. Wir meinen nun: Wenn es auch eine unbestreitbare Tatsache ist, daß die deutsche Uebersvölkerung heute zeitweilig große Volksmassen zur Auswanderung drängt, so wird das den klar sehenden Beurtheiler doch nicht irre führen. Eine starke Auswanderung braucht eben nicht unbedingt ein Zeichen des Niederganges eines States zu sein. Im deutschen Mittelalter, im England des 19. Jahrhunderts war bekanntlich starke und ununterbrochene Auswanderung die Begleiterscheinung eines wirtschaftlichen wie geistigen Aufschwunges. Wenn wir die deutsche Auswanderung der letzten Jahrzehende für ein Zeichen des Niederganges halten, so ziehen wir dabei in Betracht erstens: daß die Auswanderer fast durchweg durch die Not aus der Heimat getrieben werden. Sie erkennen, daß ihnen zu Hause nur die Möglichkeit winkt, sich als Lohnsklaven zu verdingen, und ziehen nach Ländern, wo sich ihnen, wenn auch außerhalb des deutschen Machtbereichs, eine gesicherte, oft sogar glänzende Zukunft bietet.

Zum Andern ist an dieser Auswanderung bedenklich, daß sie sich fast ausschließlich nach fremden Ländern richtet, so daß die Auswanderer nicht nur dem Vaterlande verloren gehen, sondern meistens auch mit den früheren Volksgenossen in Wettbewerb treten, wie z. B. in den Vereinigten Staaten.

Eine starke Auswanderung als die Folge einer raschen Bevölkerungszunahme ist nicht nur kein Unglück für ein

Volk, sondern eine der unbedingtsten Voraussetzungen für ein Emporsteigen desselben.

Alle äußeren Machtaufwendungen, wie sie uns z. B. in der Gegenwart Frankreich zeigt, sind umsonst, wenn der stark fließende Bevölkerungsstrom fehlt. „Es nützt nichts“, meint Schäffle\*, „wenn allein von der Schule und von den Amtshandlungen aus ein Sprachgebiet erobert und behauptet werden will, mit entscheidend ist die territoriale Ausbreitung einer Nationalität, wie sie als Folge größerer Fruchtbarkeit der Bevölkerung, als Folge überlegener Kapitalkraft, als Folge von Agrarsystemen, welche der ehelichen Fruchtbarkeit nicht abträglich sind, als Folgen noch mancher anderen Umstände (Glaubenspropaganda usw.) sich ergibt. Die Deutschen Oesterreichs erfahren dieß durch die Slaven und Italiener, die Franzosen den Italienern, Belgiern, Angelsachsen gegenüber. Ein ganzer Complex von Ursachen territorialen Vordringens und Zurückweichens, die sociale Bodenständigkeit nach ihrem vollen Umfange kommt bei der Entscheidung des Nationalitätentampfes in das Spiel.“

Dieses alles wol erwogen, sollte man meinen, es könnte unserem Volke nicht schwer fallen, die Bahnen, welche es einzuschlagen hat, zu erkennen, wenn anders im Zeitalter einer „Politik mit realen Factoren“ den Thaten noch einiger Wert beigelegt werden soll. Wir besitzen — Gott sei's gedankt — noch einen reichlichen Bevölkerungs-Ueberfluß. Im Südosten aber, am Balkan, in Kleinasien, in Westrußland liegen unermessliche Landstrecken, die schlecht oder gar nicht bebaut sind, weil es an willigen und geschickten Händen zur Bearbeitung fehlt; dort liegt unseres Volkes Beruf, wenn es überhaupt noch einen hat.

Unser ganzes Bestreben, wir wiederholen dieß immer wieder von Neuem, muß darauf gerichtet sein, den uns

---

\* Zeitschrift für die gesamte Statswissenschaft. 1899 S. 197.

mehr und mehr unter den Füßen entschwindenden Boden zurück zu gewinnen, wozu uns Deutschen nur der eine Weg gen Südosten offen steht. Um aber diese Aufgabe lösen zu können, werden wir zu allererst bestrebt sein müssen, die von Frankreich eingeschleppte Krankheit der nationalen Ueberhebung zu überwinden.

„Die nationale Hochflut unserer Zeit“ — sagt Eucken\* — „läßt die meisten Völker ihre Kraft aufbieten und ihr Dasein behaupten ohne viel Sorge darum, was ihre Eigentümlichkeit dem Ganzen der Menschheit und der Bewegung der Weltgeschichte bedeute; es ist die wilde Leidenschaft eines Naturtriebes, mit der sie sich ausdehnen und durchsetzen. Ein Kulturvolk, ein Volk, das bestimmend eingriff in die Weltgeschichte und dessen Wirken alle Gebiete des menschlichen Lebens umspannt, würde zu klein von sich halten, wollte es sich an einer solchen bloß instinctiven Selbsterhaltung genügen lassen, ein solches Volk muß sich von seinem Wesen Rechenschaft geben und nach seiner Bedeutung für das Ganze der Menschheit fragen; es muß so fragen, um die innerste Seele für sein Werk zu gewinnen, fragen auch, um das Bewußtsein eines Wertes, ja einer Unentbehrlichkeit für jenes Ganze allen etwaigen Zweifeln entgegenhalten zu können. Solche Zweifel können heute den Deutschen bei allem Vorbringen und Gelingen gar wohl beschleichen. Mehr und mehr hat der Verlauf des 19. Jahrhunderts den Schauplatz des Lebens und den Kampfplatz der Arbeit ausgedehnt. Nichts auf dem ganzen Erdball gilt jetzt als fern und fremd, überall muß zu Hause sein, überall am Wettbewerb der Waren nicht nur, sondern auch der Gedanken teilnehmen, wer an dem Gelingen mitzählen will; auch die Kraft seines Willens scheint überall einsetzen zu müssen, wem nicht die dumpfe Enge eines abgesonderten provinziellen Daseins genügt. Ist nun das deutsche Volk

---

\* Im ersten Hefte der „Deutschen Monatschrift“, die sich selbst in den „Allg. Bl.“ als „nationale Hochwarte“ bezeichnet.

stark genug, einen solchen Wettstreit aufzunehmen und in dem Ganzen einer Weltkultur seine besondere Art zur Geltung zu bringen? Außerlich angesehen, ist dafür seine Lage höchst ungünstig; wie kann es hoffen, mit seinen engen Grenzen, seiner Umklammerung von fremden und feindlichen Völkern, seiner verspäteten Mitbewerbung um die Welt draußen, eine Weltstellung gegenüber Völkern zu erringen, die sich über ganze Erdteile ausdehnen und denen Land über Land in den Schoß fällt? Den Kampf für das scheinbar Unmögliche kann es nur aufnehmen bei einem festen Glauben an die Größe seiner geistigen Art und an eine Unentbehrlichkeit dieser Art für das Ganze der Menschheit. Die Kraft selbst wird wachsen, wenn diese Ueberzeugung ihre Entwicklung trägt und besetzt.“

Es ist wahrhaftig ein eigenartiges Bild, welches sich uns heute darbietet. Wir sehen auf der einen Seite die Völker bemüht, durch den Bau von Straßen, Eisenbahnen, Kanälen, kurz, durch eine nie gekannte Entwicklung des Verkehrs in geistiger wie körperlicher Beziehung diese Völker einander nahe zu bringen, auf der anderen Seite aber gewahren wir, wie dieselben Völker bemüht sind, durch Schutzzölle und andere Verkehrs-Erschwerungen sich von einander abzuschließen. Kein Zweifel nun, daß wir unter der Herrschaft dieser nationalen Abschließungspolitik, statt vorwärts auf der Bahn zu einer höheren Entwicklung, immer mehr rückwärts geraten.

Dieser egoistischen und doch schließlich nur der Allgemeinheit wie dem Einzelnen schädlichen Abschließungspolitik steht dann gegenüber die ebenso sinnlose Meistbegünstigungsbehandlung, bei der rein mechanisch z. B. Oesterreicher und Schweizer mit Brasilianern, Russen und Chinesen über einen Kamm geschoren werden.

Wir sind aus Gründen, die wir schon des Oefteren erörtert haben, keine Verehrer des Weltfriedens-Gedankens, wie er heute von politisch nicht ernst zu nehmenden, wenn auch oft wolmeinenden Deuten vertreten wird. Für diese

soll hier übrigens noch festgestellt werden, daß der Gedanke vom ewigen Frieden keineswegs etwas neues, gerade unserer Zeit Eigentümliches ist. Und zwar selbst dann nicht, wenn wir ihn als politische Tat nehmen, was der von Rußland ausgegangene Abrüstungsvorschlag ja ist. Schon das in den Memoiren Sullys beschriebene Project, welches eine allgemeine europäische Republik entwickelt hatte, bewegte sich in dieser Richtung. Der aus 15 Republiken bestehen sollende europäische Friedensstat Heinrichs IV. aber war nur der ins Politische übertragene von der mittelalterlichen Hierarchie angestrebte Gottesfrieden.

Die Idee gieng also von Frankreich aus, dem Widersacher der habsburgischen Macht, d. h. Deutschlands. Zwar tat man, als ob es nur auf die Lahmlegung der habsburgischen Macht abgesehen sei, aber wer erkannte hier nicht den leitenden Gedanken, der auf eine Schwächung, ja, auf eine vollständige Auflösung Deutschlands hinzietete.

Indem wir unsererseits nun weder die realen, einem ausgesprochenen Friedensreich entgegenstehenden Tatsachen aus den Augen verlieren, noch auch eigennützig diese Tatsachen zu beeinflussen trachten, richten wir unser Streben auf die Herbeiführung einer Organisation, die einerseits möglich, andererseits auch, wenn durchgeführt, von der heilsamsten Wirkung für die Allgemeinheit sein wird.

Aber gerade als Realpolitiker — wir nehmen das Wort in seiner wahren Bedeutung — verschließen wir uns nicht den Schwierigkeiten, die der von uns erstrebten Organisation entgegenstehen. Wir teilen keineswegs die Ansichten jener alldeutschen Schwarmgeister, welche die hohe Politik von einem Wolkenkuckuckshelm aus betrachten und betreiben und sich einbilden, die Schaffung eines mitteleuropäischen Bundes wäre eine gar leichte Sache, so daß es nur auf den Willen der deutschen Hauptmacht oder gar bloß des deutschen Kaisers ankäme, sie herbei zu führen und den Reichsadler nach Süd und Nord flattern zu lassen.



Wie wenig verstehen doch diese Leute von einer Welt-politik, die ihrer Meinung nach aus dem Kopfe eines einzelnen Regenten springt wie die Pallas Athene aus der Stirn des Jupiter, während sie doch in Wirklichkeit nur der ganz natürliche Ausfluß innerlich wirkender Kräfte ist, eine genau bestimmte Stufe innerhalb der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung eines Reiches oder einer Statengruppe. Deutschland war nahe daran, diese Stufe weltpolitischer Bedeutung wieder zu erlangen, als die selbst-jüchtige Bismarck-hohenzoller'sche Politik es zurück-schleuderte. Was sich heute vor unseren Augen abspielt und von Phantasten zur deutschen Weltpolitik aufgebaut wird, ist nichts als ein verlegenes Herumtasten. Man hat das unbestimmte Gefühl, daß das Werk von 1866 und 1870/71 ein durchaus unzulängliches ist, und glaubt es nun verbessern zu können dadurch, daß man für dasselbe einen „Platz an der Sonne“ zu gewinnen versucht. Und so stehen denn leider die Dinge so, daß das, was Friedrich List vor zwei Menschenaltern klagend von Deutschland sagte\*, noch heute fast uneingeschränkt gilt: „Einer engeren Vereinigung des europäischen Continents steht zur Zeit nichts so sehr im Wege, als daß das Centrum desselben noch immer nicht die ihm naturgemäß gebührende Stellung einnimmt. Anstatt Vermittler zwischen dem Osten und Westen des europäischen Continents in allen Fragen der Gebiets-einteilung, des Verfassungsprinzips, der National-selbständigkeit und Macht zu sein, wozu dasselbe durch seine geographische Lage, durch seine Föderativverfassung, die alle Furcht vor Eroberung bei benachbarten Nationen ausschließt, durch seine religiöse Toleranz und kosmo-politischen Tendenzen, endlich durch seine Kultur und seine Machtelemente berufen ist, bildet dieser Mittelpunkt zur Zeit den Zankapfel, um den der Osten und Westen sich streiten, weil man beiderseits diese durch Mangel an Na-

---

\* A. a. O.

tionaleinheit geschwächte, stets ungewis hin- und herschwankende Mittelmacht auf seine Seite zu ziehen hofft. Würde dagegen Deutschland mit den dazu gehörigen Seegejtaben, mit Holland, Belgien und der Schweiz, sich als kräftige commerzielle und politische Einheit constituieren, würde dieser mächtige Nationalkörper mit den bestehenden monarchischen, dynastischen und aristokratischen Interessen die Institutionen des Repräsentativsystems verschmelzen, insoweit beide mit einander verträglich sind, so könnte Deutschland dem europäischen Continent den Frieden für lange Zeit verbürgen und zugleich den Mittelpunkt einer dauernden Continental-Alliance bilden.“

Mit vollständiger Außerachtlassung der realsten Tatsachen bewegte man sich in der weltpolitischen Arena und ließ in dieser Zeit banger Sorge und nationaler Beklemmung am fernen Horizont aus Schwaden und Nebeln das Lustschloß des größeren Deutschlands emporsteigen — das einst vorhandene Großdeutschland hatte man kühles Herzens zerstört, und die modernen Patrioten hatten diese Zerstörung bejubelt als die Wiederherstellung Deutschlands. Jetzt aber glaubte man eine neue deutsche Weltmacht aufbauen zu können auf dem Flugsand afrikanischer Wüsten oder auf dem Sumpfboden der Gestade des Stillen Oceans.

Im Grunde genommen ist das, was diese modernen Weltmachtspolitiker uns bieten, nichts weiter als das abgelebte zerfallene Großmachtssystem in neuem Aufpuß. Die Staten und Machtbereiche sind größer geworden, das ist der ganze Unterschied. Von einer Berücksichtigung der natürlichen Bedingungen und Forderungen und der hierauf bauenden inneren Begründung ist heute so wenig die Rede, wie in den Zeiten der „heiligen Alliance“ und der „Pentarchie“.

Die durch Bismarck in den Jahren 1866 und 1870/71 herbeigeführte Entscheidung sollte sein ein Sieg des Einheitsgedankens über den Particularismus und ist doch nichts als die rohste, rücksichtsloseste Ueberwindung des Gedankens

der Völkereinheit, der Zusammengehörigkeit der Menschen durch den nacktesten Particularismus, den je die Welt gesehen. Das zu beweisen, kann uns wahrlich nicht schwer fallen. Bis zum Jahre 1866 bestand im Deutschen Bund eine — wenn auch lockere — Einheit der mitteleuropäischen Völker. Die deutsche Bundesacte war das staatsrechtliche Band, das die Länder des heutigen Deutschen Reiches und Oesterreichs, ferner Holland, Dänemark, Litzelburg und Siechtenstein an einander knüpfte und die ganze Entwicklung der 50er und 60er Jahre (bis 1866) strebte — wenn man die dieser entgegengesetzte Richtung der Nationalvereiner und Preußens außer Acht läßt — darnach, nicht nur jenes Band fester zu knüpfen, sondern auch darnach, es zu erweitern und in eine organische Verbindung zu bringen mit jenen Gebieten, die ihm den Character der Weltmacht verleihen konnten.

Die neue Einheit begann damit, daß der vorhandene Bund zertrümmert und Deutschland selbst in drei Stücke zerlegt wurde und das wegen seiner Verbindung mit unserem südöstlichen Kolonialland wichtigste Drittel samt der alten deutschen Kaiserstadt Wien aufhörte, Deutschland zu sein und hinfort das Recht hatte, dem übrigen Deutschland als Feind gegenüber zu treten wie Frankreich oder Rußland. Den nationalliberalen Satrapen Bismarcks war es sodann vorbehalten, bei Begründung des neuen Reichs — im Zeitalter des Weltverkehrs, des Dampfes und der Electricität — die heidnisch-antike Lüge von der Selbstgenügsamkeit der Staten\* neu ausstaffelt und aufgepußt der Welt wiederum vorzuführen. Und hierauf haute sich dann jene lange Reihe politischer undeutscher und unstatsmännischer Handlungen, die nach innen ihren Ausdruck fand in der Verfeindung und Gegeneinanderhebung der verschiedenen Schichten eines und desselben Volkes (Fabrikanten und Großgrundbesitzer, Fabrik- und Landarbeiter), und welche

---

\* Die aristotelische Autarkie.

nach außen sich bemerklich machte durch eine zur Siebeshitze gesteigerte nationale Erregbarkeit und durch jenes wahnsinnige Wettrüsten, welches den Völkern Blut und Mark auszupressen droht.

\* \* \*

Es dünkt uns das albernste Geschwäg der Welt, wenn man sagt, die Deutschen der alten Zeit hätten auf die sichtbare Welt verzichtet, um den Träumereien leben und lediglich ein Volk von Denkern und Kritikern sein zu können. Wenn Zeitungsschreiber und andere Tagespolitiker, die nur von gestern auf heute leben und denken, solchen Unsinn sagten, so brauchte man kein Wort darüber zu verlieren. Daß aber Geschichtsschreiber und ernste Gelehrte ihn in unseren Tagen immer und immer wiederholen, um daran anknüpfend zeigen zu können, wie wir Neudeutschen es so herrlich weit gebracht — das, sagen wir, ist eine nichtswürdige Irreführung, denn diese Leute müssen doch ganz genau wissen, daß, mit Ausnahme der Zeit, in welcher es sich durch große innere Kriege zerfleischte\*, das deutsche Volk der „sichtbaren Welt“ seine Spuren so kraft- und machtvoll eingedrückt hat, daß man weit eher davon reden könnte, daß die anderen Völker in das Gebiet der „nicht sichtbaren Welt“ zurückgedrängt worden seien. Und haben die Deutschen damals keine Kolonialpolitik getrieben im Sinne der Spanier, Franzosen und Engländer, so haben sie sicherlich damit nur bewiesen, daß sie gerade für diese Sache das allerbeste Verständnis besaßen; denn wenn wir die Taten und Erfolge unserer neudeutschen „Realpolitiker“ auf diesem Gebiete überblicken und damit vergleichen, was

---

\* Solche innere Kriege weist nicht die deutsche Geschichte allein auf. Wir finden sie vielmehr in der Geschichte aller Kulturvölker. Bei den Deutschen hatten sie nur das Eigenartige, daß sie nicht zur Unterwerfung des ganzen Volkes unter eine Centralmacht führten.

die alten Deutschen auf dem Gebiete der Kolonisation in Europa geleistet haben, so kommt ein für die Ersteren geradezu beschämendes Ergebnis heraus.

Dabei ist noch auf die für Beurteilung dieser Dinge außerordentlich wichtige Tatsache hinzuweisen, daß das kolonisierende Deutschland der alten Zeit noch idealen Regungen zugänglich war und das Vordringen gegen Ost und Südost, mochte es auch oft die Mittel der Gewalt nicht verschmähen, doch im großen Ganzen einen gewaltigen Kulturfortschritt bedeutete, und zwar schon dadurch, daß es den christlichen Gedanken einer Völkereinheit und einer Gemeinschaft der geistigen Interessen nicht verloren gehen ließ. An die nationale Ausschließlichkeit der modernen nationalliberalen Deutschen dachten unsere Vorfahren auch nicht im Entferntesten, wengleich ihnen Selbstbewußtsein und Tatkraft viel weniger mangelte als der Mehrzahl der Anhänger der „Religion des Nationalliberalismus“. Ja, selbst noch die Schöpfer des alten vielgelästerten Bundes hatten eine höhere Meinung vom deutschen Volke. Die von ihnen entworfene Bundes-Acte sagt, daß der Bund nicht bloß um Deutschlands willen da sein sollte, sondern zugleich um die Ruhe und das Gleichgewicht Europas zu erhalten. Und daß dieses nicht eine willkürlich unserem Volke zugeschobene, sondern eine aus der ganzen Stellung dieses Volkes sich ergebende Aufgabe ist, wird demjenigen verständlich, welcher die europäische Geschichte und Geographie nicht bloß aus Zeitungsartikeln und Treitschke'schen oder Kirchhoff'schen\* Schriften lernt.

„Nur im Lichte der europäischen Gesamtpolitik“, sagt Const. Franz, „ist die deutsche Frage zu verstehen: dieses aber anerkannt, so erscheint es wie durch die Natur der Dinge gefordert, daß auf der östlichen Seite Deutschlands, wo das Deutschtum untrennbar mit dem Slavismus ver-

---

\* Siehe: Kirchhoff, Deutschlands natürliche Gliederung und seine geschichtliche Grenzverengerung. Berlin 1896.

wachsen ist, und wo sich Europa in's Breite streckt — daß da sich zwei besondere politische Körper bildeten, mit der unverkennbaren Bestimmung, den Uebergang von dem Germanentum zu dem Slaventum zu vermitteln. Denn von den drei großen Völkergruppen, welche Europa bewohnen und worauf die Zukunft des Christentums und damit die ganze Weltentwicklung beruht, sind die germanischen und romanischen Völker ohnehin schon verbunden, indem diese letzteren selbst erst durch Vermischung mit germanischen Elementen entstanden, nicht aber so die Slaven. Die würden vielmehr dem ganzen abendländischen Völkerkreise als etwas Fremdes gegenüberstehen, wenn nicht ihre westlichen Vorläufer in die deutsche Entwicklung hineingezogen wären. Die Magyaren ferner, die wieder etwas Besonderes für sich sind, würden ohnedies gar keinen Anhalt in Europa haben. Nur durch die Verbindung mit Deutschland retteten sie die Existenz ihrer Nationalität, da sie sonst im Türkentum untergegangen wären. Und an den Rumänen wird es sich in Zukunft auch zeigen, daß sie entweder in das Russentum aufgehen werden oder sich an Oesterreich anschließen müssen.“\*

Wiederholt und aufs Bestimmteste haben wir gezeigt, wie Deutschlands Entwicklungsgang zum guten Teile vor-gezeichnet worden ist durch den Drang nach Osten, — wie die ganze deutsche Geschichte, so weit sie ein Wachsen und Vorwärtskommen bedeutet, im Wesentlichen eine Schilderung ist der Verflechtungen Deutschlands mit seinen östlichen Marken. — So stehen die Dinge, daß, wenns den deutschen Staatsmännern vor einem Jahrtausend eingefallen wäre, nach dem Recepte des „größten Deutschen“ unserer Tage zu handeln, es heute kein Preußen und kein Oesterreich, ja wahrscheinlich über-

---

\* Franz, Aufruf zur Begründung einer föderativen Partei  
S. 35.

h a u p t kein selbständiges Deutschland mehr geben würde.

Was aber von altersher richtig und naturgemäß war, das kann heute nicht deshalb falsch und unnatürlich sein, bloß weil es einem preussischen „Staatsmann“ gefallen hat, zu tun, als ob es nicht da wäre, und weil seine Kreaturen besitzen waren, die negative Tätigkeit Bismarcks als den Ausbund deutscher positiver Staatskunst zu preisen.

Die Dinge liegen vielmehr so, daß eine Staatskunst sich heute nur dadurch wird als eine wahrhaftige und deutsche erweisen können, daß sie den von Bismarck so jäh abgerissenen Faden der deutschen Entwicklung von neuem anknüpft und das wieder aufbaut, was jener zerstört hat.

„Soweit das Germanentum eine Zukunft hat im Sinne einer verbreiterten Kultur“, sagte nach der unheilvollen Entscheidung von 1866 sehr treffend der sächsische Hauptmann Streubel, „liegt sie vorzugsweise nach Südosten, d. h. genau in der Richtung über Oesterreich hin. Diese Richtung allein ist noch offen, und sie muß ins Auge gefaßt werden. Das muß geschehen schon aus Gründen der Notwehr.“

Wer wollte es leugnen, daß die Türken unfähig waren und unfähig sind, eine Gesittung in unserm Sinn zu begründen oder auch nur eine übernommene Gesittung zu pflegen. Die Gesittung des in Europa eingedrungenen Türken hieß Genuß, sein Fortschritt: Eroberung. Und die Jahrhunderte der Türkenherrschaft haben im Südosten Europas, wie auch in den asiatischen und afrikanischen Ländern, wol zerstört, doch nicht aufgebaut. Diese türkische Herrschaft hat dadurch das Recht zu längerem Bestehen verwirkt. Ebenso bestimmt muß aber auch dem Russentum das Recht, seine Herrschaft an Stelle derjenigen des Türken zu setzen, streitig gemacht werden. Wer mit aufmerksamem Auge das Tun jener „Christenbefreier“ verfolgt hat, bei dem versagen die Phrasen von der „Macht der Religion und der religiösen Beziehungen“ nicht mehr.

Die Religion war es aber fast immer, die für die eroberungslustigen Russen den Deckmantel zum Angriff abgab, und die Religion ist es leider auch, die den größten Teil der Balkan-slaven zu Rußland hinzieht. Wir sagen leider, weil die russische Kirche keine Religion in unserem Sinne ist, sondern nur ein Ceremonienwust, und weil ihr darum jene hohe, sittlichende Kraft fehlt, die dem eigentlichen Christentum innewohnt.

Daß aber Rußland in jenem Teile des Orients auch in statlicher Beziehung so bedeutenden Einfluß erlangt hat, ist — insoweit Gesamtdeutschland in Betracht kommt — einer unentschuldbaren Nachlässigkeit und ferner besonderem preußischen Verschulden zuzuschreiben, da von Haus aus die Partie für die Deutschen am allergünstigsten gestanden hat.

Die Nachlässigkeit Gesamtdeutschlands läßt sich durch die Verhältnisse entschuldigen. Insbesondere stand einem machtvollen Vorgehen außerordentlich hindernd der deutsche Dualismus entgegen. Und das führt uns sogleich zu dem viel weniger verzeihlichen Verschulden Preußens.

So viel auch die Politik der hohenzollerschen Fürsten gerühmt werden mag und so unbedingt auch zugegeben werden muß, daß dieselbe eines Zuges ins Großartige nicht entbehrt und an Tatkraft und Rücksichtslosigkeit kaum ihresgleichen hat, so muß doch ebenso bestimmt behauptet werden, daß sie vom deutschen Standpunkt aus sehr selten sich rechtfertigen ließ, und das gilt insbesondere von jener Politik, die Preußens Könige dem Osten gegenüber getrieben haben. Wir sehen in ihr ein Gegenstück zur heutigen „Meerschäumpolitik“, die in ihrer Art ebenso verkehrt ist und auch ebenso folgenschwer sein wird. „Denn der preußische Staat ist aus der Markgrafschaft Brandenburg nebst ihrem pommerschen Lehen und dem preußischen Ordensstate der Deutschherren zusammen gewachsen, Preußen, Pommern und Brandenburg sind an erster Stelle zu schützen, seine preußischen und pommerschen Küsten sind die



Sammelpunkte seiner maritimen Wehr- und Verkehrskraft, auf Brandenburg und Pommern weist die Oder entlang auch Schlesien hin, und der gesamte Proceß der deutschen Anstiedelung im Mittelalter, welchem der preußische Staat sein Dasein verdankt, ist nordostwärts nach dem baltischen Meere gegangen und über Preußen hinaus bis zum finnischen Meerbusen und zum Peipussee. Das sind Tatsachen von ungeheurem Schwerkewicht.“\*

Preußen hatten zwei Wege offen gestanden: es konnte gegen Nordosten eine deutsche, europäische und Kulturpolitik treiben, es konnte, unterstützt vom übrigen Deutschland, den russischen Koloss fernhalten und später noch ihn zurückwerfen, die seit Jahrhunderten von den Moskowitern vergewaltigten Völker befreien und dem mitteleuropäischen Bundesreich zuführen, — oder es konnte in einer der ersten in den Mitteln sowol als in der Wirkung geradezu entgegengesetzten Richtung nach Deutschland hereinbringen. Wir wissen, daß es zu seinem und unser aller Unheil den letzteren Weg eingeschlagen hat.

Hier wollen wir übrigens Eines erklären und aufs Bestimmteste hervorheben: Wir fühlen uns frei von jeglicher Feindschaft gegen das russische Volk; ja wir glauben sogar, daß wir diesem Volk den größten Dienst erweisen, wenn wir die mitteleuropäischen Staaten drängen, dem zügellosen Eroberungsdrang der regierenden Kreiße in Rußland Schranken zu setzen. Diese Kreiße werden dann vielleicht dazu getrieben, ihre Blicke auf den schlimmen Zustand der inneren Verhältnisse zu richten, um dann nach Erkenntnis der traurigen Lage die Kräfte, die heute im wilden Eroberungs- und Entnationalisierungskampf verzettelt werden, wirklich fruchtbringend zu verwenden.

Freilich wird es jenen Kreißen außerordentlich schwer fallen, sich in eine so sehr veränderte Lage der Verhältnisse

---

\* Trautwein von Belle, Deutsche Vierteljahrsschrift 1870, II, S. 48.

zu fügen, da eben die Eroberung zum innersten Wesen derselben gehört. Aber schon die Ablenkung dieser Eroberungsgelüste nach Asien würde einen unendlichen Gewinn für die europäische Kulturwelt bedeuten, und zwar nicht nur in negativer Beziehung.

„Eine eigentümliche Mission dem abendländischen Völkertreife gegenüber“, so urteilt Constantin Frank,\* „hat nur das mit finnischen und tartarischen Elementen versetzte Russentum. Durch seine geographische Basis wie durch seine Geschichte ist es auf das nördliche und mittlere Asien angewiesen. Sind von da aus einst die mongolischen Völker bis in das abendländische Europa vorgeedrungen, so erfolgt nun durch die Ausbreitung der russischen Herrschaft die Rückströmung, wodurch diese Länder allmählich civilisiert und christianisiert werden sollen, bis nach China hin. Fürwahr ein weites Feld der Arbeit und ein Ziel, welches wol den größten Ehrgeiz befriedigen könnte. Russland wird für diese Aufgabe um so erfolgreicher wirken, je mehr es seine Kräfte darauf concentriert, und um deswillen sich jeder Einmischung in die Angelegenheiten des abendländischen Europas enthält. Andererseits hat aber auch das abendländische Europa selbst die dringendste Veranlassung, solche Einmischung, die da nur verwirrend und zersetzend wirken kann, grundsätzlich abzuweisen und die russische Macht nötiges Falles mit Gewalt in ihre Schranken zurück zu drängen.“

Wir haben an anderer Stelle bereits darauf hingewiesen, daß Umstände, die im Einzelnen noch nicht genau zu übersehen sind, die russische Regierung veranlaßt haben, in der vorher langsam und bedächtig voranschreitenden asiatischen Politik plötzlich eine außerordentlich rasche, fast hastende Gangart einzuschlagen.

So scheint es denn, als ob insbesondere das an sich unbesonnene Vorgehen der Europäer im Osten Chinas, die

---

\* Aufruf zur Begründung einer föderativen Partei.

Befetzung Kiautschou, Wei-hai-Wei's usw. den einen, allerdings nicht beabsichtigten und nicht vorausgesehenen Erfolg haben sollte, daß Rußland seine Polypenarme schon jetzt um größere Gebiete Chinas schlingt, damit aber auch einen ziemlich großen Teil seiner Kräfte dort festlegt und für sein Auftreten im Westen — für den Augenblick — entsprechend weniger gewappnet ist.

Die Angelegenheiten stehen in Folge dessen jetzt so: Will Rußland seine Stellung in Ostasien weiter ausbauen, oder auch nur im heutigen Umfange erhalten, so sind ihm auf Jahrzehende hinaus die Hände gebunden, denn so leichte Arbeit, wie in den von der Welt abgeschloßenen, machtlosen, in sich zerfallenen Rhanaten würde es in dem riesenhaften China und am Stillen Meere, allwo Japan steht, keineswegs finden. Diese Bindung im Osten macht es aber Rußland schwer, wenn nicht unmöglich, im gegebenen Augenblick im Südwesten mit Nachdruck einzugreifen. Und wenn es jetzt auch scheint, als ob durch das Zurückweichen Englands aus der Türkei diese Rußland überliefert sei, so scheint es doch eben nur so; in Wirklichkeit ist heute Rußlands Bedeutung der Türkei gegenüber nicht mehr dieselbe wie ehemals. Insbesondere kommt hier auch die veränderte Stellung in Betracht, die heute das Deutsche Reich in der Türkei einnimmt. Kann man doch ruhig sagen: in demselben Maße, in dem England im letzten Jahrzehend aus der Türkei zurückgewichen ist, ist das Deutsche Reich dort vorgeedrungen.

Freilich fehlt noch außerordentlich viel daran, daß man sich innerhalb der leitenden Kreise an der Spree der eigentlichen Aufgabe, die dem deutschen Volke am Balkan gestellt ist, bewußt werde. Man wirft dort seinen Einfluß in die Wagschale der Machtäußerung wegen, oder vielleicht noch im Interesse der hohen Finanz, und dient auf diese Weise Frankreich ebenso sehr wie Deutschland.

Nun sind uns ja gewiß im Oriente große materielle Aufgaben gestellt. Wir haben das wieder und wieder

hervorgehoben, aber das Recht zur Lösung dieser Aufgaben steht uns nur dann zu, wenn wir uns zugleich der uns gestellten idealen Aufgaben bewußt werden.

Ohne das in statlicher Beziehung vermittelnde auf- und ausbauende Deutschtum können weder die Balkanvölker noch die Westslaven, noch Rumänen und Magyaren daran denken, etwas Lebensfähiges und, was die Hauptsache, etwas der russischen Weltmacht Widerstehendes zu schaffen. Oesterreich allein kann die Rolle nicht spielen, so lange es den Auftrag nicht von und für Deutschland hat, d. h. so lange es nicht in statlichen Verbindungen mit dem gegenwärtigen Deutschen Reiche steht.

Kann also das Mittel für die höhere Gestattung für die Völker der unteren Donau und am Balkan nur die deutsche Sprache und das deutsche Schrifttum sein, so konnte uns keine bessere Gelegenheit werden, die immer von uns betonte Notwendigkeit des Zusammengehens Preussens mit Oesterreich zu erhärten und ins hellste Licht zu setzen, denn nur das vollständige Zusammengehen ganz Deutschlands hätte ermöglichen können, daß die ganze Auswanderung aus Deutschland über Oesterreich nach dem Osten geleitet worden wäre, daß der geistig sittliche Einfluß in natürlicher Entwicklung auch den materiell-physischen hätte zur Folge haben müssen.

\* \* \*

War in früheren Jahrzehenden der Katholicismus im Deutschen Reiche eine Macht, die man für die Lösung der österreichischen Frage im deutschen Sinne nicht hoch genug anschlagen konnte, so ist das heute leider anders. Heute sind die Katholiken im Norden und Westen des Reiches Opportunisten, die kurzfristige Interessenpolitik treiben und sich bismarckischer und kleindeutscher geben, als die alldeutschen Nationalliberalen. Wer in dieser Beziehung, irreführt durch die alten großdeutschen Traditionen der rheinischen Katholiken, noch im Blinden

tappte, dem mußte das Bekenntnis die Augen öffnen, welches ganz vor kurzem in der „Köln. Volkszeitung“ — dem führenden Organ der reichsdeutschen Katholiken — erschienen. Mit einer Schamlosigkeit, wie sie uns sonst nur in Kartellblättern entgegen getreten ist, wird hier die abscheuliche Irrlehre vertreten, daß es verschiedene Abstufungen der Moral gäbe, und daß unter Umständen etwas Recht sein könne, was man sonst als bitteres Unrecht bezeichnen muß. Ueber die Hinausstoßung Oesterreichs aber heißt es in diesem klassischen Aufsatz: daß wir vom deutschen Standpunkt uns beglückwünschen könnten, daß es so gekommen und daß kein guter Deutscher daran denken könne, eine Aenderung herbei zu führen.

Den Katholiken Deutschlands aber können wir unter solchen Umständen nur den ehrlichen wolgemeinten Rat erteilen, eine Führung, die das Wol der deutschen katholischen Christenheit so aus den Augen verloren hat und die so offenbar dem Sumpf der gemeinsten Interessen und Nützlichkeitspolitik entgegen steuert, schnell und rücksichtslos von sich zu stoßen.

Hier wollen wir auch zugleich mit jenen Politikern abrechnen, welche zwar Bismarck in der österreichischen Frage keineswegs die bona fides zugestehen wollen, aber doch meinen, daß die Wirksamkeit dieses Statsmannes dem österreichischen Deutschtum gegenüber eine nutzbringende gewesen, insofern, als sie dieses Deutschtum durch die Hinausstoßung zwang, auf sich selbst gestellt etwas zu sein und zu werden. Wir haben schon an anderer Stelle gezeigt, wie gerade nach 1866 unter der Herrschaft der Deutschliberalen eine grenzenlose Erschlaffung innerhalb der deutschen Elemente eintrat, und es erst der Zuchttrute eines Laaffe bedurfte, dieselben aus dieser Erschlaffung heraus zu reißen. Uebrigens soll man doch ja, insbesondere in Norddeutschland, nicht so viel von dem verschlumpten, schwächlichen Deutschösterreich reden und es nicht verantwortlich machen für den Rückgang des österreichischen

Deutschtums. Wenn dieses Zurückweichen wirklich nur eine Folge der Schwäche des schwindenden Volkes wäre, wie verkommen müßte dann das deutsche Volk in den preussischen Ostprovinzen sein, wo trotz der rücksichtslos zu Gunsten des Deutschtums gebrauchten Staatsgewalt das Polentum stellenweise sogar noch rascher vordringt als das Tschechentum in Böhmen.

Andererseits sehen wir, daß gerade die unverfälschten Deutschen, die Kraftmeier vom Schlage eines Schönenerer und Wolf mit ihrem greulichen Bismarckskultus die aller- schlechtesten Stützen des österreichischen Deutschtums sind.\*

Schönerer war Mitglied des Nationalvereins. Daraus geht wol schon hervor, daß dieser Mann als Politiker überhaupt nicht ernst zu nehmen ist; denn als Deutschösterreicher die Bestrebungen des auf die Ausstoßung Oesterreichs aus Deutschland hinarbeitenden Nationalvereins unterstützen, das hieß doch einfach: die Vernichtung des eigenen Vaterlandes betreiben.

Um nur ein Wort über die statspolitische Bedeutung dieser Gruppe zu sagen, mag bloß angeführt werden, daß durch die Lösung der österreichischen Frage im Sinne der Schönenererpartei, ganz abgesehen von dem wirtschaftlichen und politischen Verlust, die Deutschen in Galizien und in der Bukowina preisgegeben würden.\*\*

Nun wollen wir aber auch an dieser Stelle den Gegnern einer deutschfreundlichen Entwicklung in Oesterreich zu bedenken geben, daß sie mit ihrem wilden Hege gegen die berechtigten, weil notwendigen Forderungen der

---

\* Dieser Tadel gilt lediglich Schönenerer und Genossen. Die ernstesten im wahren Sinne des Wortes nationalen Deutschösterreicher dürfen sich unserer Hochachtung versichert halten.

\*\* Rein finanziell würden die deutschen Länder ja gewinnen, weil diese unter den gegenwärtigen Zuständen von den Polen sehr stark ausgenutzt werden.

Deutschen in Oesterreich ihrer eignen Sache selbst den aller-  
schlechtesten Dienst erweisen.

Heute ist noch die Möglichkeit vorhanden, daß sich im  
Deutschen Reich eine große Gruppe einsichtsvoller, gewissen-  
hafter Politiker zusammensindet, die den ernststen Willen  
hat, dem nichtdeutschen Volke zuzugestehen, was es zu  
fordern berechtigt ist. In zehn Jahren werden die nation-  
alen Wogen auch hier bereits so hoch gehen, daß an  
einen Ausgleich nicht mehr zu denken ist und die Zukunft  
beider Völker auf des Schwertes Schneide gestellt sein  
wird. Alle gut gestimmten Oesterreicher und auch alle öster-  
reichischen Slaven, die keine Lust haben, in den Fluten  
einer alldeutschen Bewegung unterzugehen, sollten darum  
alles daran setzen, daß die glückliche Lösung der öster-  
reichischen Frage recht bald gefunden werde. Die Aussicht  
dieser wolmeinenden Politiker wird schon jetzt von Tag  
zu Tag trüber. Wehe aber, wenn eine Krisis in Oester-  
reich, wie sie vielleicht schon der Tod des jetzigen Kaisers  
veranlassen könnte, ausbrechen sollte, ohne daß einer ge-  
funden Neugestaltung der Weg gebahnt ist. Wir selbst  
können auch in der uns hier beschäftigenden Frage nicht  
an eine erschöpfende Behandlung denken, müssen uns viel-  
mehr auf einige wenige Richtungslinien beschränken.

Werden wir uns nun vor allen Dingen über ein  
Grundlegendes klar. Der größte diplomatische Heuchler  
unserer Zeit, Bismarck, hat in seinen alten Tagen wieder-  
holt und nachdrücklich vor einer Vermischung wirtschaft-  
licher und politischer Fragen gewarnt. Wenn aber irgend-  
wo eine solche Vermischung zum allgemeinen Schaden  
stattgefunden hat, so in der Angelegenheit der Beziehungen  
Preußen-Deutschlands zu Oesterreich. Ein kurzer, diese  
Durcheinanderwerfung politischer und wirtschaftlicher Dinge  
kennzeichnender Satz kann uns die ganze Schwierigkeit, die  
einer Wiedervereinigung Oesterreichs mit Gesamtdeutschland  
gerade durch diese verwerfliche Politik entgegengestellt  
worden ist, klarlegen.

In den Jahren 1850 bis 1851 und wiederum zehn Jahre später verhinderte Preußen die wirtschaftliche Einigung Deutschlands, weil es erst die politische Unterjochung Nord- und Westdeutschlands erstrebte; und heute, nachdem diese Unterjochung zur unleugbaren Tatsache geworden, sträubt sich Oesterreich gegen den Zusammenschluß, weil es überzeugt ist, daß auch ihm in dem angestrebten Verbande im Laufe der Zeit die Rolle zufallen werde, die heute die nichtpreussischen Staaten im Deutschen Reiche zu spielen gezwungen sind.

Wir denken hierbei natürlich nicht daran, die gegenwärtige preussisch-deutsche Regierung in den Verdacht zu bringen, daß sie diese Einigung herbeiführen wolle. Wir haben ja selbst zum Oefteren betont, daß diese Bestrebungen von anderen Seiten ausgehen; wir wissen andererseits recht gut, daß man an leitender Stelle genau noch so denkt wie vor einem halben Jahrhundert: in einem von Preußen beherrschten oder zu beherrschenden Deutschland ist überhaupt kein Platz für Oesterreich, weder politisch noch auch rein wirtschaftlich. In letzterer Beziehung genügt ein Blick auf die Maßnahmen der Berliner Regierung vom „neuen“ bis zum „neuesten“ Kurs. Kein Gedanke daran, daß in diesen Maßnahmen eine wirtschaftliche Annäherung an Oesterreich ausgedrückt oder daß dieses überhaupt anderen Staaten gegenüber irgendwie begünstigt wäre. Innere wie äußere Politik zielen trotz des von höchster Stelle proclamirten „größeren Deutschlands“ noch heute darauf hin, das Deutsche Reich zu einer sich selbst genügenden Welt zu machen. Darum erleben wir auch, daß das bekannte mitteldeutsche Kanalproject zu einer Haupt- und Staatsaction aufgebaut wird, während andere wichtigere, auf die Hebung des internationalen Verkehrs zugeschnittene Wasserstraßen mit einer großen Gleichgültigkeit behandelt werden. Bei dem Bau des Rhein-Elbe-(Mittellands-)Kanals kann unserer Ueberzeugung nach nicht einmal von einem allgemeinen reichsdeutschen Interesse gesprochen wer-



den, sondern nur von einem Interesse der Groß- und Erbstindustriellen, die vom Westen her, wo Boden und Arbeitslöhne bereits eine zu bedeutende Höhe erreicht haben, in mehr jungfräuliche Gebiete eindringen möchten.

Ganz anders aber liegen die Verhältnisse bezüglich des Donau-Oder-, des Donau-Elbe- und des Donau-Main-Kanals. Hier handelt es sich darum, jenes große südöstliche Ländergebiet, welches in wirtschaftlicher wie politischer Beziehung die notwendige Ergänzung Kleindeutschlands bildet, mit diesem letzteren in Verbindung zu bringen.

Von diesen Gesichtspunkten aus hätten wir auch nichts gegen eine die Gebiete von Rhein und Elbe in Verbindung setzende Wasserstraße. Gegen einen bloßen Rhein-Elbe-Kanal — um es noch einmal zu sagen — lehnen wir uns auf, weil wir nicht wollen, daß Deutschland den großen Exporteuren zu Liebe zu einer einzigen Fabrik ausgebaut werde.

Tritt dem denkenden Politiker die Unzulänglichkeit des neuen Deutschlands auf Schritt und Tritt entgegen, so ist doch andererseits auch der Weg, welcher zu einer nachdrücklichen Verbesserung der Lage zu führen vermag, offen angedeutet in dem gemeinsamen Interesse der germanisch-slavischen Völkergruppe Mitteleuropas. „Am auffallendsten aber tritt die Solidarität der handelspolitischen Interessen zwischen Deutschland (soll heißen: dem Deutschen Reiche) einerseits, Oesterreich-Ungarn und den Ländern der unteren Donau andererseits zu Tage. Auf diesem Gebiete scheint der neue weltwirtschaftliche Krystallisationsproceß einsetzen zu wollen, der weiterhin natürlich auf benachbarte andere Länder übergreifen kann.“ \*

„Darum“, so lesen wir in einer im Jahre 1844 erschienenen Flugschrift,\*\* „wollen wir die Donau, deren Richtung, wenn wir sie benutzen, für unsere künftige Größe

\* Zippel, Die wirtschaftliche Lage, S. 11.

\*\* Deutschland und die Donaumündungen.

unleugbar von unermesslichen Folgen sein wird, als unser Eigentum bis zum letzten Lebenshauch verteidigen. Ihre Wäßer entquellen unseren Gebirgen, und keiner fremden Macht soll das Recht zugestanden werden, die Mündungen derselben uns zu verschließen."

Oesterreich hatte, als es die Dampfschiffahrts-Acte vom 7. November 1857, welche sich gegen die Gleichberechtigung der anderen Völker richtete, zu Stande brachte, ganz entschieden in diesem deutsch-mittleuropäischen Sinn gehandelt, während Preußen, als es im Jahre 1858 im Schlepptau der Fremden — England, Frankreich, Rußland, Sardinien — sich gegen diese Acte erklärte, durchaus gegen Deutschlands Interesse — welches an der Donau eben zugleich Oesterreichs Interesse war — auftrat.

War es vorher im Pariser Vertrag von 1856 gelungen, wenigstens Rußland von der Donaumündung zu entfernen, so vernichtete der unter der Leitung Bismarcks stehende Berliner Congress vom Jahre 1878 diese bedeutungsvolle Errungenschaft des Krimkriegs, „machte Rußland wieder zum Donauuferstat und schenkte ihm den wäßerreichsten Donauarm, den von Kilia.“ Der Staatsmann, welcher damals die Geschicke des deutschen Volkes leitete und welcher sich für seine Verdienste um den Congress selbst den Titel des „ehrlichen Mallers“ zulegte, hatte für die Bedeutung jener Tatsache natürlich kein Verständnis, hatte er doch zuvor das ganze untere Donaugebiet aus der deutschen Gemeinschaft ausgeschlossen, und das ist um so wichtiger, als die Donau gerade da, wo man die willkürliche völkerrechtliche Grenze gezogen hat — der Eintrittsstelle des Inn — ihre eigentliche Bedeutung als Hauptverkehrsader erlangt.

Der weitestsehenden österreichischen und deutschen Freiherr v. Bruck, sagte in der nach seinem „u Schrift\*: „Je mehr Oesterreich, seinem

geographischen Berufe treu, den atlantischen Handel auf der einen, den mittelländischen und den Donauhandel auf der anderen Seite zu fördern und durch die Entwicklung seiner inneren Communicationsmittel zu heben sucht, dadurch die Zusammengehörigkeit der großen deutschen Verkehrsinteressen seinerseits zu entwickeln trachtet, desto klarer muß auch in den übrigen Bundesstaaten erkannt werden, daß eine im Widerspruche dazu sich geltend machende künstliche ökonomische Spaltung von Deutschland tief ins eigene Fleisch schneiden und unausbleiblich die empfindlichsten Nachteile für alle seine Teile herbeiführen müßte. Daß dagegen in der Vereinigung die natürliche wirtschaftliche Ergänzung und der unermessliche Vorteil aller liegt. Diese für die deutsche Einheit heilsame Erkenntnis, daß die mercantilen und industriellen Interessen der deutschen Staaten abhängig von einander sind, wird um so mächtiger und wirksamer erstarken, je rascher und vollständiger Oesterreich sein Eisenbahnsystem ausbaut und südöstlich erweitert und eine je größere Ausdehnung es eben durch die kräftige Entfaltung des Verkehrs in dem ganzen großen Donaugebiete, dessen Schwerpunkt unverkennbar in ihm selber liegt, auf die Nachbarländer ausübt.

„Indem Oesterreich auf diesem Wege der alten Trennung der zusammengehörigen Gebiete vorbauen und dahin wirken hilft, daß Deutschland ökonomisch und politisch nicht in entgegengesetzter Richtung gravitiere, muß es, um dieß dauernd zu bewirken, der ökonomischen Zusammenfassung Deutschlands notwendig die bundesrechtliche Grundlage zu geben suchen. Es darf sich keiner Täuschung darüber hingeben, daß separate deutsche Zollstaaten mit eigener Entwicklung den Bund früher oder später aus den Angeln heben würden. Der gegenwärtige Zollverein muß entweder, treu seinem ausgesprochenen Zwecke, sich zum Bunde erweitern, oder er muß den Bund sprengen, mindestens tatsächlich auf die Seite schieben, oder er muß wieder auseinanderfallen.

„Bei allen Fragen der Bundesreform muß Oesterreich also die handelspolitische Einigung Deutschlands auf bundesrechtlicher Basis in die erste Linie stellen. Eine wirkliche handelspolitische Gestaltung Deutschlands ist eben wesentlich identisch mit der Regeneration des Bundes. Erst indem der Bund selber zum Mittelpunkt aller wirtschaftlichen Gestaltungen wird, gewinnt die Zollvereinigung auf der bundesrechtlichen Basis nach Außen wie nach Innen auch einen politischen Character, und für Deutschland beginnt damit eine neue Aera. Allerdings wird dieses Ziel nur der Preis großer Anstrengungen und harter Kämpfe sein. Jenes particulare dynastisch-politische Interesse, welches, sich mit dem engeren Zollverein verbindend, gerade aus der Schwächung und Negation des Bundes für seine Sonderinteressen Vortheil zu ziehen sucht, wird einer die Handelsvereinigung in sich schließenden Reorganisation des Bundes am entschiedensten widerstreben. Jedessfalls ist es aber der Beruf Oesterreichs, seine ganze Tatkraft für jedes großdeutsche Ziel einzusetzen, und zwar um seiner selbst wie um Deutschlands willen.“

Die vierteljahrhundertjährige Regierung Bismarcks, die mit der Zersplitterung Deutschlands begonnen hatte und den als Deutsches Reich zusammengeschmiedeten Teil bald dem ausschweifenden Freihandel überantwortete, bald dem unbedingten Schutz Zoll in die Arme warf, war nicht geeignet, eine Annäherung an den großartigen Bist-Bruck'schen Föderationsplan herbei zu führen. Wol aber schien es, als ob die nachbismarckische Regierung sich denselben nähern wollte. Die unter Caprivi abgeschlossenen Handelsverträge wenigstens konnten als ein Beweis hierfür angesehen werden, wengleich der einsichtsvolle Beobachter sich nicht im Entferntesten durch dieselben befriedigt erklären konnte. Und zwar schon deshalb nicht, weil sie den einen Staat rein mechanisch genau so behandelten wie den anderen. Hören wir nochmals Bruck in seiner oben citirten Schrift:

„So überaus reich Oesterreich mit Naturfonds aus-

gestattet ist," heißt es dort, „so fehlt es ihm doch für die rechte Ausbeute derselben, seiner Berg- und Waldschätze, selbst weiter fruchtbarer, aber verwahrloster Bodenstreden, an den erforderlichen Mitteln, Kapitals- und Arbeitskräften, woran Deutschland seinerseits Ueberfluß hat. Bei freiem naturgemäßem Güteumlauf müßte daher eine Ausgleichung dahin stattfinden, daß deutsche Arbeits- und Kapitalkräfte diese unbenutzten Naturfonds Oesterreichs fruchtbar machen.

„Die Natur gewährt Oesterreich mannigfaltige Producte, welche die deutschen Nachbarländer zum Theil nicht in ausreichender Menge und Güte, zum Theil gar nicht hervorbringen. So ist das ganze, lang gestreckte Zollvereinsgebiet, so weit es Oesterreich begrenzt, so gut wie nicht Wein bauend, und dasselbe gilt von Norddeutschland. Der Absatz aller dieser Producte kann sich bei freiem Austausch in Deutschland vervielfachen. Von den Erzeugnissen des Gewerbsfleißes gilt Aehnliches.

„Doch nicht bloß eine wechselseitige Ausgleichung — es sei der ökonomischen Kräfte, es sei der Producte — auch eine wesentliche Ergänzung des wirtschaftlichen Gebietes und der maritimen Stellung für das beiderseitige tatkräftige Eingreifen in die Weltwirtschaft bedingt die Handelsvereinigung. Die Natur hat keinen Theil für sich in maritimer Hinsicht besonders günstig bedacht. Im Süden Alpenketten, im Norden Binnenmeere mit im Winter versperren Zugängen. Die mächtige Donau, welche Oesterreich seiner ganzen Länge nach durchzieht, ergießt sich durch fremdes Gebiet gleichfalls in ein Binnenmeer, das erst der Wiederbelebung durch europäische Kultur harret.

„Indes hat dieses Meer unverkennbar eine große Bestimmung. Ueber den Pontus geht der kürzeste Weg von der Donau nach Konstantinopel, nach Kleinasien, nach der wichtigen Welt des Kaspiens, nach Persien und Turan. Dort liegt offenbar der Schwerpunkt einer neuen asiatisch-europäischen Kulturbewegung, zu welcher der Krimfeldzug ein Vorpiel geliefert. Rußland, bereits sich an den Pontus

brett lagern, glaubt dieses Meer für sich und seine Größe prädestiniert. Gelingt es ihm, seinen Einfluß mit Hilfe des rumänisch-serbischen Geistes bis an den Balkan, ja bis an die Adria auszustrecken, so hat es an den Donauntümpfen und dem ganzen Pontus sicheres Spiel.

„Um seine große Lebensader sich nicht unterbinden zu lassen, darf Oesterreich nicht bloß abwehren, es muß entschieden handelnd vorwärts gehen. Es muß mit deutschem Kulturleben selbst bis an den Pontus tatkräftig und befruchtend vordringen, begleitet und unterstützt vom regen Aufschwung des österreichisch-deutschen Handels.

„Nur in der innigsten Verbindung mit Deutschland wird es ihm möglich, seine äußere Aufgabe auch an der Adria zu erfüllen. Am Mittelmeerbüsen muß der deutsche Geist auch Oesterreichs maritime Entwicklung durchdringen und beleben, um im größeren Maßstab, als bisher, den Ereignissen der Zukunft, die schon ihre Schatten vor sich hingeworfen, gewachsen zu sein. Man denke an den Suezkanal, um die hohe Bedeutung der Stellung Oesterreichs an der Adria zu erkennen.

„Doch wie wichtig die deutsche Kräftigung Oesterreichs in östlicher und südlicher Richtung, nicht minder tut ihm die natürliche wirtschaftliche Ergänzung nach Nord und West not. Denn die norddeutsche Abdachung repräsentiert für Oesterreich ebenso sehr wie für das übrige Deutschland die wichtige transatlantische Seite seines Welthandels. Mit dem ganzen nordischen und transatlantischen Handel ist es auf den nördlich fließenden deutschen Strom, auf die norddeutschen Seestädte, Verkehrsmittel, Bezugs- und Absatzquellen hingewiesen.

„Bei voller Zolleinigung kann es Roh- und Hilfsstoffe auf jenen Wegen billiger beziehen, seine Erzeugnisse wiederum billiger absetzen, zugleich mit der Concurrenz steigert sich die Verbrauchsfähigkeit. Ueberhaupt gewinnt Oesterreich dann erst alle natürlichen Vorteile seiner günstigen geographischen Lage, die kaum ihres Gleichen hat, und die

es nach ihrer ganzen Wichtigkeit bei den heutigen Zollschranken nicht auszubeuten vermag.

„Denn Oesterreich bildet in Mitteleuropa die große Wasserscheide zwischen der atlantischen und der pontisch-mitteländischen Abdachung und deren beiderseitigen Flußsystemen, während zugleich der mächtigste Strom westöstlicher Richtung, der es in seiner ganzen Länge durchpulszt, Westeuropa, den Rhein und alle anderen südnördlichen Ströme auf dem kürzesten Wege mit dem Orient verbindet. Hier suchen alle Wasserzüge und Schienenstränge der einen Abdachung ihre Verbindung mit denen der anderen, hier kreuzen sich alle die großen Verkehrslinien, welche sich von den nördlichen und westlichen Meeren nach den südlichen und nach der Levante oder umgekehrt hinziehen, und die außerdem in weitester Ausdehnung die inländischen Wasser- und Eisenstraßen begleiten. Hier berühren sich die verschiedenartigsten Natur-, Völker- und Verkehrsgebiete hier ist der natürliche Tummelplatz für den belebenden Austausch zahlloser Producte und Waren aus allen Klimaten und Regionen, nicht minder auch für den von Anschauungen und Ideen, — hier muß eine starke, mächtige Bildung, welche ihrem Kerne nach nur eine deutsche sein kann, bei freier Bewegung die gewaltigste, natürliche Anziehung auf den Verkehr und den Zusammenfluß von Gütern aller Länder und Zonen ausüben, um dann, nachdem die Heimat davon befruchtet worden ist, die Ausgleichung und Vortheile derselben zu bewirken.

„Diese Andeutungen genügen, um die Wichtigkeit der deutschen Handelseinigung für den einen Hauptfactor der österreichischen Production darzutun, welchen man die Natur nennt, und worunter man die natürlichen Verhältnisse, Anlagen und Kräfte eines Reiches versteht. Was aber die natürlichen Bedingungen der Production verbessert, kommt unmittelbar auch den beiden andern Factoren unserer Wert-erzeugung, der Arbeit und Intelligenz, dem Kapital und Credit zu Gute: es erhöht ja die wirtschaftlichen Wirkungen

derselben, bringt sie in günstigere Verhältnisse, erleichtert und steigert ihre Mitbewerbskraft.

„Doch verdient hierbei noch ein Gesichtspunkt besonders betont zu werden. Die wirtschaftliche Einigung mit Deutschland nemlich wird nicht nur deutsche Arbeitskraft und Kapitalkräfte mit Notwendigkeit nach Oesterreich herüberziehen — dieß wäre noch der bei weitem geringere Gewinn für die Volkswirtschaft — sondern sie wird auch sittlich, umbildend, regenerierend, geistig belebend auf den bereits vorhandenen einheimischen Arbeits- und Kapitalstock einwirken, und dieser freie naturgemäße Umwandlungsprocess wird ihre weitaus wolthätigste Wirkung sein.“

Schon früher wiesen wir darauf hin, daß Bismarck sich nicht damit begnügt hatte, den engeren wirtschaftlichen Zusammenschluß zwischen Oesterreich und dem übrigen Deutschland für die Zeit seiner ausschlaggebenden politischen Thätigkeit unmöglich zu machen. In Artikel XI des Frankfurter Friedens hat er ein Hinderniß geschaffen, welches, wenn man sich rein mechanisch an dasselbe binden wollte, eine Bevorzugung Oesterreichs gegenüber anderen Staaten auch für die spätere Zukunft unmöglich machen würde.

Schwierigkeiten, welche sich dem Anschluß Oesterreichs von Haus aus entgegen stellten, lagen in der Währung, der inneren Besteuerung und in der Verteilung der erhobenen Steuern. Die Annahme der Goldwährung seitens Oesterreichs hätte die erstgenannte Schwierigkeit heben können, wenn man nicht — wol durch Magyaren und Tschechen gebrängt — eine ganz unsinnige, zwischen Francs und Mark mitten darin stehende Höhe für die Krone festgesetzt hätte. Die innere Besteuerung würde keine allzu großen Schwierigkeiten verursacht haben, bestehen doch auch innerhalb der einzelnen Zollvereinsländer noch besondere Landesabgaben. Und was schließlich die Verteilung anlangt, so sehen wir, daß schon im heutigen Zollverein die Mittel- und Westdeutschen bei der gleichen Verteilung der Zolleinnahmen zu Gunsten der Ostdeutschen sehr benach-



theilt werden. Deshalb war gewis der Vorschlag Oesterreichs, welcher eine Verteilung von 1— $\frac{2}{3}$  zugestand, ein mehr als billiger. Man könnte schließlich auch Oesterreich und alle andern Länder in eine Anzahl Gruppen zerlegen und würde so ohne Zweifel die Grundlage zu einem gerechten Ausgleich gewinnen.

Der hauptsächlichste Einwand, dem man heute begegnet, wenn man den österreichisch-zollvereinlichen Zusammenschluß fordert, lautet: Oesterreich kann seine Industrie nicht opfern, das Deutsche Reich aber kann sich des Schutzes für seine Landwirtschaft nicht begeben. Wir aber erwidern hierauf: Es braucht durchaus nicht sogleich die Zoll-Union ganz zu fallen. Die Aufhebung derselben kann vielmehr durch eine allmähliche Abstufung herbeigeführt werden. Nach gänzlicher Aufhebung der Zollgrenzen wäre vorerst Ersatz durch Uebergangsabgaben, wie sie noch bis vor kurzem zwischen Südb- und Norddeutschland bestanden haben, zu schaffen. Ferner würde sich die Bildung von Kartellen empfehlen, um die Benachteiligung einzelner Industrien zu verhindern. Brentano-Beez schlagen vor, durch Uebereinkommen zunächst den Anteil der einzelnen Erzeugungsländer an den weiter zu erwerbenden Märkten zu bestimmen.

Im Einzelnen würde die vollständig durchgeführte Zolleinheit und die unbedingte Verkehrsfreiheit des ganzen hier in Betracht gezogenen Gebietes wol Härten verursachen. Im großen Ganzen würde aber die Wirkung die sein, daß sich in den einzelnen Ländern mehr der durch die natürlichen Verhältnisse bedingte Zustand erhält. Daß also ein Land, welches, wie z. B. Ungarn, Seröten, Rumänien, Nordostdeutschland, auf Ackerbau und Viehzucht hingewiesen ist, auf diesen Gebieten das Vollkommenste zu erreichen versucht, es den anderen mehr für die Gewerbe passenden Ländern überlassend, den Bedarf an Industriewaren zu erzeugen und diese Waren von jenen Ländern gegen den Ueberschuß der eigenen Erzeugnisse einzutauschen.

Mit den deutschen Agrariern, will sagen den ost-

elbischen Großgrundbesitzern, müßte allerdings zuvor ein Kampf auf Leben und Tod gekämpft werden, bevor die Vereinbeziehung Oesterreichs und der übrigen im Südosten gelegenen Landwirtschaft treibenden Gebiete möglich würde; handelt es sich doch hierbei um nichts weniger als um den Untergang dieser im wahrsten Sinne des Wortes rückständigen Bevölkerungskreise.

Was Ungarn anlangt, so wissen wir nur zu gut, daß der Geist Kossuths, der sich schon gegen die Pläne eines Bist erhob, weil sie den Annahungen des ungarischen Globus zuwider waren, auch heute noch der ungarischen Nationalpartei innewohnt. Nicht eine Erweiterung des Wirtschaftsgebietes erstrebt man dort, sondern eine Verengerung. Der Boden der Stephanskronen soll seine eigenen Zollgrenzen erhalten und mit allen dem Stat zur Verfügung stehenden Mitteln sucht man eine national-ungarische Industrie groß zu ziehen. Es ist das übrigens nur eine Ausdehnung des im magyarischen Stat seit je bestehenden schamlosen Betternwesens auf das wirtschaftliche Gebiet; und die Erfolge sind denn auch ganz entsprechend, wie überall sonst, wo nicht inneres Streben und eigene Tüchtigkeit die treibenden Kräfte sind.

Wird somit auch der magyarische Nationalstat ein Stein des Anstoßes sein für unsere mitteleuropäische Einheits- und Friedensgedanken, so glauben wir doch mit Zuversicht hoffen zu dürfen, daß dieser Gedanke Kraft genug besitzen wird zur Ueberwindung auch jener feindlichen asiatischen Elemente. Freilich glauben wir auch das voraussetzen zu müssen, daß es solch' rohen Gesellen gegenüber, wie nun die Magyaren einmal sind, mehr der materiellen als der geistigen Macht bedürfen wird.

Daß der Anschluß Oesterreichs heute, wo uns Weltmächte wie Rußland, England und die Vereinigten Staaten gegenüberstehen, an unserer wirtschaftlichen Unzulänglichkeit sehr wenig ändern würde, unterliegt freilich nach dem, was wir davon gehört haben, keinem Zweifel. Diese kleine

Ländergruppe besitzt allerdings, wie uns gleichfalls zur Genüge klar geworden ist, eine gar nicht hoch genug anzuschlagende Wichtigkeit als die Brücke, die unser überbevölkertes Deutsches Reich mit den dünn bevölkerten und doch von der Natur so reich ausgestatteten Ländern des Südostens verbindet. Bedeutete aber in der Zeit der Wirksamkeit Bists ein Wirtschaftsgebiet, wie der heutige Zollverein, schon etwas recht Erledliches, und wurden damals — rein wirtschaftlich betrachtet — die Zollschranken gegen Oesterreich wirklich nicht so hart empfunden, so hat sich das mit dem unterdes emporgekommenen Weltverkehr und Welthandel gar sehr geändert: heute bedeutet der Zollverein, als selbständiges Wirtschaftsgebiet gedacht, kaum so viel wie ehemals Württemberg oder Baden. Von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, erscheint dann die Lage, wie sie sich seit Bist und vornehmlich in Folge der Wirksamkeit eines Bismarck entwickelt hat, als eine geradezu jammervolle.

„War seiner Zeit“, sagt Const. Franz, „das Streben Bists in der Theorie wie in der Praxis darauf gerichtet gewesen, unserer Oekonomie einen nationalen Character zu geben, das tat damals hochnot. Denn ohne die sich zersplitternden Kräfte Deutschlands zum Zusammenwirken zu verbinden, war kein Fortschritt möglich. Darum sollen auch die großen Verdienste, die sich der Mann durch seine rastlosen Arbeiten damals erworben hat, in vollem Maße anerkannt sein. Daß sie ihm so schlecht gelohnt wurden, ist eine Schande für die deutschen Regierungen. Eine Schande zumal für die preußische Regierung, welche doch an die Spitze des Zollvereins trat, zu dessen intellectuellen Begründern an erster Stelle Bist gehört hatte, wofür man ihm also zu großem Danke verpflichtet gewesen wäre. Meint man denn etwa, die damals begangene schändliche Undankbarkeit dadurch wieder gut machen zu können, daß man jetzt den Namen dieses Mannes — den man hatte in Not und Elend verkommen lassen und der seit einem

Menschenalter in der Erde ruht — um so mehr wieder hervorhebt, um mit solcher Autorität den eigenen Projecten aufzuhelfen? Diese posthume Ehrenbezeugung wird hier vielmehr zur Selbstanklage, indem sie eben die früher begangene Undankbarkeit bezeugt. Und nicht nur das, man bekundet dabei zugleich, daß man den Mann nicht einmal recht verstanden hat, weil man ganz übersieht, wie sehr doch seine Ansichten und Bestrebungen durch Zeit und Umstände bedingt waren.“

Es heißt wahrlich das Lebenswerk eines Stift schmählen, wenn man so, wie die preußischen Goldschreiber, tut, als ob Stifts großartiges Streben wirklich nur aufgegangen wäre im Verfechten rein materieller Interessen.

„Der Zollverein“, so meint Stift\*, „soll die Deutschen wirtschaftlich zu einer Nation verbinden; er soll in dieser Beziehung nach außen das Volk als Ganzes kräftigst vertreten und durch die Wahrung seiner auswärtigen Gesamtinteressen wie durch Beschützung seiner inneren Gesamtproductivkräfte die körperliche Kraft des Volkes stärken; aber noch höher ist seine Bestimmung, er soll mit den reichen Mitteln, die ihm zu Gebote stehen, jenes germanische Bündnis heraufführen, worauf unsere politische Zukunft beruht.“

Für diese hohe ideale Aufgabe konnte natürlich eine Macht kein Verständnis besitzen, der der Zollbund von Anfang an nur Mittel war zu rein selbstsüchtigen Zwecken. Nicht um die höchste Ausbildung desselben und vor allen Dingen nicht um dessen internationale, friedensstiftende Wirkung konnte es sich hier handeln, sondern nur um seine zweckmäßigste Ausnützung zur Förderung der preußischen Herrschaftsbestrebungen in Deutschland. Ein solches Streben fand nun aber seine Bekrönung in der Bismarck'schen, lediglich auf rohe Zusammenballung von Kräften hinauslaufenden

---

\* A. a. O.

Politik, die man sich nicht entblödet, als Staatskunst zu preisen.

Durch die unglückliche Auffassung, als ob die Bist'schen Lehren einen abgeschlossenen deutschen Nationalstat als Endziel forderten, während sie doch das reine Gegenteil erstreben, sind wir dahin gekommen, im nationalliberalen deutschen Staatsrumpf mit seiner Schutzollmauer die Bollendung der Dinge zu sehen. „Welche Ansicht von der deutschen Geschichte muß man haben“, sagt Franz sehr richtig, „wenn man eine tausendjährige Entwicklung mittelst des Zollvereins und des preussischen Militarismus auslösen zu können vermeint, so daß damit eine neue Periode begründet wäre?“

Wol fußte Bist auf der Nationalentwicklung und stützte sich dabei auf Mittel wie Schutzoll, doch war er weit entfernt, die Nation als Selbstzweck zu betrachten. Diese war ihm vielmehr nur Mittelglied und Stufe zu einer höheren Ordnung. Unterscheidet er sich hierin sehr von den Nationalprinciplern von heute, so doch auch nicht minder von jenen Weltfriedensfreunden, die gleich die ganze Welt in Eins verschmelzen möchten und über die Nationen hinweg gehen, als wären sie nicht da.

Der großdeutsche Gedanke der 50er und 60er Jahre ist längst überwunden, allerdings nicht durch den kleindeutschen Gedanken Bismarck's und der Nationalliberalen — dieser litt von Anfang an an unheilbarem Siechtum — sondern durch die Entwicklung der Weltverhältnisse, die sich eben von einem Bismarck so wenig wie von einem Beust schulmeisterlich ließen und den Gang genommen haben, den ein einfacher Stubengelehrter, Const. Franz, bereits vor 50 Jahren in so klarer und bestimmter Weise voraus beschrieben hat.

„Ueberhaupt aber,“ so sagt dieser in seiner „Welt-politik“ (III, S. 221), „handelt es sich nicht um das Wiedererwachen des alten Barbarossa, der in dieser Welt nichts mehr zu verrichten hat, sondern um das Wieder-

erwachen des deutschen Geistes. Hatte nun dieser Geist sich einst das heilige römische Reich deutscher Nation zur Bühne seiner Wirksamkeit geschaffen, weil ihm das bloße Deutschland viel zu klein war, wie sollte er jetzt sich in beschränkte Nationalitätstendenzen einspinnen wollen? Das geziemte sich am allerwenigsten für das Vaterland so universaler Geister, wie eines Lessing, Herder, Schiller und Goethe, eines Leibnitz, Kant und Schelling und eines Humboldt. Wie sehr hingegen widerspräche es den gegenwärtigen Weltverhältnissen! Nein, heute wäre selbst ein Gebiet, wie einst das Gebiet des heiligen römischen Reiches war, noch viel zu eng, denn heute haben wir die Weltpolitik vor uns. Erst auf dieser Bühne soll der deutsche Geist zeigen, was er vermag, indem er die großen Anliegen der Menschheit ins Auge faßt und tatkräftig dafür auftritt. Was aber in die Weltpolitik einführt, ist eben der Föderalismus, so gewis als Weltpolitik und Föderalismus nur zwei Seiten der einen und selben Sache sind. Einer Sache, welche darum nicht minder Deutschland angeht, weil sie zugleich die ganze Menschheit angeht, sondern daran gerade hängt Deutschlands Weltberuf, welchem nachzuleben ihm selbst zum Heile gereichen wird.“

Indem wir das sittigende Deutschland auf den Osten verweisen, wollen wir keineswegs den Glauben aufkommen lassen, daß unserer Staatskunst im Westen keine Aufgaben warten. Die Aufgaben dort sind vielleicht ebenso groß und bedeutend, wie jene im Osten, nur sind sie ganz anderer Art. Im Westen harren deutsche Stämme in alten deutschen Marken auf den Wiederanschluß an das Reich, um dann mit den Brüdern im deutschen Stammlande gemeinsam die Aufgaben der deutschen Weltpolitik zu lösen. Freilich, wir müssen das wieder und wieder betonen, von einer Unterjochung oder Unterordnung kann im Westen erst recht nicht die Rede sein. Gleiche unter Gleichen, mit gemeinsamen Mitteln und denselben hohen Zielen, müßte ihr

Streben wahrlich von Erfolg gekrönt sein. Dann wol  
könnte nach den Worten des Dichters  
am deutschen Wesen  
dereinst die Welt genesen.

Es hat uns immer wie ein Hoch- und Volksverrat  
erschieden, daß das deutsche Volk — zum Ordner in Eu-  
ropa berufen — ruhig zusah, wie kleine Staten: Serbien,  
Rumänien, Bulgarien als abgeschlossene Staten sich bildeten  
und sich selbst überlassen wurden, da dieses Sichselbst-  
überlassen vielmehr zu einem gelegentlichen Ueberlassen an  
die stärkste und rücksichtsloseste Macht werden muß, wie  
wir das ja bereits in den napoleonischen Kriegen sahen  
und in Bezug auf Rumänien erst im letzten Türkenkriege  
erlebt haben, — und wie wir es im großartigsten Maß-  
stabe im nächsten europäischen Kriege erleben würden, so-  
fern das deutsche Volk nicht vorher seiner Pflicht eingedenk  
handelte.

Die grenzenlose Gleichgültigkeit des deutschen Volkes  
gegenüber seinen großen, von der Weltgeschichte gestellten  
Aufgaben ist übrigens erst seit dem Emporkommen des  
großpreussischen Geistes herrschend geworden, und Gotha  
kann gewissermaßen als Markstein gelten. War es früher  
noch das offene Streben weiter Kreise, Länder wie Däne-  
mark, Holland, Belgien und das untere Donaugebiet  
Deutschland anzuschließen, so wurde es nach dem Jahre  
1860 Grundsatz, selbst noch vom alten Bundesgebiet abzu-  
bröckeln. Die Ritter von Gotha und vom Welfenfonds  
nannten das „deutschen Aufschwung“. Jene kleinen Staten  
aber stieß man mehr und mehr vor den Kopf oder ver-  
wandelte sie in offene Feinde, wie — durch den Bruch  
des Prager Friedens — Dänemark.

\* \* \*

Während der Anwesenheit der jungen holländischen  
Königin in Berlin ist das Wort gefallen: „Die Holländer  
sind eine uns befreundete Nation!“ Darauf hat Bismarck schon

vor einem Menschenalter geantwortet: „Wir aber, von unserem nationalen Standpunkt aus, sagen und behaupten: Holland ist nach seinen Handels- und Industrieverhältnissen und nach Abstammung und Sprache seiner Bewohner eine deutsche, in Zeiten deutscher nationaler Zerwürfnisse von Deutschland abgetrennte Provinz, ohne deren Wiedereinverleibung in den Deutschen Bund Deutschland einem Hause zu vergleichen ist, dessen Thür einem Fremden gehört. Holland gehört so gut zu Deutschland, wie die Bretagne und die Normandie zu Frankreich gehörten, und so lange Holland ein eigenes selbständiges Reich bilden will, kann Deutschland so wenig zu Selbständigkeit und Macht kommen, als Frankreich hätte dazu gelangen können, wenn jene Provinzen in den Händen der Engländer geblieben wären. Deutschland einverleibt, ist es — nemlich Holland — der Führer der deutschen Seemacht.

„Holland, wie es von seiner Höhe als Handelsmacht herabgesunken ist, weil es — der bloße Splitter einer Nation — sich als ein Ganzes geltend machen wollte, weil es in der Unterdrückung und Schwächung der erzeugenden Kräfte Deutschlands seinen Vorteil suchte, statt seine Größe auf das Gedeihen der hinter gelegenen Länder aufzubauen, mit welchen jeder Uferstat steht oder fällt, weil es in der Trennung von der deutschen Nation statt in der Vereinigung mit derselben groß zu werden versuchte, — Holland kann nur durch die deutsche Union und in der engsten Verbindung mit derselben seinen alten Flor wieder erlangen. Nur durch diesen Verein ist eine Ackerbau-, Handels- und Gewerbe-Nationalität erster Größe zu stiften.“

Nicht ohne Besorgnis blickt der deutsche Patriot ferner seit Jahrzehenden nach Norden. Dort am Sund ist die Gefahr vorhanden, daß sich allmählich ein russisches Bollwerk entwickele. Deutsche Politik und deutsche Kurzsichtigkeit haben das Ihre getan, die Gefahr zu vergrößern, statt sie zu beschwören.

Wie gegenwärtig die Verhältnisse liegen, können wir:



uns nicht verhehlen, daß der Däne Ursache hat, uns zu grollen, und daß wahrscheinlich, bricht heute ein Krieg mit Rußland aus, diese Nacht die Unterstüßung Dänemarks finden wird. Die Bismarck'sche Politik war eben auch dem Norden gegenüber nicht nur eine kurzfristige, sondern eine ebenso ungerechte. Dem Nordschleswiger seine dänische Muttersprache rauben zu wollen, konnte nur Blindheit und Unfähigkeit anrathen. Schon das einfachste Gerechtigkeitsgefühl hätte den Deutschen gebieten müssen, einen anderen Weg einzuschlagen, noch mehr aber die Klugheit. Nun, hoffen wir, daß dieselbe das Verhältnis zwischen Deutschland und Dänemark recht bald so gestalte, wie es uns und den Dänen frommt.

Läßt man erst deutlich erkennen, daß es heiliger Ernst ist, das Volkstum der Dänen in Nordschleswig zu schonen und gewährleistet man dem Dänentum all' seine Rechte, so dürfte der nüchterne und patriotische Däne wol kaum in Zweifel geraten, auf welche Seite er sich zu schlagen hat. Er wird sich durch einen freiwilligen Anschluß an Deutschland nicht nur den Bestand seines eignen Volkstums retten, sondern auch zugleich seinem Volke eine politische Zukunft sichern, während ein feindliches Gegenüberstellen alles in Gefahr bringen würde.

Wir haben dort heute schon, wie das Verhalten der Binten (Graf Holstein, Ledeborg, Lauritzen u. a.) beweist, eine große deutschfreundliche Partei. In Stokkemark auf Saaland wurde in einer großen Volksversammlung feierlich erklärt: „Wir würden es sehr beklagen, wenn sich in Deutschland die Vorstellung ausbreitete, daß das dänische Volk zu einer gegen Deutschland gerichteten Bündnispolitik geneigt wäre. Wir sehen sehr wol ein, daß wir durch eine solche Politik das Bestehen unseres Vaterlandes einer drohenden Gefahr aussetzen würden.“ Aufgabe der deutschen, vaterländisch und föderalistisch gesinnten Kreise wird es nun sein, mit jenen Männern in Verbindung zu

treten und die föderalistische Bewegung in immer weitere Schichten hinein zu tragen.

„Dänemark“, schrieb Trautwein von Belle schon vor einem Menschenalter\*, „hat zu den ersten Staten gehört, welche die deutsche Form der Reformation, nemlich das Luthertum, annahmen. Die skandinavischen Völker, Dänen, Schweden und Norweger, sind in diesem hochwichtigen Punkte noch deutscher gewesen als die Norddeutschen selbst, von denen sie ihre Glaubensform entlehnt hatten. Wie in der Religion, so ist der Skandinavier, vor allem der Däne, dem deutschen Wesen in Sprache, Sitte, Lebenswürdigung, im Gebiete des Rechts, in der Pflege der Künste und Wissenschaften nahe verwandt. Der Haß der Dänen und Deutschen, vollends gerade der Norddeutschen, hat etwas Unnatürliches, da der Character und der Typus der Bewohner Südschwedens und Norddeutschlands nirgends eine scharfe Kluft bildet, sondern vielmehr die auffallendsten Aehnlichkeiten darbietet, stellenweise sogar gegenseitig verschmilzt. Welch' ein Widerfynn also, diese beiden Völker tödtlich zu verfeinden! Die Glieder der großen germanischen Völkerfamilie sind in der europäischen Statengesellschaft auf die Freundschaft unter sich angewiesen, denn sie sind Blutsfreunde und haben eine Unsumme von gemeinsamen Interessen. Den Deutschen sowol als den Skandinaviern muß gleichmäßig daran gelegen sein, weder von Rußland noch von England zur See überwältigt und erdrückt zu werden; finden die Skandinavier an Deutschland keinen Anhalt, so müssen sie ihn an Frankreich suchen. Das bringt die Notwendigkeit eines starken Gegengewichts gegen die anderen Seemächte unabweisbar mit sich.“

Wollten wir also selbst zugeben, daß uns Dänemark als Bundesgenosse nicht viel nützen kann, so erkennen wir doch, daß es jedesfalls außerordentlich zu Schaden vermöchte. Nehmen wir an, die Russen und Franzosen könnten

---

\* Deutsche Vierteljahrsschrift 1869, 4, S. 80.

sich mit ihren Flotten auf Dänemark stützen, so würde diese rein zulassende Thätigkeit der Dänen, bei der sie selber die Hände ruhig in den Schoß legen könnten, allein schon genügen, um unsere Flotte und einen guten Teil des Landheeres lahm zu legen.

Auch der skandinavische Norden, Schweden und das demokratische Norwegen, gehört heute zu den gefährdeten Gebieten. Dr. Knut Wickzell sagte im October 1892 in einer Volksversammlung in Stockholm, es sei unmöglich, daß Schweden, vielleicht das ärmste und verschuldetste Land in Europa, ein Heer von 200 000 Mann auf Kriegsfuß unterhalten könne. Die kleinen Staaten im Umkreis Europas würden nach und nach gezwungen sein, den großen Staaten sich anzuschließen. Schweden müße sich freiwillig an Rußland anschließen, dessen sympathisches und begabtes Volk ganz falsch beurteilt werde. Geschieht es freiwillig, dann werde Schwedens Neutralität gesichert sein, und es werde eine große Aufgabe im russischen Zukunftsstate haben. Dr. Wickzell hat nicht die Stimmung der schwedischen Volksmehrheit zum Ausdruck gebracht, und doch ist sein Ausspruch für uns wertvoll, weil er uns ein weiteres Glied jener Kette enthüllt, die Rußland allmählich um Deutschland herum zu legen bestrebt ist. Die Rede Dr. Wickzells beweist, daß Rußland oder, was dasselbe bedeutet, das panslawistische Comité auch in Schweden Fuß gefaßt und seine Werber aufgestellt hat. Ist Schweden gewonnen, so reicht der russische Ring von der italienischen Grenze über das slavische Oesterreich, Polen und die Ostsee bis Dänemark, um dann in Frankreich Schluß und Schloß zu finden. Eine Unterbrechung erleidet dieser Ring — ein Zwang — Deutschland — eigentlich nur an der italienischen Grenze, denn die Schweiz, Belgien und Holland sind heute, wenn auch nicht gerade russenfreundlich, so doch deutschfeindlich, und lassen sich daher im entscheidenden Augenblick zur Förderung der russischen Interessen verwenden.

Noch ist man aber an einem und dem anderen Punkte

nicht über den bloßen Versuch hinausgekommen, und das gilt vor allem von Schweden. „Mein Herz ist französisch, mein Verstand aber deutsch.“ Mit diesen Worten König Oskars II. ist wol genugsam ausgedrückt, daß der Herrscher Scandinaviens sein Heil nur zu finden glaubt in der Freundschaft mit Deutschland. Und wir meinen, zu diesem Lande müßte es die Schweden auch hinziehen, selbst wenn die Gefühle der Blutsverwandtschaft nicht mitsprächen. Das eine Wort Finnland erklärt es. Finnland, dieses alte germanische Kulturgebiet, leider einst durch deutsche Vålgigkeit in russische Hände geraten, muß und wird durch deutsche Waffen zurückerobert werden. Das baltische Meer, ehemals auf dem besten Wege, ein russischer Binnensee zu werden, soll in Zukunft nur deutsche und skandinavische Herren besitzen.

Man redet heute gar viel davon, daß Deutschlands Zukunft auf dem Wasser liege. Wie sonderbar nun, daß man da nicht zu allererst auf den Gedanken kommt, den deutschen Reichsrumpf, welcher in seiner jetzigen Form weder eine richtige Landmacht sein noch eine wirkliche Seemacht werden kann, durch die Verbindung mit seinen maritimen Vorwerken Holland-Belgien und Dänemark-Norwegen zu einem lebensfähigen und in maritimer Beziehung unabhängigen Gebilde zu machen. Welchen Aufschwung müßte nicht das deutsche Seewesen in Folge des Anschlusses dieser Nordseeländer nehmen?! Verdreifachen würde sich unsere Seemacht — dabei denken wir weniger an die Kriegs- als an die Handelsflotte — und Rhein und Schelde würden erst ganz die Rolle erfüllen, die die Natur ihnen zugewiesen hat. Hierdurch ist aber auch zugleich angedeutet, daß der Nutzen zum mindesten ebenso sehr auf Seite der uns überlitterten Staten läge, und das ist eben das Herrliche und Vielversprechende des Bundestums, daß es immer und immer auf eine Vermehrung der Genüsse des Einzelnen und andererseits auf eine Verminderung der allgemeinen Opfer hinführt.

Die Schuldenlast, die heute die kleinen germanischen Völker drückt, und ein guter Teil der Unzufriedenheit derselben ist eine Folge der eigenen Unzulänglichkeit, die gerade so, wie auch bei uns, durch unmäßige unnatürliche Anstrengungen ausgeglichen werden soll. Für alle diese Staaten wird daher der Zusammenschluß und das Bündnis mit den mitteleuropäischen Großstaaten auch in dieser Richtung den Anfang zur Besserung der Verhältnisse bedeuten. Man bedenke nur, welcher gewaltige Gewinn für die Bevölkerung dieser kleinen Staaten schon in dem Anschluß an ein gemeinschaftliches Zollgebiet von so gewaltiger Ausdehnung und mit einer so großen an Bedürfnissen der verschiedensten Art so reichen Bevölkerung liegen wird.

Bei alledem sind wir selbst weit entfernt von einer Unterschätzung der Schwierigkeiten, welche zu überwinden sein werden. Einer Föderation des Deutschen Reiches und der Niederlande z. B. steht heute ein fast unüberwindlich erscheinendes wirtschaftliches und ein ebenso bedeutungsvolles politisches Hindernis entgegen. Das wirtschaftliche Hindernis liegt in dem Umstand, daß das Deutsche Reich dem starren Schutzzoll, Holland dem Freihandel huldigt; das politische Hindernis aber steckt in dem mit der ganzen preussisch-deutschen Entwicklung aufs Engste verknüpften Annexions- und Unterdrückungs-System. Dieses System zwingt die Holländer — sowie jeden andern zu förderierenden Volksstamm — zur Zurückweisung jeglicher auf den Anschluß an Neudeutschland hinielenden Bestrebungen. „Hat Preußen“, so sagt man sich mit Recht, „alle diejenigen deutschen Staaten, die sich ihm bisher im Zollverein angeschlossen, bei guter Gelegenheit annectiert oder doch wenigstens in drückende Abhängigkeit gebracht; wie könnte man glauben, daß es in Zukunft anders sein werde und daß dieses selbe Preußen nun auf einmal, seiner innersten Natur zuwider, die Bundesgenossen als gleichwertig und gleichberechtigt gelten ließe?“

Und wir selbst meinen: so lange ein Volk noch ein klein wenig Selbstachtung besitzt, so lange sind wir gar nicht berechtigt, zu erwarten, daß dasselbe einem vom neuen Deutschland ausgehenden Bündnisantrag anders als mit dem größten Mißtrauen begegnen wird.

Es ist also keineswegs bloße Ueberhebung oder particularistische Selbstgenügsamkeit, die jene Völker uns abgeneigt machen. Noch viel weniger aber ist es Deutschfeindlichkeit, und es teuschen diejenigen sich gar sehr, die da glauben, die Bülzburger, die Holländer, die Schweizer wollten Deutschland treffen mit ihrem Haxe. Ist doch das eigentliche Deutschland ihren Blicken längst entschwunden, und wenn sie heute bittere Worte reden gegen uns, wenn sie sich zur Abwehr gegen Deutschland rüsten, so gilt es jenem nach Unterjochung der Einzelnen strebenden Deutschtum, jenem neuen Römertum, das in seiner Umarmung alles Lebendige, alles wahrhaft Deutsche zu erdrücken droht. Der Holländer, der Schweizer, der Belgier, der seine gegenwärtige Selbständigkeit aufgeben wollte dem preussischen Imperialismus zu Liebe, würde sich und der Allgemeinheit den allerschlechtesten Dienst erweisen.

So läßt sich auch das feindselige Verhalten der Blamen erklären gegenüber den Versuchen, der hochdeutschen Sprache in Belgien die Gleichberechtigung neben dem Französischen und Blämischen zu Teil werden zu lassen. Die Blamen werden gewis nicht verkennen, daß das Verlangen der die hochdeutsche Sprache sprechenden Belgier ein durchaus gerechtes ist, aber sie wittern — ob mit Recht oder Unrecht, das mag dahingestellt bleiben — hinter jenem Verlangen preussisch-deutsche Annergions-Gelüste und lehnen sich darum gegen die Gewährung selbst eines unzweifelhaften Rechtes auf.

Nun hat man auch zu Gunsten eines zu erstrebenden deutschreichisch-holländischen Bündnisses in die Wagschale geworfen, daß nur das Deutsche Reich in Zukunft dem

kleinen, ohnmächtigen Holland den Besitzstand seiner Kolonien zu gewährleisten vermöchte. Doch wir bezweifeln sehr, daß dieses Argument bei dem so kühl denkenden und urteilenden Holländer durchschlägen wird. „Welche Naivetät, wird dieser sagen, uns zuzumuten, um unsere Kolonien vor den Amerikanern zu schützen — denn diese, nicht aber die Engländer bedrohen sie —, uns vorher selbst annectieren zu lassen!“ Ist es doch im Uebrigen noch eine offene Frage, ob der Anschluß an das Deutsche Reich die Gefahr, statt sie zu vermindern, nicht vielmehr vergrößern wird. Ein hervorragendes Beispiel aus der Geschichte könnte hier sehr belehrend wirken. Wir meinen den französisch-englischen Kampf von 1792—1812. So lange Holland für sich bestand, lief es in jener Zeit nicht nur keine Gefahr, von dem seemächtigen England seines kolonialen Besitzes beraubt zu werden, sondern es wurde sogar noch von diesem gegen den festländischen Gegner unterstützt. Von dem Tage an aber, an welchem es mit der mächtigsten Militärmacht — Frankreich — vereint war, waren jene Besitzungen aufs Aeußerste gefährdet und giengen schließlich auch als unmittelbare Folge dieser Vereinigung an England, den früheren Bundesgenossen, verloren.

Das allerdings behaupten auch wir, daß die holländischen Kolonien erst nach dem von uns geforderten Anschluß Hollands an das centrale Europa eine ihrem wahren Werte entsprechende Ausnützung erhalten könnten; so wie es andererseits für uns keinem Zweifel unterliegt, daß die gegenwärtigen, so schwere Opfer heischenden afrikanischen und oceanischen Besitzungen des Deutschen Reiches niemals, auch nur im Entferntesten die Bedeutung jener unter holländischer Verwaltung stehenden indischen Inselwelt erlangen werden.

Politiker, die nicht Maß zu halten vermögen, und immer gleich bis in das Unbegrenzteste, Nebelhaftes schweifen, wollen sich an der von uns geforderten und, wie wir

wieder und wieder betonen müssen, vorläufig noch in weiter Ferne stehenden mitteleuropäischen Föderation nicht genügen lassen. Sie wollen Frankreich und Italien und womöglich auch Rußland mit hineinziehen und so ein einheitliches festländisches Europa den übermüthigen Angelsachsen dießseits und jenseits des Atlantischen Oceans gegenüber stellen.

Wir haben uns diesen phantastischen Plänen gegenüber schon geäußert und wollen hier nur noch in Bezug auf Frankreich sagen, daß es für uns wenig aussichtsvoll wäre, uns mit einem niedergehenden Volke, wie den Franzosen, zu verbinden. Und man braucht keine Sorge zu haben: die Franzosen verbinden sich auch nicht mit uns! Was könnte ihnen auch in einem Bunde mit Deutschland winken? Oeffnete letzteres seine Grenzen gegen Frankreich, so müßte Frankreich andererseits auch seine Grenzen gegen Deutschland öffnen; und der deutsche Wettbewerb würde auf französischem Boden ein mehr als brüderlicher werden.

Im Uebrigen liegen die Verhältnisse für Frankreich viel anders als für uns: Frankreich besitzt eine stehende Bevölkerungszahl, es ist in Folge dessen mit seinen wichtigsten Nahrungsmitteln weder heute noch in Zukunft auf das Ausland angewiesen, und sollte es einst, wenn es mit Rußlands Unterstützung die angrenzenden deutschen Länder links des Rheins, die Schweiz und die Niederlande erobert hat, durch Einimpfung neuen germanischen Blutes wiederum einen Bevölkerungszuwachs erhalten, so wäre für dasselbe in Nordafrika Kolonialland auf lange Zeit vorhanden.

Bleibt Frankreich also da, wo es sich in unseren politischen Bestrebungen um den positiven Aufbau handelt, außerhalb der von uns zu ziehenden Kreise, so tritt es doch als Mitgarant von Art. 11 des Frankfurter Friedens in negativer Beziehung sehr bestimmt in diesen Kreis hinein. Die Tatsache, daß Bismarck die Bestimmung über die Meistbegünstigung Frankreichs in den Frankfurter Friedens-



Vertrag aufgenommen hat, wo sie nicht einfach gekündigt werden kann, wie ein gewöhnlicher Handelsvertrag, sondern nur durch einen siegreichen Krieg entfernt werden könnte, läßt nur zwei Schlüsse zu: entweder hat Bismarck genau gewußt, was er will, und dann war es seine Absicht, daß ein engeres Bündnis bezw. eine Zolleinigung zwischen dem neuen Deutschen Reiche und den stammverwandten angrenzenden Ländern für alle Zeit unmöglich gemacht werden soll;\* oder er hat von diesen Dingen wirklich so wenig verstanden, daß ihm die Bedeutung dieser Klausel gar nicht klar geworden ist.

\* \* \*

Gehen unsere Föderationsbestrebungen in materieller Beziehung vom Bodenmangel und von den Gefahren aus, die das Heranwachsen der russisch-slavischen Macht in sich birgt, so liegt hierin zugleich die Erklärung für unsere Stellung gegenüber der angelsächsischen und der gesamten transoceanischen Welt. Die Union insbesondere, der große Popanz für alle von der Exportsucht befallenen Festlands-Europäer, rückt für uns in ein durchaus anderes Licht.

Haben die stolzen Worte, die am 7. Januar 1901 der Secretär Lodge im Senate der Vereinigten Staaten gesprochen,\*\* bei unseren auf eine immer größere Ausdehnung des Waren-Exports hindrängenden Wirtschaftspolitikern Heulen und Zähneklappen hervorgerufen, so können wir vermöge unserer Auffassung der politischen und wirtschaftlichen Dinge in dem so selbstbewußten Auftreten der ame-

---

\* Bismarck hat da natürlich in erster Reihe an Oesterreich gedacht, welches er immer noch in dem Verdacht hatte, daß es versuchen werde, die verloren gegangene Stellung in Deutschland zurück zu gewinnen.

\*\* „Der Handelskrieg mit Europa hat bereits begonnen, er kann nur mit der commerziellen und wirtschaftlichen Suprematie der Vereinigten Staaten über die ganze Welt enden.“

rikanisch-germanischen Welt nichts erkennen, was uns Furcht einzuflößen oder auch nur bedenklich zu stimmen vermöchte. Dabei wolle man uns nicht missverstehen: auch für uns unterliegt es keinem Zweifel, daß der Traum des „Mittel-ländischen“ Meeres ausgeträumt ist, auch wir erkennen, daß die Axe des politischen und wirtschaftlichen Schwergewichts unseres Erdballes immer weiter nach Westen rückt. Noch steht zwar der Atlantische Ocean an erster Stelle unter den großen Meeren, noch ist er der „geschichtliche Ocean“; aber schon bereitet sich das mächtigere Stille Meer vor, ihn zu überflügeln. Gleich jenem durch alle Breiten der Erdkugel flutend, bedurfte es nur des Heranrückens der amerikanischen Angelsachsen an seine Küsten, des Eintretens Ost- und Austral-Asiens in die Weltwirtschaft und Weltpolitik, um seine außergewöhnliche Bedeutung für die Welt offenkundig werden zu lassen.

Diese machtvollen, gar nicht weg zu leugnenden Tatsachen vermögen aber die festgesetzten Linien unseres Systems nicht im mindesten zu verschieben. Dieselben können uns nicht überraschen, weil sie von Anfang an ihrem vollen Werte nach in diesem Systeme Berücksichtigung gefunden haben.

Durch solche Voraussicht unterscheiden wir uns eber von jenen Zeitgenossen, die erst seit dem vor fünf Jahren gefallenen Worte vom „größeren Deutschland“ es wagen, von weltpolitischen Aufgaben des deutschen Volkes zu reden. Nicht darum kann es sich für uns handeln, hastend der westwärts entwindenden Schwergewichtslinie zu folgen, wobei man Gefahr liefe, den Boden unter den Füßen zu verlieren, sondern darum, eine eigene unentrinnbare Schwergewichtslinie auf dem festen Boden der unter unserem Machteinfluße stehenden Länder Europas zu schaffen.

Suchen wir nun zum Schluß noch einmal mit groben Zügen diese uns gestellte Aufgabe zu zeichnen:

Wir haben im Bereiche der mitteleuropäischen — d. h.

der ihrem Character nach deutschen — Kultur eine Durch-  
bildung der statlichen und wirtschaftlichen Zustände auf  
föderalistischer Grundlage zu erstreben. Der Weg aber,  
welcher uns diesem Ziele entgegen führen soll, hat damit  
zu beginnen, daß in Deutschland selbst der föderalistische  
Boden zurückgewonnen wird, und daß man hier wieder be-  
ginnt, Recht und Gerechtigkeit zu den leitenden Gesetzen im  
öffentlichen Leben zu erheben.

Aufs Nachdrücklichste von der Hand zu weisen sind  
darum jene Versuche, die auf ein „Zusammenschweißen des  
mitteleuropäischen Deutschtums“ und auf die damit un-  
trennbar verbundene gewaltsame Zerreißung der im Herzen  
Europas lebenden nichtdeutschen Völker hinzielen. Ganz  
und gar ausgeschlossen ist auch der statliche Anschluß  
desjenigen Deutschtums, welches in Amerika und anderen  
überseeischen Ländern zwar eine nicht zu unterschätzende  
Bedeutung erlangt hat, doch aber selbst weit davon ent-  
fernt ist, diesen statlichen Anschluß zu suchen. Ausgeschlossen  
ist sogar die Möglichkeit, jenes deutsche Volkstum, welches  
heute in den „deutschen Kolonien“ sein Dasein fristet, für  
die Dauer im statlichen Zusammenhang mit dem heutigen  
Reiche zu erhalten. Zwar England wird diese Kolonien  
nicht von Deutschland lösen, so viel auch politische Ge-  
dankenlosigkeit jetzt davon redet und es als willkommenen  
Anlaß nimmt, auf Albion das Ungetreue zu schmähén.  
Die Macht, die solches unternehmen wird, ist vielmehr die  
Union. Und also werden wir in der That die Opfer an  
Gut und Blut, die uns heute diese Kolonien auferlegen,  
nur bringen im Dienste fremder Interessen.

Gewiß würden auch wir, wenn es auf unser Ermeßen  
allein ankäme, weite Gebiete der transoceanischen Welt, die  
herrlichen und reichen Hochebenen Mexikos und der anderen  
centralamerikanischen Länder jedem anderen Bande der Welt  
vorziehen; wir würden auch den Süden Brasiliens tausend  
Mal lieber von Deutschland aus kolonisieren, als Syrien

und Mesopotamien. Doch gerade weil wir eine Politik treiben, die die realen Factoren nicht aus dem Auge verliert, weil wir keine Luftschlößer bauen, wie gewisse politische Phantasten, weil es für uns wie für alle anderen Klarsehenden offenkundig ist, daß die ganze deutsche Meer-schaumpolitik, weit entfernt, eine Besserung zu schaffen, nur zu neuen größeren Verwirrungen und Verwicklungen führen kann, darum drängen wir unser Volk zurück aufs feste Land und fordern jene echte deutsche Weltpolitik, die, den bodensteten Character dieses Volkes beachtend, ihren Ausgang nimmt von der noch heute im Innern Deutschlands bestehenden, ja brennender als je gewordenen deutschen Frage und sich durch die mitteleuropäische Föderation zu dem freilich noch als fernstes Ideal erscheinenden Völkerfriedensbund empor arbeitet.

Die zu allererst zu lösende Aufgabe wird es nun sein, die heute in Deutschland das ganze politische Leben beherrschenden Anschauungen zu überwinden, welche im Kleindeutschthum der regierenden und im „Alldeutschthum“ der regieren wollenden Kreise sich verkörpern.

Die zuerst genannte und, wie schon gesagt, zur Zeit herrschende Richtung ist, mag sie sich auch noch so sehr als erdenumspannende „Weltpolitik“ spreizen, doch heute noch genau so engherzig und kleinlich und zugleich ebenso un-deutsch wie jene bismarckisch-preussische Politik, welcher in den Nikolsburger und Prager Verträgen das Siegel aufgedrückt worden ist. Die durch die „Alldeutschen“ vertretene politische Weltanschauung aber ist nicht nur kurzfristig und undeutsch wie jene, sondern zugleich treulos und nichtswürdig. Beiden Richtungen gemeinsam ist die Seele des im wahren Sinne des Wortes particularistischen, auf Aufsaugung des gesamten Deutschlands hinielenden Großpreussentums: Nur was preussisch ist, ist berechtigt, und alles Nichtpreussische ist von Haus aus minderwertig, so daß es durch das Aufgehen im Preussentum zu einem

Vollkommeneren, wenn nicht dem Vollkommensten, aufsteigt. Schreitet doch Preußen und das von ihm Geschaffene nach der Theorie jener Kreise seit 1866 und 1870/71 an der Spitze der Welt.

Sorgen wir also dafür, daß man in den Kreisen aller gut und ehrlich Denkenden sich zu der Erkenntnis hindurch arbeitet, daß es des deutschen Volkes unwürdig ist, sich einem Geistesbann, wie dem gekennzeichneten, zu unterwerfen. Dann wird sich auch die Ueberzeugung Bahn brechen, daß der „preußisch-deutsche“ Geschichtsabschnitt nur ein vorübergehender sein kann: das deutsche Volk war da und spielte eine ausschlaggebende Rolle in der Welt, als es noch kein Preußen und keine Hohenzollern gab, und es wird, das hoffen wir zu Gott, noch sein und leuchten in der Reihe der großen Völker, wenn die Unterjochung durch Bismarck und Preußen längst der Geschichte angehört und wenn die ehernen Denkmäler, die ein Kleinliches, nur auf die Verherrlichung der eigenen Zeit und des eigenen Geistes bedachtes Geschlecht dieser Epoche errichtet, längst zerfallen und vergessen sein werden.

Doch wir stehen auf dem Boden einer geläuterten föderalistischen Weltanschauung, und diese will nicht entzweien, sondern verbinden, versöhnen, ausgleichen. Darum bekämpfen wir nicht das Preußentum als solches, wir bekämpfen nur seine Ausschreitungen: den anmaßenden Gedanken, daß Deutschland um Preußens willen da sei und daß eine Erneuerung des deutschen Geistes und des gesamten Deutschtums nur möglich wäre durch den Geist des Preußentums. Das Preußentum, welches sich als ein Teil von Deutschland fühlt und dem dann allerdings seine besonderen deutschen Aufgaben gestellt sind und welches neben, nicht über den anderen deutschen Ländern und Stämmen sich zu betätigen hat, dieses Preußen soll uns lieb und wert sein; ist es doch auch in unseren Augen unentbehrlich, soll das gesamte Deutschland die ihm in der Welt gestellten Aufgaben lösen.

Ist endlich jener Zustand des Wirtschaftens von heute auf morgen, in dem eine Stegreifspolitik bestimmend war für die Geschicke eines großen Volkes, überwunden, so ist damit zugleich der Boden zurückgewonnen, auf welchem es staatsmännischem Bemühen gelingen wird, dem deutschen Volke und der ganzen westeuropäischen Kulturwelt eine große und gesicherte Zukunft zu eröffnen.





14 DAY USE  
RETURN TO DESK FROM WHICH BORROWED  
LOAN DEPT.

This book is due on the last date stamped below, or  
on the date to which renewed.

Renewed books are subject to immediate recall.

15 May '58 CS

REC'D LIB  
JUN 11 1958

LD 21A-50m-8,'57  
(C8481s10)476B

General Library  
University of California  
Berkeley



YB 06302

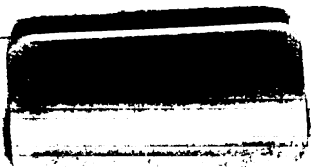
23

590264

JX 1549

F7  
v. 3

UNIVERSITY OF CALIFORNIA LIBRARY



**Die beiden ersten Bände der Deutschen  
Politik der Zukunft enthalten:**

I.

Der beginnende Niedergang des deutschen Volkes  
— Greater Britain. — Die Gefahr aus Osten. —  
Der Kampf um Asien. — Der gelbe Schrecken. —  
Ein Blick auf die neue Welt. — Der Schemen des  
Dreibundes.

II.

Vom „größeren Deutschland“. — Deutsch = engel-  
sächsische Beziehungen. — Ein Zusammenbruch. —  
Mit Eisen und Blut. — Vom nationalen Socialis-  
mus. — Von den nichtdeutschen „Deutschen“. —  
Was es mit der deutschen Einheit in Wirklichkeit  
auf sich hat. — Rückblick.

---